

Gemeinwesenarbeit

neu gedacht und selbstorganisiert

Drochter Rosanna, BA
Fichtinger Sophie, BA
Gahleitner Susanne, BSc
Kopp Alexander, BSc
DSP.ⁱⁿ Kundrat Elena, BA
Minassians Melina, BA
DSP.ⁱⁿ Trestl Michelle, BEd
Vettori Hanna, MA
Winkler Alexandra, BA

Masterthese

Eingereicht zur Erlangung des Grades
Master of Arts in Social Sciences
an der Fachhochschule St. Pölten

Im April 2020

Erstbegutachterin: FH-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Michaela Moser
Zweitbegutachterin: FH-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Monika Vyslouzil

Abstract

Gemeinwesenarbeit – neu gedacht und selbstorganisiert

Drochter Rosanna, Fichtinger Sophie, Gahleitner Susanne, Kopp Alexander, Kundrat Elena, Minassians Melina, Trestl Michelle, Vettori Hanna, Winkler Alexandra

Diese Masterarbeit zielte darauf ab, zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als neuen Ansatz der Gemeinwesenarbeit (GWA) zu entwickeln und zu beantworten, wie durch zielgruppenübergreifende Selbstorganisation eine partizipative und nachhaltige GWA für den Sozialraum St. Pölten geschaffen werden kann sowie was der Beitrag Sozialer Arbeit in dem zu entwickelnden neuen Ansatz ist. Methodisch wurde an den vier Forschungsstandorten (Linz, Innsbruck, Wien, St. Pölten) u.a. auf Elemente kollaborativer Aktionsforschung (Zukunftswerkstatt, Wisdom Council, Fokusgruppendifkussionen) zurückgegriffen.

Die Untersuchungen ergaben, dass sozialarbeiterische GWA zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als Vernetzerin und Moderatorin begleiten kann. Sie soll dabei den Bürger*innen ihr Wissen zu bürokratischen Strukturen, Diversität, Netzwerken und Infrastruktur im Sozialraum zur Verfügung stellen und aktiv Situationen und Räume fördern, in denen sich verschiedene Menschen als Gleichberechtigte begegnen können. Neben zielgruppenübergreifenden Angeboten braucht es zielgruppenspezifische, um möglichst viele Menschen zu erreichen. GWA erfordert zudem Ressourcen, welche von der Politik zur Verfügung gestellt werden müssen. Wichtig sind außerdem Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Niederschwelligkeit von GWA-Angeboten, welche u.a. durch den Einsatz soziokratischer Methoden sowie mehrsprachiger und einfacher Kommunikation gefördert wird. Die Förderung von Partizipation, Selbstorganisation und Empowerment sind Handlungsprinzipien der GWA. Das Wissen über die Relevanz von professioneller GWA muss zukünftig sowohl in der Öffentlichkeit als auch unter Expert*innen, verbreitet werden.

*Weiterentwicklung der GWA * Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation * Rolle und Funktion der Sozialen Arbeit * Partizipative und nachhaltige GWA für St. Pölten * Stärkung von Demokratie und sozialem Zusammenhalt * Gesellschaftspolitische Anliegen * Ressourcen * Empowerment * Partizipation * Sozialraum * Vernetzung * Öffentlichkeitsarbeit * Niederschwelligkeit * Kommunikation * Gerechte Machtverteilung * Soziokratie * Schaffung von Begegnungsräumen * Politik*

Abstract

Community Work – rethought and self-organized

Drochter Rosanna, Fichtinger Sophie, Gahleitner Susanne, Kopp Alexander, Kundrat Elena, Minassians Melina, Trestl Michelle, Vettori Hanna, Winkler Alexandra

This master thesis aims to develop self-organization across target groups as a further development of community work and to answer how participatory and sustainable community work incorporating this new approach can be created in the social environment of St. Pölten. In doing so, we identify the role of social work in promoting self-organization across target groups.

Methodically, adapted elements of collaborative action research (future workshop, wisdom council, group discussions) were carried out at four different research locations (Linz, Innsbruck, Vienna and St. Pölten, Austria)

The research showed that social work can promote self-organization across target groups by serving as networker and moderator. Social workers must make their knowledge about bureaucratic structures, diversity, networks and infrastructures in the given social environment available to the citizens. Further, social work should foster situations and places where different people can encounter each other as equals. In addition to cross-target group offers, target group-specific offers are needed to reach as many different people as possible. Community work also requires certain financial resources that must be made available by the political authorities. Networking and public relations activities are an integral part of community work. Sociocratic methods as well as simple and multilingual communication should be used to keep the threshold to access community work offers low. The promotion of participation, self-organization and empowerment must be taken seriously as principles of action of community work. Knowledge about the relevance of professional community work must be disseminated, both among the public and among experts.

Further development of Community Work * Self-organization across target groups * Role and function of social work * Participatory and sustainable community work for St. Pölten * Strengthening democracy and social cohesion * Socio-political concerns * Resources * Empowerment * Participation * Social environment * Networking * Public relations * Low threshold * Communication * Just distribution of power * Sociocracy * Creation of spaces for encounter * Politics

Danksagung

Wir wollen diese Stelle nutzen, um uns bei all den jenen zu bedanken, die uns bei der Masterarbeit unterstützt haben.

Zuerst wollen wir der Projektleitung, Mag.a Dr.in Michaela Moser und DSA Elisabeth Rücker, unseren Dank aussprechen. Die Projektleiterinnen waren unterstützend, motivierend und beratend während des Forschens und Verfassens der Masterarbeit für uns da, haben Geduld bewiesen und uns sowohl ihr fachliches Wissen, als auch ihre Erfahrungen zur Verfügung gestellt. Außerdem wollen wir uns bei der Fachhochschule St. Pölten bedanken, die den Rahmen für diese Masterarbeit ermöglicht und uns Räumlichkeiten sowie Materialien bereitgestellt hat.

Ein besonderer Dank kommt allen Personen zu, die sich für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt und zur Generierung der Daten beigetragen haben. Ohne Interviewpartner*innen und Teilnehmer*innen der diversen Erhebungsmethoden wäre diese Masterarbeit nicht möglich gewesen. Danke an unsere Kooperationspartner*innen in St. Pölten - KulturhauptSTART, Büro für Diversität, Qualify for Hope und Nordrand - sowie an die Lernbeispiele - SOS-Menschenrechte in Linz, Mitten in Hernals in Wien und die Stadtteilzentren in Innsbruck - für das Interesse und die Beteiligung am Forschungsprozess.

Ebenso bedanken wir uns bei den Korrekturleser*innen, die aus unserem persönlichen Umfeld stammen und unsere Grammatik sowie Rechtschreibung überprüft haben. Wir bedanken uns bei unseren Familien, Partner*innen, Freund*innen und auch Kindern, die Rücksicht in einer anstrengenden Phase genommen und uns immer wieder motiviert haben.

Abschließend wollen wir auch an uns selbst als Masterprojektgruppe ein großes Dankeschön aussprechen. Wir bedanken uns für die Zusammenarbeit und die Erfahrung eine Masterarbeit zu neunt zu schreiben. Danke für die gegenseitige Unterstützung, das Zuhören, die kritischen und anregenden Diskussionen sowie die Freude am Miteinander.

Dankeschön!

Inhalt

1	Einleitung	8
1.1	Ausgangslage.....	13
1.2	Begründung	15
2	Methodische Vorgehensweise und Reflexion der Forschung.....	18
2.1	Reflexion des Forschungsprozesses	18
2.2	Kollaborative Aktionsforschung als grundlegendes Forschungsprinzip.....	31
2.2.1	Was ist kollaborative Aktionsforschung?.....	32
2.2.2	Wie sehen die konkreten Erhebungs- und Auswertungsmethoden der Forschung im Detail aus?.....	42
3	Theoretische Grundlagen	53
3.1	Entstehung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit	53
3.1.1	Community Organizing als Impulsgeber der Gemeinwesenarbeit.....	54
3.1.2	Geschichtlicher Hintergrund und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum.....	60
3.1.3	Unterschiedliche Ansätze der Gemeinwesenarbeit	61
3.1.4	Zielgruppenübergreifende und zielgruppenorientierte Gemeinwesenarbeit ..	65
3.1.5	Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip	66
3.1.6	Methoden der Gemeinwesenarbeit	68
3.1.7	Gemeinwesenarbeit mit einer intersektionalen Perspektive	70
3.1.8	Unser Verständnis von Gemeinwesenarbeit.....	71
3.2	Sozialraum	74
3.2.1	Begriffsdefinition	74
3.2.2	Historische Entwicklung	76
3.2.3	Theoretische Grundlagen.....	77
3.2.4	Methoden	82
3.2.5	Resümee	84
3.3	Partizipation.....	88
3.3.1	Partizipation im Wandel der Zeit	88
3.3.2	Stufen, Leitern, Pyramiden: Zur Systematisierung von Beteiligung.....	92
3.3.3	Partizipative Ansätze innerhalb der Sozialen Arbeit	98
3.3.4	Partizipation als Querschnittsmaterie.....	100
3.3.5	Partizipation – Warum und wozu?	101
3.3.6	Gefahren, Herausforderungen und Hindernisse bei partizipativen Projekten und deren Lösungen	103
3.3.7	Methoden / Arbeitsweisen	107
3.3.8	Resümee	107
3.4	Selbstorganisation. Theoretische Grundrisse	111
3.4.1	Geschichte und Begriff Selbstorganisation	112
3.4.2	Selbstorganisation. Formen, Auswirkungen und Ziele.....	114
3.4.3	Selbstorganisation. Eine Form des sozialen Engagements.....	118
3.4.4	Selbstorganisation. Verknüpfungen zur Gemeinwesenarbeit	119
3.4.5	Selbstorganisation. Kritische Stimmen.....	120

3.4.6	Resümee. Selbstorganisation. Soziale und politische Selbstermächtigung	124
3.5	Governance	128
3.5.1	Governance vs. Government	129
3.5.2	Governance-Perspektiven.....	130
3.5.3	Was ist unter Governance zu verstehen? - Elemente von Governance im modernen Staat.....	133
3.5.4	Ebenen von Governance.....	136
3.5.5	Der undifferenzierte Governance-Diskurs.....	139
3.5.6	Governance und Soziale Arbeit	142
3.5.7	Resümee	146
4	Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als neuer Ansatz der Gemeinwesenarbeit.....	151
4.1	Gemeinwesenarbeit und Soziale Arbeit: was sagt die Literatur dazu?.....	151
4.1.1	Zusammenhang: Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit.....	152
4.1.2	Aufgaben und Funktionen in der Gemeinwesenarbeit.....	153
4.1.3	Ehrenamtliche Mitarbeiter*innen und Freiwilligenarbeit in der Gemeinwesenarbeit	160
4.1.4	Herausforderungen und Schwierigkeiten in der Gemeinwesenarbeit.....	162
4.1.5	Resümee	164
4.2	Learnings aus der Praxis: Rolle der Sozialen Arbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation	167
4.2.1	Bedeutung des Raumes.....	171
4.2.2	Gesellschaftspolitische Anliegen.....	176
4.2.3	Methoden	182
4.2.4	Selbstorganisation.....	198
4.2.5	Macht und Strukturen	208
4.2.6	Gemeinwesenarbeit benötigt Ressourcen	219
4.2.7	Rolle von Sozialer Arbeit und Ehrenamtlichen.....	228
4.2.8	Resümee	238
4.3	Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation - Frischer Wind für die Gemeinwesenarbeit?	246
4.3.1	Selbstorganisiert und zielgruppenübergreifend - Zwei kompatible Grundpfeiler der Gemeinwesenarbeit	247
4.3.2	Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation bedeutet.....	251
4.3.3	Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation. Ein Überblick.....	264
4.3.4	Resümee. Frischer Wind für die Gemeinwesenarbeit	266
5	Gemeinwesenarbeit für St. Pölten.....	270
5.1	Das ist St. Pölten!	
	– Beschreibung des Sozialraums.....	271
5.1.1	Von der Römerstadt zur aufstrebenden Mittelstadt	
	– Die Geschichte der Stadt St. Pölten.....	271
5.1.2	Das ist mein St. Pölten!	
	– Sozialraumbegehung mit einer Bewohnerin	274
5.1.3	Lebensraum oder Nutzraum?	
	– Die Atmosphäre in St. Pölten	278
5.1.4	Wer ist St. Pölten?	
	– Strukturen und demographische Ausgangslage in St. Pölten.....	279

5.1.5	Aktuelle Versorgungssituation in St. Pölten	289
5.1.6	„Eh net schlecht“ versus „Niemandland für die Identifikation“ – Das Selbst- und Fremdbild St. Pöltens	301
5.1.7	„Bring dich nicht zum Ausdruck!“ – Die Herausforderungen St. Pöltens	304
5.1.8	Das kann St. Pölten! – Potentiale der Stadt.....	307
5.1.9	Ein Blick in die Zukunft – Visionen der Stadt St. Pölten	308
5.1.10	Resümee	310
5.2	Vorhandene Ressourcen und Ansätze von Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten	315
5.2.1	Stakeholderanalyse.....	316
5.2.2	Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten - Analyse des Status Quo	339
5.2.3	Mögliche Gründe für bisher fehlende Gemeinwesenarbeit in St. Pölten	355
5.2.4	Gemeinwesenarbeit ist zukunftssträftig	358
5.3	Bedürfnisse und Herausforderungen als Aufgabe sehen	365
5.3.1	It's (not all) about the money	366
5.3.2	Infrastrukturen für soziale Gerechtigkeit und Kohäsion	370
5.3.3	„Soziales Miteinander stärken“: Kein leerer Wahlspruch für Gemeinwesenarbeit	378
5.3.4	Gemeinwesenarbeit für und mit St. Pölten – gemeinsam weiterarbeiten	386
5.4	Übertragbare Erkenntnisse aus den Lernbeispielen	390
5.5	Ein Konzept für St. Pölten: Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation_ready, steady, go!	410
5.5.1	Zunahme sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Spaltung als Ausgangslage.....	411
5.5.2	Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als Antwort	412
5.5.3	Worauf dieses Konzept abzielt	415
5.5.4	An wen sich die Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation richtet.....	416
5.5.5	Methoden in der Gemeinwesenarbeit für Aktivierung und Teilhabe	418
5.5.6	Sozialarbeiterische Kompetenzen für angepasste Kommunikation und Orientierung an der Lebenswelt	418
5.5.7	Gemeinwesenarbeit für St. Pölten	421
5.5.8	Handlungsleitfäden zur Umsetzung konkreter Projektideen	435
5.5.9	Verbreitung	446
5.5.10	Resümee	447
6	Resümee. Denke Gemeinwesenarbeit neu und baue auf Selbstorganisation der Bürger*innen!	451
	Abkürzungen	460
	Anhang.....	461

1 Einleitung

Die Ausgangslage unserer Masterarbeit stellt die Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit (GWA) unter veränderten politischen Rahmenbedingungen sowie der Rechtsruck in Österreich und der Europäischen Union dar. Als Grundlagen dieser Arbeit dienen ebenfalls der Abbau des Sozialstaates sowie die Entdemokratisierung der Gesellschaft versus zivilgesellschaftlicher Widerstandsbewegungen von selbstorganisierten Bürger*innen und Bürger*innenrechtsbewegungen wie den Donnerstagsdemos oder Fridays for Future. Das Bedürfnis von Bürger*innen nach mehr Mitspracherecht und Gestaltungsspielraum findet aktuell in der Gesellschaft vermehrt Anklang. Dadurch folgten von unserer Masterarbeitsgruppe erste Überlegungen in Hinblick auf zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als potenzieller Ansatz zur Bewältigung aktueller Herausforderungen in der Gemeinwesenarbeit. Diese Masterarbeit knüpft an einen vorhandenen, wenn auch leisen Diskurs zu Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in Österreich an. Wir möchten in dieser Arbeit auf Forschungslücken zu den Themen Partizipation und Selbstorganisation sowie Herausforderungen bei sich verändernden politischen Rahmenbedingungen in der Gemeinwesenarbeit hinweisen.

Wir sind eine Masterarbeitsgruppe von neun Studierenden an der Fachhochschule St. Pölten: Drochter Rosanna, Fichtinger Sophie, Gahleitner Susanne, Kopp Alexander, Kundrat Elena, Minassians Melina, Trestl Michelle, Vettori Hanna, Winkler Alexandra sowie unsere Masterarbeitsbetreuerinnen Moser Michaela und Rücker Elisabeth. Wir bringen unterschiedliche Vorerfahrungen und Expertisen aus den verschiedensten Disziplinen sowie Arbeitsbereichen mit.

Ohne explizites Wissen und Erfahrungen im Bereich der Gemeinwesenarbeit haben wir Studierende uns zusammengefunden, um an dem Projekt „Gemeinwesenarbeit – neu gedacht und selbstorganisiert“ zu arbeiten. Bald teilten wir unser Interesse und unsere Neugierde an den vielen unterschiedlichen Themenfeldern, die dieses umfassende Projekt bietet. Gemeinsam erarbeiteten wir in der Gruppe unser Forschungsinteresse für diese Arbeit. Dieses gilt der methodischen Weiterentwicklung der sozialarbeiterischen Gemeinwesenarbeit sowie der Förderung von Partizipation in GWA-Projekten durch zielgruppenübergreifende Selbstorganisation. Dabei besteht der sozialarbeiterische Praxisbezug aus den ausgewählten bestehenden Projekten Mitten in Hernals in Wien, SOS-Menschenrechte in Linz und Stadtteilzentren in Innsbruck. Aus diesen werden

Erkenntnisse sowie Expertisen herangezogen, um ein Konzept für ein GWA-Projekt in St. Pölten zu entwickeln. Der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation soll für die zukünftige Planung und Gestaltung von GWA-Projekten in St. Pölten herangezogen werden.

Unser Ziel ist es daher, zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als mögliche Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit zu konzipieren.

Die Masterarbeit verfolgt das explizite Ziel, sozialarbeiterisches Wissen aus Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit zu verknüpfen und diese dadurch sichtbar zu machen und zu stärken. Schließlich soll der neue Ansatz in ein Konzept für GWA in St. Pölten fließen.

Vor diesem Hintergrund entwickelten wir folgende Forschungsfragen:

- *Was kann unter zielgruppenübergreifender Selbstorganisation verstanden werden? Inwieweit stellt diese eine Weiterentwicklung der GWA dar?*
- *Wie kann die Rolle und Funktion der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit gestärkt und sichtbar gemacht werden? Was ist der Beitrag Sozialer Arbeit im zu entwickelnden neuen Ansatz?*
- *Wie kann im Sinne der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation eine partizipative und nachhaltige Gemeinwesenarbeit für den Sozialraum St. Pölten geschaffen werden?*

Die Teilaspekte der Forschungsfragen beziehen sich auf die Evaluierung der bestehenden Projekte in Innsbruck, Linz und Wien. Fragen nach den Rahmenbedingungen, Hindernissen, Potentialen für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation sowie die Rolle der Sozialen Arbeit in der GWA sind ebenso wesentlich für unser Masterarbeitsprojekt.

Die Analyse des Sozialraums in St. Pölten und Bedarfserhebungen über die Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung des neuen GWA-Ansatzes dienen als theoretisch und empirisch untermauerte Grundlage für das GWA-Konzept für St. Pölten. Folgende Hypothesen wurden von uns aufgestellt:

- Sozialarbeiterische Methoden können die zielgruppenübergreifende Selbstorganisation und Teilhabe von verschiedenen Menschen eines Sozialraumes an GWA-Projekten fördern - auch jene von marginalisierten Gruppen.
- Das Modell der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation fördert mehr Partizipation von Bürger*innen in GWA-Projekten.

- Partizipation von Nutzer*innen in möglichst vielen Stadien von GWA-Projekten führt zu mehr Nachhaltigkeit dieser Projekte.
- Soziale Arbeit kann wichtige Beiträge in interdisziplinären GWA-Projekten leisten.
- Aktuell steht die GWA vor neuen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt und die Konsequenzen für das professionelle Handeln haben. Diese Herausforderungen (z.B. Sorgen um Finanzierung bzw. generell schlechtere Rahmenbedingungen) sind mit politischen Entwicklungen (Rechtsruck, Entdemokratisierung der Gesellschaft, Zunahme von Segregation, etc.) verbunden. GWA kann diesen Entwicklungen bis zu einem gewissen Grad durch zielgruppenübergreifende Selbstorganisation entgegenwirken.
- Eine Sensibilisierung der Bevölkerung kann durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit stattfinden. Diese Masterarbeit wird einen Beitrag dazu leisten, dass die GWA in der Gesellschaft sichtbar(er) wird.
- Für den Sozialraum St. Pölten kann, anknüpfend an bereits vorhandene Ressourcen, das Modell der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation als Grundlage für nachhaltige GWA-Projekte dienen.
- Die Bewerbung von St. Pölten als europäische Kulturhauptstadt setzt Möglichkeiten für GWA-Projekte frei.
- Ein möglichst partizipativer und transparenter Forschungsprozess wirkt sich positiv auf die Forschungsergebnisse aus.
- Die Expertise von bereits bestehenden GWA-Projekten bringt neue Erkenntnisse für entstehende GWA-Projekte in anderen Sozialräumen.

Den Rahmen der Masterarbeit werden die Themenschwerpunkte Sichtbarkeit der GWA, die Rolle der Sozialen Arbeit in GWA-Projekten, und unser neuer Ansatz zu zielgruppenübergreifender Selbstorganisation bilden. Gemeinwesenarbeit in Bezug auf eine intersektionale Perspektive sowie die kritische Auseinandersetzung und Reflexion mit gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und Ungleichverteilungen in Hinblick auf marginalisierte Gruppen sowie deren gesellschaftliche Teilhabe werden in dieser Arbeit behandelt. Unsere Beforschung findet ausschließlich in Österreich mit unseren Kooperationspartner*innen in Wien, Linz, Innsbruck und St. Pölten mit dem Fokus auf den Sozialraum in St. Pölten statt.

Unsere Masterarbeit ist folgendermaßen gegliedert:

Das Kapitel Ausgangslage verweist auf den wesentlichen Themenbereich Partizipation sowie die Erfahrung von Bürger*innen und deren Selbstwirksamkeit für ein gerechtes Miteinander. Der zielgruppenübergreifende Ansatz soll auf die politischen und sozialen

Herausforderungen abzielen und eine positive Veränderung in der Gesellschaft bewirken. Im nächsten Kapitel folgt eine nähere Auseinandersetzung mit unserem Forschungsinteresse sowie unserem Ziel.

Des Weiteren werden unsere methodischen Vorgehensweisen wie unser Forschungsprozess und unsere Forschungsmethoden beschrieben. Anhand des Organisationsmodelles Soziokratie erarbeiteten wir in der Großgruppe den gemeinsamen Konsens unserer Forschungsgrundlage sowie unseres Forschungsinteresses. Im Kapitel Reflexion des Forschungsprozesses wird dieses Organisationsmodell näher dargestellt sowie unser Prozess kritisch reflektiert. Um die Forschungsfragen zu beantworten, fanden im Rahmen unseres Forschungsprojektes unterschiedliche Erhebungs- und Auswertungsmethoden wie Expert*inneninterviews sowie eine SWOT-Analyse, die im Vorfeld des Jour fixes erstellt wurde, Anwendung. Gemeinsam mit Kooperationspartner*innen und Bürger*innen aus St. Pölten und Umgebung wurde für den Jour fixe die Methode Zukunftswerkstatt durchgeführt mit dem Ziel, zielgruppenübergreifende Selbstorganisationsprozesse anzustoßen. Dabei konnten wir zusätzlich über Bedürfnisse sowie Ideen der Bürger*innen erfahren, die mit Unterstützung unseres neuen GWA-Ansatzes in Bezug auf zielgruppenübergreifende Selbstorganisation umgesetzt werden könnten. Weitere Methoden, die in den beforschten Projekten Verwendung fanden, um Bürger*innen partizipativ einzubinden, sind Wisdom Council, Fokusgruppendifkussionen und Befragungen der Bewohner*innen im Grätzel. Zur Erhebung wurde die Auswertungsmethode Strukturgeleitete Textanalyse verwendet. Um den Sozialraum in St. Pölten abzubilden sowie die Lebenswirklichkeiten von Bürger*innen darzustellen, wurde die Methode Sozialraumanalyse gewählt. Diese Methoden werden im Kapitel kollaborative Aktionsforschung näher erläutert.

Wir eigneten uns für die Masterarbeit sowie für unsere Forschung relevantes theoretisches Wissen in Bezug auf die Themenbereiche Community Organizing und Gemeinwesenarbeit, Sozialraumorientierung, Partizipation, Selbstorganisation sowie Governance an. Die historische Entwicklung, begriffliche Darstellungen sowie Aktualität der Themen werden in unserem Theorieteil näher beschrieben.

Auch die Rolle der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit sowie das Kapitel zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in den Lernbeispielen findet in der Masterarbeit Einzug. Hierbei werden alle drei Lernbeispiele in Wien, Linz und Innsbruck diskutiert, reflektiert und dargestellt und in Kontext mit unserem Forschungsschwerpunkt

zielgruppenübergreifende Selbstorganisation gesetzt. Das folgende Kapitel Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation. Frischer Wind für die Gemeinwesenarbeit? befasst sich mit den zwei Ansätzen Selbstorganisation sowie zielgruppenübergreifende GWA und erläutert die Vereinigung und Verschmelzung dieser beiden Ansätze miteinander für eine mögliche Weiterentwicklung der GWA.

Im Kapitel GWA für St. Pölten wird der Sozialraum und der historische Hintergrund in St. Pölten erläutert sowie ein Zukunftsausblick und Visionen abgebildet. Hierbei wird weiters die Situation von GWA und Selbstorganisation in St. Pölten sowie eine Begründung für die Implementierung von GWA in St. Pölten unter Bezugnahme auf aktuelle Bedürfnisse und Herausforderung beschrieben. Die Erkenntnisse sowie Expertisen der Lernbeispiele verknüpft mit Theorie werden im Kapitel Herleitung nochmals zusammengefasst. Die Ergebnisse werden im Folgenden für die Entwicklung eines Konzeptes für ein GWA-Projekt in St. Pölten verwendet. Das Konzept wird im abschließenden Kapitel vorgestellt. In diesem Zusammenhang wird auf eine weitere Empfehlung sowie Verbreitung in St. Pölten eingegangen. Den Abschluss der Masterarbeit bildet ein Resümee, in dem die Arbeit kritisch reflektiert wird und ein Anstoß für zukünftige Forschungsarbeiten gegeben wird.

Unser Forschungszeitraum für diese Masterarbeit fand von November 2018 bis April 2020 statt. Wir haben die Arbeit gemeinsam in der Gruppe verfasst. Einige Kapitel wurden von einzelnen Personen verfasst, Teile der Arbeit mit praxisnahe Bezug wurden in unterschiedlichen Kleingruppen erarbeitet. Wir haben jedes einzelne Kapitel gemeinsam gelesen und mit Feedback und persönlichen Kommentaren versehen, damit das Einverständnis aller neun Studierenden zu den einzelnen Kapiteln und Aussagen besteht. Wir können die Arbeit daher gemeinsam als gesamte Masterarbeitsgruppe vertreten.

„Alles, was an Großem in der Welt geschah, vollzog sich zuerst in der Phantasie des Menschen“ (Astrid Lindgren 1907- 2002).

1.1 Ausgangslage

Winkler Alexandra

Diese Masterarbeit wurde in einer Zeit verfasst, die sich als kontrovers beschreiben lässt. Einerseits profitieren viele Menschen und Personengruppen von der Globalisierung, Pluralisierung und Digitalisierung. Andererseits verstärken sich durch diese Trends und durch gegenwärtige Wandlungsprozesse „sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Disparitäten in der Gesellschaft“ (Mau 2017:300). Soziale Ungleichheit verhärtet sich und bereits marginalisierte Menschen sehen sich durch Exklusion und Separation immer weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Die Armutskonferenz warnt vor einer tiefen sozialen Kluft in der Demokratie (vgl. Armutskonferenz 2020), während Tendenzen der Entdemokratisierung weiter voranschreiten. Der Rechtsruck in Österreich und innerhalb der EU, sowie sozialstaatlicher Rückbau, haben Auswirkungen auf alle Bürger*innen, schwächen das soziale Miteinander und minimieren Teilhabemöglichkeiten.

Dazu kommen humanitäre Krisen wie an der türkisch-griechischen Grenze, in Griechenlands Flüchtlingscamps, im nördlichen Syrien oder im Jemen. Auf europäischer Ebene wird Solidarität und Menschlichkeit für die Entschärfung der Lage vermisst.

Dennoch treten zivilgesellschaftliche Widerstandsbewegungen und selbstorganisierte Akteur*innen zunehmend in Erscheinung – seien es jene, die sich für Grenzöffnungen oder die Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge organisieren, oder diejenigen, die sich für eine klimagerechte Zukunft einsetzen. Im In- und Ausland mobilisieren sich Menschen, um auf die gegenwärtigen Problemlagen aufmerksam zu machen und für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung einzutreten.

Das Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit und der Verbesserung der Lebensumstände sind oft Grundlage für diese Selbstorganisationsprozesse.

In dieser Masterarbeit orientieren wir uns an den Menschenrechten. Weiters gehen wir davon aus, dass es für Menschen wichtig ist, sich für etwas einzusetzen und nicht gegen etwas. Das bedeutet, dass Partizipation und Mitgestaltung, sowie das Erfahren von Selbstwirksamkeit wichtige Faktoren für ein gerechteres Miteinander sind. Der zielgruppenübergreifende Aspekt, mit dem sich diese Masterarbeit beschäftigt, vereint beim Kampf gegen die politischen und sozialen Herausforderungen und zielt auf eine positive Veränderung in der Gesellschaft ab.

Die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession setzt sich für eine menschenrechtsorientierte, demokratische Gesellschaft ein, wie es in der internationalen Definition der International Federation of Social Workers von 2014

(IFSW 2020) heißt. Auch der Österreichische Berufsverband der Sozialen Arbeit (OBDS o.A.) führt folgende Übersetzung an:

„Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. Dabei stützt sie sich auf Theorien der Sozialen Arbeit, der Human- und Sozialwissenschaften und auf indigenes Wissen. Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein. Diese Definition kann auf nationaler und/oder regionaler Ebene weiter ausgeführt werden.“ (OBDS o.A.)

Die Soziale Arbeit und die GWA haben als eines ihrer Handlungsfelder die Kompetenz, auf die derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen präventiv, langfristig und nachhaltig zu reagieren. Wir gehen jedoch davon aus, dass es eine Weiterentwicklung der GWA unter diesen veränderten politischen Rahmenbedingungen dringend benötigt. Die zielgruppenübergreifende Selbstorganisation sehen wir als ein konkretes Beispiel dafür.

Das Masterprojekt und die daraus entstandene Masterarbeit „versucht in Zeiten der Entdemokratisierung der Gesellschaft und restriktiver Sozialpolitik aktiv Zeichen gegen politische und soziale Ungerechtigkeiten zu setzen.“ (Ethische Grundsätze der Zusammenarbeit¹ 2019:5).

Das nachfolgende Kapitel setzt sich mit dem Forschungsinteresse und den –zielen auseinander.

Literatur

Armutskonferenz (2020): Zweidrittel-Demokratie: Armutskonferenz warnt vor tiefer sozialer Kluft in der Demokratie. <http://www.armutskonferenz.at/aktivitaeten/12-armutskonferenz-stimmen-gegen-armut/zweidrittel-demokratie-armutskonferenz-warnt-vor-tiefer-sozialer-kluft-in-der-demokratie.html> [21.03.2020].

Aschenbrenner-Wellmann, Beate / Ehrismann, Regina (2014): Die Soziale Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen. Rahmenbedingungen und methodische Herausforderungen. In: Soziale Arbeit (DZI) 10-11, 366-373.

¹ Im Zuge des Masterprojekts wurden gemeinsame ethische Grundsätze erarbeitet für den Forschungsprozess und die Zusammenarbeit.

Ethische Grundsätze der Zusammenarbeit (2019): Ethische Grundsätze. Gemeinwesenarbeit neugedacht und selbstorganisiert.

IFSW, International Federation of Social Workers (2020): Globale Definition der Profession Sozialer Arbeit. <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/> [21.03.2020].

Mau, Steffen (2017): Die Fliehkräfte des Sozialen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heute. In: Forschung & Lehre, Heft 4, Seite 300-302.

OBDS, Österreichischer Berufsverband für Soziale Arbeit (o.A.): Internationale Definition der Sozialer Arbeit. https://www.obds.at/wp/wp-content/uploads/2018/04/definition_soziale_arbeit_-_obds_final.pdf [09.03.2020].

Riede, Melina (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf / Drilling, Matthias / Niermann, Oliver (Hg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer, 67-87.

1.2 Begründung

Trestl Michelle

„Europäische Kulturhauptstadt“ – diesen Titel möchten seit 1985 viele europäische Städte verliehen bekommen, da er neben der Möglichkeit der Stadterneuerung auch die Stärkung des internationalen Profils, sowie eine Veränderung des Images der Stadt aus der Sichtweise der Bewohner*innen erwirken kann (vgl. European Commission o.A.). 2018 haben sich die österreichischen Städte Bad Ischl, Dornbirn und St. Pölten entschieden, an dieser Initiative der Europäischen Union teilzunehmen und sich dem Bewerb um die Verleihung des Titels Europäischen Kulturhauptstadt für das Jahr 2024 zu stellen (vgl. ebd.).

Die geltenden Ausschreibungsbedingungen sehen eine besonders starke Einbindung der Bevölkerung in den Bewerbungsprozess vor. Diesem Aspekt der Kriterien versuchte die Plattform KulturhauptSTART in St. Pölten, welche aus einer Initiative direkt aus der Bevölkerung entstanden ist, gerecht zu werden (vgl. ITV7: 00:01:00). Hierfür veranstaltete die Plattform regelmäßig, an unterschiedlichen Orten der Stadt, Informationsabende, Arbeitsgruppen und Workshops rund um die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt und damit verbundenen Aktionen. Das Ziel dieser Bemühungen war es, Interessierte anzusprechen, zum Mitgestalten anzuregen und eine möglichst diverse Gruppe zu erzielen (vgl. ITV7: 00:02:12). Und genau hier steht die Plattform Herausforderungen gegenüber. Denn bei den Veranstaltungen, die bis zum

Frühling 2019 stattfanden, konnten nur bestimmte Personengruppen angesprochen werden (vgl. ITV7: 00:14:45), Migrant*innen und Jugendliche fehlten gänzlich, wie unser Besuch von zwei Jour Fixe Abenden zeigte.

Im Herbst 2018 nahm unser Masterprojekt „Gemeinwesenarbeit 4.0“² an der Fachhochschule St. Pölten seine Arbeit auf und entschied sich im Zuge dessen zu einer Kooperation mit der Plattform KulturhauptSTART, dem Projekt Qualify for Hope, der mobilen Jugendarbeit Nordrand und dem Büro für Diversität. Im Sinne von Lüthringhaus' Leitstandards der GWA sollte durch diese Zusammenarbeit Kooperation, Vernetzung und Verbindungen hergestellt werden (vgl. Kapitel 4.1.2), um gemeinsam die Herausforderungen, die sich in der Arbeit der Plattform KulturhauptSTART stellten, aufzugreifen und neue Zugangsweisen zur Bevölkerung herzustellen, sowie innerhalb einer Zukunftswerkstatt mit einer diversen Gruppe von Bewohner*innen zu arbeiten. Die im Rahmen dieser Veranstaltung entstandenen Visionen und Pläne der Bevölkerung St. Pöltens sollten als Grundlage für die weitere Auseinandersetzung im Rahmen dieser Arbeit und den Kooperationspartner*innen beim Aufbau einer diverseren Zielgruppe dienen.

Für die Erstellung einer möglichst umfassenden und aussagekräftigen Forschungsarbeit wurde zudem nach passenden Lernbeispielen aus anderen Städten gesucht, von welchen Gelingens- und Hemmfaktoren durch Forschungsprozesse auf St. Pölten übertragbar gemacht werden sollten.

Diese Lernbeispiele fanden sich im Haus der Menschenrechte in Linz, im Verein Mitten in Hernals in Wien und in den Stadtteilzentren von Innsbruck.

Die Stadtteilzentren Innsbruck wurden ausgewählt, da dort klassische Gemeinwesenarbeit im jeweiligen Stadtteil durch sozialarbeiterische Fachkräfte praktiziert wird. Zudem kennzeichnen sich diese Zentren durch die Etablierung mittels Top-Down Prozessen von politischer Seite und werden auch von dieser finanziert (vgl. Kapitel 4.2).

Hierzu unterscheidet sich das zweite Lernbeispiel, das Haus der Menschenrechte von SOS-Menschenrechte, mit Sitz in Linz. Der Verein ist gemeinnützig, überparteilich und konfessionell ungebunden aufgebaut und widmet sich vorwiegend der Arbeit mit Geflüchteten, sowie der Bewusstseinsbildung und dient aufgrund seiner räumlichen Gebundenheit an ein einzelnes Haus und seiner vorgegebenen Zielgruppe der Migrant*innen als Lernbeispiel in diesem Bereich (vgl. Kapitel 4.2).

² Von der Fachhochschule vordefinierter Arbeitstitel

Mitten in Hernals zeichnet sich ebenfalls als überparteilicher Verein aus und setzt sich für gute Nachbarschaft und sozialen Zusammenhalt ein. Es wird aufgrund des Fakts, dass die Stadtteilarbeit bislang nur durch ehrenamtliche Privatpersonen geleistet wird und keine fachlich ausgebildeten Sozialarbeiter*innen beschäftigt sind, als Lernbeispiel herangezogen (vgl. Kapitel 4.2).

Neben den bereits dargestellten Gründen, weshalb die drei Lernbeispiele für unsere Masterarbeit ausgewählt wurden, findet sich der verbindende Wunsch dieser, nach einer diverseren Zielgruppe. Zudem besteht bei allen als weiteres vereinendes Kriterium das Bedürfnis mehr Selbstorganisation zu etablieren.

Wie bereits aus der Ausgangslage herauszulesen ist, besteht der Wunsch nach mehr Selbstorganisation nicht nur in unseren drei Lernbeispielen, sondern es lässt sich allgemein in der Gesellschaft das Bedürfnis nach mehr Mitgestaltung und Teilhabe erkennen. Diese Bottom-up Bewegungen lassen auch aus einer sozialarbeiterischen Perspektive die Frage aufkommen, welchen Beitrag die Gemeinwesenarbeit hierbei leisten kann. In der GWA bestehen bereits der zielgruppenübergreifende Ansatz, sowie jener der Selbstorganisation.

Die hier vorliegende Masterarbeit hat es sich zum Ziel gemacht, diese beiden zusammenzuführen und einen neuartigen Ansatz, jenen der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation zu konstruieren.

In weiterer Folge soll eine Verknüpfung des neuen Ansatzes mit klassischer Gemeinwesenarbeit erfolgen und die praktische Anwendbarkeit dessen in einem Konzept für die Stadt St. Pölten herausgearbeitet werden.

Literatur

European Commission (o.A.): Kulturhauptstädte Europas.
https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/actions/capitals-culture_de [04.04.2020].

Daten

ITV7, Interview, geführt von Michelle Trestl mit Lena Weiderbauer, Mitarbeiterin der Plattform KulturhauptSTART in St. Pölten, 07.05.2019, Audiodatei.

2 Methodische Vorgehensweise und Reflexion der Forschung

Dieses Kapitel widmet sich voll und ganz der Reflexion des Forschungsprozesses und der theoretischen Auseinandersetzung des angewandten qualitativen Forschungsdesigns dieser Masterarbeit.

Im ersten Teil des Kapitels wird der Forschungsprozess reflektiert. Am Beginn befindet sich eine grafische Darstellung der wichtigsten Forschungsschritte und Meilensteine. Außerdem wird der Beginn der Forschung, in dem es um die jeweiligen Forschungsinteressen der Forschungsgruppe, die Hypothesenbildung und die Entwicklung der Forschungsfragen ging, beschrieben. Die einzelnen Erfahrungen mit und in den Aktionsforschungen der Kleingruppen an unterschiedlichen Untersuchungsorten und die generellen Learnings im gesamten Forschungsprozess werden ebenfalls dargestellt. Daneben wird näher auf die Soziokratie eingegangen, die besonders am Anfang des Forschungsprozesses zur Entscheidungsfindung zum Einsatz kam.

Der zweite Teil des Kapitels konzentriert sich auf das grundlegende Forschungsprinzip der kollaborativen Aktionsforschung. Das Forschungsdesign, welchem diese Masterarbeit folgt, wird in einer theoretischen Auseinandersetzung verdeutlicht. Das grundlegende Forschungsprinzip der kollaborativen Aktionsforschung mit seinen Merkmalen, Elementen und Aspekten wird aufgezeigt. Danach werden die Entstehungsgeschichte der Aktionsforschung und drei Weiterentwicklungen, die aus der Aktionsforschung entstanden sind, vorgestellt. Zudem werden die konkreten Erhebungs- und Auswertungsmethoden, die in der Forschung angewandt wurden, einzeln und in der Reihenfolge ihres Einsatzes beschrieben.

2.1 Reflexion des Forschungsprozesses

Gahleitner Susanne

Nachstehend findet sich eine Abbildung, die unseren eineinhalb-jährigen Prozess graphisch darstellt. Es werden hier die größten Meilensteine und wichtigsten Deadlines nochmal in grüner Farbe dargestellt. Präsenztermine, an denen sich die gesamte Gruppe inklusive der Leiterinnen DAS.ⁱⁿ Elisabeth Rücker und FH-Prof. Mag.^a Dr.ⁱⁿ

Michaela Moser trafen, werden in blauer Farbe abgebildet. Wichtige Termine, die nicht fehlen sollten und keiner der beiden bereits angeführten Kategorien zugewiesen werden konnten, sind lila. Die Inhalte ergeben sich einerseits aus den geführten Protokollen der Präsenzeinheiten und den Forschungstagebüchern bzw. den Reflexionen der einzelnen Forscher*innen.



Abbildung 1 Timeline der Forschung (eigene Darstellung)

Im September 2018 begannen wir das Masterstudium der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule St. Pölten. Damit einhergehend mussten sich die Studierenden des gesamten Studienganges zwischen vier verschiedenen Masterarbeitsprojekten entscheiden. So kam es zustande, dass sich diese Gruppe von neun interessierten Personen, zusammenfand, um über das Thema Gemeinwesenarbeit zu forschen. Anders als bei anderen Masterarbeitsprojekten, war die Projektausschreibung von GWA sehr offen. Das bedeutet, der Forschungsrahmen war breit gesteckt und die genaue Richtung, in welche Forschung sich begeben soll, unbestimmt.



Abbildung 2 Gruppenfoto Forscher*innen, hinten v.l.n.r.: Minassians Melina, Trestl Michelle, Winkler Alexandra, Fichtinger Sophie, Kopp Alexander. Vorne v.l.n.r.: Vettori Hanna, Drochter Rosanna, Gahleitner Susanne. Nicht am Bild: Kundrat Elena (eigenes Bild)

Gemeinwesenarbeit als Thema der Sozialen Arbeit war für uns zu Beginn unseres Studiums noch ein eher unbeschriebenes Blatt. Es befand sich in der Gruppe niemand, der bereits viel Erfahrung darin gesammelt hatte. Aus diesem Grunde fand vorerst eine Annäherung an das Thema anhand von Literaturrecherche über wesentliche Begrifflichkeiten und Definitionen in der GWA statt. Zusätzlich dazu wurden Good-Practice-Projekte bzw. praktische Beispiele für GWA in Österreich gesucht, an welche wir unsere Forschung andocken könnten. Folgende drei Institutionen boten sich uns an und wurden schließlich von uns zur Forschung herangezogen: Mitten in Hernals, die Stadtteilzentren in Innsbruck und SOS-Menschenrecht in Linz.

Zu unserem Präsenztermin am 25. Jänner 2019 wurden von den Lehrenden Expert*innen aus der Praxis und Theorie in die Lehrveranstaltung eingeladen, welche an einer Kooperation mit uns im Rahmen der Forschung interessiert waren. Anwesend waren Katharina Auer-Voigtländer, BA MA und DSA.ⁱⁿ Mag.^a (FH) Andrea Pilgerstorfer, welche Dozentinnen an der Fachhochschule St. Pölten sind, zwei Vertreterinnen von Qualify for hope, ein Vertreter von KulturhauptSTART und ein Mitarbeiter der Bassena in Wien. Durch diesen Austausch konnte ein erster Überblick über die Bedürfnisse der möglichen Kooperationspartner*innen und für uns relevanten Themen geschaffen werden.

Parallel zur thematischen Auseinandersetzung wurden außerdem Grundsätze des Zusammenarbeitens und Ethikstandards entwickelt, die im Laufe der gemeinsamen Forschung Gültigkeit hatten.

Bevor noch weiter auf den Forschungsprozess dieser Masterarbeit eingegangen werden kann, wird vorab ein kleiner theoretischer Input zur Soziokratie selbst gegeben, weil sie uns beim Aushandeln und diskutieren in der Themenfindung geholfen hat.

Warum Soziokratie in dieser Forschung?

Das Thema der Forschung beschäftigt sich ja bekanntlich mit Gemeinwesenarbeit. Da es dabei oft um partizipative Methoden geht und darum, dass jede*r ein Mitbestimmungsrecht hat, wurde von den Betreuerinnen der Masterarbeit die Methode der Soziokratie ausgewählt. Soziokratie stärkt die Mitverantwortung der*des Einzelnen. Als Sozialarbeiter*innen ist es auch immer nützlich, Methoden, die in der Theorie gelernt werden, praktisch anzuwenden und quasi am eigenen Leib auszutesten.

Soziokratie wird auch bei Organisationsstrukturen benutzt, wo unter anderem Armutsbetroffene ein Mitbestimmungsrecht haben und auf derselben Ebene wie Sozialarbeiter*innen und andere Expert*innen sind und auch gleichberechtigt ein Stimmrecht haben (vgl. Knecht o.A.:2). „Wenn alle gleichwertig bei der Beschlussfassung sind, entstehen Vertrauen, Kreativität, Respekt und Authentizität und Empathie ganz von selbst.“ (Strauch/Reijmer 2018:X). Durch Soziokratie werden demnach Beteiligungsprozesse angeregt und Menschen eingebunden.

Das Grundprinzip der Soziokratie in dieser Forschung

Da es sich in diesem Fall nicht um die Strukturierung eines gesamten Unternehmens handelt, sondern um den Entscheidungsfindungsprozess einer Forschungsarbeit, wurden nicht alle Basisprinzipien nach Gerard Endenburg, den Begründer der

Soziokratischen KreisorganisationMethode (SKM), angewandt, sondern die Entscheidungen im soziokratischen Konsent getroffen. Wie der Name „Soziokratischer KreisorganisationsMethode“ schon sagt, gibt es eine kreisförmige Organisation, wo nacheinander gesprochen wird. Eines der wesentlichsten Prinzipien in der Soziokratie und auch im Prozess der Masterarbeit war und ist das Konsentprinzip, nämlich wie Entscheidungen zustande kommen. Konsent ist hier nicht zu verwechseln mit Konsens. Es geht also nicht darum, dass jede*r überein stimmt und der gleichen Meinung ist, sondern, dass jede*r mit der Entscheidung leben kann bzw. keine schwerwiegenden Einwände hat (vgl. Strauch/Reijmer 2018:20-22).

Um sich auf den gemeinsamen Entscheidungsfindungsprozess bestmöglich einzulassen, wurden, wie von Strauch und Reijmer (vgl. ebd.:24) beschrieben, zu Beginn der Treffen eine „Einstimmung auf das gemeinsam Ziel“ (ebd.) erfolgt, was in der Soziokratie bedeutet, dass ein Stimmungsbild gezeichnet wird und jede Person im Kreis berichtet, wie es ihr*ihm geht bzw. was vom Treffen erwartet wird. Wie auch in dieser Organisationsform üblich, gab es eine Moderation und eine Person, die für die Verfassung des Protokolls zuständig war. Die Moderation übernahm hauptsächlich Michalea Moser, die Soziokratie-Expertin in Ausbildung am österreichischen Soziokratiezentrum ist und eine langjährige Soziokratie Praxis im Wohnprojekt Wien und in der österreichischen Armutskonferenz mitbringt. Innerhalb der Konsentformulierung gibt es noch drei Phasen zu beachten: die Bildformung, die Meinungsbildung und die Konsentformung (vgl. ebd. 38).

- Bei der Bildformung werden alle verfügbaren Informationen geteilt, sodass jede*r Teilnehmer*in eine Vorstellung von der Fragestellung oder des Vorschlags hat. Es können auch noch Fragen dazu gestellt werden.
- Bei der Meinungsbildung gibt es dann zuerst eine Runde, wo jede Person zu Wort kommt und ihre Gedanken zum eingebrachten Thema äußert. Bei einer zweiten Runde soll auf das neu gelernte oder geänderte Meinungen aus der ersten Runde eingegangen werden.
- In der Konsentformung wird von der Moderation ein Vorschlag formuliert und wenn es keinen starken Einwand gibt, gilt der Vorschlag als angenommen. Sollte es starke Einwände geben, wird in eine weitere Meinungsrunde gegangen.

Der Weg zu den Forschungsfragen und einem gemeinsamen Projekt

Bis zum 02. März 2019 war uns, also den Forscher*innen und Leiterinnen noch nicht klar, ob es ein großes Masterarbeitsprojekt zu neunt wird oder es mehrere Projekte in Kleingruppen werden. Erst bei diesem Präsenztermin wurde beschlossen, dass es ein Projekt mit neun Forscher*innen werden würde. Bis zu diesem Zeitpunkt kristallisierten sich drei Themenschwerpunkte heraus: Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in der Gemeinwesenarbeit, Rolle der Sozialen Arbeit und Sichtbarkeit der Sozialen Arbeit in der GWA. Es wurde klar, dass alle drei Themenschwerpunkte nicht so weit voneinander entfernt sind und in einer gemeinsamen großen Forschung abgehandelt werden können.

Die Einigung auf die Forschungsfragen und die Einigung auf das genaue Vorgehen fanden aber erst am 05. April 2019 statt. Bis zu diesem Termin wurden zwei Exposés mit unterschiedlichen Fokussen angefertigt, einmal ein vergleichender Ansatz von GWA-Projekten und andererseits eine Neukonzeption für St. Pölten, in dem die Inhalte von anderen Projekten einfließen sollten.

Im Präsenztermin war es nun daran, einen gemeinsamen Nenner zwischen all den unterschiedlichen Vorstellungen und Interessen der Gruppe zu finden, welcher sich wie folgt im Protokoll der Präsenzeinheit wiederfand:

„Konzipierung zielgruppenübergreifender SO in der GWA für St. Pölten - auf Basis der Erfahrungen bestehender GWA-Projekte. Vergleichend erforschen, was es zu SO in bestehenden Projekten gibt und für ein neues Projekt konzipieren. Was kann aus diesen Projekten gelernt werden?“

Zusätzlich dazu wurden noch die Stadtteilzentren von Innsbruck als beforschte Orte gewählt, um einen Top-down Prozess im Gegensatz zu den Bottom-up Prozessen von SOS-Menschenrechte und Mitten in Hernals zu beforschen. Erst bei dieser Version kam es am Ende zu einem gemeinsamen Konsent.

Aus der umfassenden Diskussion (und mithilfe der Soziokratie) wurden dann die folgenden drei Forschungsfragen abgeleitet:

- 1. Was kann unter zielgruppenübergreifender Selbstorganisation verstanden werden? Inwieweit stellt diese eine Weiterentwicklung der GWA dar?*
- 2. Wie kann die Rolle und Funktion der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit gestärkt und sichtbarer gemacht werden? Was ist der Beitrag Sozialer Arbeit im zu entwickelnden neuen Ansatz?*

3. *Wie kann im Sinne der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation eine partizipative und nachhaltige Gemeinwesenarbeit für den Sozialraum St. Pölten geschaffen werden?*

Aktionsforschungen in Kleingruppen

Um die entsprechenden Ergebnisse aus den Lernbeispielen in Innsbruck, Linz und Hernals zu extrahieren, wurden Kleingruppen gebildet, die jeweils Expert*inneninterviews und eine Aktionsforschung durchführten. Für die Forschung in St. Pölten gab es zusätzlich eine Kleingruppe. Die gewählten Methoden werden im Kapitel 2.2 genauer erklärt.

Innsbruck

Bei den Stadtteilzentren in Innsbruck ist erwähnenswert, dass hier zu Beginn lediglich geplant war, die bereits bestehenden Inhalte zu analysieren, weswegen für diesen Teil nur eine Person zuständig war. Im Laufe der Forschung wurde jedoch klar, dass die Stadtteilzentren aufgrund des Top-down Prozesses eine gute Ergänzung zu den anderen Bottom-up Initiativen sind. Der Forscher wurde aufgrund des erhöhten Arbeitsaufwandes im Prozess teilweise von anderen Forscher*innen der Projektgruppe unterstützt. Für ihn war es durchwegs in Ordnung, allein zu forschen, wenn auch seiner Meinung nach die Effektivität darunter gelitten hat. Die Teilnehmer*innen der Fokusgruppen-Diskussion sagten sofort zu und waren motiviert mitzuwirken.

SOS-Menschenrechte

Die Forschungsgruppe im Haus der Menschenrechte bestand aus zwei Personen, weshalb sich die Zusammenarbeit und Absprachen auch sehr klar gestaltete. Eine der beiden Forscherinnen ist außerdem Mitarbeiterin bei SOS-Menschenrechte, weswegen der Blick speziell daraufgelegt wurde, dass Forschungsergebnisse dadurch nicht verfälscht werden. Expert*inneninterviews wurden auch von der anderen Forscherin geführt, um die Neutralität zu wahren.

Die Fokusgruppe im Haus der Menschenrechte wurde für den Juni geplant, musste jedoch aufgrund eines Todesfalls eines Klienten auf Oktober verschoben werden. Die Gruppendiskussion gestaltete sich harmonisch und produktiv. Was Machtdynamiken betrifft, so war die Diskussion stets ausgeglichen und jede*r kam zu Wort. Hinsichtlich Gender und Alter war die Gruppe divers. Es wurden genug Teilnehmer*innen gefunden, wenngleich sich die Einladungspolitik als etwas schwierig gestaltete. Es bestand eine offene und ehrliche Kommunikation unter den Forscherinnen. Auch die geteilte

Moderation der Gruppendiskussion konnte erfolgreich durchgeführt werden. Andererseits konnte auf die Arbeitsbeziehung und Vertrauensbasis der Forscherin zu den Bewohner*innen aufgebaut werden, was sich positiv auf die Einladungspolitik und die Motivation der Bewohner*innen auswirkte. Gleichzeitig könnte diese Tatsache bewirkt haben, dass sich die Teilnehmer*innen verpflichtet sahen, an der Forschung teilzunehmen.



Abbildung 3 Gruppendiskussion im Haus der Menschenrechte (eigenes Bild)

Mitten in Hernals

Auch von der Kleingruppe Mitten in Hernals wurde berichtet, dass die Zusammenarbeit besser funktionierte und einfacher war, als in der Großgruppe. Hier wurde auch die räumliche Nähe unter den Forscherinnen als begünstigter Faktor genannt. Alle drei Studierenden kommen aus Wien, wodurch persönliche Treffen begünstigt wurden. Auch der Kontakt mit den Kooperationspartner*innen funktionierte gut und wurde von einer Person übernommen. Der Wisdom Council wurde als spannende Methode beschrieben, wenngleich bei der Aktion aufgrund von Krankheit die geplante Vorgehensweise spontan geändert werden musste. Die Rollen der Moderation und Protokollführung wurden während der Aktion aufgrund des gesundheitlichen Zustands der Moderatorin getauscht. Den Kooperationspartner*innen war am Ende der Aktion nicht bewusst, dass es nur eine zeitlich begrenzte Forschung und somit keine weitere Begleitung durch die Sozialarbeiter*innen gab.



Abbildung 4 Wisdom Council bei Mitten in Hernals (eigenes Bild)

St. Pölten

Die Arbeit in der Kleingruppe St. Pölten wurde von allen vier Gruppenmitgliedern als unkompliziert, kollegial und fair beschrieben. Hier wird durchwegs davon gesprochen, dass sich die Gruppe gut ergänzt und jede ihre Stärken einbringen kann. Der Jour Fixe wurde als großer Erfolg wahrgenommen, bei dem viele unterschiedliche Menschen angesprochen und gehört werden konnten. Die Forscherinnen der Kleingruppe wurden durch die Motivation und das Engagement der Kooperationspartner*innen von anderen Organisation angespornt. Als Schlüssel für eine Zusammenarbeit werden viele persönliche Treffen und enger Kontakt genannt.



Abbildung 5 Jour Fixe in St. Pölten (eigenes Bild)

Unsere Erfahrungen mit Soziokratie

Niemand von den neun Studierenden bzw. Forscher*innen hatte jemals mit Soziokratie gearbeitet, geschweige denn war Teil einer soziokratisch organisierten Gruppe. Daher war es für alle Beteiligten eine neue Erfahrung und es bedurfte viel Vertrauen in die Lehrenden Michaela Moser und Elisabeth Rücker, die diesen Prozess moderierten. Alexander Kopp, ein Forscher, spricht davon, dass das Ausmaß, was Soziokratie bedeutet, erst im Laufe des Prozesses für ihn klar wurde. Er meint dazu: „Ich empfinde diese nachwievor als eine gute, wenn nicht sogar die bessere Alternative, da sie prozessorientiert ist und nicht auf Blockadesituationen hinausläuft.“ Der Prozess wurde von mehreren Forscher*innen teilweise auch als anstrengend wahrgenommen und hat zu negativen Gefühlen geführt. Es wird für die Anwendung mehr Zeit, Geduld und Übung benötigt.

„Das Ergebnis des soziokratischen Entscheidungsprozesses über Thema und Arbeitsweisen war meiner Wahrnehmung nach für niemanden ganz perfekt, aber auch für niemanden untragbar.“ Sophie Fichtinger trifft mit ihrer Aussage genau das Wesen der Soziokratie, wobei es eben darum geht, einen Konsent zu finden, bei dem niemand einen starken Widerstand verspürt (vgl. Strauch/Reijmer 2018:20-22. Soziokratie wurde als ein passendes Instrument für eine Gruppe von neun Personen beschrieben. Es wurde auch erwähnt, dass der Prozess nicht durchwegs soziokratisch organisiert war, sondern vielmehr demokratisch. Die Mehrheit oder der längere Atem bestimmten demnach die Vorgehensweise.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass es sich um eine spannende Methode handelt, die aber durchaus viele zeitliche Ressourcen benötigt und dass es auch von Vorteil ist, dass die Teilnehmer*innen im besten Fall bereits Erfahrung mit Soziokratie haben. Die Vorteile der Methode überwiegen klar angesichts der Nachteile. Wird der Prozess gut moderiert, werden alle Teilnehmer*innen gut eingebunden und haben die Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen und es ist eine Chance, Hierarchien abzulegen und Macht aufzubrechen.

Da unser Handeln im gesamten Prozess hinsichtlich Soziokratie nicht konsistent war, erklärt das auch, warum das „gewünschte Ziel der gleichwertigen Zusammenarbeit“ nicht für alle Forscher*innen vorhanden war. Strauch und Reijmer (vgl. ebd.:164) weisen darauf hin, dass eine erfolgreiche „Verteilung der Verantwortung“ nur gelingen kann, wenn alle vier Basisprinzipien der SKM angewandt werden. In dieser Forschung war das leider nicht immer möglich. Zu Beginn in den Präsenzphasen wurde sich definitiv stärker

an die soziokratische Entscheidungsfindung gehalten, gegen Ende wurde dies auch schwächer. Auch in der Kommunikation untereinander mit dem Messenger WhatsApp wurde durchwegs demokratisch gearbeitet, auch wenn versucht wurde, auf jede Person einzugehen, was sich bei neun Personen als nicht immer ganz einfach gestaltete.

Generelle Reflexion und Learnings

Der Prozess und die Kommunikation in der Gruppe wurden sehr unterschiedlich wahrgenommen. Eine Forscherin spricht davon, dass die Kommunikation stets freundlich und transparent war und das auch bei Bedarf Unzufriedenheiten geäußert wurde. Andere sprachen davon, dass die Kommunikation für sie mühsam und anstrengend war. Besonders die Kommunikation über die WhatsApp-Gruppe wurde als stressig empfunden. Eine Forscherin drückt es während der intensiven Zeit des Schreibens so aus: „1 Stunden nicht am Handy: 10 Nachrichten!“. WhatsApp und die sozialen Medien bieten sich definitiv dafür an, schnell Informationen an die Gruppe zu bringen, es muss jedoch darauf geachtet werden, dass sich niemand dabei unter Druck gesetzt fühlt. Die Nutzungsregelungen bezüglich WhatsApp wurden von der Forschungsgruppe erst sehr spät definiert und Missverständnisse diesbezüglich aus dem Weg geräumt.

Die insgesamt 12 Präsenztermine über eineinhalb Jahre hinweg waren für die meisten der Gruppe zu wenig. Regelmäßigerer Austausch und Treffen hätten vieles erleichtert. Zweifel und Ängste, die während den Präsenzeinheiten aufkamen, konnten oft erst in der nächsten Einheit bereinigt werden. Die Treffen vermittelten auch ein Gefühl der Zugehörigkeit, man erlebte dabei, dass jede*r dieselben Gedanken und Zweifel teilt und gleichzeitig wurde man auch von der Begeisterung und dem Erfolg der anderen motiviert und mitgezogen. In dieser Gruppe war es natürlich besonders schwierig, persönliche Meetings zu vereinbaren, da sich die Gruppemitglieder auf vier Bundesländer verteilten und es daher zu dementsprechend langen Anreisen gekommen wäre.

Als zu Beginn der Masterarbeit festgelegt wurde, was die Forschung alles beinhalten sollte, wurde vermehrt angegeben, dass eine Partizipation am Forschungsprozesses von Betroffenen ein Wunsch ist. Im Verlauf stellte sich dann leider heraus, dass dies praktisch nur schwer möglich ist, wenn nicht der gesamte Forschungsprozess auf diesen Aspekt abgestimmt ist. Zusätzlich wären mehr zeitliche Ressourcen nötig gewesen. Die Wahl der Erhebungsmethoden in der Forschung erfolgten größtenteils unter dem Aspekt der Partizipation, auch wenn das nicht immer möglich war. Participatory Action Research

(PAR) bzw. partizipative Aktionsforschung, wo Menschen nicht nur als Subjekt, sondern als Co-Forscher*innen gesehen werden, wird genauer im nächsten Kapitel 2.2 erklärt.

Es hat auch immer wieder viel Zeit und Energie gekostet, formale Vorgaben in der Großgruppe auszuhandeln. So großartig es natürlich war, dass jede*r ein Mitspracherecht hatte, so anstrengend und zeitintensiv war es dann. Für eine weitere Gruppenarbeit dieser Größe würden wir empfehlen, vorab formale Standards anzulegen, welche von einer Kleingruppe ausgearbeitet werden und als Vorschlag dienen. Natürlich sind zu Beginn nicht alle Formalien abschätzbar, nichtsdestotrotz hätten viele Diskussionen abgefangen werden können.

Zur technischen Unterstützung haben wir uns zu Beginn der Arbeit für die Onlineplattform Mahara entschieden. Davon würden wir aus heutiger Sicht eher abraten. Die Plattform gestaltet sich als äußerst starr und nicht leicht zu bedienen. Es gab einen kurzen Versuch, das Forum zu aktivieren, der leider fehlschlug. Gegen Ende, als keine sensiblen Daten mehr verwendet wurden, bedienten wir uns des Google Drives, was einwandfrei funktionierte. Auch hier wurden vorab gewisse Regeln und eine Ordnerstruktur vorgegeben. Diese Form des Datenaustausches funktionierte besser, da sich auch eine Person bereit erklärte, die Organisation zu übernehmen und einen generellen Überblick zu behalten. Die Kommentarfunktion erleichterte auch den Feedbackprozess während den intensiven Schreibphasen.

Teilweise ließ sich die Gruppe von den drei anderen Masterarbeitsgruppen des Studiengangs unter Druck setzen, welche oft schon viel weiter in ihrem Forschungsprozess waren. Das bei einer Großgruppe wie der unseren der Prozess der Forschung auch ein Teil der Forschung ist, wurde vielen erst gegen Ende bewusst. Die Lehrenden verstanden es aber immer wieder, die Forscher*innen entsprechend zu unterstützen und schufen Vertrauen in ihre fachlichen Kompetenzen als Leiterinnen der Lehrveranstaltung.

Hinsichtlich der Gruppengröße sind sich nicht alle Forscher*innen einig, ob sie jemandem empfehlen würden, sich darauf einzulassen. Alle haben aber in irgendeiner Art und Weise von der Zusammenarbeit profitiert und es wurde vieles gelernt, was nicht aktiv in diese Forschung miteingeflossen ist. Aufgefallen ist auch, dass die Arbeit in den Kleingruppen deutlich einfacher war, als in der Großgruppe.

Turbulentes Ende

Kurz vor Ende unserer Forschung hatte sich das COVID-19-Virus in Österreich breitgemacht. Eine Woche vor unserer inoffiziellen Abgabe wurden Fachhochschulen, Bibliotheken, Schulen und teilweise die Arbeitsstellen der Forscher*innen geschlossen bzw. Kurzarbeit angemeldet haben. Andere mussten Mehrstunden unter erschwerten Bedingungen ableisten oder/und die Kinderbetreuung zuhause übernehmen. Generell erschwerte es unter anderem die Beschaffung der benötigten Literatur. Die vorletzte und damit wichtigste Präsenzeinheit wurde auf einen Onlinetermin verlegt. Die letzten Wochen vor der Abgabe wurden demnach auch nochmal durch diese weltweite Krise erschwert. Durch das Social Distancing und somit einhergehende Reduktion der Sozialkontakte ergab sich in den letzten Wochen teilweise mehr Zeit zum Schreiben der Masterarbeit. Die Abgabe der Print-Version wurde zeitlich nach hinten verschoben, was uns erneut einen kleinen Zeitpuffer einräumte.

.....

Literatur

- Strauch, Barbara / Reijmer, Annewiek (2018). Soziokratie. Kreisstrukturen als Organisationsprinzip zur Stärkung der Mitverantwortung des Einzelnen. München: Franz Vahlen.
- Knecht, Alban (o.A.): Beschämung von Armutsbetroffenen – Erfahrungen und Gegenstrategien. In: Erscheint in der Zeitschrift Soziale Arbeit des DZI.
http://www.armutskonferenz.at/files/knecht_beschaemung_von_armutsbetroffenen_erfahrungen_und_gegenstrategien.pdf [21.03.2020].

Abbildungen

Abbildung 1 Timeline der Forschung (eigene Darstellung)	19
Abbildung 2 Gruppenfoto Forscher*innen, hinten v.l.n.r.: Minassians Melina, Trestl Michelle, Winkler Alexandra, Fichtinger Sophie, Kopp Alexander. Vorne v.l.n.r.: Vettori Hanna, Drochter Rosanna, Gahleitner Susanne. Nicht am Bild: Kundrat Elena (eigenes Bild)	20
Abbildung 3 Gruppendiskussion im Haus der Menschenrechte (eigenes Bild)	25
Abbildung 4 Wisdom Council bei Mitten in Hernals (eigenes Bild)	26
Abbildung 5 Jour Fixe in St. Pölten (eigenes Bild)	26

.....

2.2 Kollaborative Aktionsforschung als grundlegendes Forschungsprinzip

Drochter Rosanna

Gemeinwesenarbeit und Aktionsforschung streben beide das Ziel sozialer Veränderung bzw. Verbesserung an (vgl. Stövesand / Stoik 2013:16; Bergold / Thomas 2010:334). Das ist auch das Ziel dieser Masterarbeit. Aber wie hat die Forschungsgruppe im Zuge dieser Masterarbeit geforscht? Was ist kollaborative Aktionsforschung und partizipative Forschung? Welche Aktionen haben wurden gesetzt? Wie wurden die Daten erhoben und ausgewertet? Dieses Kapitel soll all diese Fragen beantworten und widmet sich daher dem Forschungsdesign sowie dem methodischen Vorgehen, welchem in dieser Masterarbeit gefolgt wurde.

Bereits in den Anfangsphasen des Forschungsprozesses war es uns ein großes Anliegen, in und während der Forschung für diese Masterarbeit einen kollaborativen und partizipativen Ansatz zu verfolgen, um dadurch eine soziale und aktive Teilhabe der Menschen im Forschungsprozess ermöglichen zu können. Daher haben wir uns für eine qualitative Forschung mit Bezug auf kollaborative Aktionsforschung als grundlegendes Forschungsprinzip entschieden. Es handelt sich also bei der gesamten Forschung um qualitative Sozialforschung. Dabei haben wir sowohl in den Lernbeispielen, dem Haus der Menschenrechte von SOS-Menschenrechte in Linz, dem Verein Mitten in Hernals in Wien und den Stadtteilzentren in Innsbruck, als auch in St. Pölten jeweils eine partizipative Forschungsaktion im Sinne kollaborativer Aktionsforschung gesetzt.

Im Forschungsprozess kamen unterschiedliche Forschungsmethoden an verschiedenen Orten und Settings zum Einsatz: in St. Pölten wurde eine Zukunftswerkstatt mit Bürger*innen veranstaltet, im Verein Mitten in Hernals in Wien wurde ein Wisdom Council mit Vereinsmitgliedern organisiert und moderiert, in Linz und Innsbruck wurden Fokusgruppen-Diskussionen durchgeführt. Außerdem kamen Expert*inneninterviews an allen Untersuchungsorten zum Einsatz, um nur einen Auszug der verwendeten Methoden zu nennen.

Im vorigen Kapitel 2.1 wurde die Reflexion des Forschungsprozesses mit unseren Erfahrungen und Erkenntnissen, die während und nach dem Forschungsprozess für diese Masterarbeit aufkamen, dargestellt. Dieses Kapitel widmet sich nun einer theoretischen Auseinandersetzung mit dem von uns gewählten Forschungsdesign der kollaborativen Aktionsforschung. Der Aufbau des Kapitels gliedert sich in zwei Hauptteile: die kollaborative Aktionsforschung und die konkreten Erhebungs- und

Auswertungsmethoden. Im ersten Teil wird das leitende Forschungsdesign vorgestellt, indem die Merkmale, Besonderheiten und Aspekte der kollaborativen Aktionsforschung beschrieben werden. Zudem wird die dahinterliegende Entstehungsgeschichte der Aktionsforschung erläutert und anschließend werden drei Forschungsansätze, die sich aus der Tradition der Aktionsforschung entwickelt haben, vorgestellt. Danach werden im zweiten Teil des Kapitels die konkreten Erhebungs- und Auswertungsmethoden, die während dem Forschungsprozesses angewandt wurden, erklärt.

2.2.1 Was ist kollaborative Aktionsforschung?

Zu Beginn muss geklärt werden was unter dem leitenden Forschungsprinzip der kollaborativen Aktionsforschung zu verstehen ist. Die Aktionsforschung als qualitativer Forschungsansatz unterscheidet sich in ihren Elementen und Aspekten von anderen empirischen Sozialforschungen. Um das zu verdeutlichen, werden im Folgenden Merkmale, Aspekte und Besonderheiten der klassischen Aktionsforschung dargestellt. Am Ende wird ein Blick auf den Begriff „kollaborativ“ in Zusammenhang mit der international bekannte Vernetzungsorganisation Collaborative Action Research Network (CARN) geworfen.

Aktionsforschung

Aktionsforschung ist nach Hella von Unger (vgl. 2014:13-22) ein partizipativer Forschungsansatz. Die Autorin versteht darunter „einen Oberbegriff für Forschungsansätze, die soziale Wirklichkeit partnerschaftlich erforschen und beeinflussen. Ziel ist es, soziale Wirklichkeit zu verstehen und zu verändern.“ (ebd.:1) Der Begriff Partizipation wird dabei als Teilhabe von gesellschaftlichen Akteur*innen an der Forschung und als Teilhabe an der Gesellschaft verstanden. Die Menschen, die an der Forschung mitwirken, sollen dadurch mehr gesellschaftliche Teilhabe erhalten (vgl. ebd.). Der von uns in dieser Masterarbeit verwendete Begriff von „Partizipation“ wird im Kapitel 3.3 näher beschrieben.

Doch wie unterscheidet sich die Aktionsforschung von traditionell empirischer Sozialforschung? Jürgen Klüver und Helga Krüger haben sechs Aspekte der Aktionsforschung zusammengefasst, welche die Besonderheiten darstellen:

1. „Die Problemauswahl und -definition geschieht nicht vorrangig im Kontext wissenschaftlicher Erkenntnisziele, sondern entsprechend konkreten gesellschaftlichen Bedürfnissen.
2. Das Forschungsziel besteht nicht ausschließlich darin, soziologische theoretische Aussagen zu überprüfen oder zu gewinnen, sondern darin, gleichzeitig prüfend und verändernd in gesellschaftliche Zusammenhänge einzugreifen.
3. Die im Forschungsprozess gewonnenen Daten werden nicht mehr als isolierte Daten ‚an sich‘ gesehen, sondern als Momente eines prozeßhaften Ablaufs interpretiert; sie gewinnen ihren Sinn auf der theoretischen Ebene dadurch, dass sie stets mit dem realen Prozess als Gesamtheit zusammengedacht werden, und erhalten ihre Relevanz auf der praktischen Ebene als konstitutive Momente weiterer Prozessabläufe.
4. Die als Problem aufgenommene Situation wird als Gesamtheit – als soziales Feld – angesehen, aus der nicht aufgrund forschungsimmanenter Überlegungen einzelne Variablen isoliert werden können.
5. Die praktischen und theoretischen Ansprüche des Action Research verlangen vom Forscher eine zumindest vorübergehende Aufgabe der grundsätzlichen Distanz zum Forschungsobjekt zugunsten einer bewusst einflussnehmenden Haltung, die von teilnehmender Beobachtung bis zu aktiver Interaktion mit den Beteiligten reicht.
6. Entsprechend soll sich auch die Rolle der Befragten und Beobachteten verändern [...], dass sie zu Subjekten im Gesamtprozess werden.“

(1972:76–77; zit. n. Unger 2014:15)

Ein weiterer Aspekt der Aktionsforschung, den Heinz Moser (vgl. 1977a:16) im Unterschied zur „herkömmlichen Forschung“ aufzeigt, ist, dass sie dialogisch ist. „Der Forscher setzt sich in der Diskussion mit den Menschen auseinander, ‚über die er forscht‘. Seine Informationen, die er über die Menschen gewinnt, werden immer wieder in den gemeinsamen Handlungsprozeß eingegeben und diskutiert.“ (ebd.:16)

Zusammengefasst verfolgt Aktionsforschung nach Sabine Hering (vgl. 2010:271) drei Motive:

- Demokratisierung: einen Beitrag für eine gerechtere und soziale Gesellschaft leisten
- Partizipation: Beteiligung der Beforschten an der Forschung (Entwicklung der Fragestellung, Durchführung und Interpretation)
- Praxisrelevanz: Behandlung von gesellschaftlichen Themen mit Veränderungswunsch

Zusammenfassend ist Aktionsforschung durch die divergierende Herangehensweise an Beforschte, deren Beteiligung am Forschungsprozess und die dadurch angestrebte gesellschaftliche Veränderung als Meilenstein für weitere Forschungsansätze anzusehen, wie auch die partizipative Forschung, auf die hier noch eingegangen wird.

Kollaboration

Es wird also deutlich, dass Aktionsforschung ein partizipativer Forschungsansatz ist, der Beforschte zu Subjekten statt Objekten macht. Die Aktionsforschung vertritt den „Anspruch der Demokratisierung und Emanzipation von ungerechten,

menschenwürdigen, repressiven Verhältnissen [und versteht sich] daher als ‚Methode sozialer Veränderung‘.“ (Bergold / Thomas 2010:334) Aufbauend auf die Aktionsforschung haben wir einen kollaborativen Ansatz gewählt.

Der Begriff „kollaborativ“ ist kennzeichnend für die Zusammenarbeit und das gemeinsame Handeln von Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und gesellschaftlichen Akteur*innen, wie Bürger*innen von St. Pölten, Bewohner*innen vom Haus der Menschenrechte oder Nutzer*innen von Mitten in Hernals oder einem Stadtteilzentrum in Innsbruck.

In diesem Zusammenhang ist die Vernetzungsorganisation CARN bedeutend. CARN ist, wie bereits erwähnt, ein international aufgestelltes Netzwerk und legt ihren Fokus auf kollaborative Aktionsforschung. Seit 1976 unterstützt CARN Aktionsforschungsprojekte, betreibt selbst Aktionsforschungen und leistet dadurch einen Beitrag für die Weiterentwicklung von Theorie und Methodik. Ziele dieser Vernetzungsorganisation sind die Sichtbarkeit von Aktionsforschung zu erhöhen, Vernetzung und Austausch zu ermöglichen sowie unterstützend und betreuend bei Aktionsforschungen tätig zu sein (vgl. CARN o.A.). Es wird deutlich, dass das gemeinsame Tun im Vordergrund steht.

Grundlegend in der Forschung für diese Masterarbeit ist also das Forschungsprinzip der kollaborativen Aktionsforschung. Das Forschungsprinzip war insofern leitgebend, da wir im Forschungsprozess Merkmale und Aspekte aus der kollaborativen Aktionsforschung in unserer qualitativen Forschung stark berücksichtigt haben. Besonders die Kollaboration und Partizipation wurden in die Forschung miteinbezogen sowie auch bei anderen qualitativen Methoden beachtet, wie beispielsweise bei den durchgeführten Expert*inneninterviews.

Nun folgt eine Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Aktionsforschung, um die Hintergedanken kollaborativer Aktionsforschung verstehen zu können. Auch ein Beispiel wird angeführt, um die Besonderheit der Aktionsforschung zu verdeutlichen. Bereits hier wird deutlich, dass Aktionsforschung einen anderen Weg verfolgt hat als „herkömmliche“ Sozialforschung.

Welche Entstehungsgeschichte steht hinter der Aktionsforschung?

Am Beginn der Geschichte steht Kurt Lewin kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als Gründer des Action Research-Ansatzes in den USA. Erst zwei Jahrzehnte nach der Veröffentlichung von Lewin kam es zu einer Rezeption des Ansatzes im deutschsprachigen Raum und auf die Blütezeit folgte eine Diskussion rund um die Aktionsforschung. Im folgenden Kapitel wird die Entstehungsgeschichte der Aktionsforschung nun näher beschrieben.

Kurt Lewins Action Research-Ansatz

Wie erwähnt stammt der Action Research-Ansatz von Lewin und wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Der deutsch-jüdische Sozialpsychologe und Wissenschaftler musste aufgrund der Machtergreifung des Nationalsozialismus 1933 in Deutschland in die USA emigrieren. Lewin verstarb 1947 kurz nach der Veröffentlichung des Ansatzes, welchen er demnach erst sehr spät in seinem beruflichen Werdegang hervorgebracht hat. Der Action Research-Ansatz fand zu dieser Zeit in den USA großen Anklang bei den Studierenden und Kolleg*innen von Lewin und wurde daher nach seinem Tod aufgegriffen und weiterentwickelt (Unger et al. 2007:12).

Der Hintergedanke von Lewin war es, Theorie und Praxis in der Wissenschaft näher zusammenzubringen und der sozialwissenschaftlichen Forschung einen politischen Charakter zu geben, um Demokratisierungsprozesse zu fördern (vgl. Moser 1977a:13; Unger et al. 2007:10-11). Demokratisierung ist nach Lewin ein jahrelanger Prozess, der generationsübergreifend stattfindet. Ausgehend davon bestand seine experimentelle Forschung darin, Maßnahmen, die sich auf das Gruppenverhalten auswirken, zu setzen und dadurch soziale Veränderung erfassen zu können, um anschließend politische Empfehlungen entnehmen zu können. Ausgangspunkt für das Interesse waren auf der einen Seite die bereits erwähnten politischen Probleme seiner Zeit und besonders die Machtergreifung des Nationalsozialismus (vgl. Formann et al. 2019:301). Auf der anderen Seite war es ihm ein Anliegen, „die wirtschaftliche und soziale Diskriminierung von Minderheiten aufzuheben sowie die Beziehungen zwischen den sozialen Gruppen zu verbessern.“ (Steinert 2008:98)

In den 1940er Jahren führt Lewin am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in und mit Gruppen Feldforschungen durch. Die Gruppe der Teilnehmer*innen wurde dazu eingeladen, gleichberechtigt mit den Forscher*innen an einer Veränderung ihrer sozialen und politischen Situation zu arbeiten. Sie sollten „gemeinsam in einem steten Wechselwirkungsprozess planend, verändernd, kontrollierend und reflektierend Veränderungsschritte“ (Formann et al. 2019:301) erarbeiten. Diese prozessorientierte Forschung von Bedingungen und Wirkung von sozialem Handeln bezeichnete Lewin als Action Research bzw. auf Deutsch „Handlungs- oder Aktionsforschung“ (vgl. ebd.).

Lewin arbeitete im Rahmen der Aktionsforschung mit Gemeinden, Institutionen und Organisationen zusammen, um die Gruppendynamiken zu erforschen und Konflikte zu lösen. Das Ziel der Zusammenarbeit der Wissenschaftler*innen und der Beforschten war es, Kenntnisse über das soziale System zu entwickeln und dadurch beeinflussen zu können (vgl. Unger et al. 2007:11).

Ein berühmter und oft zitierter Satz in Zusammenhang mit der Aktionsforschung ist der folgende: „Researches that produces nothing but books will not suffice.“ (Lewin 1946:35) Diese Aussage spiegelt die damaligen Interessen von Lewin wieder. Es war ihm ein Anliegen die sozialwissenschaftliche Forschung voranzutreiben sowie Theorie und Praxis näher zueinander zu bringen. Sozialforschung sollte nicht nur wissenschaftliche Texte produziert, sondern auch dort wo sie angewandt wird zu Veränderungen und Entwicklungen führen (vgl. Unger et al. 2007:11).

Rezeption im deutschsprachigen Raum

Im deutschsprachigen Raum fand der Action Research-Ansatz von Lewin, wie bereits erwähnt, erst in den 1970er Jahren Anschluss in der qualitativen Sozialforschung. Ende der 1960er Jahre stand die Sozialwissenschaft mitten im Positivismusstreit, einer Auseinandersetzung zwischen dem Kritischen Rationalismus (Popper, Albert) und der Kritischen Theorie (Adorno, Habermas). Ausgehend davon entwickelte sich eine gesellschafts- und wissenschaftskritische Student*innenbewegung (vgl. Heinze 2001:79; Unger et al. 2007:13).

„[I]n einer Zeit des kritischen Umdenkens und politischen Aufbruchs an den Universitäten“ (ebd.) fanden Debatten im Großteil der sozialwissenschaftlichen Disziplinen statt und der Wunsch nach interdisziplinären Diskurs wurde geäußert. Die Antwort auf die kritische Theorie-Praxis-Diskussion erhoffte man sich in der Aktionsforschung zu finden (vgl. ebd.).

Die Aktionsforschung erhielt also in den 1970er Jahren großen Zuspruch im deutschsprachigen Raum und wurde in der Erziehungswissenschaft, Soziologie, Sozialen Arbeit, Politikwissenschaft und der Psychologie populär. Die Aktionsforschung gab Hoffnung, in einer Zeit des kritischen Umdenkens ein geeigneter Forschungsansatz zu sein, um die theoretisch kritischen Positionen gegenüber der Wissenschaft und Forschung praktisch empirisch umsetzen zu können (vgl. ebd.).

Moser (1977a:13-15) führt in seinem Werk „Praxis der Aktionsforschung“ ein einfaches, aber unserer Meinung nach auch überspitztes Beispiel von Aktionsforschung an. Das Beispiel zeigt die Intentionen der damaligen Zeit und wird hier nun wiedergegeben:

Bei einer Forschung, die Probleme erwerbsloser Jugendlicher untersucht, würde „herkömmliche Forschung“ Fragebögen zur Datenerhebung erstellen und diese anschließend analysieren. Daraus ergeben sich Erkenntnisse über die Hauptprobleme der erwerbslosen Jugendlichen. Die wissenschaftliche Arbeit wäre somit abgeschlossen. Die Folgen, die durch die Forschung entstehen, sind unklar. Politiker*innen könnten basierend auf den Erkenntnissen weiterarbeiten und ein Hilfsprogramm erstellen. Es

kann aber auch sein, dass keine weiteren Schritte verfolgt werden. Bei den Jugendlichen selbst kann es durch die Forschung zu negativen Auswirkungen kommen, weil sie beispielsweise durch die Fragebögen sich erst ihren Problemen bewusst werden, die Probleme stärker wahrnehmen oder ihre familiäre Situation und wie die sie in ihrer Erwerbslosigkeit beeinflussen hinterfragen. Die Jugendlichen sind mit möglichen Folgeproblemen alleingelassen. Was jedenfalls danach passiert, darauf hat der*die Forscher*in kaum mehr einen direkten Einfluss. Die Jugendlichen sind in dieser Forschungsweise kurzzeitig untersuchte Objekte, aus denen der*die Forscher*in Daten entnimmt.

Die Aktionsforscher*innen würden ganz anders vorgehen. Die Forschung beginnt damit, ins Feld zu gehen, um mit den Jugendlichen in Kontakt treten zu können und somit ins Gespräch zu kommen. Ebenso werden die Treffpunkte der Jugendlichen besucht. Dadurch lernen die Aktionsforscher*innen die Probleme der Jugendlichen kennen. Anschließend „würden Wissenschaftler und Arbeitslose gemeinsam versuchen, das Problem der Arbeitslosigkeit als ihr aktuelles Problem zu verstehen und gemeinsam temporäre sowie langfristige Lösungen zu suchen.“ (ebd.:14-15)

In diesem Zusammenhang stellt Moser (vgl. ebd.:15-16) die Frage, ob jede*r Sozialarbeiter*in gleichzeitig Wissenschaftler*in ist? Denn nicht jede Praxis ist Wissenschaft. Er meint, eines der wichtigsten Kriterien für Wissenschaft ist der Erkenntnisfortschritt. Wenn ein*e Sozialarbeiter*in zu einem Erkenntnisfortschritt beiträgt, kann er*sie im Sinne der Aktionsforschung wissenschaftlich tätig sein.

Das Beispiel soll verdeutlichen, dass Aktionsforscher*innen einen anderen Zugang sowie eine andere Herangehensweise an beforschte Personen(gruppen) haben als „herkömmliche“ Forscher*innen.

In den 1970er Jahren hat die Aktionsforschung ihre Blütezeit erlebt und erschien als eine geeignete Forschungsstrategie, um das Theorie-Praxis-Verhältnis enger zu verknüpfen und die Sprachlosigkeit der beforschten Objekte zu durchbrechen (vgl. ebd.:17). Infolgedessen kam es neben dem positiven Zuspruch auch zu Kritik, wie im Folgenden dargestellt wird.

Aktionsforschung in Diskussion

Aktionsforschung distanzierte sich von traditioneller sozialwissenschaftlicher Forschung (vgl. Heinze 2001:79). Auf die Popularität folgte eine lebendige und kritische Debatte über Aktionsforschung. In den 1990er Jahren kamen Herbert Altrichter und Peter Gstettner (vgl. 1993:67-75) in einer Umfrage zu dem Ergebnis, dass die Aktionsforschung weitgehend verschwunden war.

In der damaligen Auseinandersetzung mit der Aktionsforschung in den 1970er und 1980er Jahren kamen einige Probleme in Bezug auf die Forschungsstrategie und -methodologie auf. Mehrere Aussagen über Aktionsforschung von Kritiker*innen haben Unger et al. (vgl. 2007:17-21) zusammengetragen. Interessant ist, dass die Kritik nicht nur von den Vertreter*innen traditioneller empirischer Sozialforschung ausgegangen ist, sondern auch von den internen Vertreter*innen der Aktionsforschung selbst. Als Beispiel kann Moser genannt werden. Er war besonders in der Methodenentwicklung der Aktionsforschung (vgl. Moser 1977b) tätig, hat sich dann aber dem Ansatz der Praxisforschung (vgl. 1995), welcher sich aus der Aktionsforschung entwickelt hat, zugewandt.

Altrichter und Gsetzner (vgl. 1993:67-75; zit. n. Unger et al.:19-20) haben Mängel in der Theorie und Anwendung von Aktionsforschung herausgearbeitet. Die beiden kritisieren, dass die Aktionsforschung über keine einheitliche Grundlage verfügt und vage Grundbegriffe, unklare Ziele, Vorannahmen und Methoden beinhaltet. Zudem kam es in der praktischen Umsetzung zu Schwächen, wegen Überschätzungen von Konzepten und Projekten. Die konzeptionelle Vorgehensweise der Aktionsforschung setzt eine Beziehung zwischen Forscher*innen und beforschten Personen voraus, welche in der Praxis kaum stattgefunden hat, da die Interessen und Rollen der Beteiligten auseinandergingen.

Wie bereits erwähnt, kam es auch zu Kritik unter Aktionsforscher*innen. Zwischen den Vertreter*innen herrschte ein rauer Umgangston und Konkurrenzdenken war präsent. Hinzu kommt, dass die deutschsprachigen Aktionsforscher*innen wenig internationale Kontakte aufgebaut hatten. Die deutschsprachige Diskussion über die Aktionsforschung erfolgte daher isoliert vom internationalen Diskurs.

Auch der sich veränderte politische Rahmen trug zu einer Änderung der Attraktivität der Aktionsforschung bei. Die Student*innenbewegung löste sich in der Hälfte der 1970er Jahre auf und eine konservative, reformfeindliche Politik war an der Spitze. Das hatte auch die Folge, dass die finanzielle Unterstützung der Aktionsforschung wegfiel (vgl. ebd.).

Zusammengefasst wird deutlich, dass Aktionsforschung ein vielseitiger und mehrdeutiger Forschungsansatz ist. Deshalb ist nicht klar, worauf sich die aufkommende Kritik genau bezieht, auf ein bestimmtes Verständnis von Aktionsforschung oder den Zugang als Ganzes.

Die Aktionsforschung ist erst zwei Jahrzehnte später im deutschsprachigen Raum angekommen. Die Gründe für ihre Attraktivität lassen sich auf die gesellschaftswissenschaftlichen Gegebenheiten, die Student*innenbewegung und Theorie-Praxis-Diskussion, der damaligen Zeit zurückführen. Nach einem Aufschwung in der Sozialforschung und ca. 400 deutschsprachigen Publikationen zur Aktionsforschung kam es in die 1990er Jahren durch kritische Auseinandersetzungen zum Abklingen des Interesses und der Anwendung (vgl. Unger et al. 2007:13-19). Dennoch hat die Aktionsforschung „in der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft vielfältige Spuren hinterlassen“ (ebd.:21), wie in den folgenden drei Forschungsansätzen deutlich wird.

Wer steht in der Tradition der Aktionsforschung?

Die Spuren bzw. die Tradition der Aktionsforschung finden sich in verschiedenen Forschungsansätzen wieder. Die Praxisforschung (vgl. Moser 1995:33-94), die partizipative Forschung (vgl. Unger 2014:1-12; Bergold / Thomas 2010:333-334; Anastasiadis / Wrentschur 2019:10-13) und die partizipative Aktionsforschung (vgl. Wöhrer et al. 2017:27-48) haben sich aus der Aktionsforschung entwickelt. Daneben gibt es noch einige weitere Forschungsansätze, wie auch die hier in der Masterarbeit leitgebende kollaborative Aktionsforschung, die sich aus der Tradition der Aktionsforschung abgeleitet haben. Es wurden diese drei Ansätze aus der Sammlung gewählt, da sie erstens auch im deutschsprachigen Raum praktiziert werden und zweitens in Zusammenhang mit Sozialer Arbeit relevant sind.

Praxisforschung

Der Begriff Praxisforschung wurde nach Moser (vgl. 1995:58-59) gewählt, um sich von der problematischen Tradition der Aktionsforschung abzugrenzen. Es steht daher fest, dass sich der Ansatz aus der Aktionsforschung entwickelte (vgl. Unger 2014:4).

Steinert (vgl. 2008:97) beschreibt den Unterschied zur Aktionsforschung darin, dass sich die Praxisforschung sowohl qualitativer als auch quantitativer Methoden bedient. Für Moser greift Praxisforschung

„[...] sowohl weiter wie enger [...] als die Aktionsforschung: weiter, weil Forschung unter Praxisaspekten nicht mehr allein im Rahmen direkter Zusammenarbeit mit Praktikern betrachtet wird; enger, weil vieles von den hochfliegenden emanzipatorischen Zielsetzungen der damaligen Aktionsforschung sich nicht hatte realisieren lassen - und in der Folge wenig von den überhöhten politischen Ansprüchen an ein wissenschaftliches Forschungsprogramm übriggeblieben ist.“ (Moser 1995:8)

Praxisforschung vermittelt zwischen Theorie und Praxis. Als Schnittstelle zwischen den beiden Systemen zielt sie darauf ab gegenseitige Anschlüsse zu ermitteln und diese wirksam zu machen (vgl. ebd.:9; Steinert 2008:97). Es müssen Anschlüsse und Koppelungen hergestellt und genützt werden (vgl. Unger 2014:23). Wobei beachtet werden muss, dass das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis nach Moser (vgl. 1995:15) immer konflikthaft bleiben wird aufgrund der unterschiedlichen Zielsetzungen und Perspektiven. Die Wissenschaft strebt Aussagen verallgemeinerungsfähiger Gültigkeit an. Der*die Praktiker*in (z.B. Sozialarbeiter*in) hingegen steht unter unmittelbarem Handlungsdruck in einem individuellen Fall und vertritt daher eine andere Perspektive als Forscher*innen.

Partizipative Forschung

Jarg Bergold und Stefan Thomas (vgl. 2012:2) verstehen partizipative Forschung als ein Forschungsstil mit einer Reihe an Forschungsstrategien. „Partizipative Forschungsmethoden sind auf die Planung und Durchführung eines Untersuchungsprozesses gemeinsam mit jenen Menschen gerichtet, deren soziale Welt und sinnhaftes Handeln als lebensweltlich situierte Lebens- und Arbeitspraxis untersucht wird.“ (ebd.:2)

Wie bereits anfangs erwähnt ist partizipative Forschung ein Oberbegriff für partnerschaftliche Erforschung und Beeinflussung sozialer Wirklichkeit (vgl. Unger 2014:1). Auch wenn Aktionsforschung heute als ein Ansatz der partizipativen Forschung gesehen wird, steht partizipative Forschung trotzdem in der Tradition der Aktionsforschung (vgl. ebd.:3).

Der Unterschied zur Aktionsforschung ist nach Unger (vgl. ebd.), dass in partizipativer Forschung den Begriff der Partizipation, also Beteiligung und Teilhabe statt Aktion, in den Mittelpunkt stellt. Die Schwerpunktsetzung verlagert sich vom Handlungs- und Veränderungsaspekt in der Aktionsforschung auf die gemeinsame Gestaltung von Forschung (vgl. Bergold / Thomas 2012:5). Auch die Wissensgenerierung hat mehr Bedeutung als in der Aktionsforschung (vgl. Anastasiadis / Wrentschur 2019:12).

Eine weitere Kritik an der Aktionsforschung der 1970er Jahre ist, dass sie aus „pure[m] Aktionismus und Aktivismus“ (Unger 2014:3) handle. Partizipative Forschung hingegen ist zwar von „handlungsbezogenen, wertebasierten und politischen Komponenten [geprägt] [...], aber es wäre unzutreffend, sie darauf zu reduzieren.“ (ebd.)

Im Gegensatz zur Praxisforschung, die nach Moser (vgl. 1995:9) zwischen Theorie und Praxis unterscheidet, sucht partizipative Forschung nach Unger (vgl. 2014:2) Zusammenarbeit über vorhandene Systemgrenzen hinweg. Das bedeutet, die

klassische Unterscheidung zwischen Theorie und Praxis ist ungeeignet. Denn häufig sind vielfältigere Perspektiven durch transdisziplinäre und interprofessionelle Projekte vorhanden. Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Disziplinen, Praktiker*innen aus unterschiedlichen Professionen und gesellschaftlichen Akteur*innen aus unterschiedlichen Lebenswelten haben verschiedene Perspektiven. Außerdem bringen unterschiedliche Gruppen und Einrichtungen ebenso andere Sichtweisen mit. Die Verschränkung dieser vielfältigen Blickwinkel ist ein zentraler Aspekt der partizipativen Forschung (vgl. ebd.).

Partizipative Aktionsforschung

Der Forschungsansatz stammt aus dem nordamerikanischen Raum und ist international unter dem englischen Begriff Participatory Action Research (PAR) bekannt (vgl. Unger 2014:3). In Österreich kam der Ansatz beispielsweise bei Veronika Wöhrer, Doris Arzmann, Teresa Wintersteller, Doris Harrasser und Karin Schneider (vgl. 2017) im Rahmen von zwei Forschungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen zum Einsatz.

Partizipative Aktionsforschung kombiniert nach Wöhrer (vgl. 2017:28-29) Aspekte aus der partizipativen Forschung und der Aktionsforschung. Der Begriff partizipativ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass „die Personen im Feld nicht nur als Forschungsobjekte in die Forschung einbezogen werden, d. h. als Beforschte, über die Daten gesammelt werden, sondern aktiv als Co-Forscher_innen teilnehmen, d. h. selbst Daten sammeln und analysieren.“ (Wöhrer 2017:28) Die beforschten Personen sind an der Ausführung der Forschung grundlegend beteiligt. Das Ausmaß der Beteiligung der Co-Forscher*innen ist vom konkreten Projekt abhängig, wobei es eine große Bandbreite von mehr oder weniger zentralen Positionen für Co-Forscher*innen in der gemeinsamen Forschung gibt (vgl. ebd.). Es gibt verschiedene Formen von Partizipation (vgl. Kapitel 3.3), wobei die Vorstufen von Partizipation, besonders eine Schein-Beteiligung, beachtet werden muss (vgl. Bergold / Thomas 2010:337).

Unter dem Begriff Aktion lehnt sich Wöhrer an Lewins Ansatz einer Wissenschaft, die praxisnah ist, zu Veränderungen und damit zu Problemlösungen führt, an (vgl. Wöhrer 2017:28).

Es gibt eine Vielfalt an Forschungsansätzen, wobei hier nur drei herausgenommen wurden, die sich auf den Action Research-Ansatz von Lewin zurückführen lassen. Die verschiedenen Ansätze unterscheiden sich in ihren Merkmalen und Anliegen, aber sind sich in ihrer Tradition ähnlich. Lewin hat daher einen Meilenstein mit Action Research für die empirische Sozialforschung gelegt.

Die in dieser Masterarbeit angewandte kollaborative Aktionsforschung bezieht sich sowohl auf die partizipative Forschung als Forschungsstil, da uns eine partizipative und kollaborative Herangehensweise im Forschungsprozess wichtig war, als auch auf die Aktionsforschung und das Ziel soziale Veränderung in der Gesellschaft anzustreben. Nachdem nun die Aktionsforschung ausführlich erklärt wurde, widmet sich das nächste Kapitel den konkreten Erhebungs- und Auswertungsmethoden, die im Forschungsprozess im Zuge der Masterarbeit angewandt wurden. Diese werden im Folgenden im Detail beschrieben.

2.2.2 Wie sehen die konkreten Erhebungs- und Auswertungsmethoden der Forschung im Detail aus?

Ein großes Anliegen war es, die Forschung im Sinne partizipativer Forschung bzw. Aktionsforschung den Forschungsprozess möglichst partizipativ zu gestalten. In der Reflexion des Forschungsprozesses (vgl. Kapitel 2.1) wurde deutlich, dass dies für unsere Forschungsgruppe eine neue Herausforderung war.

Der zweite Teil beinhaltet nun eine Darstellung der zum Einsatz gekommen Erhebungs- und Auswertungsmethoden während des Forschungsprozesses. Die Methoden werden dabei einzeln genannt und beschrieben. Die Reihenfolge entspricht dem Anwendungsverlauf. Dabei wird zudem erklärt, in welchem Rahmen die Methoden angewandt wurden, das heißt, wo und wann sie eingesetzt wurden.

Expert*inneninterviews

Am Beginn der Forschung wurden Expert*inneninterviews in Mitten in Hernals, bei SOS-Menschenrechte, in Innsbruck in den Stadtteilzentren sowie in St. Pölten durchgeführt. Diese wurden im Sinne der Exploration, was eine Funktion der Expert*inneninterviews nach Bogner und Menz (vgl. 2005:37) ist, gehalten. Der Hintergedanke war also, durch die Interviews mit unterschiedlichen Expert*innen eine erste Orientierung in Bezug auf die Forschungsfragen und das Untersuchungsgebiet zu erhalten.

Die unterschiedlichen Interviewpartner*innen sind insofern Expert*innen, da sie ausgehend von den zentralen Forschungsfragen „in irgendeiner Weise [...] Verantwortung für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung [tragen] oder [...] über einen Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse“ (Meusner / Nagel 2005:73) verfügen. Die Expert*innen waren selbst Teil der Untersuchung, ebenso waren sie unterstützend bei der Datengenerierung. Sie sind daher als Co-Forscher*innen zu sehen (vgl. Bogner / Menz 2005:37). Die Interviews dienten dazu, Kooperationspartner*innen in Personen

und Einrichtungen zu finden, die sich mit der Thematik der Masterarbeit durch die eigene Betroffenheit identifizieren konnten oder bereits im Feld aktiv sind (vgl. Unger 2014:51). Die Expert*inneninterviews wurden je nach untersuchtem Ort durch einen Leitfaden vorab strukturiert, wobei der Gesprächsverlauf trotzdem offen gehalten wurde, um spontane und interessante Exkurse zu ermöglichen (vgl. Bogner / Menz 2005:37). Das Ziel der Interviews war es neben der ersten Informationsgewinnung zur Thematik, Kooperationspartner*innen für eine gemeinsame Aktion im Forschungsprozess zu gewinnen. Die Interviews wurden für die Auswertung teils als Gedächtnisprotokoll und teils als Transskript verschriftlicht, um dann in einer strukturleitenden Textanalyse oder der Konzeptionierung ausgewertet zu werden.

SWOT-Analyse

Im Zuge des Jour Fixe „gemeinsam gestalten“, welcher im September 2019 stattgefunden hat, wurde bei einem Vorbereitungstreffen mit den Kooperationspartner*innen aus St. Pölten im Juli 2019 eine SWOT-Analyse erstellt. Der Begriff „Jour Fixe“ wurde in diesem Zusammenhang von KulturhauptSTART adaptiert. In den Jahren 2017 und 2018 hat KulturhauptSTART regelmäßige Veranstaltungen und Austauschtreffen unter dem Titel „Jour Fixe“ durchgeführt. Seit 2019 finden weniger Veranstaltungen statt, der Titel blieb jedoch gleich (vgl. KulturhauptSTART o.A.).

Die Methode stammt aus der Strategiefindung für Unternehmen. Die Abkürzung SWOT steht für Strengths, Weakness, Opportunities und Threats. Bei einer SWOT-Analyse wird die derzeitige Situation eines Unternehmens anhand unternehmensinterner Gegebenheiten (Stärken und Schwächen) und unternehmensexterner Umweltbedingungen (Chancen und Risiken) dargestellt. Die Gegenüberstellung bildet eine wichtige Grundlage der strategischen Weiterentwicklung von Unternehmen (vgl. Hermann / Gathen 2010:230-238).

Beim erwähnten Vorbereitungstreffen mit den Kooperationspartner*innen kam die Methode im Zuge einer Analyse der bisher veranstalteten Jour Fixe der Plattform KulturhauptSTART zum Einsatz. Gemeinsam mit den Kooperationspartner*innen wurden Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken herausgearbeitet. Die Ergebnisse der SWOT-Analyse wurden in einem Protokoll des Vorbereitungstreffens festgehalten (vgl. PTK5). Außerdem flossen die Ergebnisse in den von der Mastergruppe veranstalteten Jour Fixe „gemeinsam gestalten“ mit ein.

Zukunftswerkstatt

Im September 2019 fand eine Veranstaltung unter dem Titel Jour Fixe „gemeinsam gestalten“ im Saal der Begegnung in St. Pölten statt. (vgl. D1). In Zusammenarbeit mit KulturhauptSTART, weiteren Kooperationspartner*innen aus der Soziallandschaft St. Pöltens und uns Studierenden wurden Bürger*innen aus St. Pölten und Umgebung eingeladen, um gemeinsam eine Zukunftswerkstatt durchzuführen.

„Die Zukunftswerkstatt ist ein Methodenkonzept, BürgerInnen aktiv in Entscheidungen einzubinden, sie unter demokratischen Gesichtspunkten zu beteiligen und sie zu motivieren, für die eigenen Belange einzustehen.“ (Stracke-Baumann 2013:423) Claudia Stracke-Baumann (vgl. ebd.:419-420) beschreibt die Zukunftswerkstatt als eine geeignete Methode, um partizipativ, kreativ und zielorientiert zu forschen. Robert Jungk als sozialer Zukunftsforscher hat die Methode der Zukunftswerkstatt erstmals in den 1960er Jahren im Bereich der Bürger*innenbewegung veranstaltet. Jungks Ziel war es, Bürger*innen zu Empowerment zu befähigen und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu motivieren. Zukunftswerkstätten haben den Effekt, zu Demokratisierungsprozessen beizutragen und das bürgerschaftliche Engagement zu fördern (vgl. ebd.).

Die Methodik der Zukunftswerkstatt gliedert sich in drei Hauptphasen, wobei es daneben sowohl eine Vor- als auch Nachbereitungsphase gibt, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen.

In der Vorbereitungsphase wird das Thema, das Ziel und der Ablauf der Zukunftswerkstatt durchbesprochen und festgelegt. Es muss geklärt werden, in welchem Rahmen, das heißt Ort, Dauer und Gruppengröße, die Zukunftswerkstatt stattfindet und welche Ressourcen vorhanden sind bzw. benötigt werden (vgl. ebd.:420).

Die konkrete Durchführung unterteilt sich in die Kritikphase, die Visionsphase und die Planungsphase. In der Literatur finden sich unterschiedliche Bezeichnungen, wie auch bei Claudia Stracke-Baumann (vgl. ebd.:420-422) und Gerd Koch (vgl. 1994:15-23) für die Kernphasen sowie Vorgehensweise, der Inhalt der Phasen jedoch ist gleich.

Am Anfang steht die Kritikphase. In dieser Phase werden die Teilnehmer*innen eingeladen, Kritik am Ist-Zustand zu einem gewählten Thema, in unserem Fall das Leben bzw. Zusammenleben in St. Pölten, zu äußern. Der Fokus in dieser kritischen Bestandsaufnahme liegt auf Kritik, Ängsten, Beschwerden oder Ärger (vgl. Stracke-Baumann 2013:421; Koch 1994:15).

In der nächsten Phase, der Visionsphase, werden die Kritikpunkte positiv umformuliert. Es wird nach der Phantasie und der Utopie zum Thema gefragt. „Je märchenhafter, je

ver-rückter die Ideen sind, desto besser.“ (Koch 1994:18) Es geht darum, die Wirklichkeit neu zu erfinden. Die Phase bietet daher Raum für Kreativität und das Ergebnis kann auch in einem Kunstwerk dargestellt werden (vgl. Stracke-Baumann 2013:421; Koch 1994:18).

Anschließend müssen die Teilnehmer*innen wieder sanft aus der phantasiereichen zweiten Phase zurückgeholt werden. Koch (vgl. 1994:22) bezeichnet das als „sanfte Wieder-Annäherung“ oder „sanfte Landung“. Die Planungsphase richtet sich auf strategisches und planerisches Tun. In der Planungsphase werden dann unter Berücksichtigung der ersten beiden Phasen Verwirklichungen angestrebt. „Hier geht es darum, Verabredungen zu treffen, genau zu werden, Tragfähigkeiten festzustellen“ und „Inhalte, Aufgaben und Absichten zu bestimmen, die in Handlung[en] umgesetzt werden sollen.“ (Koch 1994:22)

In der Nachbereitungsphase sollte zeitnah eine Dokumentation über die Geschehnisse, den Inhalt und die Ergebnisse erstellt werden sowie eine Nachbesprechung im Sinne der Nachhaltigkeit organisiert werden (vgl. Stracke-Baumann 2013:421-422).

Die Ergebnisse der Veranstaltung und der durchgeführten Zukunftswerkstatt wurden in einer Dokumentation (vgl. D1) schriftlich erfasst. Die erhobenen Daten wurden besonders im Kapitel 5 berücksichtigt.

Wisdom Council

Im Oktober 2019 wurde die Methode Wisdom Council für die Untersuchung im Verein Mitten in Hernals in Wien adaptiert (vgl. PTK3). Die Teilnehmer*innen des Wisdom Council waren Vereinsmitglieder, Vorstandsmitglieder sowie der Obmann bzw. Gründer des Vereins.

Diese partizipative Methode fand bei den Teilnehmer*innen Anklang und die Motivation der Teilnehmer*innen war spürbar. Die Ergebnisse des Wisdom Councils wurden in einer strukturleitenden Textanalyse ausgewertet.

Die Methode Wisdom Council stammt von dem US-Amerikaner Jim Rough und ist im deutschsprachigen Raum auch unter Bürger*innenrat bekannt. Wisdom Council ist eine „einfache, kostengünstige und rasche Möglichkeit, Selbstorganisation und Eigenverantwortung bei Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.“ (Büro für Zukunftsfragen 2010:4) Wisdom Council ist nach dem Büro für Zukunftsfragen (vgl. ebd.:3-5) eine partizipative Methode und ein Beteiligungsverfahren. Bürger*innen werden durch die Teilhabe an der Diskussion in ihrem Empowerment gestärkt und zu Selbstorganisation befähigt. Auf der Homepage Center for Wise Democracy wird Wisdom Council als ein Prozess, der es ermöglicht, Entscheidungsfindungen in Großgruppen zu einer

bestimmten Problemthematik zu erarbeiten, beschrieben und als „a new kind of wise democracy“ (Center for Wise Democracy o. A.) bezeichnet.

Die Auswahl der Teilnehmer*innen des Wisdom Councils erfolgt nach dem Zufallsprinzip und im Prozess werden Themen und Anliegen, die von den Teilnehmer*innen bestimmt werden, diskutiert (vgl. Büro für Zukunftsfragen 2010:4). In unserer Aktion wurden ausschließlich Vereinsmitglieder des Vereins Mitten in Hernals eingeladen, da der Verein Untersuchungsort war. Das zentrale Thema im Verfahren war die Rolle der Sozialen Arbeit im Verein.

Der Verlauf der Diskussion wird von der speziell für die Methode entwickelte Moderationstechnik Dynamic Facilitation begleitet. Dynamic Facilitation fördert nicht-lineares Denken und ermöglicht sprunghaftes Äußern von Fragen, Problemstellungen, Ideen, Vorschlägen, Einwänden und Informationen. Die Moderation übernimmt die Dokumentation dieser kreuz und quer geworfenen Beiträge der Teilnehmer*innen auf mehreren Flip-Charts. Das ermöglicht eine Struktur, um dadurch weiteres gemeinsames Denken zu unterstützen. Am Ende werden die Beiträge der Diskussion in den Blick genommen und in einer konsensualen Entscheidung Ergebnisse herausgearbeitet und festgehalten (vgl. Moser / Freisleben-Teuscher 2016:167).

Fokusgruppen

Im Oktober 2019 fanden sowohl in Linz im Haus der Menschenrechte (vgl. PTK4) als auch in einem Stadtteilzentrum in Innsbruck jeweils eine Fokusgruppendifkussion statt, wobei das Diskussionssetting bei beiden Fokusgruppen unterschiedlich war. Im Haus der Menschenrechte in Linz wurden Bewohner*innen und in Innsbruck in einem Stadtteilzentrum wurden Expert*innen sowie eine Nutzerin zur Diskussionsrunde eingeladen.

Marlen Schulz (vgl. 2012:9-22) beschreibt Fokusgruppen als moderne Diskurs- und Partizipationsverfahren, um in Kleingruppen eine Diskussion bzw. ein lebendiges Gespräch über ein bestimmtes Thema zu ermöglichen. Es ist insofern ein partizipatives Verfahren, da die Teilnehmer*innen an sozialen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Fokusgruppen sind „ein geeignetes und relativ ressourcenschonendes qualitatives Erhebungsinstrument“ (ebd.:9), welches sich bereits in den 1960er und 1970er Jahren, vorerst im Bereich der Marktforschung, etabliert hat.

Die Forschungsmethode hat für Schulz (vgl. ebd.:12-13) gegenüber Einzelinterviews neben der Ressourcenfrage weitere Vorteile. Durch die gemeinsame Diskussion herrscht ein erweiterter Wissensbestand, da spontane Beiträge im Kollektiv zu neuen

Ideen führen, die in Einzelinterviews nicht aufkommen würden. Aufgrund der Gruppe können die Teilnehmer*innen zwischen einer aktiven und passiven Teilnahme wechseln und die Effekte der Moderation bzw. des*der Interviewer*in sind verringert. Es entstehen „wertvolle gruppenspezifische Effekte [...], die das Engagement und die Auskunftsbereitschaft der Teilnehmer positiv beeinflussen.“ (ebd.:13) Dieser Effekt schließt an Lewins Ausgangsinteresse für die Aktionsforschung, Gruppendynamiken zu erforschen, an (vgl. Unger et al. 2014:11).

Die Zusammenstellung der Teilnehmer*innen soll nach einer bewussten soziodemografischen Auswahl stattfinden, beispielsweise nach Geschlecht, Alter, Lebensstil oder Beruf. Dabei muss beachtet werden, dass die Diskussion der Fokusgruppe am besten funktioniert, wenn die Teilnehmer*innen gut miteinander sprechen können. Die sozioökonomischen und demografischen Merkmale sollten daher homogen sein (vgl. Schulz 2012:14). Diese Auswahl der Teilnehmer*innen wurde in unserer Forschung berücksichtigt.

Die Aufgabe der Moderation ist es, den Dialog und die Diskussion zwischen den Teilnehmer*innen am Laufen zu halten. Ein lebendiges Gespräch ist ein Kennzeichen für eine erfolgreiche Diskussion. Sollte es dennoch zu Pausen kommen, steht der Moderation ein vorab erstellter Gesprächsleitfaden als Gedächtnisstütze zur Verfügung (vgl. ebd.:16). Eine gute Moderation kann nach Christina Benighaus und Ludger Benighaus „die Interaktion und Dynamik der Gruppe aufgreifen, steuern und einbinden.“ (ebd.:111) Dafür beschreiben die beiden Autor*innen die folgenden zehn Kriterien:

- „Neutrale, offene Haltung des Moderators
- Definition der eigenen Rollen in der Gruppe
- Wertschätzen aller Antworten, auch von unbequemen Teilnehmern
- Aktives Zuhören, Empathie
- Zusammenführen von Ergebnissen, kommunikative Kompetenz
- Umgang mit Vielrednern, Ermuntern der Wenigredner
- Soziale Kompetenz: Erkennen von Stimmungen der Gruppe, Eingehen auf die Gruppendynamik, Flexibilität im Gesprächsverlauf
- Visualisierung, Festhalten von Ergebnissen
- Transparente und offene Vorgehensweise
- Vorbereitung mit Gesprächsleitfaden, Kennen des Hintergrundes“

(ebd.:124-125)

Die beiden durchgeführten Fokusgruppen im Zuge der Aktionsforschung haben zu umfangreichen Ergebnissen geführt. Die Auswertung der Fokusgruppen erfolgte anhand einer strukturleitenden Textanalyse und werden besonders im Kapitel 4.2 und 4.3 dargestellt.

Befragungen

In Wien-Hernals wurden im November 2019 zusätzlich eine Querschnittsbefragung mit Jugendlichen durchgeführt (vgl. PTK2). Grund für die Befragung dieser Zielgruppe war das Ergebnis einer Unterrepräsentation von Jugendlichen im Verein aus der zuvor abgehaltenen Fokusgruppe in Mitten in Hernals. Die Befragung wurde ausgewählt, um die Hintergründe der geringen Nutzung des Vereins von Jugendlichen zu erfahren.

Befragung ist nach Reinhard Wittenberg (vgl. 2007:56) ein geeignetes Datenerhebungsinstrument, um ausgewählten Personen(gruppen) planmäßig Fragen zu stellen und dadurch Antworten über subjektive Einstellungen der sozialen Wirklichkeit der Befragten zu erhalten. Soziale Tatbestände, wie Fakten, Wissen, Meinungen, Einstellungen oder Bewertungen, werden erhoben. Die Formen von Befragungen variieren je nach Grad der Standardisierung, Art der Befragungssituation, Zahl der befragten Personen zur gleichen Zeit und der Häufigkeit oder Dauer der Befragung.

Die Querschnittsbefragung im Wiener Gemeindebezirk Hernals wurde einmalig mündlich an drei Orten (Rosensteingasse, Elterleinplatz und Clemens Hofbauerpark) mit einem Interview-Leitfaden durchgeführt. Die Antworten der Jugendlichen sind in die strukturgeleitete Textanalyse eingeflossen.

Sozialraumanalyse

Eine weitere angewendete Forschungsmethode, welche in der GWA bekannt ist, ist die Sozialraumanalyse. Im Kapitel 5.1 wird eine ausführliche Verschriftlichung einer Sozialraumanalyse von St. Pölten dargestellt. Die Ergebnisse wurden in der Konzeptionierung einer GWA in St. Pölten (vgl. Kapitel 5.5) berücksichtigt.

Die Sozialraumanalyse ist ein geeignetes Instrument, um die „Lebenswirklichkeit auf territorialer und sozialer Ebene abzubilden“ (Stock 2013:369) und dient als Arbeitsgrundlage für GWA, da sie den gegebenen Ist-Zustand darstellt (vgl. ebd.:370-374). Der Sozialraum spielt in der GWA eine wesentliche Rolle (vgl. Kapitel 3.2) und dient auch in anderen wissenschaftlichen Bereichen, wie Geografie, Architektur bzw. Stadtplanung, Stadtsoziologie und Pädagogik, als Untersuchungsort (vgl. Stock 2013:370).

Eine Sozialraumanalyse dient als Verfahren, um

„[...] diesen Ort aus der Binnensicht heraus und unter möglichst breiter Einbeziehung der lokalen AkteurInnen zu beschreiben, auf mögliche Defizite in der sozialen sowie materiellen Infrastruktur hinzuweisen, aber auch die vorhandenen endogenen Ressourcen im Untersuchungsgebiet herauszuarbeiten.“ (ebd.)

Lothar Stock (vgl. ebd.:371-374) beschreibt das Verfahren als ein Zusammenspiel von weiteren Methoden, der Stadtteilbegehung und teilnehmenden Beobachtung, der Erfassung und Analyse des sozialstatistischen Datenmaterials und Expert*innengesprächen, um sich somit ein umfassendes Bild über den Sozialraum zu verschaffen.

Die Stadtteilbegehung dient als erster subjektiver Eindruck über die Wohn- sowie Lebensverhältnisse der Menschen. Es werden dabei die soziale Infrastruktur, die medizinische Versorgungslandschaft, die Freizeitmöglichkeiten und kulturelle Angebote erfasst. Besonders Orte der Kommunikation der Bevölkerung im öffentlichen (z.B. Bahnhof oder Marktplatz) und nichtöffentlichen Raum (z.B. Cafés, Restaurants oder Gemeindesaal) sind für die GWA interessant. Eine Stadtteilbegehung kann mehrmals durchgeführt werden, sollte jedoch am Beginn einer Sozialraumanalyse stehen. Anschließend wird das wahrgenommene Bild mit sozialstatistischen Daten analysiert und ergänzt. Am Schluss werden die gewonnenen Daten mit der Sicht der im Sozialraum agierenden Akteur*innen zusammengeführt und ein Gesamtbild entsteht. Expert*innen sind in der Sozialraumanalyse „sowohl die im Untersuchungsgebiet tätigen Professionellen als auch die dort lebenden Menschen“ (ebd.:373).

Strukturgeleitende Textanalyse

Als Auswertungsmethode für einige Expert*inneninterviews, die beiden Fokusgruppen und den Wisdom Council wurde die strukturgeleitende Textanalyse gewählt. Der konkrete Auswertungsprozess fand im kollektiven Rahmen der Forschungsgruppe statt.

Katharina Auer-Voigtländer und Tom Schmid (vgl. 2017:130-131) beschreiben die strukturgeleitete Textanalyse als eine sinnvolle Auswertungsmethode von qualitativen Datenmaterial besonders bei strukturierter Datenerhebungen, wie leitfadengestützten Interviews, und bei einem hypothesenabarbeitenden Forschungsvorgang. Bei der Auswertungsmethode wird das Datenmaterial reduziert auf die Teile, die für die Hypothesenabarbeitung benötigt werden. Das bedeutet, es ist nicht nötig, vollständige Wortlaut-Transkripte zu verfassen, da nur dort in die Tiefe gegangen wird, wo es sinnvoll und notwendig ist.

Die strukturgeleitete Textanalyse ist nach Auer-Voigtländer und Schmid (vgl. ebd.:131-133) ein „mehrgliedriger regelgeleiteter Prozess“. Die Grundvoraussetzung ist wie erwähnt ein strukturiertes Erhebungsinstrument, da dieses die Grundlage für die sogenannte Auswertungsmatrix stellt. In der Auswertungsmatrix werden Kategorien, die anhand der Erhebungsleitfäden bereits vorgegeben sind, erstellt. Eine Fragestellung bzw. ein Thema ist eine Kategorie. Jede Kategorie wird dann mit einer

Zusammenfassung, einer Paraphrase, der wesentlichen Aussagen vom Datenmaterial befüllt. Die beiden Autor*innen empfehlen dabei in einem Microsoft-Excel-Tabelle zu arbeiten, wie es auch in unserem Forschungsprozess vorgenommen wurde. „Ziel der strukturgeleitenden Textanalyse ist es, das gesamte Datenmaterial auf seine wesentlichen manifesten Inhalte entlang der vordefinierten Kategorien zu reduzieren.“ (ebd.:140)

Das Kapitel hat nun einen ausführlichen Einblick in das qualitative Forschungsdesign gegeben. Das grundlegende Forschungsprinzip kollaborativer Aktionsforschung wurde anhand von ausgewählter Literatur dargestellt. Außerdem haben die Entstehungsgeschichte und Weiterentwicklungen der Aktionsforschung einen Überblick über die Geschehnisse des Forschungsansatzes gegeben. Auch die verwendeten Erhebungs- und Auswertungsmethoden unserer Forschung wurden im Detail beschrieben. Dabei hat sich gezeigt, dass wir uns während der Forschung an Merkmalen und Elementen der Aktionsforschung orientiert sowie Kollaboration und Partizipation in den angewandten Methoden berücksichtigt haben.

Literatur

- Altrichter, Herbert / Gstettner, Peter (1993): Aktionsforschung – ein abgeschlossenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialwissenschaft? In: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau, 16, 67-75.
- Anastasiadis, Maria / Wrentschur, Michael (2019): Forschungsräume öffnen und das Soziale gestalten. In: ÖZS, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 44, 9-25.
- Auer-Voigtländer, Katharina / Schmied, Tom (2017): Strukturgeleitete Textanalyse zur systemischen Arbeit mit umfangreichen qualitativen Datenmaterial. Ein Beitrag zur qualitativen Auswertung vorstrukturierter Datenmaterials. In: soziales_kapital, wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit. Nr. 18, 130-143.
- Benighaus, Christina / Benighaus, Ludger (2012): Moderation, Gesprächsaufbau und Dynamik in Fokusgruppen. In: Schulz, Marlen, Mack, Birgit, Renn, Ortwin (Hg.Innen): Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung. Wiesbaden: Springer, 111-132.
- Bergold, Jarg / Thomas, Stefan (2010): Partizipative Forschungsmethoden: Ein methodischer Ansatz in Bewegung. In: FQS, Forum: Qualitative Sozialforschung, Vol. 13/1, <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1801/3332> [01.03.2020].
- Bergold, Jarg / Thomas, Stefan (2012): Partizipative Forschungsmethoden. In: Mey, Günter / Mruck, Katja (Hg.Innen): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: Springer, 333-344.

- Bogner, Alexander / Menz, Wolfgang (2005): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, Alexander / Littig, Beate / Menz, Wolfgang (Hg.Innen): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 33-70.
- Büro für Zukunftsfragen (2010): Der BürgerInnen-Rat. Eine Informations- und Arbeitsmappe. Bregenz.
- CARN - Collaborative Action Reserch (2020): online unter: <https://www.carn.org.uk/?from=carnnew/index.php> [30.03.2020].
- Center of Wise Democracy: Wisdom Council Process. Online unter: <https://www.wisedemocracy.org/3-wisdom-council-process.html> [14.03.2020].
- Formann, Doris / Spaller, Christina / Tippe, Andrea (2019): Aktionsforschung als Werkstatt demokratischen Handelns. In: GIO, Gruppe, Interaktion, Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie, Nr. 50, 299-307.
- Heinze, Thomas (2001): Qualitative Sozialforschung. Einführung, Methodologie und Forschungspraxis. München, Wien: Oldenbourg.
- Hering, Sabine (2010): Aktionsforschung. In: Bock, Karin / Miethe, Ingrid (Hg.Innen): Handbuch qualitativer Methoden in der Sozialen Arbeit. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 269-276.
- Hermann, Simon / Gathen, Andreas von der (2010): Das große Handbuch der Strategieinstrumente. Werkzeuge für eine erfolgreiche Unternehmensführung. 2. Auflage, Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Koch, Gerd (1994): Die Methode „Zukunftswerkstatt“ in der Sozialpädagogik. Berlin, Milow: Schibri.
- KulturhauptSTART (2020): online unter: <https://www.kulturhauptstart-stp.eu/> [30.03.2020].
- Lewin, Kurt (1946): Action Research and minority problems. In: Social Issue, Vol. 2/4, 34-46.
- Meusner, Michael / Nagel, Ulrike (2005): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander / Littig, Beate / Menz, Wolfgang (Hg.Innen): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 71-94.
- Moser, Heinz (1977a): Praxis der Aktionsforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Kösel.
- Moser, Heinz (1977b): Methoden der Aktionsforschung. Eine Einführung. München: Kösel.
- Moser, Heinz (1995): Grundlagen der Praxisforschung. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Moser, Michaela / Freisleben-Teuscher, Christian F. (2016): In: Haag, Johann / Weißenböck, Josef / Gruber, Wolfgang / Freisleben-Teuscher, Christian F. (Hrsg.): Kompetenzorientiert Lehren und Prüfen. Basics - Modelle - Best Practice. Tagungsband zum 5. Tag der Lehre an der FH St. Pölten am 20.10.2016. Fachhochschule St. Pölten GmbH, 163-170.
- Schulz, Marlen (2012): Quick and easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft. In: Schulz, Marlen, Mack, Birgit, Renn, Ortwin (Hg.Innen): Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung. Wiesbaden: Springer, 9-22.
- Steinert, Erika (2008): Ansätze qualitativer Sozialforschung. In: Steiner, Erika / Thiele, Gisela (Hg.Innen): Sozialarbeitsforschung für Studium und Praxis. Frankfurt am Main: Peter Lang, 77-126.
- Stock, Lothar (2013): Die Sozialraumanalyse als Handlungsinstrument der Gemeinwesenarbeit. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch

Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 369-374.

Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit - eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 14-36.

Stracke-Baumann, Claudia (2013): Zukunftswerkstatt als Methode in der Gemeinwesenarbeit. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 419-424.

Unger, Hella von (2014): Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer.

Unger, Hella von / Block, Martina / Wright, Michael T. (2007): Aktionsforschung im deutschsprachigen Raum: zur Geschichte und Aktualität eines kontroversen Ansatzes aus Public Health Sicht. In: WZB-Discussion Paper. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Wittenberg, Reinhard (2007). Einführung in die sozialwissenschaftlichen Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen I: Skript. Arbeits- und Diskussionspapiere. 5. Auflage, Nürnberg: Friedrich-Alexander-Universität.

Wöhrer, Veronika (2017): Was ist Partizipative Aktionsforschung? Warum mit Kindern und Jugendlichen? In: Wöhrer, Veronika / Arztmann, Doris / Wintersteller, Teresa / Harrasser, Doris / Schneider, Karin (Hg.Innen): Partizipative Aktionsforschung mit Kindern und Jugendlichen. Von Schulsprachen, Liebesorten und anderen Forschungsdingen. Wiesbaden: Springer, 27-48.

Daten

D1, Dokumentation des Jour Fixe "GEMEINSAM GESTALTEN" vom 19.09.2019, verfasst von Rosanna Drochter, Sophie Fichtinger, Michelle Trestl und Alexandra Winkler.

PTK2, Protokoll über eine Straßenbefragung von Jugendlichen in dem Wiener Bezirk Hernals, verfasst von Melina Minassians, 22.11.2019.

PTK3, Protokoll über ein Wisdom Council mit Mitgliedern des Vereins "Mitten in Hernals", verfasst von Elena Kundrat/Melina Minassians/Hanna Vettori, 23.09.2019.

PTK4, Protokoll einer Gruppendiskussion im Haus der Menschenrechte, verfasst von Susanne Gahleitner/Hanna Vettori, 01.10.2019.

PTK5, Protokoll über das Vorbereitungstreffen für den KulturhauptSTART-Jour Fixe, verfasst von Rosanna Drochter, Sophie Fichtinger, Michelle Trestl und Alexandra Winkler, 15.07.2019.

.....

3 Theoretische Grundlagen

Gemeinwesenarbeit, Sozialraum, Partizipation, Selbstorganisation und Governance. Diese Begriffe sind aus dem sozialwissenschaftlichen Diskurs nicht mehr wegzudenken. Doch was steckt eigentlich hinter diesen abstrakten Worten? Leider sind die Antworten darauf keineswegs stets eindeutig oder einheitlich. Daher zielt dieses Kapitel darauf ab, die fünf Begriffe zu definieren, diskutieren und dabei in den historischen und sozialarbeiterischen Kontext einzubetten. Schließlich stellen die dahinterliegenden Konzepte und Ansätze fundamentale Eckpfeiler für die vorliegende Arbeit dar.

3.1 Entstehung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit

Minassians Melina

Jede Gesellschaft und so auch die österreichische Bevölkerung steht immer wieder vor neuen Herausforderungen, Problemlagen und Ungleichverteilungen. Gemeinwesenarbeit stellt einen partizipativen Ansatz dar, um sozialen Zusammenhalt zu fördern, sich aktiv für die eigenen Interessen einzusetzen und die Selbstwirksamkeitskräfte der Menschen zu unterstützen. Lange Zeit galt Gemeinwesenarbeit in vielen Publikationen neben der Gruppenarbeit und der Einzelfallhilfe als die dritte sozialarbeiterische Methode. Die Autor*innen Sabine Stövesand und Christoph Stoik gehen davon aus, dass sich Gemeinwesenarbeit mit kollektivem Empowerment und Lebenszusammenhängen von Menschen unter einem territorialen Aspekt sowie mit gemeinsamen Handlungsfähigkeiten von Bürger*innen und Professionellen der Sozialen Arbeit befasst (vgl. Stövesand/Stoik 2013:16). Die von uns ausgewählte Literatur beschreibt eine Vielzahl an Definitionen und Ansätzen der Gemeinwesenarbeit und nimmt auf den historischen Aspekt der Entstehungsgeschichte Bezug. Sie stellt die beiden Ansätze Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum sowie Community Organizing auf verständliche und fachliche Weise dar. Im Laufe der Arbeit wird auf unterschiedliche Ansätze und Formen der Gemeinwesenarbeit eingegangen. Wir wollen im Rahmen des Masterarbeitsprojekts „Gemeinwesenarbeit – neu gedacht und selbstorganisiert“ Gemeinwesenarbeit unter neuen Gesichtspunkten beleuchten und darüber diskutieren. Im deutschsprachigen Raum wurde Gemeinwesenarbeit aus dem Ansatz des Konzeptes Community Organizing beeinflusst (vgl. Spitzky 2000:31). Um die Entstehung und Entwicklung von Gemeinwesenarbeit zu

verstehen, folgt ein Einblick über die Grundprinzipien sowie Methoden des Community Organizing. Saul David Alinsky, Jane Addams und Ellen Gates Starr spielten eine bedeutende Rolle für Community Organizing und der Settlement-Bewegung, daher wird ihnen auch Raum in dem Kapitel gegeben. Des Weiteren wird auf Leitstandards eingegangen, die die Gemeinwesenarbeit in zahlreichen Veröffentlichungen als Arbeitsprinzip kennzeichnen. Für unsere Forschung haben wir uns hierbei auf einige Prinzipien dieser Leitstandards bezogen. Schließlich werden in diesem Kapitel folgende Fragestellungen behandelt:

Welche Methoden der Gemeinwesenarbeit unterstützen die zielgruppenübergreifende Selbstorganisation? In welchem Kontext und mit welchem Verständnis wird Gemeinwesenarbeit in der Literatur dargestellt? Wo steht Gemeinwesenarbeit heute? Mit welchen Themen setzt sich Gemeinwesenarbeit hinsichtlich einer intersektionalen Perspektive auseinander?

Den Abschluss bildet ein Resümee, in dem Gemeinwesenarbeit aus einem differenzierten Blick diskutiert und aus diesen Erkenntnissen unser Verständnis von Gemeinwesenarbeit für unsere Masterarbeit definiert wird.

3.1.1 Community Organizing als Impulsgeber der Gemeinwesenarbeit

In jeder Gesellschaft gibt es zivilgesellschaftliche Herausforderungen, Problemlagen und Ungerechtigkeiten, deren sich die Soziale Arbeit annimmt. Durch Community Organizing wurde eine Möglichkeit geschaffen, diese aufzugreifen und zu bearbeiten, um individuelle Lösungen und Verbesserungen für Bewohner*innen der unterschiedlichsten Gemeinschaften zu erarbeiten. Oliver Fehren, ein Professor für Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit geht davon aus, dass es das Hauptanliegen des Community Organizing ist, Personen zu ermöglichen, „wirklichen Einfluss auf Entscheidungen und auf Strukturen, die die Menschen unmittelbar betreffen, zu nehmen“ (Penta/ Sander 2007:161 zit. n. Fehren 2008:160).

Daraus ergeben sich nach Fehren drei Grundprinzipien:

- Der erste Grundsatz „Power“ bezieht sich dem Autor zufolge auf die Bemächtigung von ohnmächtigen Menschen sowie die Erhaltung von Macht.
- Mit dem zweiten Prinzip „Power Base“ meint Fehren die Beschaffenheit von community-basierten Organisationen. Diese stellen die Machtbasis dar und können Interessen der Bewohner*innen durchsetzen.
- Als drittes Prinzip versteht er den Begriff „Change“ als eine Veränderung, wenn benachteiligende Strukturen vorherrschen

(vgl. Mohrlök 1994:2 zit. n. Fehren 2008:160).

Die Student*innen der Sozialen Arbeit Marion Mohrlök, Michaela Neubauer, Rainer Neubauer und Walter Schönfelder beschreiben nach ihrem Studienaufenthalt in Chicago in ihrem Buch „Let's Organize - Gemeinwesenarbeit und Community Organizing im Vergleich“, das als gemeinschaftliche Diplomarbeit veröffentlicht wurde, dass „change“, also Veränderung in der amerikanischen Literatur zu Community Organizing einen zentralen Begriff darstellt. Community Organizing soll den Autor*innen zufolge also eine Veränderung bewirken. Des Weiteren beziehen sie sich auf den Begriff „Social Change“, der in der Soziologie als „Sozialer Wandel“ zu verstehen ist. Dies lässt darauf schließen, dass Community Organizing auf den sozialen Wandel ausgerichtet ist und Veränderungen bewirken möchte. Diese Veränderungen sollen zu einer Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in den unterschiedlichsten Communities auf ökonomischer, politischer, wie auch gesellschaftlicher Ebene beitragen (vgl. Mohrlök et.al. 2002:69). Fehren geht davon aus, dass Community Organizing im Wesentlichen aufgrund der Kombination aus Eigeninteresse und Beziehungen funktioniert. Der US-amerikanische Bürgerrechtler Alinsky teilte schon dieses Erkenntnis und meinte, dass das Eigeninteresse eine zentrale Antriebskraft der Menschen ist (vgl. Alinsky 1999:48 zit. n. Fehren 2008:161). Dabei wird im Community Organizing zwischen „legitimem Eigeninteresse (self-interest)“ und „ausgrenzendem Egoismus (selfishness)“ unterschieden (Fehren 2008:161). Die Aufgabe von Community Organizing besteht hierbei vor allem darin, die Eigeninteressen der einzelnen Personen ausfindig zu machen und sie mit den Interessen anderer Personen in Beziehung zu bringen. Diese Überschneidungen tragen in weiterer Folge positiv zur Bildung von Bürger*innenorganisationen bei (vgl. ebd.). Auch der Beziehungsaufbau zu anderen Mitgliedern der Community hat wichtigen Einfluss auf das Funktionieren von Community Organizing. Beziehungen sichern das nachhaltige, längerfristige Bestehen von Organisationen, sie tragen zum Akquirieren von neuen Mitgliedern bei und stellen Verbindlichkeiten her (vgl. Mohrlök 2001:6 zit. n. Fehren 2008:162). Und hier liegt auch

der Unterschied von Community Organizing zu beispielsweise Bürger*inneninitiativen. Organisationen des Community Organizing zeichnen sich zumeist durch ein starkes Beziehungsgeflecht aus, welches durch „Respekt, Vertrauen und Wertschätzung“ geprägt ist (Renner 2004:36 zit. n. Fehren 2008:162). Der Soziologe und Sozialarbeiter Jack Rothman vertritt nach Mohrlok et.al. die Ansicht, dass eine Vielfalt von Techniken und Interventionsformen innerhalb von Community Organizing zur Anwendung kommen und eine „geplante kollektive Aktion eines größeren Personenkreises zur Erreichung eines bestimmten Zieles“ notwendig ist (Mohrlok et.al. 2002:71).

Einerseits kommen im Community Organizing „aktivierende Techniken“ zum Einsatz und andererseits werden „direkte Aktionsformen“ angewendet.

Aktivierende Techniken

Bei den aktivierenden Techniken haben Interviews eine zentrale Bedeutung. Durch sie wird die Arbeit in den Communities zumeist angeregt und auch wichtige Kontakte können dadurch geknüpft werden. Flugblätter werden von Bürger*innenorganisationen zur Akquirierung von Menschen ebenfalls verwendet. Zudem können Flugblätter auch häufig als Gedankenstütze dienen. Eine weitere Technik sind sogenannte informelle Gespräche, die von Organisationen verwendet werden, um neben den Interviews Bewohner*innen mit Informationen zu aktuellen Themen zu versorgen. Schlüsselpersonen zu ernennen ist ebenfalls eine Technik, die Organisationen gerne nutzen, um die Bestrebungen der Organisation voranzubringen. Andere Methoden der aktivierenden Techniken sind unter anderem die Stadtteilzeitung, Medienarbeit, Briefe und Anrufe sowie Veranstaltungen (vgl. Mohrlok et.al. 2002:235-237).

Direkte Aktionsformen

Mit der Methode der direkten Aktionsformen soll dem Willen der Bewohner*innen einer Community Ausdruck verliehen werden. Um die Fähigkeit zur Durchsetzung von Veränderungen zu erlangen, bedarf es direkter Aktionen der Bürger*innenorganisation, um Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Auch hier bedarf es einiger Techniken, um zum gewünschten Ziel zu kommen. Die am häufigsten genutzten Aktionsformen sind öffentliche Veranstaltungen beziehungsweise Versammlungen. Organisationen bedienen sich dieser Methode, um eine direkte Konfrontation der Bewohner*innen einer Community mit den verantwortlichen Zielpersonen herzustellen. Diese Veranstaltungen werden aufwendig vorbereitet und sollen eine Spannung beim Gegenüber erzeugen, um am Ende der Veranstaltung eine konkrete Abhilfe für eine Problemlage gewinnen zu können. Organisationen verwenden mitunter auch Techniken wie „Surprise-Aetiotis“, die

einen Überraschungsmoment enthalten. Diese werden vor allem dann eingesetzt, wenn die Zielperson, von der eine Reaktion auf die Problemlage erwartet wird, nicht auf Gesprächseinladungen reagiert oder nicht an Versammlungen teilnimmt. Die Wahl der Taktik obliegt dem Organizer und kann sehr kreative Ausformungen annehmen. Um Bewohner*innen zum Mitmachen zu ermutigen, steht vor allem die Freude am gemeinsamen Beitrag für die gute Sache im Vordergrund. Ein weiteres Mittel sind Kundgebungen und Demonstrationen, auf welche zumeist ebenfalls zurückgegriffen wird, wenn kein Gespräch mit den Verantwortlichen zustande kommt. Demonstrationen sind im Gegensatz zu den „Surprise-Aetiotis“ keine geheim geplanten Veranstaltungen, sondern dienen der Öffentlichkeitsarbeit. Weitere Bürger*innenorganisationen bedienen sich der Methode des Personalisierens, deren Absicht es ist, eine klare Zielperson aus dem Kreis der Verantwortlichen auszumachen und nicht länger mit anonymen Institutionen oder Regierungen zu verhandeln. Durch die direkte Ansprache einer einzelnen Person kann der Druck erhöht werden, sodass diese Verantwortung für das vorliegende Problem übernimmt.

Die Autor*innen gehen davon aus, dass alle diese Techniken nicht losgelöst von einander gesehen werden können und sich der Organizer nicht lediglich einer einzigen widmen darf. Die Auswahl der zum Thema und auch der Community passenden Methode beeinflusst stark die Motivation und das Engagement der Bewohner*innen, genauso wie den Handlungsdruck bei Gegner*innen (vgl. Mohrlok et. al. 2002:243- 246).

Im Folgenden wird auf Saul David Alinsky sowie Jane Addams und Ellen Gates Starr eingegangen, die eine bedeutende Rolle für Community Organizing sowie der Settlement-Bewegung einnahmen.

Saul David Alinsky (1909 – 1972)

Leo Penta beschreibt im Buch „Community Organizing – Menschen verändern ihre Stadt“ Saul David Alinsky als „die treibende Kraft bei der Auflehnung der Machtlosen“ (Penta 2007:19). Alinsky hat der Autorin und Professorin für Soziale Arbeit Sabine Stövesand zufolge mit seinen Ideen die amerikanische Demokratie grundlegend verändert. Er hatte das Ziel, durch provokative, öffentlichkeitswirksame und auch konfliktorientierte Aktionen die politischen Kräfteverhältnisse zu ändern. Er war der Sohn einer jüdischen Familie, die nach Amerika zugewandert war und wuchs im Ghetto in Chicago auf. Alinsky absolvierte das Studium der Kriminologie sowie das Studium der Soziologie. Er war bis zu seinem Tod als erfolgreicher Organizer aktiv (vgl. Stövesand 2013:48- 49). Als Wertvorstellungen gab Alinsky „Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit,

Frieden, die Sorge um die Kostbarkeit des menschlichen Lebens“ an (ebd.:51). Um etwas zu erreichen, ging er von der Annahme aus, dass viele Menschen von den Herrschaftsverhältnissen enttäuscht sowie desillusioniert sein müssen (vgl. Alinsky 1989:xxii zit. n. ebd.). Daraus resultiert, dass viele Menschen aus der Enttäuschung und Frustration heraus einen Antrieb sowie neue Kraft schöpfen, um sich zusammenzuschließen und sich für ihre Eigeninteressen aktiv einzusetzen. Alinskys grundlegende Prinzipien waren Menschenrechte, Parteilichkeit, individuelle Freiheit sowie finanzielle Unabhängigkeit. Teilnehmende Beobachtungen, Interviews und Datenrecherche gehören zu den Grundlagen eines Organisationsprozesses. Entstehung von solidarischen Beziehungen, Identifizierung von Schlüsselpersonen sowie der sokratische Dialog sind zentrale Methoden. Alinsky benutzte hauptsächlich kreative, personalisierte sowie konfliktorientierte Taktiken, bei denen die Beteiligten Spaß haben sollen.

Stövesand kritisiert, dass Alinskys Methoden jedoch, trotz seiner Sensibilisierung in Hinblick auf Rassismus und Antisemitismus, im Umgang mit ethischen Fragen bedenklich war. In Bezug auf Geschlechterverhältnisse bezeichnet sie ihn des Weiteren als „erschütternd ignorant“ (ebd.). Die Autorin kritisiert weiters die mangelnde Beschäftigung mit Machtverhältnissen sowie die Einzelfallorientierung und ist daher der Meinung, dass sich Alinsky als Organizer in seinem traditionellen Zugang von der Sozialen Arbeit abgrenzt (vgl. Mohrlock [sic!] u.a. 1993:182ff zit. n. ebd.:52). Die Gewerkschaftsforscherin und Organizerin Jane McAlevey beschreibt in ihrem Buch „Keine halben Sachen“, dass Saul David Alinsky das Konzept Community Organizing „entstellt“ hat (McAlevey 2019:67). Die Autorin spricht von „CIO- Organizing“ und ist der Annahme, dass Alinsky die dafür erforderlichen Methoden nicht wirklich beherrscht hat, da er auch nie selbst in einem gewerkschaftlichen Organizing tätig war und solch eine Methode vorher nie durchgeführt hatte (vgl. ebd.). Mit „CIO-Organizing“ ist gemeint, dass eine kollektive Beteiligung mit gemeinsamem Engagement und tiefer Arbeitersolidarität im Kampf gegen Klassensysteme besteht. Die CIO-Methoden basierten auf dem Bild von arbeitenden Menschen, die in tiefer Verbindung und Beziehung zu ihren Communities standen (vgl. ebd.:53). Die Autorin beschreibt Alinsky als einen „Mobilizer“, der die Menschen außerhalb der Betriebe mobilisiert hat und ihren Angaben zufolge das Organizing-Modell geschwächt haben soll (ebd.:67). Diese Aussage unterstützend führt die Autorin drei wesentliche Punkte an. Zum einen entkoppelte Alinsky die Methode vom Interesse der linken Organizer, nicht nur Kampagnen zu erringen, sondern forderte ein, Machtstrukturen radikal zu verändern. Er verwendete einen Teil der Methode für eine „Eliten-zentrierte Machttheorie“, die die Autorin als Mobilizing-Modell bezeichnet (ebd.).

Zum anderen bezeichnet die Autorin Alinsky als „Oberspalter höchstpersönlich“, da er nach der Autorin von der Annahme ausging, dass auch

„[...] unqualifizierte, leicht ersetzbare Arbeitskräfte in «der Community» alleine - statt mit ihren natürlichen Verbündeten, den angelernten Arbeitskräften und Fachkräften - in der Lage wären, genügend Macht außerhalb der Betriebe zu erzeugen, um die Unternehmerklasse herauszufordern.“ (ebd.)

Als dritten Punkt gab die Autorin an, dass Alinsky ein Bewunderer von John Lewis, einem Gewerkschaftsführer war und sein Organizing-Modell eher dem Modell von John Lewis als dem Modell der linken Organizer*innen glich. Die Autorin geht von der Annahme aus, dass Alinsky sich „die Kontrolle über die Massen mittels einer Fiktion, die bis heute aufrechterhalten wird“ sicherte (ebd.:68).

Jane Addams (1860 – 1935) und Ellen Gates Starr (1859 – 1940)

Stephanie Conrad beschreibt in ihrer Studienarbeit, das Ende des 19. Jahrhunderts in London die ersten Settlements, also Gemeinschaftshäuser, angesiedelt wurden. 1884 gründete das Pfarrer-Ehepaar Samuel und Henrietta Barnett die „Toynbee Hall“, ein studentisches Gemeinschaftshaus, welches in ärmeren Vierteln zu einer Siedlungsstätte für Kultur sowie Bildung wurde. Die Toynbee Hall wurde für die Feministin und Soziologin Jane Addams zu einer Inspiration für das „Hull House“, welches sie gemeinsam mit ihrer Freundin und Kunstlehrerin Ellen Gates Starr 1889 in Chicago gründete. Die ursprüngliche Idee dahinter war, dass Studentinnen die Gelegenheit geboten wurde, sich durch eine konkrete Beschäftigung im Hull House aus dem traditionellen Rollenbild und der finanziellen Abhängigkeit zu lösen (vgl. Eberhart 1995 zit. n. Conrad 2008:13-14).

Das Hauptanliegen des Nachbarschaftshauses Hull House war,

„[...] eine geistige und ethische Erneuerung zu erreichen, womit sie den sittlichen Verfall der Gesellschaft aufhalten und im Erweis von Solidarität dem drohenden Klassenkampf vorbeugen wollen.“ (Staub – Bernasconi 2007:51 zit. n. Conrad 2008:13)

Folgende Grundsätze hätten laut Grundsatzerklärung anlässlich der Gründung des Nachbarschaftshauses laut Addams und Starr zu gelten:

„[...] ein Zentrum für ein höheres öffentliches und soziales Leben zu sein; Einrichtungen der Bildung und der Philanthropie zu gründen und zu unterhalten und die Lebensbedingungen in den industriellen Bezirken von Chicago zu unterstützen und zu verbessern.“ (Müller 2006: 41 zit. n. Conrad 2008:14-15)

Das Hull House wurde eine beliebte Begegnungsstätte, in der mit Hilfe von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen unterschiedliche Kurse, diverse Klubs und Werkstätten sowie kulturelle, pädagogische und politische Angebote stattfanden. Im Laufe der Zeit wurde das Hull House nicht mehr als Privatinstitution, sondern sogar als eine eingetragene Körperschaft mit einem Aufsichtsrat geführt. Addams und Starr erarbeiteten der Autorin zufolge grundlegende Ansätze für die stadtteilbezogene Sozialarbeit (vgl. ebd.:16-20).

Im Gegensatz zu Alinsky finden Addams und Starr in der Literatur wenig bis kaum Aufmerksamkeit. Während der Literaturrecherche fiel auch auf, dass Starr in den Schatten von Addams gestellt wird, obwohl sie gleichbedeutend für die Entstehung des Settlements war. Alinsky, Addams und Starr kommt in der Geschichte des Community Organizing und der Settlement-Bewegung eine wesentliche Bedeutung zu und sie haben Teile der Gemeinwesenarbeit mit ihrer Arbeit erheblich beeinflusst. Nach Stövesand ist Community Organizing ein methodischer Ausgangspunkt für eine emanzipatorische, strukturbezogene sowie basisorientierte Soziale Arbeit beziehungsweise Gemeinwesenarbeit (vgl. Mohrlock [sic!] u.a. 1993:182ff zit. n. Stövesand 2013:52). Community Organizing gilt in vielen Publikationen als umstritten. Das Anliegen, Bürger*innen zu bestärken und auch zu ermutigen, mehr am demokratischen Leben teilzuhaben und sich zu beteiligen ist jedoch ein wesentliches Ziel der Gemeinwesenarbeit. Elemente vom Community Organizing gehören daher auch heute noch zum Methodenrepertoire der Gemeinwesenarbeit und spielen eine wesentliche Rolle.

Im nächsten Absatz widmen wir uns der Entstehung und Entwicklung von Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum.

3.1.2 Geschichtlicher Hintergrund und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum

Die Wurzeln der Gemeinwesenarbeit liegen in der Zeit der Industrialisierung und dem damit zusammenhängenden Städtewachstum im Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert. Besonders die USA und Großbritannien haben die Gemeinwesenarbeit, wie bereits erwähnt, mit dem Konzept Community Organizing und der Settlement-Bewegung wesentlich beeinflusst (vgl. Becker 2014:14). In Deutschland gibt es ähnlich zum englischsprachigen Ansatz der Settlements auch Nachbarschaftshäuser, die zum Ziel hatten, soziale Initiativen in ärmeren Stadtvierteln zu gründen, um die Situation der dort

lebenden Bevölkerung gemeinsam zu verändern und zu verbessern. In Deutschland kam die Forderung auf, die Bevölkerung in die Planung, Gestaltung und auch Entscheidung ihres Lebensumfeldes mehr miteinzubeziehen. Diese Forderung, sich in die Stadtplanung einzumischen, richtete sich an die Soziale Arbeit (vgl. ebd.:14-16). Bereits in den 1970er Jahren wurden in Deutschland empirische Untersuchungen zu den Auswirkungen der Gemeinwesenarbeit durchgeführt. Die Untersuchungen haben ergeben, dass die Gemeinwesenarbeit einer notwendigen Vermittlungsarbeit im Spannungsfeld zwischen Behördenzielen und Bevölkerungsinteressen nachgeht (vgl. Victor-Gollancz-Stiftung 1972/Mesle 1978 zit. n.ebd.:17) und die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinwesenarbeit und der kommunalen Politik für die Stadtplanung beziehungsweise Stadtentwicklung bedeutend ist (vgl. Müller 2009: 223 ff zit. n. ebd.). Der Gedanke der Gemeinwesenarbeit war auch in Österreich zu finden und die erste Initiative wurde nach dem Ansatz der Settlements bereits 1901 in Wien gegründet (vgl. Melinz 2000:15). Der Sozial- und Wirtschaftshistoriker sowie Politikwissenschaftler Gerhard Melinz verweist in seiner Publikation darauf, dass es in den 70er Jahren zu einem Aufschwung der Gemeinwesenarbeit kam. Zu diesem Zeitpunkt teilte auch der damalige Bundeskanzler Kreisky mit, dass in Österreich zirka 450.000 Menschen von Armut betroffen sind. Daraus resultierten in diesem Zusammenhang verstärkte Überlegungen, mit welchen Strategien Armut in Österreich bekämpft werden könnte. Eine neue Problemlösestrategie war hierfür unter anderem die Gemeinwesenarbeit (vgl. ebd.:22).

Eine einheitliche Begriffsdefinition für Gemeinwesenarbeit gibt es nicht, im Folgenden wird daher auf unterschiedliche Ansätze, Formen und Kontexte der Gemeinwesenarbeit eingegangen.

3.1.3 Unterschiedliche Ansätze der Gemeinwesenarbeit

Gemeinwesenarbeit als in der Literatur dargestellte dritte Methode der Sozialen Arbeit hat sich der Autorin Christine Spitzzy zufolge zu einem methoden-integrativen Ansatz in der sozialen Arbeit entwickelt. Im Zusammenhang mit Gemeinwesenarbeit wird über gemeinwesenorientierte Sozialarbeit, Grätzelarbeit, stadtteilorientierte Sozialarbeit oder auch soziokulturelle Stadtteilarbeit gesprochen (vgl. Spitzzy 2000:31). Hierbei ist zu erwähnen, dass für die Gemeinwesenarbeit nicht nur die Disziplin Soziale Arbeit verantwortlich ist, sondern auch andere Disziplinen und soziale Bewegungen eine Rolle spielen (vgl. Stövesand/ Stoik 2013:14). Die Autor*innen Sabine Stövesand und Christoph Stoik beschreiben Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit im Unterschied

zur generellen Grundorientierung der Sozialen Arbeit, welche mit Individuen arbeitet und sie unterstützt, als eine

„Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeit und kollektives Empowerment bezüglich der Gestaltung bzw. Veränderung von infrastrukturellen, politischen und sozialen Lebensbedingungen fördert.“ (Stövesand/ Stoik 2013:16)

Die beiden Autor*innen gehen sogar davon aus, dass die Ideenvielfalt und der Reichtum an Definitionen von Vorteil sind, da die Gemeinwesenarbeit sonst „unterminimiert“ wird (ebd.:17). Zusammenfassend geht es in der Gemeinwesenarbeit nach den Autor*innen um Lebenszusammenhänge von Menschen und deren Verbesserung von infrastrukturellen, materiellen und ideellen Forderungen, welche in Zusammenarbeit mit Personen geschieht. Gemeinwesenarbeit soll die Handlungsfähigkeiten der Menschen fördern und zu einer Selbstorganisation beitragen (vgl. ebd.:21). Ein Ziel der Gemeinwesenarbeit ist es, die Lebensqualität von Bürger*innen zu fördern und zu verbessern. Besonders wichtig ist die Gemeinwesenarbeit dort, wo Menschen aus einem schwächeren sozioökonomischen Umfeld angesiedelt sind (vgl. Becker 2014:20).

In der Literatur wird eine Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen der Gemeinwesenarbeit dargestellt. Stövesand und Stoik (vgl. 2013:22) unterteilen in funktionale und kategoriale Gemeinwesenarbeit.

Funktionale und kategoriale Gemeinwesenarbeit

Den Autor*innen zufolge lässt sich Gemeinwesenarbeit in zwei Handlungsebenen unterteilen, nämlich in die „funktionale“ Gemeinwesenarbeit, die institutions- und aufgabenbezogen ist und in die „kategoriale“ Gemeinwesenarbeit, die zielgruppenspezifisch ist. In Bereichen wie Wohnen, Bildung, Verkehr und Freizeit kommt die „funktionale“ Gemeinwesenarbeit zum Einsatz und wenn es um Jugendliche, alte Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund geht, handelt es sich um „kategoriale“ Gemeinwesenarbeit. Nachdem sich die Gemeinwesenarbeit an den Lebenswelten der Bürger*innen und ihren Themen orientiert, ist die Gemeinwesenarbeit häufig zielgruppenübergreifend, fallunspezifisch und themenbezogen.

Der Professor im Fachbereich Sozialwesen Werner Schöning (2012) beschreibt drei Varianten der Gemeinwesenarbeit, nämlich die „sozial staatliche Variante“, „integrativ-konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit“ und die „katalytisch-aktivierende Variante“.

Sozial staatliche Variante

Die „sozial staatliche“ Variante der Gemeinwesenarbeit dient vorwiegend der Verbesserung von sozialen Dienstleistungen in Wohngebieten und ist eng mit der privaten sowie staatlichen Sozialpolitik verknüpft (vgl. Munsch 2003:17 -22 zit. n. Schönig 2012:35).

Bereits in den 1930er Jahren war diese Variante der Gemeinwesenarbeit ein Merkmal von Community Organizing und ist heute für Sozialraumorientierung ein Kernelement. Kritiker wie der Sozialarbeitswissenschaftler Wolfgang Hinte und Fritz Karas, die viel Erfahrung im Bereich Gruppen- und Gemeinwesenarbeit mitbringen, gehen sogar soweit, dass sie dieser Variante absprechen, Gemeinwesenarbeit auszuüben, da hier durch diesen instrumentellen Nachdruck der Wesenskern von Gemeinwesenarbeit verfehlt wird (vgl. Hinte und Karas 1989:31 zit. n. ebd.).

Integrativ- konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit

Die „integrativ-konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit“ bildet Schönig zufolge einen Gegensatz zur „sozialstaatlichen Variante“ der Gemeinwesenarbeit. Dieses Modell wurde durch die US-amerikanische Bürger*innenrechtsbewegung inspiriert und wird als ein „Prozess der angeleiteten Selbstorganisation“ (vgl. Kapitel 3.4) verstanden (Alinsky 1973 zit. n. Schönig 2012:35). Ein harmonisches und positives Welt- und Menschenbild bildet hier die Grundlage für den integrativen Ansatz. Im Vordergrund steht für Alinsky (1973) und den kanadischen Soziologen Murray George Ross (1968) das emanzipatorische Bestreben der Gemeinwesenarbeit. Je aggressiver, konfliktorientierter und öffentlichkeitswirksamer allerdings Bewohner*innen unter Anweisung der Gemeinwesenarbeit agieren (vgl. Hinte/ Karas 1989:42ff zit. n. ebd.:36), desto größer ist die Gefahr, dass dieser Appell nach strukturellen Veränderungen ins Abseits der Politik manövriert wird. Dadurch hätte dieser Appell, nämlich besonders dann, wenn er durch öffentliche Mittel finanziert wird, eine existenzgefährdende Auswirkung auf die Gemeinwesenarbeit und dadurch kann ein Loyalitätskonflikt entstehen. Mit diesem Hintergrund nimmt die konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit eine Randstellung in Deutschland ein. Akteur*innen der „integrativ-konfliktorientierten Gemeinwesenarbeit“ wird eine sehr ausgeprägte Haltung abverlangt, indem Praktiker*innen der Gemeinwesenarbeit das Mandat der Bewohner*innen wahrnehmen und sich selbst ein Mandat aushändigen, um in weiterer Folge gemeinsam an die Öffentlichkeit zu treten (vgl.ebd.:35-36).

Katalytisch- aktivierende Variante

Die „katalytisch-aktivierende Variante“ der Gemeinwesenarbeit kann als Mittelweg zwischen der „sozial staatlichen Variante“ der Gemeinwesenarbeit sowie der „integrativ-konfliktorientierten Gemeinwesenarbeit“ betrachtet werden. Diese Variante stellt der Literatur zufolge die Basis der stadtteilbezogenen Sozialarbeit dar. Der Grundgedanke dabei ist, möglichst kleine Ziele sowie kleine Erfolge anzustreben, die sich an das Lebensumfeld der Bewohner*innen richten. Durch diese Erfolgserlebnisse soll das Selbstbewusstsein der Bewohner*innen gestärkt und in weiterer Folge dann durch diese positiven Lernerfahrungen Konflikte in der Öffentlichkeit angesteuert werden (vgl. Hinte/Karas 1989:58 zit. n. ebd.:36). Schönig hinterfragt, ob die Gemeinwesenarbeit über genügend institutionelle Sicherungen verfügt, die auch längerfristig zur Verfügung stehen und die notwendige Beständigkeit der „katalytisch-aktivierenden Gemeinwesenarbeit“ garantieren können.

Nach dem Autor ist die Unterscheidung der drei Varianten „sozial staatliche, integrativ-konfliktorientierte“ und „katalytisch-aktivierende“ Gemeinwesenarbeit veraltet und stellt stattdessen unterschiedliche Kontexte der Gemeinwesenarbeit dar, auf die in weiterer Folge eingegangen wird (vgl. ebd.).

Gemeinwesenarbeit als Stadtteilentwicklung

Gemeinwesenarbeit als „Stadtteilentwicklung“ bezieht sich unter der Verantwortung der Bundes- und Landesprogramme auf die Kommunalpolitik, Stadtplanung sowie Wohnungsunternehmen.

Gemeinwesenarbeit als Sozialraumorientierung

Gemeinwesenarbeit als „Sozialraumorientierung“ ist als ein Dauerprojekt der Sozialverwaltung zu betrachten, das in unterschiedlichen Handlungsfeldern wie Jugendhilfe, Arbeit mit Senior*innen oder Wohnungslosenhilfe tätig ist und Ansätze der Gemeinwesenarbeit integriert (vgl. Kapitel 3.2).

Gemeinwesenarbeit als Bürger*innenbeteiligung

Gemeinwesenarbeit als „Bürger*innenbeteiligung“ wird als „aggressiv-revoltierendes Element sozialer Bewegungen“ angesehen (Schönig 2012:36).

Gemeinwesenarbeit wird dem Autor zufolge in zwei polarisierende Varianten geteilt und bildet einen Mittelweg. Je nachdem, wie Gemeinwesenarbeit sich selbst positioniert und im Fall der kommunalen Sozialpolitik auch positioniert wird und je nachdem, welche

Bedeutung den sozialen oder strukturellen Problemen der Bürger*innenbeteiligungen zukommt, unterscheiden sich die unterschiedlichen Variationen sowie Ansätze der Gemeinwesenarbeit (vgl. ebd.:37).

Der Begriff Gemeinwesenarbeit ist also nicht einheitlich definiert, was nach Stövesand und Stoik nicht weiter schlimm ist, da dadurch die Gemeinwesenarbeit ein größeres Facettenreichtum und eine höhere Ideenvielfalt erreicht (vgl. Stövesand/ Stoik 2013:17). Demnach ist Gemeinwesenarbeit keine Methode, sondern es gibt viele unterschiedliche Ansätze, Formen und Kontexte der Gemeinwesenarbeit, die sich mit unterschiedlichen Themen, zum einen zielgruppenspezifisch, institutions- und aufgabenbezogen und zum anderen fallunspezifisch und zielgruppenübergreifend, befassen.

In vielen Publikationen wird von einer zielgruppenübergreifenden Gemeinwesenarbeit ausgegangen. In welchem Kontext wird jedoch von einer zielgruppenorientierten Gemeinwesenarbeit gesprochen? Im nächsten Punkt wird die zielgruppenübergreifende sowie zielgruppenorientierte Gemeinwesenarbeit kurz beleuchtet.

3.1.4 Zielgruppenübergreifende und zielgruppenorientierte Gemeinwesenarbeit

Eine Definition von Gemeinwesenarbeit lautet: „Das Milieu ist der Klient“ (Schönig 2012:37). Damit ist gemeint, dass die gesamten Bewohner*innen sowie strukturellen Begebenheiten in den Fokus genommen werden. Heute noch arbeitet die Gemeinwesenarbeit zielgruppenübergreifend, wie zum Beispiel in der Bildungsarbeit, im Aktivierungskontext oder in Stadtteilentwicklungsprojekten. Die praktische Gemeinwesenarbeit kann allerdings auch zielgruppenbezogen sein, da bei der Gemeinwesenarbeit immer wieder auch einzelne Zielgruppen besonders in den Fokus genommen werden, wie beispielsweise beim oben beschriebenen „kategorialen Ansatz“. Der Begriff „kategorial“ findet jedoch heutzutage kaum mehr Verwendung. Im Zusammenhang mit zielgruppenbezogener Gemeinwesenarbeit findet im heutigen Sprachgebrauch stattdessen der Begriff Zielgruppenorientierung Einzug. Auf Wunsch der Kommunalpolitik spielt die Zielgruppenorientierung der Gemeinwesenarbeit eine wesentliche Rolle, um bestimmte Zielgruppen mehr zu unterstützen. Unterschiedliche Zielgruppen wie beispielsweise alte Menschen, junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund etc. erfahren oft erst durch die Gemeinwesenarbeit, dass andere Menschen sich in ähnlichen Problemsituationen befinden und so ihre Gemeinsamkeiten zu einer Stärke werden können (vgl. ebd.:37-38). Gemeinwesenarbeit ist jedoch grundsätzlich zielgruppenübergreifend, da sich Aktivitäten an den Bedürfnissen

mehrerer Zielgruppen orientieren und zumeist unterschiedliche Bewohner*innen eines Sozialraumes betreffen (vgl. Lüttringhaus 2011:278).

Daraus resultiert, dass in der Gemeinwesenarbeit auch gezielt Zielgruppen angesprochen werden müssen, um zielgruppenübergreifend zu arbeiten. Falls bestimmte Zielgruppen kaum für die Gemeinwesenarbeit erreicht werden können, müssen Überlegungen angestellt werden, wie die Gemeinwesenarbeit für diese bestimmten Gruppen zugänglich gemacht werden kann.

Unterschiedliche Kontexte, Ansätze sowie Formen der Gemeinwesenarbeit wurden bereits dargestellt, in der Literatur wird Gemeinwesenarbeit auch als ein Arbeitsprinzip betrachtet.

3.1.5 Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip

Jaak Boulet, Jürgen Krauss und Dieter Oelschlägel bezeichnen Gemeinwesenarbeit in ihrer Publikation als ein Arbeitsprinzip, da sie keine eigene Methode darstellt, sondern mehrere Methoden beinhaltet (vgl. Boulet/ Krauss/ Oelschlägel 1980:144f zit. n. Stövesand/ Stoik 2013:18). Ein Arbeitsprinzip ist demnach ein Grundsatz, der das Handeln in unterschiedlichen Arbeitsfeldern leitet (vgl. Troxler 2013:71). In folgenden Leitstandards finden sich viele, für unsere Forschung relevanten Grundlagen.

Wolfgang Hinte, Maria Lüttringhaus und Dieter Oelschlägel (2007:278-280 zit. n. Becker 2014:23-25) haben folgende Leitstandards der Gemeinwesenarbeit zusammengefasst:

„Zielgruppenübergreifendes Handeln“

Dies stellt eine Herangehensweise dar, die alle Menschen und nicht nur einzelne Bevölkerungsteile eines Stadtteils betrifft.

„Orientierung an Bedürfnissen/Interessen und Themen der Menschen“

Der Ausgangspunkt der Gemeinwesenarbeit ist die Motivation der Menschen und daher ist es notwendig, die Themen sowie die Interessen der Bürger*innen als wichtig zu erachten.

„Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte“

Die Selbsthilfe der Menschen ist ein grundlegender Gedanke der Sozialen Arbeit. Menschen sollen aktiviert und ermutigt werden, ihre Anliegen selbst zu bewältigen, um selbstbestimmt leben zu können und ihre Lebensqualität zu verbessern. Professionelle arbeiten mit den Menschen vor Ort für eine Lern- und Kompetenzerfahrung der Bürger*innen.

„Nutzung vorhandener Ressourcen“

Es werden Potentiale eines Stadtteils gefunden, genutzt, gefördert und aktiviert, um anschließend die sozialen, persönlichen, materiellen oder infrastrukturellen Ressourcen ausbauen zu können. Zusätzlich ist ein wichtiger Aspekt in der Gemeinwesenarbeit die Einmischung in die kommunale Politik.

„Ressortübergreifendes Handeln“

Neben dem sozialen Bereich sind eine Zusammenarbeit und Berücksichtigung anderer Bereiche wie Wohnen, Freizeit, Gesundheit, Arbeit, Bildung, Kultur, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung entscheidend.

„Vernetzung und Kooperation“

Vernetzung und Kooperation sind Mittel zur Entwicklung von Lösungsansätzen. Soziale und gebietsbezogene Netzwerke stellen sowohl Professionist*innen als auch Bürger*innen selbst zusammen.

Besonders der letzte Aspekt der Leitstandards zeigt, dass Gemeinwesenarbeit ein partizipativer und kooperativer Ansatz mit Personen in der Sozialen Arbeit ist. Im Kapitel 3.2.3 finden sich einige Berührungspunkte zwischen diesen Leitstandards und den Prinzipien für die sozialraumorientierte Arbeit. Während der Literaturrecherche fiel auf, dass diese zwei Begrifflichkeiten Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung wenig bis kaum Abgrenzung erfahren und ineinander verlaufen beziehungsweise auch als Synonyme verwendet werden.

Im Folgenden werden verschiedene Methoden der Gemeinwesenarbeit dargestellt.

3.1.6 Methoden der Gemeinwesenarbeit

In der Gemeinwesenarbeit existiert ein breites Spektrum an Methodenvielfalt. Um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, werden im Folgenden einige Methoden, die die zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in der Gemeinwesenarbeit fördern sollen, kurz angerissen.

Sozialraumanalyse

Eine Methode der Gemeinwesenarbeit ist die „Sozialraumanalyse“. Die Methode hat das Ziel, die Lebenswirklichkeit auf sozialer sowie territorialer Ebene abzubilden. Das Instrument kommt sowohl in der Stadtplanung als auch in der kommunalen Sozialverwaltung zum Einsatz (vgl. § 79 SGB VIII, §§ 4 und 5 SGB XII zit. n. Stock 2013:369). Ausgangspunkte sind in der Sozialraumanalyse die Orte, an denen sich die Menschen in einem Wohngebiet begegnen, also Kommunikation und Austausch stattfindet. Die Orte werden auf Vor- und Nachteile der sozialen sowie materiellen Infrastruktur geprüft und beschrieben. Die Informationsgewinnung der Sozialraumanalyse basiert auf weiteren Verfahren wie Stadtteilbegehung, Expert*innengesprächen (vgl. Kapitel 2.2.2) und teilnehmender Beobachtung (vgl. ebd.:370-371).

Aktivierende Befragung

Mit der Methode der „aktivierenden Befragung“ werden Menschen in Quartieren nach ihren Interessen sowie Themen befragt und zur Aktivierung der Selbsthilfe mit unterschiedlichen Aktionen verbunden (vgl. Becker 2014:184). Die aktivierende Befragung kommt aus der Aktionsforschung (vgl. Kapitel 2.2.1). Dabei werden offene Fragestellungen verwendet, um Menschen dazu anzuregen, über die soziale Wirklichkeit nachzudenken und um schließlich gemeinsame Lösungsansätze zu finden (vgl. Lüttringhaus/ Richers 2013:384).

Diese Methode wird für Workshops verwendet, um kollektives Wissen durch mannigfaltige Kommunikation zu erheben (vgl. Becker 2014:184). Anhand dieser Methode können in einem gemeinsamen Dialog Fragestellungen sowie Lösungen erarbeitet werden. Hierbei sollen in einem Veränderungsprozess so viele Personen wie möglich zu Wort kommen. Diese Methode soll die Selbstorganisation fördern und unterstützt die Selbstentwicklung sowie Selbststeuerung von Personen. Der Dialog findet in einer entspannten Atmosphäre statt und hat das Ziel, kollektives Wissen sowie Leistungen der beteiligten Personen sichtbar zu machen. So sollen neue

Handlungsweisen, Perspektiven oder Denkweisen entstehen (vgl. Troxler 2013:406-407).

Open Space

Die Methode „Open Space“ wird in der Großgruppe bei Tagungen angewendet und soll die Kreativität sowie die Selbstorganisation fördern. Teilnehmer*innen können hier Anliegen, Ideen und Anregungen einbringen (vgl. Becker 2014:184). Mit dieser Methode werden eine breite Beteiligung sowie ein gegenseitiges Verständnis ermöglicht.

Diese Methode besteht aus vier Prinzipien:

- Jede Person, die sich beteiligt, ist die „richtige“ Person, denn jede*r einzelne ist motiviert und wichtig, die Anzahl von Leuten ist irrelevant.
- Alles, was in diesem Setting geschieht, ist das, was auch geschehen soll.
- Unvorhersehbares und Ungeplantes ist von kreativer Bedeutung und von Nutzen.
- Die Methode startet dann, wenn die Zeit reif dazu ist. Entscheidend ist die Energie dafür und nicht die Pünktlichkeit.
- Wenn die Energie zu Ende geht, dann ist auch die Zeit um

(vgl. Troxler 2013:408).

Weitere Methoden der Gemeinwesenarbeit sind:

Zukunftswerkstatt

Mit dieser Methode wurde unter anderem in unserem Masterprojekt gearbeitet, um Bürger*innen in St. Pölten eine Stimme zu geben (vgl. Kapitel 2.2.2). Anhand dieser Methode werden in Großgruppen unterschiedliche Phasen wie Kritik, Ideen sowie Umsetzungsmöglichkeiten kollektiv erarbeitet.

Beteiligungsmatrix

Die „Beteiligungsmatrix“ dient als Instrument, um Beteiligungsaktivitäten unter Berücksichtigung von Beteiligungsressourcen sowie Beteiligungsstufen der Bevölkerung zu fördern.

Bürger*innenversammlungen

Diese Methode stellt eine Form von politischer Partizipation dar, bei der sich Bürger*innen aus den jeweiligen Gemeindeordnungen zusammenschließen.

Stadtteilkonferenz

„Stadtteilkonferenz“ stellt eine kooperative Methode dar, um sich mit Organisationen sowie Initiativen zu vernetzen.

Runder Tisch

Der „runde Tisch“ ist eine Organisationsform, um partizipativ zur Entwicklung gemeinsamer Lösungen beizutragen (vgl. Becker 2014:184-187).

Innerhalb der Gemeinwesenarbeit gibt es eine Vielzahl an unterschiedlichen Methoden mit dem Ziel, die zielgruppenübergreifende Selbstorganisation zu fördern und zu unterstützen. Fast alle dieser Methoden haben gemein, dass viele diverse Bürger*innen partizipativ in die Methoden eingebunden werden und ihnen dadurch Mitentscheidungs- sowie Mitwirkungsrechte eingeräumt werden.

Gemeinwesenarbeit setzt sich mit den Themen soziale Konflikte, gesellschaftliche Ungleichheiten sowie marginalisierte Gruppen auseinander. Daher ist es gerade deswegen wichtig, Gemeinwesenarbeit mit einer intersektionalen Brille zu betrachten, um sich mit gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten reflexiv und kritisch auseinanderzusetzen und um dem entgegenzuwirken.

3.1.7 Gemeinwesenarbeit mit einer intersektionalen Perspektive

Die Autorin Judith Punz befasst sich mit Intersektionalität und dem Potential dieses Ansatzes im Umgang mit Diskriminierung sowie Differenzenkonstruktion. Die Wurzeln der intersektionalen Ansätze finden sich im Diskurs der „Black Feminism“ bzw. der „schwarzen Frauenrechtsbewegung“ sowie der „Critical Race Theory“ in den USA (Walgenbach 2012 zit. n. Punz 2015: 64). Diese Frauenrechtsbewegung kritisierte die häufig vereinfacht dargestellte Form von Unterdrückung. Ihr Fokus lag auf den Strukturkategorien „race, class, und gender“ mit Ausgangspunkt der Unterdrückung. Die US-amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw erstellte Ende der 1980er Jahre die Metapher einer Straßenkreuzung (1991) in Hinblick auf die Verbildlichung des intersektionalen Ansatzes. Diese Metapher, gedacht als Straße, stellte Überschneidungen mehrerer Kategorien dar und fand in akademischen Kreisen sowie in politischen Bereichen rasch Anklang (vgl. Lutz/Vivar/Supik 2010:11ff zit. n. ebd.). Die Analyse von Machtverhältnissen und sozialer Ungleichheit stellt den Kontext von Intersektionalität dar (vgl. Walgenbach 2012 zit. n. ebd.). Ausgangspunkt ist hierbei, dass die Differenzkategorien wie „race, class, gender“ u.a. von der ungleichen Macht- und

Ressourcenverteilung bestimmt werden, die im hegemonialen Diskurs immer wieder reproduziert werden (vgl. Riegel 2010:68 zit. n. ebd.). Diesem intersektionalen Verständnis nach findet soziale Ungleichheit zwischen den konstituierenden Beziehungen zwischen Personen, die gesellschaftliche Standpunkte und Positionen einnehmen, sowie Institutionen statt (vgl. Ferree 2010:75 zit. n. ebd.). Den Ausgangspunkt jeder intersektionalen Analyse stellt ein differenzierter Diskriminierungsbegriff dar, der Diskriminierungen jeder Art (institutionell, strukturell, intentionale sowie direkt und indirekt) sowie Exklusionshandlungen sichtbar machen soll (vgl. Lutz/Vivar/Supik 2010:16 zit. n. ebd.).

Auch in der Gemeinwesenarbeit sollten Diskriminierung sowie Ungerechtigkeiten mit einer intersektionalen perspektivischen Brille betrachtet werden. Die Auseinandersetzung mit Kategorien wie Rasse, Geschlecht und Klasse ist wesentlich, um marginalisierte Gruppen vor einem gesellschaftlichen Ausschluss zu bewahren. Eine mögliche Aufgabe der Gemeinwesenarbeit könnte sein, Menschen mit dem Thema Diskriminierung zu konfrontieren, um sich mit Ungleichheiten in der Gesellschaft kritisch auseinanderzusetzen.

3.1.8 Unser Verständnis von Gemeinwesenarbeit

Es gibt keinen einheitlichen Begriff von Gemeinwesenarbeit, sondern es existiert eine Fülle von Ansätzen, Formen und Variationen, die sich auf unterschiedliche Kontexte fokussieren. Gemeinwesenarbeit kann institutionsbezogen, aufgabenbezogen, zielgruppenorientiert oder zielgruppenübergreifend sein. Über den Begriff und die Definition der Gemeinwesenarbeit scheinen sich Autor*innen in der Literatur oft nicht einig zu sein, da diese ein breites Spektrum an Erklärungen und Darstellungen aufweisen. Gemeinwesenarbeit wird zum einen in der Literatur als dritte sozialarbeiterische Methode dargestellt und zum anderen wird sie als ein Arbeitsprinzip gekennzeichnet. Gemeinwesenarbeit weist dabei eine Vielzahl an unterschiedlichen Formen, Ansätze und Darstellungen auf. Diese verschiedenen Ansätze verbindet allerdings, dass Gemeinwesenarbeit Begegnungsmöglichkeiten schafft und dadurch viele verschiedene Menschen und Gruppen in Kontakt kommen können, um sich gemeinsam zu stärken und zu befähigen, eigene Anliegen einzubringen und gemeinsame Interessen zu vertreten. Aufgrund unserer intensiven Auseinandersetzung mit Gemeinwesenarbeit während unseres Masterprojekts lautet unsere Definition von Gemeinwesenarbeit wie folgt:

*Wir gehen in der Masterarbeit davon aus, dass Gemeinwesenarbeit als ein Handlungsfeld der Sozialen Arbeit darauf abzielt, gemeinsam zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse in Bezug auf den Sozialraum beizutragen und die gesellschaftliche und politische Mitbestimmung von Bürger*innen zu stärken. Zudem hat Gemeinwesenarbeit das Ziel, das soziale Miteinander zu stärken, um einer voranschreitenden Spaltung der Gesellschaft und einer Entdemokratisierung entgegenzuwirken. Gemeinwesenarbeit ist prozessorientiert und hat das Ziel, dass Menschen am politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Leben teilhaben und dieses mitbestimmen können. Sie unterstützt und fördert mittels partizipativer Ansätze und kollektivem Empowerment die Selbstermächtigung sowie Selbstorganisation der Bürger*innen. Unserem Verständnis nach geschieht dies zielgruppenübergreifend für alle Menschen eines Sozialraums. Jede Person, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Behinderung etc. sollte die Möglichkeit zur Teilhabe und Selbstermächtigung haben. Zielgruppenspezifische Angebote sind jedoch ebenfalls notwendig, um möglichst viele Menschen erreichen zu können. Dank einer intersektionalen Perspektive, d.h. einem kritischen Blick auf das Ineinanderwirken von verschiedenen Differenzkategorien (z.B. Gender, Alter, ethnische Zugehörigkeiten, Körperlichkeiten), können ungleiche Teilhabemöglichkeiten von Bürger*innen aufgedeckt werden. Im Sinne ihrer ethischen Prinzipien setzt die Soziale Arbeit parteilich Interventionen gegen mögliche Ungleichheiten und Diskriminierungen im Sozialraum. Chancengleichheit, Demokratisierung und Abbau von Ungerechtigkeit sind unserem Verständnis nach Kernanliegen der Gemeinwesenarbeit. Vernetzung, Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Professionen sind in der Arbeit am Gemeinwesen wesentlich.*

In Österreich gibt es eine Vielzahl an gemeinwesenorientierten Projekten wie beispielsweise Lokale Agenda 21; Grazer Stadtteilarbeit: EggenLend & Nachbarschaftszentrum St. Peter oder Demokratie lebt von Beteiligung - Bürger*innenräte in Vorarlberg. Auf der Internetseite vom Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb) sind noch eine Vielzahl an Projekten angeführt, die sich heute noch aktiv mit Gemeinwesenarbeit beschäftigen. Seit bereits 40 Jahren existiert in Österreich die Werkstätte Gemeinwesenarbeit am bifeb und über 200 gemeinwesenorientierte Projekte wurden im Laufe der Zeit vorgestellt (vgl. bifeb: o.A.).

In der Geschichte der Gemeinwesenarbeit hat sich schon viel getan, jedoch sollte das Bestreben einer Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit weiterhin bestehen. Im nachfolgenden Kapitel 3.2 wird der Begriff Sozialraum näher erläutert.

.....

Literatur

Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Bundesinstitut für erwachsenen Bildung (o. A.): Projektbeschreibungen.
<https://www.bifeb.at/programm/eb-gesellschaft/gwa-tagung-projekte-2019/> [04.02.2020].

Conrad, Stephanie (2008): Zu Jane Addams (1860- 1935). Die Arbeit von Hull House im Kontext Sozialer Gemeinwesenarbeit. München: Grin.

Fehren, Oliver (2008): Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. 1. Auflage, Berlin: edition sigma.

Lüttringhaus, Maria (2011): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang/ Lüttringhaus, Maria/ Oelschlägel, Dieter (Hg. Innen): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven, 3. Auflage, Weinheim und München: Juventa, 277–281.

Lüttringhaus, Maria / Richers, Hille (2013): Die Methode der Aktivierenden Befragung. In: Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (Hg. Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 384-390.

Melinz, Gerhard (2000): Der Wohlfahrtsmix und „bürgerliches Engagement“. Eine historische Skizze. In: Roessler, Marianne/ Schnee, Renate/ Spitzzy, Christine/ Stoik, Christoph (Hg. Innen): Gemeinwesenarbeit und Bürgerliches Engagement. Eine Abgrenzung, Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 11–30.

Mohrlok, Marion / Neubauer, Michaela / Neubauer Rainer / Schönfelder Walter (2002): Let's organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich, 2. Auflage, Neu - Ulm: AG SPAK Bücher M 113.

Penta, Leo (2007): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg: edition Körber-Stiftung.

Punz, Judith (2015): Perspektiven intersektional orientierter Sozialer Arbeit. Dimensionen des Umgangs mit Differenzkonstruktion und Diskriminierung in der Praxis Sozialer Arbeit. Soziales Kapital, Fachhochschule St. Pölten.

Schönig, Werner (2012): Born to be wild? Aktuelle Varianten, Zielgruppen und Haltungen der Gemeinwesenarbeit. In: Blandow, Rolf/ Knabe, Judith/ Ottersbach, Markus (Hg. Innen): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und Zurück? Wiesbaden: Springer VS, 29-42.

Spitzzy, Christine (2000): Gemeinwesenarbeit- BürgerInnen arbeiten mit Profis. Theoretischer Ansatz. In: Roessler, Marianne/ Schnee, Renate/ Spitzzy, Christine/ Stoik, Christoph (Hg.

Innen): Gemeinwesenarbeit und Bürgerliches Engagement. Eine Abgrenzung, Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 31-44.

- Stock Lothar (2013): Professionelles Handeln in der Gemeinwesenarbeit. Die Sozialraumanalyse als Handlungsinstrument der Gemeinwesenarbeit. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 369-374.
- Stövesand, Sabine (2013): Community Organization als Soziale Aktion: Saul D. Alinsky und Co. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 48-52.
- Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 14-36.
- Troxler Ueli (2013): Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip: Boulet, Jaak / Krauss, Jürgen / Oelschlägel, Dieter. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit: Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden., Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 70-72.
- Troxler, Ueli (2013): Methoden der Großgruppenarbeit in der GWA. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 405-412.
-

3.2 Sozialraum

Kundrat Elena

In diesem Kapitel wird der Begriff des „Sozialraums“ zunächst definiert. Anschließend wird ein kurzer Überblick über dessen historische Entwicklung gegeben. Danach werden die wichtigsten theoretischen Grundlagen in diesem Kontext aufgezeigt und im nächsten Schritt einige qualitative Methoden sozialraumorientierten Handelns beispielhaft behandelt. Zuletzt erfolgt ein Fazit.

3.2.1 Begriffsdefinition

Der Begriff „Sozialraum“ wird in verschiedenen Fachdisziplinen verwendet und hat dementsprechend viele unterschiedliche Bedeutungen. Es gibt somit keine allgemeingültige Definition. Inzwischen herrscht in der Fachliteratur jedoch weitgehend Konsens darüber, dass ein Sozialraum nicht nur „ein sozialgeografisch begrenzter

Raum“ (zum Beispiel ein Stadtteil oder eine Region) ist, sondern auch „ein sozial konstruierter Raum“ bzw. „ein sozialer Mikrokosmos, in dem sich Entwicklungsprozesse manifestieren“ (Informationswebsite des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus 2019:o.A.). Der Sozialraum-Begriff wird demnach nicht auf den physischen Raum reduziert, sondern als ein von Menschen gestalteter Raum verstanden. Er entsteht durch Beziehungen (vgl. Früchtel 2013:1). Dieses Verständnis von Sozialraum teilt auch die vorliegende Arbeit.

„Sozialräume bestehen immer aus einer Doppelstruktur, die sich in zwei unterschiedliche, aber dennoch zusammenhängende Perspektiven aufteilen lässt“ (Deinet 2007:113). Sie bestehen einerseits aus der materiellen Struktur, die in sozialstrukturellen Daten abgebildet wird (zum Beispiel in Bezug auf die Wohnsituation, Familienstruktur, Bildungssituation, Häufigkeit der Nutzung von Angeboten und Ämtern, Identifizierung sozialer Brennpunkte, etc.). Andererseits gibt es auch die Perspektive der Bewohner*innen und Akteur*innen. Hier steht „die subjektive und qualitative Dimension von Sozialräumen“ im Vordergrund, die durch individuelle Bedeutungs- und Handlungszusammenhänge bzw. durch Lebenswelten deutlich wird (Spatschek 2009:o.A.).

Sozialräume sind „Denk-, Wahrnehmungs-, Erfahrungs-, Handlungs- und Verhaltensräume“, die stets mit verschiedenen Bedeutungen aufgeladen sind und durch die Wechselwirkung von Mensch und Raum entstehen (Bundesverband der Caritas Konferenzen Deutschland 2015:1). Menschen können diesen Raum somit beeinflussen und (weiter-)entwickeln. Für die Gestaltung des Sozialraums sind alle Menschen verantwortlich, die in ihm leben (vgl. Diakonie 2011:10). Es wird zwischen absichtlicher und unabsichtlicher Einflussnahme auf den Sozialraum unterschieden. Durch die bewusste Gestaltung von Sozialräumen kann die Teilhabemöglichkeit von Menschen gestärkt werden (vgl. ebd.:11).

An dieser Stelle ist auch der Begriff der „Sozialraumorientierung“ näher zu bestimmen. Diesbezüglich ist zunächst anzumerken, dass es in der deutschsprachigen Fachliteratur oftmals keine einheitliche Abgrenzung der beiden Begriffe „Sozialraumorientierung“ und „Gemeinwesenarbeit“ gibt. Sozialraumorientierung zielt laut Hinte und Treeß auf die bewusste Gestaltung sozialer Räume und damit auf eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen ab (vgl. Hinte/Treeß 2014:30). Andere Begriffsbezeichnungen für Sozialraumorientierung sind unter anderem auch Sozialraumarbeit, sozialraumorientierte Soziale Arbeit oder sozialraumsensible Soziale

Arbeit. Der Begriff der Sozialraumorientierung ist ähnlich komplex wie jener des Sozialraums. Er wird je nach Theorie- und Entstehungskontext sehr unterschiedlich verstanden. Die vorliegende Arbeit folgt der Begriffsdefinition von Kessl und Maurer (2005:111), welche Sozialraumorientierung als „einen übergreifenden Bezugspunkt für die allgemeine Theoriebildung und das fachliche Handeln der Sozialen Arbeit“ definieren. Sozialraumorientierung bezeichnet demnach also sowohl eine konzeptionelle Ausrichtung der Sozialen Arbeit, als auch einen transdisziplinären Ansatz (vgl. Hinte/Treeß 2014:30).

3.2.2 Historische Entwicklung

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die historische Entwicklung des Sozialraum-Begriffs gegeben.

Der Begriff „Sozialraum“ hat seinen Ursprung sowohl in der Pädagogik als auch in der Soziologie. Erste Überlegungen zum Zusammenhang von Gesellschaft und Raum gehen unter anderem auf frühe Aufklärungspädagog*innen des 18. Jahrhunderts wie Jean-Jaques Rousseau und Johann Heinrich Pestalozzi zurück (vgl. Kessl/Reutlinger 2007:8). Rousseau kritisierte in seinem berühmten Werk „Emile“ zum Beispiel die „verderblichen“ Einflüsse der Gesellschaft im städtischen Raum auf die kindliche Entwicklung und betrachtete die Provinz als einen förderlicheren Raum für diese (vgl. ebd.:8). Auch Pestalozzi beschrieb in seinem Werk „Über den Bauern“ die positiven und negativen Einflüsse bestimmter Räume für die Entwicklung der Bewohner*innen (vgl. ebd.:8).

Der Begriff „Sozialraum“ etablierte sich im 20. Jahrhundert als theoretisches Konzept in der Soziologie, dessen Basis klassische soziologische Texte bildeten, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts veröffentlicht wurden (zum Beispiel „Schriften zur Soziologie der Erkenntnis“ von Emile Durkheim und „Die Großstädte und das Geistesleben“ von Georg Simmel - beide Werke aus dem Jahr 1903), sowie spätere Werke französischer Autor*innen der 1970er, die sich mit der gesellschaftlichen Produktion des Raums befassten (zum Beispiel „Einführung in die Siedlungssoziologie“ von Hamm oder „Production de l'espace“ von Henri Lefebvre - beide Werke aus dem Jahr 1974) (vgl. Kessl/Reutlinger 2019:4-6).

Der Raumbegriff wurde zwischenzeitlich auch durch den Nationalsozialismus missbraucht (vgl. Löw 2011:11). Es gab hiermit verbunden viele Jahre lang nur wenig

Literatur, die sich mit dem Verhältnis von Gesellschaft und Raum befasste. Erst Ende der 1990er waren Räume wieder verstärkt Thema in der Soziologie (zum Beispiel in dem Werk „Essay über den Raum“ von Läßle aus dem Jahr 1991, „Raumsoziologie“ von Martina Löw aus dem Jahr 2001 oder „Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum“ von Pierre Bourdieu aus dem Jahr 1991) und anderen Disziplinen wie beispielsweise der Sozialen Arbeit (vgl. Kessl/Reutlinger 2019:4-6). Weil der Raumbegriff in immer mehr Disziplinen Einzug fand, wurde er auch zunehmend komplex. Bei den aktuellen Diskurslinien ist folglich von einer interdisziplinären Raumdebatte zu sprechen.

Die Sozialraumorientierung geht auf die Gemeinwesenarbeit zurück, die in den USA entstand und ist als Weiterentwicklung von dieser zu betrachten. Bei GWA liegt der Fokus auf „strukturellen Ursachen individuell erlebter und erlittener Probleme“ (Früchtel 2013:4). Sie „versucht die Ursachen für Probleme, die in Klienten hineindiagnostiziert werden, auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückzuführen und diese zusammen mit den Betroffenen zu verändern“ (ebd.:4). In den 1980ern entwickelte das „Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung“ (ISSAB) das Konzept der „Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit“. Bisherige Erkenntnisse und Methoden wurden aus der GWA übernommen und ergänzt. Aus dem Begriff der Stadtteilorientierung wurde der heutige Begriff der Sozialraumorientierung (vgl. Hinte/Treeß 2007:29-34). Die GWA kann somit als eine theoretische Wurzel der Sozialraumorientierung angesehen werden (vgl. Früchtel 2013:4). Im Gegensatz zu der GWA, bei welcher der Fokus auf der Bürger*innenbewegung liegt, steht bei der Sozialraumorientierung die Disziplin der Sozialen Arbeit stärker im Vordergrund.

3.2.3 Theoretische Grundlagen

Die theoretischen Grundlagen des heutigen Sozialraum-Begriffs bilden insbesondere verschiedene soziologische Klassiker aus dem 20. und 21. Jahrhundert, aber auch modernere sozialarbeitswissenschaftliche Werke. Nachfolgend werden einige für die aktuelle Sozialraumdebatte besonders relevante(n) Autor*innen sowie deren Werke genannt und näher beschrieben.

In Bezug auf die für die aktuelle Sozialraum-Debatte relevantesten soziologischen Klassiker aus dem 20. und 21. Jahrhundert ist zunächst der französische Philosoph und Soziologe Henri Lefebvre und sein Werk „Die Produktion des Raums“ (1974) zu nennen, welches von dem Raum und den damit verbundenen Produktionsbedingungen handelt

(vgl. Dlabaja 2013:30). Seine Arbeit bildet eine wichtige Grundlage für zahlreiche weitere Arbeiten in diesem Kontext. Er spricht auch explizit von einem „Sozialraum“. Für Lefebvre macht die Auseinandersetzung mit dem physischen Raum losgelöst vom Sozialraum keinen Sinn, da fast alle Räume Sozialräume sind. Er ist zudem der Erste, der erwähnt, dass gesellschaftliche Räume vom Menschen produziert werden (vgl. Dlabaja 2013:30).

Auch Martina Löw (2001) ist an dieser Stelle zu erwähnen, der mit ihrer Schrift „Raumsoziologie“ nicht nur eine Aufarbeitung vorangegangener soziologischer Raumthesen und Theorien gelang, sondern sie begründete damit gleichzeitig auch eine neue Raumtheorie, welche die Wechselwirkung von Raum und sozialem Handeln miteinbezieht (vgl. Löw 2001:13). Das Werk wird in etwa zehn Jahre nach seinem Erscheinen im deutschsprachigen Raum zu einem Klassiker der Sozial- und Planungswissenschaften. Löw betrachtet Menschen darin als Raumproduzent*innen, die Räume aktiv konstituieren. Sie definiert Sozialräume als „relationale Anordnungen von Lebewesen und sozialen Gütern und Strukturen an bestimmten Orten, die dynamisch und interaktiv veränderbar sind“ (ebd.:271). Alle Räume sind in Löws Definition als soziale Räume zu verstehen. Löw geht auch davon aus, dass nur Akteur*innen, die über bestimmte Ressourcen verfügen, Räume nachhaltig konstituieren können. Ohne die notwendigen Ressourcen können sich Menschen Räume in Form von Nutzungen zwar aneignen, aber sie haben nicht die Möglichkeit, diese Räume zu gestalten oder zu erwerben (vgl. Löw 2001:271).

Ein weiterer Autor, dessen Werk die Sozialraumdebatte bis heute beeinflusst, ist der französische Soziologe Pierre Bourdieu (1991), der davon ausging, dass je nachdem über welche Ressourcen bzw. welches Kapital Menschen verfügen, sie eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle im sozialen Raum einnehmen (vgl. Stoik 2008:2). Er unterscheidet dabei „zwischen ökonomischem Kapital (Geld, Eigentum, etc.), kulturellem (Bildung und Erfahrung), sozialem (Beziehungen, die Zugang zu Ressourcen verschaffen bzw. Netzwerke) und symbolischem Kapital (Prestige, Kleidung, etc.)“ (ebd.:2). Die Kapitalverteilung gibt folglich Auskunft über die soziale Ungleichheit im sozialen Raum und über die Möglichkeit, Raum zu gestalten. Dabei wird deutlich, dass der soziale Raum und damit auch der physische Raum nur begrenzt gestaltbar sind. Je nachdem wie das Kapital verteilt ist, verfügen Menschen über mehr oder weniger Handlungsmöglichkeiten oder sind dabei eingeschränkt (vgl. ebd.:2). Bourdieu betont, dass die Möglichkeiten, Räume zu konstituieren und sich anzueignen, nicht gerecht

verteilt sind. In einer hierarchischen Gesellschaft gibt es ihm zufolge keinen Raum, der nicht hierarchisiert ist (vgl. Bourdieu 1991:26).

Es werden nun auch einige für die aktuelle Sozialraumdebatte wichtige, modernere sozialarbeitswissenschaftliche Grundlagen beispielhaft beschrieben.

Ein wichtiger sozialarbeitswissenschaftlicher Beitrag in diesem Kontext ist das Werk „Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe“ von Wolfgang Hinte und Helga Treeß (2006). Diese Arbeit beinhaltet eine Zusammenfassung theoretischer Grundlagen von Sozialraumorientierung, stellt das Konzept in seinen Handlungsprinzipien vor und gibt Praxisbeispiele (vgl. Haselbacher 2008:o.A.). Hinte beschreibt darin unter anderem die fünf Prinzipien sozialraumorientierter Arbeit basierend auf humanistisch erziehungskritischen und gemeinwesenarbeiterischen Theorien, welche nachfolgend kurz behandelt werden (vgl. Haselbacher 2008:o.A.):

1. Orientierung an Interessen und am Willen

Der Ausgangspunkt sind immer der Wille bzw. die Interessen des Menschen. Der Mensch wird somit nicht als Objekt sozialarbeiterischen Handelns, sondern als ein selbstaktives Subjekt betrachtet.

2. Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe

Aktivierende Arbeit wird betreuender Arbeit vorgezogen.

3. Konzentration auf die Ressourcen der Menschen und des Sozialraums

Bei der Gestaltung einer Hilfe spielen personale und sozialräumliche Ressourcen eine wichtige Rolle. Es wird folglich von einem ressourcenorientierten Blick ausgegangen, bei welchem zwischen den Ressourcen der Menschen selbst und denen des Sozialraums unterschieden wird.

4. Zielgruppen- und bereichsübergreifende Sichtweise

Alle Aktivitäten sind immer zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt.

5. Kooperation und Vernetzung

Die Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Dienste ist von großer Bedeutung (vgl. ebd.:o.A.).

Diese fünf Prinzipien sozialraumorientierter Arbeit decken sich weitgehend mit den Prinzipien der GWA, teilweise handelt es sich hierbei jedoch auch um eine Weiterentwicklung.

Ein weiteres Werk ist „Jenseits vom Fall. Von Sinn und Wirkung fallunspezifischer und fallübergreifender, sozialraumorientierter Sozialer Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe“ von den Autor*innen Roland Fürst, Edith Sandner-Koller und Vincent Richardt (2018). Sie identifizieren darin drei Arbeitsschwerpunkte sozialraumorientierter Sozialer Arbeit, welche in der aktuellen Sozialraumdebatte häufig thematisiert werden (vgl. Fürst/Sandner-Koller/Richardt 2018:88-89). Die folgenden drei Arbeitsweisen gehören zusammen und deren Kombination ist sozialräumliches Arbeiten (vgl. Diakonie 2011:20):

1. Fallspezifische Arbeit

Fallarbeit ist die klassische Arbeit von „Angesicht zu Angesicht“ (Diakonie 2011:20). Hier steht die Interaktion mit den Klient*innen im Vordergrund (vgl. Fürst/Sandner-Koller/Richardt 2018:88).

2. Fallübergreifende Arbeit

Fallübergreifende Arbeit umfasst alle Aufgaben, die mit dem Einzelfall zu tun haben, aber keinen persönlichen Kontakt mit den Betroffenen verlangen. Es geht um das nähere soziale Umfeld und darum, sozialräumliche Ressourcen zu mobilisieren und zu koordinieren (vgl. Diakonie 2011:20). Kooperation und Vernetzung mit anderen Fachkräften, aber auch mit Ehrenamtlichen sind hierbei besonders wichtig (vgl. Fürst/Sandner-Koller/Richardt 2018:88).

3. Einzelfallunspezifische bzw. fallunabhängige Arbeit

Fallunabhängige bzw. einzelfallunspezifische Arbeit ist eine „sozialräumlich orientierte Netzwerk- und Strukturarbeit“ (ebd.:89). Sie umfasst jene Aufgaben, die allgemein für den Sozialraum relevant sind und dann positive Auswirkungen auf jede Person im sozialen Raum haben (vgl. ebd.:89).

Innerhalb der Sozialraumdebatte finden sich in der Fachliteratur verschiedene Systematisierungen. Charakteristisch ist immer die Verbindung unterschiedlicher Handlungskonzepte der Sozialen Arbeit. In diesem Zusammenhang ist der mehrdimensionale Arbeitsansatz, das sogenannte SONI-Schema der Sozialraumorientierung, von Frank Früchtel, Gudrun Cyprian und Wolfgang Budde

(2007) zu nennen. Es ist ein Konzept aus der Disziplin der Sozialen Arbeit. Es werden darin vier Handlungsfelder des Sozialraums genannt:

1. Sozialstruktur

Die Sozialstruktur wird als „Thematisierungsebene struktureller Ursachen von Problemen und Ungleichheiten“ wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit im Stadtteil verstanden (Diakonie 2011:13). Bezug ist hier die Kommunalpolitik und Ziele sind die Aktivierung und Einmischung bzw. die Erschließung politischer und ethischer Ressourcen statt der Individualisierung sozialer Probleme (vgl. ebd.).

2. Organisationen

Die Organisationen sind „der organisatorische, rechtliche, wirtschaftliche und fachliche Rahmen“ des Sozialraums (ebd.). Sie stellen das Hilfesystem dar und umfassen beispielsweise Jugendhilfeeinrichtungen und Pflegedienste in einem Sozialraum. Die ansässigen Organisationen spielen eine wichtige Rolle in „der Definition der Chancen, Möglichkeiten oder Barrieren eines Sozialraumes“ (Deinet/Krisch 2002:88). Ziel ist die Erschließung institutioneller Ressourcen.

3. Netzwerke

Die Netzwerke sind „vorhandene und herstellbare Beziehungen des Austausches, der Kooperation und des Vertrauens“, sie beinhalten zum Beispiel die Zusammenarbeit von Mitarbeiter*Innen verschiedener Einrichtungen in einem Sozialraum (Diakonie 2011:13). Ziel ist die Erschließung sozialer Ressourcen und Bezug ist das Gemeinwesen (vgl. ebd.:13).

4. Individuen

Das Individuum hat im Sozialraum die Rolle des „Interessen-, Ressourcen- und Nachfrageträgers“ (ebd.). Jeder Mensch hat eine individuelle Lebenswelt, die hier von Bedeutung ist. Ziele sind die Erschließung individueller Ressourcen und die Arbeit mit dem Willen (vgl. Lebenshilfe 2015:3).

In Bezug auf aktuelle Diskurse in diesem Kontext lässt sich im letzten Jahrzehnt auch immer öfter die Thematisierung des öffentlichen Raumes in Verbindung mit einer Sicherheitsdebatte beobachten (vgl. AG Sozialer Raum der OGSA 2016:6). Die im Zuge dieser Debatte oftmals geforderten „Sicherheits- und ordnungspolitischen Maßnahmen“ zielen primär auf eine „Verhaltensnormierung und Ausgrenzung von Menschen in

öffentlichen Räumen, die von Armut und Notlagen betroffen sind“ ab und sind daher sehr kritisch zu betrachten (AG Sozialer Raum der OGSA 2016:6).

„Über diese Koppelung von Sozialer Ausgrenzung mit Kriminalität werden in öffentlichen Räumen Sicherheitsprobleme konstruiert, eine Akzeptanz des Strafens produziert, die mittels sogenannter ‚kriminalpräventiver‘ Maßnahmen zur Verdrängung, Vertreibung und Kriminalisierung vieler Adressat_innen Sozialer Arbeit führt“ (AG Sozialer Raum der OGSA 2016:6-7)

Auf diese Weise werden ausschließlich die Symptome sozialer Konflikte bearbeitet, nicht aber „gesellschaftliche Ursachen, wirtschaftliche und soziale Lebensbedingungen sowie damit zusammenhängende Verunsicherungen“ (AG Sozialer Raum der OGSA 2016:7). Eine klare Positionierung der Sozialen Arbeit gegen diese „Sicherheits- und ordnungspolitischen Maßnahmen“ ist folglich von großer Bedeutung.

Es wird an dieser Stelle angemerkt, dass es im Rahmen dieses Kapitels noch zahlreiche weitere nennenswerte Autor*innen, Werke, Theorien und Diskurse gäbe, jedoch würde dies den Umfang der vorliegenden Arbeit sprengen, weshalb beispielhaft nur einige wenige für die aktuelle Sozialraumdebatte besonders relevante(n) genannt wurden.

3.2.4 Methoden

Es gibt zahlreiche qualitative Methoden sozialraumorientierten Arbeitens. Nachfolgend werden einige von jenen näher beschrieben, die häufig in der Sozialen Arbeit angewendet werden. Das Ziel der ausgewählten Methoden ist es, Verständnis dafür zu entwickeln, inwiefern die Lebenswelten von Menschen in engem Bezug zu ihrem Sozialraum stehen und welche Sinnzusammenhänge, Freiräume oder auch Barrieren die Menschen in ihren Sozialräumen erkennen (vgl. Deinet/Krisch 2002:87). Im Fokus stehen hierbei folglich die „lebensweltlichen Deutungen, Interpretationen und Handlungen [...] im Prozess ihrer Aneignung von Räumen“ (ebd.:87). Es handelt sich bei den ausgewählten Methoden vor allem um strukturierte Formen der Befragung und der teilnehmenden Beobachtung (vgl. ebd.:88). Um die Ergebnisse hinterher verwerten zu können, sind bei den Methoden eine Ergebnissicherung (zum Beispiel in Form einer Aufnahme und eines Gedächtnisprotokolls) und eine anschließende Auswertung zentral (vgl. ebd.:87). Es soll an dieser Stelle auch noch angemerkt werden, dass die Durchführung der nachfolgend beschriebenen Methoden gewisse personelle und zeitliche Ressourcen voraussetzt.

In diesem Kontext ist zunächst die Nadelmethode zu nennen, die als Einstieg in die Sozialraumerkundung gut geeignet ist. Sie ist ein „Verfahren zur Visualisierung von bestimmten Orten“, das einfach angewendet werden kann und schnell zu Ergebnissen führt (ebd.:99). Relevante Aspekte eines Sozialraums entsprechend einer Ausgangsfragestellung (zum Beispiel Treffpunkte, Plätze oder Standorte von Personen, Gruppen oder Einrichtungen) werden bei dieser Methode von Menschen, die mit dem jeweiligen Sozialraum vertraut sind, auf einer Landkarte mit Nadeln markiert. Beziehungen zwischen den Nadeln können später mit Fäden dargestellt werden (vgl. Bundesverband der Caritas Konferenzen Deutschland 2015:5). Werden entsprechend bestimmter Kriterien (wie zum Beispiel Alter oder Geschlecht) Nadeln in unterschiedlichen Farben verwendet, sind nach dem Abschluss des Projekts differenziertere Aussagen möglich (zum Beispiel über von Mädchen präferierte Orte) (vgl. Deinet/Krisch 2002:99). Ziele des Nadelprojekts können sein, Erkenntnisse über den Sozialraum zu erhalten oder Diskussionen anzustoßen (vgl. ebd.:99).

Als eine weitere Methode ist die strukturierte Sozialraumbegehung zu nennen, die ein zwei-stufiges Beobachtungs- bzw. Befragungsverfahren ist. Hierbei werden zunächst Auffälligkeiten, Stimmungen, Orte und Bemerkenswertes in einem vorstrukturierten Beobachterbogen festgehalten. Man kann seine Aufmerksamkeit aber auch auf Dinge oder Menschen lenken. Anschließend begeht eine möglichst heterogene Gruppe von Interessent*innen gemeinsam den Sozialraum und nimmt dabei eine Beobachterrolle bzw. einen „ethnographischen Blick“ ein (Bundesverband der Caritas Konferenzen Deutschland 2015:5). Zuvor werden eine Fragestellung und eine Tour ausgewählt. Die Ergebnisse werden anschließend besprochen, visualisiert und bewertet. Diese Methode ist zwar ein (zeit-)aufwendiges Verfahren, führt aber in der Praxis zum Erwerb eines präzisen sozialräumlichen Verständnisses (vgl. ebd.:6).

Das animative Verfahren der Autofotografie und der subjektiven Landkarte ist eine Methode, die eine eindeutig subjektive Sichtweise ermöglicht. Sie knüpft direkt an die Person an. Der subjektiv erlebte Sozialraum wird dabei aufgezeichnet, gemalt, fotografiert, gestaltet oder mit Figuren gestellt. Dabei wird ein Fixpunkt bzw. eine Themenstellung als Ausgangspunkt festgelegt. Die Ergebnisse werden anschließend diskutiert, interpretiert, bewertet und resümiert (vgl. ebd.:6). Dadurch entsteht eine Sammlung von Eindrücken, was die Menschen selbst in ihrem Sozialraum wichtig finden und wie sie bestimmte Orte und Räume bewerten (vgl. ebd.:6).

Der Blick auf Armutslagen ist eine Methode, die versucht „Armut im Sozialraum zu entdecken und zu beschreiben“ (ebd.:6). Mit dem Blick auf Armutslagen wird der Sozialraum begangen. Es ist von Vorteil, wenn dies gemeinsam mit Expert*innen aus unterschiedlichen Bereichen erfolgt (unter anderem auch mit Expert*innen aus der Sozialen Arbeit und GWA). Mit Hilfe der vorbereiteten Interviewleitfragen oder Fragebögen werden Daten erfasst und die Ergebnisse anschließend diskutiert, bewertet und resümiert (vgl. ebd.:6).

Eine Sozialraumbegehung ist zum Beispiel sinnvoll, um Angst- und Dunkelmräume, Treffpunkte, Ressourcen oder Barrieren eines Sozialraums zu identifizieren. Die Ergebnisse werden auch bei dieser Methode im Nachhinein analysiert (vgl. ebd.:6).

Beim Expert*inneninterview werden mit einem Aufnahmegerät und Interviewleitfaden Menschen an ausgewählten Orten als Expert*innen ihrer eigenen Angelegenheiten interviewt (vgl. ebd.:7).

Die Ergebnisse der vorgestellten Methoden können eventuell auch weiter aufbereitet und öffentlich präsentiert werden. Auf diese Weise können weitere Menschen miteinbezogen werden (vgl. ebd.:7).

Es lässt sich abschließend zusammenfassen, dass es sehr viele qualitative Methoden sozialraumorientierten Arbeitens gibt. Bei diesen handelt es sich überwiegend um strukturierte Formen der Befragung und der teilnehmenden Beobachtung. In der Sozialen Arbeit werden diese Methoden insbesondere mit dem Ziel angewendet, Verständnis dafür zu entwickeln, wie die Lebenswelten von Menschen in Bezug zu ihrem Sozialraum stehen. Der Fokus des Erkenntnisinteresses richtet sich folglich auf die lebensweltlichen Deutungen, Interpretationen und Handlungen (vgl. Deinet/Krisch 2002:87).

3.2.5 Resümee

Der Begriff des Sozialraums ist interdisziplinär und hat dementsprechend viele unterschiedliche Bedeutungen. Ein Sozialraum ist im modernen Verständnis nicht nur „ein sozialgeografisch begrenzter Raum“, sondern auch „ein sozial konstruierter“, also ein von Menschen gestalteter Raum (Informationswebsite des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus 2019:o.A.). Er lässt sich immer in „zwei verschiedene, aber dennoch zusammenhängende Perspektiven aufteilen“. Einerseits gibt es die

materielle Struktur des Sozialraums, die in sozialstrukturellen Daten abgebildet wird (Wohnsituation, Bildungssituation, etc.), andererseits gibt es auch die Perspektive der Bewohner*innen und Akteur*innen (Deinet 2007:113). Der Sozialraum entsteht durch die „Wechselwirkung von Raum und Mensch“ (Bundesverband der Caritas Konferenzen Deutschland 2015:1). Für die Gestaltung des Sozialraums sind folglich alle Menschen verantwortlich, die in ihm leben (vgl. Diakonie 2011:10). Eine Einflussnahme auf den Sozialraum kann unabsichtlich und absichtlich sein. Durch die bewusste Gestaltung des Sozialraums kann die Teilhabemöglichkeit von Menschen gestärkt werden (vgl. Diakonie 2011:11). Diese bewusste Gestaltung des Sozialraums zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen wird unter dem Begriff Sozialraumorientierung zusammengefasst. Andere Bezeichnungen hierfür sind auch Sozialraumarbeit, sozialraumorientierte Soziale Arbeit oder sozialraumsensible Soziale Arbeit (vgl. Hinte/Treeß 2014:30). Die Sozialraumorientierung geht auf die Gemeinwesenarbeit zurück, die in den USA entstand und ist als Weiterentwicklung von dieser zu betrachten. In der Fachliteratur gibt es jedoch oftmals keine klare Abgrenzung zwischen den Begriffen „Sozialraumorientierung“ und „Gemeinwesenarbeit“.

Der Begriff „Sozialraum“ hat seinen Ursprung sowohl in der Pädagogik als auch in der Soziologie. Erste Überlegungen zum Zusammenhang von Gesellschaft und Raum gehen unter anderem auf frühe Aufklärungspädagog*innen des 18. Jahrhunderts wie Jean-Jaques Rousseau und Johann Heinrich Pestalozzi zurück (vgl. Kessl/Reutlinger 2007:8). Der Begriff „Sozialraum“ etablierte sich dann im 20. Jahrhundert als theoretisches Konzept in der Soziologie, dessen Basis klassische soziologische Texte dieser Zeit bildeten. Der Raumbegriff wurde zwischenzeitlich durch den Nationalsozialismus missbraucht. Damit verbunden gab es viele Jahre lang nur wenig Fachliteratur, die sich mit dem Verhältnis von Gesellschaft und Raum befasste. Erst Ende der 1990er waren Räume wieder verstärkt Thema in der Soziologie und anderen Disziplinen wie beispielsweise der Sozialen Arbeit (vgl. Löw 2011:11). Weil der Raumbegriff in immer mehr Disziplinen Einzug fand, wurde er auch zunehmend komplex.

Theoretische Grundlagen des heutigen Sozialraum-Begriffs bilden neben verschiedenen soziologischen Klassikern aus dem 20. und 21. Jahrhundert (wie zum Beispiel Henri Lefebvres „Produktion des Raums“, Martina Löws „Raumsoziologie“ oder Bourdieus „Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum“) auch modernere Arbeiten aus der Sozialen Arbeit (zum Beispiel Frank Fürsts, Gudrun Cyprian und Wolfgang Buddes „Sozialer Raum und Soziale Arbeit“ oder Wolfgang Hintes und Helga Treeß

Werk „Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe“). Welche theoretischen Grundlagen im Fokus stehen, ist wiederum von der jeweiligen Disziplin abhängig.

Es gibt sehr viele qualitative Methoden sozialraumorientierten Arbeitens (beispielsweise die Nadel-Methode, die Sozialraumbegehung, Autografie und Expert*inneninterview). Es handelt sich bei diesen vor allem um strukturierte Formen der Befragung und der teilnehmenden Beobachtung. Was die genannten Methoden gemeinsam haben, ist ihr Ziel, Verständnis dafür zu entwickeln, wie die Lebenswelten von Menschen in engem Bezug zu ihrem konkreten Sozialraum stehen. Der Fokus des Erkenntnisinteresses richtet sich folglich auf „die lebensweltlichen Deutungen, Interpretationen und Handlungen“ (Deinet/Krisch 2002:87).

.....

Literatur

- AG Sozialer Raum der OGSA (2016): Soziale Arbeit und öffentlicher Raum in der Stadt. https://www.ogsa.at/wp-content/uploads/2017/09/OGSA-AGSozialerRaum_Positionspapier2016.pdf, [03.03.2020].
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt am Main: Campus, 25-34.
- Bundesverband der Caritas Konferenzen Deutschland (2015): Menschen besuchen und begleiten. Sozialraumorientierung. Ergebnisse eines Workshops am 14.11.2015. „Soziale Räume entdecken, beschreiben, mitgestalten“. <http://www.ckd-rs.de/downloads/sozialraumorientierung2.pdf>, [10.01.2019].
- Bundesvereinigung Lebenshilfe (Hg.) (2015): Teilhabe durch Arbeit. Ergänzbare Handbuch. https://www.un-konventionell.info/fileadmin/dokumente/offen/handbuecher/Text_Eichner_Teilhabe_durch_Arbeit.pdf, [20.11.2019].
- Deinet, Ulrich (2007): Sozialräumliche Konzeptentwicklung und Kooperation im Stadtteil. In: Sturzenhecker, Benedikt/Deinet, Ulrich (Hg.): Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag, 111-137.
- Deinet, Ulrich / Krisch, Richard (2002): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Opladen: Verlag Leske und Budrich, 87-154. http://www.spinnenwerk.de/glienicke-sro/krisch_deinet_methoden.pdf, [10.01.2019].
- Diakonie (2011): Vortrag Sozialraum 30.03.2011. http://inklusion-sh.eu/uploads/media/Vortrag_Sozialraum_von_Peter_Petersen.pdf, [10.01.2019].
- Dlabaja, Cornelia (2013): Urbane Raumproduktion. Eine Analyse des Wandels von Stadträumen am Beispiel des Wiener Brunnenviertels. http://othes.univie.ac.at/28897/1/2013-07-01_0208925.pdf, [10.01.2019].

- Früchtel, Frank (2013): Sozialraumorientierung und Netzwerk. Vortrag beim 4. Fachforum „Fachkompetenz in Unterstützter Beschäftigung am 26. und 27. Juni 2013 in Bad Honnef <http://docplayer.org/40263961-Vortrag-beim-4-fachforum-fachkompetenz-in-unterstuetzter-beschaeftigung-am-26-und-27-juni-2013-in-bad-honnef-sozialraumorientierung-und-netzwerk.html>, [10.01.2019].
- Früchtel, Frank / Cyprian, Gudrun/Budde, Wolfgang (2007): Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fürst, Roland / Sandner-Koller, Edith/Richardt, Vincent (2018): Jenseits vom Fall. Von Sinn und Wirkung fallunspezifischer und fallübergreifender sozialraumorientierter Sozialer Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe. <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/557/1010.pdf>, [10.01.2019].
- Haselbacher, Christine (2008): Rezension vom 26.05.2008 zu: Hinte, Wolfgang/Treeß, Helga (Hg.): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik. Weinheim: Juventa Verlag. <https://www.socialnet.de/rezensionen/4379.php>, [20.11.2019].
- Hinte, Wolfgang / Treeß, Helga (2006): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik. Weinheim: Juventa Verlag.
- Informationswebsite des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2019): Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa. Sozialraum und Sozialraumanalyse. www.partizipation.at/sozialraum.html, [10.01.2019].
- Kessler, Fabian/Maurer, Susanne (2005): Soziale Arbeit. In: Kessler, Fabian/ Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/ Frey, Oliver (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 111-128.
- Kessler, Fabian / Reutlinger, Christian (Hg.) (2019): Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.) (2007): Sozialraum. Eine Einführung, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Stoik, Christoph (2008): Sozialraumorientierung als theoretische Grundlegung der Sozialen Arbeit. http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/sioe_2_08_stoik2008.pdf, [10.01.2019].
- Spatschek, Christian (2009): Theorie- und Methodendiskussion. In: sozialraum.de. Ausgabe 1/2009. <https://www.sozialraum.de/spatscheck-theorie-und-methodendiskussion.php>, [20.01.2019].
-

3.3 Partizipation

Fichtinger Sophie

Partizipation. Ein Begriff, der heutzutage scheinbar in aller Munde ist und „von Vielen für Unterschiedliches verwendet wurde und wird“ (Scheu/Autrata 2013:35). Wie ist es dazu gekommen, dass Partizipation zu einem zentralen Begriff in Diskursen Sozialer Arbeit geworden ist? Was kann unter dem Begriff überhaupt verstanden werden? Welche Ziele und Interessen können hinter der Initiierung partizipativer Prozesse stehen? Wer profitiert davon? Welche Gefahren und Herausforderungen verhindern oder erschweren erfolgreiche Beteiligung und wie kann diesen begegnet werden?

Fragen wie diesen wird im Folgenden nachgegangen. Nicht als Selbstzweck, sondern weil Partizipation in vielfacher Hinsicht einen Grundbaustein dieses Masterprojektes darstellt. Wir haben als Projektgruppe einerseits an Entscheidungsprozessen, die unsere Masterarbeit betreffen, partizipiert (vgl. Kapitel 2.1), und andererseits versucht, die Forschungsergebnisse möglichst in Form einer partizipativen Aktionsforschung zu generieren (vgl. Kapitel 2.2). Darüber hinaus soll die Bedeutung von Partizipation und Selbstorganisation (als Sonderform von Partizipation) für die Zukunft sozialarbeiterischer – insbesondere gemeinwesenorientierter – Praxis hervorgehoben und gestärkt werden. Es war uns ein Anliegen, den Begriff „Partizipation“ dabei nicht zu einem „inhaltsleeren Modewort“ (Frey 2011:37) verkommen zu lassen, sondern ihn mit Bedeutung zu füllen und zu reflektieren. Vorliegendes Kapitel soll also als theoretische Reflexionsgrundlage über die komplexen Facetten eines scheinbar simplen Wortes dienen.

3.3.1 Partizipation im Wandel der Zeit

Etymologisch leitet sich der Begriff „Partizipation“ vom lateinischen „participatio“ ab, welches sich wiederum aus dem Nomen „pars“ (Teil) und dem Verb „capere“ (fangen, sich aneignen, nehmen) zusammensetzt und mit Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitbestimmung etc. übersetzt werden kann. Auch im wissenschaftlichen Diskurs werden diese Wörter oft als Synonyme verwendet und meist nicht klar voneinander abgetrennt. Historisch hat das Schlagwort „Partizipation“ in den 1970er-Jahren einen starken Aufschwung erlebt, d.h. es gelangte ins Zentrum der Aufmerksamkeit nicht nur im öffentlichen Diskurs, sondern auch in den Politik-, Sozial- und Erziehungswissenschaften (vgl. Scheu/Autrata 2013:11).

Gesamtgesellschaftlichen Hintergrund für die „Konjunktur“ des Partizipationsbegriffes stellen die ab Mitte/Ende der 1960er-Jahre - insbesondere jedoch in den 1970er-

Jahren - stattfindenden sozialen und politischen Bewegungen (Frauenrechtsbewegung, Umwelt- und Friedensbewegung, Studierendenbewegung) mit ihren Forderungen nach mehr demokratischem Mitspracherecht dar (vgl. Scheu/Autrata 2013:116; Wagner 2017:43).

Als Verbindung der drei genannten Wissenschaften hat sich schließlich Anfang des 21. Jahrhunderts Partizipationsforschung als eigener Forschungszweig etabliert (vgl. Scheu/Autrata 2013:14). Die frühen (US-amerikanischen) Partizipationsstudien widmeten sich in erster Linie Fragen nach Wahlbeteiligung, Aktivitäten in Wahlkampagnen und Meinungsbildungsprozessen. Dabei war Partizipation quasi gleichbedeutend mit Wahlteilnahme und Wahlentscheidung (vgl. Scheu/Autrata 2013:24). Dies zog Debatten um das Wesen politischer Partizipation nach sich. Fragen nach der Distinktion zwischen allgemeiner sozialer und politischer Aktivität sowie der Zukunft politischer Partizipation (Wie soll/muss/wird sie aussehen?) wurden u.a. von Michael Buse (Politologe) und Wilfried Nelles (Psychologe und Familienaufsteller) nachgegangen (vgl. Buse/Nelles 1975), jedoch für Bringfriede Scheu und Otger Autrata (Theoretiker*innen und Professor*innen für Soziale Arbeit bzw. Sozialforschung) letztlich nicht befriedigend geklärt (vgl. Scheu/Autrata 2013:13-14). Auch heute wird in der Partizipationsforschung regelmäßig politische Partizipation als besondere und separat zu betrachtende Form der Partizipation dargestellt. In diesen Fällen ist mit „politisch“ meist die Teilnahme an Strukturen der parlamentarischen Demokratie im Sinne von Wahlen gemeint (vgl. Scheu/Autrata 2013:18). Politische Partizipation kann jedoch auch breiter gedacht werden, wenn Politik zum Beispiel nach der Definition des deutschen Politikwissenschaftlers Thomas Meyer (2000:15) verstanden wird: „Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen.“ Demnach müssen auch politische Entscheidungen nicht zwangsläufig durch klassische Wahlen zustande kommen. Auch andere Partizipationsformen (Volksbegehren, Demonstrationen, Bürger*innenräte etc.) können politische Folgen haben.

Nach und nach wurde der Partizipationsbegriff ausgeweitet und wird heute laut Wagner (2017:44) inflationär „für alle möglichen Formen der Beteiligung oder Mitwirkung verwendet [...], auch wenn diese de facto in keinerlei Zusammenhang mit tatsächlichen Entscheidungsprozessen stehen bzw. auf diese Prozesse keinen unmittelbaren Einfluss nehmen.“

Innerhalb der Sozialen Arbeit hat Partizipation laut Straßburger und Rieger (vgl. 2014: 42-43) einen zentralen Stellenwert im historischen Wandel des professionellen

Selbstverständnisses von kontrollierender Fürsorgepädagogik über paternalistische Expertokratie hin zu einem Beruf, der (zumindest in der Theorie und offiziellen Selbstdarstellung) Partizipation und Partizipationsförderung als Anspruch an seine professionellen Handlungsweisen sieht.

Mit kontrollierender Fürsorgepädagogik sind jene Hilfsprozesse Anfang des 20. Jahrhunderts gemeint, deren Zielsetzungen und Bedingungen allein von den Helfenden bestimmt wurden, da Menschen in Armut nicht fähig seien, dazu beizutragen (vgl. Scheu/Autrata 2013:114). Bürger*innen in sozialen Notlagen und/oder mit Armutserfahrungen fanden sich in einem hierarchischen Fürsorgesystem wieder, in dem sie bevormundet und von Entscheidungsprozessen exkludiert wurden (vgl. ebd.). Die Adressat*innen (damals als „Hilfsbedürftige“ bezeichnet) sollten lediglich dankbar sein, dass ihnen überhaupt geholfen wird (vgl. Straßburger/Rieger 2014:42-43). Wie das Wort „Fürsorge“ schon sagt, wurde *für* Menschen in Notlagen gesorgt, und nicht *mit* diesen an einer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gearbeitet. Diese Arbeitsweise der Sozialen Arbeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert etwas an im 18. Jahrhundert herrschende Motto des Aufgeklärten Absolutismus nach Josef II: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“.

Zwar änderten sich diese Hilfsmaßnahmen in den 1950er und 60er-Jahren hinsichtlich ihrer Professionalität durch vermehrte Methodenreflexion, doch der Grundgedanke, dass die Helfenden besser Bescheid wissen, was die Hilfesuchenden brauchen, blieb bestehen und ist auch heute noch weit verbreitet (vgl. Scheu/Autrata 2013:115; Straßburger/Rieger 2014:43). Mit dem Ausbau der sozialstaatlichen und sozialarbeiterischen Leistungen sollte die Anpassung der Lebensführung möglichst aller Bürger*innen an „gesellschaftlichen Normalitätsstandards“ (Scherr 2014:265) gefördert werden (vgl. ebd.).

Korrelierend mit dem bereits dargestellten allgemeinen geschichtlichen Hintergrund der Partizipationsdebatte war es auch in den 1970er-Jahren, dass die Debatte um das Recht der Adressat*innen auf Mitbestimmung ihrer Lebensverhältnisse Eingang in die Soziale Arbeit fand (vgl. Scheu/Autrata 2013:116). Straßburger und Rieger (vgl. 2014:42-43) bezeichnen dies als „partizipative Wende“. Strukturelle Bedingungen anstatt individueller Defizite wurden nun als Ursachen sozialer Probleme wahrgenommen, paternalistische Macht- und Herrschaftsbeziehungen wurden kritisch reflektiert und auch eine Auseinandersetzung mit den repressiven Strukturen Sozialer Arbeit erfolgte nach und nach (vgl. Straßburger/Rieger 2014:43; Wagner 2017:44). Insbesondere in Zusammenhang mit der (geschlossenen) Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen stellte man sich – anlehnend an das Konzept der anti-autoritären Erziehung – die Frage, ob und inwiefern Kinder und Jugendliche (sprich: rechtlich

unmündige Personen) über ihr Leben selbst bestimmen dürfen sollten (vgl. Scheu/Autrata 2013:116-117). Selbstverwaltete Jugendzentren (im Rahmen der Jugendzentrumsbewegung), Stadtteilprojekte und autonome Wohngruppen sind Beispiele für Initiativen, die zu dieser Zeit entstanden und die „Wende“ zu mehr Selbstbestimmung und demokratischer Kontrolle über das eigene Leben verdeutlichen (vgl. Scheu/Autrata 2013:116; Moser 2010:72; Wagner 2017:43-44).

Jugendforscherin Sonja Moser (vgl. 2010:72) sieht allerdings die tatsächlichen Erfolge dieser Bewegungen sehr begrenzt und meint, dass das Thema Partizipation in den 80er Jahren wieder vernachlässigt wurde. Seit den 90er Jahren wird Partizipation dann zumindest in der Theorie als zentrales Leitprinzip der Sozialen Arbeit genannt, welches sowohl Mittel als auch Zweck sozialarbeiterischen Handelns sein sollte (vgl. Moser 2010:172; Schnurr 2018 :632-633). Angebote der Sozialen Arbeit werden ab diesem Zeitraum vermehrt als personenbezogene Dienstleistungen gesehen, welche die Mitwirkung bzw. Co-Produktion der Adressat*innen erfordern, um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen (vgl. Scheu/Autrata 2013:118-119).

Seit den 2000er Jahren dreht sich der sozialwissenschaftliche Partizipationsdiskurs vor allem um die Beteiligung bestimmter Gruppen (Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Migrant*innen etc.) am gesellschaftlich-politischen Leben (vgl. Moser 2010:71). Diese Debatten sind eng mit dem transdisziplinären Integrations- bzw. Inklusionsdiskurs verknüpft.

Der Partizipationsbegriff hat demnach eine recht turbulente Geschichte hinter sich. Wie dargestellt, wurde er in den vergangenen Jahrzehnten sowohl eng eingegrenzt als auch großzügig ausgeweitet. Dennoch lässt sich eine zentrale Bedeutung herauslesen, die auch als Grundlage für das Verständnis von Partizipation dieser Masterarbeit dienen soll: Partizipation meint die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Bedingungen, Verhältnisse und Entscheidungen, welche das je eigene Leben von unterschiedlichen Personen(gruppen) betreffen. In der Gemeinwesenarbeit sollte es stets darum gehen, diese Möglichkeiten zu erweitern. Partizipation steht somit mit Empowerment in engem Zusammenhang, weshalb auch dieser Begriff kurz definiert wird:

Empowerment kann mit Selbstbemächtigung, Selbstbefähigung, Stärkung von Eigenmacht und Autonomie übersetzt werden. Es handelt sich um ein Handlungskonzept Sozialer Arbeit, das seinen Ursprung in der Bürgerrechts- sowie Frauenrechtsbewegung und in weiterer Folge auch der gemeindebezogenen sozialen Arbeit in den USA hat und den Fokus auf die Selbstgestaltungskräfte der Menschen lenkt (vgl. Sohns 2009:77; Herringer 1997:16-17). Im Grunde sind zwei Sichtweisen auf

Empowerment möglich und legitim: Einerseits kann Empowerment als „kollektiver Prozeß der Selbst-Aneignung von Macht und Gestaltungskraft“ (Herringer 1997: 16) verstanden werden: Menschen eignen sich (kollektiv) Machtressourcen an, um sich gegen eine ungleiche Verteilung von Entscheidungsmacht und Ressourcen zu wehren und diese zu beheben (vgl. ebd.). Andererseits dient Empowerment „als professionelles Konzept der Unters[t]ützung von Selbstbestimmung“ (ebd.:17). Letztere Definition beschreibt sozialarbeiterisches Handeln, das „fragt nach eigenen Ressourcen und eigenen Kräften, nach existierenden, stabilisierenden Beziehungen und nach eigenen Ideen der Menschen, mit denen sie ihre Wünsche und Ziele entwickeln und verwirklichen können.“ (Urban-Stahl 2018:479) Empowernde sozialarbeiterische Praxis wendet sich ab vom Defizit-Blickwinkel (vgl. Herringer 1997:73). Sie glaubt an die Fähigkeiten der Menschen, ihr Leben „in eigener Regie zu gestalten“ (ebd.:75) und fördert diese.

3.3.2 Stufen, Leitern, Pyramiden: Zur Systematisierung von Beteiligung

Die Frage, wo Partizipation anfängt, wird kontrovers diskutiert. Verschiedene Modelle helfen dabei, das breite Spektrum zu verstehen, welches unter dem Sammelbegriff „Partizipation“ zusammengefasst wird. Sie machen deutlich, dass partizipative Prozesse vielerlei bedeuten können und Partizipation als Schlagwort oft zwar gut klingt, aber von tatsächlicher Einflussnahme mitunter weit entfernt ist.

Da sich die Modelle sowohl in ihrer Einteilung als auch Definition der verschiedenen Beteiligungsgrade zu großen Teilen sehr ähneln und auch aufeinander beziehen, erscheint ein direkter Vergleich sinnvoller als eine separate Abhandlung der einzelnen Modelle. Aus dem graphisch in Form einer Tabelle umgesetzten Vergleich werden dann neben Gemeinsamkeiten und Unterschieden auch Potenziale der Systematisierungen abgeleitet, sowie Schlussfolgerungen für die Praxis Sozialer Arbeit gezogen. Davor jedoch ein paar kurze einführende Worte zu den vier Modellen, auf die im (sozial)wissenschaftlichen Diskurs am häufigsten Bezug genommen wird:

■ Die „Ladder of citizen participation“ nach Sherry Arnstein

Sherry Arnstein (1930-1997) hat unter anderem als Sozialarbeiterin und Beraterin für gemeinwesenorientierte Projekte, u.a. mit Fokus auf die Entwicklung eines gleichberechtigteren Gesundheitswesens, gearbeitet (vgl. AACOM o.A.). 1969 veröffentlichte sie ihren Artikel „A Ladder of Citizen Participation“ im „Journal of the American Institute of Planners“, einer US-amerikanischen Zeitschrift für in der (Stadt)planung tätige Professionelle. Zu dieser Zeit war sie „Director of Community Development Studies for The Commons“, einem non-profit Forschungsinstitut in

Washington, D.C. und Chicago (vgl. Arnstein 1969:216). Das Modell arbeitet mit dem Bild einer Leiter, auf der jede der insgesamt acht Sprossen einen mehr oder weniger hohen Grad an Macht repräsentiert, welcher den Bürger*innen bei der Beeinflussung eines Plans oder Programms zukommt bzw. gewährt wird.

■ Stufenmodell der Partizipation nach Maria Lüttringhaus

Lüttringhaus (geb. 1964) ist Diplom- und Sozialpädagogin, die zahlreiche Publikationen zu den Themen Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung veröffentlicht hat. Sie ist Inhaberin und Leiterin des „LüttringHaus“, einem Fortbildungsinstitut für Soziale Arbeit, Eingliederungshilfe/Behindertenhilfe, Gesundheitswesen, Beschäftigungsförderung und Quartiermanagement bzw. Gemeinwesenarbeit (vgl. LüttringHaus o.A.).

Das Stufenmodell der Partizipation stellte sie in ihrem Werk „Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt“ (2000) vor. Es umfasst fünf Stufen, wobei Teilhabe und Teilnahme voneinander getrennt und auch Nichtbeteiligung in Form von Manipulation bzw. Desinteresse dargestellt wird.

■ Stufen der Partizipation in der Gesundheitsförderung nach Wright, Block und Unger

Wie der Titel schon verrät, ist dieses Modell mit einem inhaltlichen Fokus auf Gesundheitsförderung bzw. den medizinisch-therapeutischen Bereich entstanden. Die daraus entstandenen neun Stufen (von „Instrumentalisierung“ bis „Selbstständige Organisation“) können dennoch auf andere thematische Bereiche umgelegt werden.

■ Partizipationspyramide nach Straßburger und Rieger

Gaby Straßburger (geb. 1963, Dr. phil., Professorin für Sozialraumorientierte Soziale Arbeit) und Judith Rieger (geb. 1979, Diplom-Sozialpädagogin und Systemische Individual-, Paar- und Familientherapeutin) (vgl. Straßburger/Rieger 2014:251) lieferten mit dem 2014 von ihnen herausgegebenen Werk „Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe“ ein Standardwerk für alle, die sich in irgendeiner Form mit Partizipation beschäftigen und/oder partizipative Projekte anstoßen möchten. In diesem wird auch die siebenstufige Partizipationspyramide mit ihrer Unterteilung in eine institutionell-professionelle sowie eine bürgerschaftliche Sichtweise vorgestellt.

„Vier in eins“ - eine grafische Gegenüberstellung der Modelle

Die vier Modelle wurden im Folgenden in einer eigenen Darstellung vereint, wobei die unterschiedlich benannten Partizipationsstufen einander direkt gegenübergestellt sind:

Entwickler*innen des Modells	Arnstein, Sherry R.	Lütringhaus, Maria	Wright, Michael T. / Block, Martina / Unger, Hella von	Straßburger, Gaby / Rieger, Judith
Bezeichnung des Modells	<i>Ladder of citizen participation</i>	<i>Stufenmodell der Partizipation</i>	<i>Stufen der Partizipation in der Gesundheitsförderung</i>	<i>Partizipationspyramide</i>
Jahr der Erstveröffentlichung	1969	2000	2007	2014
Kontext / entwickelt für...	Community Development Studies USA	Stadtentwicklung	Gesundheitsförderung	Soziale Berufe
Bezieht sich auf	-	Arnstein; Wickrath	Arnstein	Lütringhaus; Wright, Block und Unger
Perspektive (sofern eine Aufteilung vorgenommen wurde)		Staatsystem: Teilhabe Bürger*innen: Teilhabe		Institutionell/ professionelle Perspektive Bürgerschaftliche Perspektive
Weit über Partizipation hinaus bzw. Gesellschaftliche Partizipation im erweiterten Sinn	8. Bürgerkontrolle (Citizen control)	- 5. Eigenständigkeit	9. Selbstorganisation / Selbstständige Organisation	- 7. Zivilgesellschaftliche Eigenaktivität
Stufen der Partizipation bzw. Degrees of citizen power	7. Delegation von Entscheidungen	4. Delegation von Entscheidungen	8. Entscheidungsmacht	6. Bürgerschaftliche Entscheidungsfreiheit ausüben
	6. Partnerschaft	3. Partnerschaftl. Kooperation	3. Mitentscheidung	5. Freiräume der Selbstverantwortung nutzen 4. an Entscheidungen mitwirken
	5. Scheinbefugnis		5. Einbeziehung	3. Verfahrenstechnisch vorgesehene Beiträge einbringen
Vorstufen der Partizipation bzw. Degrees of tokenism	4. Beratung	2. Austausch, Erörterung	4. Anhörung	2. Meinung erfragen 2. im Vorfeld von Entscheidungen Stellung nehmen
	3. Information	1. Information	3. Information	1. Informieren
	2. Therapie			
Nicht-Partizipation bzw. Nicht-Partizipationsmodelle	1. Manipulation	Manipulation	2. Anweisung / Erziehen und Behandeln	
Gegenüberstellung der Partizipationsmodelle	von Arnstein, Lütringhaus, Wright et al. 2007:2; Wright et al. 2010:42	von Arnstein, Lütringhaus, Wright et al. 2007:2; Wright et al. 2010:42	von Arnstein, Lütringhaus, Wright et al. 2007:2; Wright et al. 2010:42	von Arnstein, Lütringhaus, Wright et al. 2007:2; Wright et al. 2010:42
Quelle	Arnstein 1969/217; Arnstein 1972:195	Lütringhaus 2000:44	Wright et al. 2007:2; Wright et al. 2010:42	Straßburger/Rieger 2014:232-233

Tabelle 1 Gegenüberstellung der Partizipationsmodelle von Arnstein, Lütringhaus, Wright et al. 2007:2; Wright et al. 2010:42 sowie Straßburger und Rieger (eigene Darstellung)

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Anhand des direkten Vergleichs werden sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede auf einen Blick sichtbar.

Obwohl der Differenzierungsgrad der jeweiligen Modelle zwischen fünf und neun Stufen variiert, beginnt Beteiligung in allen Darstellungen mit Information. Einigkeit besteht auch darin, dass es sich dabei um einen einseitigen Prozess handelt, der Adressat*innen (noch) keine Möglichkeit gibt, auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Allerdings bietet diese Stufe Transparenz, indem das Vorgehen der Entscheidungsträger erklärt und begründet wird (vgl. Arnstein 1969:219; Lüttringhaus 2000:39; Wright et al. 2007:3; Straßburger/Rieger 2014:24). Lüttringhaus (vgl. 2000:44) zählt auf dieser Stufe auf Seite der Bürger*innen auch die Beobachtung hinzu, die im Gegensatz zu Desinteresse bereits eine leichte Form der Teilnahme darstellt.

Die höchste Stufe der Modelle wird in jedem Modell unterschiedlich benannt: „Bürgerkontrolle“ bei Arnstein (1972:195), „Eigenständigkeit“ bei Lüttringhaus (2000:44), „Selbstständige Organisation“/„Selbstorganisation“ bei Wright et al. (2007:2/2010:42) bzw. „Zivilgesellschaftliche Eigenaktivität“ bei Straßburger und Rieger (2014:233). Mit all diesen Bezeichnungen ist jedoch gemeint, dass die Entscheidungsmacht über Ablauf, Rahmen und Ergebnis vollständig bei den sich zusammenschließenden Bürger*innen liegt.

Dadurch, dass Lüttringhaus und Straßburger/Rieger ihr Modell strikt in zwei Akteur*innendimensionen aufteilen (auf der einen Seite das Staatssystem bzw. die institutionell-professionelle Seite und auf der anderen Seite die Bürger*innen), wird bei diesen noch deutlicher sichtbar, dass diese höchste Stufe der Partizipation nicht von der Teilnahmegewährung eines außenstehenden Systems oder einem durch eine Institution vorgegebenen formalen Rahmen abhängig ist (vgl. Lüttringhaus 2000:43; Straßburger/Rieger 2014:28-29, 33). Hier wird nicht dazu eingeladen, sich an einem bereits mehr oder weniger stark vorstrukturierten Projekt zu beteiligen. Vielmehr wird sowohl die Problemdefinition, die Idee zur Umsetzung als auch die Initiierung und Durchführung des Vorhabens von den jeweiligen Bürger*innen selbst verantwortet (vgl. Straßburger/Rieger 2014:28-29, 33; Wright et al. 2010:45). Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht um Unterstützung von öffentlichen oder sozialen Institutionen angesucht werden darf. Entscheidend ist, dass die Initiative und Entscheidungsmacht zu 100 % bei den jeweiligen Bürger*innen bleibt (vgl. ebd.). Für diese „Pyramidenspitze“, die ein von anderen Partizipationsformen zu differenzierendes Spezifikum darstellt (vgl. Moser 2013:145), wird im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit der Begriff Selbstorganisation verwendet. Genauere Ausführungen zu unserem Verständnis von Selbstorganisation,

insbesondere zielgruppenübergreifender Selbstorganisation, finden sich in den Kapiteln 3.4 und 4.3.

Zwischen Information und Selbstorganisation liegen je nach Modell drei bis fünf Stufen. Trotz unterschiedlicher Bezeichnungen beschreiben diese allesamt eine graduelle Verschiebung der Entscheidungsmacht weg von Institutionen und Professionellen hin zu den Bürger*innen, deren Leben von den jeweiligen Bedingungen und Entscheidungen unmittelbar beeinflusst wird.

Mit Ausnahme von Lüttringhaus werden die Stufen der Beteiligung noch zusammengefasst in die Kategorien „Vorstufen der Partizipation“ (Straßburger/Rieger 2012:232-233; Wright et al. 2007:2) bzw. „Degrees of tokenism“ (Arnstein 1969:217; bedeutet übersetzt so viel wie „symbolische Geste“) und „Stufen der Partizipation“ (Straßburger/Rieger 2012:232-233; Wright et al. 2007:2) bzw. „Degrees of citizen power“ (Arnstein 1969:217). Der Wechsel zwischen Vorstufen und „echter“ Partizipation wird in allen Modellen dort vollzogen, wo direkter Einfluss auf Entscheidungen durch die davon betroffenen Bürger*innen genommen wird - wenn auch nur in Teilaspekten. Die höchste Stufe „Selbstorganisation“ bzw. „Selbstständige Organisation“ wird von Wright, Block und Unger (vgl. 2010:42 bzw. 2007:2) als separate Kategorie gesehen, die (weit) über Partizipation hinausgeht. Auch Straßburger und Rieger (vgl. 2014:33) sehen „Zivilgesellschaftliche Eigenaktivität“ als Form gesellschaftlicher Partizipation im erweiterten Sinn.

Ein interessantes Ergebnis der Gegenüberstellung ist auch, dass in drei der vier vorgestellten Modellen auch „Nicht-Partizipation“ bzw. „Nichtbeteiligung“ Teil der Klassifizierung ist. Was kennzeichnet diese Grade und was haben sie überhaupt in der Darstellung zu suchen? Bestimmte Formen von Nicht-Partizipation wurden wohl in die Modelle einbezogen, weil Mitglieder der Zielgruppe in Entscheidungsprozesse insofern involviert sind, als dass sie anwesend sind und somit nach außen (oder eventuell sogar nach innen) der Anschein entstehen mag, dass diese partizipieren. Ein Vortäuschen von Partizipation also.

So tritt Instrumentalisierung nach Wright, Block und Unger dann auf, wenn „Zielgruppenmitglieder als ‚Dekoration‘“ (Wright et al.: 2007:3) dienen. Ihre Wünsche und Bedürfnisse spielen eigentlich keine Rolle. Die Entscheidungsträger versuchen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und informieren die anwesenden Bürger*innen nicht offen über Ziel und Zweck der Veranstaltung (vgl. ebd.).

Auch Lüttringhaus (vgl. 2000:39) und Arnstein (vgl. 1969:218) meinen, dass Information zu Manipulation verkommen kann, wenn einseitig, oberflächlich, abweisend oder gar

einschüchternd von Seiten des (Staats)systems informiert wird, mit dem Zweck, bereits getroffene Entscheidungen zu legitimieren.

„Erziehen und Behandeln“ bzw. „Anweisung“ (Wright et al. 2007 bzw. 2010) ebenso wie „Therapie“ (Arnstein 1969:218-219) meint im Grunde das, was bereits im geschichtlichen Abriss als paternalistische Fürsorgepädagogik beschrieben wurde: Entscheidungsträger*innen - oft in Form von ausgebildeten Fachkräften - definieren die Probleme einer Zielgruppe und setzen fest, wie diese zu lösen sind. Mit den Adressat*innen wird nur insofern kommuniziert, als dass ihnen gesagt wird, was zu tun sei, um ein Ziel zu erreichen, das vermeintlich in deren eigenem Interesse sei (vgl. ebd.). Die Modelle von Lüttringhaus sowie von Straßburger und Rieger sind durch ihre Differenzierung in zwei Akteur*innendimensionen komplexer und machen auf einen wichtigen Aspekt aufmerksam: Solange es sich nicht um reine Selbstorganisation handelt, gehören zu Partizipation zwei Seiten: eine, die Teilhabe gewährt, und eine, die teilnehmen möchte. Sobald sich eine Seite gegen den partizipativen Prozess wehrt, wird dieser daher auch nicht als solcher stattfinden.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede kompakt

Die vorgestellten Modelle unterscheiden sich also in der Feinheit der Differenzierung und hinsichtlich der Fragen, ob Nichtbeteiligung bzw. Nicht-Partizipation berücksichtigt wird sowie ob die Dimensionen Teilhabe (Seite des Staatssystems / institutionell-professionelle Seite) und Teilnahme (bürgerschaftliche Seite) einander ergänzend gegenübergestellt werden.

Gemeinsam ist allen Modellen das Prinzip der graduellen Unterscheidung von Partizipationsformen auf Basis von Fragen wie: Wer ist in welchem Ausmaß auf wessen Initiative involviert? Wer bestimmt welche Vorgehensweise und Spielregeln? Wie weit reichen die Möglichkeiten zur tatsächlichen Mitbestimmung? Wie werden Entscheidungen getroffen? Welche Tragweite haben die Entscheidungen, die an Bürger*innen abgegeben oder von diesen übernommen werden?

Erkenntnisgewinn aus den Modellen für die Soziale Arbeit

Die vorgestellten Modelle ermöglichen eine Analyse und Systematisierung jeglicher Verfahren und Projekte, die partizipativ angelegt sind oder angeben, dies zu sein.

Mitunter führt eine solche Analyse zu der Erkenntnis, dass es sich bei der angeblichen Bürger*innenbeteiligung eher um Instrumentalisierung handelt oder es wird deutlich, dass eigentlich höhere Stufen der Partizipation möglich wären, die jedoch aus bestimmten Gründen (welche folglich zu analysieren wären) nicht angestrebt wurden.

In diesem Zusammenhang ist nach Straßburger und Rieger (vgl. 2014:231) allerdings darauf hinzuweisen, dass die Stufen der verschiedenen Modelle zwar hierarchisch hinsichtlich ihrem Beteiligungsgrad geordnet sind, jedoch daraus nicht geschlossen werden darf, dass höhere Stufen der Beteiligung zwangsläufig besser sind als niedrigere. Auch Vorstufen der Partizipation seien wichtig und wertvoll. Je nach Rahmenbedingungen und konkretem Anlass soll der praktikabelste und zielführendste Weg gewählt werden. Am wichtigsten sei Transparenz darüber, inwiefern die Meinungen und Ansichten der „Beteiligten“ letztlich tatsächlich in den Entscheidungsprozess einfließen. Auch Wright, Block und Unger (vgl. 2007:2) verstehen Partizipation als Entwicklungsprozess: „In vielen Settings müssen zunächst Vorstufen der Partizipation realisiert werden, bevor eine direkte Beteiligung an Entscheidungsprozessen möglich ist“ (ebd.). So ist z.B. ohne Information keine Mitentscheidung möglich.

Für die Soziale Arbeit ist meines Erachtens insbesondere die von Lüttringhaus sowie von Straßburger und Rieger vorgeschlagene Trennung und beidseitige Betrachtung der zwei Akteur*innendimensionen hilfreich. Dadurch wird einerseits die Macht der „Partizipationsgewährenden“ deutlich: mit Ausnahme von Selbstorganisation wird der Spielraum und -rahmen der Mitbestimmung durch die Vorentscheidung der Fachkräfte / Institutionen darüber, inwieweit sie Partizipation zulassen wollen, festgeschrieben.

Andererseits zeigt die bürgerschaftliche Pyramidenhälfte: Partizipationsprozesse misslingen zwangsläufig, wenn seitens der Bürger*innen kein Wille und/oder keine Möglichkeiten zur Beteiligung vorhanden sind. Folglich muss sich die professionelle Seite auch damit auseinandersetzen, welche Hindernisse es für Teilnahme gibt und wie diese überwunden werden können. Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Abschnitt 3.3.6.

Arnstein (vgl. 1972:196) gibt außerdem den wichtigen Hinweis, dass es sich nicht um zwei homogene Blöcke handelt, die einander gegenüberstehen. Vielmehr gibt es sowohl auf der Seite derer, die Mitbestimmung gewähren, als auch auf der Seite jener, denen Mitbestimmung gewährt wird, die unterschiedlichsten Interessen und Ansichten.

3.3.3 Partizipative Ansätze innerhalb der Sozialen Arbeit

Als Schlagwort ist Partizipation oder Beteiligung von Adressat*innen bzw. Nutzer*innen inzwischen in allen Bereichen der Sozialen Arbeit zu finden. Ein besonders zentrales Konzept stellt Partizipation in sozialraumorientierter und lebensweltorientierter Sozialen Arbeit sowie der Gemeinwesenarbeit dar.

- **Sozialraumorientierte Soziale Arbeit** orientiert sich an den geäußerten Interessen der Wohnbevölkerung und soll deren Eigeninitiative unterstützen (vgl. Hinte/Kreft 2005:869-870). Ziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in einem definierten Raum (vgl. Galuske 2013:301). Nähere theoretische Ausführungen zu Sozialraum und Sozialraumorientierung finden sich in Kapitel 3.2 der vorliegenden Arbeit.

- **Lebensweltorientierte Soziale Arbeit:** In der Partizipationspyramide von Straßburger und Rieger (vgl. 2014:23) wird auf der dritten Partizipationsstufe aus professionell-institutioneller Perspektive auf die Wichtigkeit der Lebensweltorientierung bei partizipativen Projekten eingegangen: die Lebensweltexpertise der jeweiligen Menschen muss eingeholt werden. Dabei werden diese als Expert*innen ihrer Lebenswelt wahr- und ernst genommen (vgl. ebd.:24-25). Umgekehrt sieht die Lebensweltorientierte Soziale Arbeit nach Grunwald und Thiersch (vgl. 2016:46) Partizipation als zentrale Handlungsmaxime: „Partizipation als Prinzip der Lebensweltorientierten Sozialen Arbeit nimmt vor dem Hintergrund von Inklusion und dem Bezug auf Menschen- und Bürgerrechte den Ansatz der alltäglichen Bewältigungsanstrengungen und ihr Ziel, sich in Selbsttätigkeit zu erfahren und anzuerkennen, auf und transformiert ihn im Horizont Sozialer Gerechtigkeit in Umgangsregeln der Demokratie.“ Für den Entwurf, die Planung und die Durchführung von Hilfsmaßnahmen müssen laut Thiersch (vgl. 2002:137) Regeln der Beteiligung und Mitbestimmung gefunden werden.

- **Gemeinwesenarbeit:** Gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit legt einen verstärkten Fokus darauf, Bürger*innen „als Subjekte politischen Handelns ernst zu nehmen“ (Möller 2002:43) und Sachverhalte auf ihre politischen und historischen Dimensionen hin zu analysieren und entsprechend zu bearbeiten (vgl. ebd.). Dabei wendet sie sozialräumliche und lebensweltorientierte Betrachtungsweisen an und arbeitet zielgruppenübergreifend (vgl. ebd.). Ressourcen des Gemeinwesens sollen zugänglich gemacht werden, damit Bürger*innen „die Kontrolle über ihre eigenen Lebensverhältnisse wiedererlangen oder optimieren“ (ebd.:44). Empowerment und Partizipation sind folglich Kernkonzepte der Gemeinwesenarbeit, um deren Stärkung es in vorliegender Masterarbeit geht. Unsere Arbeitsdefinition von GWA, deren Ansätze, Arbeitsweisen und Prinzipien sowie geschichtliche Hintergründe wurden in Kapitel 3.1 dieser Masterarbeit dargestellt.

3.3.4 Partizipation als Querschnittsmaterie

Partizipation ist keineswegs ein Thema, das lediglich für die Soziale Arbeit von zentraler Bedeutung ist. Dies hat sich einerseits bereits an der geschichtlichen Entwicklung gezeigt, und andererseits daran, dass die im vorherigen Abschnitt dargestellten Modelle auf verschiedenste Bereiche übertragen werden können. In den Gesundheitswissenschaften stehen beispielsweise Fragen nach Mitbestimmungsrechten und -möglichkeiten von Patient*innen im Vordergrund, während die Pädagogik und (Entwicklungs-)Psychologie sich mit Partizipation im Hinblick auf dessen Bedeutung für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzt.

Der Demokratiebegriff ist mit jenem der Partizipation untrennbar miteinander verbunden: „Participation of the governed in their government is, in theory, the cornerstone of democracy“ (Arnstein 1969:216). Gleichzeitig bedeutet Demokratisierung Partizipationsstärkung (vgl. Lüttringhaus 2000:24). Folglich stellt Partizipation auch für die Politikwissenschaften ein wichtiges Konzept und eine zentrale Analysekategorie, insbesondere in verschiedenen Demokratietheorien, dar. Eine dieser Theorien erscheint in Verbindung zu unserer Masterarbeit besonders hervorhebenswert:

Die deliberative Demokratietheorie (lat. *deliberatio* = Beratschlagung), dessen einflussreichster Theoretiker der deutsche Sozialphilosoph Jürgen Habermas ist, hat die Erreichung größtmöglicher Legitimität von Normen durch den fairen und respektvollen Austausch von Argumenten zum Ziel (vgl. Alcántara et al. 2016:34-35). Dabei werden Forderungen nach „Partizipationsmainstreaming“ gestellt, d.h. die Abgabe der Kompetenzen der Gemeinden, Länder und des Bundes „an die interessierte Laienöffentlichkeit“ (ebd.:159) durch den „Umbau der Verwaltung zu Strukturen, die in allen Fragen von öffentlichem Interesse öffentliche Prozesse stützen. Einwohner/innen sollten zukünftig von Verwaltungen ebenso wertgeschätzte Auftraggeber sein wie ihre übergeordneten politischen Institutionen“ (ebd.). Besonders spannend sind die im Zusammenhang mit dieser Forderung ausgesprochenen Politikempfehlungen, welche unter anderem folgenden Punkt enthalten:

„Es werden Beratungsstellen für Öffentlichkeitsbeteiligung geschaffen, die sowohl Politik als auch Verwaltung und Einwohner/innen bei der Initiierung und Durchführung partizipativer Prozesse unterstützen. Dieses niedrigschwellige Unterstützungsangebot sollte die Schaffung von Partizipationsunterstützer/innenstellen (ähnlich Sozialarbeiter/innen) beinhalten.“ (Alcántara et al. 2016:160)

Es zeigt sich demnach, dass Partizipation ein Querschnittsthema ist, welches großes Potential für interdisziplinäre Zusammenarbeit bietet. Sozialarbeiter*innen können sich dabei in ihrer Position als professionelle Moderator*innen und Unterstützer*innen partizipativer Prozesse behaupten.

3.3.5 Partizipation – Warum und wozu?

Partizipation kann nicht als Selbstzweck gefordert werden. Wer sich für die Förderung von Beteiligungsprozessen einsetzt, muss auch wissen warum. Welche Motivation, welches Ziel steht hinter der Forderung nach mehr Partizipation?

Aus Sicht der Sozialen Arbeit kann diese Frage wie folgt beantwortet werden: Soziale Arbeit bezieht sich als Profession auf Grund- und Menschenrechte (vgl. Ottersbach 2012:69). Daraus, dass jede Person das Recht darauf hat, in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden zu leben, schlussfolgern Straßburger und Rieger (vgl. 2014:231), dass sie auch berechtigt ist, „daran mitzuwirken, dass eben diese Zustände eintreffen“(ebd.). In weiterer Folge ergibt sich daraus, dass Soziale Arbeit die „gleichberechtigte [...] Partizipation aller Menschen, d.h. die Möglichkeit der Teilnahme an Entscheidungsprozessen und der Möglichkeit der Teilhabe in Bezug auf gesellschaftliche Güter und Ressourcen“ (Ottersbach 2012:69-70) fordern und fördern muss.

Entscheidungsprozesse partizipativ zu gestalten erfordert jedoch vielerlei Ressourcen – vor allem zeitliche. Sowohl auf Seite der staatlichen Systeme als auch auf Seite der involvierten Bürger*innen ist daher häufig nicht klar, welcher Nutzen aus der Förderung und Durchführung von Beteiligungsprozessen gewonnen werden kann. Im Folgenden soll daher aufgezeigt werden, dass zahlreiche Gründe auf beiden Seiten dafürsprechen, Beteiligungsprozesse zu ermöglichen und/oder zu fördern bzw. sich als Bürger*in einzubringen. Dabei werden die Funktionen auf eine gesellschaftliche und individuelle Ebene aufgeteilt. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Partizipation fördert...

...auf individueller Ebene:

- Emanzipation (Erweiterung der persönlichen Selbstbestimmungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten)

- Selbstkompetenz (Verantwortung übernehmen; eigene Interessen kennen, artikulieren und realisieren; Selbstwert und Selbstwirksamkeit empfinden; Selbstständigkeit, Widersprüche aushalten, Identitäts- und Persönlichkeitsbildung etc.)
- Sozialkompetenz (Empathie, Rücksichtnahme, Kooperationsfähigkeit, Konfliktbewältigung, Dissensfähigkeit etc.)
- Sachkompetenz (inhaltliches Wissen und Können)

...auf institutioneller und gesellschaftlicher Ebene:

- Legitimation und Akzeptanz von Entscheidungen, somit auch die
- Effektivität von Entscheidungen, sowie die
- Nachhaltigkeit von Entscheidungen
- Fehlerprävention (durch Kontrollfunktion und Transparenz)
- Sozialen Interessenausgleich (die Ergebnisse von unter Bürger*innenbeteiligung getroffenen Entscheidungen sind sozial verträglich und verhindern Segregations- und Verdrängungsprozesse)
- Kosteneinsparung für administrativ-institutionelle Systeme (da die Ergebnisse effektiver, nachhaltiger sind und weniger reaktive Prozesse im Nachhinein aufgrund von Fehlentscheidungen durchgeführt werden müssen)
- Identifikation mit dem Gemeinwesen und dessen Institutionen
- Loyalität und Solidarität gegenüber dem Gemeinwesen
- soziale und gesellschaftliche Integration
- Lehr- und Lernfunktion (Austausch zwischen administrativem/professionellem System und Zivilgesellschaft, damit einhergehend auch gegenseitiges Verständnis)
- Erhalt oder Wiederherstellung sozialen Friedens
- Aktivierung und Motivation von Bürger*innen (einerseits zur Teilnahme an weiteren partizipativen und demokratischen Verfahren, andererseits um Probleme selbst in die Hand zu nehmen)
- Entwicklung von positiven Beziehungen zwischen Politik, Verwaltung und Bürger*innen
- Abbau von Misstrauen
- Toleranz

(vgl. Moser 2010:88,91-92; Lüttringhaus 2000:75-79, 82).

Soziale Arbeit sieht in der Theorie die Förderung von Partizipation also als ihre professionelle Aufgabe. (Dass das historisch nicht immer der Fall war, wurde bereits unter Punkt 3.3.1 dargestellt.) Doch das berufliche Leitbild allein macht die möglichen positiven Effekte von Beteiligungsprojekten noch nicht deutlich. Die obige Aufzählung zeigt, dass sowohl die Initiierung und Durchführung von Beteiligungsprojekten, als auch die Teilnahme daran, aus vielerlei Gründen ein lohnenswerter und nachhaltiger Einsatz von Ressourcen sein kann. Sich mit den Vorteilen von Beteiligungsprojekten auf den verschiedenen Ebenen (individuell, institutionell und gesellschaftlich) zu beschäftigen, soll außerdem zur Reflexion anregen: Welche positiven Effekte erwartet sich *wer* von *welchem Verfahren*?

3.3.6 Gefahren, Herausforderungen und Hindernisse bei partizipativen Projekten und deren Lösungen

Wenn man sich die zahlreichen Vorteile von Partizipation vor Augen führt, möge man sich fragen: Warum sind am Ende solcher Prozesse nicht immer alle glücklich? Die vereinfachte Antwort darauf ist: Partizipation ist kein Wundermittel. Der Einsatz von Beteiligungsprozessen kann durchaus auch nach hinten losgehen, denn sie weisen komplexe Gefahren, Herausforderungen und Hindernisse auf, die es zu reflektieren und bestmöglich zu vermeiden gilt. Daher sollen im Folgenden auch entsprechende Lösungen bzw. Voraussetzungen für gelingende Partizipation auf individueller, institutioneller und professioneller Ebene aufgezeigt werden.

Gefahren, Herausforderungen, Hindernisse

Einen kritischen Blick auf Partizipation vertritt Miessen (2012) in seinem Buch „Albtraum Partizipation“. Mit seiner provokanten These, dass Demokratieformen, in denen alle ein Mitspracherecht haben, manchmal um jeden Preis vermieden werden sollen (vgl. ebd.:16), möchte er auf folgende Gefahr aufmerksam machen: Partizipation werde allzu oft instrumentalisiert, um Verantwortung abzuwälzen und der Gesellschaft quasi eine „Beruhigungspille“ zu verabreichen: Wenn die Bevölkerung an Entscheidungen beteiligt wird, ist sie nicht mehr in der Position, die Handlungen der Vertreter*innen zu kritisieren. Insbesondere von Politiker*innen werde Partizipation also mehr oder weniger bewusst als Strategie angewandt, um sich unangreifbar zu machen und der Verantwortung zu entziehen (vgl. Miessen 2012:37, 39-40).

Auch auf Ebene des Staatsapparates wird dieses Argument vorgebracht: die Stärkung der Bürger*innenrechte durch Soziale Arbeit stehe in Ambivalenz zur Gefahr der Instrumentalisierung von Bürger*innenengagement zu Zwecken der Deregulierung,

Privatisierung und Ökonomisierung von Seiten des „aktivierenden Sozialstaates“ (vgl. Ottersbach 2013:135).

Außerdem führen die Erwartungen der Beteiligten an die Beteiligten zu einem unausgesprochenen Verhaltenskodex, welchen die Beteiligten befolgen sollen – und dies meist auch tun (vgl. Miessen 2012:42). Weizman (vgl. 2012: 13) spricht in diesem Zusammenhang von der Gefahr der Kollaboration, also der Neigung der Beteiligten, ihr Handeln erzwungen oder freiwillig „an den Zielen der Macht“ (ebd.), also jenen der Beteiligten, auszurichten.

Doch nicht „nur“ die Instrumentalisierung von Partizipation zur Erreichung der eigenen Ziele stellt eine Gefahr dar, sondern auch, wenn innerhalb einer Institution über diese Ziele und die damit einhergehende Frage, wie weit die Mitbestimmung eigentlich gehen soll, keine Einigkeit und/oder keine Kommunikation besteht (vgl. Straßburger/Rieger 2014:189). Unklare und ambivalente Erwartungen und Zugeständnisse sorgen dann sowohl bei den Beteiligten als auch bei den initiiierenden Fachkräften für Verunsicherung und Frustration.

Auf institutionell-professioneller Seite bestehe nicht selten unbewusst die falsche Annahme, dass alle Beteiligten die gleichen Voraussetzungen mitbringen (vgl. Straßburger/Rieger 2014:192). In der Realität unterscheiden sich die Akteur*innen jedoch nach ihren Erfahrungen mit und Erwartungen an Beteiligungsprojekten, nach ihrem Bildungshintergrund, Gesundheits- und Gemütszustand sowie Charaktereigenschaften, wie z.B. dem Mut, Ideen und Kritik vor einer (fremden) Gruppe zu äußern. Nicht für jeden ist daher die gleiche Beteiligungsform und -methode ansprechend und passend (vgl. ebd.:192-193).

Bei dem Versuch, Menschen mit Armuts- oder anderen Ausgrenzungserfahrungen zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen zu motivieren, muss mitbedacht werden, dass soziale Ungleichheit - also die ungleiche Verteilung von ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital (vgl. Bourdieu 1983) in der Gesellschaft - auch Ungleichheit in der Verteilung von Partizipationschancen nach sich zieht (vgl. Moser 2013:150-151; Schnurr 2018:634-635). Schnurr (vgl. 2018:634-635) meint, dass sich demokratische Gesellschaften nur dann durch Partizipation weiterentwickeln können, wenn „ein Mindestmaß an ökonomischer und sozialer Sicherheit garantiert ist“ (ebd.). Wenn nicht bewusste und aktive Strategien entwickelt werden, um diesen Gruppen die Teilnahme an Partizipationsprozessen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, besteht die Gefahr eines Teufelskreises: Die Ausgrenzung benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft verschärft sich durch die Nicht-Beteiligung an partizipativen Entscheidungsprozessen (vgl. Handler/Sippel/Stock 2018:10).

Wenn Bürger*innen spüren, dass ihnen nichts zugetraut wird und sie nicht ernst genommen werden, jeder kreative Vorschlag sofort von „Besserwisser*innen“ durch ein Gegenargument abgewürgt wird und das Engagement nicht anerkannt wird, ist Frustration vorprogrammiert. Um der Gefahr zu entgehen, durch Besserwisserei Beteiligungsprozesse zu stoppen, dürfen Fachkräfte sich laut Moser (vgl. 2013:153-154) jedoch nicht in falscher Zurückhaltung üben und Bürger*innen quasi „absichtlich“ mit einer pädagogisierenden Intention Um- und Irrwege gehen lassen. Professionelle stehen hier vor einem sensiblen Balanceakt zwischen abwertender Einmischung und unproduktivem totalem Rückzug (vgl. ebd.).

Zu Demotivation und Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Beteiligung führt auch, wenn Ideen letztlich nicht umgesetzt werden oder Ergebnisse und Folgen des Erarbeiteten nicht rückgemeldet werden (vgl. Lüttringhaus 2000:253, 315, 325; Moser 2010:227-232).

Auch anfängliche Überschätzung der eigenen Kapazitäten kann dazu führen, dass Einzelpersonen zu viel Verantwortungen übernehmen und später aufgrund der Überforderung frustriert über das Projekt sind (vgl. Moser 2010:230).

Negativ auf Verlauf und Ergebnis von partizipativen Verfahren können sich außerdem Konflikte zwischen Akteur*innen auf politischer, institutioneller und/oder professioneller Ebene, auswirken. Auch eine dominierende Präsenz von Investor*innen, Fachleuten, Politiker*innen etc. stellt ein Partizipationshindernis dar. Dies passiert besonders dann, wenn eine schlechte Moderation diesen zu viel Raum gibt (vgl. Lüttringhaus 2000:325). Am häufigsten jedoch entstehen Enttäuschungen und Missverständnisse in Partizipationsprojekten dadurch, dass zentrale Fragen (Ziel, Finanzierung, Projektablauf, Verteilung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten, Verbindlichkeit etc.) nicht geklärt werden oder diese Informationen nicht nachvollziehbar bzw. zielgruppengerecht kommuniziert werden (vgl. Frey 2011; Moser 2010:227, Lüttringhaus 2000:325).

Lösungen – Voraussetzungen für gelingende Partizipation

Aus den eben genannten Hindernissen lassen sich durch Umkehrschlüsse zahlreiche Faktoren ableiten, welche die Erfolgswahrscheinlichkeit von partizipativen Prozessen fördern: alle Beteiligten ernst nehmen, Anerkennung zeigen; Erwartungen, Ziele, Verantwortlichkeiten und Verbindlichkeiten transparent, klar und verständlich kommunizieren usw.

Einige dieser Faktoren haben mit einer partizipativen Haltung der Fachkräfte zu tun. Rieger (vgl. 2014:58-83) zählt dazu insbesondere Flexibilität, Offenheit und Risikobereitschaft, sowohl den Prozess als auch das Ergebnis betreffend: „Partizipative Prozesse verlangen von einer Fachkraft, sich von Konventionen zu lösen und Strategien

im Dialog zu entwickeln. Sie muss sich auf den Prozess einlassen, statt ihn kontrollieren zu wollen.“ (Rieger 2014:61) Professionalität bedeutet hier also, sich mit den eigenen Vorstellungen der „richtigen“ Lösung zurückzuhalten und darauf zu vertrauen, dass die Adressat*innen eine für sie passende Lösung finden werden. Professionelle partizipative Haltung umfasst als zentrale Elemente auch Geduld, aufrichtiges Interesse an den individuellen Stärken der Beteiligten sowie die Zielsetzung, deren Eigenständigkeit zu fördern (vgl. ebd.:60-73).

Eine partizipative Haltung kann jedoch nicht nur von individuellen Fachkräften, sondern auch von (sozialen) Einrichtungen getragen werden. Institutionelle Verankerung von Partizipation bedeutet, klare und transparente Strukturen und Regeln für (Mit-) Entscheidungsprozesse zu schaffen, wodurch diese nicht mehr vom außerordentlichen Engagement einzelner Fachkräfte abhängig sind (vgl. Straßburger 2014:85-86, 92).

Eine Institution, die sich dem Ziel der Partizipation verschreibt, muss außerdem strukturelles Empowerment fördern, d.h. den Adressat*innen ermöglichen, Autoritäten in Frage zu stellen, unbeeinflusst ihre Meinung zu bilden und kund zu tun. Partizipation wird in solchen Institutionen nicht als Störfaktor, sondern als Bereicherung betrachtet. Diese Haltung muss von allen Mitarbeiter*innen getragen und glaubhaft vermittelt werden (vgl. ebd.:87-88, 91-92, 98). Da die Interessen und Bedürfnisse der Adressat*innen als Ausgangspunkt dienen (= Nachfrageorientierung), müssen Aktivitäten, welche dazu dienen, diese herauszufinden, als Teil des Arbeitsauftrags der Mitarbeiter*innen gesehen werden (vgl. ebd.:97).

Um den Zugang zum (partizipativ gestaltbaren) Angebot der sozialen Einrichtung zu fördern, ist es wichtig, auch potenzielle - also noch nicht an die Institution angebundene – Nutzer*innen durch niederschwellige und einladende Kommunikationsformen einzubeziehen (vgl. ebd.:93f). Dafür ist das Wissen um die Lebensbedingungen der jeweiligen Zielgruppen, die beteiligt werden sollen, unerlässlich (vgl. Moser 2010:198).

Um die Gefahr der Instrumentalisierung zu erkennen und ihr entgegenzusteuern, ist ein Aufruf zu Partizipation stets in Verbindung mit einer Analyse der jeweiligen Machtverhältnisse zu setzen (vgl. Weizman 2012:13).

Laut Alcántara et al. (2016:161) sind gute Beteiligungsprojekte „dauerhaft nur in Verbindung mit einem gesamtgesellschaftlichen Wandel möglich. Zugleich ist die partizipative Praxis selbst ein Motor gesellschaftlichen Wandels“. Dazu soll eine „Kultur der Partizipation“ nach dem Ansatz der deliberativen Demokratietheorie entwickelt werden (vgl. dazu Alcántara et al. 2016:151-162 sowie Abschnitt 3.3.4).

3.3.7 Methoden / Arbeitsweisen

Um die partizipative Einbindung von Bürger*innen in Prozesse und Projekte zu erhöhen/fördern wurden bereits zahlreiche Methoden entwickelt, deren Vorstellung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Ein Methodenhandbuch der Stiftung Mitarbeit und der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) (2018) enthält 28 verschiedene Arbeitsweisen zur Bürger*innenbeteiligung, von der Aktivierenden Befragung über Dragon Dreaming, Fonds und Budgets, Forumtheater, Open Space, World Café und andere bis hin zur Zukunftswerkstatt. Doch auch diese Auflistung kann noch ergänzt werden, z.B. um die Anwendung von Prinzipien der Soziokratie. Auch simplere, kleinere Abstimmungsverfahren sind bereits Methoden der Partizipation. Die von uns im Rahmen dieser Masterarbeit angewandten partizipativen Methoden wurden bereits im Kapitel 2.2 beschrieben.

Um eine systematische Einordnung sowie eine adäquate Auswahl der Methoden vorzunehmen, kann die Klärung folgender Fragen zielführend sein: Soll die Methode primär der Information, dem Einholen von Meinungen, der Diskussion oder gar der Konfliktbearbeitung dienen? Ermöglicht die Arbeitsweise, dass gemeinsam geplant und entwickelt wird? Wird eine längerfristige Zusammenarbeit gefordert und gefördert? (in Anlehnung an eine Darstellung der Stiftung Mitarbeit/ÖGUT 2018:20-21). Eine Methode verfügt oft über mehrere Potenziale, gleichzeitig kann jedoch keine Methode alle Zwecke auf einmal erfüllen.

3.3.8 Resümee

„Partizipation“ ist ein breites Thema, das aus verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet werden kann.

Die Auseinandersetzung mit der historischen Entwicklung des Begriffes und seiner Bedeutung für die Professionalisierung der Sozialen Arbeit hat gezeigt, dass die graduelle – und nach wie vor nicht vollständig abgeschlossene - Abkehr von einer „kontrollierenden Fürsorgepädagogik“ hin zu einem partizipativeren Berufsverständnis parallel mit gesamtgesellschaftlichen Forderungen nach mehr (politischem) Mitspracherecht verlief. Die Entwicklung Sozialer Arbeit ist also stets in Zusammenhang mit gesellschaftlichem Wandel zu sehen.

Um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Partizipation nicht gleich Partizipation ist, wurden vier verschiedene Modelle vergleichend vorgestellt. Sie zeigen auf, welche Ausmaße sowohl Teilhabegewährung als auch Teilnahme jeweils einnehmen kann und dass sich hinter dem Wort „partizipativ“ auch Instrumentalisierung und Manipulation

verstecken kann. Eine Reflexion über die bestehenden Möglichkeiten, aber auch Grenzen der tatsächlichen Einflussnahme muss daher stets einhergehen mit einer ehrlichen Analyse der jeweiligen Intentionen sowie der Asymmetrien und Abhängigkeiten zwischen institutionell-professioneller und bürgerschaftlicher Seite.

Während die Förderung partizipativer Entscheidungsfindungsprozesse zahlreiche Vorteile für alle Involvierten mit sich bringen kann, dürfen damit einhergehende Gefahren und Herausforderungen nicht leichtfertig ausgeklammert werden. Beteiligungsprozesse und -projekte sind nicht zwangsläufig erfolgreich und zufriedenstellend. Professionelle Begleitung ist mit nicht zu unterschätzenden zeitlichen Ressourcen und persönlichen Fähigkeiten verbunden, an dessen oberster Stelle eine permanent reflektierende und flexible Arbeitshaltung steht. Um Teilhabe nicht vom Engagement einzelner Professioneller abhängig zu machen, ist eine institutionelle und gesellschaftlich-politische Verankerung von Partizipation anzustreben, welche auch Selbstorganisationsprozesse unterstützt.

Nicht nur die Disziplin der Sozialen Arbeit (insbesondere in sozialräumlichen, lebenswelt- und gemeinwesenorientierten Ansätzen) setzt sich praktisch sowie wissenschaftlich-kritisch mit Partizipation und Partizipationsförderung auseinander. Auch in anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen finden sich Ansätze und Theorien, wie z.B. die deliberative Demokratietheorie, welche unmittelbare Anknüpfungspunkte für interdisziplinäre Zusammenarbeit bieten.

Die Förderung von Partizipation soll unserem Verständnis nach nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis von Gemeinwesenarbeit als zentrales Anliegen gelten. Dabei werden unter Partizipation die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Bedingungen, Verhältnisse und Entscheidungen verstanden, welche das je eigene Leben unterschiedlicher Personen und Personengruppen betreffen.

Literatur

AACOM – American Association of Colleges of Osteopathic Medicine (o.A.): Climbing the Ladder: A Look at Sherry R. Arnstein. <https://www.aacom.org/become-a-doctor/financial-aid-and-scholarships/sherry-r-arnstein-minority-scholarship/sherry-arnstein-biography> [02.12.2019].

Alcántara, Sophia / Bach, Nicolas / Kuhn, Rainer / Ullrich, Peter (2016): Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren. Wiesbaden: Springer VS.

Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners Vol. 35(4), 216-224.

- Arnstein, Sherry R. (1972): Stufen der Bürgerbeteiligung. In: Lauritzen, Lauritz (Hg.): Mehr Demokratie im Städtebau. Hannover: o.A., 192-218.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, 183–198.
- Buse, Michael J. / Nelles, Wilfried (1975): Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich. In: Alemann, Ulrich von (1975): Partizipation – Demokratisierung - Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag, 41-111.
- Frey, Urs (2011): Partizipation – universelles Anliegen oder nur Schlagwort? Herbsttagung des Departments Soziale Arbeit der ZHAW zum Thema „Beteiligung ermöglichen – Beteiligung leben. Partizipation und Soziale Arbeit“, In: Sozial Aktuell, Nr. 7/8, 2011, 36-37.
- Galuske, Michael (2013): Methoden der Sozialen Arbeit. 10. Auflage, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Grunwald, Klaus / Thiersch, Hans (2016): Lebensweltorientierung. In: Grunwald, Klaus / Thiersch, Hans (Hg.): Praxishandbuch Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Handlungszugänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Weinheim: Beltz Verlagsgruppe, 24-64.
- Handler, Martina / Sippel, Hanns-Jörg / Stock, Marion (2018): Bürgerbeteiligung – Grundlagen, Qualitätskriterien und aktuelle Beteiligungspraxis. In: Stiftung Mitarbeit / ÖGUT (Hg.): Bürgerbeteiligung in der Praxis. Ein Methodenhandbuch. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 52. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit. 9-12.
- Herringer, Norbert (1997): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer.
- Hinte, Wolfgang / Kreft, Dieter (2005): Sozialraumorientierung. In: Kreft, Dieter / Mielenz, Ingrid (Hg.Innen): Wörterbuch Soziale Arbeit. 3. Auflage, Weinheim/München.
- LüttringHaus (o.A.): LüttringHaus. Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case Management (DGCC). <https://luettringhaus.info/> [02.12.2019].
- Lüttringhaus, Maria (2000): Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äusseren Neustadt. Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Meyer, Thomas (2000): Was ist Politik? Opladen: Leske + Budrich.
- Möller, Kurt (2002): Bürger(gesell)schaftliches Engagement als Herausforderung für Soziale Arbeit – Theoretische Grundlegungen. In: Möller, Kurt (Hg.): Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft? Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Opladen: Leske + Budrich, 29-50.
- Moser, Michaela (2013): Krise und Selbstorganisation. In: Bakic, Josef / Diebäcker, Marc / Hammer, Elisabeth (Hg.Innen): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Band 2. Wien: Löcker, 144-158.
- Moser, Sonja (2010): Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ottersbach, Markus (2012): Herausforderungen durch Migration. In: Blandow, Rolf / Knabe, Judith / Ottersbach, Markus (Hg.Innen): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und zurück? Köln: Springer VS, 59-72.
- Ottersbach, Markus (2013): Zivilgesellschaftliche Partizipation Jugendlicher. Eine Herausforderung für die Soziale Arbeit. In: Bukow, Wolf-Dietrich / Ottersbach, Markus /

- Preissing, Sonja / Lösch, Bettina (Hg.Innen): Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, 133-158.
- Rieger, Judith (2014): Die individuelle Basis für Partizipation: Haltung und Fachkompetenz. In: Straßburger, Gaby / Rieger, Judith: Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 56-73.
- Scherr, Albert (2014): Gesellschaftliche Krisen und ihre Folgen für die Soziale Arbeit. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. Nr. 4, Jg. 39, 263–279.
- Scheu, Bringfriede / Autrata, Otger (2013): Partizipation und Soziale Arbeit: Einflussnahme auf das subjektiv Ganze. Wiesbaden: Springer VS.
- Schnurr, Stefan (2018): Partizipation. In: Graßhoff, Gunther / Renker, Anna / Schröder, Wolfgang (Hg.Innen): Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung. Wiesbaden: Springer VS, 631–648.
- Sohns, Armin (2009): Empowerment als Leitlinie Sozialer Arbeit. In: Michel-Schwartz, Brigitta (Hg.Innen.): Methodenbuch Soziale Arbeit. Basiswissen für die Praxis. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75-101.
- Stiftung Mitarbeit / ÖGUT (Hg.) (2018): Bürgerbeteiligung in der Praxis. Ein Methodenhandbuch. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 52. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.
- Straßburger, Gaby (2014): Die institutionelle Verankerung von Partizipation: Strukturelle Weichenstellungen. In: Straßburger, Gaby / Rieger, Judith: Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 82-99.
- Straßburger, Gaby / Rieger, Judith (2014): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Thiersch (2002) Positionsbestimmungen der sozialen Arbeit: Gesellschaftspolitik, Theorie und Ausbildung. Weinheim: Juventa.
- Urban-Stahl, Ulrike (2018) Advocacy (Anwaltschaft). In: Graßhoff, Gunther / Renker, Anna / Schröder, Wolfgang (Hg.Innen): Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung. Wiesbaden: Springer VS, 473-484.
- Wagner, Thomas (2017): Partizipation. In: Kessl, Fabian / Kruse, Elke / Stövesand, Sabine / Thole, Werner (Hg.Innen): Soziale Arbeit – Kernthemen und Problemfelder. Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich, 43-51.
- Weizman, Eyal (2012): Prolog: Das Paradox der Kollaboration. In: Miessen, Markus: Albtraum Partizipation. Berlin: Merve Verlag, 13-15.
- Wright, Michael / Block, Martina / Unger, Hella von (2007): Stufen der Partizipation in der Gesundheitsförderung. In: Gesundheit Berlin (Hg.): Dokumentation 13. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit. Berlin.
- Wright, Michael / Block, Martina / Unger, Hella von (2010): Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention. In: Wright, Michael (Hg.): Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention. Bern: Verlag Hans Huber, 35-52.

Abbildungen

Tabelle 1 Gegenüberstellung der Partizipationsmodelle von Arnstein, Lüttringhaus, Wright, Block und Unger sowie Straßburger und Rieger (eigene Darstellung).....	94

3.4 Selbstorganisation. Theoretische Grundrisse

Vettori Hanna

Jugendliche gehen jeden Freitag für ihre klimagerechte Zukunft auf die Straße. Menschen mit Beeinträchtigung schreien auf: „*Nicht über uns ohne uns!*“. Frauen fordern in einem Frauenvolksbegehren Gleichberechtigung für alle Geschlechter ein. Geflüchtete besetzen die Wiener Votivkirche, um auf Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen im Asylverfahren aufmerksam zu machen. Wohnungslose organisieren und vernetzen sich auf nationaler und europäischer Ebene, um sich selbst zu vertreten und die Gesellschaft zu sensibilisieren (vgl. HOPE o.A.). Migrant*innen gründen Vereine mit dem Ziel, ihre Lebenssituationen im Bereich Arbeit, Bildung, politische sowie kulturelle Partizipation zu verbessern und um Schutz vor Gewalt zu bieten (vgl. MAIZ o.A./Orient Express 2019). Menschen mit Armutserfahrungen setzen sich in der Armutskonferenz dafür ein, sichtbar zu sein und respektvoll behandelt zu werden. Sie erarbeiten gemeinsam Strategien gegen Armut (vgl. Moser/Schenk 2014:554). Bürger*innen schließen sich zusammen und gründen im Sinne des sozialen Miteinanders ein Nachbarschaftszentrum (siehe Kapitel 4.2).

Die Liste selbstorganisierter Bürger*inneninitiativen ist lang und wächst stetig. Unter den Aktivist*innen sind auch viele Nutzer*innen der Sozialen Arbeit, die sich organisieren, vernetzen und neue eigenmächtige selbstorganisierte Strukturen schaffen. Laut der Autorin des Wörterbuchs Soziale Arbeit, Ingrid Mielenz, zählt Selbstorganisation zum selbstverständlichen Bestandteil der Sozialen Arbeit. Nichtsdestotrotz stagnierte der fachliche Diskurs rund um Selbstorganisation in den letzten Jahren (vgl. Kreft/Mielenz 2017:732). Mit dieser Masterarbeit möchten wir, dem Beispiel von Sozialarbeitswissenschaftler*innen (Moser 2013, Moser/Schenk 2014) folgend, einen Beitrag leisten, um diesen sozialarbeiterischen Diskurs zu Selbstorganisation wieder zu entfachen.

In diesem Sinne gibt das Kapitel einen Einblick in den Begriff, die theoretischen Grundbausteine, die konkrete Methodik, die Abgrenzung zur Partizipation, die Verbindung von Selbstorganisation und Gemeinwesenarbeit, sowie die Kritik an Selbstorganisation. Dabei verfolgt das Kapitel die übergeordnete Fragestellung: Was ist Selbstorganisation und wie manifestiert sie sich in sozialarbeiterischen Kontexten?

3.4.1 Geschichte und Begriff Selbstorganisation

Im folgenden Kapitel werden die Geschichte und der Begriff der Selbstorganisation aus theoretischer Perspektive beleuchtet.

Selbstorganisation. Gestärkt durch soziale Protestbewegungen

Das Konzept von Selbstorganisation menschlicher Gruppen besteht seit Anbeginn der sozialen Organisation, und daher kann ihre Geburtsstunde nicht nachkonstruiert werden. Selbstorganisation erlebte jedoch durch die sozialen Protestbewegungen der 68er-Bewegung einen gesellschaftspolitischen Aufschwung. In der Neuen Linken galt Selbstorganisation als Mittel für einen Ausweg aus einer entfremdeten Welt. Der Emanzipationsgedanke war federführend (vgl. Oy 2008:79). Der Politikwissenschaftler Adalbert Evers weist darauf hin, dass viele bis heute bestehende zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen im sozialen Bereich in diesen Zeiten des gesellschaftlichen Aufbruchs der Protestbewegungen entstanden sind (vgl. Evers 2010:289). Diese Grundgedanken sind bis heute fast 50 Jahre später spürbar. Die frühen Ansätze von Selbstorganisation sind heute verflochten mit einer wohlstandsbedingten und individualistischen Entwicklung der Gesellschaft hin zur generellen Auflösung von Bindungen an Konventionen und Wertegemeinschaften. Der Ruf nach Selbstregierung und Selbstbestimmung gekoppelt mit einer Forderung nach mehr Demokratie wird lauter (vgl. ebd.:289). Was den österreichischen Kontext betrifft, so ist der Begriff Selbstorganisation vor allem in Verbindung mit Selbstorganisationen von aktivistischen Migrant*innen entstanden (vgl. Moser 2013:144).

Selbstorganisation. Auf der Suche nach einem Arbeitsbegriff

Nun stellt sich die Frage nach einer Begriffsdefinition. Vorab sei erwähnt, dass dieses Unterkapitel nicht den Anspruch verfolgt, eine allumfassende Definition von Selbstorganisation zu finden. Vielmehr soll unser Arbeitsbegriff für Selbstorganisation umrissen werden. Die Begriffsdefinitionen zu Selbstorganisationen variieren zudem stark je nach Kontext.

Für diese Masterarbeit lehnen wir uns an den Begriffsdefinitionen von Michaela Moser und Martin Schenk im Kontext von Selbstorganisation armutsbetroffener Aktivist*innen an: Selbstorganisation bedeutet, dem gemeinsamen Handeln eine eigenständige und selbstverwaltete Struktur zu geben (vgl. Moser/Schenk 2014:554). Betroffene sind aktive Akteur*innen von Partizipation und Selbstorganisation. Betroffene ergreifen das Wort selbst. Selbstorganisation kann in Anbetracht des Maßes an Selbstbestimmung bzw. -kontrolle als starke Form der Partizipation gesehen werden. Selbstorganisation bezieht sich auf die Eigenlogik, Selbstermächtigung und Schaffung neuer Strukturen (vgl. Moser 2013:145).

Darüber hinaus widmen wir uns einem spezifischen Kontext von Selbstorganisation, nämlich dem von aktivistischen Migrant*innen. Der Politologe Çağrı Kahveci definiert im Kontext von Selbstorganisation türkischer Migrant*innen in Deutschland Selbstorganisation bzw. Selbstorganisierung wie folgt:

„Selbstorganisierung ist eine spezifische Form der sozialen Organisation und des kollektiven politischen Handelns. Selbstorganisierung als Prozess von unten erweist sich im Kontext der Partizipation von Migrant*innen als ein Schlüsselmoment für das Werden einer kohärenten politischen Kraft.“ (Kahveci 2017:7)

Interessant ist bei dieser Definition, dass Selbstorganisation als Prozess gesehen wird, der von „unten“ bzw. „Bottom-up“ entsteht. Dabei sieht Kahveci Selbstorganisation explizit als eine politische Organisationsform, die unabhängig von Staat, Organisationen und Parteien handelt. Die Antriebskräfte entstehen aus dem eigenen Handeln als Formen der Gegenmacht im Sinne von Selbstorganisation und Selbstkontrolle (vgl. Kahveci 2017:157). Demzufolge kann Selbstorganisation als zivilgesellschaftliche Initiative von aktivistischen Bürger*innen gesehen werden, die politische Interessen der „kleinen Menschen“ vertritt.

Der Politikwissenschaftler Kahveci liefert uns zudem Erkenntnisse über das Element des „Selbst“ in Selbstorganisation. Seine Forschung ergab, dass die Befragten sich am Beginn der Studie wenig Gedanken über das „Selbst“ machten. Erst durch die Forschung entfachte sich eine Debatte rund um das „Selbst“ des Kollektivs. Das „Selbst“ besitzt in Selbstorganisationen keinen essenziellen Charakter, sondern ist situativ und relational konstruiert. Es entsteht in einem dynamischen Abgrenzungsprozess mit oder von den anderen. Dieses „Selbst“ wird durch kulturelle, ökonomische und politische Einflüsse transformiert und durch neue Akteure verändert. Alles geschieht in einem machtvollen Prozess (vgl. Kahveci 2017:159). Aus Kahvecis Forschungserkenntnissen lässt sich

somit ableiten, dass das kollektive „Selbst“ in selbstorganisierten Gruppen durch die Interaktion in der Gruppe konstruiert wird. Diese Konstruktion ist nicht statisch, sondern entwickelt sich dynamisch und wird immer neu ausverhandelt. Dieser fließende Charakter von selbstorganisierten Gruppen ist daher einflussreich für die Identitätsbildung des Kollektivs. Auf der anderen Seite wird die Identität der Gruppe auch in Abgrenzung zur Umwelt, dem sogenannten „othering“– einem Prozess, in dem Menschen durch die Abgrenzung zum „Wir“ zu „Anderen“ konstruiert werden – gebildet. Der Begriff des „otherings“ findet sich in den theoretischen Abhandlungen von Gayatri Chakravorty Spivak. Die postkoloniale Literaturkritikerin spricht in ihrer feministischen marxistischen Kritik von „othering“ als Prozess in imperialen und kolonialistischen Diskursen, die Anderen (Eingeborenen) als das „im Machtdiskurs ausgeschlossene Andere“ zu konstruieren, um die Übermacht der Kolonisator*innen zu sichern (vgl. Spivak 1985).

In Bezug auf selbstorganisierte Kontexte von aktivistischen Migrant*innen ist somit eine doppelwirksame Dynamik zu beobachten: Machtvolle Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozesse sind u.a. Auslöser für die Entstehung von selbstorganisierten Gruppen. Gleichzeitig definieren sich selbstorganisierte Gruppen durch die Abgrenzung zu den „Anderen“ bzw. „Äußeren“.

3.4.2 Selbstorganisation. Formen, Auswirkungen und Ziele

Nach der Beschäftigung mit den Begrifflichkeiten stellt sich die Frage nach Formen und Orten der Selbstorganisation, Auswirkungen auf das Individuum und die Gruppe sowie Zielen von Selbstorganisation.

Erstens: Selbstorganisation schafft Zusammenschlüsse und kollektive Räume.

Moser und Schenk betonen, dass Selbstorganisation nicht sofort in politischer Aktion mündet, sondern sich in Zusammenschlüssen betroffener Menschen zur gegenseitigen Unterstützung und Stärkung manifestiert (vgl. Moser/Schenk 2014:560). Gemeinsame Motivationen, Interessen und Ziele der Beteiligten entstehen freiwillig als Kontext. Wichtig ist die Verschiedenheit und Gleichheit und Mitbestimmung von allen (vgl. wip* 2006:5).

Kahveci spricht im Kontext von Selbstorganisation von Migrant*innen von kollektiven Orten:

„[...] in denen Migrant*innen sich staatlicher Kontrolle und ebenso wie Formen der gouvernementalen Disziplin zu entziehen versuchen. Sie sind Ausdruck von Kooperationen im Alltag, in denen nicht nur die kollektive Solidarität zum Tragen kommt, sondern auch Alternativen zu den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen entwickelt werden. So sind sie Orte, wo situiertes Wissen generiert und soziale Fähigkeiten neu erworben und eingesetzt werden.“ (Kahveci 2017:12)

Auch im Zusammenhang selbstorganisierter armutsbetroffener Aktivist*innen sprechen Moser und Schenk von der Entstehung von Orten, wo Ausgeschlossene das Wort ergreifen und kollektive Handlungen setzen. Diese Aktionen geschehen in den spezifischen Lebensrealitäten von Betroffenen und persönliche Ressourcen werden aktiviert. Dabei können auch öffentliche Räume als Bühnen genutzt werden und abwertende Begriffe, die von den Machtinhaber*innen über die Betroffenen gestülpt wurden, können neu besetzt und übernommen werden (vgl. Moser/Schenk 2014: 560). Man denke hier an die „Lesben- und Schwulenbewegung“ oder die „Hurenbewegung“, denen es geglückt ist, den pejorativen Bezeichnungen eine umgedrehte Konnotation zu geben.

Zweitens: Selbstorganisation führt zu Selbstermächtigung des Individuums und der Gruppe.

Die politische Philosophin und feministische Aktivistin Birge Krondorfer betont in Bezug auf Selbstorganisation von aktivistischen Migrant*innen soziale und politische Auswirkungen von Selbstorganisation: „[...] die stärkende Erhaltung des Selbst der Subjekte, Autonomie des Kollektivs und Überschreitung des normativ Vorgegebenen“ (vgl. Krondorfer 2006:5). Dabei ist Partizipation Voraussetzung und Ziel von selbstorganisierten und selbstbestimmten Gruppen, und somit wird ein Raum für ein gemeinsames Drittes im Lichte des Zusammenhalts statt Abkapselung kreiert. Betroffene mit ähnlichen Positionen und Erfahrungen schenken sich gegenseitige Anerkennung in diesem Raum, und nach Außen bzw. der Öffentlichkeit vermittelt es Empowerment. Die Verschiedenheit und Gleichheit der Teilnehmer*innen wird als Stärkung in der Differenz wahrgenommen (vgl. ebd.:5). In selbstorganisierten Gruppen wird durch gegenseitige Anerkennung und Formierung eines schützenden Raumes eine individuelle und kollektive Selbstbewusstseinsstärkung erreicht (vgl. ebd.:5). Auch der Politologe Kahveci betont die stärkende Wirkung von Selbstorganisation: „Selbstorganisation ermöglicht Empowerment im Sinne von Bewusstseinsbildung, Entwicklung handlungsorientierter Perspektiven und Umsetzung in tatsächliches Handeln“ (vgl. Kahveci 2017:158).

Drittens: Selbstorganisation verfolgt konkrete Ziele wie Interessenvertretung, Stärkung der kollektiven Identität und Kampf gegen Machtungleichgewichte, Freiheitsbestrebungen, Repräsentation, Anerkennung und Umverteilung.

Aktivist*innen mit Armutserfahrungen streben an, ihre von der Mehrheitsgesellschaft marginalisierten Interessen zu verfechten und ein Netzwerk für reziproke Unterstützung zu bilden. Dabei arbeiten sie bewusst gegen Machtverhältnisse und versuchen, durch das Kollektiv und teilweise durch Allianzen mit Unterstützer*innen Druck aufzubauen (vgl. Moser/ Schenk 2014:554).

Kahveci betont, dass Selbstorganisation darauf abzielt, abgesehen davon eine kollektive Identität zu kreieren, einen Raum für gemeinschaftlich Erlebtes und Erfahrungen zu schaffen. Dabei ist das Kollektiv auf Dauer ausgelegt und bietet Platz für gemeinsame Bedeutungen und Gefühle (vgl. Kahveci 2017:158.). Zudem besteht in selbstorganisierten Gruppen nicht nur das Bedürfnis nach sozialem Ausgleich, sondern auch der Wunsch nach mehr Freiheit (vgl. Moser/Schenk 2014:567).

Der Migrationsforscher Ljubomir Bratič spricht im Kontext von migrantischer Selbstorganisation in Österreich von einer politischen Form des Widerstands gegen das rassistische und politische System. Des Weiteren geht es darum, die Gruppe in der Diaspora zu stärken und zu vernetzen bzw. mehr Partizipation zu erzielen (vgl. Bratič 2001:523-524).

Die feministische Philosophin Nancy Fraser spricht im Zusammenhang feministischer, selbstorganisierter sozialer Bewegungen von der Wichtigkeit der drei Elemente Repräsentation, Umverteilung und Anerkennung. Der Slogan „No recognition without redistribution!“ ist für sie sehr aussagekräftig und betont das Ineinanderwirken von sozioökonomischen und politischen Umverteilungsprozessen mit der Repräsentation und sozialen Anerkennung einer selbstorganisierten Bewegung (vgl. Fraser/Naples 2004:o.A.).

Fraser liefert uns hierbei einen wichtigen Hinweis für den Erfolg von selbstorganisierten Bewegungen im Sinne eines sozialen Wandels. Selbstorganisierte Gruppen und ihre Interessen können nur anerkannt werden, wenn eine sozioökonomische Umverteilung und eine politische Transformation in der Gesellschaft stattfinden.

Selbstorganisation. Abgrenzung zu Partizipation

Selbstorganisation und Partizipation werden oft in einem Satz und als Synonyme verwendet. Auch von Expert*innen der Sozialen Arbeit werden diese verwandten und doch so fernen Begrifflichkeiten vertauscht. Selbstorganisation wird oft als starke Form von Partizipation unterschieden. Es gibt jedoch signifikante Unterschiede. Wie unterscheiden sich die Begriffe? Wo liegen die Trennlinien?

Im vorherigen Kapitel zu Partizipation wurden bereits mehrere Modelle der Partizipation aus der sozialarbeiterischen Wissenschaft erläutert (vgl. Kapitel 3.3). Was alle diese Modelle verbindet, ist ihr stufenartiger Charakter und die letzte Stufe der Selbstorganisation. Die Theoretiker*innen nennen es „Bürgerkontrolle“ (Arnstein 1972:195), „Eigenständigkeit“ (Lüttringhaus 2000:44), „Selbstständige Organisation“/„Selbstorganisation“ (Wright/Block/Unger 2007:2, 2010:42) bzw. „Zivilgesellschaftliche Eigenaktivität“ (Straßburger/Rieger 2014:233).

Laut der Sozialarbeitswissenschaftlerin Michaela Moser ist Selbstorganisation eine spezielle Form der Partizipation und muss von dieser abgegrenzt werden. Selbstorganisation bezieht sich auf die Eigenlogik, Selbstermächtigung und Schaffung neuer Strukturen. Partizipation hingegen bezieht sich auf die Teilnahme bestehender Strukturen und ist oft mit einem Verbesserungsgedanken versehen. Moser betont jedoch auch, dass eine genaue Abgrenzung nicht immer möglich ist (vgl. Moser 2013:148-149). Moser weist darauf hin, dass bei verschiedenen Formen oder Stufen der Partizipation die strukturellen Rahmenbedingungen, der spezifische Kontext und die damit verknüpften unterschiedlichen Ebenen von Entscheidungs- und Handlungsmacht reflektiert und beachtet werden müssen. Aufgrund dessen spielen Prinzipien der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung eine große Rolle (vgl. Moser 2013:146-148). Die Abgrenzung zwischen Selbstorganisation und Partizipation sowie der Zugang und Veränderungsmöglichkeiten von Machtstrukturen muss spezifisch hinsichtlich des Spezifikums des Projektes, der Organisation und des gesellschaftlichen Kontextes erfolgen. Außerdem sind Spielräume und die Übernahme bzw. Übertragung von Verantwortungen von Relevanz (vgl. Moser 2013:148).

Abschließend stellt sich die Frage, ob aufgrund des speziellen Charakters und der selbstermächtigten Struktur von Selbstorganisation diese nicht immer gesondert von Partizipation betrachtet werden sollte, und nicht als Stufe derselben. Das Wesen von Selbstorganisation widerspricht nämlich einem stufenartigen Modell, das einen hierarchischen Beigeschmack trägt. Aufgrund dessen ist eine Differenzierung der beiden

Begrifflichkeiten besonders in sozialarbeiterischen Kontexten fundamental und sollte mehr Aufmerksamkeit sowohl in der Theorie als auch in der Praxis erfahren.

3.4.3 Selbstorganisation. Eine Form des sozialen Engagements

In diesem Abschnitt widmen wir uns der Frage: Ist Selbstorganisation eine Form des bürgerschaftlichen gesellschaftspolitischen Engagements? Dabei werfen wir einen Blick auf bürgerschaftliches Engagement von sozial benachteiligten Gruppen.

Die sozialpädagogische Wissenschaftlerin Chantal Munsch deutet auf die Diversität von bürgerschaftlichem Engagement hin. Im Besonderen nimmt sie Bezug auf sozial benachteiligte Gruppen:

„Gesellschaftliche Beteiligung und Mitgestaltung kann auf vielen verschiedenen Ebenen stattfinden, von der gegenseitigen nachbarschaftlichen Unterstützung bis zum weltweiten politischen Protest. Insofern hat auch bürgerschaftliches Engagement eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung. [...] Die Thematisierung von Engagement und sozialer Benachteiligung verdeutlicht jedoch die Grenzen dieser Art von bürgerschaftlichem Engagement und fordert einen anderen Zugang.“ (Munsch 2003:24)

Die Sozialwissenschaftlerin verdeutlicht, dass soziale Benachteiligung als Hinweis von gesellschaftlicher Reproduktion sozialer Ungleichheiten gesehen werden soll. Das Interesse an bürgerschaftlichem Engagement von sozial benachteiligten Gruppen ist oft verknüpft mit dem Wunsch nach Verbesserungen der eigenen Lebensbedingungen im Sinne eines finanziellen und materiellen Interesses. Jedoch fordert sie eine Repolitisierung des Engagements im Zusammenhang mit sozialer Benachteiligung, da diese in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang von Ungleichheiten zu setzen ist (vgl. Munsch 2003: 24-25).

Institutionalisierte Formen von Engagement hängen stark, im bourdieuschen Sinne, von ökonomischem und kulturellem Kapital wie Erbstatuts, Einkommen und Bildungsgrad ab.³ Je höher das ökonomische und kulturelle Kapital, desto höher der Anteil an institutionalisierter Freiwilligenarbeit (vgl. Bourdieu 2005: 49-62, Munsch 2003: 7-9). Munsch erwähnt die vielfältigen Formen von Solidarität sozial benachteiligter Gruppen wie Familien, die trotz eines engen Wohnraumes wohnungslose Nachbar*innen und Bekannte aufnehmen (vgl. Munsch 2003:12).

³ Unter ökonomischem Kapital versteht Bourdieu alle unmittelbar oder direkt in Geld konvertierte akkumulierte Arbeit. Unter inkorporiertem Kulturkapital versteht Bourdieu all diese akkumulierte Arbeit, die in Form von verinnerlichter Aneignung von Kultur beispielsweise über den Bildungsweg erworben wurde (vgl. Bourdieu 2005:49-55).

Die Wissenschaftlerin kritisiert ein kulturelles eindimensionales Verständnis der Formen von Engagement, die nur im organisationalen Rahmen unter bestimmten Interaktions- und Beteiligungsformen stattfinden. Sie appelliert daran, einen rekonstruktiven Blick auf die Lebenslagen sozial benachteiligter Gruppen zu werfen, um individuelle Formen des Engagements zu verstehen (vgl. Munsch 2003:24-25).

Im Sinne von Munschs theoretischen Überlegungen kann Selbstorganisation auch als Form des bürgerschaftlichen gesellschaftspolitischen Engagements von sozial benachteiligten und nicht benachteiligten Gruppen gesehen werden. Dabei folgt Selbstorganisation keinen vorgegebenen organisationalen Rahmenbedingungen, sondern schafft eine eigene Struktur für gesellschaftspolitisches Engagement.

3.4.4 Selbstorganisation. Verknüpfungen zur Gemeinwesenarbeit

Die Leser*innen wurden bereits im Kapitel 3.1 an die Gemeinwesenarbeit herangeführt. An dieser Stelle beschäftigen wir uns mit der Verknüpfung von Selbstorganisation zur Gemeinwesenarbeit. Diese Brücke versucht diese Masterarbeit zu bauen.

Theoretiker*innen der Gemeinwesenarbeit weisen in ihren Beschreibungen von Gemeinwesenarbeit auf Selbstorganisation als zentrales Ziel hin. Sabine Stövesand und Christoph Stoik sprechen über Gemeinwesenarbeit wie folgt:

„Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet“ (Stövesand/Stoik 2013:21)

Das Zitat lässt darauf schließen, dass Selbstorganisation als Konzept in der Gemeinwesenarbeit vertreten ist und auch eine kollektive Selbstorganisation unterschiedlicher Bürger*innen eines Sozialraums möglich ist.

Der Sozialarbeitswissenschaftler Michael Rothschuh spricht im Kontext des Community Organizing in der Gemeinwesenarbeit von Selbstorganisation als praktischen Ansatz für mehr Bürger*innenbeteiligung und Verbesserung der Lebenssituation:

„Beteiligung, Aktivierung und Selbstorganisation können praktisch umgesetzt werden durch den Aufbau von handlungsmächtigen Beziehungen, Aktionen zur Verbesserung der Lebenslage sowie den Aufbau bürgerschaftlicher Assoziationen.“ (Rothschuh 2013:38)

Unter Community Organizing versteht der Autor einen:

„[...] Prozess des Aufbaus und der Entwicklung von dauerhaften BürgerInnenorganisationen in unterprivilegierten Stadtteilen, Städten und Regionen [...]. Community Organizing hat zum Ziel, Macht zu gewinnen um konkrete, von den BewohnerInnen identifizierte, Interessen zum Wohle des Gemeinwesens umzusetzen.“ (Rothschuh 2013:375)

Selbstorganisation kann in diesem Sinne als Ansatz des Community Organizings gesehen werden, das wiederum eine Methode im breiten Spektrum der Gemeinwesenarbeit darstellt. Der neue Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation selbst stellt eine Weiterentwicklung dieser Verknüpfung zwischen Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation dar. Zu den genaueren Pfeilern dieser Brücke mehr im Kapitel 4.3.

3.4.5 Selbstorganisation. Kritische Stimmen

Im Sinne einer kritischen Sozialarbeit werfen wir in diesem Unterkapitel einen differenzierten Blick auf Selbstorganisation. Wir beschäftigen uns mit den Herausforderungen von Selbstorganisation, dem Zusammenspiel von Selbstorganisation und Konflikt bzw. Krise, Entdemokratisierungsprozessen und der Auslagerung von sozialstaatlicher Verantwortung.

Herausforderungen von Selbstorganisation

Selbstorganisation als Selbstermächtigung durch Schaffung eigener Strukturen hört sich wunderbar an. Nichtsdestotrotz birgt ein selbstorganisierter Prozess eine Reihe an Herausforderungen und Schwierigkeiten.

Zuallererst seien die Machtverhältnisse, die Ressourcenzugänge und die Gefahr einer Bevormundung erwähnt. Moser und Schenk sprechen im Kontext selbstorganisierter armutsbetroffener Menschen von der langsamen Einflussnahme und dem Veränderungspotential von Initiativen auf die Lebensrealitäten der Betroffenen. Außerdem schafft es nur eine kleine Anzahl von Menschen mit Armutserfahrungen im tagtäglichen Überlebenskampf, genügend Zeit und Energie aufzuwenden, um sich zu organisieren und zu vernetzen (vgl. Moser/Schenk 2014:561).

Des Weiteren weisen selbstorganisierte Gruppen eine hohe Diversität der Akteur*innen auf. Beispielsweise fallen unter Menschen mit Armutserfahrungen Pensionist*innen, Alleinerzieher*innen, Migrant*innen, Erwerbslose, Menschen mit psychischen und

körperlichen Krankheiten usw. All diese Menschen verbindet die prekäre ökonomische Situation. Nichtsdestotrotz unterschieden sie sich maßgeblich in ihren Lebenslagen, Interessen und Bedürfnissen (vgl. Moser/Schenk 2014:564).

Außerdem herrscht eine hohe Fluktuation in selbstorganisierten Gruppen. Zum Beispiel kann durch eine Veränderung in der Lebensrealität, wie ein Arbeitsplatz oder elterliche Pflichten, die Gruppenzugehörigkeit wegfallen oder zeitliche Ressourcen einen daran hindern, sich weiterhin aktiv einzubringen (vgl. Moser/Schenk 2014:564-565).

Darüber hinaus bedeutet Selbstorganisation die Bereitschaft, finanzielle Ressourcen zu teilen und soziale Netzwerke frei zu machen, sowie die Anerkennung der eigenen Person oder Organisation zu teilen (vgl. Moser 2013:152). Falls sich nichtbetroffene Menschen solidarisch mit betroffenen Menschen zeigen und sie unterstützen wollen, dürfen Machtverhältnisse nicht verschleiert werden (vgl. Moser/Schenk 2014:565). Diese sollten transparent kommuniziert und reflektiert werden.

Selbstorganisierte Gruppen stehen somit oft vor der Herausforderung, sehr diverse Menschen für gemeinsame Interessen zu vereinen und dabei Machtverhältnisse und soziale Ungleichheiten mitzudenken.

Selbstorganisation. Krise und Entdemokratisierung

Auch der krisenhafte Charakter von Selbstorganisation sowie Selbstorganisation als Reaktion auf eine Entdemokratisierung der Gesellschaft darf nicht außer Acht gelassen werden.

Wie bereits bei Menschen mit Armutserfahrungen angedeutet, handelt es sich bei selbstorganisierten Gruppen oft um Menschen, die von sozialen Krisen bzw. Ausgrenzungskrisen betroffen sind (vgl. Moser 2013:149).

Darüber hinaus thematisiert Kahveci im Kontext von migrantischer Selbstorganisation die Auswirkung von Selbstorganisation, da nötige Mittel für kritisches Wissen und Fähigkeiten aufgebracht werden müssen. Im Zuge dieses Wissenserwerbs kann man in Konflikt mit gesellschaftlichen Normen und Machtverhältnissen, Kontrolle und Disziplin geraten (vgl. Kahveci 2017:157).

Neben individuellen sozialen Krisen kann Selbstorganisation auch als Ergebnis einer zunehmenden Entdemokratisierung der Gesellschaft gesehen werden. Die

Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer spricht von einer rezenten Krise der Demokratie als „Erosion demokratischer Verfasstheit“, Einschränkung politischer und sozialer Rechte und schwindender Partizipationsmöglichkeiten im Sinne von Einschränkungen politischer Gestaltbarkeit und sozialer Teilhabe (vgl. Sauer 2013: 167). Die Krise der Demokratie manifestiert sich darin, dass Selbstbestimmung sowie eine aktive politische Teilhabe für den Großteil der Bürger*innen sich immer schwieriger oder sogar unmöglich gestaltet (vgl. Sauer 2013:169). Durch die (post-)demokratische Form des Citizenship, die eine Schnittstelle von Geschlecht, Klasse, Ethnizität und Nationalität darstellt, werden partizipative Handlungsräume und Selbstbestimmung eingeschränkt (vgl. Sauer 2013:178). Die Politologin beobachtet sechs Tendenzen in der Entwicklung des Citizenship-Regimes:

- Vermarktlichung von sozialen und politischen Rechten (z.B. durch Abbau sozialer Sicherheitssysteme ist es für arme oder erwerbslose Menschen zunehmend unmöglich Staatsbürger*innen zu sein)
- Prozesse der Responsibilisierung: Bürger*innen sind im neoliberalen Staat selbstverantwortlich für soziale Risiken des Lebens
- Disziplinierung durch Staatsbürgerschaft als Kriterien der Zugehörigkeit (z.B. durch Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft)
- Verschiebung von Umverteilung zu Anerkennung (z.B. Intensivierung von Anerkennungspraktiken wie Antidiskriminierungspraktiken, aber keine sozioökonomische Umverteilung)
- Sekuritisierung (Versicherheitlichung) von Staatsangehörigkeit (z.B. selektive Schließung von Grenzen und innere Grenzziehung gegenüber Migrant*innen)
- Politische Intersektionalität: Ausgrenzende Verknüpfung von Geschlecht, Ethnizität/ Nationalität und Religion von oben (vgl. Sauer 2013: 178-181).

Außerdem weist Sauer auf den neoliberalen Transformationsprozess demokratischer Institutionen hin, der eine politische Entmündigung von Bürger*innen bewirkt. Des Weiteren verhindern neue biopolitische Strategien im Sinne einer Verschränkung von Migrations-, Integrations- und Geschlechterpolitik aktive politische Partizipation und Selbstbestimmung auf der Basis von Rechten (vgl. Sauer 2013:182). Ein einfaches Beispiel wäre das Wahlrecht, das strikt an das Konzept der Citizenship gekoppelt ist und somit die politische Mitbestimmung von Migrant*innen massiv einschränkt.

Auch Moser weist kritisch daraufhin, dass Responsibilisierungs- und Individualisierungsbestrebungen in Selbstorganisationsdiskursen als Auflehnung gegen

das wachsende System postdemokratischer Entpolitisierung zu sehen sind (vgl. Moser 2013:151). Des Weiteren kann ein Bestreben nach Selbstorganisation von sozialen Gruppen ein Hinweis dafür sein, dass ihrer Stimme kein Gehör geschenkt wird und sie das Bedürfnis nach mehr Mitspracherecht verspüren. Kritisch betrachtet würde Selbstorganisation auch bedeuten, politische Entscheidungsfindungsprozesse auszulagern und Verantwortung abzugeben (vgl. Moser 2013:ebd.).

Als Lösungsansatz führt Moser an, das Wissen und Fähigkeiten der Betroffenen stärker zu nützen, informelle Netzwerke zu kräftigen und neue Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse und Projekte zu entwickeln, sowie neue Formen der Governance für mehr oder bessere Beteiligung zu suchen (vgl. Moser 2013: 154).

Zusammenfassend kann die Aussage getätigt werden, dass der Prozess von Selbstorganisation zwei Seiten aufweist. Selbstorganisation kann gleichermaßen als Reaktion und als Ausweg für soziale Krisen und Entdemokratisierung gesehen werden.

Sozialarbeiterische Skepsis gegenüber Selbstorganisation

Im vorliegenden Abschnitt beschäftigen wir uns mit der folgenden Fragestellung: Wie äußert sich sozialarbeiterische Skepsis gegenüber Selbstorganisation?

Die Expertin für Partizipation und Selbstorganisation Moser erwähnt die häufige Skepsis von Praktiker*innen und Theoretiker*innen Sozialer Arbeit in Bezug auf die sich eröffnenden Spiel- und Handlungsräume von Selbstorganisation. Selbstorganisation von Betroffenen führt nämlich dazu, dass Machtverhältnisse, Rollenverständnisse und Notwendigkeiten von Sozialarbeiter*innen infrage gestellt und reflektiert werden müssen (vgl. Moser 2013:145). Diese Skepsis steht jedoch im Gegensatz zum Empowerment-Ansatz in der Sozialen Arbeit:

„Ziel von Empowerment ist demnach, grundsätzlich vorhandene Fähigkeiten der Menschen zu kräftigen und Ressourcen aufzubauen, zu stärken und freizusetzen, die für ein selbst bestimmtes Ausgestalten eigener individueller Lebenswege und Lebensräume förderlich sind. Empowerment ist aus professioneller Sicht das Anstiften zur (Wieder-) Aneignung von Selbstbestimmung und das Ausfüllen des eigenen Lebensalltags.“ (Sohns 2007:82)

Neben dem Ziel einer persönlichen Selbstbestimmung erwähnt der Sozialwissenschaftler Armin Sohn auch gesellschaftskritische Ansätze von Empowerment in der Gemeinwesenarbeit, wo es das Ziel ist, bessere Lebensbedingungen, Selbstbestimmung und Chancengleichheit für alle zu schaffen (vgl. ebd.).

Wie in anderen Bereichen der Sozialen Arbeit ist auch bei sozialarbeiterisch begleiteter Selbstorganisation ein ständiger Balanceakt zwischen Fürsorge und Empowerment, Zusammenarbeit und Distanzierung gefragt. Unterstützung statt Bevormundung von sozial benachteiligten Gruppen ist angebracht. Darüber hinaus besteht ein Spannungsverhältnis zwischen der Eigenständigkeit sich organisierender Gruppen und der Effektivität ihres Tuns (vgl. Moser 2013:8).

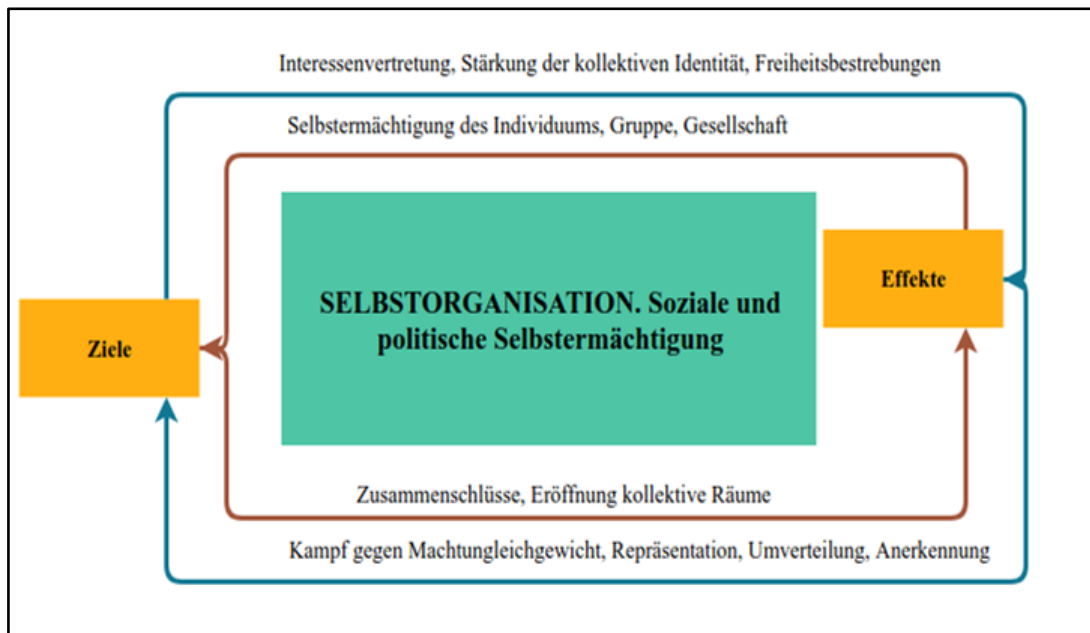
Als Lösung bietet sich die folgende Arbeitsweise und Haltung an: Eine offene Kommunikation und ein ehrlicher Umgang bei Ambivalenzen und Kritikpunkten ist angebracht. Außerdem ist ein Organisations- und Zusammenarbeitsmodell wie die Soziokratie passend, das den hierarchischen Machtverhältnissen entgegenwirkt. Eine gemeinsame kritische Reflexion ist notwendig, um Gefühle von Disempowerment zu überwinden und transparent Machtverhältnisse anzusprechen. Talente und Kooperationen sollen gefördert werden. Eine Loslösung entstehender autonomer Gruppen von Organisationen soll möglich sein (vgl. Moser 2013:154).

Im Sinne eines kritischen Blickes sollte Soziale Arbeit bei Selbstorganisationsprojekten Kategorisierungen und Terminologien ständig hinterfragen, um nicht einem „othering“ zu verfallen (vgl. Moser/Schenk 2014:567).

3.4.6 Resümee. Selbstorganisation. Soziale und politische Selbstermächtigung

Das vorliegende Kapitel hat zu Beginn an die Geschichte und Begrifflichkeiten von Selbstorganisation herangeführt. Anschließend wurde der Prozess von Selbstorganisation, vor allem im Kontext von Aktivist*innen mit Armutserfahrungen und oder mit Migrationshintergrund, diskutiert.

Zusammenfassend kann die Selbstorganisation als sozialer und politischer Prozess der Selbstermächtigung von Bürger*innen gesehen werden, der Zusammenschlüsse und kollektive Räume eröffnet, Selbstermächtigung des Individuums und der Gruppe bewirkt und konkrete Ziele wie Interessenvertretung, Stärkung der kollektiven Identität und Kampf gegen Machtungleichgewichte, Freiheitsbestrebungen, Repräsentation, Anerkennung und Umverteilung verfolgt. Dabei muss Selbstorganisation aufgrund ihrer Eigenmächtigkeit klar von Partizipation abgegrenzt werden. Diese Abgrenzung muss in der Praxis immer kontextabhängig definiert werden. Die folgende Abbildung illustriert Selbstorganisation, ihre Ziele und Effekte.



Darüber hinaus hat das Kapitel gezeigt, dass Selbstorganisation zu den Ansätzen der Gemeinwesenarbeit gezählt werden kann. Es sei an dieser Stelle kritisch betont, dass selbstorganisierte Initiativen meist ohne sozialarbeiterische Unterstützung bestehen. Zudem kann Selbstorganisation zu sozialarbeiterischer Skepsis führen. Im Sinne einer kritischen Sozialen Arbeit dürfen daher bei selbstorganisierten Gruppen nie Machtverhältnisse, soziale Ungleichheiten, individuelle Krisen, Ausgrenzungen, Entdemokratisierungstendenzen sowie Auslagerungen von sozialstaatlichen Verantwortungen an selbstorganisierte zivilgesellschaftliche Gruppen verschleiert werden. Wie eine mögliche sozialarbeiterisch begleitete Selbstorganisation für alle Menschen eines Sozialraums auf eine reflexive und machtkritische Weise gestaltet sein könnte, erfahren die Leser*innen im Kapitel 4.3 „Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation. Frischer Wind für die Gemeinwesenarbeit?“.

Aufgrund der dargestellten Potenziale von Selbstorganisation bedarf es einer Wiederbelebung des sozialarbeiterischen Diskurses rund um Selbstorganisation in der Gemeinwesenarbeit. Für eine Auffrischung der Debatte stehen aus unserer Perspektive besonders zwei Themen im Fokus: Die sozialarbeiterische Skepsis gegenüber Selbstorganisation sowie der Balanceakt zwischen Empowerment und Bevormundung. Eine ausführliche Beschäftigung mit diesen Gegenständen würde den Rahmen dieser Masterarbeit sprengen. Wir sehen diese Masterarbeit jedoch als Chance, Denkanstöße für die sozialarbeiterische Praxis und Theorie zu Selbstorganisation in der

Gemeinwesenarbeit zu setzen. Dafür wenden wir uns im nächsten Theoriekapitel der Materie Governance zu.

.....

Literatur

- Arnstein, Sherry R. (1972): Stufen der Bürgerbeteiligung. In: Lauritzen, L. (Hg.Innen): Mehr Demokratie im Städtebau. Hannover, 192-218.
- Bourdieu, Pierre (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht, VSA-Verlag: Hamburg.
- Bratič, Ljubomir (2001). Selbstorganisation im migrantischen Widerstand: ein Diskussionsanstoß. SWS-Rundschau, 2001/41, 516-536.
- El-Nagsahi, Faika (2010): „Weder Schuldige, noch Opfer“ Ermächtigungsstrategien im Kontext von Migration und Sexarbeit. In: L' homme, 2010/21, 75-83.
- Evers, Adalbert (2010): Zivilgesellschaft, Engagement und soziale Dienste, In: Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/ Birger, Hartnuss, (Hg.Innen) Engagementpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fraser, Nancy/ Naples, Nancy (2004): To Interpret the world and to change it. An interview with Nancy Fraser. In: Signs, 2004/4, 1103-1124.
- HOPE. o.A. Homeless in Europe. Hope Austria/Österreich [Zugriff 30.12.2019].
- Kahveci, Çağrı (2017): Migrantische Selbstorganisation im Kampf gegen Rassismus. Die politische Praxis ausgewählter antirassistischer Gruppen türkeistämmiger Migrant*innen. Unrast: o.A..
- Kreft, Dieter/ Mielenz, Ingrid (2017): Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik. Weinheim, Basel: Beltz.
- Krondorfer, Birge (2006): Migrantische Selbstorganisationen im Mittelpunkt. Eine Entscheidung der Entwicklungspartnerschaft wip*. In: Migrantische Selbstorganisation als politische Handlung (o. Hg.Innen.). Wien: Fiona, 3-5.
- Lüttringhaus, Maria (2000): Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äusseren Neustadt. Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- MAIZ o.A. maiz ist ...<https://www.maiz.at/maiz/maiz-ist> [Zugriff 30.12.2019].
- Moser, Michaela (2013): Selbstorganisation und Krise. In: Bakic, J./Diebäcker, M./Hammer E. (Hg.Innen) Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Wien: Löcker, 144-158.
- Moser, Michaela/ Schenk, Martin (2014): Armutsbetroffene als Akteure: Partizipation und Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrungen. In: Nikolaus Dimmel, Martin Schenk und Christine Stelzer-Orthofer (Hg.Innen): Handbuch Armut in Österreich: 554 – 567.
- Munsch, Chantal (Hg.in) (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Juventa: Weinheim, München.
- Orient Express. 2019: Über uns. <https://www.orientexpress-wien.com/ueber-uns> [30.12.2019].

- Oy, Gottfried (2008): Selbstorganisation: Ein nicht eingelöstes Emanzipationsversprechen von 1968. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2008/21, 79-86.
- Rothschuh, Michael (2013): Community Organizing-Macht gewinnen statt beteiligt werden. In: Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland-Schweiz-Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Barbara Budrich: Opladen, Berlin, Toronto, 375-383.
- Sauer, Birgit (2013): Komplexe soziale Ungleichheiten, Citizenship und die Krise der Demokratie, In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.Innen): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen, Münster (Westfälisches Dampfboot), 167-185.
- Straßburger, Gaby / Rieger, Judith (2014): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (Hg.Innen) (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland-Schweiz-Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Barbara Budrich: Opladen, Berlin, Toronto.
- Sohns, Armin (2009): Empowerment als Leitlinie Sozialer Arbeit. In: Michel-Schwartz, Brigitta (Hg.in): Methodenbuch Soziale Arbeit. Basiswissen für die Praxis. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75-101.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives, In: History and Theory 1985/24, 247-272.
- wip* (2006): Migrantische Selbstorganisation als politische Handlung: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/migrantische_selbstorganisation_politische_handlung.pdf, [30.12.2019].
- Wright, Michael/ Block, Martina/ Unger, Hella von (2007): Stufen der Partizipation in der Gesundheitsförderung. In: Gesundheit Berlin (Hg.in): Dokumentation 13. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit. Berlin.
- Wright, Michael/ Block, Martina/ Unger, Hella von (2010): Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention. In: Wright, Michael (Hg.): Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention. Bern: Verlag Hans Huber, 35-52.

Abbildungen

Abbildung 6 Selbstorganisation. Soziale und politische Selbstermächtigung (eigene Darstellung)	125

.....

3.5 Governance

Kopp Alexander

Unsere Gesellschaft verändert sich immer schneller. Die Globalisierung schreitet voran und beeinflusst die politischen Agenden der europäischen Staaten immer mehr (vgl. Europäische Kommission 2017:3). Mit dieser Entwicklung wird eine wachsende sozialräumliche Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft in Verbindung gebracht (vgl. Bakic et. al. 2013:233). Dadurch findet ein sozialstaatlicher Rückbau statt, welcher Städte und Gemeinden mit der Bewältigung ihrer Probleme zurücklässt (vgl. ebd.). In Folge dessen tritt die Zivilgesellschaft und mit ihr das bürgerliche Engagement, im Sinne gesellschaftlicher Akteure*innen, zunehmend in Erscheinung (vgl. Enquete-Kommission 2002-2004; zit. in Paul 2013:213). Diesen Akteur*innen werden vier Dimensionen zugeordnet: Freiwilligkeit, Selbstorganisation, Gemeinwohlorientierung und Öffentlichkeit (vgl. Holzer 2011:193). Mit unserer Forschungsarbeit möchten wir der Sozialen Arbeit ermöglichen, sich dem bürgerlichen Engagement anzunehmen und Selbstorganisation innerhalb der Gemeinwesenarbeit zu fördern.

Hirsch (vgl. 2001:118) beschreibt den Staat aus der Governance-Perspektive als Moderator und Koordinator innerhalb eines Geflechts aus unabhängigen, gesellschaftlichen Akteur*innen und Gruppen. Vor diesem Hintergrund fließt der Governance-Diskurs mit seinen zentralen Versprechen – „Probleme effizienter, kooperativ und dialogisch zu bearbeiten“ (Brandt 2004:112) – in die theoretische Abhandlung dieser Masterarbeit ein.

Staaten, die sich in einer Moderatoren- oder Koordinatorenrolle wiederfinden, suchen nach neuen Möglichkeiten und Formen gesellschaftliche, ökonomische und politische Koordination und Steuerungen in komplexen, institutionellen Strukturen zu vereinen (vgl. Benz/Dose 2010a:6). Gemeinwesenarbeit findet zum Teil als staatlich gesteuerte Top-down Arbeit statt und ist ein Instrument, um Sozialräume zu organisieren. Damit könnte sie diese Anforderungen erfüllen.

Wie die Autoren Benz/Dose (vgl. 2010a:11) treffend beschreiben, ist Governance weder ein Theoriekonzept noch ein spezifischer Forschungsansatz; vielmehr ist es eine Art, auf die vorherrschenden Gegebenheiten zu schauen und könnte dazu dienen, Gemeinwesenarbeit in komplexen Strukturen zu analysieren. Der Governance-Ansatz bietet dazu den theoretischen Unterbau für diese Masterarbeit.

3.5.1 Governance vs. Government

Um im Vorfeld Klarheit zu schaffen, soll der Unterschied zwischen den Begriffen Governance und Government herausgearbeitet werden.

Government bedeutet im deutschen Sprachraum „Regieren“. Präziser bedeutet Government „die autonome Tätigkeit einer Regierung“ (Benz/Dose 2010b:18). Im Oxford Dictionary steht zu Government: „The group of people with the authority to govern a country or state“ (Dictionary Oxford 1989).

Governance wird in englischen Wörterbüchern wie folgt beschrieben: „the act or manner of governing“, „the office or function of governing“ (Dictionary Oxford 1989; zit. in. Benz 2004a:15). Governance beschreibt somit nicht nur die Vorgehensweise des „Regierens, Lenkens bzw. Steuerns und Koordinierens, sondern auch die Art und Weise dieser Tätigkeit“ (Benz/Dose 2010a:15). Mit diesem Begriff werden zudem dauerhafte und instrumentelle Aspekte des Regierens, Leitens und der Koordinierung beschrieben (vgl. ebd.). Weiter kann mit dem Begriff Governance Folgendes beschrieben werden:

„Mit Governance können die netzwerkartigen Strukturen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bezeichnet werden. Der Begriff bezieht sich somit ausdrücklich nur auf spezifische Formen der politischen Steuerung zwischen Staat und Gesellschaft, also auf die Realität des *kooperativen Staates*.“ (Mayntz 2002:21; zit.in. Benz/Dose 2010a:18)

Weiter wird mit dem Begriff noch die Selbststeuerung privater Akteur*innen in Verbindung gebracht, welche mit dem Staat zusammenarbeiten (vgl. Benz/Dose 2010a:18).

Governance kann somit als eine Erweiterung des Government-Begriffes gesehen werden. Laut Mayntz (vgl. 2003:1) ist die erweiterte Dimension der Akteur*innen von Governance besonders hervorzuheben, da diese die Wirtschaft und Zivilgesellschaft in das Verwalten und Steuern involviert und sich dadurch vom Government-Begriff abgrenzt. Zudem kann durch die Berücksichtigung der Aspekte von Governance eine Verschiebung von einseitigem hierarchischem Regieren hin zu mehr gemeinsamen Regierungsformen beobachtet werden (vgl. Mayntz 2003:1), was wiederum zu einer Erweiterung des Government-Begriffs führt.

Theoretisch zeigt die Governance-Perspektive das Verhältnis von Strukturen und Prozessen zwischen Institutionen und Akteuren auf (vgl. Benz/Dose 2004a: 21). Dies wird in der nachstehenden Abbildung veranschaulicht.

	Government <i>Staat vs. Markt bzw. Gesellschaft</i>	Governance <i>Staat, Markt und Netzwerke als komplementäre Steuerungsformen</i>
polity	• Fokussierung auf Staat • Mehrheitsdemokratie und Hierarchie als wichtigste Institutionen	• Institutionelle Struktur, die Elemente von Hierarchie, Verhandlungssystemen und Wettbewerbsmechanismen verbindet • Netzwerke
politics	• Wettbewerb zwischen Parteien um Machterwerb und zwischen Interessengruppen um Einfluss; • Konfliktregelung durch Entscheidung der zuständigen staatlichen Organe und Durchsetzung staatlicher Entscheidungen	• Konflikte zwischen regierenden/leitenden und regierten/betroffenen Akteuren • Steuerung und Koordination im Kontext institutioneller Regelsysteme • Verhandlungen staatlicher und/oder gesellschaftlicher Akteure • Anpassung institutioneller Regelsysteme
policy	• Gesetzgebung (Ge- und Verbote) • Verteilung öffentlicher Leistungen	• Verständigung (in Netzwerken und Gemeinschaften), Kompromisse, Tauschgeschäfte • Koproduktion kollektiver Güter • Netzwerkmanagement • Institutionenpolitik (Management des institutionellen Wandels)

Abbildung 7 Government und Governance (Quelle: Benz 2004a:21)

Für die Analyse von Strukturen innerhalb der Gemeinwesenarbeit könnte das Konzept der Governance einen Mehrwert hinsichtlich der Strukturierung bieten, da sich das Handlungsfeld der Gemeinwesenarbeit in diesem Geflecht befindet. Anhand der Tabelle werden die Unterschiede zwischen Government und Governance besonders deutlich. Auf der „politics“-Ebene in Abbildung 7 kann zum Beispiel deutlich die erweiterte Akteursdimension abgelesen werden, die bei der Governance-Perspektive einfließt. Dabei geht es nicht mehr nur um das Verhältnis innerhalb der Politik. Vielmehr treten die gesellschaftlichen Akteure bei Verhandlungen in Erscheinung, was für diese Masterarbeit ausschlaggebend ist.

3.5.2 Governance-Perspektiven

Das Governance-Konzept kann als Betrachtungsweise verwendet werden, um Prozesse genauer zu analysieren. Die Autor*innen Grunwald/Roß (vgl. 2014:26) unterscheiden zwischen einer analytischen und einer normativen Perspektive. Sie verweisen darauf, dass diese Perspektiven, auf Soziale Arbeit und Sozialwirtschaft angewendet, einen wichtigen Mehrwert leisten können, um Schwachstellen innerhalb der Dienste der Sozialen Arbeit zu erfassen (vgl. ebd). Ziel ist es, diese Schwachstellen analytisch aufzuschlüsseln, um daraus Handlungen für die Sozialwirtschaft genauer zu bestimmen (vgl. Nullmeier 2011: 292). Es folgt ein theoretischer Diskurs der normativen bzw.

strategischen Perspektive, um für diese Masterarbeit ein theoretisches Grundgerüst zu erarbeiten.

Governance als analytisches Konzept

Das Konzept der analytischen Governance-Perspektive hat seinen Ursprung in der Politikwissenschaft. Grund für die Etablierung dieser Perspektive sind die unzugänglichen und undurchsichtigen Strukturen des Verhältnisses zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. Benz/Dose 2010b:32).

Mit der analytischen Sichtweise auf Governance kann zunächst eine Übersicht geschaffen werden, auf die weitere Analysen folgen können (vgl. ebd.). Die Analyse der politischen Steuerung findet in verschiedenen Maßstäben statt. Als Beispiele werden hier Regional-, Global- und Multilevel-Governance Strukturen genannt. Analysiert werden sollen dabei zunächst die verschwimmenden Grenzen zwischen kommunaler, nationaler und internationaler Ebene. Danach folgt die Betrachtung der verschiedenen Funktionssysteme von Staat, Markt und deren Verflechtung zu den Politikfeldern (vgl. Grunwald/Roß 2014:27).

Grunwald/Roß (vgl. 2014:27) verweisen auf folgende gesellschaftliche und politische Entwicklungen, welche der Etablierung der analytischen Perspektive zugrunde liegen:

1. „Zunehmend komplexere – *gesellschaftliche Verflechtungen* bzw. Abhängigkeiten. Als Beispiel werden die immer größer werdenden Verflechtungen und Abhängigkeiten auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebenen angeführt“ (ebd.)
2. „Phänomene von *Veränderungen* bei der Steuerung solcher komplexen Abhängigkeiten“ (ebd.)

Dem Phänomen der Veränderung ordnen Grunwald/Roß (vgl. 2014:27) folgende Aspekte zu, welche auch für die Gemeinwesenarbeit von großer Bedeutung sein können. Grund dafür ist, dass sich Gemeindezentren als Steuerungsinstrument auf lokaler Ebene immer mehr etablieren könnten.

- „Politische Steuerung erfolgt immer weniger durch einen souveränen Staat und seinem Steuerungsmodus der Hierarchie. Regieren und Verwalten erfolgt immer mehr durch Zusammenwirken von verschiedenen Akteuren.
- Politische Steuerung kann nicht allein über den Markt und seinen zentralen Steuerungsmodus Wettbewerb/Konkurrenz erfolgen.“ (ebd.)

- „Politische Steuerung erfolgt nicht mehr nur exklusiv durch den Staat. Es gibt eine Entwicklung hin zu einem Mix aus verschiedenen Steuerungsmechanismen (Vertragsregeln, Kompetenzregeln, Kontrollbefugnissen, Mehrheitsregeln, Verhandlungsregeln).“ (Benz/Dose 2010b:25)
- „Es wird angeführt, dass sich „Governance-Strukturen von hierarchie-basierten (Staat), als auch [von] Konkurrenz-basierten (Markt) unterscheiden. Daraus entsteht ein horizontaler Modus kollektiven Entscheidens in Politiknetzwerken.“ (Grunwald/Roß 2014:28)

Die Soziale Arbeit befindet sich durch ihr „Tripelmandat“ im eben skizzierten Spannungsfeld und agiert als Verbindung zwischen den Mandaten (vgl. Staub-Bernasconi 2007:9). Vor allem die Gemeinwesenarbeit, als Fachdisziplin der Sozialen Arbeit, agiert zwischen den verschiedenen Ebenen und findet sich zwischen Bürger*innengruppen, öffentlichen und freien Träger*innen der Sozial- und Jugendhilfe, Stadtplanung, Wohnungswirtschaft sowie lokalen Ökonomien und Beschäftigungsträger*innen wieder (vgl. Gillich 2004:11). Dadurch eignet sich das analytische Konzept der Governance-Perspektive sehr gut, um dieses Spannungsfeld zu analysieren.

Governance als normatives und strategisches Reformkonzept

Governance als normatives oder strategisches Konzept kommt laut den Autor*innen Benz/Dose (vgl. 2010b:17) aus dem Zweig der Wirtschaftswissenschaft. Dort wird Governance als neues Konzept des Regierens eingeführt (vgl. Jann/Wegrich 2010:175), also als etwas bereits Existierendes. Papadopoulos (vgl. 2010:227) geht noch einen Schritt weiter und bezeichnet Governance als logische Weiterentwicklung für das Regieren in modernen Gesellschaften.

Es folgt nun ein Verweis auf folgende Aspekte, die im Kontext von Governance als Reformkonzept genannt werden:

1. „Fokussierung auf die inter-organisatorische Perspektive. Die Beziehung und Prozesse zwischen Organisationen und Akteursgruppen stehen im Fokus.
2. Etablierung von sektorübergreifenden Politiknetzwerken als neue Institutionalisierungsformen politischer Steuerungen. Dem entgegen steht die Government geprägte Form des ökonomisch-wettbewerblichen Steuerns.
3. Kombination von Steuerungsformen aus Staat, Markt und gesellschaftlichen Bereichen.
4. Gesellschaftliche Akteur*innen sollen in die Problembewältigung miteinbezogen werden. Top-down soll als vorherrschender Politikstil abgelöst und Stakeholder gemeinwohlorientiert und systematisch mit in das politische Steuern integriert werden.
5. Verhandlungen und Beratungen lösen Abstimmungen mit Mehrheitsprinzip ab. Eine Ablösung des konkurrenz-demokratischen Modells, hin zu einem konsens- demokratischen, soll etabliert werden. Dies beinhaltet eine Abschaffung des Top-down Prinzips. Eine Entscheidung soll auf einer gemeinsamen Vereinbarung basieren.“ (Grunwald/Roß 2014:30)
6. „Stärkung von sozialer, politischer und administrativer Kohäsion, von politischer und gesellschaftlicher Beteiligung, von bürgerschaftlichem und politischem Engagement.“
(Jann/Wegrich 2010:184)

Die Verantwortung des Staats für politische Steuerung und Koordination nimmt durch die eben beschriebenen Aspekte und Reformen der normativen Governance-Perspektive ab. Jedoch wird dem Staat weiterhin eine Steuerung des politischen Systems zugedacht. Renate Mayntz (2010:44) geht davon aus, dass auch im Kontext von Governance-Strukturen eine Instanz nötig ist, „die wenigstens dem Anspruch nach Verantwortung für das Ganze, eine Art Systemverantwortung trägt. Auch in einem demokratischen Gemeinwesen ist und bleibt diese Verantwortung die grundsätzliche Staatsfunktion.“

Für den Autor Nullmeier ist eine „aktivierende und kooperative Politik jene, die gesellschaftliche vorhandenen Potentiale für gemeinnütziges Handeln und Bildung von Bürgersinn ins Spiel bringt“ (Nullmeier 2005a:39). Diese Ansätze zur Förderung von potenzieller Selbstorganisation in einer gemeinwohlorientierten Ausrichtung wird in Kapitel 4.3 weiter ausgeführt und ist Teil dieser Forschungsarbeit. Governance als normatives und strategisches Reformkonzept bietet dafür ein theoretisches Konstrukt, um politische Rahmenbedingungen besser einschätzen und bestimmen zu können. Zudem bietet das normative Konzept von Governance bereits Handlungsempfehlungen, welche als Richtlinien die zukünftige Etablierung von Gemeinwesenarbeit verbessern könnten.

3.5.3 Was ist unter Governance zu verstehen? - Elemente von Governance im modernen Staat

Die Arbeit von Sozialarbeiter*innen innerhalb der Gemeinwesenarbeit heißt auch, sich mit verschiedenen Sektoren der politischen Arbeit auseinanderzusetzen. Das Handeln in staatlichen Strukturen ist somit ein wichtiger Bestandteil. Die eben beschriebenen Governance-Perspektiven bieten einen theoretischen Hintergrund. Nun sollen Governance-Elemente beschrieben werden, welche für die Soziale Arbeit wichtig sind.

Die Besonderheit an Governance in einem modernen Staat ist laut Autorin Mayntz (vgl. 2004:68) das Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft bei der Regelung von gemeinschaftlichen Interessen. Daher sind die nun beschriebenen Elemente von Governance wichtige Bestandteile für die Gemeinwesenarbeit und somit auch für die Soziale Arbeit: staatliche Bürokratie, Politiknetzwerke, Verhandlungssysteme, Selbstregulierung und Bedeutung von Verhandlung in einem modernen Staat.

Staatliche Bürokratie

Vorherrschend in unserem System ist die umfassende und hierarchisch organisierte staatliche Bürokratie (vgl. Mayntz 2004:68). Dieses Prinzip wird

„[...] im staatlichen Bereich zunehmend durch sachliche oder rechtliche Abhängigkeitsbeziehungen zwischen verschiedenen, nicht fest in die gleiche Hierarchie eingebundenen Behörden unterbrochen. Dadurch wächst auch im rein staatlichen Bereich die Notwendigkeit der Kooperation zwischen autonomen Akteuren.“ (Mayntz 2004:69)

Dabei greift Mayntz (vgl. ebd.) zur Illustration auf ein horizontales und vertikales Modell zur Veranschaulichung zurück. Sie schreibt der horizontalen Ausrichtung eine Koordination zwischen verschiedenen Ressorts einer Regierung zu. Die vertikale Ebene hingegen wird mit Kooperationsbeziehungen zwischen Behörden verschiedener politischer Ebenen beschrieben (vgl. Scharpf 1976; zit. in. Mayntz 2004:69). Auf die Gemeinwesenarbeit übertragen entspricht die vertikale Ausrichtung der Einbindung in das politische Geschehen. Dabei steht die Interaktion mit politischen Ämtern für ein horizontales Modell. Bei der vertikalen Ausrichtung hingegen geht es um die Interaktion mit anderen Professionen im Gesundheitsbereich. Als Beispiel kann hier die Einbindung von Senior*innen in das Gemeinwesen angeführt werden. Dazu benötigt es einen Austausch mit entsprechenden Fachkräften aus dem Pflegebereich.

Politiknetzwerke

Unter dem Begriff Politiknetzwerke werden netzwerkartige Strukturen beschrieben, die aus staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen bestehen. Der Staat wird dabei als gleichberechtigt beschrieben, jedoch mit einer erhöhten Position belegt, die übergeordnet steuern und koordinieren soll (vgl. Mayntz 2004:69).

„Nicht nur die gesellschaftliche Aufgabenerfüllung kann delegiert werden, auch die Politikentwicklung, die Vorbereitung von exekutiven oder legislativen Entscheidungen und die Ausarbeitung von Maßnahmenprogrammen findet heute zum guten Teil im Zusammenwirken zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren statt.“ (Mayntz 2004:69)

Somit ist Regieren nicht mehr nur ein von oben nach unten aufoktroiertes Handeln, sondern spiegelt sich in komplexen Politiknetzwerken wider. Auch hier findet sich die Gemeinwesenarbeit inmitten von Politiknetzwerken wieder. Für die Gemeinwesenarbeiter*innen könnte somit eine weitläufige Vernetzung von Vorteil sein.

Verhandlungssysteme

Die Gemeinwesenarbeit versucht sich bereits seit den frühen 80er Jahren zu etablieren und ist dabei in ständiger Verhandlung mit dem Staat (vgl. Oelschlägel 1983:171). Dadurch befindet sie sich in Verhandlungssystemen zwischen politischen Parteien und für ihr Klientel repräsentativen Verbänden und den zuständigen Ministerien oder Ämtern (vgl. Mayntz 2004:70). Als Beispiel können hier die Verhandlungen der Stundenzahl (Anstellung) für Sozialarbeiter*innen angeführt werden, wenn es um die Etablierung eines neuen Stadtteilzentrums geht. Demzufolge sind Verhandlungssysteme für die Gemeinwesenarbeit von großer Bedeutung.

Selbstregulierung

„Ein wichtiger Bestandteil von Governance im modernen Staat sind die Institutionen gesellschaftlicher Selbstregulierung“ (Schuppert 1989; zit. in. Mayntz 2004:70). Historisch gesehen bestehen diese aus Zusammenschlüssen verschiedener Berufsgruppen, wie zum Beispiel Ärztekammern, aber auch der GPA, DJP und ähnlichen Gewerkschaften. Im Kontext der Gemeinwesenarbeit können gesellschaftliche Regelungsaufgaben genannt werden, die dabei helfen, Konflikte zwischen widerstreitenden Interessen zu organisieren. Dabei geht es um Interessen von Nutzer*innen, Bewohner*innen, Interessensgruppen, der Öffentlichkeit und der politischen Ebene eines Sozialraums (vgl. Mayntz 2004:70). Die Gemeinwesenarbeit könnte dabei ähnliche Funktionen wie Gewerkschaften übernehmen, um zwischen von Stadtteilen oder anderen Zusammenschlüssen vermitteln.

Bedeutung von Verhandlung

Verhandlungen werden eine besondere Bedeutung innerhalb des Governance-Diskurses im modernen Staat beigemessen. In fast allen gesellschaftlichen Bereichen sind laut Mayntz (vgl. 2004:71) korporative Akteur*innen (Organisationen, Behörden, Verbände, Parteien usw.) entstanden, welche untereinander in Verhandlungen stehen. Zudem hat der demokratische Verfassungsstaat eine Autonomie-Regelung für gesellschaftliche Teilbereiche wie Wirtschaft, Soziales, Wissenschaft, Kultur und Erziehung etabliert, die eine Verhandlungsebene schafft (vgl. Mayntz 2004:71). Verhandlungen können somit auch im Kontext der Gemeinwesenarbeit stattfinden. Es hängt jedoch oftmals an der intensiven Arbeit einzelner Personen, diese zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu bringen.

Zusammengefasst hat dieses Kapitel die Elemente von Governance in einem modernen Staat aufgezeigt, welche für die Gemeinwesenarbeit wichtig sind oder sein könnten.

Dabei geht es vor allem darum, diese Mechanismen zu kennen und für die eigene Arbeit im Gemeinwesen umzusetzen.

3.5.4 Ebenen von Governance

In diesem Kapitel sollen vier verschiedenen Ebenen der Governance-Perspektive abgehandelt werden, die beispielhaft für die Maßstabsebenen dieses Diskurses sind. Dabei wird es zunächst um die regionale Governance gehen, welche den kleinsten Maßstab aufweist, gefolgt von der Global Governance und Multilevel Governance. Abschließend soll der normative Anspruch einer Good-Governance-Perspektive dargestellt werden.

Regionale Governance

Regionale Governance kann mit einer sich vermehrenden Vervielfältigung von kommunalen Institutionen in Verbindung gebracht werden. Dies kann bis in das Extrem eines „self-organising network“ gehen. Dies kann mit einem selbstorganisierten Netzwerk übersetzt werden, welches die Eigenschaften besitzt, Planung, Verwaltung und Optimierung von Prozessen eigenständig durchzuführen (vgl. Davies 2002:301; zit. in. Holtkamp 2007:369).

Die regionale Governance-Perspektive führt dazu, dass alle regionalen Entscheidungsträger in den Fokus genommen werden. Dabei wird die Veränderung von Koordinations- und Steuerungsmechanismen diskutiert. Das Hauptaugenmerk liegt auf einer vermehrt auftretenden Selbststeuerung auf gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Ebene im lokalen Maßstab. Die politische Steuerung basiert dabei auf Politiknetzwerken (vgl. Holtkamp 2007:369). Die Merkmale der regionalen Governance sind:

- „Zusammenspiel von Akteuren verschiedener Ebenen, auf Basis von wechselseitigen Abhängigkeiten (auf Input- und/oder Output-Seite)
- Überschreitung der Grenzziehung und Verantwortlichkeit zwischen den Teilsystemen
- Selbstorganisierte Netzwerke
- horizontale Interaktionsformen über Modi des Argumentierens und Verhandelns
- Selbstgewählte (ausgehandelte) Regelsysteme, welche die Interaktion formal kanalisieren, Transaktionskosten senken und Erwartungssicherheit erhöhen
- [ein] hoher Grad reflexiver Rationalität (Lernprozesse spielen eine große Rolle“
(Fürst 2004: 50).

Global Governance

Ein weiteres Konzept ist die Global Governance. Dabei werden Aspekte verschiedener Formen der Steuerung und Regelung im globalen Kontext zusammengefasst und diskutiert. Akteure sind internationale Regierungsorganisationen, nationale Regierungen und Kooperationen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure (vgl. Mayntz 2004:4). Bei der Global Governance wird von allen global agierenden Akteuren ein sinnvolles Regierungshandeln gefordert. Dabei sind die Vereinbarungen der Global Governance keine bindenden Absprachen, sondern können vielmehr mit Zielvereinbarungen zusammengefasst werden (vgl. Behrens 2004:104). Als Beispiel kann hier die 25. UN-Klimakonferenz angeführt werden. Grund dafür war die Gegebenheit, dass es im internationalen Kontext nie eine zentrale Behörde gab, die als Teil eines Weltstaates in der Lage wäre, verbindende internationale Beschlüsse durchzusetzen (vgl. ebd.). Durch diese Konferenz konnten in einem globalen Maßstab politische Zielvereinbarungen beschlossen werden, die beispielhaft für das Konzept der Global Governance stehen. Laut Mayntz (vgl. 2004:72) hat Governance im globalen Kontext den größten Bedeutungszuwachs hinsichtlich netzwerkartigen Regierens, da diese die einzige mögliche Form von transnationalen Regelungen und Problemlösungen darstellt.

Im Kontext einer normativen Sichtweise werden Ansätze zur Lösung von Globalisierungsproblemen diskutiert. Grund dafür ist die Einsicht, dass die Globalisierung zu einem Abbau des eigenverantwortlichen und selbstständigen staatlichen Handelns beigetragen hat. Daraus resultiert, dass einzelne Staaten nicht mehr die Möglichkeit haben, die Auswirkungen der Globalisierung im Einzelnen zu bearbeiten und zu analysieren (vgl. Behrens 2004:104). Der Global-Governance-Ansatz dient dazu, die politischen Steuerungsoptionen auf internationaler Ebene wieder in den Fokus zu rücken (vgl. ebd.).

Die drei Ebenen und Akteurstypen von Global Governance nach Pollack und Shaffer (2001:5) sollen zur Erklärung dieses Ansatzes dienen:

- „Auf der intergouvernementalen Ebene verhandeln Regierungschefs und hohe Beamte über ihre jeweiligen Interessen, die in erster Linie durch innerstaatliche Prozesse bestimmt werden.
- Auf der transgouvernementalen Ebene arbeiten staatliche Beamte mit niedrigerem Status zusammen mit ihren Partnern aus anderen Ländern an spezifischen Problemfeldern und versuchen, die nationale Politik aufeinander abzustimmen.
- Auf der transnationalen Ebene schließlich koordinieren private Akteure Maßnahmen zur Realisierung gemeinsamer Zielvorstellungen.“

(Behrens 2004:107)

Die Gemeinwesenarbeit kann dabei als koordinierender, privater aber auch staatlicher Akteur aufgefasst werden und könnte innerhalb der sozialen Dimension der Globalisierung Maßnahmen anregen und umsetzen. Dabei ist vermutlich die regionale Governance mit dem Fokus auf regionale Akteure für diese Masterarbeit sinnvoller, jedoch muss die Gemeinwesenarbeit auch in einer globalisierten Gesellschaft bestehen und Prozesse analysieren können.

Multilevel Governance

Die Europäische Union kann als Beispiel für Multilevel Governance angeführt werden. Wie bei den anderen Governance-Ansätzen geht es auch hierbei um Steuerung und Koordinierung, jedoch im Kontext von Mehrebenensystemen. Dabei sind politische Strukturen durch transnationale Regelungsstrukturen eng miteinander verbunden (vgl. Benz 2004: 127).

Die Merkmale eines Mehrebenensystems sind zum einen Ebenen, welche eine territoriale politische Struktur von Prozessen aufweisen. Diese sind in Europa die Grenzen der verschiedenen Nationalstaaten der Europäischen Union. Zweitens müssen diese miteinander in Kontakt stehen und sich austauschen. Drittens gibt es Beziehungen zwischen den Ebenen, welche sich durch Prozesse und Regeln in einer Ebene ausdrücken (vgl. ebd.).

„Mehrebenensysteme der Politik entstehen, wenn zwar die Zuständigkeit nach Ebenen aufgeteilt, jedoch die Aufgaben interdependent sind, wenn also Entscheidungen zwischen Ebenen koordiniert werden müssen.“ (Benz 2004:127)

An dieser Stelle kann der Europäische Rat genannt werden. Hier werden Entscheidungen zwischen Ebenen koordiniert und verteilt. Für die Beschreibung von Governance in Mehrebenensystemen gibt es laut Benz (vgl. 2004:131) folgende Leitfragen:

- „Welche Probleme in der Mehrebenenpolitik sind zu lösen bzw. welche Ziele gilt es zu erreichen und welche Aufgabe sind zu erfüllen?
- Welche Akteure im Mehrebenensystem mit welchen Rollen und Interessen [wirken] in der Politik [mit] [...] und wie [sind] sie in institutionelle Kontexte eingebunden [...], d.h. wie autonom oder abhängig [sind] sie von Organisationen [...], die sie vertreten?
- Welche spezifischen Strukturmerkmale und institutionalisierten Regeln [wirken] innerhalb der Ebene auf die Beziehung zwischen Ebenen ein [...]?
- Wie [wird] die Politik zwischen den Ebenen koordiniert [...], welche Steuerungs- und Koordinationsmechanismen [werden] hierbei eingesetzt [...]?“

(Benz 2004:131)

Für die Gemeinwesenarbeit stellt sich damit die Frage, wie sie sich in ein Mehrebenensystem einordnen bzw. einfügen kann. Zudem könnten durch eine Vernetzung in einer Multilevel Governance Chancen entstehen, transnationale Netzwerke aufzubauen und sich auf den Erfahrungsaustausch zu konzentrieren

Good (Bad) Governance

Mit diesem Ansatz ist ein normativer Anspruch gemeint, welcher eine gute, richtige und erstrebenswerte Regelung und Steuerung von gesellschaftlichen Prozessen beinhaltet. Damit wird eine effiziente, rechtsstaatliche und bürgernahe Verwaltungspraxis als Voraussetzung für gute Wirtschaftsentwicklung in Verbindung gebracht (vgl. Benz/Dose 2004a: 21). Gedacht ist dieses Prinzip als Gegenmodell zum Top-down-Steuern.

Prozesse innerhalb einer Good Governance sind:

„[...] effiziente öffentliche Dienste, unabhängige Gerichtsbarkeit, gerechte Verteilung öffentlicher Gelder, eine repräsentative Legislative, Anerkennung der Menschenrechte, eine pluralistische institutionelle Struktur und eine freie Presse.“ (vgl. Leftwich 1993:610)

Der Gemeinwesenarbeit könnte bei diesem Ansatz eine wichtige Rolle zugeschrieben werden. Grund dafür ist, dass sie als eine praxisorientierte Profession gilt, die gleichzeitig einen wissenschaftlichen Background hat, welche gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen, soziale Zusammenhänge und Empowerment von Menschen fördert (vgl. 4.1.1 nach OBDS o.A.).

Die in diesem Kapitel angeführten Ebenen der Governancen-Perspektive sollen dazu beitragen, in dieser Masterarbeit die Gemeinwesenarbeit als Teil der politischen Landschaft sichtbar zu machen und einzuordnen. Dazu kann auf das Kapitel 4.2 Vernetzung, Kooperation und Vermittlung: GWA als intermediäre Instanz hingewiesen werden. Hier wird auf die eben genannten Eigenschaften der Gemeinwesenarbeit näher eingegangen. Durch eine Vernetzungs-, Kooperations- und Vermittlungsfunktion sind grundlegende Eigenschaften von Governance bereits in der Grundhaltung der Gemeinwesenarbeit vorhanden. Dadurch könnte diese als wichtiger Akteur agieren und zu einer Regionalen und Good Governance beitragen.

3.5.5 Der undifferenzierte Governance-Diskurs

In den letzten Jahren entstand laut Diebäcker (vgl. 2008:233) eine wachsende Kritik am nicht eindeutig geklärten, aber auch unscharf geführten Governance-Diskurs. Brand (vgl. 2004:114) kritisiert, dass es keine maßgebenden Unterscheidungen der Interessen von

sozialen Gruppen, Milieus und Klassen in diesem Konzept gibt. Die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse sind jedoch ein wichtiger Bestandteil innerhalb der Gemeinwesenarbeit und für die Soziale Arbeit im Allgemeinen. Durch diese unterschiedlichen Interessen kann es zu ungleich verteilten Machtverhältnissen kommen, sodass sich schwächere Bevölkerungsgruppen schlechter repräsentieren können. Dies wird jedoch in der Governance-Perspektive nur wenig berücksichtigt.

Vielmehr steht Governance für ein gleichberechtigtes Politikmodell, das auf den Willen der Zusammenarbeit aller beteiligten Stakeholder aufbaut, die mit denselben Ressourcen ausgestattet sind und arbeiten können (vgl. Brand 2004: 114). Es wird weiter angemerkt, dass die Governance-Perspektive dazu verleiten kann, soziale Ungleichheit oder Interessenskonflikte auszublenden oder in den Hintergrund zu rücken. Die kritische Auseinandersetzung mit Governance als kooperatives Modell ist im Kontext der Gemeinwesenarbeit also ratsam (vgl. Diebäcker 2008:244). Es ist fraglich, ob die Governance-Perspektive mit Ungleichheiten umgehen kann.

Die Governance-Perspektive berücksichtigt nicht nur Akteur*innen des Staates und der Zivilgesellschaft, sondern auch den Markt (vgl. Benz/Dose 2004a: 21). Es wird angenommen, dass die Bedeutung des Marktes auf die Netzwerke politischer Steuerung einen immer größer werdenden Einfluss hat, der sich auf die Netzwerke auswirkt (vgl. Hirsch 2001:118). Es kann dabei nicht eindeutig geklärt werden, ob der Einfluss des Marktes ein ungleiches Verhältnis im demokratischen System schafft (vgl. Diebäcker 2008:241). Auf die Gemeinwesenarbeit bezogen können beispielsweise die Interessen von Wohnbaugesellschaften angeführt werden. Die Gesellschaft Deutsche Wohnen baut zum einen Wohneinheiten für Bürger*innen, kann jedoch aufgrund der Größe des Unternehmens auch den Mietpreis zu ihren Gunsten beeinflussen (vgl. Heeg 2013:13). Somit besteht die Gefahr, aufgrund der Selektion durch Mietpreise einen Gentrifizierungsprozess zu beschleunigen, mit dem die Gemeinwesenarbeit dann arbeiten muss (vgl. Alisch/Dangschat:95). Somit kann der Markt Prozesse einseitig beeinflussen. Dies wird als Governance jenseits des Staates bezeichnet und schafft unklare Verhältnisse (vgl. Diebäcker 2008: 241).

Die Vorteile von Governance werden von dem Autor Diebäcker mit einer verbesserten Steuerung von gesellschaftlichen Prozessen begründet. Die Einbeziehung von Bürger*innen steht dabei im Vordergrund (vgl. Diebäcker 2008:241).

„Netzwerkartige Prozesse oder partizipative Verfahren werden damit über ihre Zweckmäßigkeit und Effektivität hinsichtlich der Problemstellung definiert und auf diese verkürzt. Aussagen zum Eigenwert politischer Beteiligung finden sich nur selten, um das neue institutionelle Arrangement zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft zu legitimieren.“ (Diebäcker 2008:241)

Governance wird somit nur als Instrument zur Lösung von Problemen wahrgenommen und verliert die positive Konnotation, welche durch netzwerkartiges Regieren produziert werden könnte.

Ein weiterer Kritikpunkt innerhalb des Governance-Diskurses ist, dass sich Handlungskonzepte an marktförmigen Ordnungsmechanismen orientieren. Diese werden mit einer neoliberalen Sichtweise auf das menschliche Handeln in Verbindung gebracht. Der/die Bürger*in soll sich aus eigener Kraft eine Verbesserung der Lebenssituation erarbeiten und ist dabei Unternehmer*in seiner/ihrer selbst (vgl. Diebäcker 2008:241). Das Ergebnis ist, „dass sich »aktivierte« Individuen (oder auch Institutionen) in Zukunft »Kosten und Folgelasten selbst zurechnen lassen müssen“ (vgl. Brand 2004:115; Fraser 2003:255).

Die Selbstorganisation, welche eines der von uns beforschten Themengebiete ist, könnte von neoliberalen Tendenzen besonders betroffen sein, da das Selbst-Unternehmertum gefördert werden könnte (vgl. Kapitel 4.2). Die Governance-Perspektive ist in der Lage,

„[...] soziale Ungleichheiten und Machtverhältnisse tendenziell zu verschleiern und mit der Anrufung der/des aktive/n Bürger*in Symbiosen mit dem flexiblen, eigenverantwortlichen, selbstkontrollierenden, rationalen und männlich strukturierten Menschenbild radikal-liberaler Prägung zu fördern.“ (Diebäcker 2008:242)

Dabei ist die Governance-Perspektive aufgrund der eben angeführten Eigenschaften kritisch zu hinterfragen, wenn es darum geht, Selbstorganisation mit dieser Perspektive zu betrachten.

In abschließender Betrachtung wird deutlich, dass Governance in seiner großen Vielschichtigkeit zwar universell einsetzbar, dadurch aber äußerst schwer zu fassen ist. Anwendungsmöglichkeiten existieren dabei von autoritär-hierarchischem Regieren des Staates bis hin zur Selbststeuerung kleinerer gesellschaftlicher Gruppen. Diese Vielseitigkeit macht die wissenschaftliche Debatte um Governance zwar sehr gehaltvoll, Empirie und Evaluationsforschung gestalten sich, aufgrund der großen Anzahl an Interpretationen und Bedeutungen, allerdings sehr schwierig. Vor allem in Bezug auf das

im folgenden Kapitel angeführte Tripelmandat, erscheint die Governance-Perspektive als ein geeignetes, wenn auch sehr kritisch zu betrachtendes Instrument, um Prozesse zu analysieren.

3.5.6 Governance und Soziale Arbeit

Das Governance-Konzept und die Soziale Arbeit stehen in einem zwiespältigen Verhältnis, denn es ist fraglich, ob dieses Konzept überhaupt auf die Soziale Arbeit übertragen werden kann. Diebäcker (vgl. 2008:243) schreibt diesem Konzept ein demokratisches Defizit zu und betitelt es als unbrauchbar für die Soziale Arbeit. Für ihn ist Governance eher ein Instrument zur politischen Steuerung, welches auf lokaler Ebene großen Einfluss hat (vgl. ebd.). Ein großes Defizit wird darin gesehen, dass dieses Konzept die Begebenheit sozialer Ungleichheit vernachlässigt und vielmehr einen kooperativ-harmonisierenden Zugang besitzt. Der sogenannte Blick durch die rosa Brille verschleiert dadurch gesellschaftliche Konflikte und Machtverhältnisse (vgl. ebd.). Die Soziale Arbeit befindet sich durch ihr Tripelmandat in einem Spannungsgefüge aus Anliegen und Rechtsansprüchen der Klient*innen und den Kontrollinteressen öffentlicher Steuerungsorgane (vgl. Hafner 2008: 453). Dennoch ist sie den staatlichen Ordnungsmechanismen unterlegen und nicht gleichberechtigt, was gegen einen gleichberechtigten Zugang der Governance Perspektive spricht.

Aus Sicht der Sozialen Arbeit weist das Governance-Konzept folgende Defizite auf, die es zu hinterfragen gilt, da diese neue Form der staatlichen Steuerung große Auswirkungen hat:

- „Die Soziale Arbeit ist betroffen von Deregulierungs- und Privatisierungstendenzen des öffentlichen Sektors. Einsparungspolitik und strenge Kontrollen haben auch Auswirkungen auf die Soziale Arbeit. Durch Budget Verteilungen, die auf einen Sozialraum (bedingt durch eine horizontal verteilte Steuerung) ausgelegt sind, könnte es zu Konkurrenz-Verhältnissen kommen.“ (Diebäcker 2008:243)
- Vor allem für die Gemeinwesenarbeit gilt es die eigene Rolle in einem Governance-Gefüge kritisch zu hinterfragen. Diebäcker (vgl. 2008:244) unterstellt der Sozialen Arbeit eine Mittäterschaft in einer neuen Partizipationskultur, welche aus einer aufgesetzten Beteiligung der Bürger*innen besteht. Dies wird damit begründet, dass in einem Stadtteil- oder Quartiersmanagement die politische Anteilnahme sehr begrenzt ist.

„Wenn die Prozesse hinsichtlich des ökonomischen, kulturellen oder sozialen Kapitals weitestgehend „leer laufen“ und Bewohner*innen dann lediglich aufgrund ihrer Aktivität Zufriedenheit verspüren, kommt sozialraumorientierte Soziale Arbeit in den Ruf nur zur Inszenierung kollektiver Zufriedenheit beizutragen.“ (Diebäcker 2008:244)

Zu den eben geäußerten negativen Aspekten des Governance-Diskurses und Sozialer Arbeit empfehlen die Autor*innen Grunwald/Roß (vgl. 2014:52) für sozialwirtschaftliche Organisationen, ihre Arbeit theoriebasiert, normativ begründet, sowie strategisch geplant zu gestalten. Dabei geht es darum, sich im

„Spannungsfeld von sich ausdifferenzierenden Lebenslagen ihrer Adressat*Innen, starker Markt- und Wettbewerbsorientierung, kommunal und staatlich gesetzten Rahmenbedingungen sowie sozialräumlicher Verankerung und zivilgesellschaftlicher Rückbindung [...] zu positionieren.“ (Grunwald/Roß 2014:52)

Dabei sollten sowohl die Außenbeziehungen der Organisation als auch ihre Binnenstruktur den Elementen von Governance in einem modernen Staat, welche bereits im Kapitel 3.5.4 beschrieben wurden, gestaltet werden. Es ist folgendes Konzept methodischen Handelns zu beachten:

- „Governance-Strukturen bzw. Governance-Prozesse auf internationaler, staatlicher, kommunaler und organisationaler Ebene identifizieren und verstehen
- Sich in ihnen und ihnen gegenüber begründet positionieren
- Sozialwirtschaftliche Organisationen sollen in Governance-Regime agieren und diese aktiv mitgestalten“

(Grunwald/Roß 2014:52)

Den sozialen Dienst- und Unterstützungsleistungen wird eine gewisse Undurchschaubarkeit unterstellt. Aufgrund dessen sind eben genannte Punkte besonders zu beachten (vgl. Grunwald/Roß 2014:19). Gründe dafür sind die Mixtur aus Eigeninitiative, privaten/ staatlichen Unterstützungsleistungen und freien/privaten sowie gewerblichen Trägern. Dazu soll nun der Ansatz des Welfare-Mix als analytisches Konzept vorgestellt werden. Anhand dessen ist es möglich, Governance-Strukturen für den Sozialsektor zu erfassen.

Welfare-Mix: Gewährleistung von Wohlfahrt in gemischten Arrangements

Grundlegend ist die Erkenntnis, dass der Sozialsektor aus einem Mix aus mehreren Teilsystemen mit verschiedenen wetteifernden und konkurrierenden Ordnungsprinzipien besteht, die an der Dienstleistung von Sozialbetrieben beteiligt sind (vgl. Grunwald/Roß 2014:20). Dieser Sektor lässt sich in Formal/Informal, Public/Private und Non-profit/For-

profit grundlegend unterteilen. In diesem Gefüge verhandeln Staat, Markt, primäre Netze und der assoziative Sektor über Zuständigkeiten (siehe Abbildung 8)

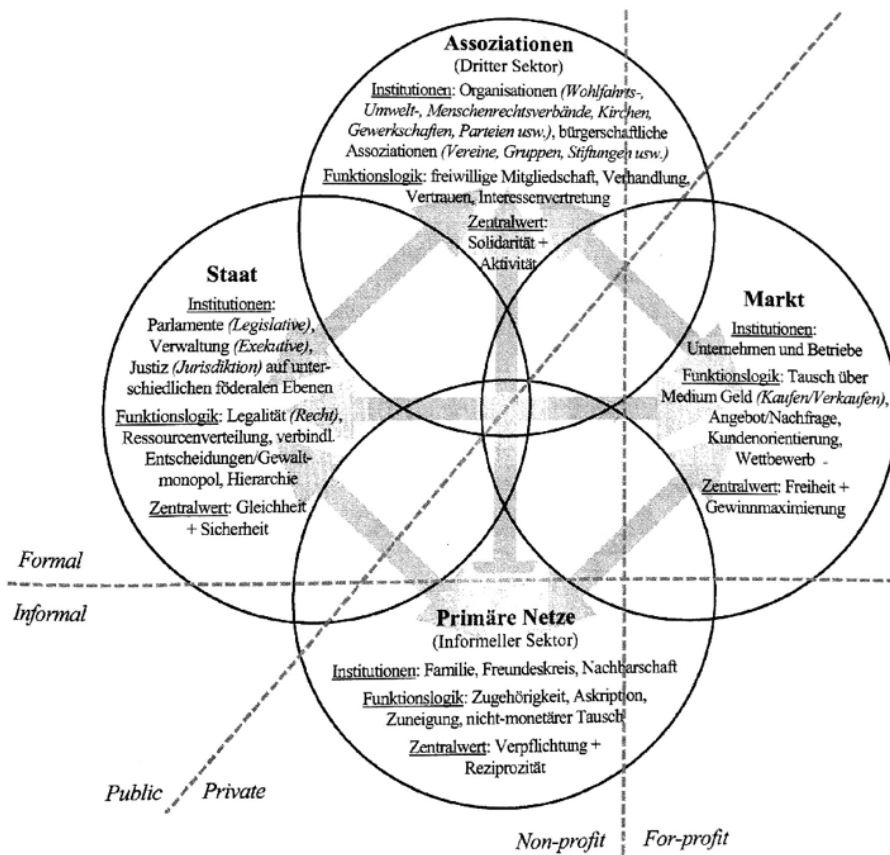


Abbildung 8 Gesellschaftliche Sektoren von gemischter Wohlfahrtsproduktion und Politiksteuerung (Quelle: Grunwald/Roß 2014:221)

Jedem dieser Sektoren werden bestimmte Aufgaben zugeordnet (siehe Abbildung 9). Die verschiedenen Sektoren sind laut den Autor*innen Grunwald/Roß ungleich verteilt, nicht eindeutig abzugrenzen und überlappend (vgl. Grunwald/Roß 2014:20).

	spezifische Systemstärken	spezifische Systemschwächen
Primäre Netze	+ emotionale Nähe + direkte wechselseitige Unterstützung im Alltag	- Überforderung/mangelnde Verlässlichkeit - Bevormundung/soziale Verstrickungen
Assoziationen	+ Freiwilligkeit von Ein- und Austritt + Abbildung und Bündelung pluraler Interessen/Werte, freie Meinungsbildung + Identifizierung von Handlungsbedarfen, Umsetzung in Aktion + Ermöglichung persönlicher Solidarität	- voraussetzungsreich hinsichtlich Entstehung und Bestand - hohe Heterogenität - eingeschränkte Durchsetzungsmacht - aufwändige Ressourcengewinnung
Staat	+ Durchsetzung verbindlicher Regelungen + Gewährleistung von Sicherheit, Legalität und Rechtsansprüchen + Umverteilung von Ressourcen entsprechend legitimer Prioritätensetzungen	- langsame Reaktion auf Veränderungen bzw. Innovationsanforderungen - Tendenz zu Bürokratie/Abkoppelung - Angewiesenheit auf politische Mehrheiten
Markt	+ Versorgung mit nachgefragten Gütern + Wertschöpfung + Innovationskraft/Anpassungsfähigkeit an veränderte Bedarfe + Produktverbesserung und/oder Kostensenkung durch Wettbewerb	- Abhängigkeit von zahlungskräftiger Nachfrage, Verschwinden wenig nachgefragter Produkte - ungleiche Verteilung von Gütern - Einebnung spezifischer Werten

Abbildung 9 Spezifische Systemstärken und Schwächen der Sektoren (Quelle: Grunwald/Roß 2014:20)

Die Stärken dieses Konzepts liegen im analytischen und empirisch beschreibenden Bereich. Im normativen Bereich sind jedoch Defizite zu vermerken (vgl. Grunwald/Roß 2014:26). Die Kombination mit den Elementen der Governance-Perspektive (Kapitel 3.5.3 und 3.5.4) könnte somit ein normatives, analytisch angepasstes Analysekonzept bieten, welches zur Bearbeitung der Lernbeispiele dienen könnte.

Die Aufschlüsselung der Governance für die Gemeinwesenarbeit könnte demnach wie folgt aussehen:

Zielgruppe	Angebote / Wirkung der GWA
Politik	› Beratung in den Themen Nachbarschaft und Zusammenleben › Schnittstelle zu Bewohner_innen und allen beteiligten AkteurInnen
Verwaltung	› Unterstützung beim Stadtteilmonitoring › Sozialraumanalysen › Befragungen › Schnittstelle zu Bewohner_innen und allen beteiligten Akteur_innen
Wohnbauträger und Hausverwaltungen	› Beratung zu den Themen Nachbarschaft und Zusammenleben › Schnittstelle zu Bewohner_innen und allen beteiligten Akteur_innen
Vereine und Organisationen (freie Träger)	› Institutionelle Schnittstellenarbeit, Vernetzung › Entwicklung gemeinsamer Zielsetzungen › Projektarbeit › Schnittstelle zu Bewohner_innen und allen beteiligten Akteur_innen
Lokale Wirtschaftstreibende	› Publik-Private-Partnership › Entwicklung gemeinsamer Zielsetzungen, Strategien › Schnittstelle zu Bewohner_innen und allen beteiligten Akteur_innen

Abbildung 10 Angebot/ Wirkung der GWA auf Zielgruppen (Quelle: Klumpner/Steiner 2018:17)

Dabei ist die Aufteilung zwischen Politik, Verwaltung, Wohnbauträgern und Hausverwaltungen, Vereinen und Organisationen (freie Träger) und der lokalen Wirtschaftstreibenden eine gute Aufschlüsselung der regionalen Governance, welche in Kapitel 3.5.1 schon genauer beschrieben wurde. Diese Tabelle bietet gute Grundlagen für die Gemeinwesenarbeit, um Angebote für die Zielgruppen zu entwickeln.

3.5.7 Resümee

In diesem Theorieteil wurde die Governance-Perspektive umfassend behandelt und für die Betrachtung der Gemeinwesenarbeit aufbereitet. Dabei ging es zunächst um die Abgrenzung der Begriffe Government und Governance. Dabei soll an dieser Stelle noch einmal wiederholt werden, dass Governance eine erweiterte Akteursdimension bietet und das Regieren auf netzwerkartige Strukturen ausweitet. Zur Veranschaulichung: Bei Government geht es um das Verhältnis zwischen Staat vs. Markt bzw. Gesellschaft. Bei Governance hingegen geht es um Staat, Markt und Netzwerke als komplementäre Steuerungsformen. Dabei erwies sich die erweiterte Akteurs-Dimension von Governance als besonders hilfreich für die Gemeinwesenarbeit.

Bei den verschiedenen Perspektiven des Governance-Diskurses wurde das analytische und normative Konzept vorgestellt. Dabei geht es beim analytischen Konzept um eine Betrachtung und Aufschlüsselung der verschiedenen Steuerungsprozesse innerhalb eines Netzwerkes. Dabei wurde das Tripelmandat der Sozialen Arbeit hervorgehoben, welches sich in genau diesem Spannungsfeld befindet.

Das normative Konzept hingegen beschreibt Handlungsempfehlungen. Dieses Konzept wurde in Kapitel 3.5.4 wieder aufgegriffen und als normativer Anspruch für erstrebenswertes Regieren und Steuern empfohlen. Dabei sind

„[...] effiziente öffentliche Dienste, unabhängige Gerichtsbarkeit, gerechte Verteilung öffentlicher Gelder, eine repräsentative Legislative, Anerkennung der Menschenrechte, eine pluralistische institutionelle Struktur und eine freie Presse.“ (vgl. Leftwich 1993:610)

die wichtigsten Elemente dieser normativen Sichtweise. Der Gemeinwesenarbeit könnte bei diesem Ansatz eine wichtige Rolle zugeschrieben werden, da sie gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen, soziale Zusammenhänge und Empowerment von Menschen fördert (vgl. 4.1.1 nach OBDS o.A.). Es wurden zudem Elemente von Governance im modernen Staat beschrieben, welche für die Gemeinwesenarbeit wichtig sein könnten. Dabei ging es darum, eine Übersicht zu schaffen.

Der undifferenzierte Governance-Diskurs zeigte sich sehr vielschichtig und erwies sich trotz Defiziten als universell einsetzbar, um Netzwerke zu betrachten. Im Kontext der Sozialen Arbeit zeigten sich Nachteile hinsichtlich der Differenzierung zwischen den Bedürfnissen von benachteiligten Gruppen. Der Governance-Diskurs geht von einer gleichmäßig verteilten Gewichtung aus. Diese kann in einer realen Umgebung jedoch nicht gegeben werden. Dies sollte bei der zukünftigen Betrachtung mit einer Governance-Perspektive berücksichtigt werden.

Zuletzt wurde Governance im Kontext der Sozialen Arbeit behandelt. Dabei wurden Verbindungen mit der regionalen Governance aus Kapitel 3.5.4 gezogen. Die Aufteilung zwischen Politik, Verwaltung, Wohnbauträgern und Hausverwaltungen, Vereinen und Organisationen (freie Träger) und den lokalen Wirtschaftstreibenden kann dabei als eine gute Aufschlüsselung für die Gemeinwesenarbeit gesehen werden, wenn es darum geht, ein regionales Governance-Netzwerk zu analysieren. Dies ist sinnvoll, wenn bei der Etablierung der Gemeinwesenarbeit eine Sozialraumanalyse durchgeführt wird.

Literatur

- Alisch Monika, Dangschat Jens (1996): Die Akteure der Gentrifizierung und ihre „Karrieren“. In: Friedrichs J., Kecskes R. (eds) Gentrification. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Bakic, Josef (Hg.) (2008): Aktuelle Leitbegriffe der sozialen Arbeit: ein kritisches Handbuch. Löcker.
- Behrens, Maria (2004): Global Governance. In: Governance—Regieren in komplexen Regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 103-124.
- Benz, Arthur (2004): Multilevel governance - Governance in Mehrebenensystemen. In Governance—Regieren in komplexen Regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 125-146.
- Benz, Arthur/Dose Nicolai (2010a): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benz, Arthur/Dose Nicolai (2010b): Governance - Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Benz, Arthur (Hg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11–28.
- Brandt, Ulrich (2004): Governance. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt am Main, 111-117.
- Diebäcker, Marc (2008): Sozialraum und Governance. In: Bakic, Josef (Hg.): Aktuelle Leitbegriffe der sozialen Arbeit: ein kritisches Handbuch, 233-249.
- Dictionary, Oxford (1989): Oxford english dictionary. Simpson, JA & Weiner, ESC.
- Enquete-Kommission (2002-2004): Berichte der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, Berlin.
- Europäische Kommission (2017): Reflexionspapier – Globalisierung Meistern. https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-globalisation_de.pdf [26.11.2019].
- Fraser, Nancy (2003): Von der Disziplin zur Flexibilisierung? Foucault im Spiegel der Globalisierung. In: Honneth, Axel/Saar, Martin (Hg.): Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault- Konferenz 2001. Frankfurt am Main, 239-258.
- Fürst, Dietrich (2004): Regional Governance. In Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 45-64.
- Gillich, Stefan (2004): Gemeinwesenarbeit: Eine Chance der sozialen Stadtentwicklung. Triga-Verlag.
- Grunwald, Klaus/Roß, Paul-Stefan (2014): Governance Sozialer Arbeit. Versuch einer theoriebasierten Handlungsorientierung für die Sozialwirtschaft. In: Tabatt-Hirschfeldt, Andrea (Hg.): Öffentliche und Soziale Steuerung – Public Management und Sozialmanagement im Diskurs, Baden-Baden: Nomos, 17-64.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnen als Anlageform: Vom Gebrauchsgut zur Ware. Emanzipation. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis (6/2013), 5-20.

- Hirsch, Joachim (2001): Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas Nicos: Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg, 101-138.
- Holtkamp, Lars (2007): Local Governance. In Handbuch Governance. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 366-377.
- Holzer, Boris & Mutz, Gerd (2011): Lokale Traditionen und globale Erwartungen: Zivilgesellschaft in Südostasien. In Globalisierung Süd. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 187-209.
- Jann, Werner, & Wegrich, Kai (2010): Governance und Verwaltungspolitik: Leitbilder und Reformkonzepte. Governance–Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, 2, 175-200.
- Klumpner, Paul / Steiner, Martina (2016): Soziale Stadtteil- und Gemeindeentwicklung in Tirol. Leitfaden für Gemeinden. Innsbruck: Land Tirol, Geschäftsstelle für Dorferneuerung.
- Leftwich, Adrian (1993): Governance, democracy and development in the Third World, in: Third World Quarterly 14 (3), 605-625.
- Hafen, Martin (2008): Die Mandatierung der Sozialarbeit–eine systemtheoretische Analyse und ihre Folgerungen für die Praxis der Sozialarbeit. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 59(6), 453-459.
- Mayntz, Renate (2002): Common Goods and Governance Common goods: Reinventing European and international governance, S. 15-27.
- Mayntz, Renate (2003): From Government to Governance, Paper presented at Summer Academy on IPP, Würzburg.
- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Governance - regieren in komplexen regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 65-76.
- Nullmeier, Frank (2011): Governance sozialer Dienste. In: Evers, 284-298.
- Oelschlägel, Dieter (1983): Zur Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in der BRD. Gemeinwesenarbeit im Kontext lokaler Sozialpolitik. Bielefeld, 171-186.
- Paul, Axel/ Pelfini, Alejandro/ Rehbein, Boike (2013): Globalisierung Süd. Springer-Verlag.
- Pollack, Mark /Shaffer, Gregory (2001): Transatlantic Governance in the Global Economy, 287-305.
- Scharpf, Fritz (1976): Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen. In: Policy-Analyse. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 57-83.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Vom beruflichen Doppel-zum professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit. Sozialarbeit in Österreich, 2, 8-17.

Abbildungen

Abbildung 7 Government und Governance (Quelle: Benz 2004a:21)	130
Abbildung 8 Gesellschaftliche Sektoren von gemischter Wohlfahrtsproduktion und Politiksteuerung (Quelle: Grunwald/Roß 2014:221)	144

Abbildung 9 Spezifische Systemstärken und Schwächen der Sektoren	
(Quelle: Grunwald/Roß 2014:20)	145
Abbildung 10 Angebot/ Wirkung der GWA auf Zielgruppen	
(Quelle: Klumpner/Steiner 2018:17)	146

.....

4 Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als neuer Ansatz der Gemeinwesenarbeit

Nachdem in den vorigen Kapiteln eine umfassende Heranführung an die theoretischen Grundbegriffe und -konzepte stattgefunden hat, widmet sich das folgende Kapitel nun den Forschungsschwerpunkten:

Der erste Teil dieses Kapitels beschäftigt sich mit der Rolle und Sichtbarkeit der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit. Diese werden anhand von deutschsprachiger Literatur mit Blick auf folgende Forschungsfragen analysiert: „Wie kann die Rolle und Funktion der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit gestärkt und sichtbarer gemacht werden? Was ist der Beitrag Sozialer Arbeit in dem zu entwickelnden neuen Ansatz?“

Im zweiten Teil werden die Forschungsergebnisse aus den gewählten Lernbeispielen - Haus der Menschenrechte in Linz, Verein Mitten in Hernals in Wien und Stadtteilzentren in Innsbruck - analysiert und zusammengefasst. Die Daten wurden u. a. durch Expert*inneninterviews, einem Wisdom Council, einer Befragung und zwei Fokusgruppen-Diskussionen erhoben.

Anschließend knüpft der dritte und letzte Teil dieses Kapitels nochmals an die Ergebnisse aus den genannten Lernbeispielen an und widmet sich in einer genaueren Auseinandersetzung den Forschungsfragen: „Wie kann eine zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in der Gemeinwesenarbeit eingesetzt werden? Welche Beiträge kann eine zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als eine methodistische Weiterentwicklung für die Gemeinwesenarbeit leisten?“

4.1 Gemeinwesenarbeit und Soziale Arbeit: was sagt die Literatur dazu?

Drochter Rosanna

Welche Rolle nimmt die Soziale Arbeit in der Gemeinwesenarbeit ein? Ist Soziale Arbeit noch für GWA prädestiniert oder gibt es Anzeichen einer Zurückdrängung durch andere Professionen? Welche ausschlaggebenden Aufgaben und Funktionen übernimmt Soziale Arbeit und warum? Können ehrenamtliche Mitarbeiter*innen Aufgaben übernehmen? Auf welche Herausforderungen und Schwierigkeiten stößt die Soziale Arbeit in der GWA?

Das sind die leitenden Fragen, die wir uns zu Beginn unserer Forschung gestellt haben, und denen dieses Kapitel nun auf den Grund geht. Die Beantwortung der Forschungsfragen erfolgt anhand ausgewählter Literatur aus dem deutschsprachigen Raum.

Das folgende Kapitel beginnt mit einer Erklärung über die Verbindung der Sozialen Arbeit mit der GWA. Anschließend werden wichtige Aufgaben und Funktionen der Sozialen Arbeit in der GWA aufgezeigt, welche die Rolle der Sozialen Arbeit in der GWA untermauern sollen. Anschließend werden der Einsatz und die Risiken von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen sowie Herausforderungen der GWA im Allgemeinen, als auch für Sozialarbeiter*innen thematisiert.

4.1.1 Zusammenhang: Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit

Das Kapitel 3.1 hat einen Einblick über die Entstehung, Theorien und Methoden der GWA gegeben. Außerdem wurde unser Verständnis der GWA, auf dem die vorliegende Masterarbeit aufbaut, dargestellt. Wir sehen GWA als ein Handlungsfeld der Sozialen Arbeit und die Gründe hierfür werden im Nachfolgenden erklärt.

Die internationale Definition des IFSW (International Federation of Social Workers) vom OBDS (Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit) übersetzt, beschreibt Soziale Arbeit als eine praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin, welche gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen, soziale Zusammenhänge und Empowerment von Menschen fördert. Dabei bilden soziale Gerechtigkeit und die Menschenrechte die Grundlage. Soziale Arbeit bezieht sich auf Theorien aus der Sozialen Arbeit, den Human- und Sozialwissenschaften sowie aus indigenem Wissen. Soziale Arbeit bestärkt und befähigt Menschen, damit diese Herausforderungen des Lebens bewältigen und das eigene Wohlbefinden verbessern können (vgl. OBDS o.A.). Sabine Stövesand und Christoph Stoik sind beide in der Hochschullehre der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt GWA tätig und haben eine Abgrenzung der Sozialen Arbeit und GWA vorgenommen. Nach den beiden Autor*innen muss Soziale Arbeit in ihrer Vorgehensweise immer die Wechselbeziehung von Person und Umwelt beachten. Sie greift dabei auf das Wissen über das menschliche Verhalten und gesellschaftliche Strukturen zurück. Das ist jedoch kein Spezifikum der GWA (vgl. Stövesand / Stoik 2013:15).

Stövesand und Stoik (vgl. ebd.:16-17) erklären den Unterschied zwischen Sozialer Arbeit und GWA durch eine individuelle bzw. kollektive Herangehensweise. Die

Grundorientierung Sozialer Arbeit setzt am Individuum an, unterstützt dieses bei der Bewältigung von Problemlagen und fördert das Empowerment der Person. GWA hingegen fördert „die Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeiten und kollektives Empowerment bezüglich der Gestaltung bzw. Veränderung von infrastrukturellen, politischen und sozialen Lebensbedingungen“ (ebd.:16). GWA sucht den direkten Einfluss auf lokalpolitische Prozesse und auf gesellschaftspolitische Entwicklungen (vgl. Bitzan / Klöck 1993:21, zit. n. Stövesand / Stoik 2013:16).

In wenigen Worten bedeutet das also, dass die Soziale Arbeit als Grundorientierung am Individuum und GWA am Kollektiv ansetzt. Nach der internationalen Definition des IFSW von Sozialer Arbeit, dem Verständnis von Stövesand und Stoik, sowie unserem Verständnis von GWA sind die Ziele deckungsgleich. Das lässt darauf schließen, dass GWA in der Sozialen Arbeit verankert ist und somit Sozialarbeiter*innen eine geeignete Grundhaltung für GWA mitbringen.

Nachdem nun der Zusammenhang der Sozialen Arbeit mit der GWA dargestellt wurde, werden im folgenden Kapitel wesentliche Aufgaben und Funktionen in der GWA aufgezeigt, welche der Sozialen Arbeit zukommen, wodurch die Rolle der Sozialen Arbeit in der GWA verstärkt und somit sichtbarer gemacht werden soll.

4.1.2 Aufgaben und Funktionen in der Gemeinwesenarbeit

In den Leitstandards der GWA wurden wichtige Aspekte der GWA zusammengefasst (vgl. Lüttringhaus 2007:278-280). Beim Lesen dieser Anforderungen und der eben dargestellten Verbindung wird deutlich, dass der Sozialen Arbeit eine bedeutende Rolle in der GWA zukommt.

Das Ziel dieses Kapitels ist es, Aufgaben und Funktionen, die die Soziale Arbeit in der GWA übernehmen sollte, aufzuzeigen. Anhand von ausgewählter Literatur wurden unterschiedliche Standpunkte, Meinungen und Definitionen zusammengetragen, beschrieben und in Verbindung gesetzt.

Vernetzung, Kooperation und Vermittlung: Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz

Die erste bedeutende Aufgabe in der GWA, welche auch in den Leitstandards von Lüttringhaus (vgl. ebd.:277-279) angeführt wird, ist die der Vernetzung und Kooperation und die damit in Verbindung stehende Vermittlungsarbeit, weswegen diese Aufgaben

hier zusammen bearbeitet wurden. Den Gemeinwesenarbeiter*innen kommt daher die Aufgabe der Vermittlung, der Kooperation und des Vernetzens zu.

In der Literatur wird Sozialarbeiter*innen eine vermittelnde Rolle zugeschrieben (vgl. Fehren 2006:577; Oelschlägel 2007:115; Stövesand / Stoik 2013:28-29). Oliver Fehren ist Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, mit dem Schwerpunkt GWA, an der Alice Salomon Hochschule in Berlin und ordnet der Sozialen Arbeit in der GWA eine intermediäre Instanz zu. GWA „meint das Zusammenführen von Bedarfen, Ideen, Ressourcen und Menschen.“ (Fehren 2007:576)

Die Vermittlungsarbeit der Sozialarbeiter*innen findet auf mehreren Ebenen statt. In erster Linie zwischen den Interessen der Bürger*innen und den Entscheidungsträger*innen, wie die Politik und die Verwaltung, oder anders gesagt, zwischen der Lebenswelt der Menschen und dem System. Dabei ist die Kommunikation zwischen verschiedenen Träger*innen, Organisationen, Institutionen, Kulturen und Strukturen ein fundamentaler Aspekt. GWA als intermediäre Instanz bezieht alle beteiligten Akteur*innen in den Dialog mit ein und bedeutet, dass die Kommunikation nicht einseitig ist. Dialoge können dabei horizontal (zwischen konflikthaften Interessen der Bürger*innen oder zwischen konkurrierenden Teilen des Systems) und vertikal (zwischen Bürger*innen und Verwaltung oder Politik) stattfinden. „Die intermediäre Instanz ist dabei immer bestrebt, diese widerstreitenden Interessen diskussionsfähig zu machen und Verhärtungen zu vermeiden.“ (ebd.:581) Als Vermittler*in zwischen den unterschiedlichen Ebenen sollte wechselseitiges Verständnis und Transparenz geschaffen werden (vgl. ebd.:576-578).

Neben der Vermittlung von unterschiedlichen Interessen und Konflikten kann auch „Übersetzungsarbeit“ zwischen verschiedenen Bürger*innengruppen oder zwischen Bürger*innen und der Bürokratie vorkommen, da unterschiedliche Sprachen gesprochen werden können (vgl. Lüttringshaus 2007:280; Oelschlägel 2013:115).

Durch die Kommunikation und die Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Ebenen baut sich darüber hinaus ein Netzwerk von Bürger*innen und Professionellen auf, auch unter den Bürger*innen selbst, und Kooperationen können eingegangen werden. Vernetzung und Kooperation, welche in den Leitstandards von Lüttringhaus (vgl. 2007:280), als entscheidend für GWA angeführt werden, fördern sowohl die Handlungsfähigkeit der Sozialarbeiter*innen als auch die der Bürger*innen. Im Sinne von zielgruppenübergreifender Selbstorganisation kann die Vernetzung zwischen den Bürger*innen ein erster Schritt sein.

Parteilichkeit: ja oder nein?

Die Funktion der Parteilichkeit in der GWA sorgt in der Literatur für Gesprächsstoff. Besonders im Zusammenhang mit der Intermediarität wird die Parteilichkeit in der GWA diskutiert und kritisiert (vgl. Fehren 2006:579-582). Kritiker*innen des intermediären Ansatzes in der GWA äußern, dass es „antagonistische Interessenkonflikte und Klassengegensätze [gäbe], die eine intermediäre Rolle der Sozialen Arbeit verbieten und eindeutiges Parteigreifen für Benachteiligte erfordern“ (ebd.:580). In der Literatur herrscht daher Uneinigkeit über den Einsatz von Parteilichkeit in der GWA.

Fehren (vgl. ebd.:579-582) steht der Parteilichkeit skeptisch gegenüber. In der GWA kann es zwischen einzelnen benachteiligten Bürger*innen(gruppen) zu gegensätzlichen Interessen kommen. In diesem Fall stellt sich die Frage für wen die GWA in dieser Situation nun Partei ergreifen soll. Eine eindeutige Parteilichkeit in der GWA wäre daher nicht möglich und würde das zielgruppenübergreifende Handeln einschränken. Daneben gibt es gegensätzliche Interessen zwischen der Lebenswelt der Menschen und dem System. Wenn die GWA hier für eine Seite parteilich ist, müsste sie sich in einen „Stellungskrieg“ begeben oder versuchen die andere Seite zu überreden. Fehren zweifelt daran, dass die Sozialarbeiter*innen dabei vertrauenswürdige Ansprechpartner*innen für alle Konfliktparteien bleiben. Er sieht das generelle Dilemma der Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit darin, dass eine Gegnerschaft geschaffen und eine Konstruktion von Antagonismen benötigt wird. Die GWA sollte seiner Ansicht nach „erst einmal nicht Partei für bestimmte Interessen nehmen, sondern Partei ergreifen für den Fortgang des Aushandlungsprozesses.“ (ebd.:582)

Melina Riede (vgl. 2019:70-71), die „GWA als demokratiefördernde Brückenbauerin“ bezeichnet und ihren Schwerpunkt in der Forschung auf GWA und Migration gelegt hat, vertritt die Ansicht, dass Parteilichkeit in der GWA notwendig ist, aber im Sinne von Beteiligung der benachteiligten Bürger*innen am Gestaltungsprozess der Angebote von GWA. Soziale Arbeit als Profession basiert, wie eingangs erwähnt, auf den Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit und wegen der ethischen Grundlage der Sozialen Arbeit bedeutet das, dass sie sozial und ökonomisch benachteiligte Menschen besonders einzubeziehen hat.

Stövesand und Stoik betonen den Standpunkt, dass es sowohl die Intermediarität, als auch die Parteilichkeit in der GWA braucht. GWA ist zielgruppenübergreifend und arbeitet mit und auf mehreren Ebenen (Bürger*innen, Organisationen, Kulturen, Politik, Verwaltung etc.). Dafür muss Soziale Arbeit auf der einen Seite Vermittlungsarbeit

zwischen den Ebenen betreiben und auf der anderen Seite Begegnungen auf Augenhöhe schaffen. Eine nur rein neutrale Moderationsfunktion einzunehmen wäre zum Nachteil der strukturell schwächeren Positionen. Stövesand und Stoik (vgl. 2013:28-29) geben das Beispiel von einem Runden Tisch an dem Politiker*innen und wohnungslose Menschen sitzen und über den Aufenthalt im öffentlichen Raum streiten - hier handelt es sich nicht um ein Gespräch auf Augenhöhe.

Als Orientierung, ob Soziale Arbeit eine vermittelnde oder parteiliche Rolle übernimmt, ist eine Analyse der Stärken der jeweiligen Konfliktparteien und der Machtverhältnisse dienlich. Damit handeln die Sozialarbeiter*innen auf eine reflektierte Weise parteilich.

Es zeigt sich, dass Expert*innen unterschiedliche Sichtweisen bezüglich der Parteilichkeit in der GWA aufweisen und dadurch die Herangehensweisen und Meinungen auseinandergehen. Jedoch einig sind sie sich darin, dass Parteilichkeit kontextanhängig ist.

Wir schließen uns der Perspektive von Stövesand und Stoik an. Wir vertreten die Ansicht, dass in der GWA besonders Sozialarbeiter*innen eine parteiliche Haltung einnehmen müssen, im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen, wie beispielsweise Architekt*innen, aufgrund der Grundprinzipien und der ethischen Haltung der Sozialen Arbeit. Parteilichkeit sollte jedoch reflektiert stattfinden und ist nicht in jeder Situation erforderlich. Für die Analyse der Parteilichkeit in Situationen in denen die GWA zwischen der Lebenswelt der Bürger*innen und dem System steht, kann das professionelle Tripelmandat der Sozialen Arbeit nach Staub-Bernasconi (vgl. 2007:8-17) unseres Erachtens hilfreich sein, um unter Anbetracht der drei Mandate eine reflektierte Entscheidung zu fällen.

Demokratisierung: Gemeinwesenarbeit als Teil lokaler Politik

GWA agiert als eine intermediäre Instanz, die zwischen Politik und Bürger*innen vermittelt und ergreift Partei, wenn sich Ungleichheiten oder Benachteiligungen feststellen lassen. Die beiden Funktionen haben gezeigt, dass Soziale Arbeit politische Arbeit betreibt. Vor allem in der GWA steht Demokratisierung im Vordergrund, um die Teilhabe aller zu sichern (vgl. Pillwein 2014:108). Deswegen ist GWA „ein Teil lokaler Politik“ (Oelschlägel 2007:114).

„Insbesondere in einer Gesellschaft, die durch soziale Spaltung, marginalisierte Bevölkerungsgruppen und eine Ökonomisierung des Sozialen gekennzeichnet ist, stellt Gemeinwesenarbeit einen unverzichtbaren Bestandteil der Sozialen Arbeit dar, um das Interesse aller Bewohner und Bewohnerinnen am öffentlich-politischen Leben aufrechtzuerhalten, an einer Demokratisierung der Gesellschaft weiterzuarbeiten und gegen Politikverdrossenheit aktiv vorzugehen“ (Aschenbrenner-Wellmann / Ehrismann 2014:370)

Riede (vgl. 2019:73) bezeichnet GWA als „demokratiefördernde Brückenbauerin“ (ebd. 2019), da sie ein demokratisches Miteinander „durch basisnahe Teilhabe-, Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten für alle“ (ebd.:83) fördert. Eine vertikale und horizontale Vernetzung in der GWA führt zu Aushandlungsprozessen, welche von Sozialarbeiter*innen begleitet und in denen verschiedene Interessen der Bürger*innen, Akteur*innen und Ebenen kommuniziert werden. Dadurch entsteht eine Schnittstelle für lokale Demokratieentwicklung.

GWA hat die Aufgabe, alle in den Blick zu nehmen und somit gemeinsam in Richtung einer positiven Zukunftsentwicklung mit Teilhabemöglichkeiten gehen zu können (vgl. ebd.:73). Bei den Interessen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort anzusetzen, unterstützt die Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft (vgl. ebd.:75-76).

Niederschwelliger Zugang

„Die GWA will zunächst vor Ort sein, möglichst nahe und niederschwellig in den Wohnbereichen der Menschen.“ (Heimgarten 2009:14) Ein niederschwelliger Raum für die Menschen vor Ort ist gegeben, wenn er leicht zu erreichen ist und gerne betreten wird. Das bedeutet die Lage und die Ausstattung des Raumangebots muss die Menschen ansprechen, um ein Hereintreten zu gewährleisten. Daneben soll es ein Ort sein an dem nichts von den Menschen erwartet wird. Es müssen keine Leistungen erbracht oder Fragen gestellt werden (vgl. Oelschlägel 2012).

GWA bedeutet „sich einlassen, sich bewegen, erkennbar sein, ansprechbar sein“ (Bitzan 2016:376). In diesem Zusammenhang ist die folgende Aufgabe von Sozialer Arbeit in der GWA wichtig.

Beziehungsarbeit: Gemeinwesenarbeit als Ansprechperson

Ein ausschlaggebender Aspekt in der GWA ist die Beziehungsarbeit. Durch ausreichend Zeit, Gespräche mit den Bürger*innen(gruppen) vor Ort und die Zuwendung der Sozialarbeiter*innen kann Vertrauen aufgebaut werden. Die Sozialarbeiter*innen hören sich die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse der Menschen an, sie wenden gesprächsfördernde Techniken an und ermöglichen Austausch zwischen den Bürger*innen(gruppen). In den Gesprächen, egal ob mit den Bürger*innen oder der

Politik, ist eine angepasste Sprache und Ausdrucksweise, die vom jeweiligen Gegenüber verstanden wird, hilfreich (vgl. Riede 2019:75).

Die Nähe zu den Bürger*innen, die durch Beziehungsarbeit aufgebaut werden kann, ermöglicht eine Aktivierung der Menschen in Bezug auf ihre Angelegenheiten (vgl. Bitzan 2016:376). Dadurch können kollektive Selbstorganisationsprozesse gefördert werden.

Aktivierung der Menschen

Die Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte ist ein Leitstandard der GWA und wird durch die Aktivierung der Menschen unterstützt (vgl. Lüttringhaus 2007:278-280). Die Bürger*innen werden in der GWA ermutigt und aktiviert, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, wobei es darum geht, die Bürger*innen zu kollektiven, nicht individuellen Handlungen aufgrund gemeinsamer Interessen zu mobilisieren (vgl. Landhäußer 2013:154).

In diesem Zusammenhang ist die Theorie der Erziehungswissenschaftlerin Sandra Landhäußer (vgl. ebd.:154-157) spannend. Die Aktivierung der Menschen steht in Verbindung mit dem Sozialkapital der Bürger*innen. Unter dem Sozialkapital, welches von dem Soziologen Pierre Bourdieu (vgl. 1992:49-75) geprägt wurde, sind Beziehungen zwischen Menschen, aus denen aktuelle und potentielle Ressourcen gezogen werden können, zu verstehen. Landhäußer sieht demnach einen großen Nutzen in der Aktivierung der Menschen im Rahmen der GWA für das Sozialkapital der Bürger*innen, weil durch das Bewusstwerden gemeinsamer Interessen eine Solidarisierung der Bürger*innen entsteht und somit Selbsthilfe- sowie Selbstorganisationskräfte gestärkt werden.

Bis die Menschen zu Selbsthilfe- und Selbstorganisationsprozessen aktiviert sind, ist es Aufgabe der GWA den Bürger*innen Mut zu machen, Informationen zur Verfügung zu stellen, ein lustvolles Miteinander zu bieten und Erfolge zu kennzeichnen. Es müssen immer wieder neue Angebote zur Aktivierung gesetzt werden, um die Bürger*innen für sich zu gewinnen (vgl. Oelschlägel 2012).

Fachwissen und Expertise

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der nicht außer Acht gelassen werden sollte, ist das Fach- und Expert*innenwissen, um all diese Aufgaben für eine nachhaltige GWA erfüllen zu können. Riede hat die Bedingungen für eine erfolgreiche GWA treffend zusammengefasst. Es benötigt Professionelle,

„[...] die sich mit Selbstorganisationsprozessen, Empowerment, Chancen und Tücken des sozialen Kapitals, Gesprächsführung, Konfliktlösung, zivilgesellschaftlichen Prozessen, Netzwerkarbeit, antidemokratischen Prozessen etc. auskennen [...] die sowohl mit bürgerschaftlichen Engagierten zusammenarbeiten, als auch Brücken in Politik und Verwaltung bauen können.“ (Riede 2019:84)

Die Soziale Arbeit kann nach unserem Erachten, aufgrund ihrer Profession und Disziplin, genau diese Bedingungen einer erfolgreichen GWA erfüllen. Sozialarbeiter*innen in der GWA agieren somit als Berater*innen, Begleiter*innen und Organisator*innen (vgl. Oelschlägel 2012).

Es wird fachliches Wissen über die unterschiedlichen Methoden, deren sich die GWA bedient, benötigt. GWA bezieht Methoden aus der Sozialen Arbeit, der Sozialforschung und der Politik (vgl. Bitzan 2016:376). Stövesand, Stoik und Troxler (vgl. 2013:369-452) haben im „Handbuch Gemeinwesenarbeit“ eine Reihe an Handlungsinstrumenten und Methoden, wie z.B. aktivierende Befragung, Sozialraumanalyse, verschiedene Gruppenarbeiten und Netzwerkarbeit veröffentlicht (vgl. Kapitel 3.1). Die Methoden der GWA können je nach angestrebten Ziel unterschieden werden. Methoden, die das Ziel haben:

- Interessen zu klären und zu organisieren (z.B. Zukunftswerkstatt, Bürger*innen-Versammlungen),
- veröffentlicht zu werden (z.B. Stadtteilmedien, Medienarbeit),
- Interessen durchzusetzen (z.B. Unterschriftensammlungen) und
- als Aus- und Verhandlung zwischen unterschiedlichen Akteur*innen zu dienen (z.B. Runde Tische)

(vgl. Stoik 2013:441-442)

Soziale Arbeit hat also

„[...] mit ihrer über 100-jährigen Erfahrung mit der Gemeinwesenarbeit und der damit verbundenen sozialräumlichen Denkweise und den Fähigkeiten zu tun, Menschen verschiedener sozialer Hintergründe miteinander und mit Institutionen oder Projekten in Kontakt zu bringen und diese zu kollektivem Handeln anzuregen oder zu bewegen und sie zu ermuntern, sich an öffentlichen Prozessen aktiv zu beteiligen.“ (Oehler 2018:304)

Daneben wollen wir hier nochmals erwähnen, dass nach unserem Verständnis eine Zusammenarbeit mit anderen Professionen nicht auszuschließen ist, im Gegenteil sehen wir darin einen positiven Nutzen. In der Literatur werden interdisziplinäre Teams, wie aus Planung, Architektur und Pädagogik herangezogen, um mehr fachliches Wissen und Sichtweisen zu erhalten (vgl. Sing 2013:213).

4.1.3 Ehrenamtliche Mitarbeiter*innen und Freiwilligenarbeit in der Gemeinwesenarbeit

In Vorbereitung auf dieses Kapitel haben wir uns, neben der Rolle der Sozialen Arbeit in der GWA, die Frage gestellt, welche Rolle Freiwilligenarbeit in der GWA spielt, weswegen es professionelle hauptamtliche GWA-Mitarbeiter*innen braucht, sowie warum ehrenamtliche Mitarbeiter*innen nicht die Tätigkeiten von Professionellen übernehmen können. Da in diesem Zusammenhang alle Berufsgruppen der GWA angesprochen werden, ist hier nicht ausschließlich die Rede von Sozialarbeiter*innen.

In der Literatur finden sich unterschiedliche Begrifflichkeiten zur Freiwilligenarbeit in der GWA, wie bürgerschaftliches Engagement oder Ehrenamt (vgl. Jakob 2018:713-726; Hollerweger 2000:46-47; Oelschlägel 2007:193-195). Dieser Abschnitt dient nicht zur Diskussion dieser Begrifflichkeiten, sondern zur Verdeutlichung des Bedarfs an hauptamtlichen und professionellen Mitarbeiter*innen in der GWA. Daher sind Bürger*innen, die sich freiwillig, unentgeltlich und gemeinsam mit anderen im öffentlichen Raum im Gemeinwesen aktiv engagieren und mit professionellen GWA-Mitarbeiter*innen zusammenarbeiten, nach unserem Verständnis in der Freiwilligenarbeit in der GWA tätig und somit ehrenamtliche Mitarbeiter*innen.

Im dritten Freiwilligenbericht von 2019 wurde vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz mithilfe des Österreichischen Freiwilligenrates die Lage und die Entwicklungen von freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement in Österreich dargestellt (vgl. BMASGK 2019). Im Bericht geht hervor, dass die ehrenamtlichen Aktivitäten im Bereich des Gemeinwesens in Österreich seit 2012 zurückgegangen sind (vgl. Feistritzer 2019:30). Generell ist die Geschlechterverteilung im Freiwilligenengagement ausgeglichen, wobei der Prozentanteil von Männern im Bereich des Gemeinwesens knapp überwiegt (vgl. ebd.:31-32).

In der Geschichte der Sozialen Arbeit finden sich bestimmte Arbeitsfelder, die durch das Engagement von freiwilligen und aktiven Bürger*innen hervorgegangen sind, wie beispielsweise auch die GWA (vgl. Kapitel 3.1). Bürger*innen haben sich für die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme eingesetzt, wodurch dann Organisationen und professionelle Strukturen entstanden sind (vgl. Jakob 2018:721). GWA schließt also an die Tradition der Freiwilligenarbeit an und noch heute ist freiwilliges Engagement von

Bürger*innen eine treibende Kraft in GWA-Prozessen, da sie an die Beteiligung und Aktivität der Menschen gebunden ist (vgl. Heimgarten 2009:11).

Warum braucht es aber hauptamtliche Mitarbeiter*innen in der GWA? „GWA ist eine professionelle Strategie. Deshalb kann sie ohne hauptamtliches Personal nicht betrieben werden.“ (Oelschlägel 2012) Außerdem besteht der Anspruch bei den Bürger*innen ihre persönlichen Interessen, Sorgen und Nöte an professionelle Mitarbeiter*innen herantragen zu können (vgl. Oelschlägel 2007:205). Professionelle treten als ein Unterstützungssystem für die Interessen der Bürger*innen auf, motivieren zu Engagement, schaffen Rahmenbedingungen auf organisationaler und politischer Ebene, vernetzen sich mit wichtigen Träger*innen, Organisationen und Institutionen, sowie betreiben Konfliktvermittlung. Außerdem sind Hauptamtliche im besten Fall durch Kontinuität und Langfristigkeit gekennzeichnet, um Vertrauen aufbauen und stabile Beziehungen halten zu können (vgl. Oelschlägel 2007:207; Oelschlägel 2012).

Der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in der GWA kann nach Eva Hollerweger (vgl. 2000:55) zu bestimmten Gefahren und Risiken führen. Besonders unter Anbetracht des ökonomischen Aspekts, ist das Ehrenamt mit Risiken verbunden, denn auch wenn die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen unentgeltlich tätig sind, entstehen für deren Einsatz Kosten in der Organisation. Es werden Schulungen benötigt, die organisiert und finanziert werden müssen, vor allem bei Positionen, die spezifische Qualifikationen voraussetzen. Außerdem müssen Koordination und Rekrutierung der Ehrenamtlichen vorgenommen werden.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass zum einem Ehrenamtliche durch die unentgeltliche Arbeit und die fehlende vertragliche Vereinbarung mit der Organisation ungebunden sind und somit gehen und kommen können, wann sie wollen. Eine Organisation investiert also Zeit und Geld in eine*n ehrenamtliche*n Mitarbeiter*in, diesem*dieser ist es jedoch jederzeit möglich, durch diese fehlende Verbindlichkeit an die Organisation, die Tätigkeit zu beenden. Zum anderen müssen die Grenzen zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten klar gekennzeichnet sein. Umso unschärfer die Grenzen zwischen den Tätigkeiten sind, umso größer ist die Befürchtung bezahlter Mitarbeiter*innen durch Ehrenamtliche ersetzt zu werden. Daher muss überlegt werden, inwieweit man die Ehrenamtlichen in die Organisation miteinbezieht und welche Positionen und Aufgaben übernommen werden sollen, um Spannungen vorzubeugen.

Zusammenfassend ist die Freiwilligenarbeit eine vorantreibende und unterstützende Kraft für GWA-Prozesse. Trotzdem wird, vor allem durch die genannten Aspekte der Rolle der Sozialen Arbeit deutlich, dass erfolgreiche GWA auf fachliches Wissen und eine vielfältige Methodensammlung angewiesen ist und daher professionelle Mitarbeiter*innen benötigt. Der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen kann insofern hilfreich sein, da sie „bewusst als LaiInnen eingesetzt [werden] und dienen der Vermittlung zwischen Professionellen und KlientInnen bzw. übernehmen jene Aufgaben die von Professionellen aus Kostengründen nur unzureichend wahrgenommen werden können.“ (ebd.:56)

4.1.4 Herausforderungen und Schwierigkeiten in der Gemeinwesenarbeit

In der Literatur finden sich im Zusammenhang mit GWA Herausforderungen in Bezug auf allgemeine Bedingungen, sowie Schwierigkeiten für Sozialarbeiter*innen. Dieses Kapitel soll nur einen Überblick und keine tiefergehende Auseinandersetzung über diese Thematik geben.

Riede (vgl. 2019:72) hat Ursachen für das „Nischendasein“ von GWA herausgearbeitet. Zunächst kritisiert sie, dass es keine einheitliche Begriffserklärung von GWA gibt und dadurch eine Vielzahl an Bezeichnungen für die Soziale Arbeit im Gemeinwesen eingeführt werden. Stövesand und Stoik (vgl. 2013:17) hingegen finden, dass durch die Unübersichtlichkeit des Begriffs das Facettenreichtum, sowie der Ideenvielfalt von GWA keine Grenzen gesetzt sind. Das zeigt, dass auf der einen Seite der Wunsch nach einer einheitlichen Definition vorhanden ist, um somit GWA als GWA bezeichnen und kennzeichnen zu können. In diesem Zusammenhang erwähnt Riede die Ausbreitung der Idee der GWA in verschiedene Fachkonzepte, wie Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement oder Stadtentwicklung, und dass dabei nur wenige soziale Akteur*innen in die Arbeit miteinbezogen werden (vgl. Riede 2019:73). Auf der anderen Seite würde eine einheitliche Begriffserklärung die Bandbreite, die Vielfalt und die damit verbundenen Möglichkeiten der GWA einschränken.

Außerdem sieht Riede durch die Einführung der intermediären Instanz der Sozialarbeiter*innen eine „zunehmende Verlagerung der Arbeit von der Basis in Stadtteilbüros auf die intermediäre, vermittelnde und managende Handlungsebene“ (Riede 2013:327, zit. n. Riede 2019:73) und die Gefahr, dass dadurch andere wesentliche Aspekte der GWA auf der Strecke bleiben.

Ein weiteres Problem in der GWA ist nach Riede (vgl. 2019:73) die Finanzierung. Auf einzelfallbezogene und zielgruppenspezifische Hilfen der Sozialen Arbeit bestehen

Rechtsansprüche. Demgegenüber ist Nachbarschaftsarbeit keine Pflichtaufgabe und muss daher oft aus verschiedenen projektbezogenen Förderungen finanziert werden. Durch die unsichere und unzureichende Finanzierung beschränkt sich das Angebot der GWA auf Soziales und Kulturelles, strukturelle Veränderungen bleiben aus.

Zum Schluss sieht sie eine Herausforderung in der (interdisziplinären) Kooperation zwischen Theorie- und Praxisnetzwerken. Diese sei kaum vorhanden (vgl. ebd.:73).

Zudem hat Wolfgang Hinte (vgl. 2007:142-143) Schwierigkeiten für Sozialarbeiter*innen festgehalten. Wolfgang Hinte ist ehemaliger Professor und Leiter des Instituts für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung und ist durch seine unzähligen Publikationen zum Thema GWA ein bekannter Autor.

Hinte sieht vor allem bei Sozialarbeiter*innen, welche bereits jahrelang in der klassischen Einzelfallarbeit tätig waren und sich dort hilfreiche Kompetenzen angeeignet haben, Schwierigkeiten für die Arbeit in der GWA. Die Orientierung an rechtlichen Ansprüchen, die einseitige Rolle als Helfer*in und Problemlöser*in, die reaktive Haltung im Umgang mit Fällen und die Dominanz der Bürokratie sind, im Gegensatz zur Einzelfallhilfe, für die GWA nicht im Vordergrund stehende Kompetenzen. Sozialarbeiter*innen müssen in der GWA „auf zielorientiertes Verändern von Verhaltensdispositionen“ (ebd.:142) verzichten und sich auf „hehre Ziele“, wie Emanzipation und Selbstbestimmung fokussieren.

Weitere problematische Phänomene sieht Hinte bei den folgenden Punkten:

- Zu starke Verantwortungsübernahme und Schuldzuschreibung auf die eigene Person, wenn eine Aktion nicht funktioniert.
- Festhalten an fixierten Planungsvorgehen und Abläufen geben zwar Sicherheit, aber lassen wenig Spielraum für die Menschen offen. Situatives Handeln ist gefragt!
- Professionelle sind Besserwisser und haben den Durchblick - diese Haltung bewirkt, dass die Menschen passiv statt aktiv werden oder nicht mehr kommen.
- Festhalten an der eigenen Person und den Gefühlen ist im Umgang mit den Menschen vor Ort wichtig. Authentizität wirkt, anstatt methodischer Richtigkeit.
- Fremde Lebenswelten müssen akzeptiert und nicht als „defizitär“ oder „veränderungswürdig“ abgestempelt werden.
- Reduzierung der eigenen Wichtigkeit und des Drangs, sich wichtig zu fühlen. Professionelle haben zwar eine Stimme, diese ist aber nicht bestimmend!

4.1.5 Resümee

Im Zuge der Forschungsfrage, *„wie kann die Rolle und Funktion der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit gestärkt und sichtbarer gemacht werden? Was ist der Beitrag Sozialer Arbeit in dem zu entwickelnden neuen Ansatz?“*, kann nun deutlich gesagt werden, dass die Sozialarbeiter*innen in der GWA nötig sind und ein fester Bestandteil neben anderen Fachkräften sein sollten. In der Ausarbeitung war auffallend, dass die aufbereitete Literatur über GWA überwiegend aus der Sozialen Arbeit stammt und es kaum Vertreter*innen anderer Professionen gab. Demnach schließen wir daraus, dass keine Verdrängung der Sozialen Arbeit stattfindet.

Die zu Beginn dargestellte Verbindung sollte nochmal verdeutlichen, dass GWA ein Handlungsfeld der Sozialen Arbeit ist und bleiben soll. Wir wollen hier nochmals betonen, dass Soziale Arbeit ein wichtiger Teil der GWA ist. Soziale Arbeit erfüllt Bedingungen für eine erfolgreiche GWA und darf aufgrund ihrer Ziele und ihres Auftrags, gegenüber den Klient*innen, der Gesellschaft und der eigenen Profession aus unserer Sicht, nicht fehlen.

Jo Boer gilt als Wegbegleiterin der GWA in den Niederlanden und ihr Werk zählte auch im deutschsprachigen Raum, durch die Übersetzung von Kurt Utermann, zu den ersten Büchern, welches einen Überblick über die Methodik und Ziele der GWA gegeben hat (vgl. Troxler 2013:58). Sie hat die Verbindung bereits 1970 wie folgt zusammengefasst:

„Ein Prozeß der Gemeinwesenarbeit ist ein Prozeß der Sozialarbeit, wenn die Zielsetzungen, für die er angewandt wird, Ziele der Sozialarbeit sind und wenn der Prozeß bewußt durch einen fachkundigen Sozialarbeiter begleitet wird, dessen Rolle im Prozeß durch Methoden der Sozialarbeit bestimmt wird.“ (Boer 1970:102)

Es hat sich gezeigt, dass fachliches Wissen über die Herangehensweise an Menschen in einem Sozialraum und die Aktivierung der Menschen mithilfe von unterschiedlichen Methoden der GWA wichtig sind, um herauszufinden, welche Interessen und Sichtweisen die Bürger*innen haben. Diese Aufgabe kann und soll Soziale Arbeit übernehmen. Außerdem ist Soziale Arbeit als intermediäre Instanz zwischen den verschiedenen Ebenen des Systems und der Lebenswelt der Bürger*innen tätig. Sie stellt dadurch Kooperationen und Vernetzungen her. Sie agiert als Vertrauens- und Ansprechperson durch ihren niederschweligen Zugang und die Nähe zu den Bürger*innen und stößt gleichzeitig Demokratieentwicklungen an. Durch das Zusammenspiel dieser Aufgaben und Funktionen der Sozialen Arbeiten in der GWA wird eine Grundlage für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation geschaffen. Als

Metapher ausgedrückt: Soziale Arbeit in der GWA setzt Samen in einem nährreicheren Boden für zielgruppenübergreifende Selbstorganisationsprozesse.

Das Kapitel hat sich verschiedenen Aufgaben und Funktionen, Herausforderungen und Schwierigkeiten in der GWA gewidmet und verdeutlicht, dass hauptamtliche Mitarbeiter*innen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Dabei lag der Fokus immer auf die Rolle der Sozialen Arbeit in der GWA. Im nächsten Kapitel werden nun die drei Lernbeispiele und die Ergebnisse der dort durchgeführten Forschung dargestellt.

.....

Literatur

- Aschenbrenner-Wellmann, Beate / Ehrismann, Regina (2014): Die Soziale Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen. Rahmenbedingungen und methodische Herausforderungen. In: Soziale Arbeit (DZI) 10-11, 366-373.
- Bitzan, Maria (2016): Gemeinwesenarbeit. In: Grunwald, Klaus / Thiersch, Hans (Hrsg.): Praxishandbuch lebensweltorientierte Soziale Arbeit: Handlungszusammenhänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Weinheim, Basel: Juventa, 371-381.
- BMASGK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2019): 3. Bericht zum freiwilligen Engagement in Österreich. Wien.
- Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1. Hamburg: VSA-Verlag.
- Fehren, Oliver (2006): Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz: emanzipatorisch oder herrschaftsstabilisierend? In: Neue Praxis. 6/2006, 575-595.
- Feistritzer, Gert (2019): Quantitative und qualitative Entwicklung des freiwilligen Engagements in Österreich. In: BMASGK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz: 3. Bericht zum freiwilligen Engagement in Österreich. Wien, 13-36.
- Heimgarten, Arno (2009): Grundlegendes zur Gemeinwesenarbeit. In: Sing, Eva / Heimgarten, Arno (Hg.Innen): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz: Lekam, 10-20.
- Hinte, Wolfgang (2007): Professionelle Kompetenz: ein vernachlässigtes Kapital in der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang / Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel, Dieter (Hg.Innen): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim, München: Juventa, 139-148.
- Hollerweger, Eva (2000): Ökonomische Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit. Bewertung aus volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Sicht. In: Roessler, Marianne / Schnee, Renate / Spitzky, Christine / Stoik, Christoph (Hg.Innen): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Wien: ÖGB Verlag, 45-58.
- Jakob, Gisela (2018): Bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Arbeit. In: Großhoff, Gunter / Renker, Anna / Schröder Wolfgang (Hg.Innen): Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung. Wiesbaden: Springer, 713-726.

- Landhäußer, Sandra (2013): Gemeinwesenarbeit und die Aktivierung von sozialem Kapital. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 154-160.
- Lüttringhaus, Maria (2007): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang / Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel, Dieter (Hg.Innen): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim, München: Juventa, 277-282.
- OBDS, Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit (o.A.): https://www.obds.at/wp/wp-content/uploads/2018/04/definition_soziale_arbeit_-_obds_final.pdf [21.01.2020].
- Oehler, Patrick (2018): Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden: Springer.
- Oelschlägel, Dieter (2007): Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit mit besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. In: Hinte, Wolfgang / Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel, Dieter (Hg.Innen): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim, München: Juventa, 99-128.
- Oelschlägel, Dieter (2012): Gemeinwesenarbeit - Chancen, Möglichkeiten und Voraussetzungen. Online unter: <https://www.stadtteilarbeit.de/gemeinwesenarbeit/grundlagen/gemeinwesenarbeit-chancen-moeglichkeiten-und-voraussetzungen> [30.01.2020].
- Pillwein, Marlene (2014): Herausforderungen an die Soziale Arbeit durch postdemokratische Entwicklungen. In: soziales_kapital - Wissenschaftliches journal österreichische fachhochschul-studiengänge soziale arbeit. Nr. 12, Wien, 104-116.
- Riede, Melina (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf / Drilling, Matthias / Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer, 67-87.
- Sing, Eva (2013): Entwicklungen der Gemeinwesenarbeit in Österreich. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 213-221.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Vom beruflichen Doppel-zum professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit. SIO, Sozialarbeit in Österreich, 2, 8-17.
- Stoik, Christoph (2013): Arbeiten in und mit der Öffentlichkeit. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 439-445.
- Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit - eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 14-36.
- Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (2013) (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich.
- Troxler, Ueli (2013): Einführung von Gemeinwesenarbeit im europäischen Kontext. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch

4.2 Learnings aus der Praxis: Rolle der Sozialen Arbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation

Gahleitner Susanne, Kopp Alexander, Kundrat Elena

In diesem Kapitel werden drei Initiativen vorgestellt und im Hinblick auf die folgende Forschungsfragen betrachtet: *Was ist der Ansatz zielgruppenübergreifender Selbstorganisation? Wie kann zielgruppenübergreifende Selbstorganisation eine Weiterentwicklung für die Gemeinwesenarbeit darstellen?* Dabei werden diese als Lernbeispiele benannt.

Es wird zunächst ein kurzer Überblick über die ausgewählten Lernbeispiele gegeben. Danach werden diese in Bezug auf ihre gesellschaftspolitischen Anliegen beleuchtet. Im nächsten Schritt werden die Methoden der Projekte aufgezeigt. Dabei werden u.a. zielgruppenübergreifendes Arbeiten, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, interne und externe Kommunikation, Veranstaltungen sowie partizipative und GWA-Methoden thematisiert. In diesem Kontext wird auch politische Einflussnahme behandelt.

Anschließend wird untersucht, welche Rolle Selbstorganisation in den ausgewählten drei Lernbeispielen spielt. Dabei werden u.a. die Haltung für und das Verständnis von Selbstorganisation, die Abgrenzung zwischen den Begriffen Selbstorganisation und Partizipation sowie Community Organizing näher beleuchtet.

Es folgt eine Auseinandersetzung damit, welche Formen von Mitbestimmung und Entscheidung es in den drei ausgewählten Beispielen gibt und wie Macht in diesen verteilt ist.

Zuletzt wird beschrieben, über welche Ressourcen die Lernbeispiele verfügen bzw. welche zusätzlichen Ressourcen sie benötigen würden, und welche Perspektive die (potenziellen) Nutzer*innen haben.

Stadtteilzentren Innsbruck

Die Stadtteilzentren wurden als Lernbeispiel herangezogen, da diese als Top-Down-Prozess von politischer Seite etabliert sowie finanziert werden. Im Zuge der Untersuchung wurde mit den Gemeinwesenarbeiter*innen aus Innsbruck, den

Sozialarbeiter*innen und einer Nutzer*in und Organisator*in von Gemeinwesenprojekten in Innsbruck, eine Fokusgruppendifkussion durchgeföhrt (vgl. ITV2). Zudem wurde mit einer Sozialarbeiterin aus einem Stadtteilzentrum eine Experteninterview geföhrt, um die Bedürfnisse, die zu einem erfolgreichen Arbeiten föhren, genauer bestimmen zu können (vgl. ITV1). Die Interviews wurden aufgrund der Bitte der Teilnehmer*innen anonymisiert, und die Teilnehmer*innen werden fortan als Interviewpartner*innen angeföhrt.

Der Fokus für das Lernbeispiel Innsbruck liegt auf drei Stadtteilzentren, welche durch den ISD (Innsbrucker Soziale Dienste) betrieben werden. Der ISD ist eine Tochtergesellschaft der Stadt Innsbruck. Die Stadtteilzentren in Innsbruck wurden als Lernbeispiel ausgewählt, da sie einen Top-Down-Ansatz für die Gemeinwesenarbeit bieten – entgegen den Lernbeispielen aus Linz und Wien, welche durch Bottom-Up-Ansätze entstanden sind. Durch die Leitung der Stadtteilzentren durch geschulte Gemeinwesenarbeiter*innen ist ein großer Fundus an methodischen Arbeiten vorhanden, wodurch die Erkenntnisse wichtig für diese Arbeit sind. Zudem wurden die Stadtteilzentren von politischen Entscheidungsträger*innen etabliert. Dadurch können wichtige Erkenntnisse über das Arbeiten in Netzwerken generiert werden.

Die Stadtteilzentren sind institutionell eingegliedert und werden von städtischen Mitteln finanziert. Dem zu Grunde liegt ein Leitfaden für soziale Stadtteil- und Gemeindeentwicklung des Landes Tirols. Aus diesem kann entnommen werden, dass der sozialen Stadtentwicklung eine große Bedeutung beigemessen wird. Somit werden Ansätze der Gemeinwesenarbeit von politischer Ebene verfolgt:

„Es gehört dazu, dass man alle Akteure ins Boot holt, miteinander vernetzt und deren Beiträge sichtbar macht. Ziel der Kooperation auf breiter Basis ist es, bereits engagierte Institutionen und Vereine sowie Privatpersonen zusammenzuföhren, Potenziale zu erkennen, Kräfte zu bündeln und bestehende Kompetenzen aufzuzeigen – dies alles mit der Absicht, gemeinsam stärker zu werden und entsprechend nach außen zu wirken. Stadtteilentwicklung mit den Bürger*innen anzugehen, den eigenen Siedlungsraum gemeinsam zu gestalten und zu beleben föhrt in weiterer Folge auch dazu, Nachbarschaften zu stärken sowie Identität zu stiften. Eine Vielzahl positiver Aktivitäten kann entstehen [...]“ (Klumpner/Steiner 2016:17)

Dabei sollen die Stadtteilzentren Orte der ansässigen Bewohner*innen, Vereine und Gruppen sein, an denen sie sich treffen und austauschen können. Vom Stadtteil ins Zentrum und vom Zentrum in den Stadtteil ist dabei der Leitgedanke. In den Stadtteilzentren arbeiten Sozialarbeiter*innen mit dem Ziel: „Gemeinsam das Zusammensein [zu] gestalten und Ideen und Projekte um[zusetzen“ (vgl. Stadtteilzentrum Wilten 2017:o.A.). Das Engagement der Bürger*innen zu fördern ist das

Ziel. Neben der Gemeinwesenarbeit zur Förderung des Zusammenlebens und der Organisation der Zentren ist die Vernetzung eine wichtige Aufgabe der Stadtteilzentren. Mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit soll die Bevölkerung laufend über die Aktivitäten informiert und Interesse für einen Besuch im Stadtteilzentrum geweckt werden (vgl. Stadtteilzentrum Wilten 2017:o.A.).

SOS-Menschenrechte

Der Verein SOS-Menschenrechte mit Sitz in Linz ist seit seiner Gründung 1993 gemeinnützig, überparteilich, konfessionell ungebunden und nicht gewinnorientiert. Im Zuge des Lichtermeers gegen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz hat sich der Verein vom Schwesterverein SOS-Mitmensch abgespalten und neu orientiert. Die Umbenennung fand aber erst einige Jahre später statt (vgl. ITV15: 00:00:23).

In den Statuten wird angegeben: "Zweck des Vereines ist es, Menschen, die in ihren Rechten und in ihrer Würde benachteiligt werden oder in Not geraten sind, nach Maßgabe der Möglichkeiten individuell und konkret zu unterstützen" (SOS Statuten 2018:1). Des Weiteren heißt es:

"Im Zusammenhang mit der Unterstützung von benachteiligten Menschen ist es auch Zweck dieser Menschenrechtsorganisation, eine offene, demokratische Gesellschaft zu fördern, die geprägt ist von Partizipation, Pluralität, gegenseitiger Akzeptanz und die bereit ist zum Dialog und zur Solidarität. SOS-Menschenrechte Österreich versteht sich als Forum für kritische BürgerInnen einer engagierten Zivilgesellschaft und als Kompetenzzentrum gegen Rassismus und Diskriminierung. Die Einhaltung der Menschenrechtsstandards in Österreich ist in der Vereinsarbeit ein sehr wichtiger Aspekt." (SOS Statuten 2018:1)

Als Kernaufgaben werden die Arbeit mit geflüchteten Menschen, Menschenrechtsbildung, Freiwilligenarbeit und Bewusstseinsarbeit genannt (vgl. SOS-Menschenrechte o.A.).

Im Sommer 2015 startete der Verein die Spendenaktion "Dach über dem Kopf", um das baufällige Flüchtlingswohnheim in der Rudolfstraße generalsanieren zu können (vgl. SOS Jahresbericht 2016:36). Im Mai 2019 wurde dann das erste Haus der Menschenrechte in Österreich eröffnet (vgl. SOS Jahresbericht 2018:10). Somit wurde Wohnraum für Menschen mit unterschiedlichen Geschichten, Alter, Herkunftsländern und vor allem Aufenthaltstiteln geschaffen; der Schwerpunkt liegt aber immer bei geflüchteten Menschen. Im Haus werden somit unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, erwachsene Frauen, Männer und Familien, welche sich im Asylverfahren oder Beschwerdeverfahren befinden, sowie subsidiär Schutzberechtigte betreut. Aber auch

Menschen in Notlagen mit positivem Asylbescheid können als Mieter*innen mit sozialarbeiterischer Begleitung für ein Jahr eine Startwohnung als leistbaren Wohnraum beziehen (vgl. PTK4:3).

Das Haus der Menschenrechte hat sich als Lernbeispiel qualifiziert, da es ein Anliegen ist zu beforschen, wie es wirkt, wenn Raum, also in diesem Fall ein Haus, zur Verfügung steht. Zusätzlich dazu scheint es, dass der Verein SOS-Menschenrechte in der Nachbarschaft und im Grätzl generell stark etabliert und gewünscht ist. Hieraus sollen relevante Aspekte für die Forschung gewonnen werden.

Mitten in Hernals

Mitten in Hernals ist ein überparteilicher Verein für gute Nachbarschaft und sozialen Zusammenhalt, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist (vgl. Mitten in Hernals:o.A.). Er wurde im Jahr 2017 von der Privatperson Martin Winkler gegründet. Im Zentrum der Vereinstätigkeit steht Stadtteilarbeit, welche bislang ausschließlich von Ehrenamtlichen geleistet wurde und wird. Es gab und gibt weder Sozialarbeiter*innen, noch Gemeinwesenarbeiter*innen, die für den Verein ehren- oder hauptamtlich tätig sind. Es können ausdrücklich alle Menschen Vereinsmitglieder werden (vgl. TI5:9). Der Verein verfügt über ein Gemeinschaftszentrum in Hernals, das ebenso wie in Innsbruck ein Ort der ansässigen Bewohner*innen, Vereine und Gruppen sein soll, an welchem sich diese treffen und austauschen können. Im Gegensatz zu den Lernbeispielen aus Innsbruck und Linz wird der Verein Mitten in Hernals überwiegend durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert (vgl. Mitten in Hernals:o.A.). In den Vereinsstatuten des Vereins steht u.a., dass die Tätigkeit von Mitten in Hernals

“[...] die Erarbeitung und Durchführung von Projekten, die das friedliche und demokratische Zusammenleben der Menschen in Hernals unabhängig von Herkunft, Rasse, Hautfarbe, Religion, Alter oder Geschlecht fördern, das Kennenlernen und die gute Nachbarschaft sowie den sozialen Zusammenhalt in Hernals stärken, bezweckt.” (Mitten in Hernals:o.A.)

Der Verein Mitten in Hernals wurde für die vorliegende Arbeit als Lernbeispiel ausgewählt, weil dieser ein gutes Beispiel für ehrenamtliches Engagement in der Stadtteilarbeit darstellt. Gleichzeitig wird an diesem Beispiel deutlich, dass einer professionellen Begleitung von Ehrenamtlichen durch Sozialarbeiter*innen und Gemeinwesenarbeiter*innen in diesem Kontext eine wichtige Rolle zukommt.

An dem Beispiel von Mitten in Hernals zeigt sich zudem, vor welchen Herausforderungen derartige ehrenamtliche, selbstorganisierte Initiativen oftmals stehen – z.B. Menschen

für gemeinsame Interessen zu vereinen und dabei Machtverhältnisse und soziale Ungleichheiten mitzudenken (vgl. Kapitel 3.4).

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde die Methode "Wisdom Council" mit Mitgliedern des Vereins angewendet, ein Interview mit einem Vorstandsmitglied geführt, eine Straßenbefragung mit Jugendlichen in dem Wiener Bezirk Hernals gemacht, und außerdem die Aktivitäten des Vereins im Zeitraum von 2017-2019 protokolliert. Zudem wurde die Homepage des Vereins ausgewertet.

4.2.1 Bedeutung des Raumes

Nachfolgend wird erläutert, welche Bedeutung generell Raum in den Lernbeispielen einnimmt. Hier wird einerseits der Sozialraum inklusive Nachbarschaft und Grätzl betrachtet, aber auch der Raum als physischer Raum. Es wird sich nachstehend unter anderem angesehen, welches Verständnis von Raum geteilt wird und welche gemeinsamen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Stadtteilzentren Innsbruck

Wie auch für den Verein „Mitten in Hernals“, ist der Sozialraum ein wichtiger Faktor für die Arbeit der Stadtteilzentren in Innsbruck. Dabei wird deutlich darauf verwiesen, dass die Stadtteilzentren für alle Bürger*innen offenstehen und es keine geographische oder soziale Abgrenzung gibt. Ein Kriterium, das jedoch erfüllt werden sollte, beinhaltet, dass alle Veranstaltungen einen Mehrwert für die Allgemeinheit haben müssen. Im Experteninterview wurde folgendes berichtet:

„Man sucht halt den Weg, wie man das umsetzen kann [...]. Dann sagen wir okay, wie wäre es, wenn man das verbindet, mit einem Vortrag, dann könnten sich die Vereine ein bisschen im Stadtteil präsentieren [...]. Und wenn man das dann verbindet, dann passt das schon.“ (ITV1: 00:42:21)

Der Sozialraumanalyse wird ein sehr großer Stellenwert beigemessen. Für das professionelle Arbeiten wird diese Analyse als wichtiger Bestandteil des professionellen Handelns hervorgehoben. Dabei ist diese Analyse ein wichtiger Bestandteil, um Gemeinwesenarbeit zu etablieren da somit Themen zu bestimmten sind die später bearbeitet werden können (vgl. ITV1: 00:49:37). Es ist also für eine*n Sozialarbeiter*in in der Gemeinwesenarbeit sehr wichtig den Sozialraum sehr gut zu kennen. Jeder Stadtteil hat verschiedenen Themen. Für Expert*innen des Stadtteils ist somit eine sorgfältige Analyse grundlegend für die eigene Arbeit.

Für die Gemeinwesenarbeit ist zudem der Raum als physisches Objekt ein wichtiger Bestandteil. Eine Örtlichkeit anzubieten, um Begegnung zu ermöglichen, wird als einfache Methode beschrieben, um mit den Menschen innerhalb des Sozialraums in Kontakt zu treten (vgl. ITV2: 00:20:12).

Der virtuelle Raum könnte zudem in den nächsten Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen und die Komponente des Sozialraums erweitern. Die Verwendung von Digitalen Medien findet sowohl bei den Klient*innen, als auch bei den Fachkräften und den übergeordneten Organisationen großen Anklang. Durch Smartphones sind Menschen schnell zu erreichen (vgl. Kitscher 2019:41). Dabei wurde in der Fokusgruppendifkussion folgendes diskutiert:

„Wie steht der virtuelle Raum im Bezug zum realen Raum? [...] inwieweit kann eine App wie Jodel⁴ [...] in Verbindung mit dem realen Raum treten. Dabei ist man in einem virtuellen Raum, der schon einen Bezug zum realen Raum hat. Mit einer Begrenzung von zwei bis drei Kilometer. Und da schauen wir gerade, inwieweit dieser virtuelle Raum ein Ausgangspunkt für Soziale Arbeit oder auch für Gemeinwesenarbeit ist. [...] Das Gemeinwesen weiterzudenken, weil die jüngeren Generationen zwischen dem realen Raum und virtuellen Raum nicht mehr unterscheiden. Und da bräuchte es Konzepte, um das zu verknüpfen.“ (ITV2: 00:11:49)

Somit kann zwischen einem sozial konstruierten, geographisch abgrenzbaren und virtuell zugänglichen Raum unterschieden werden. Diese verschiedenen Ansätze haben wiederum Einfluss auf die Methoden und Handlungen der Gemeinwesenarbeiter*innen. Die zunehmende Digitalisierung könnte dabei große Innovationsmöglichkeiten bieten. Durch das Smartphone verschmelzen digitale und reale Räume immer mehr, Sozialräume könnten durch die Digitalisierung besser organisiert werden. Ein Beispiel dafür könnte ein Aufruf via App zur Beteiligung an einem Stadtteilst sein. Dadurch würde der Gemeinwesenarbeiter*in der Zugang zu freiwilliger Mithilfe erleichtert werden.

SOS-Menschenrechte

Von allen Betreuer*innen und der Geschäftsführung von SOS-Menschenrechte wurde durchwegs immer von einem offenen Haus und von Begegnungsmöglichkeiten gesprochen. Das spiegelt wider, dass der physische Raum, also das Haus, für den Verein eine wesentliche Rolle spielt und von großer Wichtigkeit für die Identität ist. Die

⁴ Jodel ist eine mobile Sozial-Media-App. Diese versetzt die Nutzer*innen in die Lage, anonymisierte Beiträge zu veröffentlichen. Diese sind geographisch auf 10 km begrenzt. Damit ist es möglich, Nachrichten aus dem nächsten Umfeld zu empfangen, unabhängig davon ob sich die Personen kennen.

Geschäftsführerin und Sozialarbeiterin Sarah Kotopulos ist der Ansicht, dass es in der DNA des Vereins steckt, ein offenes Haus zu sein, das Brücken baut sowie Begegnungsmöglichkeiten schafft. (vgl. TI4:4).

Es geht um ein Haus, aber eigentlich geht es um Menschen

Auch die Bewohner*innen in der Gruppendiskussion dürften das HdMr. als ein offenes Haus erleben, da ein Vorschlag für Selbstorganisation Geburtstagsfeiern mit Freund*innen und Musik war und es keine Frage gab, ob andere Menschen im Haus sein dürfen (vgl. PTK4:15). Ute Palmetshofer, Projektkoordinatorin und Flüchtlingsbetreuerin:

“Also wir verstehen uns, das Haus der MR, als sehr offenes Haus und kriegen auch die Rückmeldung, dass das sehr, sehr gerne auch angenommen wird, speziell von der Nachbarschaft, oder von diesen Kooperationsvereinen wo wir über die Jahre schon angedockt haben und eine Beziehung aufgebaut haben.“ (TI2:2-3)

Dieter Turk, Betreuer für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF):

“Es ist nicht die Idee, dass ein geschlossener Raum ist, wo Menschen drinnen wohnen mit denen man keinen Kontakt haben darf oder kann, sondern es werden Begegnungsmöglichkeiten geschaffen.“ (TI3:5)

Als Orte bzw. Räume im Haus der Menschenrechte sind hier jedenfalls der Gemeinschaftsgarten, der sogenannte „Garten der Vielfalt“, und der allgemeine Garten. Außerdem gibt es eine Sommerküche, die den Bewohner*innen zukünftig ab dem Sommer 2020 frei zugänglich sein soll. Im Haus selbst gibt es das große Büro, bei dem der Wunsch ist, dass er als Co-Workingspace auch von anderen Vereinen genutzt wird und sich daraus Kooperationen ergeben (vgl. TI4:4).

Kotopulos: “[...] unsere Vision ist [es], auch andere Vereine reinzubekommen. Ein Thinktank zu werden. Gemeinsam zu kooperieren, um auch diese gesellschaftliche Gestaltung und Einbringung von der Zivilbevölkerung, von der nämlich SOS-Menschenrechte entstanden ist, ursprünglich.“ (TI4:4)

Manche dieser genannten Räume sind für eine Nutzung der Bewohner*innen mit einer hohen Schwelle verbunden. Hier müssen erst die Betreuer*innen gefragt werden, ob eine Nutzung erfolgen kann - ein hemmender Faktor für Selbstorganisation. Am frei zugänglichsten ist der Garten nutzbar, hier können sich Bewohner*innen ohne Absprache selbst organisieren (vgl. TI3:6). Von den Bewohner*innen selbst wurden außerdem leerstehende Zimmer als potentielle Räume für Selbstorganisation genannt (vgl. PTK4:15). Im Kapitel 3.2.3 wird darauf hingewiesen, dass nur Menschen mit

vorhandenen Ressourcen nachhaltig Räume konstruieren können. Durch die finanziell eingeschränkte Situation von geflüchteten Menschen besteht bereits eine Einschränkung, die eine nachhaltige Gestaltung der Räume hemmt.

Die relevanten Player in Bezug auf die Umgebung und den Sozialraum bei SOS-Menschenrechte sind die Nachbarschaft, das Grätzler Alturfahr und generell die Stadt Linz. Geschäftsführerin Kotopulos weist auf die gute Einbindung des Vereines in die nachbarschaftliche Umgebung hin (vgl. TI4:4). Es gab Unterschriftenlisten und Spendenaktionen, damit der Verein an seinem Standort bleibt. Bei Festen wird selbstverständlich mit der Anwesenheit und Teilnahme der Nachbar*innen gerechnet. Das Kuchen- und Kaffeebuffet von SOS-Menschenrechte, bei dem auch die Bewohner*innen beim Verkauf mit eingebunden werden, wird bei Nachbarschaftsfesten fix mitgedacht. Kotopulos sagt weiters über die Anbindung im Sozialraum: „Also wir versuchen da schon wahrgenommen, sichtbar zu werden, und dadurch kann man sagen, das gesellschaftliche Klima aktiv und positiv mitzugestalten, um ein besseres Zusammenleben da in Linz mitzugestalten“ (ebd.).

Mitten in Hernals

Der Sozialraum – hier der 17. Wiener Gemeindebezirk Hernals – ist von großer Bedeutung für den Verein Mitten in Hernals, da ehrenamtliche Stadtteilarbeit im Zentrum von dessen Tätigkeit steht. Es geht hierbei jedoch nicht nur um einen „sozialgeografisch begrenzten Raum“, sondern auch um einen „sozial konstruierten Raum“ (Informationswebsite des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus:o.A.). Der Sozialraum wird in dem Verein Mitten in Hernals also nicht auf den physischen Raum reduziert, sondern auch als ein von Menschen gestalteter Raum verstanden, der durch Beziehungen entsteht (vgl. Früchtel 2013:1; Mitten in Hernals:o.A.). Als verantwortlich für die Gestaltung dieses Sozialraums werden all jene Menschen betrachtet, die in ihm leben. Außerdem wird davon ausgegangen, dass die bewusste Gestaltung des Sozialraums die Teilhabe von Menschen stärken kann (vgl. Früchtel 2013:1). Dementsprechend wird auf der Homepage des Vereins dazu aufgerufen, Hernals gemeinsam zu gestalten (vgl. Mitten in Hernals:o.A.). Darüber hinaus sollen auch die in dem Sozialraum vorhandenen Ressourcen wahrgenommen und genutzt werden (vgl. Mitten in Hernals:o.A.; PTK3:3).

Der sogenannte „Grätzeltreff“ des Vereins soll als ein Gemeinschaftszentrum für alle in Hernals lebenden Menschen (und auch für andere Menschen) dienen und damit ein Ort der Begegnung und des Austausches sein. Er besteht aus einem ca. 70m² großen

Raum für Veranstaltungen und Meetings, einem Büroraum, einer Küche und einem WC. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde in großer Schrift auf eine der Wände gemalt. Zu dem Gemeinschaftszentrum gehört auch eine kleine Grünfläche auf der Straße, die von Mitgliedern gepflegt wird. Im Rahmen von Veranstaltungen, die der Verein organisiert, kann jede*r das Gemeinschaftszentrum nutzen. Wenn jemand die Räumlichkeiten für eigene Zwecke wie z.B. eine Geburtstagsfeier nutzen möchte, bedarf es hierfür jedoch entweder einer Mitgliedschaft oder einer freiwilligen Spende sowie ein Mitglied, das die Veranstaltung betreut und die Verantwortung übernimmt. Dies ist nicht zuletzt auch auf rechtliche Belange wie z.B. die Haftung zurückzuführen, was für einige (potenzielle) Nutzer*innen eine Hemmschwelle darstellen kann (vgl. PTK1:3). Der Zugang zu der Grünfläche ist niederschwelliger als jener zu den Räumlichkeiten, da diese auch ohne vorherige Absprache und Mitgliedschaft nutzbar ist (vgl. TI5:3).

Raum als Begegnungsmöglichkeit

An allen drei untersuchten Standorten ist der Raum äußerst relevant. Er wurde durchwegs als Begegnungsmöglichkeit bezeichnet, in Innsbruck war auch die Rede davon, dass Aktivitäten im physischen Raum ein Nutzen für das Gemeinwesen darstellen müssen. Durchwegs ist der Sozialraum ein Ort für alle dort ansässigen Menschen. Es wird davon ausgegangen, dass durch die gemeinsame und bewusste Gestaltung des Sozialraums die Teilhabe von Menschen gestärkt werden kann (vgl. Früchtel 2013:1). Es zeigte sich zudem, dass die angebotenen physischen Räume von großer Bedeutung für die Verwirklichung der Vereinsziele sind. Wesentlich sind neben Räumlichkeiten auch Grünflächen, da diese im Allgemeinen leichter zugänglich bzw. niederschwelliger sind. Die Nutzung von Räumlichkeiten ist oftmals auch mit Verantwortung und Haftung verbunden, was den Zugang für (potenzielle) Nutzer*innen teilweise erschwert. Als niederschwellig gilt ein Raum, wenn er ein "Hereintreten der Menschen" gewährleistet, wo keine Leistungen erbracht oder Fragen gestellt werden. Ein niederschwelliger Raum wird mit drei Faktoren definiert: leichte Erreichbarkeit, keine hemmenden Rahmenbedingungen, und ob er gerne von den Nutzer*innen genutzt wird (vgl. Kapitel 4.1.2).

In Innsbruck wurde davon gesprochen, dass es notwendig ist, den Sozialraum gut zu kennen und sorgfältig zu analysieren. In diesem Kontext wird auf eine Sozialraumbegehung hingewiesen, welche eine Methode der Gemeinwesenarbeit ist. Es kann in Innsbruck somit das Fachwissen über Gemeinwesenarbeit hervorgehoben werden, welches bei SOS-Menschenrechte und Mitten in Hernals (bislang noch) fehlt.

Beide verweisen jedoch auf die Relevanz der Umgebung, des Grätzels, des Stadtteiles oder der Stadt, und sprechen davon, das Grätzel gemeinsam zu gestalten.

4.2.2 Gesellschaftspolitische Anliegen

In diesem Kapitel werden die gesellschaftspolitischen Anliegen der drei Lernbeispiele behandelt. Dabei steht vor allem der Demokratiebegriff im Vordergrund.

Stadtteilzentren Innsbruck

Aus den Interviews können folgende gesellschaftspolitische Anliegen wahrgenommen werden: Demokratieschule, Einfluss auf Verhältnisse nehmen (Reaktion auf sich verändernde Umstände), Teil des Sozialstaats sein, Stadtentwicklung und die Gemeinwesenarbeit voranbringen. Diese werden nun näher besprochen.

Demokratieschule

Alle Interviewpartner*innen der Fokusgruppe sehen Bedarf darin, mit ihrer Arbeit demokratisches Verhalten bei den Bürger*innen zu fördern. Dabei wird der Gemeinwesenarbeit eine besondere Rolle beigemessen, da diese zu einer aktiven Beteiligung am Gemeinwesen beitragen kann. Zudem ist sie politisch in Innsbruck legitimiert (vgl. ITV2: 00:14:35). Dabei wird betont, dass die Aufgabe der Gemeinwesenarbeit darin gesehen wird, die Akteur*innen weg von einer „Mach du mal“-Haltung zu bringen. Eine aktive Beteiligung am Gemeinwesen wird als erstrebenswert gesehen. Laut den Interviewpartner*innen soll ein Verständnis bei den Bürger*innen dafür entwickelt werden, dass Politik ein komplizierter Prozess ist, bei dem am Ende ein Kompromiss steht. Nur durch eine aktive Beteiligung können auch eigene Interessen eingebracht werden (vgl. ITV2: 00:16:35).

Sozialstaat

„Es besteht aber die Gefahr, dass man im Sinne von so „Anti-sozialstaatlichen Tendenzen“ halt auch dann eigentlich dafür benutzt wird. Weil dann gesagt wird: ja die Leute können Sie sich ja selbst um sich kümmern. Und die brauchen nämlich nur diese Plattform, um sich selbst zu engagieren und zu organisieren. Und dann brauche ich da keine Sozialberatung mehr in einem Stadtteil. Die helfen sich ja jetzt selbst, also Hilfe zur Selbsthilfe. Hat auch diese Seite, wenn die Gefahr dahintersteckt.“ (ITV2: 00:45:02)

Die eigene Arbeit wird laut den Aussagen der Interviewpartner*innen als wichtiger Bestandteil gesehen, um dem Abbau des Sozialstaats entgegenzuwirken. Wie dem Zitat entnommen werden kann, gilt das eigene Engagement den Bürger*innen, und nicht der politischen Ebene. Zum anderen ist den Interviewpartner*innen eine Abgrenzung zur

politischen Ebene wichtig. Sie sehen Tendenzen, dass die Gemeinwesenarbeit instrumentalisiert werden könnte, damit sich die Politik zurückziehen kann.

Stadtentwicklung beeinflussen

Innsbruck verzeichnet einen stetigen Einwohner*innenzuwachs. Seit 2011 ist die Bevölkerung von 149.000 auf 162.000 Einwohner*innen angestiegen, was einen Zuwachs von neun Prozent bedeutet (vgl. Andexlinger 2017:6). Durch die, auch global stattfindende Tendenz zur Urbanisierung, entstehen für Städte immer größere Probleme, denen durch gezielte Stadtentwicklungsmaßnahmen entgegengewirkt werden soll (vgl. Zimmerman 2015:3). Innerhalb der Fokusgruppendifkussion wurden die Möglichkeiten für die Gemeinwesenarbeit diskutiert, sich in die Stadtentwicklung einzubringen.

„Da geht es um verschiedenste Maßstabebene, wie sich Städte verändern. Gerade mit globalen Prozessen wie zum Beispiel sowas wie eine globale Immobilienwirtschaft. Äh und globale Kapitalströme, die im Endeffekt auch in Innsbruck sich auswirken. Und wie man dann sowas wie Stadtentwicklung vorantreiben oder verändern oder beeinflussen kann. Bis hin zu ganz vielen lokalen Initiativen von Vereinen, Kulturschaffenden und Sportverein, also die im Endeffekt halt oder Initiativen, die halt vor Ort ihren direkten Nahraum oder ihr Umfeld prägen und verändern wollen.“ (ITV2: 00:14:53)

Für die Gemeinwesenarbeit stellt sich somit die Frage: Wie wollen wir zukünftig zusammenleben? Wie stellen sich die Bürger*innen ihre Stadtteile in der Zukunft vor, und wie kann man diese gestalten? Wie kann die Lebensqualität verbessert werden? Was kann die Gemeinwesenarbeit dafür tun, da sich laut Aussagen der Interviewpartner*innen die Gestaltung von Stadtteilen als Hauptziel für die eigene Arbeit definieren lässt (vgl. ITV2: 00:48:13)? Dadurch entstehen neue spannende Arbeitsfelder, die auch in den Gestaltungsprozess von Städten mit einfließen können. Weiter wird angegeben, dass das Selbstverständnis auch eine kommunikative Funktion zwischen den Stadtteilen und der politischen Ebene beinhaltet.

„Man macht transparent, wie Stadtproduktion oder die Entstehung von Stadt passiert. Nämlich, indem verschiedene Akteure zusammenwirken, Interessen vertreten und sich letztlich um Kompromisse einigen. Das ist wichtig zu verstehen.“ (ITV2: 00:15:12)

Die Planung von Städten ist ein komplexer Prozess, bei dem viele verschiedene Akteur*innen involviert sind. Die Gemeinwesenarbeit könnte durch ihre gute Vernetzung eine Moderationsfunktion innerhalb dieses Prozesses einnehmen. Die Planungstreffen könnten dabei durch die Expertise und das Wissen über die Stadtteile von den Gemeinwesenarbeiter*innen begleitet werden.

Gemeinwesenarbeit voranbringen

Die Interviewpartner*innen sehen die Verbreitung von Gemeinwesenarbeit als Teil ihres professionellen Handelns. Dazu gehört auch die Teilnahme an der Forschungsarbeit. Die Interviewpartner*innen gaben an, an einem Leitfaden für die Etablierung von sozialer Stadtteil- und Gemeindeentwicklung in Tirol beteiligt gewesen zu sein. Gemeinwesenarbeit sollte strukturell in der Politik verankert werden; dafür muss aber noch viel Bewusstseinsbildung stattfinden (vgl. ITV2: 00:06:51). Aus dieser Aussage kann abgeleitet werden, dass die Interviewpartner*innen ein Defizit der Gemeinwesenarbeit erkennen.

SOS-Menschenrechte

“SOS-Menschenrechte versteht sich als Forum für mündige Bürgerinnen und Bürger einer lebendigen Zivilgesellschaft. Wir sehen es als Recht und als Pflicht, uns am gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu beteiligen. SOS-Menschenrechte wendet sich gegen jede Politik und Agitation, die Menschen ausgrenzt, gegen sie hetzt oder sie zu Feindbildern macht. SOS-Menschenrechte engagiert sich besonders für eine Gesellschaft ohne Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.” (Leitbild SOS-Menschenrechte o.A.:1)

Bereits im Leitbild ist verankert, dass SOS-Menschenrechte einen gesellschaftspolitischen Auftrag hat und Lobbyarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus macht. Kotopulos (vgl. ITV15: 00:22:20) spricht auch von der Wichtigkeit von Projektkooperationen und gemeinsamen Statements zu politischen Situationen mit anderen Nichtregierungsorganisationen (NGO's). Weiters erwähnt sie, dass der Fokus des Vereins darauf liegt, auf Missstände aufmerksam zu machen, und zwar dort, wo Menschenrechtsverletzungen passieren oder “Randgruppen massiven Schikanen ausgesetzt sind”. Dies kann mittels Demonstrationen, Presseaussendungen oder über andere Kanäle passieren (vgl. ebd.). Benefizkonzerte, Sommerfeste, Fußballcups usw. werden von der Geschäftsführerin nicht nur als Benefizveranstaltungen, die Geld lukrieren, gesehen, sondern auch als Aufklärungsarbeit und Sensibilisierungsarbeit, weil hierbei auf die eigenen Themen aufmerksam gemacht werden kann (vgl. ebd.).

“Das steckt in der DNA von SOS-Menschenrechte drinnen, nämlich wirklich Brücken zu bauen und Begegnungen zu ermöglichen, auch mit der Nachbarschaft direkt bei uns, aber auch mit Schulklassen, mit Firmen und mit verschiedensten anderen Menschen denen wir Begegnungsmöglichkeiten und Zugang im Haus bieten möchten.” (TI4:4)

Kotopulos spricht explizit davon, dass das Haus der Menschenrechte für die Zivilgesellschaft offen zugänglich sein soll. Hier kann Bezug zur Theorie der Kontakthypothese hergestellt werden. Diese besagt, dass “Kontakt zwischen Gruppenmitgliedern zu Sympathie führt” (Friedrichs/Leßke/Schwarzenberg 2019:351).

“Der Kontakt-Hypothese liegt ein Prozess zugrunde, der in mehreren Phasen abläuft: Kontakt > Bessere Kenntnisse der Fremdgruppe > Veränderte Einstellung („Dekategorisierung“) > Weitere Kontakte > Verändertes Verhalten gegenüber der Fremdgruppe > Veränderte Bewertung der Fremdgruppe“ (ebd. zit. N. Pettigrew 1998: 70-72)

Da der Verein, wie bereits oben erwähnt, am Abbau von Fremdenfeindlichkeit interessiert ist, ist der Schritt zu einem offenen Haus der Menschenrechte der richtige Weg, um eine veränderte Bewertung der geflüchteten Menschen herbeizuführen.

Als klares Anliegen von SOS-Menschenrechte wurde auch genannt, das “gesellschaftliche Klima aktiv und positiv mitzugestalten, um ein besseres Zusammenleben da in Linz” zu fördern (TI4:4). In Oberösterreich gibt es eine Steuerungsgruppe im Flüchtlingsbereich vom Land Oberösterreich, die durch den nun ehemaligen Landesrat Rudi Anschöber initiiert wurde. Dabei sitzen jede Woche Vertreter*innen von NGO's, der Politik, dem Arbeitsmarktservice, der Polizei, des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA), des Landesschulrats und verschiedene andere Stakeholder beisammen. Durch den persönlichen Kontakt in dieser Gruppe berichtet Kotopulos von vereinfachter Kommunikation und Kooperation untereinander. Nichtsdestotrotz ist SOS-Menschenrechte eine Grundversorgungseinrichtung, die Geld vom Land Oberösterreich bezieht und daher auch gut abwägen muss, wann tagesspolitisch etwas kommentiert wird (vgl. ebd.:5).

Eine der Säulen des Vereines ist die “Menschenrechtsbildung”. Hierbei werden mit dem Projekt “Stand up! Menschenrechte in der Praxis.” Bildungs- und Sensibilisierungsprogramme erarbeitet und durch Workshops an die Öffentlichkeit getragen. Dabei werden Themen wie Demokratie, Zivilcourage, Gleichbehandlung, Antidiskriminierung, Deradikalisierung u.v.m. in verschiedensten Settings behandelt. SOS-Menschenrechte arbeitet für eine “offene, tolerante und solidarische Gesellschaft, in der die Rechte und Chancen aller geachtet und gelebt werden” (vgl. SOS Stand up! o.A.:5-6).

Kotopulos versucht nicht nur das Sprachrohr für die Menschen, die im HdMr. wohnen, zu sein, sondern diese selbst sprechen zu lassen:

“[...] da schauen wir ganz klar den Menschen da eine Bühne zu geben, sie selbst in den Vordergrund zu stellen, die positiven Geschichten, eine Plattform und ein Gesicht zu geben, aus den vielen Zahlen, die herumschwirren, Menschen mit Eigenschaften werden zu lassen, auch in der öffentlichen Wahrnehmung.” (TI4:5)

Es kann angenommen werden, dass für SOS-Menschenrechte Soziale Arbeit durchaus politische Arbeit ist. Hier kann wieder ein Vergleich mit der GWA gezogen werden, dessen Anspruch es auch ist, politisch mitzuwirken (vgl. Kapitel 4.2.1).

Mitten in Hernals

Die Gründung des Vereins ist eng mit den gesellschaftspolitischen Anliegen des Gründers und derzeitigen Vereinspräsidenten Martin Winkler und seinem näheren Umfeld verbunden (vgl. TI5:1). Er beschäftigte sich in dieser Zeit intensiv mit der "grassroot innovation in den USA" (ebd.). Die Gründung kann als eine Reaktion auf die damals bestehenden politischen Verhältnisse in Österreich betrachtet werden (vgl. ebd.).

Der Verein Mitten in Hernals soll dazu beitragen, in einer gespaltenen Gesellschaft wieder sozialen Zusammenhalt zu schaffen, und zielt u.a. darauf ab, das friedliche und demokratische Zusammenleben der in Hernals lebenden Menschen "unabhängig von Herkunft, Rasse, Hautfarbe, Religion, Alter oder Geschlecht" zu fördern (vgl. ebd.:1; Mitten in Hernals:o.A.). Mitten in Hernals spricht sich hiermit klar gegen jede Form von Diskriminierung aus. Der Verein gibt weiters an, dass dessen wichtigste Werte Respekt, Toleranz, Solidarität, Gemeinschaft und Diversität sind (vgl. Mitten in Hernals:o.A.; TI5:9). In diesem Kontext wird auch von einem "gemeinsamen Wertekodex" gesprochen (vgl. ITV:9). Die Ziele und Grundsätze des Vereins sind auf dessen Homepage aufgelistet (vgl. Mitten in Hernals:o.A.).

"Intoleranz und Extremismus lehnen wir ab, egal ob aus religiösen oder aus nationalistischen Gründen. Zusammenhalt ist uns wichtig, zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten, zwischen Alten und Jungen, zwischen Frauen und Männern." (Mitten in Hernals:o.A.)

Das Vorstandsmitglied Bodo Winkler gibt in einem Interview für die vorliegende Arbeit an, dass sich der Verein im linken politischen Spektrum positioniert (vgl. TI5:9). Es besteht aufseiten der Vereinsmitglieder der Wunsch, Einfluss auf politische Verhältnisse zu nehmen und zu einem gesellschaftlichen Wandel beizutragen (vgl. Mitten in Hernals:o.A.). Auf der Homepage wird politisches Mitgestalten dementsprechend unter den Grundsätzen des Vereins angeführt (vgl. ebd.).

"Mitgestalten, das heißt Politik zum Angreifen. Von der Parkbank bis zu den Parkplätzen, von der Freizeit- und Arbeitssituation bis zu den öffentlichen Einrichtungen. Wir können die Politik im Bezirk und in Wien beeinflussen und mitgestalten." (Mitten in Hernals:o.A.)

Der Verein möchte zudem einen politischen Diskurs zwischen Menschen unterschiedlicher Gesinnungen anregen, z.B. durch themenspezifische Veranstaltungen wie "Politische Debatte mit Martin Winkler" (vgl. ebd.:o.A.; TI5:9). In diesem Rahmen werden u.a. Wahlergebnisse und politische Reformen gemeinsam analysiert und diskutiert (vgl. Mitten in Hernals:o.A.).

Einerseits ruft der Verein folglich zu einem politischen Diskurs auf, andererseits positioniert er sich auch klar und spricht sich gegen Intoleranz, Diskriminierung und Extremismus aus. Gesellschaftspolitische Anliegen und das Bedürfnis der politischen Einflussnahme in den Lernbeispielen nehmen eine zentrale Rolle ein.

Ausgehend von den Aussagen der Lernbeispiele soll nun ein erstes Resümee im Zusammenhang mit den gesellschaftspolitischen Anliegen und den Bedürfnissen erarbeitet werden.

Demokratie in Gefahr?

Was die drei Lernbeispiele vereint, ist ihre explizite Erwähnung des Demokratiebegriffes. Im Lernbeispiel in Innsbruck sieht man sich sogar als Demokratieschule. Dies kann als Reaktion einer Entdemokratisierung der Gesellschaft und damit auf bestehende politische Verhältnisse betrachtet werden (vgl. Kapitel 3.4). Alle drei Lernbeispiele zielen darauf ab, Einfluss auf diese Verhältnisse zu nehmen und politische Diskurse anzuregen. Dementsprechend gibt es bei den Lernbeispielen SOS-Menschenrechte und Mitten in Hernals Veranstaltungen, die auf die politische Bildung und Menschenrechtsbildung der Teilnehmer*innen abzielen. In Innsbruck wurde diese nicht explizit erwähnt, jedoch ist auch hier das Bedürfnis ersichtlich, auf die sich verändernden politischen Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen.

Wertekodex als gemeinsamer Nenner

Es besteht bei allen drei Beispielen ein gemeinsamer Wertekodex, in welchem Gleichbehandlung, Gemeinschaft, Solidarität und Toleranz als positive Werte definiert werden. Die Beispiele positionieren sich zudem klar gegen jegliche Form von Extremismus, Intoleranz und Diskriminierung.

Für ein gutes Miteinander

Alle drei Lernbeispiele haben gesamtgesellschaftliche Anliegen, wie z.B. die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes oder des friedlichen und demokratischen Zusammenlebens. Ein wichtiger Eckpfeiler ist in diesem Kontext auch die

Kontaktaufnahme mit politischen Entscheidungsträger*innen. Diese wird im nachfolgenden Kapitel näher erläutert.

Bereits Michael Reisch (vgl. 1997:80) unterstrich, dass Politik und Soziale Arbeit eine sehr enge Verbindung besitzen. So ist es nicht verwunderlich, dass in den Lernbeispielen die politische Haltung einen wichtigen Grundpfeiler darstellt, sich für die Arbeit im Gemeinwesen zu engagieren.

Für die Gemeinwesenarbeit in St. Pölten erschließen sich durch die vorangegangene Untersuchung wichtige Erkenntnisse. So sollte für die Etablierung von Gemeinwesenarbeit das politische Umfeld genau abgeklärt werden. Gemeinwesenarbeit könnte auch als "einfache" Lösungsstrategie der Politik für Probleme in den Stadtteilen missbraucht werden. Dies gilt es zu verhindern.

4.2.3 Methoden

Nachfolgend wird aufgezeigt, welche Methoden in den ausgewählten drei Lernbeispielen von besonders großer Bedeutung sind. Es werden unter anderem Themen wie zielgruppenübergreifendes Arbeiten sowie das Verhältnis zu politischen Entscheidungsträger*innen näher beleuchtet. Weiters wird ein Schwerpunkt auf Vernetzung gelegt. Es wird auch erläutert, welche Rolle Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation spielen, und inwiefern partizipative Methoden bzw. GWA-Methoden angewendet werden.

Stadtteilzentren Innsbruck

„Gemeinwesenarbeiter*innen initiierten Mieterinitiativen, Demonstrationen und Stadtteilfeste, sie skandalisierten unzumutbare Wohnverhältnisse, infrastrukturelle Mängel, unsinnige Prestigeprojekte oder korrupte Funktionsträger, sie organisierten öffentliche Foren und Pressekampagnen und sorgten auf vielfältige Weise dafür, dass verschiedenste Bevölkerungsgruppen sich im Wohnquartier artikulierten, engagierten und organisierten.“ (Hinte 2002:1)

Wie von Hinte beschrieben, sind Gemeinwesenarbeiter*innen methodische Universalist*innen, die eine Vielzahl an Methoden kennen sollten. In den Stadtteilzentren in Innsbruck arbeiten ausgebildete Sozialarbeiter*innen mit einer guten Kenntnis über methodisches Arbeiten. Es konnte in den Interviews eine Vielzahl an Methoden genannt werden, welche nun näher beschrieben werden.

Stadtteilst

Die Methode des Stadtteilst beschrieben die Interviewpartner*innen mit einer Zusammenkunft von Bewohner*innen, Vereinen, Initiativen und Gastronom*innen. Die Gemeinwesenarbeiter*innen übernehmen dabei die Organisation und stellen die Räumlichkeiten des Stadtteilzentrums zur Verfügung. Ein Stadtteilst wird als niederschwellige Methode beschrieben, die dazu dient, eine Identität im Stadtteil zu etablieren (vgl. ITV1: 00:18:02).

Sprechstunden

Diese sind eine fest etablierte Methode der Gemeinwesenarbeiter*innen in Innsbruck. Dabei steht wieder der niederschwellige Zugang im Vordergrund.

„Also um möglichst niedrigschwellig das anbieten zu können, haben wir zwei fixe Sprechstunden in der Woche. Eine am Vormittag und eine eher am Abend. Damit die Leute halt einfach vorbeikommen können. Und außerhalb dieser Zeiten kann man sich halt einen Termin mit mir vereinbaren.“ (ITV1: 00:31:24)

Sozialraumanalyse

Bei der Sozialraumanalyse verwiesen die Interviewpartner*innen auf den erarbeiteten Leitfaden „Soziale Stadtteil- und Gemeindeentwicklung in Tirol“ (vgl. Klumpner/Steiner 2016:21). In diesem ist zu lesen:

“Die Ausgangslage für sämtliche Aktivitäten im Zuge der Gemeinwesenarbeit bilden die Perspektiven der Bewohner*innen vor Ort. Diese wissen am besten über relevante Themen, mögliche Probleme und potenzielle Chancen in ihrer Lebenswelt bescheid. Um den Bewohner*innen Themen nachvollziehbar und objektiv zu vermitteln, bedarf es einer möglichst breit angelegten empirischen Untersuchung, der Sozialraumanalyse.“ (Klumpner/Steiner 2016:21)

Es wurde darauf verwiesen, dass das Stadtteilzentrum in Innsbruck/Wilten ohne eine vorangegangene Sozialraumanalyse etabliert wurde. Dies wurde von den Interviewpartner*innen bemängelt, da für sie diese Art der Analyse eine gute Arbeitsgrundlage dargestellt hätte (vgl. ITV1: 00:49:37). Weiter wird eine Sozialraumanalyse als gute Grundlage beschrieben, um für die Etablierung von Gemeinwesenarbeit zu werben, da sie Fakten schafft. Zudem definiert sie klare Ziele, auf die hingearbeitet werden kann und mit denen bei politischen Entscheidungsträger*innen ein Bewusstsein für die Probleme in den Stadtteilen geschaffen werden können.

Konfliktmoderation

Die Konfliktmoderation wurde von den Interviewpartner*innen als eine weitere Methode ihrer Arbeit hervorgehoben. In Stadtteilen kommt es immer wieder zu kontrahierenden Parteien, welche eine Moderation benötigen. Gründe dafür können Parkplatzbewirtschaftung, soziale Problemlagen in Stadtteilen oder auch Konflikte zwischen Parteien innerhalb eines Mehrfamilienhauses sein (vgl. ITV1: 00:35:37).

Aufsuchende Gemeinwesenarbeit

Den Interviewpartner*innen ist eine aktive Arbeit im Gemeinwesen sehr wichtig. Dennoch können aufsuchende Methoden aufgrund der geringen Arbeitsstunden nicht umgesetzt werden. Dies ist jedoch empfehlenswert für zukünftige Maßnahmen.

„Es gehen meine 30 Stunden Ressourcen vollkommen im Stadtteilzentrum flöten. Aber sie werden halt hier verwendet. Da bleibt eigentlich de facto nicht die Zeit, im Gemeinwesen draußen aktiv zu sein. Was ich sehr schade finde, was ich sehr anprangere, dass das ein Problem ist, was wir auch bearbeiten. Also wir sind in steten Verhandlungen, die Stundenanzahl und die Personenanzahl hier zu erhöhen.“ (ITV1: 00:48:37)

Zielgruppenübergreifende Arbeit

Das Selbstverständnis der eigenen Arbeit bedingt den zielgruppenübergreifenden Ansatz von Gemeinwesenarbeit. Die Interviewpartner*innen betonten diesen eindeutig.

„Also dass Gemeinwesenarbeit zielgruppenübergreifend ist, das ist logisch, das ist ganz klar. Als Gemeinwesenarbeiter*in fokussiert man sich natürlich auf die Gruppen im Gemeinwesen, und die sind ja nicht nur homogen, sondern da gibt es sehr unterschiedliche Gruppen.“ (ITV2: 01:24:05)

„Das, denke ich, ist total klar, dass Gemeinwesenarbeit immer zielgruppenübergreifend ist, das ist einfach sein Wesen, jeder Sozialraum besteht aus unterschiedlichen Gruppen. Das geht ja gar nicht anders. Das ist ja gerade der Wesenskern der Gemeinwesenarbeit sozusagen, dass eben nicht auf ein spezielles Klientel hingearbeitet wird.“ (ITV2: 01:25:51)

Dennoch sind sich die Interviewpartner*innen darüber bewusst, dass ihre Arbeit den vorgegebenen zielgruppenübergreifenden Idealen nicht immer entsprechen kann, da es viele Hürden gibt. Als Beispiel wurde das dreijährige Kind genannt, das natürlich keine Newsletter lesen kann (vgl. ITV1 00:51:46). Dies könnte auf den hohen Arbeitsaufwand, der dabei entsteht, zurückzuführen sein, und der durch die geringe Stundenanzahl der Gemeinwesenarbeiter*innen nicht abgedeckt werden kann. Weiters wurde angemerkt, dass Menschen mit Migrationshintergrund schlechter vertreten sind als andere Gruppen (vgl. ITV1: 00:51:46). Dies könnte darauf schließen lassen, sich diesem Personenkreis mehr zu widmen.

Vernetzung

Vernetzung spielt für alle Interviewpartner*innen eine große Rolle und ist Teil ihrer professionellen Arbeitshaltung. Es gibt verschieden Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen. Vernetzung/Kooperation findet mit lokalen Vereinen, Institutionen, Betrieben, Behörden, Privatpersonen und politischen Akteur*innen statt.

„Wir haben natürlich unglaublich viele Vernetzungspartner*innen, wie das halt so mittlerweile eigentlich fast überall, glaube ich, üblich ist. Ähm, wir Vernetzen uns auf sehr verschiedenen Ebenen, auf denen man sich vernetzen kann [...]. Wir haben die Ebene in unseren Institutionen, wo wir uns dann stadtteilübergreifend zu Gemeinwesenarbeit in anderen Stadtteilen austauschen. Das finde ich eine sehr, sehr wichtige Vernetzung. Diese finden in Form von Teamsitzungen und fachlichem Austausch statt, den ich sehr wichtig finde. Und dann haben wir den Austausch im Stadtteil. Zum einen mit Personen vor Ort, also Anrainer/Nachbar*innen, Schlüsselpersonen [...]. Wir haben die Vernetzung im Stadtteil auf institutioneller Ebene [...], die auch dort vor Ort sind, gemeinsam Projekte umzusetzen, sich unterstützen bei gemeinsamen Themen. Dann gibt es die Vernetzungen nach oben natürlich. Die Vernetzung mit der Stadt/politische Ämter/ Parteien. Und die Ämter seinerseits braucht man ja für jedes Projekt, das man umsetzen möchte [...]. Und die brauchen ja auch Infos von uns aus dem Stadtteil. Wir sind ja sozusagen das Sprachrohr der Bevölkerung, und wir brauchen aber von ihnen die Informationen, was jetzt geplant ist in unserem Stadtteil, welche Projekte kommen. Und natürlich die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien, für eine gewisse strategische Zusammenarbeit, wie das in Zukunft ausgerüstet werden soll. Welche Ressourcen stehen da zur Verfügung?“ (ITV1: 00:35:54)

Zu betonen ist zudem die Kooperation mit der akademischen Ebene. Durch eine Zusammenarbeit mit Hochschulen soll die Forschung zum Thema Gemeinwesenarbeit vorangebracht werden. Dabei ist in Innsbruck vor allem die Fachhochschule (MCI) mit dem Department für Soziale Arbeit ein wertvoller Vernetzungspartner. In Kooperation mit dem Stadtteilzentrum Wilten und dem MCI wurde bereits ein Forschungsprojekt zum Thema Gemeinwesenarbeit und Integration auf Stadtteilebene publiziert.

“Untersucht wurde die Nachbarschaft rund um eine Unterkunft für Menschen auf der Flucht in der Grassmayrstraße im Innsbrucker Stadtteil Wilten. Die zentrale Frage hinter dem Projekt lautete: Inwieweit können Gemeinwesen- und Kulturarbeit einen Beitrag zu einer integrativen sozialen Stadtteilentwicklung in Stadtteilen mit großen Unterkünften für Menschen auf der Flucht leisten?“ (vgl. Klumpner 2017:159)

Dabei wurden wichtige Erkenntnisse für die Gemeinwesenarbeit erhoben. Es wurde ein Bedarf der Bevölkerung nach Austausch festgestellt, die Gemeinwesenarbeit könnte dabei durch die Initiierung von Beteiligungsprozessen und den in diesem Kapitel genannten Methoden dazu beitragen.

Wie bereits in Kapitel 4.1.2 erwähnt, ist eine bedeutende Aufgabe der Gemeinwesenarbeit die Vernetzung, Kooperation und Vermittlung. Dies wurde auch in

den Leitstandards von Lüttringhaus festgehalten und konnte in diesem Lernbeispiel nachgewiesen werden (vgl. Kapitel 4.1.2 nach Lüttringhaus 2007:278-280).

Verhältnis zu politischen Verantwortungsträger*innen

Das Verhältnis zu politischen Verantwortungsträger*innen wurde sehr kontrovers diskutiert. Es besteht auf der einen Seite eine gewisse Abhängigkeit, da die Stadtregierung der Finanzier der Stadtteilzentren ist:

„Für mich im Projekt ist es so, also wir haben natürlich eine gewisse Zielbeschreibung und einen gewissen Auftrag von der Stadt, an den die Genehmigung des Stadtteilzentrums gekoppelt war. [...] Wir haben fünf Punkte, die sie uns genannt haben, Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Konfliktmoderation, Informationen und Vernetzungsarbeit. Das sind so die Auflagen, die wir von der Stadt bekommen haben.“ (ITV1: 00:12:23)

Diese Abhängigkeit ermöglicht jedoch auch, dass die Stadtteilzentren und ihre Gemeinwesenarbeiter*innen von der politischen Ebene wahrgenommen werden. Es besteht somit ein wechselseitiger Austausch, der für beide Seiten von Vorteil sein kann:

„Und die brauchen ja auch Infos von uns aus dem Stadtteil. Wir sind ja sozusagen das Sprachrohr der Bevölkerung, und wir brauchen aber von ihnen die Informationen, was da jetzt geplant ist in unserem Stadtteil, welche Projekte kommen [...], und natürlich die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien. Für eine gewisse strategische Zusammenarbeit, wie das Stadtteilzentrum in Zukunft ausgerüstet werden soll. Welche Ressourcen da zur Verfügung stehen.“ (ITV1: 00:35:44)

Somit könnte die Grundlage für eine Arbeitsbeziehung vorhanden sein. Dennoch ist die Skepsis gegenüber politischen Verantwortungsträger*innen groß. So wurde beschrieben, dass die Motivation von Politiker*innen, Gemeinwesenarbeit zu etablieren, mit einer eigenen Motivation einhergeht, Interessen möglichst schnell und reibungsarm umzusetzen. Dies könnte eine Instrumentalisierung von Gemeinwesenarbeit vorantreiben, die kritisch zu betrachten ist. Zudem wurde von Bürger*innenbeteiligungsprozessen berichtet, die nach einer gelungenen Etablierung von der Politik allein gelassen wurden (vgl. ITV2: 00:44:04). Die nachhaltige Zusammenarbeit scheint nicht immer gegeben. Somit ergibt sich das Problemfeld der langfristigen Zusammenarbeit, die besonders geachtet werden sollte, damit die Bemühungen nicht ins Leere laufen.

Von den politischen Verantwortungsträger*innen erhoffen sich die Interviewpartner*innen eine Erleichterung für die eigene Arbeit. Sie empfinden die Rahmenbedingungen als überreguliert und somit nicht förderlich für Bottom-Up-Prozesse, die eigentlich mehr gefördert werden sollten (vgl. ITV2: 00:22:20).

„Die Methode ist nicht entscheidend, sondern ob das die Politik auch umsetzt. Das sieht man bei allen Prozessen, dass das schwierig ist“ (ITV2: 00:30:01).

„Grundsätzlich wird mit den politischen Verantwortungsträger*innen in Innsbruck jedoch positiven Aspekten konnotiert. Es wurde von den Interviewpartner*innen berichtet, dass eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden ist, und das nicht nur mit einzelnen Parteien, sondern auch parteiübergreifend. Der letzte Erfolg war die Stundenerhöhung von 20 auf 32 Wochenstunden Arbeitszeit einer Mitarbeiterin, und die Etablierung einer neuen 20-Stunden-Stelle.“ (ITV2: 00:51:00)

Abschließend ist zu erwähnen, dass Gemeinwesenarbeit gleichzeitig auch politische Arbeit beinhaltet. Alle Interviewpartner*innen sind daran interessiert, sich mit der politischen Ebene auseinanderzusetzen, und erhoffen sich eine gute Zusammenarbeit. In Kapitel 4.1 wurde näher auf die Parteilichkeit von Sozialarbeiter*innen eingegangen. An dieser Stelle ist nochmals zu erwähnen, dass die Perspektive von Stövesand und Stoik über die besondere Pflicht einer Parteilichkeit der Sozialarbeiter*innen wichtig ist. Dabei sollte im Vordergrund stehen, wem die Parteilichkeit zugewandt wird (vgl. 4.1 nach ebd. 2013: 28-29).

Wie sieht die Kommunikation aus?

Grundsätzlich ist die Akzeptanz da, aber es braucht mehr Kommunikation. Was es ist und was es sein kann. Was wir damit erreichen wollen. Und wie es funktioniert, und was es dazu braucht. Da sind wir noch in den Kinderschuhen, denke ich. Unser tägliches Brot ist es, den Leuten das immer wieder zu erklären.“ (ITV2: 01:09:56)

Wie dem Interview entnommen werden kann, wird sehr viel Wert auf Kommunikation gelegt. Die Gemeinwesenarbeit scheint nach Aussagen der Interviewpartner*innen noch nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein und benötigt eine gute Kommunikation seitens der Gemeinwesenarbeiter*innen. Der Thematik der Verbreitung widmen wir uns ausführlich in Kapitel 5.5.9.

Weiters kann den Interviews entnommen werden, dass die Mund-zu-Mund-Propaganda eines der wichtigsten Kommunikationsmittel darstellt. Dies stellt für die Interviewpartner*innen den Haupterfolgsfaktor ihrer Arbeit da (vgl. ITV1: 00:58:40).

Neben der Mund-zu-Mund-Propaganda werden digitale Medien wie Instagram oder Facebook verwendet. Diese versprechen eine große Reichweite und werden als niederschwellig angegeben. In Plattformen wie Facebook können ohne große Vorkenntnisse Veranstaltungen kommuniziert werden. Da nicht alle Besucher*innen auf digitalen Medien vertreten sind, gibt es auch Newsletter, welche gedruckt oder digital an die eigene E-Mailliste ausgesendet werden (vgl. ITV1: 01:00:08). Eine weitere

Möglichkeit ist die Etablierung eines „schwarzen Bretts“. Dies ist eine Wand oder ähnliches, was die Möglichkeit bietet, Informationen auszutauschen.

Bei der Kommunikation ist besonders auf einen niederschweligen Zugang zu achten, da die Zugänglichkeit in direktem Kontakt mit der Verbreitung steht. So wäre eine Kommunikation, welche sich individuell an die Zielgruppen richtet, am effektivsten.

SOS-Menschenrechte

Im Haus der Menschenrechte gibt es verschiedene Konzepte und Methoden, die auch verschiedene Zielgruppen ansprechen bzw. auch dementsprechend verschiedene Ziele haben. Teilweise handelt es sich dabei um zielgruppenübergreifende, teilweise aber auch zielgruppenspezifische Ansätze.

Wie im Haus der Menschenrechte gearbeitet wird

Es gibt einige Projekte, die ein besseres Miteinander in der Stadt Linz oder auch im Grätzel gewährleisten sollen. Eine der Zielgruppen sind hierbei unter anderem die Bewohner*innen des Hauses der Menschenrechte. Als Beispiel gibt es das Projekt „Afghanische Orientierungspeers“, in dem junge, in Österreich lebende Afghanen die Zielgruppe sind. Es geht darum, dass Herausforderungen beim Zusammenleben von unterschiedlichen Menschen mit verschiedenem Hintergrund besser bewältigt werden und ein wertschätzender Umgang in Österreich passiert (nach Auskunft von SOS-Menschenrechte). Es sollen, wie von den Betreuer*innen immer wieder erwähnt, Begegnungen geschaffen werden. Dies wird weiters durch „Buddy-Projekte“ sowie Tanz- & Musikprojekte uvm. gemacht (vgl. TI4:3). Palmetshofer erwähnt auch, dass es derzeit noch kein Konzept hinsichtlich von Ansätzen der GWA bzw. SO gibt, da es ihrer Meinung nach wiederum an den Ressourcen liegt (mehr unter Kapitel 4.2.6). Es wird dann auf Kooperationspartner*innen verwiesen, um die Bewohner*innen bei anderen Projekten anzubinden, berichtet Palmetshofer (vgl. TI2:3).

Methodisch wird im Haus der Menschenrechte auf Haus- und WG-Versammlungen gesetzt. Zukünftig soll es auch Stockwerkssprecher*innen geben. Partizipation und die Einbindung von Bewohner*innen wird aktiv vorangetrieben. Das Feiern von Festen als niederschwellige Methode nimmt auch einen wichtigen Stellenwert ein. Bei Festen ist immer auch die Beteiligung der Bewohner*innen und Freiwilligen wichtig und erwünscht. Die gute Einbindung in der Nachbarschaft erklärt sich Kotopulos durch viele kleine Projekte, aber direkter Kontakt zu den Nachbarn (vgl. ITV15: 00:13:23). Zur Hauseröffnung beispielsweise wurde jede*r Nachbar*in persönlich mit einem Flyer

eingeladen. Es gibt den Wunsch, mehr Ressourcen in die nachbarschaftliche Arbeit zu stecken; derzeit erfolgt die Arbeit im Grätzel eben nur, weil das Haus dort steht und dort gelebt wird, nicht aber aufgrund von explizit angewandter Gemeinwesenarbeit.

“Im Jahr 2018 wurden 19 Benefizveranstaltungen und Konzerte zu Gunsten von SOS-Menschenrechte veranstaltet. Somit haben seit dem Start der Aktion „Dach über dem Kopf“ im Jahr 2015 insgesamt 93 Aktionen stattgefunden.“ (SOS Jahresbericht 2018:12)

Durch die große Anzahl an Benefizveranstaltungen in den vergangenen Jahren, die teilweise von Mitarbeiter*innen in der Freizeit organisiert oder auch von Externen gemacht werden, kann die Solidarität bei den Unterstützer*innen und eine erfolgreiche Mobilisierung derer gesehen werden (vgl. ITV15: 00:28:00).

Zielgruppenübergreifende Arbeit als generelle Strategie, aber nicht immer

Auf die Frage hin, ob SOS-Menschenrechte zielgruppenübergreifend gearbeitet wird, wird von Kotopulos gesagt: “Das ist die generelle Strategie” (ITV15: 00:37:40). Begegnungen sollen Vorurteile abbauen.

“Es wird geschaut, Begegnungen zu schaffen. Wenn ich jetzt zu einer Charityorganisation eine junge Frau aus dem Kongo mitnehme, die dort ihre Geschichte erzählt, und am Abend sitzen die noch zusammen und tratschen dann in einem Wirtschaftsunternehmer*innentreibenden Kreis, das verändert auch etwas. Wir versuchen da ja immer wieder, Leute zusammenzubringen. Im Haus selbst ist es nicht ungesund, dass die WG für Minderjährige nicht immer mit den Erwachsenen Überschneidungspunkte hat, das ist teilweise auch gewollt.” (ebd.: 00:37:52)

Auch von Seiten der Betreuerin Palmeshofer kommt klar der Wunsch heraus, den Menschen zu einem selbständigen Leben zu verhelfen. “Sobald wir merken, dass man uns nicht mehr braucht, ist das der schönste Moment in unserer Arbeit” (TI2:5). Nichtsdestotrotz wird erneut auf die Rahmenbedingungen hingewiesen, und dass es mehr Freiheiten und Möglichkeiten bräuchte, dass Räume geöffnet werden müssten und noch freier zugänglich sein sollten. Die Bereitschaft beim Verein SOS-Menschenrechte ist vorhanden, aber die notwendigen Ressourcen nicht. Dies wird als hemmender Faktor beurteilt (vgl. ebd.). Auch das fremdbestimmte Leben, das geflüchtete Menschen haben, interpretiert Palmeshofer als einengend und nicht förderlich für Selbstorganisation im Generellen (vgl. ebd.:6). Mehr dazu im Kapitel 4.2.4, Selbstorganisation.

Vernetzung in turbulenten Zeiten

Die politische Vernetzung sowie die Vernetzung mit anderen NGO's wird von der Geschäftsführerin als extrem wichtig deklariert, besonders „in Zeiten der ständigen Veränderung“ (vgl. TI4:7).

„Es wird nicht ruhiger (lacht). So viel wir es uns einreden und hoffen, sondern wir müssen das akzeptieren, dass das einfach permanent und da glaube ich schon, dass die Kooperation in Zukunft immer wichtiger wird.“ (ebd.)

Auf den Wunsch, das Büro als Co-Workingspace mit anderen Vereinen zu nutzen, wurde bereits im Kapitel 4.2.1 hingewiesen. Durch den ehemaligen Landesrat Rudi Anschöber wurde in Oberösterreich eine Steuerungsgruppe im Flüchtlingsbereich initiiert, bei dem sich einmal wöchentlich verschiedene Stakeholder treffen (vgl. Kapitel 4.2.2). Dadurch werden die Kommunikation und Kooperation nach Ansicht der Geschäftsführerin leichter, da alles über Beziehungen läuft (ebd.). Die Politik und Wahlen werden von Kotopulos auch als hemmende Faktoren beurteilt. Auch gibt es Spannungsfeld zwischen Kritik an der Politik, sich, wie sie sagt, keinen Maulkorb verpassen zu lassen, aber dennoch eine Grundversorgungseinrichtung zu sein, die Gelder vom Land OÖ erhält. Hier wird auf das Spannungsfeld, in welchem sich die Soziale Arbeit durch ihr Tripelmandat befindet, hingewiesen. Das Tripelmandat bedeutet, dass die Soziale Arbeit zwischen den Mandaten des Klientels und der Politik steht und diese nicht immer dieselben Forderungen an die Soziale Arbeit haben (vgl. Kapitel 3.5.3).

Der Verein SOS-Menschenrechte ist aber außerdem mit anderen NGO's in Projektkooperationen, und schreibt gemeinsam mit diesen Statements zu politischen Situationen. Der Verein weist ein großes und breites Netzwerk auf verschiedenen Ebenen wie Wirtschaft, Privatpersonen, NGO's, Personen des öffentlichen Lebens und auch Unternehmen auf. Für Kotopulos gibt es keine Reihung, wer bei der Vernetzung wichtiger ist, es hängt vom Blickwinkel ab (vgl. ITV15: 00:22:15).

Hinsichtlich der Vernetzung wurde von einem Teilnehmer der Gruppendiskussion erwähnt, dass er eine Vernetzung in der kongolesischen Community versucht hätte, dass es hier aber zu Hürden aufgrund von unterschiedlichen Generationen und Konfessionen gekommen ist (vgl. PTK4:11-12).

Viele der bereits angeführten Methoden und Maßnahmen wie Veranstaltungen, Vortragsreihen, Tanz- und Theaterprojekte usw. sind auch Teil der Öffentlichkeitsarbeit und gleichzeitig Vernetzung des Vereins. Kotopulos berichtet über eine klare Trennung (vgl. ITV15: 00:19:35). Hier wird einerseits auf Online-Medien wie NL, Social Media, sowie die Webseite gesetzt, aber andererseits auch auf Mundpropaganda. Die Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen werden als Multiplikator*innen gesehen und müssen daher gut informiert sein. Es wird überall angedockt, wo es nur möglich ist – an

Fachhochschulen, im Kunst-, Kultur-, Sport- und Musiksektor, an Charityorganisationen, bei Nachbarschaftsfesten und bei Organisationen in der Nachbarschaft. Außerdem wird auch der Kontakt zur nahegelegenen Polizei gesucht.

Vernetzung und Kooperationen werden in den Leitstandards der GWA erwähnt, somit kann rückgeschlossen werden, dass sich SOS-Menschenrechte hier einer wesentlichen Methode der GWA erfolgreich bedient (vgl. Kapitel 4.1.1).

Vereinsintern wird der Infodialog durch E-Mails und Online-Projektmanagementtools wie die Wunderlist gewährleistet. Außerdem gibt es alle zwei Monate ein Großteam, wo Informationen über den Gesamtverein und alle Projekte ausgetauscht werden. Dies wird verschriftlicht, damit nicht anwesende Personen alles nachlesen können. Außerdem gibt es Teamsitzungen, informelle Teamevents, Hausversammlungen und Vorstandssitzungen (vgl. ITV15: 00:38:42).

Sprachliche Einseitigkeit im Online-Auftritt

Bei SOS-Menschenrechte wurde in den Interviews und der Gruppendiskussion nicht auf die verwendeten Sprachen als Kommunikationsmittel eingegangen. Bei der Durchsicht der Webseite und Social-Media-Accounts fiel jedoch sofort auf, dass es durchwegs in deutscher Sprache gestaltet ist. Lediglich auf den Social-Media-Kanälen vom Tanz- und Theaterworkshop 10+10 Brücken war die Erstausschreibung auch auf Arabisch angeführt. Weiters ist auf der Webseite die Ausschreibung zusätzlich auf Tschetschenisch und Englisch zu finden (vgl. SOS-Menschenrechte o.A.). Die laufende Berichterstattung auf Facebook wird jedoch erneut in Deutsch durchgeführt, wenngleich prinzipiell viel auf Bild- und Videomaterial gesetzt wird.

Mitten in Hernals

In dem Verein Mitten in Hernals werden verschiedene Methoden angewendet. Nachfolgend werden partizipative und GWA-Methoden, Vernetzung und Kooperation, politische Einflussnahme, Veranstaltungen im Sozialraum, zielgruppenübergreifende und zielgruppenspezifische Arbeit, sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit näher beschrieben.

Partizipative und GWA-Methoden

Partizipative und GWA-Methoden werden in dem Verein Mitten in Hernals nur teilweise angewendet, da es hierfür an Expertise mangelt. Es gibt nur vereinzelt theoretisches Wissen in diesem Kontext, und es fehlen Erfahrungen in der praktischen Umsetzung

(vgl. TI5:3-4). Es finden jedenfalls regelmäßige General- bzw. Mitgliederversammlungen und Vereinstreffen statt, welche für Vereinsmitglieder eine Möglichkeit zur Mitbestimmung darstellen (vgl. Mitten in Hernals:o.A.).

Vernetzung und Kooperation

Vernetzung und Kooperation sind zentrale Elemente von GWA und Sozialer Arbeit, welche auch für den Verein Mitten in Hernals von großer Bedeutung sind (vgl. Kapitel 3.1). In dem Begegnungszentrum des Vereins werden Menschen zusammengebracht. Auf diese Weise entstehen „Beziehungen des Austausches, der Kooperation und des Vertrauens“ (Diakonie 2011:13).

Neben der Vernetzung von Individuen ist jedoch auch die Zusammenarbeit von Mitarbeiter*innen verschiedener lokaler Einrichtungen und Behörden bedeutsam, um soziale Ressourcen in dem Bezirk zu erschließen (vgl. Diakonie 2011:13). Der Verein Mitten in Hernals kooperiert bislang mit lokalen Vereinen, Institutionen, Betrieben, Behörden, Privatpersonen und politischen Akteur*innen. WAFF, VHS, AK, Schulen und Kindergärten sind an dieser Stelle nur beispielhaft zu nennen (vgl. TI5:6).

Das Vorstandsmitglied Bodo Winkler gibt in einem Interview für die vorliegende Arbeit an, dass er den Verein Mitten in Hernals grundsätzlich für „ziemlich gut vernetzt“ hält (vgl. ebd.). Er und andere Mitglieder sagen aber auch, dass die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen in der Zukunft noch ausgeweitet werden soll (vgl. ebd.:6-7; PTK3:4). Eine ähnliche Aussage ist auch in den Vereinsstatuten zu finden, nämlich, dass „die Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen im In- und Ausland mit ähnlicher Zielsetzung“ angestrebt wird (vgl. Mitten in Hernals:o.A.).

Was in Hinblick auf die Vernetzung des Vereins jedoch auffällt ist, dass es vergleichsweise wenig Netzwerkarbeit mit ähnlichen Initiativen wie Nachbarschaftszentren oder GWA-Projekten gibt. Es stellt sich folglich die Frage, welche Rolle Konkurrenz hierbei spielt. Diese Frage kann für den Verein Mitten in Hernals nicht eindeutig beantwortet werden, allerdings erscheint es in diesem Zusammenhang sinnvoll, auf den Begriff „Kooppkurrenz“ bzw. „Kooperative Konkurrenz“ zu verweisen. Im Zentrum dieses Begriffes steht die richtige Balance aus Kooperation und Konkurrenz (vgl. Schöning 2015:12).

Politische Einflussnahme

Auch politischer Einflussnahme kommt eine entscheidende Rolle in der Vereinstätigkeit zu. In den Vereinsstatuten steht, dass „[...] die gezielte Ansprache von Entscheidungsträger/innen in Wirtschaft, Medien, Politik und Institutionen“ dafür genutzt wird, „diese für eine Unterstützung des Vereins sowie seiner Aktivitäten zu gewinnen“ (vgl. Mitten in Hernals:o.A.).

Es bestehen Kontakte zu lokalen, politischen Entscheidungsträger*innen wie der Bezirksvorsteherin, um den Bewohner*innen von Hernals Gehör zu verschaffen. Diese bezirkspolitische Einflussnahme erstreckt sich bislang jedoch überwiegend auf Interessen wie beispielsweise Ortsbildverschönerung. Der Verein schreibt auf seiner Homepage, Einfluss auf die Politik im Bezirk und in der Stadt nehmen zu wollen, sowie sich bei gemeinsamen Diskussionen eine Meinung bilden zu wollen (vgl. Mitten in Hernals:o.A.). Dementsprechend wäre es wichtig, noch weitere Interessen der Bewohner*innen des Sozialraums zu erheben und sie gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen zu thematisieren, sowie die Kontakte zu diesen noch weiter auszudehnen.

Veranstaltungen im Sozialraum

Außerdem sind Veranstaltungen in dem Sozialraum Hernals, insbesondere in dem Gemeinschaftszentrum des Vereins, ein wichtiger Eckpfeiler der Vereinstätigkeit. Im Jahr 2018 wurden beispielsweise 196 Veranstaltungen von den Ehrenamtlichen organisiert (vgl. PTK1:1). Die Programmschwerpunkte des Vereins Mitten in Hernals werden von Mitgliedern bestimmt und sind derzeit z.B. gemeinsame Freizeitgestaltung, Gesundheitsförderung, Kunst und Kultur, Bildung, Wissenschaft, Vereinstreffen und Generalversammlungen (vgl. Mitten in Hernals:o.A.). Im Mittelpunkt stehen jedoch gemeinschaftliche Events (vgl. ITV1:7). Ebenso wie in Innsbruck finden auch in Wien Hernals „Stadtteulfeste“ statt, die von den Bürger*innen im Vergleich zu anderen Angeboten aufgrund der Niederschwelligkeit erfahrungsgemäß besonders gut angenommen werden (vgl. Mitten in Hernals:o.A.). Neben zielgruppenübergreifenden Veranstaltungen (z.B. Spieleabende) finden auch zielgruppenspezifische Veranstaltungen (z.B. Senior*innenclub) im Gemeinschaftszentrum statt (vgl. TI5:7).

Zielgruppenübergreifende und zielgruppenspezifische Angebote

Zielgruppenübergreifendes Arbeiten ist ebenfalls eine Methode, die für den Verein Mitten in Hernals von besonderer Relevanz ist, schließlich sollen möglichst viele Menschen erreicht werden. Allerdings gibt es hierbei Probleme in Bezug auf die praktische

Umsetzung (vgl. TI5:10). Die bislang noch sehr homogene Gruppe von Mitgliedern und Nutzer*innen äußerte in der Vergangenheit bereits mehrfach den Wunsch nach mehr Diversität (vgl. PTK3:2; TI5:8). Es wurden auch schon zahlreiche Versuche unternommen, mehrere Zielgruppen anzusprechen, jedoch ist dies den Mitgliedern des Vereins laut eigenen Angaben bislang nur unzureichend gelungen (vgl. TI5:8). Bestimmte Zielgruppen, z.B. Jugendliche oder Menschen mit Migrationshintergrund, werden von dem Verein Mitten in Hernals nicht bzw. kaum erreicht (vgl. ebd.).

Mögliche Ursachen hierfür könnten sein, dass der Verein bestimmten Zielgruppen noch gar nicht bekannt ist oder der Zugang nicht niederschwellig genug ist. Eine Straßenbefragung von potenziellen Nutzer*innen für die vorliegende Arbeit ergab, dass keinem*r der befragten Jugendlichen in dem Bezirk der Verein Mitten in Hernals bekannt war. Die Angebote des Vereins entsprachen zudem nicht jenen Aktivitäten, für welche die Jugendlichen den Verein gerne nutzen würden (vgl. PTK2:1-2). Für die Zukunft wäre es deshalb empfehlenswert, zuerst die Bedürfnisse der bislang noch nicht erreichten Zielgruppen zu erheben und anschließend entsprechende Angebote zu setzen, anstatt Angebote zu setzen, von denen die Mitglieder glauben, dass diese die jeweilige Zielgruppe ansprechen. Es geht somit darum, die Perspektiven der betreffenden Zielgruppen verstärkt zu berücksichtigen – auch in der Planung von neuen Angeboten. Dies könnte z.B. durch gezielte Befragungen erreicht werden, die allerdings gewisse zeitliche und personelle Ressourcen benötigen.

Es zeigt sich an dem Verein Mitten in Hernals somit einerseits, dass es neben zielgruppenübergreifenden Angeboten auch zielgruppenspezifische benötigt, um jene Zielgruppen zu erreichen, die bislang noch nicht erreicht wurden (vgl. Schöning 2012:37-38). Darüber hinaus zeigte sich auch, dass es hierfür bestimmte Ressourcen benötigt (vgl. Kapitel 3.1).

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Auch Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit nehmen eine wichtige Rolle ein. Die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins umfasst sowohl schriftliche als auch mündliche Informationen, wie z.B. eine eigene Website, Flyer, Plakate, Info-Abende in Institutionen, Hausbesuchsaktionen, Presseaktivitäten und Informationsstände. In dem Verein Mitten in Hernals wird Öffentlichkeitsarbeit insbesondere für den Austausch von Mitgliedern, aber auch für die Information von potenziellen Mitgliedern bzw. Interessent*innen genutzt (vgl. TI5:10-11). Öffentlichkeitsarbeit könnte in Zukunft auch

verstärkt dafür genutzt werden, die Interessen und Bedürfnisse der Mitglieder bzw. Nutzer*innen sichtbarer zu machen.

Die Kommunikation findet in dem Verein bislang überwiegend in deutscher Sprache statt. Teilweise werden Flyer und Plakate auch in andere Sprachen übersetzt. Dies sollte in Zukunft jedoch noch ausgedehnt werden. Außerdem sollte vermehrt in einfacher Sprache kommuniziert und damit die Niederschwelligkeit des Vereins gesteigert werden. Hierbei könnte z.B. der Einsatz von Piktogrammen hilfreich sein.

Der Kommunikationsstil des Vereins ist respektvoll und wertschätzend. Es gibt eine wöchentliche Rundmail an Mitglieder und Interessent*innen. Außerdem gibt es bei bestehendem Interesse die Möglichkeit, telefonisch über Neuigkeiten in Bezug auf die Vereinstätigkeiten informiert zu werden. Informationen werden zudem mündlich bei Veranstaltungen im Gemeinschaftszentrum oder bei Hausbesuchen weitergegeben. Soziale Medien werden bislang noch nicht zur Kommunikation genutzt, dies ist aber in Planung. Die bei der Straßenbefragung interviewten Jugendlichen gaben an, am liebsten über Instagram über Vereinstätigkeiten informiert zu werden (vgl. PTK2:1-2). Es gibt allerdings kein zielgruppenübergreifendes Medium, weshalb es empfehlenswert ist, mehrere verschiedene Medien zu nutzen, um möglichst viele Zielgruppen zu erreichen.

Das Gemeinschaftszentrum stellt den wichtigsten Kommunikationsraum des Vereins dar. Die Kommunikation mit Bewohner*innen des Sozialraums und lokalen Institutionen stellt eine zentrale Aufgabe des Vereins dar, welche auch entsprechende zeitliche und personelle Ressourcen benötigt. Es geht in der Vereinstätigkeit sehr stark um die Schaffung von Kommunikationsräumen z.B. durch Angebote wie das Erzähl-Cafe, Flohmärkte oder Nachbarschaftsfeste (vgl. Mitten in Hernals:o.A.).

Methode ist nicht gleich Methode

Nachstehend werden die Methoden der Lernbeispiele noch einmal gemeinsam analysiert und in Perspektive gesetzt. Es wird auf Gemeinsamkeiten, Unterschiede sowie Empfehlungen eingegangen.

Zielgruppenübergreifend: Ja oder Nein?

In allen drei Beispielen ist davon die Rede, dass zielgruppenübergreifend gearbeitet wird und es somit darum geht, möglichst viele verschiedene Personengruppen anzusprechen. Bevor jedoch zielgruppenübergreifend gearbeitet werden kann, braucht es auch zielgruppenspezifische Angebote, um das Interesse am Angebot zu fördern. Bei

SOS-Menschenrechte wird auch dezidiert gesagt, dass es auch manchmal gewollt ist, nur zielgruppenspezifische Angebote zu setzen und eine Durchmischung zu vermeiden. Bei Mitten in Hernals wird in diesem Kontext erwähnt, dass die bewusste Mobilisierung der gewünschten Zielgruppen – bei Mitten in Hernals und in Innsbruck sind das beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund – in der Praxis nicht wie gewünscht funktioniert. Hierfür wäre vorab eine Befragung der potenziellen Zielgruppen sinnvoll, bevor Angebote für diese gesetzt werden. Auch eine professionelle Begleitung könnte hierbei hilfreich sein.

Auffällig ist auch, dass bei allen drei Standorten, soweit erhoben, hauptsächlich Deutsch als Alltags- und öffentlich wirksame Sprache gewählt wird. Die Online-Auftritte sind teilweise nicht einmal auf Englisch verfügbar. Teilweise gibt es vereinzelte Ausschreibungen, die eine spezielle Nationalität ansprechen und somit in der entsprechenden Sprache übersetzt sind. Prinzipiell kann hier aber schon von einer Einsprachigkeit gesprochen werden. Dies kann gerade von Menschen mit Migrationshintergrund als Barriere wahrgenommen werden. Diese Eindimensionalität kann eventuell auf die oft erwähnte Ressourcenknappheit zurückgeführt werden.

Konzepte schaffen Methoden

In Innsbruck kann ein klar aufgefächelter Methodenkoffer betrachtet werden. Es wurden bereits zu Beginn Methoden von der Stadt vorgegeben, welche die Gemeinwesenarbeiter*innen verwenden mussten. In Linz und Mitten in Hernals gibt es zwar einige Methoden, jedoch sind diese nicht so stark strukturiert und professionalisiert wie in Innsbruck. Für beide Projekte gibt es kein Konzept hinsichtlich Gemeinwesenarbeit. Es kann also davon ausgegangen werden, dass ein Konzept, in das bereits konkrete Überlegungen hinsichtlich der Methodik einfließen, ausgereifter ist.

Partizipation – von Gemeinwesenarbeit bis Ehrenamt

Partizipative und GWA-Methoden werden in den Lernbeispielen nur teilweise genutzt. Hier sind große Unterschiede zwischen Innsbruck und Mitten in Hernals ersichtlich. Es wird im Zuge der Untersuchung deutlich, dass es für diese Methoden Expertise benötigt. Das spricht für eine professionelle Begleitung von Ehrenamtlichen durch Sozialarbeiter*innen und Gemeinwesenarbeiter*innen. Im Haus der Menschenrechte werden zwar Methoden verwendet, jedoch wird gleichauf von knappen Ressourcen gesprochen, weswegen die Umsetzung nicht wie gewünscht verläuft. Versammlungen werden bei allen drei Lernbeispielen als partizipative Methode genutzt.

Vernetzung braucht Professionist*innen

Vernetzung kommt eine wichtige Rolle zu. Hierbei ist einerseits von Vernetzung der Bürger*innen die Rede, andererseits auch mit verschiedenen lokalen Institutionen, NGO's, Wissenschaftler*innen, Fachhochschulen, politischen Entscheidungsträger*innen uvm. Für die Vernetzung, Kommunikation und den Austausch der Bürger*innen sind Veranstaltungen sehr wichtig. Sowohl in Innsbruck, Linz und Wien werden Stadtteilstefen oder andere Feste als niederschwellige Methode der Vernetzung genutzt, die von den Bürger*innen erfahrungsgemäß sehr gut angenommen wird. Vernetzung trägt auch dazu bei, dass die im Sozialraum vorhandenen Ressourcen wahrgenommen und genutzt werden.

Politische Einflussnahme wird durchwegs als relevant deklariert. Bei Mitten in Hernalbs besteht zwar der Kontakt zu entsprechenden politischen Einflusssträger*innen, jedoch besteht eher wenig Einfluss auf politische Geschehnisse im Sozialraum. Hier stellt sich die Frage, warum. Es kann angenommen werden, dass es durch die fehlenden Professionist*innen im Verein zu Grenzen bzw. Hindernissen der Kontaktaufnahme kommt. Bei SOS-Menschenrechte und den Stadtteilzentren in Innsbruck gehört die Vernetzung mit politischen Entscheidungsträger*innen zur täglichen und professionellen Arbeit dazu. Es kann somit rückgeschlossen werden, dass wirksame Vernetzung professionelle Kompetenzen der Sozialen Arbeit braucht. In Innsbruck sehen sich die Gemeinwesenarbeiter*innen als „Sprachrohr der Bevölkerung“, wenngleich sie sich dann auch in die Position der Schlichter und Interessenvertreter*innen für die Politik gedrängt sehen. SOS-Menschenrechte und die Stadtteilzentren in Innsbruck befinden sich in einer Sandwichposition zwischen Klientel und Geldgeber*innen – das Tripelmandat der Sozialen Arbeit.

Auch Öffentlichkeitsarbeit kommt eine wesentliche Relevanz bei den Beispielen zu. Soziale Medien werden in der digitalisierten Welt immer wichtiger. Bei der Nutzung von Facebook, Instagram und Co. sollte jedoch nicht nur auf eine Plattform gesetzt werden, da durch verschiedene Plattformen unterschiedliche Zielgruppen erreicht werden können. Um möglichst viele Menschen erreichen zu können, ist eine einfache Ausdrucksweise und Mehrsprachigkeit empfehlenswert. Hierbei kann unter Umständen auch der Einsatz von Piktogrammen hilfreich sein. Insbesondere für Nachbarschaftsprojekte lohnt es sich, bei der Öffentlichkeitsarbeit auch mit lokalen Medien wie Bezirksblättern zu kooperieren. Eine persönliche Einladungspolitik wie bei SOS-Menschenrechte ist auch vielversprechend. Der Mundpropaganda kommt an allen drei Standorten eine wichtige Rolle zu. Bei SOS-Menschenrechten werden

Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen als Multiplikator*innen gesehen, die Informationen in die Gesellschaft tragen und zu einem guten Standing in der Öffentlichkeit beitragen. Speziell wird hier auch darauf geachtet, die geflüchteten Menschen, welche die Bewohner*innen des Hauses darstellen, ins Scheinwerferlicht zu stellen und somit Begegnungen zu schaffen. Der Erfolg des Vereines hinsichtlich Vernetzung und Öffentlichkeitswirksamkeit kann vermutlich auch auf dessen Transparenz zurückgeführt werden. Informationen werden rasch vereinsintern weitergegeben und sorgen für Loyalität unter den Mitarbeiter*innen, welche somit zu Multiplikator*innen werden. Es wird auch Wert auf persönliche Kontakte gelegt. Persönliche Treffen mit wichtigen Stakeholdern werden vereinbart, um die Kommunikation zu vereinfachen. Beziehung dürfte einen hohen Stellenwert haben. Obwohl das Haus der Menschenrechte kein Gemeinwesenzentrum ist und nicht spezifisch Methoden der GWA anwendet, dürfte jedoch eine starke Vernetzung im Sozialraum vorherrschen.

4.2.4 Selbstorganisation

Im folgenden Kapitel wird erläutert, inwiefern bei den drei ausgewählten Lernbeispielen Selbstorganisation vorkommt, und welches Verständnis von diesem Begriff jeweils vorherrschend ist. Ein weiteres Interesse dieses Kapitels liegt in der Frage, inwiefern Selbstorganisation bei den drei Lernbeispielen von Partizipation abgegrenzt wird, und wie die allgemeine Haltung gegenüber Selbstorganisation definiert ist.

Stadtteilzentren Innsbruck

Selbstorganisation wurde im Kontext der Arbeitsziele von Gemeinwesenarbeiter*innen unterschiedlich diskutiert. Die nachfolgend angeführte Definition von Selbstorganisation erhielt in der Gruppendiskussion am meisten Zuspruch:

„Unter Selbstorganisation würde ich eben verstehen, dass Akteure die vor Ort sind, die wir als Gemeinwesenarbeiter*innen oder als Prozessbegleiter im Endeffekt organisieren und strukturieren. Mit dem Ziel, dass die sich irgendwann selbst organisieren und selbst verwalten.“ (ITV1: 01:22:04)

Selbstorganisation spielt in den Stadtteilzentren Innsbruck eine große Rolle. Es wurde von den Interviewpartner*innen angegeben, dass ihr Arbeitspensum von 30 Wochenstunden nicht dazu ausreichen würde, alle anfallenden Aufgaben zu erledigen. Deshalb sind sie auf Selbstorganisation angewiesen. Dies beinhaltet die eigenständige Planung und Durchführung von Veranstaltungen, sowie die Gestaltung des Stadtteilzentrums durch die Besucher*innen selbst.

„Und das funktioniert eigentlich wahnsinnig gut. Also man trifft sich vorher, bespricht, ob das Projekt ins Konzept passt. Wenn sie Fragen haben oder eine gewisse Unterstützung oder Beratung brauchen, dann planen wir das zusammen, gehen das zusammen durch, und die Umsetzung der Veranstaltung machen sie aber dann selbstständig. Ich unterstütze sie vorher noch in der Öffentlichkeitsarbeit. Aber das ganze Planen, Organisieren, Umsetzen der Veranstaltung, das bleibt bei den Veranstaltern. Selbstorganisation spielt bei uns schon in diesem Sinne eine sehr große Rolle.“ (ITV1: 00:19:21)

Selbstorganisation wurden kontrovers diskutiert. Dabei wurden verschiedene Überlegungen unternommen. Die Interviewpartner*innen diskutierten zunächst, was Selbstorganisation für die Bürger*innen bedeutet. Selbstorganisation, so lautet ihre Auffassung, beinhaltet das Ideal des*r mündigen Bürger*in, welche*r die Demokratie wirklich lebt, sich interessiert und für die eigenen Interessen einsetzt. Dieses Ideal wurde als Utopie bezeichnet und fernab der beruflichen Wirkdauer der Interviewpartner*innen verortet (vgl. ITV1: 01:26:46).

Die Selbstorganisation kam im Kontext der Arbeitsziele von Gemeinwesenarbeiter*innen jedoch nicht ohne Kritik aus: „Ach, du meinst so was, dass Gemeinwesenarbeit auch zum Ziel hat, sich selbst abzuschaffen, was im Idealfall theoretisch ist, vermutlich eher auch nur eine Utopie“ (ITV1: 01.22.04). Aus diesem Zitat kann entnommen werden, dass vonseiten der Gemeinwesenarbeit die Selbstorganisation auch als Element wahrgenommen wird, welches die eigene Arbeit abschaffen könnte. Diese Haltung sollte jedoch kritisch hinterfragt werden. Zwar wird dies als utopisch deklariert, jedoch ist ein Konkurrenzverhalten ableitbar.

Weiters wurde auch das Prinzip von Selbstorganisation infrage gestellt, da es laut den Interviewpartner*innen momentan gerade die Organisation von professioneller Seite braucht. Es bräuchte Professionist*innen, die zeigen können, wie es geht, und Prozesse moderieren. Diese sollten dann Interessen nach oben und nach unten vertreten, damit sich Dinge weiterentwickeln können (vgl. ITV2: 01:26:57). Zudem sei Selbstorganisation auch nicht barrierefrei, sondern setze Ressourcen voraus (Bildungsstandard, politisches Engagement), die nicht immer gegeben sind (vgl. ITV2: 01:31:13). Die Gemeinwesenarbeit könnte sich also um die Barrierefreiheit der Selbstorganisation bemühen und vermehrt darauf achten, fehlende Ressourcen der beteiligten Personenkreise auszugleichen. Weiter wurde die Verbindung zwischen der Gemeinwesenarbeit und der Selbstorganisation herausgearbeitet:

„Also ich bin sehr überzeugt davon, dass es eine Person braucht, die sich um solche Projekte kümmert, die eine gewisse Kontinuität hat, weil sich sonst sowas sehr schnell verläuft. Also, das ist ja die klassische Erfahrung, die wir hier gemacht haben im sozialen Wohnbau. Er wurden dann Gemeinschaftsräume geschaffen, wo man einen leeren Raum

hingesezt hat in ein Haus und gesagt also, das ist euer Raum. Macht was draus. Die sind alle nicht genutzt. Es gibt dann immer wahnsinnig Konflikte, weil dann irgendjemand immer nicht aufgeräumt hat, weil dann irgendwelche Ruhezeiten nicht eingehalten werden. Und dann wird dieser Raum unglaublich schnell zugesperrt, und es verläuft im leeren. Ich halte sehr viel von Selbstorganisation, und ich glaube trotzdem, dass es eine gewisse Begleitung dieser Selbstorganisation braucht, damit dies möglich ist.“ (ITV2: 00:33:52)

Laut dieser Aussagen ist das Konkurrenzverhältnis von Selbstorganisation und Gemeinwesenarbeit schwer haltbar. Vielmehr wäre eine gegenseitige Unterstützung denkbar.

Eine weitere Funktion könnte der Sozialen Arbeit innerhalb der Selbstorganisation zufallen, indem sie als Ansprechperson fungiert. Vor allem bei länger andauernden Prozessen oder Projekten wurde die Erfahrung gemacht, dass diese oft an einzelnen Personen hängen. Wenn sich diese dann ausklinken, brechen die Projekte oder selbstorganisierten Prozesse zusammen. Die Soziale Arbeit könnte dabei eine Pufferfunktion einnehmen, indem sie diese Lücken besetzt, bis sich neue Personen gefunden haben (vgl. TV1: 01:29:04).

Zuletzt kam noch Selbstorganisation im Kontext von neoliberalen Strömungen zur Sprache. Dafür kamen folgende Szenarien zur Sprache: Sei dein*e eigene*r Unternehmer*in, tritt selbst für deine Interessen ein, im Sinne von unternehme dich selbst. Sei ein produktiver Mensch, der ein Interesse hat. Denn du bist deines eigenen Glückes Schmied*in. Dies könnte zur Folge haben, dass sich der Sozialstaat aus seiner Versorgungsfunktion zurückziehen könnte (vgl. ITV2: 01.27.52). Aufgrund dieser Argumentation ist eine deutliche Skepsis gegenüber der Selbstorganisation in Zeiten von sozialstaatlichem Abbau herauszuhören. Es könnte dadurch schnell zu ungewollten Entwicklungen kommen, bei dem sich der Staat seiner Verantwortung entziehen könnte. Dazu wurde noch folgendes bemerkt:

„Natürlich gibt es viele junge Student*innen, bei denen das super funktioniert, natürlich. Aber ich glaube, bei der Gemeinwesenarbeit vor allem in Städten. Da haben wir schon die Aufgabe hinzuschauen zu den Leuten, die das eben nicht können. Und dann zu sagen, ihr seid dafür selbst verantwortlich, halte ich für ein Riesenproblem. Da stiehlt man sich ja eigentlich ein bisschen aus der Verantwortung. Man sollte immer darauf achten, woher kommt das Prinzip Selbstorganisation? Kommt das wirklich aus diesem Gedanken: Jeder ist sozusagen Unternehmer seiner selbst?“ (ITV2: 01:30:09)

Community Organizing

Dieses Prinzip kam in den Ausführungen über die eigene Arbeit nicht zur Sprache. Jedoch gab es bei einem Teilnehmer der Gruppendiskussion theoretisches Wissen:

„Es gibt ja diese berühmte Linie, das kommt eigentlich vom Community Organizing. Und da sagt man ja auch immer, wenn du dich als Bürgerinitiative engagierst für ein Thema und sei es noch so groß. Ja, äh, dann suchst du erst mal die Kämpfe, die du gewinnen kannst und suchst dir die Themen, die wirklich dein Umfeld direkt betreffen. Berühmtes Beispiel ist Harvey Milk, der als homosexueller in San Francisco, damals das Thema Schwulenrechte in der Gesellschaft einbrachte, in den Siebzigerjahren. Wo ihm viel Feindschaft gegenüberstand. Äh und Homosexualität größer machen wollte. Der hat sich erst mal mit Hundekot beschäftigt und hat praktisch das Thema Hundekot in seinem Stadtteil als Thema eingebracht. Und hat das als Lokalpolitiker vorangetrieben oder als Lokalakteur. Und hat sich darauf die Basis aufgebaut. Und ähnlich ist das mit dem Verkehrsthema und vielleicht ein Thema zusammenleben und Austausch. Also ich komme auch immer mehr zu dem Schluss, dass man Leute einfach da abholen muss, wo sie ihre Themen sehen und dann auf Basis dieser Themen aufbaut.“ (ITV2: 01:05:48)

Die Erkenntnis der Aussagen ist jedoch sehr vielversprechend. Eine empfehlenswerte Vorgehensweise ist somit, sich erst mit den Themen zu beschäftigen, die die Menschen verbinden und möglichst viele zu mobilisieren, um darauffolgend die Dynamik zu nutzen, um größere Themen zu bearbeiten. In Kapitel 3.1.1 wird näher auf die Theorie des Community Organizing eingegangen.

Eine Interviewpartnerin, welche sich aus der Perspektive einer Nutzer*in in die Gruppendiskussion einbrachte, berichtete, dass für sie die treibende Kraft der Wunsch nach Austausch sei. Das Thema Vereinsamung werde immer deutlicher und die Menschen seien so wie sie daran interessiert, Orte zu haben, an denen sie sich austauschen und vernetzen können. Die Etablierung von konsumfreien Räumen könnte somit eine schnelle Lösung darstellen, um Begegnung zu etablieren. Denn sonst findet laut den Interviewpartner*innen Begegnung im Supermarkt oder an der Tankstelle statt (vgl. ITV2: 00:24:02). Eine weitere treibende Kraft für Selbstorganisation sei das Gefühl, sich beheimatet zu fühlen, sich für ihren Stadtteil verantwortlich zu fühlen (vgl. ITV2: 00:55:17) und eigene Themen durchzusetzen. So wurde zum Beispiel die Parkraumbewirtschaftung noch als Motivation genannt.

SOS-Menschenrechte

Das Verständnis von Selbstorganisation im Haus der Menschenrechte

Die Begrifflichkeit „Selbstorganisation“ wurde von den Betreuer*innen und der Leitung durchwegs auch nach unserem Verständnis definiert, jedoch zeigte sich in den Unterhaltungen selbst, dass Partizipation und SO teilweise synonym bzw. falsch verwendet wurden, was dahingehend interpretiert werden kann, dass Partizipation sehr wohl bekannt ist und auch genutzt wird, Selbstorganisation jedoch noch ein relativ unbeschriebenes Blatt im Verein ist, was auch von den Betreuer*innen so gesagt wird. Es wird auch von den Mitarbeiter*innen selbst angesprochen, dass vieles im Haus zu hochschwellig ist und daher hinderlich für SO und durchaus eine Barriere darstellt (vgl.

TI2:5), was wiederum für ein gutes theoretisches Verständnis der SO spricht, aber vermutlich wenig praktische Erfahrung.

Hingegen ist Partizipation durchaus ein Begriff und eine Vorgehensweise, die selbstverständlich angewendet wird. Die Einbindung von Bewohner*innen in bestehende Projekte, bei Benefizkonzerten, aber auch bei der Sanierung des Flüchtlingswohnheimes, sind ein fester Bestandteil der Betreuung. Für die Geschäftsführerin Kotopulos ist es sinnvoll, den betroffenen Menschen selbst eine Bühne zu geben und sie miteinzubeziehen. Auch bei Menschenrechtsworkshops werden Betroffene von Obdachlosigkeit als Co-Trainer*innen für den Workshop Armut mitgenommen und dafür auch bezahlt (vgl. TI4:5). Es geht dabei auch darum, die Selbstwirksamkeit zu spüren und das Selbstbewusstsein zu stärken (vgl. ebd.:8). SO und Partizipation wird es von Palmetshofer folgendermaßen unterteilt:

„Also Partizipation, da ist so der erste Impuls eher, dass man sich in was Bestehendes einbringt, da gibt es schon was und da kann ich teilnehmen, da kann ich partizipieren. [...] Das andere war Selbstorganisation. Das ist für mich viel aktiver, wo ich selbst was aufbaue und selbst was entstehen lasse, das war für mich ad hoc aus dem Bauch heraus der erste Unterschied.“ (TI2:5)

Bei SOS-Menschenrechte werden zwar die Bühnen von den Bewohner*innen nicht selbst eingenommen und Begriffe selbstorganisiert geprägt, es wird jedoch versucht, Geschichten zu erzählen, um Worthülsen wie „Flüchtling“ ein Gesicht zu verleihen (vgl. Kapitel 3.4.3).

Die Betreuung versteht sich selbst als begleitend bei selbstorganisierten Gruppen. Palmetshofer erläutert: „Naja, wenn es selbst organisiert sein soll, dann würde ich mich selbst als Anlaufstelle verstehen, die nicht aktiv eingreift, aber natürlich aktiv unterstützt, wenn das gewünscht wird“ (TI2:6).

Von Seiten der Betreuer*innen wird beim Lernbeispiel SOS-Menschenrechte angegeben, dass durch die strukturellen Gegebenheiten hier nur ein eingeschränkter Spielraum hinsichtlich Selbstorganisation möglich ist. Sie geben an, dass als Grundversorgungseinrichtung für geflüchtete Menschen eben nicht so viele Ressourcen vorhanden sind und die Vorgaben des Landes Oberösterreich keine Selbstorganisation vorsehen. Weiters wird von der Betreuerin und Projektkoordinatorin Ute Palmetshofer angegeben, dass Selbstorganisation konzeptionell im Haus der Menschenrechte nicht vorhanden ist (vgl. TI2:2). Generell geht es in der Betreuung mehr um Partizipation als um Selbstorganisation, sagt Dieter Turk, Betreuer für unbegleitete minderjährige

Flüchtlinge (UMF). „Weil bei uns geht es aufgrund der Strukturen viel um Partizipation. Selbstorganisation findet dann im kleineren Rahmen statt“ (T13:7). Der kleine Rahmen, der von Turk hier angesprochen wird, wird auch von den Bewohner*innen des Hauses selbst genannt. Hier wird von selbstorganisierten Lerngruppen für Deutsch oder andere Fächer berichtet, die ohne das Mitwirken des Betreuungspersonals organisiert werden; denn, wie sie sagen, ein Lernbedürfnis haben sie alle im Haus (vgl. PTK4:11). Bei der Befragung der Bewohner*innen wurden auch rasch neue Ideen gefunden, wie beispielsweise ein Integrationsverein für Menschen aus dem Kongo (vgl. PTK4:11-12).

Beim Betreuungspersonal und der Leitung kann ein klares Interesse an Selbstorganisation herausgehört werden. Es wird jedoch rasch mit dem Argument der Ressourcenknappheit bzw. auch mit dem Argument der Zielgruppe, dass diese kein Interesse daran hat, unschädlich gemacht. Die Seite der Leitung wird auf die individuellen Schicksale der Zielgruppe und deren Traumatisierungen hingewiesen. Es wird davon ausgegangen, dass Selbstorganisation und Partizipation in der Bedürfnispyramide relativ weit oben angesiedelt sind und noch keine Priorität haben, da die Grundbedürfnisse, wie in Sicherheit zu leben, noch nicht geklärt sind (vgl. T14:6). Weiters wird auch auf die unterschiedlichen Herkunftsländer hingewiesen, im Speziellen auf die Sozialisation. Ist eine junge afghanische Frau es überhaupt gewohnt mitzusprechen bzw. gefragt zu werden (vgl. ebd.)? Von Turk wird auch von limitierenden Strukturen gesprochen, die auch mit politischen Gegebenheiten zu tun haben (vgl. T13:3). Es wird also von hemmenden Faktoren für Selbstorganisation von Seiten der Professionisten ausgegangen – einerseits persönlichen Ursprung wie die Sozialisation, den Geflüchtetenstatus und Traumata, und andererseits die prinzipielle Ressourcenknappheit im Zusammenhang mit der Betreuung. Auch die politischen Rahmenbedingungen werden genannt.

Turk gibt folgende Antwort auf die Frage ob Partizipation und Selbstorganisation als Leitsätze im HdMr. vorhanden sind:

„Bis zu einem gewissen Grad. Es hängt von der jeweiligen Thematik ab. Es gibt natürlich auch Vorgaben, die wir erfüllen müssen in unserem Job. Wir müssen uns nämlich in einem gesetzlichen Rahmen bewegen, und wir sind auch an gewissen Strukturen gebunden, und Abläufen und Vorgehensweisen, Behördenkommunikation, Kooperationsarbeit, bzw. gibt es immer wieder Themen, wo wir nicht die Einzigen sind oder die Klient*innen, die über etwas selbst entscheiden können aber darüber hinaus wenn es möglich ist, wenn sich Möglichkeiten auftun innerhalb der Rahmenbedingungen. Dann ist es schon Ziel, also eines der Ziele, die Partizipation zu fördern.“ (T13:3)

Von der Leitung wird auf die bestehende Partizipation hingewiesen und darauf, dass unter den gegebenen Umständen das bestmögliche herausgeholt wird:

„Ja was unsere Heimbewohner betrifft, ist es so, dass wir sicher noch Potenzial hätten, in der Direktbetreuung natürlich auch sie mehr einzubinden, was das Haus, die Regeln und die Projekte betrifft. Da glaube ich schon, dass es Potenzial gäbe. Allerdings ist meine Meinung, dass wir schon versuchen, die Bewohner*innen so mit einzubinden, z.B. bei der Sanierung waren sie von Anfang an im Prozess eingebunden, und wir haben z.B. extra ein Probezimmer installiert. Ein Zimmer so eingerichtet, dass Bewohner*innen selbst mal ausprobieren können und schauen können wie ist das, taugt mir das, was sollte man anders machen, ja? Dann haben sie schon Mitspracherecht, weil sie müssen da leben. Wenn wir uns das überlegen. Das waren so kleine, sagen wir mal Akzente, die wir gesetzt haben.“ (T14:5)

Perspektive der Bewohner*innen

Bei den Bewohner*innen kamen schnell einige Beispiele, welche Gruppen sich schon bildeten. Beispielsweise Deutsch-Lerngruppen oder bei Abschlussprüfungen, Fußballgruppen auch für Energiekanäle und Atemübungen. Das Konzept und der Begriff wurden in diesem Zuge von den Forscherinnen erklärt und waren nach einigen Beispielen, die aus der Gruppe kamen, dann auch für alle gut verständlich. Einem Bewohner war der Begriff bereits gut geläufig und er half mit, es den anderen Teilnehmer*innen der Gruppendiskussion zu erklären. Für ihn ist SO ein Zusammenschluss von drei oder mehr Personen (vgl. PTK4:12). Eine Bewohnerin hat in der Kreativphase der Gruppendiskussion wie in Abbildung 1 sichtbar ist, etwas gebaut und es folgendermaßen erklärt:

„Was ich baue sind verschiedene Leute, verschiedene Kulturen oder Land, das bedeutet wir sind alle gleich und jeder kann sein oder ihre Meinung sagen oder eine Idee bringen. Das kann uns zusammen helfen nicht nur von der ersten Person sondern auch der Zukunft von unseren Kindern.“ (PTK4:13)



Abbildung 11 Kreativphase mit Play-Doh während der Gruppendiskussion im HdMr. (eigenes Bild)

Für die Bewohnerin ist es in einer selbstorganisierten Gruppe wichtig, dass sie sich wohlfühlt, ernst genommen wird und dass sich die Menschen mit Respekt und Verständnis begegnen. Weiters möchte sie eine ruhige Art der Kommunikation und Teamwork in einer Gruppe (vgl. ebd.:15). Sie meinte außerdem, „die Seele und das Beste zu geben, und dann wird das Outcome gut sein“ (ebd.).

Von Seiten der Bewohner*innen wird lediglich genannt, dass es eine Hemmschwelle ist, bei vielem die Genehmigung der Betreuer*innen von SOS-Menschenrechte einzuholen. Es werden jedoch keine Hemmungen bezüglich der Sozialisation oder Aufenthaltsstatus genannt. Hier muss jedoch hinzugefügt werden, dass drei von vier Teilnehmer*innen der Gruppendiskussion bereits einen Aufenthaltstitel in Österreich haben und teilweise bereits im Berufsleben bzw. in einer Ausbildung sind. Es war nicht leicht, Teilnehmer*innen für die Gruppendiskussion zu motivieren, eine Person sagte beispielsweise ab, da sie in der kommenden Woche einen Gerichtstermin bezüglich ihres Asylverfahrens hatte. Weitere nahmen nicht teil, da sie müde von der Schule waren oder bereits andere Pläne hatten. Die Motivation, über Selbstorganisation zu sprechen, war demnach gering (vgl. PTK4:6-7).

Die Bewohner*innen äußerten außerdem, wenn sie beispielsweise eine Party planen würden, dass sie sich Beratung im selbstorganisierten Prozess wünschen würden (vgl. ebd.:15).

Mitten in Hernals

Die Haltung des Vereins Mitten in Hernals gegenüber Selbstorganisation ist grundsätzlich eine sehr offene. Innerhalb des Vereins gibt es bislang jedoch keine einheitliche Begriffsdefinition. Der Begriff Selbstorganisation ist auch nicht auf der Homepage des Vereins zu finden (vgl. Mitten in Hernals:o.A.). Das Vereinsmitglied und Mitglied des Vereinsvorstands Bodo Winkler versteht unter Selbstorganisation, dass Mitglieder für den Verein aktiv werden und damit dazu beitragen, dass Mitten in Hernals weiterhin bestehen bleibt (vgl. T15:5).

Selbstorganisation wird von den für die vorliegende Arbeit befragten Mitgliedern des Vereins Mitten in Hernals weitgehend mit Partizipation und ehrenamtlichem bzw. zivilgesellschaftlichem Engagement gleichgesetzt (vgl. ebd.). Die fehlende Abgrenzung von Partizipation und Selbstorganisation ist grundsätzlich nicht verwunderlich, da selbst Expert*innen Schwierigkeiten damit haben, diese beiden Begriffe voneinander zu trennen (vgl. Kapitel 3.4). Es wird in diesem Zusammenhang nicht thematisiert, dass

Selbstorganisation eine professionelle Begleitung benötigt. Dies impliziert, dass professionelle Begleitung von den Mitgliedern nicht als wichtig erachtet wird. Außerdem wird der Begriff der Selbstorganisation mit einer gemeinsamen Verantwortung in Verbindung gebracht, und der Verein Mitten in Hernals wird als ein Beispiel für Selbstorganisation betrachtet (vgl. TI5:5).

Selbstorganisation ist in dem Verein Mitten in Hernals zwar grundsätzlich erwünscht, aber es gibt Widersprüche und Probleme bei der Umsetzung (vgl. ebd.:2). Es bestehen bestimmte hemmende Faktoren wie z.B. eine ungleiche Machtverteilung durch eine hierarchische Vereinsstruktur, fehlende finanzielle und zeitliche Ressourcen, eine hohe Homogenität unter den Vereinsmitgliedern bzw. mangelhafte Diversität, fehlende Erfahrung und Expertise oder Zugangsbarrieren wie z.B. sprachliche Barrieren (vgl. PTK3:2). Community Organizing kam bei Mitten in Hernals ebenso wie bei Innsbruck und Linz in den Ausführungen über die eigene Arbeit nicht zur Sprache. Dies deutet darauf hin, dass Community Organizing von den Vereinsmitgliedern keine große Bedeutung beigemessen wird.

Im Sinne von Kahvecis Verständnis von Selbstorganisation zielt der Verein Mitten in Hernals darauf ab, eine kollektive Identität zu kreieren, einen Raum für gemeinschaftlich Erlebtes und Erfahrungen zu schaffen (vgl. Kapitel 3.4). Auch der krisenhafte Charakter von Selbstorganisation als „Reaktion einer Entdemokratisierung der Gesellschaft“ ist bei dem Verein Mitten in Hernals gegeben (vgl. Kapitel 3.4). So kann der Verein als Ergebnis bzw. Produkt dieser gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden.

Es lässt sich festhalten, dass es auf Seiten der befragten Mitgliedern des Vereins Mitten in Hernals einerseits eine offene Haltung gegenüber Selbstorganisation gibt, andererseits Erfahrung und Expertise in Bezug auf die praktische Umsetzung fehlen. Der Verein Mitten in Hernals weist zwar spezifische Merkmale von Selbstorganisation auf, z.B. in Bezug auf dessen Entstehungsgeschichte und Zielsetzung, andererseits sind auch Faktoren zu erkennen, welche Selbstorganisation hemmen, z.B. dessen hierarchische Vereinsstruktur, fehlende finanzielle und zeitliche Ressourcen oder Zugangsbarrieren.

Selbstorganisation in den Lernbeispielen: ein Rückblick

Verständnis von Selbstorganisation

Zunächst wird daran erinnert, dass sich die vorliegende Arbeit an, die im Kapitel 3.4 erwähnte Begriffsdefinition von Michaela Moser und Martin Schenk anlehnt.

„Selbstorganisation bedeutet dem gemeinsamen Handeln eine eigenständige und selbstverwaltete Struktur zu geben“ (vgl. Kapitel 3.4 nach Moser/Schenk 2014:554). Von dieser Definition ausgehend zeigte sich, dass im Zuge der Untersuchung in Linz, Wien und Innsbruck ein ähnliches oder vergleichbares Verständnis von Selbstorganisation vorhanden ist. Der Begriff wird je nach Kontext unterschiedlich definiert. Deshalb werden verschiedene Begriffe wie Partizipation und Selbstorganisation auch oftmals vermischt. In Innsbruck wird Selbstorganisation mehr als ein Prozess gesehen, welcher durch die Soziale Arbeit oder ähnliche Professionen begleitet werden sollte. Dabei wurde die Erfahrung gemacht, dass Selbstorganisation wellenförmig stattfindet und dazu tendiert, sich aufzulösen. Dies geschieht aufgrund der langen Dauer oder fehlenden personellen Ressourcen. Im Kapitel 4.3.2 wird weiter auf die Widersprüche und diversen Zugänge zu Selbstorganisation eingegangen.

Erfahrungen mit Selbstorganisation

Bei Mitten in Hernals gibt es viele Annahmen und Wünsche in Bezug auf Selbstorganisation, aber es mangelt an Erfahrung und Expertise. Hier wird deutlich, dass es für Selbstorganisation bestimmte Kompetenzen benötigt. Professioneller Begleitung kommt demzufolge ein großer Stellenwert zu. Bei SOS-Menschenrechte verfügt man von Seiten der Betreuung über fachliches Wissen bezüglich nötiger Veränderungen zur Förderung von SO. Da das Haus der Menschenrechte jedoch kein Gemeinwesenzentrum ist, werden Ressourcen anderweitig eingesetzt und es wird keinen Fokus auf Selbstorganisation gelegt.

Für die Stadtteilzentren in Innsbruck bedeutet Selbstorganisation vor allem Entlastung der Gemeinwesenarbeiter*innen. Jedoch wird Selbstorganisation auch sehr kritisch gesehen, da diese gleichzeitig auch in Konkurrenz mit dem eigenen Beruf gesehen wird. In Kapitel 4.3.2 werden die Aspekte für die Soziale Arbeit, welche sich als hilfreich für die Unterstützung von Selbstorganisation zeigten, näher erörtert: vermitteln, vernetzen und moderieren im Kontext der Selbstorganisation, aufbauend auf diesem Kapitel.

Nutzer*innenperspektive zur Selbstorganisation

Die Lernbeispiele sprechen dafür, dass die Nutzer*innenperspektive hinsichtlich der Selbstorganisation oftmals übersehen wird. In Hernals überlegten sich Ehrenamtliche beispielsweise im Rahmen von Fachgruppen, wie sie bestimmte Zielgruppen erreichen könnten, anstatt diese einfach nach ihren Bedürfnissen zu fragen. Hier zeigt sich ein Spannungsfeld zwischen „etwas für andere tun“ und „etwas miteinander tun“.

Auch bei SOS-Menschenrechte werden die Bedürfnisse der Nutzer*innen im Kontext der Selbstorganisation erschwert bzw. nicht wahrgenommen. Dazu wurden die vielen Genehmigungen erwähnt, welche für die Selbstorganisation hinderlich sind.

Im Lernbeispiel Innsbruck wurde vor allem das Bedürfnis nach Austausch als treibende Kraft von Selbstorganisation hervorgehoben. Dieses Bedürfnis kann in Verbindung mit den in Kapitel 4.3.2 aufgeführten Verwirklichungen der Grundvoraussetzungen eines guten Lebens gebracht werden. Die soziale Zugehörigkeit und Gestaltung des eigenen Umfelds ist dabei die treibende Kraft (vgl. 4.3.2 nach Nussbaum 2003:19-21).

Erfolgsfaktoren

Es wurde auch ersichtlich, dass es bestimmte Faktoren gibt, die Selbstorganisation hemmen. Unter diese fallen z.B. eine hierarchische Vereinsstruktur, Zugangsbarrieren, fehlende Ressourcen, etc. Anders gesagt: Selbstorganisation benötigt bestimmte Ressourcen (z.B. zeitliche und ökonomische Ressourcen) und Rahmenbedingungen (z.B. niederschwellige Benutzung der Räumlichkeiten). Können diese von den Vereinen oder Organisationen nicht zur Verfügung gestellt werden, ist Selbstorganisation nur sehr eingeschränkt möglich.

Community Organizing findet in keinem der Beispiele explizit Beachtung. Es wird nur kurz darauf verwiesen, Anwendung gibt es jedoch keine.

Eine Annahme, die aus den Lernbeispielen gewonnen werden kann, ist, dass der partizipative Ansatz der Gemeinwesenarbeit hemmend, wenn nicht sogar in einem Konkurrenzverhältnis zur Selbstorganisation steht. Wie bereits in Kapitel 3.3.5 erwähnt, kann Partizipation nicht als Selbstzweck gefordert werden. Vielmehr geht es darum, sich für die Förderung von Beteiligungsprozessen einzusetzen. Für die Soziale Arbeit würde dies allerdings heißen, auch die Kontrolle über die Beteiligungsprozesse abzugeben und Selbstorganisation zuzulassen. In Kapitel 4.3 wird ein Versuch unternommen, zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als neue treibende Kraft für die Gemeinwesenarbeit einzuführen.

4.2.5 Macht und Strukturen

Macht und die gerechte Verteilung von Macht spielen in der Sozialen Arbeit und Gemeinwesenarbeit eine wesentliche Rolle. Der Macht-Begriff wird oft synonym für Gewalt, Herrschaft oder Kontrolle verwendet (vgl. Auer 2005:4-5). Er hat aber auch

positive Konnotationen wie Vermögen und Können. Der Soziologe Max Weber definiert Macht folgendermaßen: Macht „[...] bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichwohl worauf diese Chance beruht“ (Kruse 2012:159 nach Weber, Schriften 1894-1922:711). Folglich ist Macht eng mit der Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen und mitbestimmen zu können, verbunden. Nachfolgend werden Macht und Machtstrukturen in den drei Lernbeispielen untersucht, welche teilweise offensichtlich und teilweise versteckt sind. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf Definitions- und Entscheidungsmacht. Es wird erläutert, wem diese zusteht und inwiefern sie gerecht verteilt ist.

Stadtteilzentren Innsbruck

Die Stadtteilzentren sind bei den „Innsbrucker Sozialen Dienste GmbH“ eingegliedert, welche eine Tochtergesellschaft der Stadt Innsbruck ist. Das Angebot dieses Unternehmens umfasst umfangreiche und flächendeckende soziale Dienstleistungen für die Stadt Innsbruck. Dazu gehören acht Altenwohn- und Pflegeheimen, neun Seniorenwohnanlagen, mobile Hauskrankenpflege und Heimhilfe, mobile Therapie im Bereich Logopädie und Physiotherapie und die mobile Essensversorgung. Weitere Leistungen beinhalten Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe und der ambulanten Suchtprävention. In verschiedenen Stadtteilen betreibt „Innsbrucker Sozialen Dienste“ zudem Sozial- und Stadtteilzentren sowie mobile Sozialarbeit. Die Aktivitäten sind nicht auf Gewinn ausgerichtet (vgl. Innsbrucker Soziale Dienste o.A.). In dem nachfolgenden Organigramm der Innsbrucker Sozialen Dienste erfolgt eine Unterscheidung zwischen Sozialzentrum und Stadtteilzentrum.



Abbildung 12 Organigramm ISD (Quelle: Innsbrucker Soziale Dienste, o.A.)

Diese Unterscheidung ist darauf zurückzuführen, dass sich die Sozialzentren im Gegensatz zu den Stadtteilzentren mehr den Bedürfnissen von Einzelpersonen oder einzelner Interessensgruppen widmen. Ein zielgruppenübergreifender Ansatz hingegen wird von den Stadtteilzentren verfolgt (vgl. Innsbrucker Soziale Dienste o.A.).

Die Innsbrucker Sozialen Dienste werden durch die Finanzierung der Stadt Top-Down gesteuert. Die Stadtregierung hat sich durch ihr Arbeitsübereinkommen 2018-2024 zu einer Förderung der Gemeinwesenarbeit bekannt. In Bezug auf die Ziele für Integration 2018-2024 wird angegeben, dass die begonnene Entwicklung durch Einzugsbegleitung und Gemeinwesenarbeit das gute Zusammenleben in den Stadtteilen fördern und weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden soll (vgl. Arbeitsübereinkommen Innsbruck 2018:9). Ziel der GWA ist es Stadtteil- und Sozialzentren in allen Stadtteilen zu stärken und weiter auszubauen. (vgl. ebd.:17). Diese vorgegebenen Richtlinien werden auch von den Interviewpartner*innen betont: „Ich finde in Innsbruck ist es relativ fix vorgegeben, dadurch dass die Stadtsenatsvorlage vorsieht, dass die Gemeinwesenarbeit zukünftig bei den Innsbrucker Sozialen Diensten angesiedelt ist“ (ITV1: 00:14:22). Die hierarchisch aufgebauten Strukturen wurden auch beim Bau des ersten Stadtteilzentrums in Innsbruck kritisiert. Bei dem Bauprozess gab es laut Aussagen der Interviewpartner*innen keinen Beteiligungsprozess. Dieser wäre wünschenswert gewesen, fand jedoch nicht statt. Das gebaute Stadtteilzentrum wurde fertig übergeben. Erst dann konnte seitens der Gemeinwesenarbeit darauf zugegriffen werden (vgl. ITV2: 00:06:12). Diese hierarchische Strukturierung der Planungsphase steht gegensätzlich zu einem dezentralisierten Ansatz, welcher in Zusammenhang mit abgeflachten Hierarchien, Integration von vorher getrennten Funktionen und der Einführung von sich selbst regulierenden Teams steht (vgl. Kühl 2001:383).

Weiter kann angenommen werden, dass sich die Stadtteilzentren der politischen Ebene im Kontext einer Unternehmenslogik rechtfertigen müssen. Das bedeutet, dass das investierte Geld auch zu messbaren Ergebnissen führen muss. Dies stellt jedoch ein Problem dar, da die sozialen Leistungen für die Gemeinwesenarbeit nur schwer messbar sind bzw. sichtbar gemacht werden können. Die Europäische Union stellt diesbezüglich einen Katalog mit Vorschlägen für Ansätze zur Messung der sozialen Wirkung zur Verfügung. In diesem heißt es: die „[...] Messung der von Sozialunternehmen auf die Gemeinschaft ausgehenden Wirkung ist unbedingt erforderlich, um deutlich zu machen, dass das in Sozialunternehmen investierte Geld höhere Einsparungen und Einnahmen bewirkt.“ (Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union 2015:5). Für die Gemeinwesenarbeit könnte das bedeuten, sich verstärkt mit der Messbarkeit oder

Sichtbarmachung der eigenen Leistungen zu beschäftigen, um die eigene Arbeit besser vermarkten zu können.

Der Wunsch nach mehr Selbstbestimmung wurde betont und steht im Zusammenhang mit der zuvor beschriebenen Förderlogik. Als Wunschvorstellung wurde folgendes Szenario beschrieben:

„Und da sind diese Räume des Probierens wichtig. Das man ohne Anspruch, das was raus kommen muss Arbeiten kann. Die Politik muss sagen: Ok Stadtteilzentrum, Gemeinwesenarbeit fünf Jahre. Ich frag dich in fünf Jahren, was du getan hast. Aber ich frage die nicht in der Logik nicht jedes Jahr. Nicht in dieser Förderlogik, die wir haben. Nicht jedes Jahr fragen, was tust du? Das verändert ja auch das Arbeiten im Gemeinwesen. Dann muss ich mich ja ständig rechtfertigen, was ich tue. Aber diese Arbeit muss man nicht ständig rechtfertigen. Die braucht einfach Zeit, die fängt klein an und muss einmal in Ruhe gelassen werden, ohne Erwartungsdruck.“ (ITV2: 01:08:51)

Aus diesem Zitat kann entnommen werden, dass die Gemeinwesenarbeiter*innen sich in ihrer Arbeit gehemmt bzw. gezwungen fühlen, Leistungen zu erbringen die auch messbar sind. Eine Etablierung von „Räume des Probierens“, welche nicht der zuvor beschriebenen Förderlogik folgen, könnte mehr Freiheiten schaffen, neue Wege zu bestreiten. Da es schwierig ist, die Leistungen der Gemeinwesenarbeit sichtbar, bzw. messbar zu machen, sollten diese auch nicht gefordert werden. Diese Räume des Probierens oder auch „empty risky space“ werden in Kapitel 4.2.2 genauer beschrieben und in Verbindung mit der Etablierung von sozialen und kollektiven Räumen für Selbstorganisation gebracht. „Empty risky space“ sind Freiräume ohne Bedingungen. Diese können frei gestaltet werden und sind Räume zum Experimentieren, „Scheitern“ und zur Öffnung von Möglichkeiten. Dadurch werden Machtverhältnisse verändert, da nicht sofort ein Tausch bzw. eine Gegenleistung verlangt wird (vgl. Kapitel 4.2.2 nach Moser/ Trenkwalder-Egger 2019: 10).

Die Zugänge zu den Nutzer*innen sind zielgruppenübergreifend. Es wird nicht zwischen den Bewohner*innen der verschiedenen Stadtteile oder anderen Attributen unterschieden, jede*r ist willkommen. Alles was im Stadtteilzentrum passiert, soll der Nachbarschaft zugute kommen. Dabei ist die Wohnadresse der Person, die z.B. eine Veranstaltung durchführt, zweitrangig. Es werden keine Ausweiskontrollen durchgeführt (vgl. ITV1: 00:51:12).

Das Hauptziel ist Beteiligung. Bürger*innen sollen ihr Umfeld selbst gestalten und miteinbezogen werden. Nutzer*innen des Stadtteilzentrums müssen sich bei ihren selbstorganisierten Veranstaltungen jedoch an das Konzept der Stadtteilzentrums

halten. Dieses ist öffentlich einsehbar (vgl. Stadtteilzentrum Wilten o.A.). Das Hauptkriterium ist allgemeine Zugänglichkeit und der Nutzen für das Gemeinwesen. Zudem dürfen die Veranstaltungen nicht diskriminierend, sexistisch oder rassistisch sein.

„Oder man sucht halt nach Wege, wie man das umsetzen kann. Wir haben zum Beispiel recht viele Vereine, die dann Anfragen, ob sie eine Generalversammlung bei uns machen können. Ist ja auch theoretisch eine geschlossene Veranstaltung. Dann sagen wir okay, wie wäre es, wenn man das verbindet, mit einem Vortrag, dann könnte irgendwie ein bisschen im Stadtteil präsentieren, wer ihr eigentlich seid und was ihr so macht. Und wenn man das dann verbindet, dann passt das schon.“ (ITV1: 00:41:22)

Wie den Zitaten entnommen werden kann, hat die Förderung des Gemeinwesens höchste Priorität. Dies stimmt mit den Aufgaben und Funktionen der Gemeinwesenarbeit, welche in Kapitel 4.1.2 beschrieben wurden, überein.

Es kann zusammengefasst werden, dass die Stadtteilzentren in eine hierarchische Unternehmensstruktur eingegliedert sind, welche jedoch die Förderung der Gemeinwesenarbeit in das Arbeitsübereinkommen der Stadt Innsbruck aufgenommen hat. Dadurch ergeben sich Vorteile hinsichtlich der Ressourcen, auf die in Kapitel 4.2.6 näher eingegangen wird. Theoretisch kann sich jede Zielgruppe, unabhängig von Herkunft, Bildungsstand, Alter, Gender und ökonomischen Kapital, einbringen. Die Gemeinwesenarbeiter*innen versuchen durch ihr Handeln die Unterschiede der Ressourcen der Benutzer*innen auszugleichen. Jedoch sind sie von der Förderlogik der aktuellen Regierung und dem politischen Willen abhängig.

SOS-Menschenrechte

Wie bereits in Kapitel 4.2.1 erwähnt wurde, sind nicht alle Räumlichkeiten im Haus der Menschenrechte für alle Bewohner*innen, Mitarbeiter*innen und andere Vereine gleichermaßen nutzbar und zugänglich.

Die Bewohner*innen selbst berichten davon, dass für vieles das Einverständnis der Betreuer*innen eingeholt werden muss (vgl. PTK4:15). Der Betreuer gibt an, dass der Seminarraum nur für „interne Veranstaltungen und so vorgegeben Veranstaltungen gedacht“ ist, aber der Garten und das Gartenhäuschen, teilweise auch Sommerküche genannt, zur Verfügung stehe (vgl. TI3:4). Hier kommt die Frage auf, warum es erwünscht ist, dass andere Vereine die Räume mitbenutzen, die Bewohner*innen jedoch nicht. Diese Tatsache fördert eine hierarchische Struktur, in denen die Mitarbeiter*innen von SOS-Menschenrechte klar über den Bewohner*innen stehen. Der Eindruck entsteht,

dass es hier keine Nutzungsvereinbarungen gibt, welche klar definieren wem, wann und unter welchen Voraussetzungen der Seminarraum zur Verfügung steht. Dies würde vermutlich zur Reduktion des ungleichen Machtverhältnisses führen, da es für die potenziellen Nutzer*innen klare Auflagen für eine Verwendung gäbe und weniger von Willkür ausgegangen werden würde.

Die Leitung des Vereins legt großen Wert darauf, dass bei großen Entscheidungen auch die Mitarbeiter*innen miteinbezogen werden, insbesondere bei der Sanierung war dies der Fall:

„Ahm, also prinzipiell ist das ganze Haus gemeinsam ahm geplant und umgebaut und saniert worden. Das heißt es hat mehrere Zukunftsklausuren und Werkstätten und Sanierungsklausuren geben über mehrere Jahre hinweck, des wo a Prozess wo vor allem der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingebunden waren.“ (ITV15: 00:08:50)

Die Leiterin berichtet weiter, dass die Sanierung ohne zusätzliche Personalressourcen realisiert wurde und somit die Mitarbeiter*innen gut „eingeschworen“ sein müssen (vgl. ebd.:3). Die Leitung des Vereins gibt in diesem Fall viele Kompetenzen an die Mitarbeiter*innen weiter und fordert deren aktive Beteiligung an großen Projekten. Die Macht wird somit auch weiter an die Basis gegeben und nicht von der Führung einbehalten.

Die Bewohner*innen wurden in die Planung lediglich bei aktiven Tätigkeiten eingebunden, die wiederum von den Betreuer*innen vorgegeben wurden, wie beispielsweise, auf der Baustelle zu helfen (vgl. ITV15: 00:09:16). Es wurden ihnen zwar Musterzimmer gezeigt und ihre Meinung mitbedacht, die wirkliche Entscheidungsmacht lag aber bei den Mitarbeiter*innen. In der Planung sind aktiv kein*e Bewohner*innen miteinbezogen worden. Hier kann jedoch die Vermutung entstehen, dass dies mit den Personalressourcen in Zusammenhang steht, welche während der Sanierung nicht erhöht wurden.

Wie in Kapitel 4.2.4 bereits beschrieben wurde, ist es dem Verein prinzipiell wichtig, die Meinung der Bewohner*innen miteinzubeziehen und sie auf die Bühne zu stellen, sofern es möglich ist. Den Bewohner*innen werden hier Kompetenzen zugesprochen und sie werden ermächtigt für sich selbst zu sprechen.

Wenn der Blick auf die österreichische Gesellschaft gerichtet wird, kann hier definitiv davon ausgegangen werden, dass Menschen mit Fluchthintergrund eine stark

diskriminierte Personengruppe sind, welche wenig Teilhabemöglichkeiten hat. Auf Seiten der Betreuer*innen scheint kaum Hoffnung zu bestehen, dass sich die restriktive Asylpolitik in näherer Zukunft in eine andere, positivere Richtung entwickelt. In Kapitel 4.2.2 wird darauf näher eingegangen.

Mitten in Hernals

Die Mitglieder und Nutzer*innen des Vereins wurden anfangs nicht in die Gestaltung des Gemeinschaftszentrums einbezogen. Dies geschah erst zu einem späteren Zeitpunkt (vgl. TI5:3).

Es handelt sich bei dem Verein Mitten in Hernals um eine demokratische, hierarchische Vereinsstruktur. Diese ist einerseits mit klaren Rollen und Funktionen der einzelnen Mitglieder verbunden, andererseits auch mit ungleicher Machtverteilung und ungleichen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Vereinsmitglieder gliedern sich in ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder (vgl. Mitten in Hernals:o.A.).

Ordentliche Mitglieder sind jene, welche die Vereinsziele sowie die Gründungserklärung des Vereins unterstützen, sich an der Vereinsarbeit beteiligen und den für ordentliche Mitglieder festgesetzten jährlichen Beitrag von 48 bzw. 24 Euro bezahlen. Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme auf der Generalversammlung (vgl. ebd.:o.A.).

Außerordentliche Mitglieder sind jene Personen, die die Vereinstätigkeit v.a. durch die Zahlung eines Mitgliedsbeitrages fördern, sich jedoch nicht am Vereinsleben beteiligen wollen oder können. Sie haben keine Stimmrechte bei der Generalversammlung (vgl. ebd.:o.A.). Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden. Ehrenmitglieder haben jeweils eine Stimme auf der Generalversammlung (vgl. ebd.:o.A.).

Neben den Mitgliedern gibt es auch Personen, die keinen Mitgliedsbeitrag zahlen und sich nicht an dem Vereinsleben beteiligen, aber bestimmte Angebote des Vereins nutzen bzw. nutzen wollen (vgl. ebd.:o.A.). Mitglieder haben im Gegensatz zu diesen Personen ein Wahlrecht in der Generalversammlung. Dort wird u.a. auch der Vereinsvorstand gewählt, welchem die Leitung des Vereins obliegt. Dieser besteht aus mindestens fünf Mitgliedern und zwar aus Präsident*in, erste*r, zweite*r, dritte*r und vierte*r Vizepräsident*in, sowie aus weiteren einfachen Vereinsvorstandsmitgliedern. Jede dieser Funktionen ist mit spezifischen Rollen verbunden (vgl. ebd.:o.A.). Der*die Präsident*in ist das höchste Leitungsorgan und steht in der Hierarchie ganz oben.

Ihm* ihr „obliegt die Vertretung des Vereins, insbesondere nach außen gegenüber Behörden und dritten Personen“ und er*sie „führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vereinsvorstand“ (ebd.:o.A.). Der*die Präsident*in wird, wenn er*sie verhindert ist, in allen Angelegenheiten durch eine*n Vizepräsident*in vertreten, und zwar in absteigender Reihenfolge. Normalerweise also durch den*die erste*n Vizepräsident*in, ist diese*r verhindert, dann durch den*die zweite*n Vizepräsident*in etc. (vgl. ebd.:o.A.).

Eine Mitgliedschaft in dem Verein Mitten in Hernals ist mit klaren Rechten und Pflichten der Mitglieder in den Vereinsstatuten geregelt (vgl. ebd.:o.A.). Mitglieder sind zum Beispiel dazu berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtung des Vereins zu beanspruchen (vgl. ebd.:o.A.). In den Vereinsstatuten steht außerdem, dass Mitglieder dazu verpflichtet sind.

„[...] die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten, die Gründungserklärung und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten“ (ebd.:o.A.).

Die Mitglieder sind außerdem „zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet“ (ebd.:o.A.). Dies erschwert bestimmten Personengruppen den Zugang zu einer Mitgliedschaft.

An dieser Stelle wird ein kritischer Blick auf die Herausforderungen und Schwierigkeiten des Vereins Mitten in Hernals - und auch von vielen anderen selbstorganisierten Gruppen und Freiwilligenorganisationen - in Bezug auf Machtverhältnisse und Ressourcenzugänge geworfen. Zudem wird aufgezeigt, was es benötigt um sich ehrenamtlich engagieren zu können (vgl. Kapitel 3.4).

Es ist in diesem Zusammenhang zunächst zu betonen, dass es nur eine kleine Anzahl von Menschen mit Armutserfahrungen im alltäglichen Überlebenskampf schafft, genügend Zeit und Energie aufzutreiben, um sich selbst zu organisieren und zu vernetzen (vgl. Kapitel 3.4). Die Möglichkeit freiwilliger Tätigkeit ist nicht für alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen gegeben, da mit dieser einerseits oftmals hohe Anforderungen verbunden sind, andererseits muss man sie sich auch leisten können (vgl. Armutskonferenz 2011:2).

„Es ist eine Herausforderung an die Freiwilligenorganisationen auch sozial benachteiligte Menschen in die Freiwilligenarbeit miteinzubeziehen und entsprechende Rahmenbedingungen zu gestalten.“ (Armutskonferenz 2011:2)

Diesbezüglich wird nochmals auf Bourdieu verwiesen, der davon ausging, dass je nachdem über welches Kapital Menschen verfügen, sie eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle im Sozialraum einnehmen (vgl. Stoik 2008:2). Er unterscheidet dabei

„[...] zwischen dem ökonomischen Kapital (Geld, Eigentum, etc.), kulturellen (Bildung und Erfahrung), sozialen (Beziehungen, die Zugang zu Ressourcen verschaffen bzw. Netzwerke) und symbolischem Kapital (Prestige, Kleidung, etc.).“ (ebd.:2)

Die Kapitalverteilung gibt folglich Auskunft über die soziale Ungleichheit in einem Sozialraum und über die Möglichkeit diesen Raum zu gestalten. Dabei wird deutlich, dass der Sozialraum - und damit einhergehend auch der physische Raum - nur begrenzt gestaltbar ist. Je nachdem wie das Kapital verteilt ist, verfügen Menschen über mehr oder weniger Handlungsmöglichkeiten oder sind dabei eingeschränkt (vgl. ebd.:2). Bourdieu betont, dass die Möglichkeiten Räume zu konstituieren und sich anzueignen, nicht gerecht verteilt sind. In einer hierarchischen Gesellschaft gibt es demzufolge keinen Raum, der nicht hierarchisiert ist (vgl. Bourdieu 1991:26). Dieser Raum umfasst auch Vereine bzw. institutionalisierte Formen von Engagement wie Mitten in Hernals, bei denen die Möglichkeiten mitzubestimmen bzw. sich ehrenamtlich zu engagieren somit ebenfalls ungleich verteilt sind. Personen mit hohem ökonomischem und kulturellem Kapital wie Erbstatus, Einkommen und Bildungsgrad können mehr mitbestimmen und entscheiden als andere. Diese „Top-Down-Hierarchie“ steht der Struktur von Selbstorganisation - „Bottom-Up“ - jedoch entgegen (vgl. Kapitel 3.4). Dementsprechend können nur Akteur*innen, die über bestimmte Ressourcen verfügen, Räume nachhaltig konstituieren. Ohne den notwendigen Ressourcen können Menschen Räume zwar nutzen, aber sie haben nicht die Möglichkeit diese Räume zu gestalten oder zu erwerben (vgl. Kapitel 3.2).

Selbstorganisierte Gruppen stehen somit oft vor der Herausforderung Menschen für gemeinsame Interessen zu vereinen und dabei Machtverhältnisse und soziale Ungleichheiten mitzudenken (vgl. Kapitel 3.4). Vor dieser Herausforderung steht auch der Verein Mitten in Hernals. In Bezug auf die Frage, wie diese Herausforderung bewältigt werden kann und wie Teilhabe und Mitwirkung möglichst allen offen stehen kann, wird auf das Organisationsmodell der Soziokratie verwiesen. Soziokratie ist mit bestimmten Methoden und Techniken verbunden, welche den Möglichkeitsraum kollektiven Handelns vergrößern (vgl. Spitzer/Moser 2013:196; Kapitel 2.1).

„Gelingende Beziehungen, Wertschätzung, Selbstorganisation, Selbstverantwortung und Ermächtigung sind die Basis des Modells und das Verständnis von Führung ist radikal anders als in herkömmlichen Organisationsmodellen.“ (Spitzer/Moser 2013:196)

Zusammenfassend weist der Verein Mitten in Hernals demokratische und hierarchische Strukturen auf, welche zu einer ungleichen Machtverteilung unter den Mitgliedern und Nutzer*innen führen. Personen, die über hohes ökonomisches und kulturelles Kapital verfügen, können sich leichter ehrenamtlich engagieren und haben somit mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in diesem Verein (und anderen, ähnlichen Vereinen und Initiativen) als Personen mit geringen ökonomischen und kulturellen Kapital. Diese ungleiche Machtverteilung ist somit einer strukturellen Benachteiligung geschuldet. Hier könnte der Einbezug von Expert*innen wie Sozialarbeiter*innen und Gemeinwesenarbeiter*innen für eine gleichere Machtverteilung unter den Mitgliedern und Nutzer*innen sinnvoll sein, indem sich diese verstärkt für die Interessen von marginalisierten Personen einsetzen. Ein Lösungsansatz für das Problem der ungleichen Machtverteilung in diesem Kontext könnte das Organisationsmodell der Soziokratie sein. Bei dessen Umsetzung könnten ebenfalls Expert*innen wie Sozialarbeiter*innen und Gemeinwesenarbeiter*innen behilflich sein. Außerdem würde der vermehrte Einsatz mehrsprachiger Kommunikation zu einer gerechteren Verteilung von Macht beitragen.

Beteiligung und Transparenz, der Schlüssel zu einer gerechteren Machtverteilung

Einer der zentralen Punkte, der bei allen drei Lernbeispielen erwähnt wurde, war der Beteiligungsprozess bei der Errichtung des Hauses oder der Zentren. In Innsbruck wurden die Zentren gebaut und erst danach an die Gemeinwesenarbeiter*innen übergeben. Es gab hier keine Beteiligung von Mitarbeiter*innen oder Nutzer*innen bei der Planung. Beim Haus der Menschenrechte wurden die Mitarbeiter*innen hingegen sehr stark in die Planung und Entscheidungen miteinbezogen. Die Bewohner*innen erhielten dabei jedoch weniger Mitsprachemöglichkeiten. In Mitten in Hernals wurden Nutzer*innen und Mitglieder auch erst zu einem späteren Zeitpunkt in die Gestaltung des Zentrums miteinbezogen. Es wäre wichtig, die Nutzer*innen und Mitarbeiter*innen bereits frühzeitig in die Planung miteinzubeziehen und mitbestimmen zu lassen und nicht erst nachdem die Angebote bereits entwickelt und gestartet wurden.

Transparenz und das Konzept des Empowerments können als Methoden verwendet werden, Macht gerechter zu verteilen (vgl. Kapitel 3.3.1). Sprichwörtlich wird gesagt: „Wer Wissen hat, hat auch Macht“, was wieder auf die Notwendigkeit der Transparenz rückschließen lässt. Einerseits überhaupt das Wissen darüber, das unsichtbare

Machtstrukturen vorhanden sein können und andererseits aber Transparenz über Vorkommnisse in der Organisation oder im Verein selbst. Bei SOS-Menschenrechte gibt es beispielsweise keine klar definierten Nutzungsvereinbarungen für Räume. Sind transparente (mehrsprachige) Nutzungsbedingungen für einen Raum ausgehängt, verändert dies die Zugangsbedingungen. Niemand muss zuvor gefragt werden, womit die Macht der Personen sinkt, die diese Auskunft geben und entscheiden können, wer den Raum nutzt. Potenzielle Willkür wird gesenkt werden und zusätzlich dazu wird der Zugang niederschwelliger. In den österreichischen Ethikstandards steht auch folgendes zur Transparenz: "Im Betreuungsprozess bemühen sich die SozialarbeiterInnen laufend um ein Höchstmaß an Transparenz gegenüber den KlientInnen" (OBDS 2004:1). Dementsprechend sollte dies auch berücksichtigt werden.

Bei Vereinen wie SOS-Menschenrechte und Mitten in Hernals muss auch die Frage nach der Haftung eines Vorstandes in den Machtdiskurs miteinbezogen werden. Der Vorstand haftet mit seinem Privatvermögen „für Schäden aus sorgfaltswidriger Erfüllung ihrer Pflichten“ (vgl. WKO 2019: o.A.). Dies kann zu einer stärkeren Beteiligung des Vorstandes und dadurch zu einer Machtposition führen.

Vereinsregeln sind einerseits zwar notwendig, können aber auch zur Exklusion bestimmter Personen führen. Bei Mitten in Hernals sollte der Mitgliedsbeitrag beispielsweise zeitgerecht überwiesen werden. Das kann unter bestimmten Umständen eine Hürde darstellen. Auch Sprache und das verfügbare kulturelle Kapital kann zur Ausgrenzung führen.

Bei den Stadtteilzentren in Innsbruck wurde deutlich, dass eine längere Förderperiode gewünscht wird. Bei einer kurzfristigen Förderperiode steigt einerseits der Erwartungsdruck von Seiten der Stadt und andererseits der Rechtfertigungsdruck der Stadtteilzentren. Da die Ergebnisse der Gemeinwesenarbeit nur schwer messbar oder sichtbar sind, sollten mehr Ressourcen in Überlegungen fließen, wie diese Leistungen den Fördergeber*innen verdeutlicht werden können.

In allen drei Lernbeispielen führen hierarchische Strukturen zu einer ungleichen Verteilung von Macht. Hier könnte das Organisationsmodell der Soziokratie ein möglicher Lösungsansatz sein. Dazu braucht es jedoch professionelle Begleitung, zeitliche Ressourcen und die bewusste Entscheidung, Macht gerechter verteilen zu wollen. Andererseits kann auch eine professionelle Begleitung durch GWA-Sozialarbeiter*innen zu einer gerechteren Machtverteilung beitragen, indem diese Teilhabemöglichkeiten von sozial benachteiligten Personen gestärkt werden. Letztlich

benötigt eine gerechtere Machtverteilung auch immer bestimmte finanzielle, zeitliche und/oder personelle Ressourcen. Diese werden nachfolgend behandelt.

4.2.6 Gemeinwesenarbeit benötigt Ressourcen

In diesem Kapitel wird dargestellt, über welche Ressourcen die drei Lernbeispiele verfügen und welche es in Zukunft noch zu optimieren gilt. Es werden nachfolgend finanzielle, sozialräumliche, personelle und technologische Ressourcen erläutert. Zudem wird das Verhältnis zwischen Professionist*innen und Ehrenamtlichen näher beleuchtet.

Stadtteilzentren Innsbruck

Das Stadtteilzentrum Innsbruck verfügt im Vergleich zu den anderen beiden Lernbeispielen über besonders viele finanzielle, sozialräumliche, personelle und technologische Ressourcen. Trotzdem gibt es auch hier noch gewisse Aspekte, die optimiert werden sollten.

Finanzielle Ressourcen

Durch die Finanzierung der Gehälter der Gemeinwesenarbeiter*innen und der Bereitstellung der Stadtteilzentren durch öffentliche Mittel sind ausreichend finanzielle Ressourcen vorhanden. Die Berechnung der Gehälter erfolgt auf Grundlage des Kollektivvertrags der Sozialwirtschaft Österreich. Aufgrund einer Finanzierung, welche für einen längeren Zeitraum ausgelegt ist, besteht auch eine gewisse Planungssicherheit. Diese Situation könnte sich jedoch schnell ändern. Es gab seitens der Interviewpartner*innen aber auch Bedenken, dass der wirtschaftlichen Druck auf sozialen Einrichtungen zunehmen könnte:

„Aber das wird hundertprozentig kommen, dass der Druck auf die Einrichtungen immer stärker wird und das schlussendlich weniger Geld da sein wird statt mehr. Und dass natürlich das Interesse der Politik ist, Dinge zu entwickeln, die Ressourcen einsparen. Und in Kooperation Dinge zu machen. Also das, was zum Beispiel die argeSODIT⁵ da überlegt ist ja auch zu sagen, wir könnten einen Anbieter für andere Dienstleistungen auch sein. Weil sie schon merken, dass unsere klassischen Modelle nicht mehr lange funktionieren werden. Also nicht alle, aber sie müssen reduzieren oder erfinden neue Felder. [...] Die Überlegung könnte sein: Wir können ja ohne weiteres sozusagen eine andere, aufsuchende Arbeit oder Projektarbeit mitnehmen oder übernehmen, mit den Menschen, die dort arbeiten. Also das ist sicher etwas, was auf das soziale Feld in Städten und überhaupt zukommen wird.“ (ITV2: 00:46:48)

⁵ argeSODIT: Arbeitsgemeinschaft der sozialen Dienstleistungsanbieter für Menschen mit Behinderungen, Lernschwierigkeiten und psychischen Beeinträchtigungen in Tirol

Ein Interviewpartner sprach von einer möglichen Änderung der Rahmenbedingungen. Er skizziert ein Szenario, bei dem immer „größere“ Sozialbetriebe um immer weniger werdende finanzielle Fördermittel kämpfen. Um dem stetig wachsenden finanziellen Druck entgegenzuwirken, könnten immer größere Organisationen entstehen, die viele Dienstleistungen erbringen. Schlussendlich ist diese Entwicklung mit der „Krise des Sozialstaates“ in Verbindung zu bringen, welche sich bereits Mitte der 1990 Jahre zu Einsparungen im öffentlichen Dienst, Sparmaßnahmen an den Universitäten oder auch Leistungskürzungen in der Pensions- und Arbeitslosenversicherung manifestierte (vgl. Roßmann 1995/WISO 1996 zit. in Stelzer-Orthofer/Bacher 2006).

Sozialräumliche Ressourcen

„Wenn man Gemeinwesenarbeit macht, dann hat man ja auch ein Konzept dahinter, dass man sehr stark mit den Ressourcen arbeitet im Sozialraum, die schon da sind. Das heißt, soziale Einrichtungen, Träger, Angebote werden dann vernetzt und werden natürlich genutzt. Und das ist auch sinnvoll und wichtig.“ (ITV2: 00:45:02)

Laut dem angeführten Zitat beinhaltet das Konzept der Gemeinwesenarbeit die Arbeit mit den vorhandenen Ressourcen im Sozialraum. Aus Kapitel 3.2 kann entnommen werden, dass im modernen Verständnis ein Sozialraum nicht nur „ein sozialgeografisch begrenzter Raum“ ist, sondern auch „ein sozial konstruierter“, also ein von Menschen gestalteter Raum (vgl. 3.2 nach Informationswebsite des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus 2019: o.A.). In diesen Räumen gibt es verschiedene Initiativen, Vereine und Projekten auf deren Ressourcen zugegriffen werden kann. Die Interviewpartner*innen berichteten von einem Stammtisch, der etabliert wurde, um die Ressourcen im Sozialraum zu vernetzen (vgl. ITV2: 00:17:24). Weiter wurde von einer intensiven Arbeit mit Initiativen, Vereine, Projekten und ehrenamtlichen Personen berichtet (vgl. ebd.: 00:52:07). Die Arbeit mit den Ressourcen des „sozialgeographischen Raums“ sowie des „sozial konstruierten Raums“ ist somit konzeptionell angedacht und wird auch angewendet.

Personelle Ressourcen

„Wie gesagt, wir haben 300 Quadratmeter. Wir haben insgesamt im Monat zwischen achtzig und hundert Veranstaltungen mit 800 bis 1000 Besucher*innen. Das Ganze muss verwaltet werden. Das Ganze muss koordiniert und geplant und unterstützt werden. Ähm ja, alles was dazu gehört halt, das muss einfach bearbeitet werden. Es erfordert natürlich jede Menge Öffentlichkeitsarbeit, so viele Veranstaltungen auch nach außen zu kommunizieren. Nein, darum gehen meine 30 Wochenstunden Ressourcen vollkommen im Stadtteilzentrum flöten.“ (ITV1: 00:12:23)

Die personellen Ressourcen werden von allen Interviewpartner*innen als „zu wenig“ beschrieben. Alle Gemeinwesenarbeiter*innen haben mit einer Wochenarbeitszeit von 25 Wochenstunden angefangen, jeweils eine Person pro Stadtteilzentrum. Durch die ständige Kommunikation des personellen Notstandes ist es mittlerweile gelungen, eine Stundenerhöhung auf 30 Wochenstunden zu erreichen. Zudem wurde für ein Stadtteilzentrum eine zweite Stelle mit 25 Wochenstunden erwirkt.

Als Gegenbeispiel wurde die Schweiz genannt. Hier wurde berichtet, dass für dieselben Aufgabenbereiche fünf bis sechs Personen angestellt werden, was in Innsbruck mit 25 Wochenstunden und einer Person erledigt werden soll (vgl. ITV1: 00:41:24). Die Interviewpartner*innen fügten hinzu, dass dies unrealistisch sei. Es sei wichtig, den politischen Entscheidungsträger*innen immer wieder in das Bewusstsein zu rufen, wie gut Gemeinwesenarbeit funktioniert, wie gut sie angenommen wird und welchen Wert sie hat. Zentral wäre außerdem zu zeigen, was noch erreicht werden könnte, wenn die entsprechenden Ressourcen vorhanden wären (vgl. ITV1: 00:43:03). An dieser Stelle ist nochmals auf das vorangegangene Kapitel 4.2.5 zu verweisen, bei dem bereits auf die Bedeutung von Messbarkeit oder Sichtbarmachung der Gemeinwesenarbeit aufmerksam gemacht wurde.

Ein weiterer „Fehler“, der bei der Etablierung der Stadtteilzentren in Innsbruck entstanden ist, betrifft die Verhandlungen der Ressourcen mit der politischen Ebene. Hier wurde von den Interviewpartner*innen beschrieben, dass bei den Verhandlungen mit der politischen Ebenen im Vorhinein zu wenig Stunden für die Gemeinwesenarbeiter*innen eingeplant wurden.

„Es wurde diese Entscheidung vorweggenommen. Die hätte sagen können, wir brauchen zwei Menschen lieber Stadtrat, und nicht zum Stadtrat gehen und sagen fangen wir mal mit 20 Stunden an. Und es hätte gesagt werden müssen, die Verantwortung für die Entscheidung, wie wenig das ist, treffen die da oben. So wurde die Entscheidung bei uns getroffen, dass es so wenig ist.“ (ITV2: 00:49:59)

Aus diesen Interviews kann entnommen werden, dass es wichtig ist, mit einem Bewusstsein über die notwendige Etablierung von Gemeinwesenarbeit in die Verhandlungen mit der politischen Ebene zu treten. Es ist von Vorteil im Vorhinein deutlich zu machen, was mit welcher Stundenzahl zu erreichen ist und was nicht. Wie von den Interviewpartner*innen beschrieben, leidet die aufsuchende Gemeinwesenarbeit am meisten unter einer geringen Stundenzahl (vgl. ITV 2: 00:46:48).

Technologische Ressourcen

Zu diesen Ressourcen kann die Nutzung von digitalen Medien gezählt werden. Darunter fällt die Nutzung von Facebook, Instagram und Newslettern. Diese werden von den Interviewpartner*innen auch sehr intensiv genutzt (vgl. ITV1: 00:32:21).

Abschließend kann festgehalten werden, dass in Innsbruck finanzielle, sozialräumliche, personelle und technologische Ressourcen vorhanden sind, wobei in jeder beschriebenen Art von Ressourcen noch Verbesserungen erzielt werden können. Die finanziellen Ressourcen können lediglich als „Startkapital“ betrachtet werden, auch wenn diese im Vergleich zu den anderen beiden Lernbeispielen immer noch „hoch“ sind.

SOS-Menschenrechte

Die Einteilung dieses Kapitel ist in finanzielle und personelle Ressourcen, sozialräumliche und technologische Ressourcen aufgegliedert. Zusätzlich dazu gibt es auch Bereiche, die keinen der vier Kategorien zugeordnet werden können.

Finanzielle und Personelle Ressourcen

Bei den Interviews mit den Betreuer*innen und der Geschäftsführung des Vereins SOS-Menschenrechte wurde in jedem einzelnen Interview immer wieder die Problematik der Ressourcenknappheit thematisiert. Durchwegs ging es dabei um die finanziellen und personellen Ressourcen. Dahingehend wird auch immer wieder argumentiert, dass es sich beim Haus der Menschenrechte um eine Grundversorgungseinrichtung handelt, die an einen gewissen Auftrag gebunden ist. Die Betreuerin gibt jedoch an, dass es für sie zu ihrer täglichen Arbeit dazu gehört, die Bewohner*innen in bestehende Projekte mit einzubeziehen und ihnen Freiwilligenarbeit zu ermöglichen (vgl. TI2:2). Weiters sagt Palmetshofer:

„Ein wirkliches Konzept gibt es bis dato nicht, weil es natürlich schlichtweg wie immer im Sozialbereich und speziell im Flüchtlingsbereich, der ja chronisch unterfinanziert ist, einfach die finanziellen Mittel nicht gibt, weil derartige Tätigkeiten müssen ja auch irgendwie finanziert werden, es muss irgendwie eine Begleitung stattfinden oder zumindest diese Beförderung dieser Tätigkeit, zumindest ist das die Erfahrung, die wir mit unseren Klient*innen gemacht haben.“ (ebd.:3)

Die Geschäftsführerin Kotopulos gibt an, dass der Verein einerseits über Spenden aus der Zivilbevölkerung, Mitgliedsbeiträge, Projektförderungen und Vereinsförderungen finanziert wird, andererseits erhalten sie auch Gelder von der Grundversorgung vom Land OÖ (vgl. ITV15: 00:40:21). Dabei gibt es jedoch eine Finanzierung über einen Tagsatz und nicht über eine Sockelfinanzierung. Das bedeutet, dass der Verein kein

Geld dafür erhält, wenn ein Platz für einen geflüchteten Menschen im Haus der Menschenrechte nicht belegt ist, auch wenn der Personalstand gleich bleibt.

Sozialräumliche Ressourcen

Vernetzung mit Initiativen, Vereinen, Fachhochschulen uvm. im Sozialraum spielt für den Linzer Verein eine wesentliche Rolle. Es gibt gute Kooperationen und es werden mit NGO's im gleichen Tätigkeitsfeld gemeinsame Statements abgegeben. Eine ausführliche Beschreibung der sozialräumlichen Gegebenheiten ist um Kapitel 4.2.3 auffindbar.

Technologische Ressourcen

Bei SOS-Menschenrechte wird unter anderem auf ein Projektmanagementtool namens Wunderlist gesetzt. In Zeiten der Technologie hat der Verein natürlich auch einen online Auftritt auf Facebook und Instagram sowie eine Webseite. Genauer wird dies in Kapitel 4.2.3 erläutert.

Ressourcen der Bewohner*innen

Die Rahmenbedingungen im Flüchtlingsbereich sind laut den Mitarbeiter*innen des Vereines sehr einengend, was einer Selbstorganisation hinderlich ist und daher als hemmender Faktor bezeichnet werden kann. Die Mitarbeiterin nennt in diesem Zusammenhang auch die gesellschaftliche Stimmung in Zusammenhang mit Afghan*innen. Viele Afghan*innen warten auf den Bescheid, der oft schon in erster Instanz negativ entschieden wurde. Laut Palmetshofer werden die Menschen müde und es fehlt die Motivation sich einzubringen bzw. sich zu engagieren (vgl. TI2:3-4). Es stellt sich die Sinnfrage, wenn es am Ende sowieso eine Abschiebung geben wird. Sie differenziert aber weiter, dass es sicherlich eine individuelle Sache ist und nicht jede*r sich gleich verhält. Sie berichtet auch von dem abfallenden Interesse der Mehrheitsgesellschaft, geflüchtete Menschen aktiv in die Gesellschaft mit einzubinden und auf Vereine wie SOS-Menschenrechte zuzugehen. Von ihrem Kollegen Turk wird auch auf die psychischen Belastungen und Krisen hingewiesen, in denen sich geflüchtete Menschen oft befinden. Diese werden als potentiell hemmende Faktoren für Selbstorganisation definiert (vgl. TI3:7). Im Kapitel 3.2.3 wird darauf eingegangen, dass der Zugang zu Ressourcen von Personen ausschlaggebend dafür ist, ob eine wichtige oder weniger wichtige Rolle im Sozialraum eingenommen wird. Da geflüchtete Menschen meistens nicht über ein hohes ökonomisches Kapital verfügen, ergibt sich daraus bereits ein erschwerter Zugang zu sozialen und physischen Räumen. Eine

gerechte Verteilung, sich Räume aneignen zu können, besteht lt. Bourdieu nicht (vgl. Kapitel 3.2.3 nach Bourdieu 1991:26).

Ressourcen werden weiters auch in Zusammenhang mit partizipativen Entscheidungsprozessen in der Literatur erwähnt. Besonders wenn keine zeitlichen Ressourcen für eine solche Begleitung dem Betreuungspersonal zur Verfügung gestellt wird, gestalten sich partizipative Prozesse schwierig (vgl. Kapitel 3.3.5).

Von Seite der Bewohner*innen wird jedoch von vorhandenen Ressourcen gesprochen. Es wurden sogar von Ideen für Selbstorganisation und bereits vorhandenen Beispielen berichtet. Ein Bewohner erzählte von Deutsch-Lerngruppen und einem Treffen, bei dem gemeinsame Atemübungen gemacht wurden (vgl. PTK4:11). Wobei hier beachtet werden muss, dass es sich bei den Teilnehmer*innen der Fokusgruppendifkussion um durchwegs gut aufgestellte Teilnehmer*innen handelte. Das bedeutet es wird einer Ausbildung nachgegangen oder einem Beruf. Alle gehen einer Beschäftigung nach. Hier kann auf das ökonomische Kapital in der Gesellschaft hingewiesen werden und die damit einhergehenden Partizipationschancen, welche auch mit unter vom Bildungshintergrund und dem sozialen Kapital abhängt (vgl. Kapitel 3.3.6).

Es zeigt sich eine Diskrepanz zwischen den Aussagen der Betreuer*innen und der Bewohner*innen. So sind die Betreuer*innen der Meinung, dass es hier viele hemmenden Faktoren für Selbstorganisation gibt und dass die Rahmenbedingungen nicht unbedingt ein Nährboden für SO sind. Von Seiten der Leitung wird zwischen hemmenden Faktoren auf Organisationsebene und auf individueller, persönlicher Ebene der Bewohner*innen unterschieden. Das bedeutet, einerseits finanzielle, zeitliche Ressourcen und andererseits Traumatisierungen, das Asylverfahren sowie andere Prioritäten wie Deutschlernen und die finanzielle Abhängigkeit der Bewohner*innen (vgl. TI4:6).

Im Kapitel 4.1.1 (ebd. nach Fehren 2007:576) wird dargelegt, dass GWA eine „Zusammenführung von Bedarf, Ideen, Ressourcen und Menschen“ ist. Da es bei SOS-Menschenrechte stark an Ressourcen mangelt, ist auch kein Nährboden für Gemeinwesenarbeit gegeben. Nur mit den nötigen Mitteln kann hier eine erfolgreiche GWA gewährleistet werden.

Mitten in Hernals

Mitten in Hernals verfügt über finanzielle, personelle, sozialräumliche und technologische Ressourcen. Jede dieser Ressourcenarten kann in Zukunft noch weiter optimiert werden.

Finanzielle Ressourcen

Derzeit setzen sich die finanziellen Ressourcen des Vereins überwiegend aus folgenden materiellen Mitteln zusammen:

1. „Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge
2. Öffentliche Förderungen
3. Erträge aus den in § 3 Abs. 2 genannten ideellen Mitteln
4. Das Halten und Verwalten von Beteiligungen sowie Erträge vereinseigener Unternehmungen oder aus Unternehmensbeteiligungen, die der Verein eingeht
5. Spenden, Sammlungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen
6. Aufnahmen von Darlehen außerhalb des Vereins
7. Aufnahmen von Darlehen bei Vereinsmitgliedern“

(Mitten in Hernals:o.A.).

Der Verein erhält bislang keine langfristige, öffentliche Förderung (vgl. TI5:11). Zwar ist Mitten in Hernals dadurch auf der einen Seite unabhängiger von öffentlichen Förderungen, auf der anderen Seite jedoch abhängiger von Spenden und ehrenamtlichem Engagement. Eine langfristige, öffentliche Förderung könnte Ehrenamtliche entlasten, eine professionelle Begleitung und Planungssicherheit ermöglichen.

Die Abhängigkeit von Spenden und ehrenamtlichen Engagement bedeutet für den Verein letztlich auch, darauf achten zu müssen, sich selbst erhalten zu können (vgl. TI5:11). In weiterer Folge müssen Mitgliedsbeiträge eingefordert werden, was eine ungleiche Machtverteilung zur Folge hat und Menschen den Zugang zu dem Verein erschwert. Derzeit beträgt der Mitgliedsbeitrag für ordentliche Mitglieder pro Jahr 48 Euro und die ermäßigte Mitgliedschaft für Lehrlinge, Schüler*innen, Studierende, Senior*innen mit Mindestsicherungsaufstockung sowie Bezieher*innen der Mindestsicherung 24 Euro (vgl. Mitten in Hernals:o.A.).

Personelle Ressourcen

Bislang verfügt Mitten in Hernals nur über Ehrenamtliche als personelle Ressourcen.

„Ehrenamtliche Tätigkeit erfordert soziale Kompetenz [...]. Freiwilligenarbeit bedeutet daher oftmals, aus privilegierter Situation etwas für die Gesellschaft zu tun, während insbesondere Menschen in prekären Lebenssituationen nicht im gleichen Maße die Möglichkeit haben ehrenamtlich tätig zu werden.“ (Armutskonferenz 2011:2)

Ehrenamtliche Tätigkeit benötigt wiederum von den Personen, die diese leisten, bestimmte Ressourcen. Folglich ist eine professionelle Begleitung der Ehrenamtlichen erforderlich, um auch Menschen in prekären Lebenssituationen, sowie deren Interessen in die Vereinstätigkeit inkludieren zu können.

Um Personen, die diese professionelle Begleitung übernehmen könnten - z.B. Gemeinwesenarbeiter*innen oder Sozialarbeiter*innen - anstellen zu können, benötigt es jedoch auch mehr finanzielle Ressourcen, insbesondere in Form von langfristigen, öffentlichen Förderungen. Diese Art von personellen Ressourcen würde auf Seiten der Ehrenamtlichen zu mehr zeitlichen Ressourcen führen und andererseits auch zu einer gerechteren Machtverteilung in dem Verein.

Sozialräumliche Ressourcen

Zwar nutzt der Verein bereits sozialräumliche Ressourcen, allerdings gilt es die Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen und Einzelpersonen in der Zukunft noch auszuweiten, insbesondere mit ähnlichen Vereinen und Initiativen.

Technologische Ressourcen

Der Verein Mitten in Hernals benötigt außerdem auch Mitglieder mit technischem Know-How, die sich um die Gestaltung und Betreuung der Website, sowie der sozialen Medien kümmern. Insbesondere letzteres gilt es in der Zukunft noch zu optimieren.

Mitten in Hernals verfügt zusammenfassend zwar über finanzielle Mittel, jedoch benötigt es in Zukunft zwecks Planungssicherheit, der Entlastung der Ehrenamtlichen und einer professionellen Begleitung insbesondere eine langfristige und öffentliche Förderung. Vor allem die personellen Ressourcen des Vereines gilt es in Zukunft noch weiter auszubauen. Hier sollte der Fokus auf eine Unterstützung der Ehrenamtlichen durch Expert*innen wie GWA-Sozialarbeiter*innen gelegt werden. In Bezug auf sozialräumliche Ressourcen sollte die Vernetzung mit ähnlichen Vereinen und Initiativen optimiert werden. Zudem wäre auch die verstärkte Nutzung von Sozialen Medien wünschenswert, die wiederum entsprechende personelle Ressourcen voraussetzt.

Ein Mix aus Ressourcen

Grundsätzlich verfügen die Lernbeispiele über verschiedene Arten von Ressourcen. Dabei stellte sich heraus, dass sich Ressourcen nicht nur auf monetäre Leistungen beziehen. Es geht vor allem auch um die personelle Ausstattung, welche sich als Erfolgsgarant zeigte. Neben den technologischen sind auch sozialräumliche und finanzielle Ressourcen relevant.

Ein Mix an Finanzierungen und langfristige Förderungen als Erfolgsrezept für die Gemeinwesenarbeit

Während die Stadtteilzentren in Innsbruck über öffentliche Förderungen finanziert werden, wird Mitten in Hernals primär über Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert. In Linz kommt ein Mix aus Spenden aus der Zivilbevölkerung, Mitgliedsbeiträge, Projektförderungen, Vereinsförderungen, sowie Gelder von der Grundversorgung vom Land OÖ.

Eine Finanzierung, welche sich aus öffentlichen Geldern bezieht, wie dies in Innsbruck der Fall ist, bietet gute Möglichkeiten für die Gemeinwesenarbeit. Das Personal scheint angemessen bezahlt und Räumlichkeiten sind ausreichend vorhanden. In den Interviews wurde von keinen finanziellen Engpässen oder schlechter Bezahlung gesprochen. Jedoch scheint die Kehrseite auch eine Abhängigkeit von einem entsprechenden politischen Willen zu sein. Wenn sich dieser für die Gemeinwesenarbeit ändern sollte, könnten Förderungen schnell gestrichen werden. Zudem stellt sich die Frage der Parteilichkeit, welche in Kapitel 4.1.2 besprochen wurde. Durch die Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln kann es zu Interessenkonflikten kommen. Es stellt sich auch die Frage, für wen die Gemeinwesenarbeit arbeiten sollte und wie finanzielle Unabhängigkeit ermöglicht werden könnte.

Als Gegenbeispiel zu Innsbruck kann der Verein Mitten in Hernals gesehen werden. Dieser erhält bislang keine langfristigen, öffentlichen Förderungen (vgl. TI5:11). Jedoch wird auch hier von einer finanziellen Abhängigkeit von Spender*innen berichtet. Als Mittelweg könnte die Finanzierung von Linz beispielhaft sein. Hier werden Gelder von unterschiedlichen Quellen bezogen. Jedoch kommt es auch hier zu finanziellen Engpässen. Es erscheint, durch die errungenen Erkenntnisse von großer Bedeutung, die finanzielle Situation unabhängiger zu gestalten, um sich in der Arbeit dem Gemeinwesen besser widmen zu können. Bei allen Arten der Finanzierung zeigten sich Vor- und Nachteile, wobei ein Mix aus verschiedenen Fördergeber*innen und auch längerfristige Förderungen zwecks Planungssicherheit am wichtigsten zu sein scheinen.

Mitten in Hernals verfügt nur über Ehrenamtliche als personelle Ressourcen. Bei SOS-Menschenrechte und Innsbruck stehen sowohl Ehrenamtliche als auch Sozialarbeiter*innen mit Erfahrung in der Gemeinwesenarbeit als personelle Ressource zur Verfügung. Eine Balance aus Ehrenamtlichen und hauptamtlichen Expert*innen erscheint hier besonders zielführend zu sein. Deswegen sollte in der Gemeinwesenarbeit verstärkt über Möglichkeiten nachgedacht werden, professionelle Soziale Arbeit mit dem Ehrenamt zu verknüpfen.

Alle drei Lernbeispiele nutzen die vorhandenen sozialräumlichen Ressourcen. Darunter zählen neben Bürger*innen auch Vereine und Initiativen.

Abschließend kann zusammengefasst werden, dass Kapital als Ressource zwar von großer Bedeutung in den Lernbeispielen ist, jedoch nicht als alleiniger Erfolgsgarant gesehen werden kann. Vielmehr ist es ein Mix aus verschiedenen Ressourcen, welche zu einer positiven Entwicklung beitragen können. Dabei ist jedoch zu beachten, dass ohne die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen es schwer möglich ist, neue Konzepte zu etablieren.

4.2.7 Rolle von Sozialer Arbeit und Ehrenamtlichen

Nachfolgend wird erläutert, welche Rolle jeweils Sozialarbeiter*innen und Ehrenamtliche in den drei ausgewählten Lernbeispielen haben bzw. haben könnten. Es wird beleuchtet, welche Aufgaben und Kompetenzen der Profession Soziale Arbeit zukommt und wo das Ehrenamt allein nicht mehr ausreichend ist.

Stadtteilzentren Innsbruck

Die Stadtteilzentren in Innsbruck werden von ausgebildeten Sozialarbeiter*innen geleitet. Das Ehrenamt wird von diesen als wichtige Ressource angesehen, die jedoch professionelle Unterstützung benötigt. „Wir würden wirklich schlecht dastehen ohne das ganze Ehrenamt“ wird dazu angemerkt (vgl. ITV2: 00:52:47). Es wurden verschiedenen Formen des Unterstützungsbedarfs des Ehrenamtes skizziert, diese sollen nun aufgezeigt werden.

Entlastung der Ehrenamtlichen

Interviewpartnerin 2 bemerkt, dass sich das Ehrenamt selbst organisieren und engagieren kann. Sie berichtet aus Erfahrungen ihrer Arbeit, dass das Ehrenamt aber

auch Ansprechpersonen braucht, vor allem wenn es um langfristige Dimensionen geht, die meist von einzelnen Personen getragen werden (vgl. ITV2: 01:27:52).

„Wenn diese einzelnen Akteur*innen dann wegbrechen, dass dann das Ganze zusammenfällt, dass dann Projekte sich auflösen, dass dann Initiativen einschlafen. Und das ist meiner Meinung nach die große Chance, die man dann hat, wenn es einfach eine professionelle Unterstützung gibt, dass die dann diese Löcher, diese Ausfälle besser kompensieren können. Dass sie eine Zeit lang dieses Engagement sozusagen überbrücken können, bis es dann wieder weitergehen kann. Deshalb Ähm, ja, also ganz ohne geht es, fürchte ich, nicht.“ (ITV2: 01:29:04)

Anhand dieser Ausführung lässt sich eine mögliche Aufgabe der Sozialen Arbeit für die Entlastung des Ehrenamtes ableiten. Eine sogenannte Pufferfunktion könnte dabei Initiativen, Vereine oder Bewegungen davor schützen, nicht einzuschlafen. Dabei ist es wichtig eine Kontinuität zu ermöglichen. Wie auch im Lernbeispiel aus Linz, verfügt die Soziale Arbeit über eine Vielzahl an partizipativen Methoden, die sie in der Unterstützungsfunktion für das Ehrenamt anwenden könnte.

Eine weitere Funktion könnte die Soziale Arbeit einnehmen, indem sie sich auf die Einbindung von Personengruppen mit weniger Ressourcen in das Ehrenamt fokussiert. Dabei wurde weiter angemerkt, dass es eine große Herausforderung ist, Menschen zu inkludieren die kein Mitspracherecht haben und nicht die entsprechenden Ressourcen für Beteiligungsprozesse aufweisen. Als Beispiel wurde eine alleinerziehende Mutter mit zwei Jobs genannt (vgl. ITV2: 01:31:13). Weitere marginalisierte Personen sind jene, welche aufgrund von Gender, Ethnie, Lebensphase (Kindheit, Jugend, Alter), Krankheit oder der sexuellen Orientierung ausgeschlossen werden (vgl. Anhorn et al. 2008:10).

Fachwissen und Expertise

Die Interviewpartner*innen waren sich über das Potenzial des Ehrenamts hinsichtlich des potenziellen Fachwissens und der Expertise einig. Dazu wurde das Konzept des Bürger*innen-Beirates eingebracht. Das Konzept ist bereits in Planung und sieht einen Beirat für das Stadtteilzentrum vor. Dies könnte dazu beitragen, dass die Bürger*innen sich mehr an der Gestaltung der Stadtteilzentren beteiligen können. Momentan werden laut Aussage der Interviewpartner*innen viele Entscheidungen von ihr getroffen, davon möchte sie jedoch Abstand nehmen. Dies könnte zu mehr Partizipation und Beteiligung der Bürger*innen führen. Ein besserer Austausch zwischen Sozialarbeiter*innen und den beteiligten Interessengruppen steht dabei im Fokus. Andererseits könnte durch einen Beirat auch eine Entlastung der Gemeinwesenarbeiter*innen stattfinden (vgl. ITV1: 00:30:53). Als Beispiel ist das Vorarlberger Modell der Bürger*innenrats zu

erwähnen. Bei diesem werden Bürger*innen durch ein Zufallsprinzip ausgewählt und aufgefordert sich an der Entwicklung von Verbesserung und Lösungsvorschlägen zu beteiligen. Die Bürger*innen sollen dabei ins Gespräch kommen und auf Basis ihrer Erfahrungen in Kontakt treten. Die Ergebnisse werden in einem offiziellen Ergebnis fixiert und öffentlich präsentiert. Danach wird der Bürger*innenrat wieder aufgelöst (vgl. partizipation.net:o.A.). Möglich wäre dabei aber auch ein Rat, welcher alle zwei Jahre neu gewählt wird und somit einen langfristigen Einfluss auf die Gestaltung des Gemeindezentrums hat. Dadurch wäre es möglich, einen besseren und direkteren Austausch zwischen Bürger*innen und den Gemeinwesenarbeiter*innen zu gewährleisten. Weiter fiel auch noch der Begriff des neuen Ehrenamts:

„Für mich ist das neue Ehrenamt dann das, wenn zum Beispiel, wir haben eine Nachbarin, die einen Kinderbasteltreff anbietet und er ist kostenlos für alle. Und das organisiert sie. Und das ist dann für mich diese neue Form von Ehrenamt, weil es einfach ihr Herzensprojekt ist. Und ich sie eigentlich nur darin unterstütze, das umzusetzen. Und genau und dadurch, dass sie keine Geldeinnahmen hat, würde ich es schon in den Ehrenamtsbereich rechnen.“ (ITV1: 00:12:32)

Die grundlegende Unterscheidung zwischen Ehrenamt und neuen Ehrenamt liegt in der Intensität der Beteiligung. Dabei kann zwischen der Umsetzung von eigenen Ideen und der Beteiligung an bereits bestehenden Projekten unterschieden werden. Für die Gemeinwesenarbeiter*innen ändert sich dabei die Art des Unterstützungsbedarf.

Abschließend kann gesagt werden, dass sich das Ehrenamt und die Soziale Arbeit gegenseitig sehr unterstützen können. Die Soziale Arbeit in der Gemeinwesenarbeit leidet, wie anfangs erwähnt, unter großen zeitlichen und personellen Engpässen. Das Ehrenamt könnte dabei Entlastung bieten. Die Soziale Arbeit wiederum bietet einen Zugang zu den nötigen Unterstützungsleistungen und ist dabei in der Lage, das Gemeinwesen im Blick zu behalten.

SOS-Menschenrechte

Brücken bauen als Mandat der Sozialen Arbeit

Nachstehend ein Zitat, was für die Geschäftsführerin von SOS-Menschenrechte Soziale Arbeit bedeutet:

„Naja Thema Menschenrechtler und Flüchtlingsarbeit wird mit der Regierung zunehmend schwieriger, da aufzustehen, die Missstände ned einfach anzunehmen und zu akzeptieren, sondern als Sozialarbeiterin, als Sozialarbeiter ahm sich wirklich auch dafür verantwortlich zu fühlen was zu sogn, auch was dagegen zu sogn. [...] Also ich finde, dass wir [Sozialarbeiter*innen] da eine besondere Verantwortung haben, auch Menschen in unserem Umfeld darüber zu erzählen, weil ganz viele bekommen das überhaupt nicht mit wie es anderen Menschen geht [...]. Man kann an anderen nicht vorwerfen, wenn der in an

ganz an anderen Bereich ist, in der Wirtschaft irgendwo, ja, aber man kann darüber reden und die Leid zuwahlen und Brücken bauen und das, finde ich, ist auf jeden Fall unsere Aufgabe weiterhin nicht müde zu werden, ned zu stagnieren und zu sagen, es ist eben so wie es is. Ahm, langes Durchhaltevermögen und einen langen Atem zu haben was Menschenrechtsarbeit betrifft. [...] Die Realität zeigt, dass es extrem wichtig ist und da finde ich die Soziale Arbeit insgesamt als Fachexpertise, die ganz viel Know How fachlich auch hat, das ist nicht nur ‚Ja ich helfe dir weil i so liab bin‘, sondern wir haben da echt a das Wissen und Kompetenzen, das wir schon zeigen und einsetzen können. Da kann man schon ruhig selbstbewusst sein finde ich in dem Bereich.“ (ITV15: 00:32:29)

Wie im Zitat erkennbar, dass das Mandat der Sozialen Arbeit klar ist. Es geht darum, sich für Andere einzusetzen und Brücken zu bauen. Menschen, die mit dem Thema Flucht weniger zu tun haben, darauf hinzuweisen und die Realität der Lebensumstände von geflüchteten Menschen der Mehrheitsgesellschaft aufzuzeigen. Hier herrschen oft falsche Vorstellungen über die Gegebenheiten. Soziale Arbeit wird demnach als Menschenrechtsprofession mit politischem Mandat wahrgenommen, welche Vermittlungs- und Übersetzungsarbeit leistet.

Sozialarbeiter*innen bei SOS-Menschenrechte kommen in verschiedenen Tätigkeitsbereichen vor. Egal ob nun in der Projektkoordination, Geschäftsführung oder direkten Betreuung der Bewohner*innen im Haus der Menschenrechte. Generell gibt es im Verein wenig Quereinsteiger*innen und viel Fachpersonal (vgl. ITV15: 00:06:43)

Freiwilligenarbeit als Grundpfeiler des Vereins

Als Schwerpunkte der Arbeit wurde unter anderem Freiwilligenarbeit – Freiwillige wirklich partizipativ hereinholen von der Leiterin genannt (vgl. ITV15: 00:25:51).

Die Verbundenheit zum Ehrenamt spiegelt sich auch in den angebotenen Projekten wider. Auf der Webseite (SOS Amigo o.A., SOS Amigo@work o.A.) lassen sich zwei Freiwilligenprojekte des Vereins finden. Es werden Begleitpersonen im Privatbereich (Projekt Amigo) aber auch im beruflichen Kontext (Projekt amigo@work) mit Asylwerbenden, Asylberechtigten und Migrant*innen in Verbindung gesetzt. Dadurch soll eine Integration in die österreichische Gesellschaft für geflüchtete Menschen erleichtert werden. Bei beiden Projekten vermitteln und unterstützen die Sozialarbeiter*innen von SOS-Menschenrechte die Freiwilligen, sowie die Asylwerbenden, Asylberechtigten und Migrant*innen. Sie fungieren als Betreuungs- und Ansprechstelle für die Freiwilligen und organisieren Vernetzungstreffen mit anderen Freiwilligen. Sie bieten zudem kostenlose Schulungen und Informationsabende an. Trotz der Kosten, die durch Koordination und Rekrutieren von Freiwilligen anfallen, wird dies bei SOS-Menschenrechte investiert und es werden immer wieder neue Freiwilligenprojekte konzipiert und gestartet (vgl. Kapitel 4.1). 2019 wurde beispielsweise

das Afghanistanprojekt „Orientierungspeers“ gestartet (vgl. Kapitel 4.2.3). Der Mehrwert für den Verein und die Bewohner*innen muss demnach gegeben sein. Wie auch in Kapitel 4.1.3 erläutert, ist Freiwilligenarbeit eine vorantreibende und unterstützende Kraft für GWA bzw. in diesem Fall für den Verein mit GWA-Ansätzen. Für Kotopoulos geht es dabei um „soziale Beziehungen, Kooperationsstrukturen, gesellschaftliche Einmischung und Sichtbarkeit“ (TI4:5).

In den geführten Interviews konnten keine Anzeichen dafür gefunden werden, dass Freiwillige aus finanziellen Gründen als Ersatz für Betreuer*innen eingesetzt werden. Es wird jedoch auf die Vorteile einer guten Integration der Bewohner*innen hingewiesen.

„AMIGO wurde gegründet, um Flüchtlinge und Zugewanderte bei der Integration in die österreichische Gesellschaft zu begleiten und ÖsterreicherInnen die Möglichkeit zu bieten, Fremde in Österreich als „Buddies“ ehrenamtlich zu unterstützen.“ (SOS Amigo o.A.)

Durch die oben erwähnten Freiwilligenprojekte wird nicht der Anschein erweckt, dass Freiwillige die Aufgaben übernehmen, die von den Professionellen aus Kostengründen nur unzureichend wahrgenommen werden (vgl. Kapitel 4.3). „MitarbeiterInnen und zwei Zivildienstler arbeiten bei uns Hand in Hand mit vielen Freiwilligen“ (SOS Jahresbericht 2018:6).

Das Ehrenamt spielt auch im strukturellen Aufbau von SOS-Menschenrechte eine wesentliche Rolle. Es gibt einen zwölf-köpfigen, ehrenamtlichen Vorstand, der die Mitarbeiter*innen begleitet (vgl. SOS Jahresbericht 2018:7). Zusätzlich dazu gibt es jährlich ca. 100 Freiwillige, die mithelfen und es wird immer wieder nach Menschen gesucht, die ihre Freizeit in den Verein investieren. Egal ob als Buddy oder bei der Mithilfe von Festen (vgl. ITV15: 00:05:40). Laut Palmetshofer (TI2:4) hat sich seit 2015 die Situation mit der freiwilligen Mithilfe verändert. Davor gingen Menschen der Mehrheitsgesellschaft aktiv auf den Verein zu, dies hat sich nun verändert. Die Anzahl der Freiwilligen, die sich engagieren, ist zurückgegangen.

Auch für die Bewohner*innen selbst spielt ehrenamtliches Engagement eine wesentliche Rolle. Palmetshofer berichtet, dass auch unter ihnen Menschen sind, die sich in Senior*innenzentren über längere Zeit hinweg engagieren und somit in die Nachbarschaft eingebunden sind (vgl. TI2:2).

„Viele Flüchtlinge leisten selbst durch ihr freiwilliges Engagement einen Mehrwert für unsere Gesellschaft in Österreich. Ein Großteil der HeimbewohnerInnen überbrückt die meist lange Warteschleife während des Asylverfahrens mit Freiwilligenarbeit in Kindergärten, in Horten im Altersheim oder auch als FreizeitbetreuerInnen bei Jugendcamps.“ (SOS Jahresbericht 2018:16)

Auch ehemalige Bewohner*innen engagieren sich laut dem Betreuer ehrenamtlich, um Freizeitaktivitäten zu planen (vgl. TI3:5). Hier soll außerdem Beachtung finden, dass es ein kulturell eindimensionales Verständnis von Engagement gibt. Es gibt individuelle Formen von Engagement von beteiligten Gruppen, so eben auch von geflüchteten Menschen (vgl. Kapitel 3.3.5). Als Voraussetzung sich im Verein freiwillig engagieren zu können nennt Kotopulos, dass die Menschen dasselbe Weltbild bzw. Wertebild haben, „nämlich, dass jeder Mensch gleich viel wert ist“ (ITV15: 00:41:52.).

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Verein SOS-Menschenrechte durch eine erfolgreiche Bindung der Freiwilligen und durch Öffentlichkeitsarbeit Bekanntheit erlangt hat. Durch viele Veranstaltungen im öffentlichen Raum erhöht sich die Sichtbarkeit des Vereines und führt daher zum Erfolg und einer erfolgreichen Einbettung in den Sozialraum. Ein weiteres Erfolgsrezept dürfte sein, viele verschiedene Möglichkeiten für freiwilliges Engagement zu bieten.

„Bei der Instandhaltung des Flüchtlingswohnheims in der Rudolfstraße, bei der Durchführung von Vorträgen und Veranstaltungen, beim Sammeln und Sortieren von Sach- und Geldspenden - in vielen Bereichen freuen wir uns über ihre ehrenamtlichen Mithilfe. Wir sind auch dankbar für Ihr fachliches KnowHow, sei es in der psychologischen Beratung von AsylwerberInnen oder als Vortragender in unseren Fortbildungsveranstaltungen.“ (SOS-Menschenrechte o.A.)

Das Ehrenamt hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die digitalen Medien werden herangezogen und es kann zeit- und ortsunabhängig engagiert werden und in dem Ausmaß wie es angenehm ist. „Die Beweggründe für freiwilliges Engagement werden immer spezifischer und individueller, was bedeutet, dass die traditionellen Kanäle, Freiwillige zu erreichen und zu mobilisieren, zunehmend an Wirksamkeit verlieren“ (BMSGPK 2019:102-103). Ein Schlüssel für erfolgreiche Freiwilligenarbeit ist es geringe Verbindlichkeiten anzubieten und kurzfristige Möglichkeiten für Engagement zu bieten (ebd.:103).

Mitten in Hernals

Der Verein Mitten in Hernals wurde und wird von Ehrenamtlichen betrieben. Bis 2019 gab es keinerlei Berührungspunkte mit Sozialarbeiter*innen. Erst im Zuge der vorliegenden Masterarbeit gab es einen ersten Kontakt mit diesen.

In dem vorherigen Kapitel wurde bereits aufgezeigt, dass einer professionellen Begleitung von Ehrenamtlichen im Allgemeinen, aber auch in diesem speziellen Kontext, eine sehr wichtige Rolle zukommt. Nachfolgend wird daher beschrieben, welche Rolle

Sozialarbeiter*innen in diesem Verein in Zukunft einnehmen könnten, welche Aufgaben sie übernehmen könnten und welche Ressourcen es hierfür benötigen würde.

Zunächst ist anzuführen, dass Sozialarbeiter*innen Ehrenamtliche entlasten könnten. Zudem könnten sie Fachwissen und Expertise einbringen. Auch das Vorstandsmitglied Bodo Winkler gibt in einem Interview für die vorliegende Arbeit an, dass er eine mögliche Aufgabe von Sozialarbeiter*innen in dem Verein Mitten in Hernals darin sieht, ihr Fachwissen und ihre Expertise einzubringen (vgl. TI5:4). Es benötigt Professionelle,

„[...] die sich mit Selbstorganisationsprozessen, Empowerment, Chancen und Tücken des sozialen Kapitals, Gesprächsführung, Konfliktlösung, zivilgesellschaftlichen Prozessen, Netzwerkarbeit, antidemokratischen Prozessen, etc. auskennen [...]“ (vgl. Riede 2019:84).

Sozialarbeiter*innen könnten auch Fachwissen und Expertise in Bezug auf partizipative und GWA-Methoden einbringen. Bodo Winkler sieht weitere Aufgaben von Sozialarbeiter*innen darin, Lobbying für marginalisierte Personengruppen zu betreiben, Personen zu aktivieren, sowie einen niederschweligen Zugang zu fördern (vgl. TI5:8).

Soziale Arbeit als Profession basiert auf den Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit – aufgrund der ethischen Grundlage der Sozialen Arbeit bedeutet das, dass sie sozial und ökonomisch benachteiligte Menschen besonders einzubeziehen hat (vgl. Kapitel 4.1 und 4.3). Da es in Freiwilligenorganisationen eine besondere Herausforderung darstellt, auch Menschen in prekären Lebenssituationen einzubeziehen und entsprechende Rahmenbedingungen zu gestalten, könnten Sozialarbeiter*innen hierbei eine wichtige Unterstützung sein (vgl. Armutskonferenz 2011:1). Sozialarbeiter*innen könnten dabei helfen, Zugangsbarrieren zu reduzieren und jene Zielgruppen zu aktivieren, die der Verein Mitten in Hernals bislang noch nicht erreicht hat. Diese Auffassung teilt auch das Vorstandsmitglied Bodo Winkler (vgl. TI5:4).

Vereinsmitglieder geben in einem für die vorliegende Arbeit durchgeführten Wisdom Council an, dass sie die Sorge haben, dass die Menschen in dem Sozialraum Hernals schlecht vernetzt wären (vgl. PTK3:2). Hierbei könnten Sozialarbeiter*innen die Ehrenamtlichen unterstützen. Die Vermittlungsarbeit von Sozialarbeiter*innen könnte auf mehreren Ebenen stattfinden. Einerseits zwischen Bürger*innen, andererseits auch zwischen den Interessen der Bürger*innen und jenen der Entscheidungsträger*innen, der Politik und der Verwaltung bzw. zwischen der Lebenswelt der Menschen und dem System (vgl. Kapitel 4.1).

Sozialarbeiter*innen könnten Ehrenamtliche in dem Verein Mitten in Hernals somit auf verschiedene Weise unterstützen und entlasten. Sie könnten insbesondere ihr Fachwissen und ihre Expertise in Bezug auf Selbstorganisationsprozesse, Empowerment, Gesprächsführung, Konfliktlösung, zivilgesellschaftliche Prozesse, Netzwerkarbeit, demokratische Prozesse, Ungleichheitsanalysen, intersektionale Machtanalyse, GWA und partizipative Methoden einbringen. Zudem könnten sie Lobbying für marginalisierte Personengruppen betreiben, zur Aktivierung beitragen und die Niederschwelligkeit des Vereins fördern.

Es lässt sich zusammenfassen, dass Sozialarbeiter*innen in Mitten in Hernals folgende Aufgaben übernehmen könnten:

- Das Einbringen von Fachwissen und Expertise
- Die Entlastung der Ehrenamtlichen
- Die Anwendung partizipativer und GWA-Methoden
- Lobbying für sozial benachteiligte Personengruppen
- Aktivierung
- Förderung eines niederschweligen Zugangs
- Mitgestaltung der Rahmenbedingungen
- Vermittlung, Kooperation und Vernetzung

Kritisch angemerkt wird zuletzt noch, dass Freiwilligenarbeit professionelle Begleitung benötigt und professionelle Arbeit nicht ersetzen kann und soll (vgl. Armutskonferenz 2011:1). Dementsprechend werden „ausreichende finanzielle, zeitliche und fachliche Ressourcen“ benötigt (ebd.:1). Es ist Aufgabe der Politik diese Rahmenbedingungen zu schaffen (vgl. ebd.:1).

Ehrenamt versus Soziale Arbeit

Das Ehrenamt hat das Potential als Einsparmaßnahme für die Sozialen Arbeit angesehen zu werden. Dadurch entsteht teilweise eine Konkurrenz zwischen Ehrenamtlichen und Sozialarbeiter*innen. Hilfreicher wäre es jedoch, das Ehrenamt als eine Ressource der Sozialen Arbeit zu betrachten und umgekehrt. Diese Ansicht wird durch die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung noch gestützt. In Innsbruck und Linz arbeiten sowohl Ehrenamtliche als auch Sozialarbeiter*innen, in Hernals arbeiten hingegen ausschließlich Ehrenamtliche. Mitten in Hernals ist folglich eine selbstorganisierte Bürger*innenbewegung.

Am Beispiel von Mitten in Hernals zeigte sich einerseits, was Ehrenamtliche in der GWA alles leisten können. Es zeigte sich aber auch, dass ehrenamtliche Gemeinwesenarbeit auch ihre Grenzen hat und es hier eine professionelle Unterstützung von Sozialarbeiter*innen benötigt, um erfolgreich zielgruppenübergreifend arbeiten zu können. Freiwilligenarbeit kann und soll professionelle Soziale Arbeit nicht ersetzen.

Sozialarbeiter*innen könnten in diesem Kontext einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der über partikuläre Interessen von einzelnen Zielgruppen hinausgeht. Ein Risikofaktor bei Ehrenamtlichkeit ist die hohe Fluktuation. Menschen beenden ihr Engagement irgendwann und Projekte enden dann, weil die treibende Kraft nicht mehr vorhanden ist. Gemeinwesenarbeit ist eine professionelle Methode, an der sich auch professionell ausgebildeten Personen beteiligen sollten, die ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Bürger*innen haben (vgl. Kapitel 4.1.3).

Das Haus der Menschenrechte berichtet aber über positive Erfahrungen mit den Freiwilligenprojekten. Es werden verschiedene Veranstaltungen und Projekte für unterschiedliche Zielgruppen angeboten, welche sozialarbeiterisch begleitet werden. Wie im Freiwilligenbericht 2019 herauskam, braucht es verschiedene Arten von Engagement, um Freiwillige zu binden (vgl. BMSGPK 2019:102-103). Geringe Verbindlichkeit und kurze Einsatzmöglichkeiten spielen eine wesentliche Rolle. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass durch eine flexible Einbindung der Ehrenamtlichen, vermehrt Möglichkeiten für unterschiedliche Typen gefunden werden können.

Als Handlungsempfehlung für die Soziale Arbeit, kann die potenzielle Schnittstellenfunktion der Sozialen Arbeit zu den Ehrenamtlichen hervorgehoben werden. Sie übernimmt die Vernetzung, um zielgruppenübergreifend agieren zu können.

Soziale Arbeit als Übersetzung- und Begleitungsarbeit

Sozialarbeiter*innen nehmen in den Lernbeispielen eine Vermittlungsrolle ein. Zudem bringen sie Fachwissen und Expertise ein, betreiben Förderung von Teilhabe für sozial benachteiligte Bürger*innen, sorgen dabei für eine gleichere Machtverteilung, bauen Zugangsbarrieren ab und tragen zur lokalen Vernetzung bei.

Was Sozialarbeiter*innen und Ehrenamtliche in den Lernbeispielen vereint, ist einerseits ein Wertekodex der von Gleichbehandlung, Solidarität, Respekt und Toleranz geprägt

ist, andererseits auch gesellschaftspolitische Anliegen wie sozialer Zusammenhalt und ein friedliches, demokratisches Zusammenleben.

Ehrenamtliche und Sozialarbeiter*innen verbindet auch, dass die Qualität ihrer Arbeit von der Verfügbarkeit bestimmter Ressourcen abhängig ist. Es benötigt daher eine Politik die jene Ressourcen zur Verfügung stellt ohne welche GWA und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation letztlich nicht möglich sind.

Die Soziale Arbeit in der Gemeinwesenarbeit muss definitiv ausgebaut und weiterentwickelt werden. Wie das Beispiel von Mitten in Hernals verdeutlicht, geht Gemeinwesenarbeit zwar auch ohne Professionelle, nicht jedoch, wenn ein zielgruppenübergreifender und ganzheitlicher Ansatz gewollt ist, wie er eigentlich der Gemeinwesenarbeit zugeschrieben wird. Gemeinwesenarbeit braucht daher finanzielle Ressourcen, die von der Politik zur Verfügung gestellt werden müssen und passende Rahmenbedingungen. Andererseits muss auch das Bewusstsein der Bevölkerung gestärkt werden, dass es Sozialarbeiter*innen in der Gemeinwesenarbeit gibt und braucht. Dabei sollte auch der Nutzen für sie selbst daraus sichtbar gemacht werden. Die Nutzung der sozialen Medien ist bei allen Initiativen unterrepräsentiert und würde auch für mehr Sichtbarkeit sorgen. In Kapitel 4.2.6 wird noch genauer auf die Rahmenbedingungen und Ressourcen, die zu einer erfolgreichen GWA nötig sind, eingegangen.

Weiters gibt es auch Diskrepanzen zwischen den Theorien der Maslowschen Bedürfnispyramide (vgl. Kapitel 4.3.2 nach Maslow 1977: 74-105; 153), wohingegen Selbstorganisation als höchste Stufe angesiedelt ist und erst erfüllt werden kann, wenn die Grundbedürfnisse wie Sicherheit sichergestellt sind. Die praktischen Erfahrungen der Nutzer*innen im Haus der Menschenrechte sieht jedoch anders aus. Es wird von Selbstorganisation im kleinen Rahmen gesprochen. Auch beim Capability Approach von Nussbaum finden sich Diskrepanzen in Bezug auf die Ausübung von Selbstorganisation. Genauer im Kapitel 4.3.2.

Das Mandat der Sozialen Arbeit

Das Mandat der Sozialen Arbeit schließt die Mikro- Meso- und Makro-Ebene ein, somit Individuum, Institution und Gesellschaft. Soziale Arbeit in der Gemeinwesenarbeit soll auch eine unterstützende Funktion der Bürger*innen haben und auf das Wohlbefinden dieser abzielen.

Soziale Arbeit ist eine Menschenrechtsprofession, welche Vermittlerin, Übersetzerin und Brückenbauerin ist. Die Einflussnahme bei gesamtgesellschaftlichen und politischen Themen wird bei allen Lernbeispielen gleichermaßen als wichtig erachtet.

4.2.8 Resümee

In diesem Kapitel wurden drei Lernbeispiele anhand von ausgewählten Kriterien miteinander verglichen und dabei für die Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit wichtiges Wissen extrahiert. Nachfolgend wird ein Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse gegeben.

Schaffen von Begegnungs- und Kommunikationsräumen und Sichtbarmachen sozialräumlicher Ressourcen

Es wurde zunächst die Frage nach der Bedeutung des Raumes (sowohl des physischen als auch des Sozialraums) gestellt. Es wird davon ausgegangen, dass durch die gemeinsame und bewusste Gestaltung des Sozialraums, die Teilhabe von Menschen gestärkt werden kann (vgl. Früchtel 2013:1). Das Zurverfügungstellen von Raum im Sinne eines Begegnungs- und Kommunikationsraumes ist für eine erfolgreiche Gemeinwesenarbeit zentral. Grünflächen und Gärten sind leichter zugänglich für potenzielle Nutzer*innen als geschlossene Räume. Ebenso wichtig ist die Wahrnehmung und das Nutzen der in einem Sozialraum bereits vorhandenen Ressourcen. Dementsprechend zentral ist es, diese Ressourcen für alle in einem Sozialraum lebenden Menschen sichtbar und zugänglich zu machen. Eine sorgfältige Sozialraumanalyse sollte unbedingt vor der Etablierung eines Projektes oder Vereines geschehen.

Gesamtgesellschaftliche Anliegen und gemeinsame Werte

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Anliegen der Initiativen kann festgehalten werden, dass die Gründung der untersuchten Vereine und Einrichtungen als eine Reaktion auf sich verändernde politische Rahmenbedingungen betrachtet werden (vgl. Kapitel 3.4). Bei allen drei Lernbeispielen wurde auf den Demokratiebegriff verwiesen. Es wurde zudem ein gemeinsamer Wertekodex festgestellt, welcher sich auf Gleichbehandlung, Gemeinschaft, Solidarität, Toleranz, Extremismus, Intoleranz und Diskriminierung stützt. Zudem zeigte sich, dass alle drei Lernbeispiele gesamtgesellschaftliche Anliegen wie z.B. die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes oder des friedlichen, demokratischen Zusammenlebens verfolgen.

Der Einsatz verschiedener Methoden

Die Methoden der Lernbeispiele variieren in manchen Bereichen stark, was u.a. auch auf deren verschiedene personelle Ressourcen zurückzuführen ist. In Bezug auf die Verwendung von partizipativen und GWA-Methoden kann dies exemplarisch aufgezeigt werden. Von hauptberuflichen Mitarbeiter*innen (Gemeinwesenarbeiter*innen und Sozialarbeiter*innen) werden die genannten Methoden verständlicherweise deutlich häufiger verwendet als beispielsweise von den Ehrenamtlichen in Mitten in Hernals. Die Anwendung dieser Methoden benötigt eine Expertise aus der Sozialen Arbeit allgemein und der Gemeinwesenarbeit im Speziellen, die von Ehrenamtlichen alleine nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Es reicht jedoch nicht nur, die Expertise mitzubringen, es müssen außerdem personelle und zeitliche Ressourcen für diese Tätigkeiten freigemacht werden. Weitere zentrale Methoden sind die Vernetzungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, politische Einflussnahme, Veranstaltungen im Sozialraum, zielgruppenübergreifende und zielgruppenspezifische Angebote.

Selbstorganisation als Prozess und gerechte Machtverteilung

Im Kontext der Selbstorganisation ist zunächst zu erwähnen, dass es ein ähnliches Verständnis des Begriffs in den Lernbeispielen gibt. Dieses kann mit der Definition von Moser/Schenk (2014:554): Selbstorganisation bedeutet die Schaffung einer eigenständigen und selbstverwalteten Struktur, die durch ein gemeinsames Handeln bespielt wird, verglichen werden. Erwähnenswert ist, dass in Innsbruck Selbstorganisation als Prozess gesehen wird, der begleitet werden sollte. Am Beispiel von Mitten in Hernals wird deutlich, vor welchen Herausforderungen ehrenamtliche, selbstorganisierte Initiativen oftmals stehen, z.B. Menschen für gemeinsame Interessen zu vereinen und dabei Machtverhältnisse und soziale Ungleichheiten mitzudenken (vgl. Kapitel 3.4).

Zielgruppenübergreifendes Arbeiten benötigt zielgruppenspezifische Angebote und professionelle Begleitung

Anhand der Lernbeispiele zeigte sich, dass zielgruppenübergreifende Selbstorganisation sowohl Sozialarbeiter*innen, als auch Ehrenamtliche benötigt. Dabei wurde deutlich, dass es sowohl hemmende wie auch begünstigende Rahmenbedingungen für Selbstorganisation gibt. Für die hemmenden können stellvertretend hierarchische Vereinsstruktur, aber auch Zugangsbarrieren genannt werden. Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation benötigt deshalb zielgruppenspezifische Angebote, um auch jene Angesprochene*n zu erreichen, die mit ausschließlich zielgruppenübergreifenden Angeboten nicht angesprochen werden. Für

die begünstigenden Rahmenbedingungen ergaben sich niederschwellige Zugänglichkeit und die Verfügbarkeit von Räumlichkeiten, in denen Treffen veranstaltet werden können. Weiter sollte zielgruppenübergreifende Selbstorganisation mit gewissen personellen, zeitlichen und finanzielle Ressourcen ausgestattet werden, welche von der Politik bereitgestellt werden muss. Zudem benötigt zielgruppenübergreifende Selbstorganisation eine gewisse Parteilichkeit für Menschen in prekären Lebenssituationen sowie einen gemeinsamen Wertekodex, der von Gleichbehandlung, Respekt, Solidarität und Diversität geprägt ist.

Beteiligung und Transparenz werden als Gelingensfaktoren für eine gerechte Machtverteilung gesehen. Um das Zugehörigkeitsgefühl zu fördern, sollen Mitarbeiter*innen und potentielle Nutzer*innen von Projekten und Initiativen bei der Planung der Angebote miteinbezogen werden. Durch transparente Strukturen können auch hier Machtverhältnisse aufgeweicht werden. Beispielhaft erklärt an den Raumnutzungsregelungen. Müssen Menschen erst nach den Nutzungsbedingungen eines Raumes fragen, erhöht sich einerseits die Schwelle dies zu tun, andererseits kann Willkür entstehen, wer den Raum schlussendlich nutzen darf und wer nicht. Ist dies jedoch öffentlich zugänglich, nach Möglichkeit mehrsprachig und für jede*n ersichtlich, werden die genannten Risiken minimiert.

Hierarchische Strukturen könnten durch das Organisationsmodell der Soziokratie gelockert werden. Dies benötigt jedoch professionelle Begleitung und zeitliche Ressourcen, aber natürlich auch die bewusste Entscheidung, Macht gerechter zu verteilen.

Professionelle Gemeinwesenarbeit benötigt Ressourcen

Bei den finanziellen Ressourcen zeigten sich unterschiedliche Konzepte. Während die Stadtteilzentren in Innsbruck über öffentliche Förderungen finanziert werden, wird Mitten in Hernals primär über Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert. In Linz kommt ein Mix aus Spenden aus der Zivilbevölkerung, Mitgliedsbeiträge, Projektförderungen, Vereinsförderungen sowie Gelder von der Grundversorgung vom Land OÖ. Bei allen Arten der Finanzierung zeigten sich Vor- und Nachteile. Diese liegen vor allem in der Abhängigkeit zu den Geldgebern. Dabei zeigte sich, dass sowohl die Finanzierung durch öffentliche Gelder, als auch Spenden zu einer Abhängigkeit führen kann.

Die personellen Ressourcen waren sehr unterschiedlich. Mitten in Hernals verfügt nur über ehrenamtliche personelle Ausstattung. In Linz und Innsbruck sind ausgebildete

Sozialarbeiter*innen involviert. Nur Innsbruck konnte Erfahrung in den Gemeinwesenarbeit aufweisen.

Weiter zeigte sich, dass der Sozialraum und die dort vorhandenen Ressourcen von großer Bedeutung für die Gemeinwesenarbeit ist. Es sollten vermehrt Überlegungen angestrebt werden, diese besser mit einzubeziehen. Kapital kann außerdem nicht als alleiniger Erfolgsgarant gesehen werden. Vielmehr erscheint ein Mix aus verschiedenen Ressourcen am effektivsten zu sein.

Die Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen und Expert*innen als Vorteil für beide Seiten

Durch die professionelle Begleitung der Ehrenamtlichen, z.B. durch Gemeinwesen- und Sozialarbeiter*innen, könnten u.a. Verbesserungen in Bezug auf die Niederschwelligkeit, Diversität, Machtverteilung und Kommunikation erreicht werden. Es muss sich an die neuen Trends des Ehrenamtes angepasst werden und somit flexiblere und individuelle Lösungen gefunden werden, um weiterführend Freiwillige binden zu können. Soziale Arbeit wird als Menschenrechtsprofession gesehen, welche Vermittlerin, Übersetzerin und demokratiefördernde Brückenbauerin ist. Die Einflussnahme bei gesamtgesellschaftlichen und politischen Themen wird als wesentlich erachtet. Es werden die Mikro- (Individuum), Meso- (Institutionen) und Makro- (Gesellschaft) Ebenen angesprochen.

Literatur

Albrecht, Walter/ Garipkus, Serap/ Gatzemeier, Christoph/ Hartleib, Melanie/ Kotzian, Nils/ Röske, Dima/ Siegler, Tim/ Werder, Julian (2015): Ökonomisierung der Sozialen Arbeit – Am Beispiel der Jugendberufshilfe. Hildesheim.
<http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Forschungsarbeit-HAWK.pdf>, [26.01.2020].

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (2015):
https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:VeiWzI2_jM4J:https://ec.europa.eu/social/BlobServlet%3FdocId%3D13401%26langId%3Dde+&cd=2&hl=de&ct=clnk&gl=at, [03.03.2020].

Andexlinger Wolfgang (2017): Stadtplanung & Stadtentwicklung Innsbruck;
<https://www.innsbruck.gv.at/page.cfm?vpath=verwaltung/statistiken-zahlen/historische-datenreise/stadtentwicklung>, [01.03.2020].

Anhorn Roland, Bettinger Frank, & Stehr, Johannes (2008): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit: Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Springer-Verlag.

- Arbeitsübereinkommen Innsbruck (2018):
www.innsbruck.gv.at/data.cfm?vpath=redaktion/politik/dokumente35/arbeitsubereinkommen
 2018-2024, [10.02.2020].
- Armutskonferenz (2011): Thesenpapier zur Freiwilligenarbeit.
http://www.armutskonferenz.at/files/armkon_thesenpapier_freiwilligenarbeit-2011.pdf,
 [26.01.2020].
- Auer, Franziska (2005): Der Umgang mit Macht in der Sozialen Arbeit, München, GRIN Verlag.
<https://www.grin.com/document/41047> [29.02.2020].
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt am Main: Campus, 25-34.
- Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (2019):
 Freiwilligenbericht 2019 - Bericht zum freiwilligen Engagement in Österreich. Wien:
 BMSFPK.
- Fehren, Oliver (2006): Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz: emanzipatorisch oder herrschaftsstabilisierend? In: Neue Praxis. 6/2006. 575-595.
- Friedrichs, Jürgen/ Leßke, Felix/Schwarzenberg, Vera (2019): Die Akzeptanz von Flüchtlingen. Eine vergleichende Studie sechs deutscher Wohngebiete. In: Raumforschung und Raumordnung / Spatial Research and Planning, Volume: 77(4), 2019, 349-366.
- Früchtel, Frank/ Cyprian, Gudrun/Budde, Wolfgang (2007): Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Informationswebsite des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2019):
 Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa. Sozialraum und Sozialraumanalyse.
www.partizipation.at/sozialraum.html, [10.01.2020].
- Innsbrucker Soziale Dienste (o.A): www.isd.or.at/de/beratungshilfe/kontakt/unternehmen/306-0.html, [09.02.2020].
- Hinte, Wolfgang (2002): Von der Gemeinwesenarbeit über die Stadtteilarbeit zum Quartiermanagement. In Grundriss Soziale Arbeit . VS Verlag für Sozialwissenschaften, 535-548.
- Kitscher, Nadia (2019): Digitalisierung der Sozialen Arbeit. In: Beratung und Digitalisierung. Springer VS, Wiesbaden, 41-56.
- Kruse, Volker (2012): Geschichte der Soziologie 2. Auflage. Konstanz und München: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Mitten in Hernals (o.A.): Homepage. <https://www.mitteninhernals.at>, [26.12.2019].
- Klumpner, Paul / Steiner Martin (2016): Soziale Stadtteil- und Gemeindeentwicklung in Tirol. Leitfaden für Gemeinden, Land Tirol, Geschäftsstelle für Dorferneuerung, Verein Mobile Jugend- und Gemeinwesenarbeit (Hg.), Innsbruck.
- Klumpner, Paul (2018): Gemeinwesenarbeit und Integration auf Stadtebene– Herausforderungen und Chancen. Soziales Kapital, 19. Jg., 151-160.
- Kühl, Stefan (2001): Die Heimtücke der eigenen Organisationsgeschichte. Paradoxien auf dem Weg zum dezentralisierten Unternehmen. Soziale Welt, 52(4), 383-401.
- Maslow, Abraham (1977): Motivation und Persönlichkeit. Olten: Walter.
- Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit (OBDS) (2005): Ethische Standards – Berufspflichten für SozialarbeiterInnen Generalversammlungsbeschluss des OBDS.

https://www.obds.at/wp/wp-content/uploads/2018/04/ethik-berufspflichten-obds_1.pdf
[05.03.2020].

Reisch, Michael (1997): The Political Context of Social Work. In: Reisch, M./Gambrill, E. (eds.): Social Work in the 21st Century. Thousand Oaks u.a., 80–92.

Riede, Melina (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf/ Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer Verlag, 67-87.

Roßmann, Bruno (1995): „Das Sparpaket wirkte“, In: Arbeit & Wirtschaft, 4/95.

Partizipation.net (o.A.): Bürger*innenrat. <https://www.partizipation.at/buergerinnenrat.html>
[27.02.2020].

Schöning, Werner (2012): Born to be wild? Aktuelle Varianten, Zielgruppen und Haltungen der Gemeinwesenarbeit. In: Blandow, Rolf/ Knabe, Judith/ Ottersbach, Markus (Hg*Innen.): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und Zurück? Wiesbaden: Springer Verlag VS, 29-42.

Schönig, Werner (2015): Koopkurrenz in der Sozialwirtschaft: zur sozialpolitischen Nutzung von Kooperation und Konkurrenz. Weinheim: Beltz Juventa Verlag.

SOS Amigo (o.A.). Amigo - Begleitung von AsylwerberInnen, Asylberechtigten und MigrantInnen durch Freiwillige.
http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/downloads/Leistungen/Freiwilligenarbeit/Folder_Amigo.pdf [25.02.2020].

SOS Amigo@Work (o.A.) amigo@work - und begleiten Sie Asylwerber /innen auf ihrem Weg in die Arbeitswelt.
http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/downloads/UEber_uns/amigo_work_2017.pdf
[25.02.2020].

SOS Jahresbericht (2016): Jahresbericht 2016.
http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/downloads/UEber_uns/SOS_Jahresbericht16.pdf
[29.01.2020].

SOS Jahresbericht (2018): Jahresbericht 2018.
http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/diverses/SOS_BRO_Jahresbericht_2018_WEB.pdf
[29.01.2020].

SOS-Menschenrechte (o.A.): Homepage. <https://www.sos.at> [29.01.2020].

SOS Leitbild (o.A.): Leitbild.
http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/downloads/UEber_uns/Leitbild.pdf [03.02.2020].

SOS Presseaussendung (24.05.2019): Aus dem Sanierungsfall „Flüchtlingswohnheim“ wurde das neue „HAUS DER MENSCHENRECHTE“.
http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/PK_SOS_24.05.2019/PK_Unterlage_SOS_Menschenrechte_24.05.2019-konvertiert.pdf [09.02.2020].

SOS Stand-up! (o.A.): STAND UP! MENSCHENRECHTE IN DER PRAXIS. Ein Bildungsprogramm von SOS-Menschenrechte.
http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/downloads/Downloads/stand_up/SOS_StandUp_Folder_2018_WEB_02.pdf [03.02.2020].

SOS Statuten (2018): SOS-MENSCHENRECHTE - DER VEREIN - STATUTEN.
http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/diverses/final_Statuten_SOS-Menschenrechte_Korr.2018__6.pdf [03.02.2020].

- Spitzer, Markus/Moser, Michaela (2013): Soziokratie. Ein Organisationsmodell für Commons. <https://soziokratiezentrum.org/wp-content/uploads/2015/10/Commons-Artikel-MS.pdf>, [03.02.2020].
- Stadtteilzentrum Wilten (2015): online unter: <http://stadtteilzentrum-wilten.com/downloads/home/Motto%20Stadtteilzentrum%2029.01.2015+Plan+neu.pdf>, [27.01.2020].
- Stelzer-Orthofer, Christine / Bacher Johann (2006): Sozialabbau und Neokonservatismus in Österreich. In: Grasse A., Ludwig C., Dietz B. (eds) Soziale Gerechtigkeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stoik, Christoph (2008): Sozialraumorientierung als theoretische Grundlegung der Sozialen Arbeit. http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/sioe_2_08_stoik2008.pdf, [26.01.2020].
- Trenkwalder-Egger Andrea (2019): https://arltsymposium.fhstp.ac.at/wp-content/uploads/sites/9/2019/09/ArltSymp19_radikal_sozial_Keynote_Trenkwalder-Egger_Moser.pdf [17.03.2020].
- Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitung (1996): WISO Zeitschrift, 3/1996, Linz.
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2019): Der Verein als Unternehmen. https://www.wko.at/service/wirtschaftsrecht-gewerberecht/Der_Verein_als_Unternehmer.html [16.02.2020].
- Zimmermann, Clemens (2015): Die Zeit der Metropolen: Urbanisierung und Großstadtentwicklung. S. Fischer Verlag.

Daten

- ITV1, Interview, geführt von Alexander Kopp mit einer Sozialarbeiterin eines Stadtteilzentrums in Innsbruck, 21.05.2019, Audiodatei.
- ITV2, Gruppendiskussion, geführt von Alexander Kopp mit Expert*innen und Nutzer*innen der Gemeinwesenarbeit in Innsbruck, 23.10.2019, Audiodatei.
- ITV15, Interview, geführt von Gahleitner Susanne mit Sarah Kotopulos der Geschäftsführerin von SOS-Menschenrechte in Linz, 13.05.2019, Audiodatei.
- TI2, Transkript Interview, geführt von Hanna Vettori mit Ute Palmethofer einer Betreuerin und Projektleiterin von SOS-Menschenrechte in Linz, 01.10.2019.
- TI3, Transkript Interview, geführt von Hanna Vettori mit Dieter Turk einem Betreuer für UMF von SOS-Menschenrechte in Linz, 01.10.2019.
- TI4, Transkript Interview, geführt von Hanna Vettori mit der Sarah Kotopulos, Geschäftsführerin von SOS-Menschenrechte via Skype, 07.11.2019.
- TI5, Interview, geführt von Melina Minassians mit dem Vereinsvorstand von dem Verein Mitten in Hernals, Bodo Winkler in Wien, 07.05.2019.
- PTK1, Protokoll über die Aktivitäten des Vereins Mitten in Hernals von 2017-2019, verfasst von Silvia Zezula, 20.09.2019.
- PTK2, Protokoll über eine Straßenbefragung von Jugendlichen in dem Wiener Bezirk Hernals, verfasst von Melina Minassians, 22.11.2019.

PTK3, Protokoll über ein Wisdom Council mit Mitgliedern des Vereins Mitten in Hernals,
verfasst von Elena Kundrat/Melina Minassians/Hanna Vettori, 23.09.2019.

PTK4, Protokoll einer Gruppendiskussion im Haus der Menschenrechte, verfasst von Susanne
Gahleitner/Hanna Vettori, 01.10.2019.

Abbildungen

Abbildung 11 Kreativphase mit Play-Doh während der Gruppendiskussion im HdMr.

(eigenes Bild) 204

Abbildung 12 Organigramm ISD (Quelle: Innsbrucker Soziale Dienste, o.A.)..... 209

.....

4.3 Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation - Frischer Wind für die Gemeinwesenarbeit?

Vettori Hanna

Aufbauend auf das vorherige Kapitel legen wir in den folgenden Seiten den Fokus auf den Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation.

Im Zuge der Ausarbeitung unserer Masterarbeitsforschung stellten wir uns kritische Fragen zu veränderten politischen Rahmenbedingungen, rechtspopulistischen Entwicklungen in Österreich und der gesamten Europäischen Union sowie der fortschreitenden Entdemokratisierung der Gesellschaft. Diesen Tendenzen wirken eine Reihe an zivilgesellschaftlichen Widerstandsbewegungen (z. B. Fridays for Future, Donnerstagsdemos) und selbstorganisierte Bürger*inneninitiativen entgegen. Aus diesen Bottom-up-Bewegungen ist das Bedürfnis von Bürger*innen nach mehr Mitgestaltung und Teilhabe herauszulesen. Nun haben wir uns aus sozialarbeiterischer Perspektive die Frage gestellt, welchen Beitrag die Gemeinwesenarbeit bei der Unterstützung von Teilhabeprozessen für Bürger*innen spielen könnte. Daher haben wir uns damit beschäftigt, wie selbstorganisierte Prozesse zielgruppenübergreifend, d. h. für alle Bürger*innen, gestaltet werden könnten. In diesem Kontext haben wir uns mit der Zusammenfügung zweier bereits bestehender Ansätze der Gemeinwesenarbeit, der Selbstorganisation und dem zielgruppenübergreifenden Ansatz, befasst.

Das Kapitel erläutert die Fusion der beiden Ansätze und stellt dar, wie diese Kombination aus Selbstermächtigung und Teilhabe für alle eine Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit darstellt. Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation sehen wir als Mittel, um den gegenwärtigen politischen und sozialen Herausforderungen die Stirn zu bieten. Anhand der Lernbeispiele und Literaturbezüge werden folgende Forschungsfragen behandelt:

Was ist zielgruppenübergreifende Selbstorganisation? Wie kann diese eine Weiterentwicklung für die Gemeinwesenarbeit darstellen?

An erster Stelle erinnern wir an die theoretischen Konzepte „Selbstorganisation“ und „zielgruppenübergreifend“. Anschließend gehen wir auf die Forschungserkenntnisse aus den Lernbeispielen und theoretische Verknüpfungen ein. Am Ende steht ein Überblick des Ansatzes der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation.

4.3.1 Selbstorganisiert und zielgruppenübergreifend - Zwei kompatible Grundpfeiler der Gemeinwesenarbeit

In diesem Abschnitt führen wir den Ansatz der Selbstorganisation und den zielgruppenübergreifenden Ansatz zusammen. Das Kapitel verdeutlicht die Kompatibilität dieser zwei Grundpfeiler der Gemeinwesenarbeit. Diese Fusion wird von unserem Verständnis von Gemeinwesenarbeit begleitet. Die theoretischen Grundlagen finden die Leser*innen in den Kapiteln *3.4 Selbstorganisation. Theoretische Grundrisse*, *3.5 GWA Entstehung und State of the Art* sowie *4.1. Gemeinwesenarbeit und Soziale Arbeit: was sagt die Literatur dazu?*.

Was den Ansatz der Selbstorganisation betrifft, so erinnern wir an erster Stelle an unsere Arbeitsdefinition:

Selbstorganisation bedeutet die Schaffung einer eigenständigen und selbstverwalteten Struktur, die durch ein gemeinsames Handeln bespielt wird (vgl. Moser/ Schenk 2014:554). Dabei treten Betroffene in eine aktive Rolle und sprechen für sich selbst. Aufgrund des hohen Grades an Selbstbestimmung bzw. -kontrolle kann Selbstorganisation als starke Form der Partizipation gesehen werden. Selbstorganisation bezieht sich auf die Eigenlogik, Selbstermächtigung und Schaffung neuer Strukturen (vgl. Moser 2013:145). Selbstorganisation schafft Zusammenschlüsse und kollektive Räume und führt zu Selbstermächtigung des Individuums und der Gruppe. Selbstorganisation verfolgt konkrete Ziele wie Interessenvertretung, Stärkung der kollektiven Identität, Kampf gegen Machtungleichgewichte, Freiheitsbestrebungen, Repräsentation, Anerkennung und Umverteilung (vgl. Kapitel 3.4).

In der Gemeinwesenarbeit nimmt Selbstorganisation einen hohen Stellenwert ein, da Gemeinwesenarbeit Handlungsfähigkeit, Selbstorganisation und Selbsthilfekräfte von Bürger*innen fördert (vgl. Riede 2019:559). Darüber hinaus sollen Netzwerke und Kooperationen zwischen Bürger*innen unterstützt werden (vgl. Stövesand/Stoik 2013:21). Bürger*innen werden in der GWA begleitet und aktiviert, sodass sie ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen (vgl. Lüttringhaus 2011:278-280 nach Kapitel 4.1). Diese Förderung bzw. Aktivierung von Selbstorganisation und Netzwerken soll durch einen zielgruppenübergreifenden Arbeitsansatz möglichst viele Menschen eines Sozialraumes adressieren. Die GWA verfolgt per se einen zielgruppenübergreifenden Handlungsgrundsatz:

„Gemeinwesenarbeit ist grundsätzlich zielgruppenübergreifend, da sich Aktivitäten an den Bedürfnissen mehrerer Zielgruppen orientieren und zumeist unterschiedliche Bewohner*innen eines Sozialraumes betreffen.“ (Lüttringhaus 2011:278 nach Kapitel 3.5)

In diesem Zusammenhang betonen wir, dass die Gemeinwesenarbeit im Sinne eines zielgruppenübergreifenden Ansatzes auch eine intersektionale Perspektive einnehmen muss. In Hinblick auf die ethischen Prinzipien der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession und als Verfechterin von sozialer Gerechtigkeit muss Gemeinwesenarbeit Überschneidungen und Verflechtungen verschiedener Diskriminierungsformen und sozialer Ungleichheiten beachten (vgl. IFSW 2014:o.A.). Die Gemeinwesenarbeitsexpert*innen Sabine Stövesand und Christoph Stoik betonen, dass eine intersektionale Perspektive im Sinne einer kritischen Betrachtung von Gender (soziales Geschlecht) und der Verknüpfung mit anderen ungleichheitsgenerierenden Diskriminierungskategorien (ethnische Zugehörigkeit, Klasse, Alter usw.) in der Gemeinwesenarbeit notwendig ist und ihr zu wenig Beachtung geschenkt wurde (vgl. Stövesand/Stoik 2013:29).

Viele Bürger*innen sind von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten ausgeschlossen. Die Gemeinwesenarbeit dient dabei als Ansatz, um das soziale Miteinander und die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten für alle Bürger*innen zu stärken. Die GWA wirft einen kritischen Blick auf soziale Ungleichheiten und tritt parteilich für mehr Teilhabe von sozial benachteiligten Gruppen ein. Dank einer intersektionalen Perspektive können diese ungleichen Teilhabemöglichkeiten für Bürger*innen entlarvt werden und entsprechende sozialarbeiterische Interventionen gesetzt werden. Beispielsweise thematisiert Riede die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten und migrierten Bürger*innen in diversen Nachbarschaften (vgl. Riede 2019:o.A.). Der Sozialraum-Experte Stefan Weidmann hingegen beschäftigte sich mit dem Phänomen der alternden Gesellschaft und Generationenbeziehungen in einem Sozialraum sowie der gesellschaftlichen Teilhabe von älteren Menschen (vgl. Weidmann 2018:o.A.).

Des Weiteren können konfliktorientierte und gendersensible Perspektiven in der Gemeinwesenarbeit Bewusstsein für ungleiche Machtverhältnisse schaffen. Die Sozialarbeitswissenschaftler*innen Maria Bitzan und Tilo Klöck lieferten bereits in den früheren 1990er Ansätze zur Konfliktorientierung und Geschlechterdifferenz. In Bezugnahme auf neue soziale Bewegungen und eine herrschaftskritische Soziale Arbeit entwickelten sie Konfliktanalysen und Konfliktstrategien als sozialpolitische Handlungskompetenzen (vgl. Bitzan/Klöck 1993:13). Im Sinne einer feministischen und parteilichen Gemeinwesenarbeit erläutert Bitzan die Relevanz der Kategorie Geschlecht in der GWA und wie sich die Kategorie Geschlecht auf weiblichen Lebensrealitäten auswirkt. Anhand geschlechterspezifischer Lebensweltanalysen am Beispiel weiblicher Armut und frauen- und Mädchenspezifischer Sozialen Arbeit beschreibt sie ihren

geschlechterspezifischen GWA-Ansatz (vgl. Bitzan/ Klöck 1993:13-16). Was die Zielgruppen Frauen und Mädchen betrifft, so handelt es sich im Sinne einer feministischer GWA um eine „Zielgruppe um ihrer selbst willen“ und es gilt eigene lokale, psychologische und öffentliche Räume zu schaffen (vgl. Bitzan/Köck 1993:317). Darüber hinaus betont die Autorin, dass eine geschlechterdifferenzierte GWA sich einer feministischen Sozialstaatskritik, einer kritischen Betrachtung von geschlechterspezifischer Arbeitsteilung und feministischer Bildungsarbeit bedienen sollte. Gleichzeitig ist die Benachteiligung von Mädchen und Frauen als gesellschaftspolitisches Strukturproblem zu erachten (vgl. Bitzan/Klöck 1993:349-351). Die Gendertheorien von Bitzan sind heute aufgrund von neuen Impulsen aus der Genderforschung (z.B. Intersektionalitätsansätze) hinsichtlich ihrer Heteronormativität und konstruierten zweigeschlechtlichen Gesellschaftsordnung zu hinterfragen. Andere Differenzkategorien wie ethnische Zugehörigkeit, Klasse, Alter, Behinderung und sexuelle Identität kommen wenig zur Sprache. Außerdem scheint der Sozialraum dichotom in zwei Gender, Frau und Mann, geteilt zu sein. Nichtsdestotrotz schufen die Autor*innen die Grundlage für eine gendersensible und konfliktorientierte GWA. Zusätzlich sind eine feministische Perspektive auf die Krise des Sozialstaates und eine gender- und sozialraumorientierte Sozialen Arbeit heute drei Jahrzehnte später noch höchst aktuell und notwendig (vgl. Stövesand/ Stoik 2013:88).

Ein zielgruppenübergreifender Ansatz in der GWA bedeutet somit keinesfalls, Ungleichheiten und Differenzen unter den Zielgruppen zu verschleiern, sondern gezielt durch einen intersektionalen Blick die Teilhabe von benachteiligten Gruppen zu stärken. Das Augenmerk auf benachteiligte Zielgruppen oder Einzelpersonen resultiert dabei nicht in einer Diskriminierung. Ganz im Gegenteil fördert die Mehrdimensionalität der GWA den Austausch zwischen Bürger*innen:

„Durch diese einzelfallübergreifende gruppen- und sozialraumbezogene Arbeit wird eine stigmatisierende Fokussierung auf einzelne Menschen oder Gruppen verhindert, gemeinsame Austausch- und Lernprozesse der Menschen untereinander werden befördert.“ (Riede/Noack 2017:4)

Dabei ist es die Kunst der GWA, auf diesen drei Ebenen (Einzelfall, Gruppe, Sozialraum) aktiv zu sein. Vom Individuum ausgehend, versucht die GWA die Brücke zur gesellschaftlichen Intervention zu schlagen. Das bedeutet beispielsweise, dass die GWA Bürger*innen versucht darin zu unterstützen, die strukturellen Dimensionen individuell erlebter Probleme, wie prekäre Wohnsituationen, Diskriminierung aufgrund ethnischer Zugehörigkeiten, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum oder eingeschränkter Mobilität

zu lokalisieren und diese im gemeinsamen Tun mit anderen Bürger*innen anzupacken (vgl. Riede 2019:559). Der Auftrag der Gemeinwesenarbeit ist u. a. die Förderung einer substanziellen und gesellschaftlichen Teilhabe (politische, kulturelle, ökonomische und soziale Partizipation) aller Bürger*innen zielgruppenübergreifend im Sozialraum (vgl. Riede 2019:559).

Da unser Verständnis von Gemeinwesenarbeit in diesem Kapitel mitschwingt, erinnern wir an dieser Stelle daran. Im Zuge theoretischer Auseinandersetzung und praktischer Anwendung in unserer Masterforschung haben wir das folgende Verständnis von Gemeinwesenarbeit entwickelt:

Wir gehen in der Masterarbeit davon aus, dass Gemeinwesenarbeit als ein Handlungsfeld der Sozialen Arbeit darauf abzielt, gemeinsam zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse in Bezug auf den Sozialraum beizutragen und die gesellschaftliche und politische Mitbestimmung von Bürger*innen zu stärken. Zudem hat Gemeinwesenarbeit das Ziel, das soziale Miteinander zu stärken, um einer voranschreitenden Spaltung und Entdemokratisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Gemeinwesenarbeit ist prozessorientiert und hat das Ziel, dass Menschen am politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Leben teilhaben und dieses mitbestimmen können. Sie unterstützt und fördert mittels partizipativer Ansätze und kollektivem Empowerment die Selbstermächtigung sowie Selbstorganisation der Bürger*innen. Unserem Verständnis nach geschieht dies zielgruppenübergreifend für alle Menschen eines Sozialraums. Zielgruppenspezifische Angebote sind jedoch ebenfalls notwendig, um möglichst viele Menschen erreichen zu können. Jede Person, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Behinderung etc., sollte die Möglichkeit zur Teilhabe und Selbstermächtigung haben. Dank einer intersektionalen Perspektive, d.h. einem kritischen Blick auf das Ineinandewirken von verschiedenen Differenzkategorien (z.B. Gender, Alter, ethnische Zugehörigkeiten, Körperlichkeiten), können ungleiche Teilhabemöglichkeiten von Bürger*innen aufgedeckt werden. Im Sinne ihrer ethischen Prinzipien setzt die Soziale Arbeit parteilich Interventionen gegen mögliche Ungleichheiten und Diskriminierungen im Sozialraum. Chancengleichheit, Demokratisierung und Abbau von Ungerechtigkeit sind unserem Verständnis nach Kernanliegen der Gemeinwesenarbeit. Vernetzung, Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Professionen sind in der Arbeit am Gemeinwesen wesentlich. (vgl. Kapitel 3.5)

Laut unserem Verständnis bietet sich der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation an, um gesellschaftliche Teilhabe von Bürger*innen und das soziale Miteinander zu stärken. Doch wie gestaltet sich der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation konkret? Diese Frage und mehr stellen wir den Forschungsergebnissen im nächsten Kapitel.

4.3.2 Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation bedeutet...

Im nachstehenden Kapitel wird anhand der Forschungserkenntnisse aus den Lernbeispielen (vgl. Kapitel 4.2) und weiterführender Theoriebezüge das Modell der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation illustriert. Der vorliegende Teil beleuchtet angeführte Themen in Prozessen der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation: Widersprüche und diverse Zugänge, Förderung von Diversität, kreative Räume, sozialarbeiterische Vermittlung, Moderation und Vernetzung und zu guter Letzt eine kritische Machtanalyse.

Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation bedeutet ...

... widersprüchliche und diverse Zugänge

Das Verständnis von Selbstorganisation unterscheidet sich je nach Kontext und kann auch innerhalb von Strukturen Diskrepanzen aufweisen. Unsere Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass Haltungen und Zugänge zu Selbstorganisation divers und widersprüchlich sein können.

Spannend ist, in diesem Kontext den Vergleich zwischen selbstorganisierter Bürger*inneninitiative und sozialarbeiterisch begleiteten Selbstorganisation herauszustreichen: Im Grätzeltreff Mitten in Hernals, einer selbstorganisierten Bürger*inneninitiative, finden wir trotz offener Grundhaltung gegenüber Selbstorganisation keine klare Begriffsdefinition. Selbstorganisation wird in Verbindung mit Ehrenamt und Partizipation gebracht. Selbstorganisation kann außerdem nicht klar von Partizipation abgegrenzt werden (vgl. 4.2.4, 4.2.1). Als hemmende Faktoren in der Umsetzung von Selbstorganisation werden mangelnde Expertise, Ressourcen und Machtstrukturen erwähnt (vgl. 4.2.4).

Im Haus der Menschenrechte in Linz und den Stadtteilzentren in Innsbruck besteht im Vergleich dazu sozialarbeiterisches Wissen zu Selbstorganisation. In den Stadtteilzentren in Innsbruck spielt Ehrenamt bei selbstorganisierten Prozessen eine große Rolle. Darüber hinaus wird die Übernahme von Verantwortung als treibende Kraft von Selbstorganisation gesehen (vgl. 4.2.4). Ein Konsens herrscht darüber, dass Selbstorganisation als Prozess verstanden wird, den GWA-Sozialarbeiter*innen moderieren. Das Ziel des Prozesses ist, dass Bürger*innen sich selbst verwalten und organisieren. Nichtsdestotrotz findet sich eine Skepsis gegenüber Selbstorganisation im Sinne von Auslagerung sozialstaatlicher Verantwortung und einem elitären sowie

neoliberalen Konzept. Außerdem besteht die Befürchtung, Selbstorganisation könnte im Konkurrenzverhältnis zur Sozialen Arbeit stehen (vgl. Kapitel 4.2.4). Diese Skepsis deckt sich mit kritischen Stimmen aus der sozialarbeiterischen Theorie in Bezug auf das Zusammenspiel von Selbstorganisation und Krise, Entdemokratisierungsprozessen und der Abgabe von sozialstaatlichen Responsibilisierungsprozessen (vgl. Kapitel 3.4.1). Wie bereits im Kapitel 3.4 dargestellt, liegt die Skepsis wohl darin begründet, dass bei Selbstorganisation Machtverhältnisse, Rollenverständnisse und Notwendigkeiten von Sozialarbeiter*innen infrage gestellt werden. Im Sinne einer kritischen Sozialen Arbeit müssen diese Dynamiken genauer unter die Lupe genommen werden (vgl. Kapitel 3.4.3).

Auch im Haus der Menschenrechte ist sozialarbeiterisches Wissen zu Selbstorganisation vorhanden. Laut den interviewten Betreuer*innen kann dort eher von Partizipations- als Selbstorganisationsprozessen gesprochen werden (vgl. TI5:7). Ein Betreuer definiert Selbstorganisation in Abgrenzung zu Partizipation wie folgt:

„Partizipation ist für mich mehr so ein Begriff, wo es bei mir mehr um Teilhabe an bestehenden Strukturen geht. Und Selbstorganisation ist für mich eher so was, wo es um neue Strukturen geht, wo es mehr möglich ist sich in Machtpositionen zu befinden oder hineinzubefinden. Wo es mehr Grassroots-Selbstorganisation gibt.“ (TI3:6-7)

Dieses Lernbeispiel verdeutlicht zudem, dass selbstorganisierte Prozesse auch innerhalb einer Organisation Diskrepanzen aufweisen und Selbstorganisation sozialarbeiterische Vorbehalte auslösen kann. Laut der sozialarbeiterischen Leitung des Hauses der Menschenrechte gehört Selbstorganisation nicht zu den Hauptbedürfnissen der Bewohner*innen (vgl. TI4:6). Gemäß der Maslowschen Bedürfnispyramide argumentiert die Geschäftsführerin des Vereins, dass Selbstorganisation als ein „höheres Bedürfnis“ bzw. als Selbstverwirklichung gesehen werden kann. Das Bedürfnis „Selbstorganisation“ kann nicht erfüllt werden, wenn die „niedrigeren Bedürfnisse“ wie physiologische Bedürfnisse und Sicherheitsbedürfnisse nicht gestillt sind (vgl. Maslow 1977:74-105,153). Im Sinne dieser Auffassung wird Selbstorganisation nicht zu den Prioritäten von Asylwerber*innen gezählt, deren Sicherheitsbedürfnis aufgrund ihres laufenden Asylverfahrens und des ungewissen Aufenthalts in Österreich noch nicht erfüllt ist (vgl. TI4:6). Im Widerspruch dazu berichteten die Teilnehmer*innen der Fokusgruppendifkussion, dass sie bereits Erfahrungen mit Selbstorganisation im „kleinen Rahmen“ (Deutschlerngruppe, Sportgruppen) gesammelt haben und die zeitlichen und organisatorischen Ressourcen für Selbstorganisation auftreiben könnten (vgl. Kapitel 4.2.4). Von Seiten der Bewohner*innen besteht der Wunsch nach mehr Selbstorganisation, die mit Mitgestaltung, Mitbestimmung und Freiheit bei

Entscheidungen in Verbindung gebracht wird (vgl. PTK4:15). Selbstorganisation wird als Zusammenschluss von zwei bis drei Personen gesehen. Eine „gemeinsame schöne Zukunft“ wird als Ziel angestrebt (vgl. Kapitel 4.2.4). Als hemmende Faktoren für Selbstorganisation nannten die Bewohner*innen die hochschwelligten Zugänge zu den Räumlichkeiten und die Tatsache, dass sie für viele Aktivitäten die Bewilligung der Betreuung einholen müssen (vgl. PTK4:15).

Die Fähigkeit der Bewohner*innen, sich selbst zu organisieren, und die hemmenden Faktoren, diese Fähigkeit auszuüben, erinnern an den „Capability Approach“ (dt. Fähigkeitenansatz) von Martha Nussbaum. Die Philosophin rückt durch ihren Ansatz die Fragen „Was ist eine Person tatsächlich fähig zu tun und zu sein? Ist die Person dazu befähigt?“ in den Mittelpunkt (vgl. Nussbaum 2003:18). Sie erklärt die zwei Grundideen des „Capability Approach“ wie folgt:

„Die intuitive Idee hinter dem Ansatz ist zweigeteilt: Erstens, dass es bestimmte Tätigkeiten gibt, die im Leben eines Menschen so zentral sind, dass ihr Dasein oder Fehlen als Merkmal dafür herangezogen wird, ob es sich um menschliches Leben handelt oder nicht. Zweitens, und das ist es, was Marx bei Aristoteles gefunden hat, dass uns etwas daran liegt, diese Tätigkeiten auf eine wirklich menschliche Weise auszuüben, nicht nur wie ein Tier.“ (Nussbaum 2003:18)

Nussbaum hat folgende Liste der zentralen menschlichen Fähigkeiten erstellt, die nicht als absolut gelten soll und je nach lokalen Glaubensvorstellungen und Gegebenheiten adaptierbar ist: Leben, körperliche Gesundheit und Unversehrtheit, Wahrnehmung, Vorstellungskraft und Denkvermögen, Gefühle, praktische Vernunft, soziale Zugehörigkeit, Rücksichtnahme auf andere Arten, Spiel, Gestaltung des eigenen Umfelds auf politischer und materieller Ebene (vgl. Nussbaum 2003:19-21). Die Chancen, die eigenen Fähigkeiten zu verwirklichen, stellen die Grundvoraussetzungen eines guten Lebens dar. Im Gegensatz zur Maslowschen Bedürfnispyramide spricht sich Nussbaum gegen eine Hierarchisierung von Fähigkeiten aus. Die Philosophin betont im Sinne der „reduzierbaren Pluralität“, dass alle angeführten menschlichen Funktionsfähigkeiten von zentraler Bedeutung sind und weder austauschbar sind noch im Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. Vielmehr sind sie durch vielschichtige Beziehungen miteinander verbunden (vgl. Nussbaum 2003: 21). Im Falle der Bewohner*innen des Hauses der Menschenrechte werden durch selbstorganisierte Prozesse die Fähigkeiten der sozialen Zugehörigkeit, Gestaltung des eigenen Umfeldes auf politische und materielle Weise und praktische Vernunft erfüllt. Die Erfahrungswerte der Bewohner*innen des Hauses der Menschenrechte können somit im Sinne von

Nussbaum als Verwirklichung von menschlichen Fähigkeiten interpretiert werden. Die Maslowsche Bedürfnis-Theorie ist in diesem Kontext nicht anwendbar.

Außerdem bestätigt die Haltung der Bewohner*innen des Hauses der Menschenrechte zu Selbstorganisation die These der Sozialarbeitswissenschaftlerin Chantal Munsch, laut der sich sozial benachteiligte Bürger*innen engagieren und selbstorganisieren, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern (vgl. Munsch 2003:7-24). Die Forschungsergebnisse bezeugen, dass eine intersektionale Perspektive auf Selbstorganisation notwendig ist. Beispielsweise wird beim Forschungsobjekt Haus der Menschenrechte die Differenzkategorie „Fluchthintergrund“ sichtbar. Vonseiten der Betreuung wird ein geringes Interesse für Selbstorganisation der Bewohner*innen angenommen und als Argument wird die Differenzkategorie „Fluchthintergrund“ herangezogen. Im Gegensatz dazu wurde vonseiten der Bewohner*innen die Differenzkategorie „Fluchthintergrund“ nicht als hemmender Faktor für Selbstorganisation, sondern die Kategorien hochschwellige Zugänge zu Räumlichkeiten und Durchführung von selbstorganisierten Prozessen genannt.

In diesem Zusammenhang liefert das Forschungsprojekt „Innovative Partizipationskonzepte“ signifikante Erkenntnisse. In Kooperation zwischen der Fachhochschule St. Pölten und der Armutskonferenz wurden im Jahr 2015 Konzepte und Umsetzungsmöglichkeiten von Partizipation und Selbstvertretung unter Einbeziehung von Nutzer*innen und Sozialarbeiter*innen untersucht (vgl. Faltin/Huber 2015:305). Für unsere Masterarbeitsforschung sind folgende Forschungserkenntnisse von besonderem Interesse: Nutzer*innen-Partizipation ist höher, wenn Voraussetzungen in der sozialen Organisation erfüllt sind. Zu den Bedingungen zählen ausreichende zeitliche und finanzielle Ressourcen für partizipatives Arbeiten, Transparenz hinsichtlich der Hierarchie innerhalb der Organisation, Mitspracherecht der Mitarbeiter*innen innerhalb der Organisation, demokratische Regeln und partizipative Entscheidungen im Team (vgl. Faltin/Huber 2015:308). Auch in diesem Forschungsprojekt bestätigen sich die Theorien von Nussbaum und Munsch, in dem erforscht wurde, dass psychische, soziale, physische, kognitive und ökonomische Einschränkungen von Nutzer*innen zwar relevant sind, jedoch keine Hürden für Nutzer*innen-Partizipation bilden (vgl. Faltin/Huber 2015:312). Darüber hinaus ergab die partizipative Studie, dass Partizipation das Engagement von Nutzer*innen fördert, demokratische Grundgedanken stärkt und die Lebensqualität von Nutzer*innen verbessert (vgl. Faltin/Huber 2015:310). Da laut unserem Verständnis die GWA eine Verbesserung der Lebensbedingungen für

Bürger*innen und ein verstärktes Demokratieverständnis anstrebt, müssen Prozesse der Partizipation und Selbstorganisation explizit unterstützt werden (vgl. Kapitel 4.2.1).

Zusammenfassend hat dieses Unterkapitel gezeigt, dass es diverse und widersprüchliche Zugänge zu Selbstorganisation gibt. Außerdem benötigt zielgruppenübergreifende Selbstorganisation eine kritische intersektionale Analyse. Der Ansatz führt zu sozialarbeiterischer Skepsis sowie möglichen Diskrepanzen zwischen Bürger*innen und Sozialarbeiter*innen. Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation orientiert sich am „Capability Approach“ (Nussbaum 2003) und an der Theorie, dass sozial benachteiligte Menschen sehr wohl fähig sind sich zu engagieren (vgl. Munsch 2003). Psychische, soziale, physische, kognitive, ökonomische und andere Einschränkungen von Bürger*innen müssen zwar berücksichtigt werden, stellen aber keine Einschränkung für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation dar. Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation ist als kontextabhängiger Prozess aufzufassen, der Selbstorganisation der Bürger*innen als Ziel anstrebt. Der Prozess wird sozialarbeiterisch begleitet. Treibende Kräfte können geteilte Verantwortungen sein. Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation braucht Ehrenamt, Expertise und zeitliche sowie finanzielle Ressourcen sowie Transparenz hinsichtlich Hierarchien.

...Diversität zu fördern

Nun wenden wir uns einem weiteren Forschungsergebnis, dem der Diversität, zu. Unsere Forschung hat gezeigt, dass ein zielgruppenübergreifender Ansatz Potenzial birgt, um Diversität in Nachbarschaften zu fördern.

Ein zielgruppenübergreifender Ansatz zieht sich durch alle drei Lernbeispiele. Interessant ist wiederum herauszuheben, dass bei sozialarbeiterischer GWA ein zielgruppenübergreifender Ansatz als Selbstverständlichkeit postuliert wird. Das verdeutlicht das Zitat einer GWA-Sozialarbeiterin in Innsbruck:

„Das, denke ich, ist total klar, dass Gemeinwesenarbeit immer zielgruppenübergreifend ist, das ist einfach sein Wesen, jeder Sozialraum besteht aus unterschiedlichen Gruppen. Das geht ja gar nicht anders. Das ist ja gerade der Wesenskern der Gemeinwesenarbeit sozusagen, dass eben nicht auf eine spezielle Klientel hingearbeitet wird.“ (ITV2: 01:24:05)

Auch der Ansatz des selbstorganisierten Grätzeltreffs ist ein zielgruppenübergreifender, in dem Veranstaltungen für alle Zielgruppen angeboten werden. Nichtsdestotrotz besteht der Bedarf an zielgruppenspezifischen Angeboten. Während in den Stadtteilzentren in Innsbruck als hemmende Faktoren für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation „zeitliche und finanzielle Ressourcen“ genannt werden, gibt es im Grätzeltreff Baustellen

bei der praktischen Umsetzung eines zielgruppenübergreifenden Ansatzes. Es besteht nämlich der Wunsch, mehr Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen und teilhaben zu lassen. Ziel ist es, die Diversität im Verein zu fördern: „Der Verein wächst, ohne dass die Diversität im Verein wächst“ (PTK3: 00:26:04). Ebenso ist die Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ in den GWA-Projekten in Innsbruck weniger vertreten. Mögliche Erklärungsmuster für diese Divergenzen finden die Leser*innen im Unterkapitel „Machtdynamiken zu reflektieren“. Auch die Bewohner*innen des Hauses der Menschenrechte, Menschen mit Fluchthintergrund, äußerten den Wunsch nach mehr zielgruppenübergreifenden Aktivitäten (vgl. Kapitel 4.2.3).

In Bezug auf Parteilichkeit und Diversität in der Gemeinwesenarbeit wurde im GWA-Diskurs immer wieder die Frage diskutiert, ob in Nachbarschaften alle einbezogen werden sollen oder gezielt Benachteiligte gestärkt werden sollen (vgl. Kapitel 4.1.2). Riede verweist in diesem Kontext auf ethische Grundlagen der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession und Förderin der sozialen Gerechtigkeit. Sie kommt zum Schluss, dass ökonomisch und oder sozial benachteiligte Menschen durch die GWA besonders zu involvieren sind (vgl. Riede 2017:o.A.). Um in einer diversen Nachbarschaft ein gutes soziales Miteinander zu fördern und Teilhabemöglichkeiten zu schaffen, bedarf es Akteur*innen, die langfristig, präventiv und nachhaltig alle Bedürfnisse im Blick haben, um gemeinsam mit den Bürger*innen eine positive Zukunftsentwicklung zu gestalten. Dabei ist es wichtig, gemeinsame Interessen über Zielgruppen hinaus zu stärken (vgl. Riede 2017:o.A.). Aufgrund dessen gilt es in der GWA einen Fokus auf benachteiligte Zielgruppen zu legen und diesen gezielt den Weg zu mehr Teilhabe zu ebnen. Wir bedienen uns einer intersektionalen Analyse, um diese Benachteiligungen und Ungleichheiten zu entlarven. Dies wird im letzten Teil des Kapitels vorgestellt.

Insgesamt lassen sich folgende Punkte festhalten: Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation braucht GWA-Expertise und Kenntnisse zu den Zielgruppen im Sozialraum. Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation fördert Diversität in Nachbarschaften. Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation hat gezielt und parteilich benachteiligte Zielgruppen im Blick und stärkt deren Teilhabemöglichkeiten.

...kreative Räume zu schaffen

Nun widmen wir uns der Frage des Raumes für den Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation. Dabei schafft zielgruppenübergreifende Selbstorganisation kreative soziale Räume des Experimentierens. Neben sozial

konstruierten Räumen sind auch virtuelle, kommunikative sowie physische Komponenten eines Raumes von Relevanz.

Von Forschungsinteresse sind die unterschiedlichen Zugänge zu sozialen und physischen Räumen. Als Methode für die Erfassung des sozialen Raums wird uns von den interviewten Expert*innen eine Sozialraumanalyse am Beginn eines Projektes ans Herz gelegt (vgl. Kapitel 4.2.1).

Alle drei Forschungsbeispiele sehen sich als offener Raum in unterschiedlichen Ausprägungen: Die Stadtteilzentren in Innsbruck werden als offener Ort für alle Bürger*innen fernab von geografischen und sozialen Grenzen gesehen. Zudem ist interessant, dass in einem Stadtteilzentrum sich ein Raum von Nutzer*innen angeeignet wurde und mit einer Bibliothek versehen und künstlerischer gestaltet wurde: „Es gibt einen Raum, den sie sich tatsächlich einfach angeeignet haben, dann die Nutzer“ (vgl. ITV1: 00:11:12). Auch der Grätzeltreff Mitten in Hernals versteht sich als Ort für allen Bürger*innen. Neben einem physischen Raum versteht sich das Nachbarschaftszentrum als kollektiver sozialer Raum zur gemeinsamen Gestaltung des Sozialraums. Im Zuge des Wisdom Council entstand der Wunsch, mehr auf virtuelle Räume und soziale Medien als Kommunikationsmittel einzugehen (vgl. Kapitel 4.2.1). Das Haus der Menschenrechte sieht sich prinzipiell auch als offenes Haus und ist im Sozialraum vernetzt. Durch verschiedene Ansätze der Gemeinwesenarbeit wie einem Gemeinschaftsgarten und der Teilnahme an Nachbarschaftsfesten im Sozialraum findet die Vernetzung statt. Die Vernetzung im Sozialraum spielt eine maßgebliche Rolle für Spenden und gesellschaftliche Unterstützung und somit für das Fortbestehen des Vereins. Das Haus der Menschenrechte ist trotz GWA-Ansätze vorrangig eine Wohneinrichtung für geflüchtete Menschen (vgl. Kapitel 4.2.1). Auch hier sollte gemäß dem parteilichen Ansatz der GWA die Teilhabemöglichkeiten von benachteiligten Gruppen gestärkt werden. Mehr bezüglich des Zugangs zu gemeinschaftlichen Räumen erfahren die Leser*innen im Unterkapitel „...*Machtdynamiken reflektieren*“.

Anhand dieser Beispiele möchten wir darstellen, wie ein gabenorientierter Ansatz nach Trenkwalder-Egger in der Gemeinwesenarbeit und die Etablierung von „Empty Risky Spaces“ (vgl. Trenkwalder-Egger 2019) dazu dienen kann, um soziale und kollektive Räume für Selbstorganisation zu schaffen.

Die Sozialarbeitswissenschaftlerin Andrea Trenkwalder-Egger erläutert einen gabenorientierten Grundgedanken in der Sozialen Arbeit. Die Interaktion der Gabe weist folgende Charakteristika auf: Eine Gabenhandlung geht von einer Welt der Fülle aus.

Die Interaktionspartner*innen der Gabe stehen miteinander in Beziehung und es ist prinzipiell möglich, die Rollen von gebender und nehmender Person zu wechseln. Es besteht die Möglichkeit zur Annahme der Gabe und der Reziprozität, aber kein Zwang. Eine Gabenhandlung fußt auf der ethischen Frage eines guten Lebens (vgl. Trenkwalder-Egger 2016:92-93). Soziale Beziehungen und Gemeinschaften spielen bei der Interaktionsform der Gabe eine große Rolle. Gabenhandlungen entstehen meist zwischen Mitgliedern einer Gemeinschaft (vgl. Trenkwalder-Egger 2016:106). Trenkwalder-Egger betont, dass die Interaktionsform der Gabe einerseits zur historischen Entwicklung der Sozialen Arbeit beigetragen hat, als eine Bewegung von bürgerlichen Frauen aus dem privaten Bereich, wo Gabenhandlungen einen großen Stellenwert einnahmen. Des Weiteren sind gaben- und bedürfnisorientierte Ansätze in der Sozialen Arbeit auch im Sinne einer Fürsorgeethik von Relevanz und fanden Einzug in Ethikkodizes. Zudem wird die Gabe auch als sozialarbeiterische Methode beispielsweise in der Beziehungsarbeit eingesetzt (vgl. Trenkwalder-Egger 2016:120). Durch die Freiheit in der Interaktion der Gabe, die im Gegensatz zum Tausch keine sofortige Reziprozität verlangt, entstehen sogenannte „Empty Risky Spaces“ (vgl. Moser/Trenkwalder-Egger 2019:9). „Empty Risky Spaces“ sind Freiräume ohne Bedingungen, können frei gestaltet werden und sind Räume zum Experimentieren, Scheitern und zur Öffnung von Möglichkeiten. Dadurch werden Machtverhältnisse verändert, da nicht sofort ein Tausch bzw. eine Gegenleistung verlangt wird (vgl. Moser/Trenkwalder-Egger 2019:10). Das Modell der Gabe und der „Empty Risky Spaces“ birgt Potenzial, um Räume für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation zu schaffen, in denen bei Gaben keine zwingende Reziprozität besteht und es Möglichkeiten zum Ausprobieren ohne Machtgefälle gibt. Auch eine Interviewpartnerin in Innsbruck sprach sich für das Modell der „Empty Risky Spaces“ aus:

„Den Empty Risky Space, den braucht es, wo man mal ausprobieren kann, wo nicht festgelegt ist was rauskommen muss. Ich glaube so was hilft oder bringt SO hervor.“ (ITV2: 00:11:12)

Außerdem sind kreative Kommunikations- und Möglichkeitsräume notwendig für Prozesse der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation. Riede betont, dass im Sinne eines emanzipatorischen Demokratiemodells (vgl. Alcántara et al. 2014) die Gemeinwesenarbeit auf die Inklusion und Selbstermächtigung aller Menschen abzielt. Wege für Partizipationsmöglichkeiten reichen von Dialogveranstaltungen bis Gesprächsrunden an Gemeinschaftsorten wie Spielplätzen (vgl. Riede 2017:o.A.). Bei diesen Kommunikationsräumen kommen verschiedene Interessen zutage, die auch für Konflikte sorgen können. Riede betont, dass es in heterogenen Nachbarschaften

weniger zielgruppenspezifische Angebote braucht, dafür mehr freie kollektive Räume der Begegnung und kreative Möglichkeitsräume (vgl. Riede 2017:o.A.).

Aus einer intersektionalen Perspektive darf das Ineinanderwirken von Differenzkategorien und sozialem Raum nicht außer Acht gelassen werden. Die Soziologin Renate Ruhne stellt durch eine intersektionale Analyse das Wechselwirken zwischen den offenen Konstruktionen „Sozialer Raum“ und „Geschlecht“ dar. Es handelt sich um ein zentrales Spannungsfeld zwischen Sozialität und (körperlich-physischer) Materialität (vgl. Ruhne 2019: 203). Anhand des Beispiels von Sexarbeit und sozialem Raum liefert sie eine mehrdimensionale Analyse. Dabei thematisiert sie die (Re-)Produktion räumlich-geschlechtlicher Ordnungsmuster und Zweigeschlechterverhältnisse in räumlich geschlechtlichen Abtrennungen. Beispielsweise wird im abgegrenzten Sozialraum Sexarbeit (z. B. Bahnhofsgegenden) zwischen Sexarbeiter*innen und „anständigen“ Frauen und männlichen Nutzern von Sexarbeit unterschieden. Außerdem verweist die Autorin auf transnationale-räumliche und vergeschlechtliche Ungleichheitsverhältnisse in Bezug auf die Kategorie Ethnizität in der Wechselwirkung Sexarbeit und sozialer Raum (vgl. Ruhne 2019: 213-215). Ruhnes Analyse bezeugt, dass in sozialen Räumen diverse Differenzkategorien zusammenwirken und nur durch eine intersektionale Perspektive diese Dynamiken sichtbar werden.

Abschließend lässt sich feststellen, dass zielgruppenübergreifende Selbstorganisation Vernetzung im Sozialraum benötigt und für alle Bürger*innen niederschwellig zugänglich sein muss. Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation schafft kreative kollektive Räume und Kommunikationsräume. Nichtsdestotrotz braucht zielgruppenübergreifende Selbstorganisation auch einen physischen Raum. Der Ansatz der „Empty Risky Spaces“ (Trenkwalder-Egger 2019) kann dazu dienen, um soziale Räume des Experimentierens zu fördern. Eine intersektionale Perspektive dient dazu, die Wechselwirkung von Differenzkategorien (ethnische Zugehörigkeit, Gender, Alter etc.) und daraus resultierende Ungleichheiten im Sozialraum aufzuspüren.

...zu vermitteln, vernetzen und moderieren

In diesem Unterkapitel thematisieren wir die Rolle von möglicher sozialarbeiterischer Begleitung bei Prozessen und Gestaltung einer nachhaltigen Begleitung von zielgruppenübergreifender Selbstorganisation.

Wie bereits im Kapitel 3.4 dargestellt, handelt es sich bei selbstorganisierten Gruppen meist um Zusammenschlüsse betroffener Personen, die ohne sozialarbeiterische Unterstützung entstehen. Beim Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation hingegen nimmt die Soziale Arbeit eine Rolle ein. Soziale Arbeit fungiert dabei als Vernetzerin, Moderatorin und Vermittlerin. Die GWA-Expertin Milena Riede betont die Rolle der Sozialen Arbeit als Vernetzerin und Vermittlerin im Gemeinwesen:

„Da im Gemeinwesen häufig viele verschiedene Gruppen nebeneinander existieren und oft wenig Kontakt zueinander haben, erscheint insbesondere der Brückenbau zwischen den Gruppen wichtig. Dies erfordert ein ressourcenorientiertes und vernetzendes Vorgehen der Gemeinwesenarbeiter*innen.“ (Riede 2017: o.A.)

In Bezug auf die Forschungsergebnisse divergiert die Rolle der Sozialen Arbeit je nach Kontexten. In der Stadtteilarbeit in Innsbruck werden der Sozialen Arbeit im Prozess der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation die Rollen der Schnittstelle zwischen lokaler Politik und Bürger*innen, der Organisatorin und Vernetzerin sowie der Förderin von Demokratieverständnis unter den Bürger*innen zugeschrieben (vgl. ITV1: 01:26:57). Die selbstorganisierte Bürger*inneninitiative Mitten in Hernals sieht hingegen die Rolle einer sozialarbeiterischen Begleitung darin, zielgruppenübergreifender zu arbeiten und auch sozial benachteiligte Menschen zu involvieren (vgl. PTK3: 00:02:00). Von den Interviewpartner*innen des Hauses der Menschenrechte in Linz wurde die Rolle der Sozialen Arbeit in selbstorganisierten Kontexten mit Demokratieförderung und Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft erwähnt (vgl. TI4:7).

Dieser Auftrag an die Soziale Arbeit in der Gemeinwesenarbeit erinnert an Riedes Konzept der GWA als „demokratiefördernde Brückenbauerin“:

„Gemeinwesenarbeit bedeutet Demokratieentwicklung durch Teilhabe-, Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten für Alle. Damit Gemeinwesenarbeit in heterogenen Nachbarschaften wirken und Brücken bauen kann, gilt es in vielfältiger werdenden Nachbarschaften und in der Nähe neuer Unterkünfte neutrale Begegnungsorte zu schaffen und professionell zu begleiten.“ (Riede 2017: o.A.)

Besonders in Zeiten der Entdemokratisierung der Gesellschaft und sozialer Spaltung kann die Soziale Arbeit als „demokratiefördernde Brückenbauerin“ (Riede 2019) helfen, das Interesse von Bürger*innen an öffentlicher-politischer Teilhabe und einer Demokratisierung der Gesellschaft zu fördern und gegen Politikverdrossenheit vorzugehen (vgl. Aschenbrenner-Wellmann/Ehrismann 2014:370). Die Leser*innen

haben im Kapitel 5.1 mehr zur Rolle und Sichtbarkeit der Sozialen Arbeit in der GWA zur vermittelnden und vernetzenden Position der Sozialen Arbeit im Gemeinwesen erfahren.

In Bezug auf die Merkmale einer nachhaltigen sozialarbeiterischen Begleitung von zielgruppenübergreifender Selbstorganisation nannten die GWA-Expert*innen in Innsbruck ein längerfristiges Engagement durch einen Bottom-up Ansatz. Dieses Engagement kann durch professionelle Begleitung gefördert werden (vgl. ITV2: 01:27:52). Außerdem wurden eine längerfristige Finanzierung genannt und die „Leitprinzipien niedrighschwellig, partizipativ offen und zielgruppenübergreifend“ (vgl. ITV1: 00:49:55). Die Akteuer*innen von Selbstorganisation, die Bewohner*innen des Hauses der Menschenrechte, nannten die folgenden Merkmale für eine nachhaltige, selbstorganisierte Gruppe: Respekt, ernst genommen zu werden, eine ruhige Kommunikation und Teamarbeit. Nur wenn diese Aspekte gegeben sind, können sie sich auf den Prozess der Selbstorganisation einlassen (vgl. PTK4:15).

Zusammenfassend halten wir fest: Soziale Arbeit nimmt in Prozessen der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation die Rolle der Vernetzerin, Vermittlerin, Schnittstelle ein. Die GWA fungiert als „demokratiefördernde Brückenbauerin“ (Riede 2019) gegen eine Entdemokratisierung der Gesellschaft und für die Stärkung des sozialen Miteinanders. Einerseits verfügt die Soziale Arbeit über Handlungskompetenzen, um Selbstorganisationen dabei zu unterstützen, zielgruppenübergreifender zu wirken. Andererseits bezieht die Soziale Arbeit Stellung, um die Teilhabemöglichkeiten von marginalisierten Zielgruppen auszubauen. Merkmale einer nachhaltigen Begleitung sind ein längerfristiges Engagement und Finanzierung, ein Bottom-up-Ansatz, niederschwelliges, partizipatives und zielgruppenübergreifendes Arbeiten sowie eine respektvolle und wertschätzende Kommunikation in der Gruppe.

...Machtdynamiken zu reflektieren

Dieses Unterkapitel widmet sich den Themen der Machtstrukturen und Zugängen für Bürger*innen in Prozessen der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation.

Die Forschungsergebnisse dieses Projekts geben Auskunft über die verschiedenen Zugänge für Bürger*innen und die damit verbundenen Machtdynamiken. Prinzipiell stehen die Stadtteilzentren in Innsbruck und der Grätzeltreff in Hernals allen Bürger*innen offen. Nichtsdestotrotz lassen sich beschränkte Zugänge und Machthierarchien ausfindig machen. Die Forschungsergebnisse der Stadtteilzentren in Innsbruck zeigen, dass die Gemeinwesensarbeiter*innen zwar in den Stadtteilzentren

Räume des Probierens schaffen, sie gleichwohl auch von der städtischen Finanzierung und den politischen Rahmenbedingungen abhängig sind. Aufgrund der finanziellen Abhängigkeiten sind die Stadtteilzentren hierarchischen Unternehmenslogiken unterworfen. Was den Zugang betrifft, so stehen die Stadtteilzentren allen Bürger*innen des Sozialraums zur Verfügung. Bürger*innen können ihre Veranstaltungen, bei Bedarf mit sozialarbeiterischer Unterstützung, selbst organisieren. Diese Veranstaltungen müssen allerdings in Einklang mit dem Konzept des Stadtteilzentrums stehen, d. h. sie müssen prinzipiell zugänglich für alle Bürger*innen sein und dürfen keine diskriminierenden Inhalte aufweisen. Das Konzept ist auf der Website frei einsehbar. Die Sozialarbeiter*innen haben die Entscheidungsmacht über die Auswahl der Veranstaltungen inne, da sie die Vorschläge mit dem Konzept des Stadtteilzentrums abgleichen. Außerdem sei angemerkt, dass die Bürger*innen und Sozialarbeiter*innen im Bauprozess nicht involviert waren (vgl. Kapitel 4.2.5).

Der Grätzeltreff in Wien steht ebenso prinzipiell jede*r Bürger*in offen, aber der Zugang und der Grad der Mitbestimmung variiert je nach Kategorisierung zwischen Mitgliedern und Nutzer*innen. Die Vereinsstruktur ist zwar demokratisch, aber hierarchisch gestaltet und beruht auf einer Einteilung der Mitglieder in ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder. Bürger*innen, die keine Mitglieder des Vereins sind, dürfen die Veranstaltungen besuchen, haben aber kein Mitspracherecht. Mitbestimmen dürfen nur Menschen, die über kulturelles und ökonomisches Kapital verfügen, da ein Mitgliedsbeitrag zu verrichten ist und Mitglieder über Deutschkenntnisse und Organisationsfähigkeiten verfügen müssen. Der Raum kann nur von Mitgliedern außerhalb der Veranstaltungen genutzt werden oder über die Vermittlung eines Mitglieds, das die Verantwortung übernimmt. Hier spielt soziales Kapital der potenziellen Nutzer*innen eine Rolle, denn ohne Mitgliedschaft und Kontakte sind die Räumlichkeiten abseits von Veranstaltungen nicht verfügbar. Wie bereits im Kapitel 4.2.5 dargelegt, liegt hier wohl die Ursache dafür, dass sozial benachteiligte Menschen wenig unter den Nutzer*innen vertreten sind, da es sich um einen Raum mit deutlichen Machthierarchien handelt. Weder Mitglieder noch Nutzer*innen wurden in den anfänglichen Gestaltungsprozess des Grätzeltreffs miteinbezogen. Als alternatives Organisationsmodell, um Hierarchien flach zu halten, könnte die Soziokratie dienen und die Soziale Arbeit unterstützen, um Diversität zu fördern (vgl. Kapitel 4.2.5).

„Natürlich trotzdem auch, das ist ganz unterschiedlich, je nachdem, wo die Menschen herkommen, selbst gefragt zu reden, mitreden zu dürfen, auch als junge, afghanische Frau z.B., das muss erst gelernt werden und geübt werden, auch, weil oft ist es aus ihrer Sozialisation heraus etwas Udenkbares, nicht immer muss man auch sagen.[...]Diese Kulturdimensionen, die in anderen Kulturen oft anders sind, was das Thema Hierarchie, Status, Macht betrifft, das darf man hier nicht außer Acht lassen.“ (T14 2019:6)

Die Sozialisation und „kulturelle“ Dimension wird als Argument für ein mangelndes Bedürfnis nach Selbstorganisation genannt. Es sei angemerkt, dass der Begriff „Kultur“ und „Sozialisation“ hier mit patriarchalen Machtstrukturen ausgetauscht werden sollte, da patriarchale Strukturen und weniger „Kultur“ ungleiche Teilhabemöglichkeiten erzeugen. Eine andere Perspektive liefern die Bewohner*innen, die sich bereits selbstorganisiert haben und die Fähigkeiten zur Selbstorganisation aufweisen. Als hemmende Faktoren wurden eher der hochschwellige Zugang zu den Räumlichkeiten und die notwendige Genehmigung vonseiten der Betreuung genannt (vgl. PTK4:15).

Für eine kritische Machtanalyse eignet sich das Modell der intersektionalen Ungleichheitsanalyse von Gabriele Winkler und Nina Degele (vgl. Degele/Winkler 2009). Anhand einer intersektionalen Mehrebenenanalyse betrachten die Autorinnen strukturelle Herrschaftsverhältnisse wie Kapitalismus und Patriarchat und ihre Einbindung in soziale Praxen. Des Weiteren beschreiben sie das Ineinanderwirken von Differenzkategorien (Gender, Klasse, Körper und ethnische Herkunft) auf der symbolischen Ebene im Sinne von symbolischen Repräsentationen, die als Ideologien und Rechtfertigung von Ungleichheiten dienen. Darüber hinaus betrachten die Autor*innen auch die individuelle Ebene im Sinne der Konstruktion von Identitäten (vgl. Degele/Winkler 2009:27). Jene kritische Machtanalyse legt die Grundsteine für eine parteiliche GWA, um die Teilhabe von benachteiligten Gruppen zu fördern. Umgelegt auf die GWA könnte eine intersektionale Ungleichheitsanalyse bedeuten, sich beispielsweise mit patriarchaler sexualisierter Gewalt in der Nachbarschaft, rassistischen und sexistischen Diskursen rund um geflüchtete muslimische Männer oder mit körperbezogenen hierarchischen Verhältnisse in Form von Diskriminierung oder Benachteiligung von älteren und behinderten Bürger*innen zu beschäftigen. Ein Beispiel aus der sozialarbeiterischen GWA ist das Nachbarschaftsprojekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt gegen sexualisierte Gewalt in der Nachbarschaft“ im fünften Wiener Gemeindebezirk. Das Projekt beruht auf einem Konzept der Gemeinwesenarbeitstheoretikerin Stövesand und wird vom Verein „Autonome Österreichische Frauenhäuser“ geleitet (vgl. Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser: o.A.).

Aus einer selbstkritischen Perspektive gegenüber der eigenen Profession unterstreichen wir, dass selbstorganisierte Bürger*inneninitiativen, wie Selbstorganisation von Migrant*innen, vorwiegend ohne sozialarbeiterische Begleitung entstanden sind und sich entfalten (vgl. Kapitel 3.4). Auch das Lernbeispiel des Grätzeltreffs Mitten in Hernalz kam erst durch diese Forschung in Kontakt mit Sozialer Arbeit. Aufgrund dessen

möchten wir betonen, dass Soziale Arbeit in Prozessen der zielgruppenübergreifende Selbstorganisation nur in die Rolle einer möglichen Unterstützerin tritt. Da der Grad zwischen Unterstützung und Bevormundung schmal ist, ist ein ständiger Balanceakt zwischen Fürsorge und Empowerment, Reflexion der Machtverhältnisse besonders in Bezug auf Entscheidungen und Rahmenbedingungen gefragt (vgl. Moser 2013: 153-154). Diese kritische Reflexion muss unter aktiver Einbeziehung der Bürger*innen geschehen. Auch hier bietet sich das Modell der Soziokratie an, um Entscheidungsprozesse partizipativ zu gestalten (vgl. Kapitel 2.1). Kurzum besteht die herausfordernde Aufgabe der Sozialen Arbeit in Prozessen der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation darin, zu unterstützen, zu begleiten und gleichzeitig sich zurückzunehmen. Eine permanente Selbstreflexion und Einbeziehung von Bürger*innen bewahrt Soziale Arbeit davor, in die Falle der Bevormundung zu tappen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass selbstorganisierte Prozesse Machthierarchien aufweisen, die sich in Entscheidungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten manifestieren. Um Machthierarchien entgegenzuwirken, bedarf es einer kritischen intersektionalen Betrachtung der Ungleichheiten, eines partizipativen Prozesses von Anfang an und eines niederschweligen Zugangs für alle. Organisationsmodelle wie die Soziokratie können hierbei dazu dienen, die Mitbestimmung aller zu fördern und Hierarchien flach zu halten. Wie bereits im Kapitel 3.4.3 erwähnt, stehen selbstorganisierte, heterogene Gruppen vor der Herausforderung, Machtverhältnisse und soziale Ungleichheiten zu reflektieren und auszubalancieren (vgl. Kapitel 3.4.3). Soziale Arbeit steht in selbstorganisierten, zielgruppenübergreifenden Prozessen als mögliche Unterstützerin zur Seite. Selbstreflexion und Partizipation von Bürger*innen schützen dabei vor Bevormundung

4.3.3 Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation. Ein Überblick

Basierend auf Kenntnissen aus der Masterarbeitsforschung und theoretischen Impulsen haben wir die nachstehende Definition von zielgruppenübergreifender Selbstorganisation entworfen:

Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation ist ein Prozess, in dem Bürger*innen neue, selbstermächtigte Strukturen schaffen. Dabei ist der Prozess über Zielgruppen hinweg wirksam und wird bei Bedarf durch sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit begleitet. Ziel ist es, sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken und das soziale Miteinander im Sozialraum und gesellschaftliche sowie soziale Teilhabe von Bürger*innen zu stärken.

Die folgende Tabelle stellt den Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation komprimiert dar.

Charakteristika	Theoretische Orientierungen
■ Geteilte Verantwortungen und Macht ■ Variiert stark nach Kontext und Akteuer*innen ■ Rolle Sozialer Arbeit als Vernetzerin, Moderatorin, Vermittlerin ■ sozialarbeiterische Unterstützung für zielgruppenübergreifende Wirksamkeit ■ Prozess	■ „Capabilities Approach“ (Nussbaum 2003) ■ Intersektionale Ungleichheitsanalyse (Winkler/Degele 2009) ■ Soziokratie als Organisationsmodell ■ GWA-Methoden ■ GWA als demokratiefördernde Brückenbauerin (Riede 2019) ■ Ansatz der „Empty Risky Spaces“ (Trenkwalder-Egger 2019)

Voraussetzungen	Effekte
■ Ehrenamt ■ Nachhaltigkeit durch finanzielle und zeitliche Ressourcen ■ längerfristiges Engagement der Bürger*innen ■ GWA-Expertise und Kenntnisse zu den Zielgruppen im Sozialraum ■ respektvolle Kommunikation und flache Hierarchien ■ niederschwelliger Zugang ■ partizipative Arbeitsweise ■ physische Räume und Räume des Experimentierens ■ Reflexion von Macht und Ungleichheiten gemeinsam mit Bürger*innen ■ selbstkritischer Zugang Sozialer Arbeit zu Hierarchien und Macht	■ Förderung sozialer Zugehörigkeit von Bürger*innen und Gestaltung des eigenen Umfeldes ■ sozialarbeiterische Skepsis ■ Förderung von Diversität und benachteiligten Zielgruppen ■ Stärkung des sozialen Miteinanders ■ Demokratisierung ■ Anwendung von Methoden des gemeinschaftlichen Entscheidens (z.B. Soziokratie) ■ mehr Teilhabemöglichkeiten für Bürger*innen ■ kollektive und soziale Räume

Tabelle 2 Ansatz zielgruppenübergreifende Selbstorganisation. Ein Überblick. (eigene Darstellung)

4.3.4 Resümee. Frischer Wind für die Gemeinwesenarbeit

Der vorliegende Teil der Masterarbeit hat den Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation durch eine Analyse der Forschungsergebnisse und Bezüge zur Literatur umrissen.

Es handelt sich bei diesem neuen Ansatz der Gemeinwesenarbeit, um einen Prozess mit einer eigenständigen Struktur, bei dem diverse Bürger*innen aktive Akteuer*innen sind. Durch zielgruppenübergreifendes Handeln werden kreative Räume der gesellschaftspolitischen Teilhabe geschaffen. Ziel des Prozesses der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation ist es, dass Bürger*innen sich selbst organisieren und dadurch selbst ermächtigen. Die Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass es durchaus diverse Zugänge und Diskrepanzen in Bezug auf zielgruppenübergreifende Selbstorganisation geben kann. Aufgrund dessen ist der Ansatz abhängig vom spezifischen Kontext und den diversen Akteuer*innen. Um das zielgruppenübergreifende Element zu gewährleisten, bedarf es sozialarbeiterischer Expertise zu Sozialraum und Gemeinwesenarbeit. Das zielgruppenübergreifende Element fördert Diversität in Selbstorganisationen. Eine kritische intersektionale Macht- und Ungleichheitsanalyse und Organisationsmodelle wie die Soziokratie unterstützen, Hierarchien flach zu halten und die Teilhabe von benachteiligten Zielgruppen zu fördern. Das Kapitel hat dargestellt, dass zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als neuer Ansatz der Gemeinwesenarbeit gegen aktuelle, gesellschaftliche Herausforderungen (Rechtsruck, Entdemokratisierung) eingesetzt werden kann, da er Strukturen und Ansätze der Selbstorganisation von Bürger*inneninitiativen mit Elementen der Gemeinwesenarbeit als zielgruppenübergreifende, „demokratiefördernde Brückenbauerin“ (Riede 2019) vereint. Somit reagiert die Soziale Arbeit auf soziale und politische Herausforderungen der Gegenwart und begleitet als Moderatorin, Vermittlerin und Mediatorin selbstorganisierte Bürger*inneninitiativen. Im Sinne einer Selbstkritik gegenüber der Profession Soziale Arbeit muss die Tatsache beachtet werden, dass selbstorganisierte Initiativen größtenteils ohne sozialarbeiterische Unterstützung existieren. Das bedeutet, dass Soziale Arbeit in selbstorganisierten Kontexten entbehrlich ist. Sie könnte jedoch als Unterstützerin selbstorganisierten Gruppen zur Seite stehen. Selbstkritik in Hinblick auf Machtverhältnisse und Bürger*innen-Partizipation könnten dabei vor Bevormundung bewahren.

Der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation baut auf diversen Grundprinzipien der Gemeinwesenarbeit auf. Durch das analytische Zusammenfügen dieser Bausteine und Erkenntnisse aus unserer Forschung kommt ein frischer Wind für

die GWA auf. Unsere Empfehlung ist es, diesen frischen Wind durch den Sozialraum St. Pölten wehen zu lassen. Um die Effekte des neuen Ansatzes zu erforschen, sind weiterführende sozialarbeiterische Forschungen zur Anwendung von zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation nötig.

.....

Literatur

- Alcántara, Sophia / Kuhn, Rainer / Renn, Ortwin/ Bach, Nicolas / Böhm, Birgit / Dienel, Hans-Liudger / Ullrich / Schröder, Carolin / Walk, Heike (2014): DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess. Dessau: Umweltbundesamt.
- Aschenbrenner-Wellmann, Beate / Ehrismann, Regina (2014): Die Soziale Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen. Rahmenbedingungen und methodische Herausforderungen. In: Soziale Arbeit (DZI) 10-11, 366-373.
- Autonome Frauenhäuser Wien (o.A.): Nachbarschaftsprojekt StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt.<https://www.aoef.at/index.php/aktuelle/nachbarschaftsprojekt-stop> [09.03.2020].
- Bitzan, Maria / Klöck, Tilo (1993): „Wer streitet denn mit Aschenputtel?“ Konfliktorientierung und Geschlechterdifferenz, München: AG SPAK.
- Degele Gabriele/ Winkler, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, Bielefeld: transcript.
- Faltin, Sonja/ Huber, Michaela (2015): Klient_innenpartizipation und Selbstvertretung in sozialen Einrichtungen in Österreich. In: soziales_kapital, 2015/14, 205-317.
- Fehren, Oliver (2006): Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz: emanzipatorisch oder herrschaftsstabilisierend? In: Neue Praxis, 2006/6, 575-595.
- International Federation of Social Workers (2014). Global Definition of Social Work. <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/> [09.03.2020].
- Lüttringhaus, Maria (2011): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang / Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel, Dieter (Hg. Innen): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim München: Juventa, 277-281.
- Maslow, Abraham (1977): Motivation und Persönlichkeit, Olten: Walter.
- Mitten in Hernals (2019): Homepage. <https://www.mitteninhernals.at> [26.01.2020].
- Moser, Michaela (2013): Selbstorganisation und Krise. In: Bakic, Josef / Diebäcker, Marc / Hammer, Elisabeth (Hg. Innen) Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Wien: Löcker, 144-158.
- Moser, Michaela / Schenk, Martin (2014): Armutsbetroffene als Akteure: Partizipation und Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrungen. In: Dimmel, Nikolaus/ Schenk, Martin/ Stelzer-Orthofer, Christine (Hg. Innen): Handbuch Armut in Österreich, 554-567.
- Moser, Michaela/ Trenkwalder-Egger, Andrea (2019): RADIKAL.SOZIAL Von Empty Risky Spaces und der Re-Radikalisierung Sozialer Arbeit, Ilse Arlt Symposium: FH St. Pölten.

- Munsch, Chantal (Hrsg.) (2003). Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Juventa: Weinheim, München.
- Nussbaum, Martha (2003): Frauen und Arbeit – Der Fähigkeitenansatz, In: Social Schience Open Access Repository, 8-37.
- Oelschlägel, Dieter (2007): Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit mit besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. In: Hinte, Wolfgang /Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel, Dieter (Hg. Innen): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim München: Juventa, 277-281.
- Riede, Milena (2017): Brückenbau und Demokratieförderung durch Gemeinwesenarbeit in heterogenen Nachbarschaften. Sozialraum.de <https://www.sozialraum.de/brueckenbau-und-demokratieforderung-durch-gemeinwesenarbeit-in-heterogenen-nachbarschaften.php> [09.03.2020].
- Riede, Milena/ Noack, Michael (Hg.Innen)(2017): Gemeinwesenarbeit und Migration – Aktuelle Herausforderungen in Nachbarschaft und Quartier. Stiftung Mitarbeit, Bonn.
- Riede, Melina (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf / Drilling, Matthias / Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer, 67-87.
- Ruhne, Renate (2019): (Sozial-)Raum und Geschlecht als strukturierendes Element des Sozialraums, In Kessl, Fabian/ Reutlinger, Christian (Hrsg.), Handbuch Sozialraum, Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, Wiesbaden: Springer, 203-224.
- Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit - eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 14-36.
- Trenkwalder-Egger, Andrea (2016): Sharing&Caring. Das Phänomen der Gabe in der Sozialen Arbeit, Budrich UniPress Ltd: Opladen, Berlin, Toronto.
- Weidmann, Stefan (2018): Gemeinwesenarbeit in einer alternden Gesellschaft. In: sozialraum.de (10) Ausgabe 1/2018, <https://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-in-einer-alternden-gesellschaft.php> [09.03.2020].

Daten

- ITV1, Interview, geführt von Alexander Kopp mit einer Sozialarbeiterin eines Stadtteilzentrums in Innsbruck, 21.05.2019.
- ITV2, Gruppendiskussion, geführt von Alexander Kopp mit Expert*innen und Nutzer*innen der Gemeinwesenarbeit in Innsbruck, 23.10.2019.
- TI2, Interview, geführt von Hanna Vettori mit einer Betreuerin und Projektleiterin von SOS-Menschenrechte, Ute Palmetshofer in Linz, 01.10.2019.
- TI3, Interview, geführt von Hanna Vettori mit einer Betreuerin für UMF von SOS-Menschenrechte, Dieter Turk in Linz, 01.10.2019.
- TI4, Interview, geführt von Hanna Vettori mit der Geschäftsführerin von SOS-Menschenrechte, Sarah Kotopulos in Linz, 07.11.2019.

TI5, Interview, geführt von Melina Minassians mit dem Vereinsvorstand von dem Verein "Mitten in Hernals", Bodo Winkler in Wien, 07.05.2019.

PTK3, Protokoll über ein Wisdom Council mit Mitgliedern des Vereins "Mitten in Hernals", verfasst von Elena Kundrat/Melina Minassians/Hanna Vettori, 23.09.2019.

PTK4, Protokoll einer Gruppendiskussion im Haus der Menschenrechte, verfasst von Susanne Gahleitner/Hanna Vettori, 01.10.2019.

Abbildungen

Tabelle 2 Ansatz zielgruppenübergreifende Selbstorganisation. Ein Überblick.

(eigene Darstellung) 265

.....

5 Gemeinwesenarbeit für St. Pölten

In diesem Kapitel soll eine umfangreiche Auseinandersetzung mit St. Pölten und seinen Bewohner*innen stattfinden. Dazu wird auf die Geschichte, die Versorgungslage, Stakeholder, Potentiale und Herausforderungen sowie auf Bedürfnisse eingegangen. Diese Erkenntnisse konnten einerseits auf theoretischer Ebene, andererseits durch eine Sozialraumbegehung zusammen mit einer ausgewählten Bewohnerin sowie durch eine tiefgreifende Analyse der Expert*inneninterviews und der veranstalteten Zukunftswerkstatt gewonnen werden.

Ein Teil der Datengenerierung fand mit Hilfe wichtiger Akteur*innen der Soziallandschaft St. Pöltens statt, die sich für Interviews bereitklärten und im Folgenden in alphabetischer Reihenfolge angeführt werden:

- Bühler, Barbara (Armutsnetzwerk NÖ)
- Eigelsreiter, Martina (Büro für Diversität)
- Groissmaier, Christian (Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung)
- Kulhanek, Gernot (selbstständig, Modulküche und Jugendarbeiter)
- Weiderbauer, Lena (Plattform KulturhauptSTART)
- Weidmann-Krieger, Markus (Sonnenpark)
- Wolf, Monika (Qualify for Hope)
- Vertreter eines Jugendzentrums (Steppenwolf)

Mit den Vertreterinnen des Büros für Diversität, der Plattform KulturhauptSTART, Qualify for Hope und Nordrand, welche aufgrund der Tatsache, dass sie unterschiedliche Zielgruppen repräsentieren, ausgewählt wurden, wurde innerhalb eines Vorbereitungstreffens weiter zusammengearbeitet und gemeinsam die Zukunftswerkstatt im Rahmen des Jour Fixe von KulturhauptSTART für den 19.09.2019 geplant. Diese wurde im Folgenden von den Masterstudierenden dieses Projekts mit reger Beteiligung von rund 70 Bewohner*innen der Stadt St. Pölten durchgeführt. Auf diese Ergebnisse werden sich die nachfolgenden Kapitel noch näher beziehen, detailliert eingehen und diese analysieren. Zudem wird eine Herleitung wichtiger Erkenntnisse aus den Lernbeispielen Haus der Menschenrechte in Linz, den Stadtteilzentren aus Innsbruck sowie des Projekts Mitten in Hernals vorgenommen, welche dem abschließenden GWA-Konzept als Grundlage dient. Dieses hat den Anspruch die Eigenschaften des Sozialraums St. Pöltens mit der Theorie und den Erkenntnissen aus

den Lernbeispielen zu verknüpfen, um so ein passendes Angebot für St. Pölten und vergleichbare Mittelstädte zu konzipieren.

5.1 Das ist St. Pölten!

– Beschreibung des Sozialraums

Trestl Michelle

Diese Masterarbeit möchte ein Konzept entwerfen, welches den zielgruppenübergreifenden Ansatz von Selbstorganisation mit Inhalten der GWA verknüpft. Hierzu benötigt es Wissen über den Sozialraum der Stadt St. Pölten, um die spezifischen Eigenschaften, Herausforderungen, die Potentiale, demographische Entwicklungen und Stadtteile sowie die Versorgungslandschaft zu kennen und darauf in der Konzeption Bezug zu nehmen. Dieses Wissen soll im hier vorliegenden Kapitel nun erarbeitet werden.

5.1.1 Von der Römerstadt zur aufstrebenden Mittelstadt

– Die Geschichte der Stadt St. Pölten

St. Pölten hat eine abwechslungsreiche Geschichte vorzuweisen, auf welche nachfolgend kurz eingegangen werden soll, um Entwicklungen, Einstellungen, Schattendasein und Aufschwung besser nachvollziehen zu können.

Das Gebiet des heutigen St. Pöltens war schon in der Jungsteinzeit besiedelt, was vielfältige Funde vor allem im Norden der Stadt beweisen (vgl. St. Pölten 2020). Durch die Römer wurde im ersten Jahrhundert n. Chr. die Stadt Celtium am Fluss Traisen gegründet, welche sich im Zentrum der heutigen Altstadt befand und von Kaiser Hadrian das Stadtrecht erhielt, welches Celtium bis ca. 450 n. Chr. zu einem wichtigen Anlaufpunkt in der Provinz Noricum machte (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten et al 2009:23). Ab dem neunten Jahrhundert n. Chr. erlebte die Region einen neuen Aufschwung, als durch die Unterwerfung der Awaren von Karl dem Großen das Christentum Einzug hielt. Auf Anweisung aus Tegernsee in Bayern wurde in der heutigen Altstadt ein Benediktinerkloster errichtet, welches dem Heiligen Hippolyt gewidmet war. Dieses gibt der heutigen Stadt St. Pölten seinen Namen. Die Bayern spielten bis ins späte Mittelalter eine bestimmende Rolle im Gebiet rund um St. Pölten. In dieser Zeit wurde der Siedlung 1050 das Marktrecht verliehen und diese in weiterer Folge im Jahr

1159 zur Stadt erhoben (vgl. Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2016:17). St. Pölten hat somit das älteste Stadtrecht Österreichs (vgl. St. Pölten 2020).

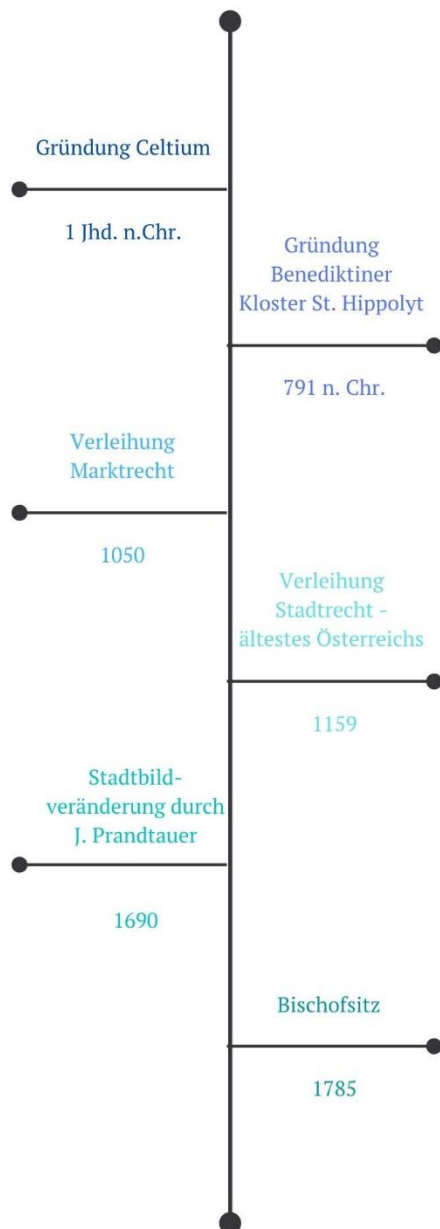
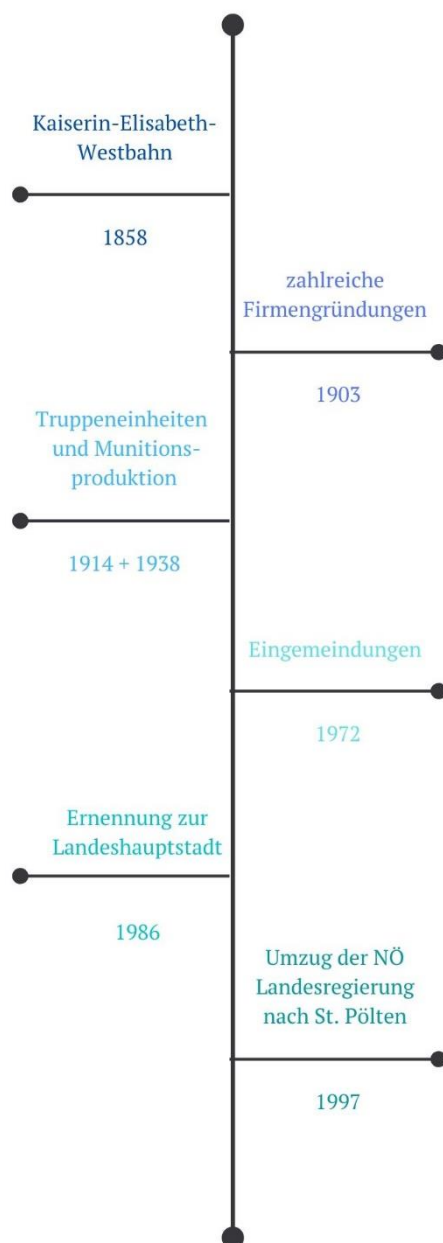


Abbildung 13 Zeitleiste (eigene Darstellung)

St. Pöltens Abhängigkeit von Bayern spiegelte sich im Stadtwappen wider. Angelehnt an das Wappentier des Bischofs von Passau zeigte es einen stehenden Wolf, der in seiner Tatze einen Bischofsstab festhält. Auch heute befindet sich der aufrechte Wolf noch im Wappen der Stadt (vgl. St. Pölten 2020). Im 13. Jahrhundert nahm die Stadt durch die Errichtung eines großen Marktes, des heutigen Rathausplatzes, und der Erbauung der Stadtmauern mit seinen drei befestigten Stadttoren eine Form an, die die nächsten Jahrhunderte überdauern sollte. Durch die Einfassung der Stadt blieb die Einwohnerzahl über diese Zeiten sehr konstant und betrug in etwa 3.500. Eine besondere Blütezeit erlebte die Stadt um das Jahr 1690 als der barocke Bauboom rund um Jakob Prandtauer und dessen Neffen Joseph Munggenast eintrat, welcher das heutige Erscheinungsbild von St. Pölten noch nachhaltig prägt. Zudem erfuhr St. Pölten eine Aufwertung durch Kaiser Joseph II. als dieser das Kreisamt für das Viertel ob dem Waldviertel an die Stadt übergab und sie damit zur kaiserlichen Viertelstadt machte. Des Weiteren wurde 1785 der Bischofssitz von Wiener Neustadt nach St. Pölten verlegt und mit der Erbauung von sechs geistlichen Niederlassungen die Schaffung eines kirchlichen Zentrums eingeleitet.

Zur Weiterentwicklung des damaligen St. Pölten hat die Errichtung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn im Jahr 1858 grundlegend beigetragen. Um die Bahn umsetzen zu können, mussten wesentliche Teile der Stadtmauern und zwei der drei Stadttore abgetragen werden, was dazu führte, dass sich ab diesem Zeitpunkt die Stadt in alle



Richtungen ausdehnen konnte. Bereits zuvor hatten sich erste kleinere Betriebe in der Stadt angesiedelt, durch den Ausbau der Westbahn und weiteren kleinen Bahnen ins Umland schritt die Industrialisierung weiter voran und große Firmen, wie die Papierfabrik Salzer, die Maschinenfabrik Voith und die Glanzstoff-Fabrik, ließen sich in St. Pölten nieder. Dieser wirtschaftliche Aufschwung machte sich auch in anderen Bereichen bemerkbar. Die Stadt bekam Schulen, Gaslaternen, eine Kanalisation und ein Sommerbad. 1856 wurde das städtische Krankenhaus eröffnet, 1903 folgte das städtische Elektrizitätswerk und ab dem Jahr 1911 fügte sich die Straßenbahn in den Alltag der St. Pöltner*innen ein. Diese Veränderungen ließen bis zum Jahr 1910 auch die Einwohnerzahl auf rund 22.000 ansteigen (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten et al. 2009:63-66). Im Ersten Weltkrieg wurden in St. Pölten Truppeneinheiten stationiert sowie ein Kriegsgefangenenlager, ein Truppenspital und ein Lazarett errichtet. Die bis dahin entstandenen Industriebetriebe wurden unter anderem umstrukturiert, um sie für die Kriegsgüterproduktion nutzen zu können. Die Folgen des Kriegs waren in St. Pölten dieselben wie im restlichen Land: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Lebensmittelmangel (vgl.

St. Pölten 2020). Auch der Zweite Weltkrieg hinterließ seine Spuren in St. Pölten. 39 % der Gebäude waren durch Luftangriffe und Frontkämpfe teilweise beschädigt oder gänzlich zerstört worden. Der Wiederaufbau unter sowjetischer Besetzung lief nur langsam an und dauerte bis zum Ende der Fremdherrschaft im Jahr 1955 (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:18). Die über die Jahre schrittweise stattfindende Eingemeindung von umliegenden kleineren Ortschaften, wie etwa St. Georgen, Viehhofen, Stattersdorf, Pottenbrunn und weiteren, führte 1972 dazu, dass St. Pölten die 50.000 Einwohnergrenze überschreiten konnte (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten et al.

2009:26-27). Durch eine Verfassungsänderung und nachdem eine Volksbefragung, der sich vier niederösterreichische Städte stellten, abgehalten wurde, wurde St. Pölten am 10. Juli 1986 zu Niederösterreichs Landeshauptstadt ernannt. Mit der Fertigstellung des Landhausviertels im Jahr 1997 bekam die Stadt auch den Sitz der niederösterreichischen Landesregierung. Diese wurde gemeinsam mit anderen Landesbehörden aus Wien nach St. Pölten übersiedelt (vgl. Nasko / Rosner 2010:301-302). Aktuell ist St. Pölten mit rund 55.000 Einwohner*innen die neuntgrößte Stadt Österreichs und gleichzeitig die drittkleinste Landeshauptstadt (vgl. Statistik Austria o. A.).

5.1.2 Das ist mein St. Pölten!

– Sozialraumbegehung mit einer Bewohnerin

Die empirische Erfassung eines Sozialraums im Berufsfeld der Sozialen Arbeit kann von unterschiedlichen inhaltlichen Blickwinkeln vorgenommen werden (vgl. Michel-Schwartze 2009:262-263). Bedeutend ist es, das lebensweltliche Hintergrundwissen der Bewohner*innen einzubauen, welches aus deren sozialer Praxis erwächst und einen guten Einblick in den Sozialraum geben kann (vgl. ebd.:271). Deswegen kann die Erkundung gemeinsam mit Stadtteilexpert*innen vorgenommen werden, um auf diesem Weg eine Sozialraumanalyse zu erstellen, da diese durch ihre individuelle Wahrnehmung spezielle Zugänge zu den jeweiligen Räumen bieten können. Auf diese theoretischen Inputs aufbauend wurde mittels einer Sightseeingtour zusammen mit einer Bewohnerin (vgl. Budde et al. 2007:134-138) der südliche und nördliche Teil von St. Pölten – ausgehend vom Bahnhof – begangen und soll als Grundlage für die folgende Darstellung dienen.

Gemeinsam mit Alexandra Winkler wurde von mir, Michelle Trestl, am 7.3.2020 in der Zeit von 09:00 bis 11:00 Uhr der südliche Teil und anschließend bis 14:00 Uhr der nördliche Teil der Stadt besucht. Winkler zählt unter anderem als Stadtteilexpertin, weil sie bereits seit fünf Jahren in St. Pölten wohnt und als Mitarbeiterin einer Beratungseinrichtung in St. Pölten tätig ist, weshalb sie einen besonderen Blick auf Subkulturen hat, ihre Freizeit und Arbeitszeit sowohl in der Altstadt, aber auch in Teilen des Nordens verbringt, sowie einen spezifischen Einblick auf Potentiale und Herausforderungen der Stadt hat. Ausgehend vom Bahnhof, auf welchem laut Winkler unter der Woche viele Schüler*innen und Pendler*innen anzutreffen sind, sollten Plätze gefunden werden, die St. Pölten ausmachen, die Stadt beschreiben und sich für Außenaktionen einer zu etablierenden GWA eignen könnten.

Die barocke Innenstadt und die Geisterstadt – Der Süden St. Pölten

Der Aufforderung nachkommend jene Plätze, die St. Pölten ausmachen, innerhalb einer Sightseeingtour zu zeigen, schlägt Winkler zuallererst den Weg in den Süden, in die Altstadt, ein. Laut ihr nimmt ihn der Großteil der Menschen, da viele der Meinung sind, dass der nördliche Teil nicht sehenswert sei. Sie vertrete diese Meinung allerdings nicht. Den Weg durch die Fußgängerzone hingegen finden viele Schüler*innen und auch jene, die zum Einkaufen nach St. Pölten kommen. Die Fußgängerzone führt einen durch die barocke Altstadt, entlang an historischen Gebäuden, kleinen Lokalen und diversen Geschäften. Im Zuge dieser Stadtteilerkundung treffen wir hauptsächlich deutschsprechende Menschen, die ihre Einkäufe erledigen. Vorwiegend sind diese dem Anschein nach älter als 40 Jahre oder Familien mit Kindern. Vor einem Gebäude mit weißgelblicher Fassade macht Winkler halt und verweist auf die vielen kleinen Teller, die im oberen Bereich angebracht sind. Viele Schulklassen, welche die Landeshauptstadt besuchen, blieben vor dem Tellerhaus stehen, da es mit seinen 168 Tellern mit Zwiebelmuster an seine alte Nutzung als Geschirrgeschäft erinnert, erzählt Winkler. Durch eine kleine Gasse neben dem Tellerhaus wird der Rathausplatz mit der Fußgängerzone verbunden, der das Herzstück der Altstadt darstellt und Winkler als nächstes aufsucht. Sie erzählt, dass dieser Platz in der Geschichte St. Pöltens schon immer eine große Wichtigkeit gehabt habe, aber heute zumeist nur von Menschen besucht wird, die sich in eines der Cafés oder Restaurants setzen möchten. Trotz der vielen Lokale ist es auffallend ruhig am Platz, die Lokale spielen in ihren bereits geöffneten Gastgärten keine Musik. Veranstaltungen finden laut Winkler selten statt, auch der hier zur Verfügung stehende öffentliche Raum wird von Bürger*innen nicht genutzt. Dieses Bild zeigt sich auch während der Stadtteilerkundung. An diesem Platz sind einige barocke Bauwerke angesiedelt, wie etwa das Rathaus und die Franziskanerkirche. Winkler verweist auf die kulturellen Gebäude, wie etwa das Stadtmuseum, die Bühne im Hof und das Landestheater. Inmitten des Platzes befindet sich ein großer Wegweiser, welcher den Weg zur Europäischen Kulturhauptstadt ankündigt, worauf Winkler aber nicht weiter eingeht. Das Leiner-Gebäude ist ihr wichtig. Sie erzählt, dass die Firma in St. Pölten gegründet worden und man früher darauf sehr stolz gewesen sei. Jetzt soll es zu einer Bar mit Dachterrasse umgebaut werden. Vom Rathausplatz führt die Stadtteilexpertin weiter auf den Herrenplatz, der sich ebenfalls durch Barockbauten mit einer zentral platzierten Mariensäule und einem täglichen Markt auszeichnet. Direkt daneben liegt der Domplatz, welchen Winkler aufgrund des Marktes, der donnerstags und samstags stattfindet, gerne besucht. Es herrscht reges Markttreiben und Winkler weist auf die regionalen Produkte an den Ständen hin. Zudem meint sie, dass der Markt zum beliebtesten Österreichs gewählt wurde, wie man auch

im Falstaff Magazin (2019) nachlesen kann. Die Marktbesucher sind eher durchmischt und wirken in ihrem Auftreten alternativer und entspannter als jene Personen in der Fußgängerzone. Kritisch sieht Winkler, wie ihrer Meinung nach auch viele andere die Nutzung des Platzes als Parkplatz. Vor dem Dom verweist Winkler auf die Ausgrabungen und die vor einigen Wochen noch sichtbar freigelegten Skelette. Archäologische Ausgrabungen spielen laut ihr seit Jahren eine bedeutende Rolle in der Altstadt. Der letzte Punkt der Sightseeingtour ist das außerhalb liegende Regierungsviertel, welches Winkler zeigen möchte. Der Weg in das politische und kulturelle Viertel von St. Pölten ist nicht klar gekennzeichnet und als Fremder müsse man diesen erst suchen, meint sie. Sie wählt den Weg über die Lederergasse, wo man an der ehemaligen Synagoge vorbeikommt, die laut Winkler heute als Institut für jüdische Geschichte dient. Im Landhausviertel angekommen, begrüßt mich Winkler mit: „Herzlich Willkommen in der Geisterstadt!“ Neben den vielen modernen Bauten, wie dem Landtagsschiff, dem Sitz der niederösterreichischen Landesregierung, dem Festspielhaus und dem Museum Niederösterreich, herrscht Leere. Kaum ein Mensch ist anzutreffen und Winkler meint, dass dies täglich nach Büroschluss der Landesregierung so aussehe. Sie verweist auf das Wahrzeichen St. Pöltens, den Klangturm. Fügt aber hinzu, dass dieser lange Zeit als interaktive Ausstellung diene, nun aber nur mehr als Aussichtsterrasse genutzt werden kann. Als Angstplatz kann Winkler auf dieser Sightseeingtour kaum eine Örtlichkeit bezeichnen, lediglich der Sparkassenpark, welcher an den Bahnhof anschließt, fällt ihr mit Problematiken rund um Jugendliche und Drogenkriminalität als möglicher Konfliktort ein (vgl. STE1).

Abschließend zur Stadtteilerkundung des Südens von St. Pölten wurden Winkler folgende zwei Fragen gestellt (vgl. Budde et al 2007:133):

„Wenn es hier eine wichtige Veränderung gäbe, die ich einführen würde, dann wäre das...

... die Etablierung von riesigen gemütlichen Sitzmöglichkeiten, die die Leute zum Verweilen einladen und somit konsumfreie Räume geschaffen werden würden, dann gebe es vielleicht ein paar mehr offene Austauschmöglichkeiten, wo Menschen zusammenkommen!“ (STE1)

„Stell dir vor, jemand vom Mars landet hier. Du bist die Erste, den er trifft und er fragt dich, was für eine Art Stadtteil das ist...

...die Altstadt ist noch der lebendigere Stadtteil, der recht schön aussieht, das Regierungsviertel hingegen könnte wirklich der Schauplatz einer Landung von Marsianer*innen sein!“ (STE1)

Der verkannte Norden St. Pölten

Verlässt man den Bahnhof in Richtung Norden, so findet man sich in einem Wohn- und Arbeiterviertel wieder, wie Winkler innerhalb der Stadtteilerkundung erzählt. Dies fällt sogleich durch die Baustellen von neuen Wohnprojekten, die vielen Werbeplakate für diese und die Anzeigen „Wohnung zu vermieten“ auf. Ihr erster Ort, den sie zeigen möchte, ist der Saal der Begegnung. Sie gibt Auskunft darüber, dass dieser sich im alten ÖGB-Gebäude befindet und für Veranstaltungen gebucht werden kann. Wöchentlich fänden Treffs statt sowie samstags das Diversity Café. So auch heute, weshalb Winkler in das Gebäude hineingeht und wir dort auf eine Gruppe treffen, die sich aus jungen Migrant*innen, einer Nonne und einem kaukasisch aussehenden Mann zusammensetzt. Die Gruppe begrüßt uns freudig und stellt sich und ihr Anliegen vor. Nach dieser Unterhaltung führt mich Winkler weiter zur Fachhochschule St. Pölten und stellt diese als das Zentrum der Ausbildungsstadt St. Pölten vor. Auf dem Weg dorthin fällt auf, dass in diesem Stadtteil viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Sprachen anzutreffen sind, die hier laut Winkler wohnen. An der FH berichtet sie, dass diese seit 1996 besteht und auf mehrere Standorte aufgeteilt ist. Zurzeit wird sie durch einen Neubau großzügig ausgebaut. Anzutreffen sind viele junge Menschen, wobei sich auch ältere Student*innen untermischen, wofür Winkler die berufsbegleitenden Studien verantwortlich macht, die vorwiegend an Wochenenden oder in Blöcken stattfinden. Von der FH führt mich Winkler weiter zum Fluss Traisen, der für sie zum Erholungsgebiet zählt und vielen St. Pöltner*innen zur sportlichen Betätigung dient. Dies bestätigt sich auch während der Erkundung, da verschiedene Personen beim Spaziergehen, Radfahren oder Inlineskaten angetroffen werden. Der nächste Punkt der Sightseeingtour ist der Traisenpark. Dieser dient den St. Pöltner*innen als Einkaufszentrum und ist am Tag der Begehung äußerst belebt. Auch unter der Woche seien hier viele Menschen, da in diesem Gebäude Deutschkurse abgehalten werden und das Jugendbildungszentrum dort seinen Platz hat. Die Parkplätze des Traisencenters und auch das Parkhaus beim Traisenpark selbst sind gut gefüllt. Die Menschen bewegen sich rasch fort und scheinen von einer Erledigung zur nächsten zu müssen. Auffallend sind mehrere Gruppen von jugendlichen Burschen, die sowohl vor dem Einkaufszentrum als auch in ihm zusammenstehen und hier gemeinsam ihre Freizeit verbringen. Etwa zehn Minuten zu Fuß entfernt zeigt mir Winkler einen ihres Erachtens beliebten Treffpunkt der St. Pöltner*innen: den Viehhofner See. Nebenan liegt ein weiterer See, der Ratzersdorfer

See. Beide dienen als Naherholungsgebiet, laden zum Baden, Spaziergehen und Sporttreiben ein. Auch ein Lokal ist zu finden, das laut Winkler im Sommer immer voll ist. Sie erzählt, dass diese beiden Seen künstlich angelegte Baggerseen sind und erst 2006 die Seen-Brücke gebaut wurde, welche die beiden verbindet. Sie selbst sei gerne hier und man treffe viele bekannte Gesichter im Sommer, es werde Musik gehört, zusammen gespielt, gepicknickt und es herrsche eine entspannte Atmosphäre. Die Menschen, die wir innerhalb der Stadtteilerkundung treffen, sind sehr divers, verschiedenen Alters und zumeist mit Kindern oder ihren Hunden unterwegs. Auf die Frage nach Konfliktpunkten im Norden fällt Winkler zunächst Nichts ein. Nach einer kurzen Denkpause meint sie, dass manche Bewohner*innen die Gruppen von Jugendlichen rund um den Traisenpark und um den Bahnhof als störend empfinden. Sie selbst sehe das nicht so und habe noch keinerlei größere Konfliktpotentiale wahrnehmen können (vgl. STE2).

Auch am Ende dieser Stadtteilerkundung wurden der Expertin dieselben Fragen nach Budde et al. (2007:133) gestellt, um den Unterschied oder auch Gemeinsamkeiten der beiden begangenen Stadtteile sichtbar zu machen:

„Wenn es hier eine wichtige Veränderung gäbe, die ich einführen würde, dann wäre das...

...dann wären das gemütliche Sitz- und Chillmöglichkeiten entlang der Traisen, wo man Grillen kann und vielleicht aufgeschütteten Sand!“ (STE2)

„Stell dir vor, jemand vom Mars landet hier. Du bist die Erste, den er trifft und er fragt dich, was für eine Art Stadtteil das ist...

...das ist ein sehr bunter Stadtteil, da gibt's viele Menschen mit Migrationshintergrund, auch viele Studierende und entlang der Traisen und an den Seen sind fast alle St. Pöltner*innen vertreten!“ (STE2)

5.1.3 Lebensraum oder Nutzraum?

– Die Atmosphäre in St. Pölten

Anschließend an die Sozialraumbegehung soll geklärt werden, wie die Stadt nun genutzt wird. St. Pölten hat wie eben dargestellt seine wiedererkennbaren Eigenheiten und

zeichnet sich als Stadt darüber aus, nicht homogen und organisch gewachsen zu sein. Durch die vielen unterschiedlichen Stadtteile, die hauptsächlich einen ländlich-dörflichen Charakter tragen, wirkt die Stadt etwas zusammengewürfelt, nicht vereint und abgegrenzt (vgl. Universum Magazin 2019:35).

So teilt auch die Bahnstrecke St. Pölten in zwei eher getrennte Lebensbereiche der Einwohner*innen. Durch den Zusammenschluss der vielen kleinen Gemeinden ist die Stadt mit großen Grünflächen ausgestattet, welche einerseits als Bauflächen, andererseits zur Entwicklung von Freiflächen genutzt werden können.

Diese Resultate aus der im Kapitel „Geschichte“ beschriebenen Eingemeindung von umliegenden Ortschaften stellen fast fünfzig Jahre danach noch immer eine Herausforderung für die Stadt und für eine neu zu etablierende Gemeinwesenarbeit dar.

Wie aus der oben angeführten Sozialraumbegehung herauszulesen ist, wird das Bild der historischen Altstadt durch den Rathausplatz und den Herrenplatz sowie durch den Dom konstituiert. In dieser findet geschäftiges Treiben statt, Schüler*innen suchen ihren Weg in die Ausbildungsstätten und der eine oder andere lässt sich am Markt oder in einem Lokal mit Köstlichkeiten verwöhnen. Um die Altstadt herum sind die Seen, das Traisenufer und der Stadtwald naturbelassene Orte, die zum Verweilen oder Sporttreiben einladen, während der Traisenpark oder das Gewerbegebiet Süd die Menschen anziehen, um dort einkaufen zu gehen. Dazwischen findet man immer wieder Baustellen, die neuen Wohnraum schaffen, während anbei Häuser und Lokale leer stehen. Das Landhausviertel mit seinem Theater und Museum bietet kulturelles Angebot und ergänzt so jenes der Altstadt, ist aber ansonsten verlassen und wenig attraktiv für die Bewohner*innen. Insgesamt ergibt sich ein Bild einer aufstrebenden Mittelstadt, die als Arbeiter*innen- und Ausbildungsstadt gekennzeichnet ist, wie auch der Jugendarbeiter Kulhanek meint:

„Es gibt viele gute Plätze. Das ist generationsabhängig. Lange hat die Gastronomie gejamert, weil die Leute am Wochenende aus der Stadt gefahren sind. Aber die Jungen machen das nicht mehr so. Es hat sich eh viel getan. Es ist ein Wandel da.“ (ITV8: 00:20:41)

5.1.4 Wer ist St. Pölten?

– Strukturen und demographische Ausgangslage in St. Pölten

Um St. Pölten auf einer strukturorientierten Ebene zu beschreiben, soll der Sozialraum in den beiden nachfolgenden Kapiteln hinsichtlich relevanter sozialer Unterscheidungen und Merkmale, welche die Lebenswelten der Bewohner*innen aufgreifen und über die Chancen, die Herausforderungen sowie die Angebote der Soziallandschaft informieren,

beschrieben werden (vgl. Michel-Schwartz 2009:264-270). Angelehnt ist die Strukturierung an einem Raster von Budde et al. (2007:131-133) zur Stadtteilbeschreibung.

St. Pölten zeigte sich über die Jahre hinweg als sehr vielseitige und wandelbare Stadt und veränderte sich vom römischen zu einem katholischen Zentrum, über eine Industriestadt zu einer Arbeiter*innenstadt und schlussendlich zu einer Dienstleistungs- und Verwaltungsstadt (vgl. Nasko / Rosner 2010:301-302).

St. Pölten hat heute eine Ausdehnung von rund 109 Quadratkilometern und beheimatete laut Land Niederösterreich im Jahr 2019 55.044 Einwohner*innen. Den Großteil der Bevölkerung stellen die 20- bis 59-Jährigen, mit einer Zahl von 33.156, dar, während die Bevölkerungsgruppe, der über 60-Jährigen 14.182 zählt und die unter 19-Jährigen die kleinste Gruppe mit 10.706 bilden (vgl. Land Niederösterreich 2019). Im Jahr 2016 ergab sich aus der Bevölkerungszahl ein durchschnittliches Alter von 44 Jahren (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:24).

Aktuellen Prognosen zufolge soll die Stadt bis zum Jahr 2025 auf eine Einwohnerzahl von 60.000 bis 65.000 Menschen anwachsen. Einen großen Anteil wird der Zuzug aus den umliegenden ländlichen Gebieten ausmachen, zusätzlich sollen auch vermehrt Menschen aus Wien nach St. Pölten ziehen (vgl. Universum Magazin 2019:36-37).

Die baulich-räumliche Struktur

Die Stadt zählt mit ihrer Fläche zu den größten urbanen Gebieten in Österreich, dennoch sind die meisten Wege des täglichen Lebens für einen Großteil der Bevölkerung gut zu Fuß oder mit dem Rad zu erledigen (vgl. ebd.:35-37). Jene Stadtteile, die an die Altstadt grenzen, ergeben zusammen ein homogenes Bild und bilden das Zentrum der Stadt. Mit der Eingemeindung der umliegenden, meist sehr dörflichen Ortschaften erhielt St. Pölten einerseits einen sehr hohen Grünflächenanteil, andererseits erschweren sie, dass die Stadt als geschlossenes, einheitliches Gebiet wahrgenommen wird (vgl. Nasko / Rosner 2010:305). Genauso verhält es sich mit dem Landhausviertel. Für die neue Funktion als Landeshauptstadt wurde entlang des Flusses Traisen das neue Regierungs- und Kulturviertel gegründet, was zur Schaffung eines weiteren neuen Stadtviertels führte, welches oftmals nicht zum Zentrum gehörend wahrgenommen wird (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten et al. 2009:49).

Zurzeit besitzt die Stadt St. Pölten etwa 140 Wohnhäuser mit rund 2.000 Wohnungen. Ein Teil dieser Wohnungen soll auch sozial benachteiligten Menschen zur Verfügung stehen. Zudem soll bei den nun neu errichteten Anlagen stets geförderter Wohnraum mitgestaltet werden (vgl. ebd.:109). Hierzu fällt auf, dass über die Homepage der Stadt

St. Pölten keinerlei Informationen zur Beantragung einer Gemeinde- oder Sozialwohnung gegeben werden und sich auch keine Anforderungen finden lassen, die vorgeben, welche Bewohner*innen eine solche Wohnung beantragen können. Des Weiteren ist nicht angegeben, wie viel Wohnraum es für sozial benachteiligte Menschen es in St. Pölten gibt (vgl. Stadt St. Pölten 2020). Mit dem stetigen Wachstum der Stadt muss mehr Wohnraum angeboten werden, was sich durch eine verstärkte Bebauung im Stadtrandbereich bemerkbar macht (vgl. Universum Magazin 2019:35).

Da im Süden der Stadt bereits viele Flächen bis zur Autobahn verbaut wurden, begann man im Norden mit der Stadtvergrößerung. Auch Geschäftsflächen in Form von großen Einkaufszentren und Gewerbegebiete zog es an den Stadtrand. Diese beiden Entwicklungen trugen auch dazu bei, dass es in der Innenstadt zu einem Leerstand bei Wohnungen und Geschäftslokalen gekommen ist, wogegen die Stadt zurzeit mit mehreren Initiativen anzukämpfen versucht (vgl. Nasko / Rosner 2010:306).

Auch bei anderen leerstehenden Gebäuden, wie der Glanzstoff-Fabrik und der Kopalkaserne, ist es wünschenswert, wenn diese einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten et al. 2009:49).

Kennzeichnend für die Stadt St. Pölten sind wie bereits genannt ihre Grünflächen. Gegliedert können diese Flächen nach naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Gegebenheiten werden. Neben dem Stadtwald, der Traisen, dem Viehofner und Ratzersdorfer See sowie mehreren Parkanlagen als Erholungsgebiete dienen viele Flächen der intensiven Landwirtschaft zum Ackerbau. Die Versorgung mit Spielplätzen ist laut des integrierten Stadtentwicklungskonzepts der Stadt St. Pölten ausreichend, es zeigt sich aber, dass deren Lage oftmals nicht mit den Bedürfnissen der jeweiligen Bewohner*innen übereinstimmt (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:36-37). Die Wahrnehmung der Bewohner*innen hierzu ist eine andere, wie sich in der Zukunftswerkstatt zeigte (vgl. D1). Darauf soll in Kapitel 5.3 noch näher eingegangen werden.

Die St. Pöltner*innen – Sozialstruktur

Durch die Eingemeindung und den Zuzug nach St. Pölten veränderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Sozialstruktur der Bevölkerung bis zum heutigen Tag schrittweise. Obwohl noch immer Industrie in der Stadt existiert, verwandelte sich St. Pölten zu einer Schul- und Verwaltungsstadt, was sich auch in den Daten der Statistik Austria bemerkbar macht. Waren 2001 noch rund 32.000 Menschen im Tertiären Sektor, zu welchem unter anderem soziale und öffentliche Dienste zählen, beschäftigt, so waren es zehn Jahre später bereits mehr als 43.000 Angestellte, während die Zahlen im Sekundären Sektor, welcher die Herstellung von Waren einschließt, leicht rückläufig sind und im Jahr 2011

circa 8.000 Beschäftigte angegeben wurden. Im Jahr 2001 waren hier noch rund 8.700 Arbeiter*innen tätig (vgl. Statistik Austria o. A.).

Neben der Landesregierung ist das seit 2005 zum Land Niederösterreich gehörende Krankenhaus mit rund 3.100 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in der Region (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten 2009:106). Trotz aller Bemühungen der Stadt zur Steigerung der Stadtbevölkerung besteht in Folge davon ein starkes Übergewicht an Pendler*innen. Täglich kommen laut Erhebungen der Statistik Austria aus dem Jahr 2017 rund 35.200 Menschen zum Arbeiten und etwa 6.100 Schüler*innen und Student*innen nach St. Pölten. Während 8.647 Erwerbstätige auspendeln und 758 junge Menschen eine (Hoch-)Schule außerhalb St. Pöltens besuchen. Betrachtet man den generellen Erwerbsstatus der in St. Pölten lebenden Personen, so kann gesagt werden, dass 51,2 % erwerbstätig sein könnten. Von diesen gehen 46,1 % einer Arbeit nach, während 5,1 % erwerbslos sind (vgl. Statistik Austria o. A.).

Durch die damals bestehenden Arbeitsplätze in der Industrie zogen viele Arbeitsemigrant*innen mit deren Familien in die Stadt, die bis heute geblieben sind. In St. Pölten leben heute Menschen aus 104 verschiedenen Ländern, die zahlenmäßig größten Gruppen entstammen der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. Der Anteil an Migrant*innen in St. Pölten betrug im Jahr 2017 17,1 % (vgl. ebd.).

Erhebungen des Büros für Diversität zufolge gehören rund 40.000 Einwohner*innen einer Religionsgemeinschaft an. Von den sechzehn in Österreich gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften sind in St. Pölten fünfzehn vertreten, daneben gibt es weitere vier eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaften.

Die größten sind demnach die katholische Kirche mit etwa 25.000 Mitgliedern, die evangelische Kirche mit rund 2.700 und die islamische Glaubensgemeinschaft, zu der sich 800 Familien bekennen. Eine wichtige Glaubensrichtung stellt zudem die alevitische Gemeinschaft dar (vgl. NÖN 2015).

Hinsichtlich der höchsten abgeschlossenen Ausbildungen der St. Pöltner*innen lässt sich erkennen, dass ein großer Teil, nämlich 25,5 %, der Einwohner*innen lediglich eine Pflichtschule abgeschlossen hat (vgl. Statistik Austria o. A.). Dies ist im Vergleich zum Österreichschnitt, welcher im Jahr 2017 bei 18 % lag, deutlich höher (vgl. Statistik Austria 2017). Rund 31 % der Menschen in St. Pölten verfügen über eine Lehre, während 10,5 % eine Hochschule oder eine andere verwandte Institution abgeschlossen haben. Knapp 14 % absolvierten eine berufsbildende mittlere Schule, 8% eine berufsbildende höhere Schule und rund 6 % haben eine AHS besucht (vgl. Statistik Austria o. A.).

Trotz der Zunahme der Haushalte auf eine Zahl von 24.708 Privathaushalten bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,16 Personen, blieb die Bevölkerung seit 1981 relativ konstant. Auffallend ist, dass rund 9.800 Menschen alleine sowie 1.231 Personen in einem nicht privaten Haushalt, wie etwa in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, leben (vgl. ebd.).

Hinsichtlich der Familienstrukturen lässt sich erkennen, dass der Großteil der Paare mit Kindern verheiratet ist und nur eine deutlich geringere Anzahl von Eltern in einer Lebensgemeinschaft zusammenlebt. Rund 2.000 der 14.785 Kernfamilien leben als Eltern-Familien mit ihren Kindern. Die durchschnittliche Kinderanzahl lag im Jahr 2017 bei 1,66 (vgl. ebd.).

Verkehr und Mobilität in St. Pölten

Die vergleichsweise geringe Größe der Innenstadt St. Pöltens erzeugt eine gute fußläufige Erreichbarkeit der wichtigsten Lokalitäten und Plätze. Die Innenstadt, deren Gassen zumeist als Fußgängerzone genutzt werden, wird vom Ring umschlossen. Dennoch entfallen nur 8 % des Verkehrs auf Radfahrer*innen und 26 % auf Fußgänger*innen (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:37).

Der Autoverkehr nimmt durch die Auslagerung von Einkaufszentren und Wohnhausanlagen an den Stadtrand auch in St. Pölten jährlich zu, was zu einer Knappheit an Parkplätzen, vor allem in der Innenstadt, führt (vgl. Universum Magazin 2019:37).

Die Implementierung des Stadtbussystems, dem sogenannten LUP Bus, sollte eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs in St. Pölten bringen. Mittlerweile gibt es 13 Linien, die nicht nur innerstädtisch verkehren, sondern auch die eingemeindeten Ortschaften an die Stadt anbinden. Zu einem Preis von 1,80 € kann eine Einzelfahrt erworben werden. Das Jahresticket kostet 365 € (vgl. VOR 2019). Erst seit Dezember 2018 verkehren alle Buslinien auch an Sonn- und Feiertagen (vgl. VOR 2018). Dennoch fällt bei der Betrachtung des Fahrplans auf, dass die Busse zwar täglich fahren, aber der Verkehr nur am Tag angeboten wird und abends keine Busse mehr genutzt werden können, was ein Umsteigen auf ein Taxi oder den privaten Verkehr erzwingt. Gerade am Wochenende und nachts wären aber öffentliche Verbindungen von der Bevölkerung gewünscht (vgl. D1:12), worauf noch näher im Kapitel 5.3 eingegangen wird. Am Beispiel der Linie 1 (Ghegastraße – Living City) soll dies aufgezeigt werden:



Abbildung 15 Darstellung des Fahrplans der LUP-Linie 1 (eigene Darstellung) (vgl. VOR 2019)

Der erst kürzlich erfolgte Umbau des Hauptbahnhofs möchte ebenso die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs bei der Bevölkerung erhöhen und den Individualverkehr verringern.

Durch seine direkte Lage an der Westbahn hat der Hauptbahnhof St. Pölten eine überregionale Bedeutung gewonnen und mehr als 20.000 Menschen frequentieren täglich. Auch Verbindungen in den Norden in Richtung Krems und Tulln und Süden nach Mariazell und Hainfeld bzw. Lilienfeld werden regelmäßig angeboten.

St. Pölten liegt zudem mit seiner Anschlussstelle Süd direkt an der Westautobahn A1. Die Kremser Schnellstraße S33 führt ebenso nach St. Pölten und kann über die beiden Abfahrten St. Pölten Ost und Nord erreicht werden. Auch die Wiener Straße B1 führt über die Traisenbrücke durch das Zentrum (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:37-38). Immer wieder kommen Diskussionen über eine neue Konstruktion und Anlegung des Verkehrs auf, um diesen an die Bedürfnisse der Stadt anzupassen. So wird seit Jahren über die in Planung befindliche S34 in Richtung Süden und diverse Veränderungen innerhalb der Stadt, wie die Verkehrsregelung über den Europaplatz, debattiert (vgl. Magistrat St. Pölten et al. 2009:49).

Macht-, Einflussstruktur und die politischen Gegebenheiten

St. Pölten als Industriestadt des 20. Jahrhunderts trug wesentlich zur Gründung von sozialdemokratischen Arbeiterparteien bei. Es entstanden von Seiten der Eisenbahner und Buchdrucker erste Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter*innen vertraten (vgl. Nasko / Rosner 2010:287). Die Glanzstoff-Fabrik war das erste Unternehmen, das

sich vom, zu dieser Zeit üblichen, 14-Stunden-Tag verabschiedete und eine Arbeitszeit von 07:00 bis 18:00 Uhr mit einer eineinhalbstündigen Mittagspause einführte (vgl. ebd.:286). Die Arbeiterbewegungen verfolgten zudem das Ziel, die Beschäftigten materiell und kulturell zu unterstützen sowie für Unglücks- und Krankheitsfälle vorzusorgen (vgl. ebd.:287). Besonders stark setzten sich die entstandenen Vereine auch für das Wahlrecht ein (vgl. ebd.:288).

Seit 1950 besetzten ausschließlich Parteiangehörige der SPÖ das Amt des Bürgermeisters in St. Pölten. Zurzeit hat es Mag. Matthias Stadler inne, welcher seit 2004 die Landeshauptstadt regiert. Stadler studierte Deutsche Philologie sowie Geschichte und Sozialkunde an der Universität Wien und war vor seinem Amtsantritt Geschäftsführer der Trägergesellschaft der Fachhochschule St. Pölten.

Der Gemeinderat St. Pölten setzt sich aus 42 Mitgliedern zusammen und wird stets auf eine Dauer von fünf Jahren gewählt. Da die letzte Wahl 2016 abgehalten wurde, gab es 2020, im Unterschied zum restlichen Niederösterreich, keine Gemeinderatswahl. Neben Stadler gibt es noch einen ersten und zweiten Vizebürgermeister, die von den Gemeinderatsmitgliedern gewählt worden sind. Zurzeit setzt sich der Gemeinderat aus 26 SPÖ-Abgeordneten, neun ÖVP-, sechs FPÖ-Angehörigen und einem Mitglied der Grünen zusammen (vgl. St. Pölten 2020).

Ein immer wieder diskutiertes Thema ist jenes der Beziehung zwischen der Landeshauptstadt und dem Bundesland Niederösterreich, wie aus den Interviews mit den Expert*innen aus diversen Einrichtungen und Initiativen St. Pöltens hervorkommt. Im Gespräch wurde die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt aufgegriffen, welche „politisch sehr gefeiert wird, weil's zum ersten Mal so is, dass die rote Landeshauptstadt und das schwarze Land was miteinander tun.“ (ITV7: 00:04:40). Auch der Stadt selbst ist die nur gering vorhandene Beziehung zum Land bewusst und geht in ihrem Bid Book für die Bewerbung darauf ein:

„Oder dass die Stadt sich schlechter präsentiere, was nicht zuletzt auch am fehlenden Auftreten von Stadt und Land liege. Daran seien auch die Schaffung eines Gestaltungsbeirats für Bauprojekte, die Verbesserung des Förderbereichs oder die Setzung von Schwerpunkten für Kinder bislang gescheitert.“ (St. Pölten 2024 2018:19)

In einem Interview des Universum Magazins (2019) widerspricht der Bürgermeister aber dieser Ausarbeitung für den Bewerbungsprozess:

„Da muss ich gravierend widersprechen: Auf Regierungsebene funktioniert die Verbindung zwischen Regierungsviertel und Innenstadt sehr gut: Wir vertragen uns prächtig – auch über Parteigrenzen hinweg. Man ist durch das Hauptstadtprojekt zusammengewachsen [...]. Aber in den Köpfen vieler Menschen besteht noch die eine oder andere Grenze. In dieses Thema muss mehr investiert werden, und die Kulturhauptstadt-Bewerbung ist dafür eine riesige Chance. Es gibt Konzepte, wie man öffentliche Räume, Plätze und Promenaden usw. attraktiver machen kann, um das Regierungsviertel und die Innenstadt näher zusammenzubringen, damit diese mehr zu einer Einheit werden. [...]. Man sieht bei diversen Festivitäten jedenfalls: Je mehr Möglichkeiten es dort zusätzlich gibt, umso mehr wird die Bevölkerung hingehen. Die Gäste werden eine Trennlinie zwischen Landhausviertel und Innenstadt nicht so wahrnehmen.“ (Universum Magazin 2019:32)

Wie aus diesem Interview hervorgeht, sieht Stadler trotz seines Versuchs die gute Beziehung zwischen Land und Stadt hervorzuheben noch Handlungsbedarf, um die beiden wichtigen Regierungspartner näher zu einander zu bringen und dies auch für die Bevölkerung sichtbar zu machen. Hierzu nennt er auch Visionen, auf welche am Ende dieses Kapitels eingegangen wird.

Hinsichtlich sicherheitspolitischer Aspekte sieht Bürgermeister Stadler die Sicherheit der Bevölkerung St. Pöltns als oberste Priorität und meint, dass er deswegen eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei pflegt und diese unterstützt (vgl. St. Pöltn 2020). So gebe es auch regelmäßig gemeinsame Projekte, aus denen unter anderem „gemeinsam.sicher“ entstanden ist. Dieses Projekt soll den Bürger*innen und dem Gemeinderat die Mitarbeit an der Verbesserung der Sicherheitslage in der Stadt ermöglichen, aber auch Informationen geben und Probleme aufzeigen. Zusätzlich wurde eine Verstärkung des Sicherheitspersonals der ÖBB auf den Bahnhöfen umgesetzt und die Errichtung von zwei Schutzzonen veranlasst. Auch die Verlegung der Polizeiinspektion auf den Bahnhof trägt seiner Meinung nach zu mehr Sicherheit bei. Die Präsenz von Sozialarbeiter*innen der Jugendorganisationen in Bahnhofsnähe sowie ein Audit, bei welchem Bürger*innen, Hausverwaltungen, Polizei und Expert*innen involviert waren, werden ebenfalls als Sicherheitsgaranten genannt (vgl. ebd.).

In diesem zuvor genannten Bericht werden kurz die beiden Schutzzonen der Stadt genannt, ansonsten findet sich auf der Homepage der Stadt St. Pöltn keine weitere Information über diese. Seit 2018 besteht am Bahnhof eine Schutzzone, welche es Polizeibeamte*innen erlaubt, einem Menschen unter bestimmten Umständen das Betreten dieser Schutzzone zu verbieten oder ihn wegzuweisen. Wird die Zone dennoch betreten, kann eine Geldstrafe oder auch eine Freiheitsstrafe verhängt werden. Am Bahnhof selbst wird durch angebrachte Plakate dieser Umstand angekündigt und der Bereich gekennzeichnet, für welchen diese Schutzzone gilt. Nach Einführung dieser Maßnahme hat sich die bestehende Problematik auf den Sparkassenpark verlagert, für den nun ebenfalls eine Schutzzone eingerichtet wurde. Ziel ist laut Polizei der Schutz

von Kindern und Jugendlichen sowie das Eindämmen von aufkommender Drogenkriminalität und Diebstählen (vgl. ORF Niederösterreich 2018). Hinsichtlich der Kriminalstatistik wurde 2018 ein Rückgang von Anzeigen sowie eine Steigerung der Aufklärungsrate um 2,8 % im Vergleich zum Jahr 2017 verzeichnet. Lediglich in den Bereichen Gewalt- und Internetkriminalität gab es einen leichten Anstieg (vgl. NÖN 2019c). Dennoch meint der stellvertretende Landespolizeidirektor: „Das ist mit Abstand der niedrigste Wert an angezeigten, gerichtlich strafbaren Handlungen seit Beginn der elektronischen Erfassung“ (ebd.).

Tourismus

Mit einem Imagefilm aus dem Jahr 2009 möchte St. Pölten Tourist*innen ansprechen und zum Besuchen der Stadt einladen (vgl. Stadt St. Pölten 2009). Dieser Kurzfilm zeigt ohne Ton, aber mit unterlegter Orchestermusik anfangs, später mit deutlich modernerer Musik, alle wesentlichen Sehenswürdigkeiten und Plätze St. Pöltens und greift Bereiche wie Kunst und Kultur, Natur, Freizeitaktivitäten, Veranstaltungen und Bildung auf, welche mit Sätzen auf Deutsch und Englisch beschrieben werden. Unter dem Slogan „Alte Stadt – Junge Metropole“ wird die Altstadt gezeigt und vor allem auf die barocken Gebäude eingegangen, während der Satz „Paradebauten der österreichischen Gegenwartsarchitektur auf höchstem Niveau kombiniert mit gleichwertigen kulturellen Angeboten“ das Regierungsviertel mit dem Klangturm, dem Festspielhaus und dem Landtagsschiff beschreiben soll. „Festivals und Freizeitgestaltung für jeden Geschmack“ greift die unterschiedlichsten Interessen möglicher Tourist*innen auf und zeigt Messen, das Volksfest, Sportveranstaltungen und Musikfestivals (vgl. ebd.).

Ein eigens gestalteter „Stadt- und Hotelplan“, welcher in Unterkünften, in der Tourismus-Info der Stadt sowie an der FH St. Pölten aufliegt, greift ähnliche Themen auf und gibt zudem erste Informationen für Besucher*innen:

„Barock küsst die Moderne, ein Glaserl Wein in der stimmigen Kellergasse, ein Einkaufbummel mit Einkehr in den gemütlichen Schanigärten auf den schönsten Plätzen der Innenstadt, die Teilnahme am Ironman 70,3 oder ein entspannter Ausflug mit dem Rad zu drei Seen inmitten der Stadt – wer die Stadt wahrnimmt, spürt zu jeder Jahreszeit die Qualität dieser lebenswerten Stadt mit vielen Möglichkeiten.“ (Marketing St. Pölten GmbH 2018b)

Betrachtet man die Nächtigungszahlen von Tourist*innen, so fällt auf, dass sich diese im Zeitraum von 1990 bis 2013 verdoppelt haben und bei rund 143.000 jährlich liegen. Durchschnittlich bleiben Gäste 1,9 Tage in der Stadt (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:44).

Im Folder „St. Pölten in der Tasche“ wird neben den wichtigsten Sehenswürdigkeiten auch auf Stadtrundgänge hingewiesen, die zu verschiedenen Themen stattfinden (vgl. Marketing St. Pölten 2018a). Auf der Homepage des Tourismusbüros lassen sich aber keine Zeiten dieser Rundgänge finden. Stattdessen müssen diese angefragt und vorab gebucht werden (vgl. St. Pölten Tourismus o. A.). Als Informationstool soll dafür das Kultur-Touristische Leitsystem dienen, welches durch Markierungen in der Stadt zur Orientierung dienen soll. Auch ein Audioguide in der App Hearonymus ergänzt Stadtpaziergänge auf Deutsch oder Englisch (vgl. Marketing St. Pölten GmbH 2018a). Diesen scheinbar aktiven Bemühungen Reisende und Veranstaltungen nach St. Pölten zu holen steht die Sichtweise von einem Interviewten entgegen, der meint: „Am liebsten ist es der Stadt, wenn nichts ist. Weil da könnten sich Leute aufregen, da könnten wir Stimmen verlieren.“ (ITV8: 00:25:33)

Infrastruktur Handel und Gewerbe

Weiter oben ist bereits darauf eingegangen worden, dass sich Gewerbeflächen zusehends am Stadtrand ansiedeln. Dies lässt sich auch aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadtgemeinde (2016:43) entnehmen, welches die Ansiedlung von Gewerbe und Handel einerseits in der Innenstadt, andererseits im Süden, im Stadtteil Spratzern und im Norden durch den Traisenpark sieht. St. Pölten wird als Einkaufs- und Handelsschwerpunkt in Niederösterreich gesehen, was sich durch eine Verkaufsfläche von 200.000 m² definiert (vgl. ebd.). Wie zuvor beschrieben, werden durch diese Einkaufszentren am Stadtrand Leerstände in der Innenstadt geschaffen, die auch beobachtet werden können. 2017 wurde durch die Beratungsgesellschaft „Standort+Markt“ der Leerstand von 21 österreichischen Einkaufsstraßen und -zentren untersucht. Dabei zeigte sich, dass im Vergleich zu 2015 die Fluktuationsrate von Lokalbetreiber*innen in der Innenstadt St. Pöltens deutlich gesunken ist. Änderte sich zwei Jahre zuvor noch bei jedem vierten Lokal der*die Mieter*in, was einem Wert von 22,2 % entsprach, so sank dieser 2017 auf 12,3 %, was im österreichischen Durchschnitt liegt. Beim tatsächlichen Leerstand liegt St. Pölten bei 4,1 %, was sogar unter dem Österreichdurchschnitt von 5,4 % ist. Aus dieser Studie geht aber hervor, dass der Leerstand gerade in den besseren Lagen höher liegt als in eher schlecht angesehenen Gewerbegebieten (vgl. NÖN 2018b).

Damit sich dies in Zukunft ändert, wurde ein Leerstandsmanagement durch die Stadt eingerichtet, welches im Magistrat angesiedelt ist. Durch das Konzept von „Pop-up Stores“ soll die Innenstadt belebt werden und sich temporär Künstler*innen, Handwerker*innen und andere Branchen in Shops versuchen können. Im Dezember 2019 wurden mit dieser Maßnahme mehrere Geschäfte belebt. So verkauften

Studierende der New Design University in einer Kunstaussstellung ihre Arbeiten unter dem Motto „Eine Reise an den Rand der Kunst“, während in einem anderen Lokal ein Kinderspielplatz Raum für Kleine bot (vgl. NÖN 2019b).

Stadt im Grünen – die Land- und Forstwirtschaft

Wie bereits genannt, besitzt die Stadt St. Pölten große Grünflächen. Rund 6.230 ha, das entspricht 57 % der Gesamtfläche, werden für landwirtschaftliche Zwecke genutzt, 15 % davon entfallen auf die Forstwirtschaft (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:45). Aus den Unterlagen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (2016:45) geht zudem hervor, dass es im Jahr 2010 227 landwirtschaftliche Betriebe gegeben hat, wobei ein überwiegender Teil in der Massentierhaltung tätig ist.

5.1.5 Aktuelle Versorgungssituation in St. Pölten

Das nachfolgende Kapitel ergänzt die oben begonnene Sozialraumanalyse hinsichtlich der Infrastrukturen und verfolgt keineswegs den Anspruch der Vollständigkeit, sondern möchte überblicksmäßig auf die Versorgungslandschaft in St. Pölten eingehen und jene Bereiche anführen, die für die weitere thematische Auseinandersetzung von Wichtigkeit sein könnten.

St. Pölten ist wie bereits beschrieben eine sehr junge Landeshauptstadt und bildete sich erst in den letzten dreißig Jahren zu einer Mittelstadt mit den typischen Angeboten aus. Allgemein ist die Versorgung in der ganzen Stadt gedeckt. Sieht man sich aber die unterschiedlichen Stadtgebiete an, so lässt sich erkennen, dass sich die Altstadt und die unmittelbar angrenzenden Stadtviertel durch eine hohe Versorgungsdichte mit Geschäften und öffentlichen Einrichtungen auszeichnen, während einzelne eingemeindete Ortschaften eher wenig versorgt sind.

Im Folgenden soll die Versorgungssituation mittels definierter Zielgruppen überblicksmäßig dargestellt werden und danach auf zielgruppenübergreifende Angebote eingegangen werden.

Versorgungslage aus zielgruppenübergreifender Sicht

(Hoch-) Schulen

St. Pölten zeichnet sich als wichtiger Schul- und Universitätsstandort aus. Neben den Schulen, welche für die Pflichtschulzeit relevant sind, gibt es die Fachhochschule, die mit ihren rund 3.000 Student*innen in sechs unterschiedlichen Fachbereichen zu einem wichtigen Bildungsstandort geworden ist (vgl. FH St. Pölten o. A.). Auf diese soll im Kapitel 5.2 noch näher als Stakeholder eingegangen werden. Zudem bestehen die New

Design University und die Berta von Suttner Privatuniversität als Möglichkeit für Student*innen. Neben diesen hat die philosophisch-theologische Hochschule seit vielen Jahrzehnten in St. Pölten ihren Sitz (vgl. Nasko / Rosner 2010:305). Weitere Angebote finden sich im WIFI Bildungszentrum sowie in zahlreichen berufsbildenden höheren Schulen, wie etwa der HTL, HAK, HLW, BASOP und BafEP, und in drei allgemeinbildenden höheren Schulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten (vgl. St. Pölten 2020).

Medizinische Versorgung

Einer der größten Arbeitgeber der Stadt ist das Universitätsklinikum St. Pölten mit rund 3.100 Beschäftigten (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten 2009:106), das einen großen Beitrag zur Versorgung von rund 46.000 Patient*innen pro Jahr in 18 Abteilungen und sechs Instituten leistet. Zusätzlich werden etwa 432.000 Menschen jährlich ambulant betreut. Das Klinikum wurde 2005 vom Land Niederösterreich übernommen und in weiterer Folge großflächig ausgebaut und saniert (vgl. Universitätsklinikum 2020). Betrachtet man die unterschiedlichen Abteilungen und deren Leistung, so fällt auf, dass es kein kinder- und jugendpsychiatrisches Angebot gibt. Auch für Erwachsene gibt es keine psychiatrische Versorgung. Diese werden ins LKH / an die KJPP Amstetten verwiesen (vgl. ebd.), welches mit öffentlichen Verkehrsmitteln erst nach eineinhalb Stunden erreicht werden kann. Seit Jänner 2019 besteht das zweite Primärversorgungszentrum Niederösterreichs in St. Pölten, welches mithilfe eines multiprofessionellen Teams die Bewohner*innen versorgt (vgl. Primärversorgungszentrum o. A.). Derzeit sind neben diesem 22 Planstellen für Allgemeinmedizin in St. Pölten-Stadt vorgesehen, die alle besetzt sind (vgl. ebd.). Auf der Homepage der Stadt St. Pölten findet sich eine Auflistung aller Ärzt*innen, die in St. Pölten ansässig sind. Die Vielzahl an Disziplinen lässt den Eindruck entstehen, dass St. Pölten sehr gut mit Fachkräften versorgt ist, auch der Stadtärztevertreter ist der Ansicht, dass es genügend Ärzt*innen gebe, denn „die Anzahl der Ordinationen hat sich (...) nicht verändert, durch das Primärversorgungszentrum und Gruppenpraxen sind aber mehr Ärzte vorhanden“ (vgl. NÖN 2019a). Dennoch kann von Fällen gelesen werden, in denen Bewohner*innen berichten:

„Die von mir kontaktierten Ordinationen lehnen einen neuen Patienten ohne Wenn und Aber ab. Entweder wohne ich nicht im richtigen Grätzl oder es wird grundsätzlich niemand mehr aufgenommen.“ (ebd.)

Auch im Bereich der Kinderärzt*innen lässt sich ein Mangel in St. Pölten identifizieren. Seit Jänner 2019 ist eine Planstelle unbesetzt, was dazu führt, dass viele Eltern mit ihren

Kindern zu ihren Hausärzt*innen gehen müssen, was weiter zur Überlastung dieser beiträgt (vgl. ORF Niederösterreich 2019). Auch in der Zukunftswerkstatt wurde dieses Thema angesprochen (vgl. D1). Hierauf wird in Kapitel 5.3 noch konkreter eingegangen. Als Anlaufstelle für Eltern mit beeinträchtigten Kindern dient das sozialpädiatrische „Ambulatorium Sonnenschein“. Dieses verbindet Diagnose, Beratung und Therapie für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (vgl. Ambulatorium Sonnenschein o. A.). Für die Bewohner*innen gibt es über unterschiedliche Institutionen und Initiativen organisierte Selbsthilfegruppen zu diversen Themen, wie Sucht, Behinderung, Essstörungen, Krebserkrankungen, Geburt, Psyche und vielem mehr (vgl. St. Pölten 2016).

Arbeitsplätze und -projekte

Im Jahr 2011 gab es 3.882 Arbeitsstätten in St. Pölten (vgl. Statistik Austria o. A.). Die meisten Arbeitsplätze finden sich in der öffentlichen Verwaltung und im Handel. Wie bereits weiter oben genannt, stellen das Universitätsklinikum und die Landesregierung die größten Arbeitgeber in St. Pölten dar (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:40). Die Arbeitsplätze konzentrieren sich vorwiegend auf die Innenstadt und den Norden. Industriebetriebe finden sich aber vorwiegend im Stadtteil Spratzern, welcher im Süden liegt (vgl. ebd.).

Ein wichtiger Ansprechpartner zur Reintegration von langzeitarbeitslosen Menschen stellt die „Emmaus Gemeinschaft“ dar. Diese wurde bereits 1949 vom französischen Priester Abbe Pierre zur Verselbständigungshilfe und Selbsthilfe von Haftentlassenen und sozial Ausgegrenzten gegründet, begann ohne jegliche öffentlichen Gelder und baute auf reiner Selbstorganisation der Bevölkerung auf (vgl. Nasko / Rosner 2010:304-305). Auch „GESA“ möchte durch einen sozialökonomischen Betrieb, Beratungsangeboten und Arbeitstraining Menschen zur Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt befähigen (vgl. GESA 2020). Das „BBO – Beschäftigung und Berufsorientierung“ der Caritas hat die Berufsorientierung und die stundenweise Beschäftigung von Menschen mit psychischen Erkrankungen zum Ziel und möchte somit zu einer Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe und zur Arbeitsrehabilitation beitragen (vgl. Caritas o. A.). Auf diese drei Angebote wird im nachfolgenden Kapitel 5.2 noch näher Bezug genommen, da sie als Stakeholder für St. Pölten angesehen werden können.

Kunst und Kultur

Die letzten Jahre sind in St. Pölten von einer speziellen Diskussion geprägt. Es geht um die Identität der Stadt und dabei spielt die Kunst und Kultur eine wichtige Rolle:

„Ich bin immer schwer begeistert, was als Schulstadt, was da an Innovation und an Einzelpersonen herauskommen. Sei es im musikalischen, im künstlerischen oder literarischen Bereich. Da haben wir wirklich gute Leute.“ (ITV8: 00:35:48)

Die St. Pöltner Kulturszene kann auf drei ganzjährig bespielte Theater verweisen, denn in der Altstadt sind die „Bühne im Hof“ und das „Landestheater“ angesiedelt und im Landhausviertel findet sich das „Festspielhaus“. Aus der Bürgerstadt des 19. Jahrhunderts stammen die Stadtbibliothek und das Stadtmuseum, welches in den letzten Jahren eine wichtige Rolle eingenommen hat (vgl. St. Pölten 2024 2018:13), denn es beherbergt jene Funde und Ausstellungsstücke, welche von den zehn Jahre andauernden archäologischen Ausgrabungen am Domplatz stammen. Diese Ausgrabungsstätte eines Friedhofs ist die weltweit größte und somit einmalig. Mehr als 22.000 Skelette wurden gefunden, deren Untersuchungen einen wesentlichen Beitrag zu wissenschaftlichen Erkenntnissen lieferten (vgl. Universum Magazin 2019:58). Zudem besitzt St. Pölten die älteste Musikschule Österreichs sowie einen Stadtchor und einen Musikverein. Auch die literarische Gesellschaft mit ihrer Zeitschrift etcetera spielt eine wesentliche Rolle in der Kulturszene. Auch das Landesarchiv, der Klangturm, die 50 Public-Art-Projekte und das Museum Niederösterreich im Regierungsviertel sollen bei dieser Aufzählung genannt werden (vgl. St. Pölten 2024 2018:13-15). Auch viele Vereine, die sich aus der damaligen Arbeiterstadt St. Pölten gebildet haben, zeichnen das kulturelle Miteinander aus. So sind der Eisenbahner*innenverein und unterschiedliche Institutionen der ehemaligen Arbeiter*innenkultur, wie die Volksheime, gegeben (ebd.). Die alevitische Kulturgemeinschaft, welche seit 1989 in St. Pölten besteht, möchte durch die Vermittlung ihrer Traditionen ihren Glauben und ihre Kultur auch für ihre Nachfahren aufrechterhalten und setzt sich zudem für die Integration von Migrant*innen ein (vgl. St. Pölten 2020).

Für viele junge Menschen anziehend sind die beiden Kinos, die sich sehr durch ihr Kulturangebot unterscheiden. Zeigt das Megaplex im Norden von St. Pölten aktuelle Filmhighlights, hat sich das Cinema Paradiso am Rathausplatz auf alternative Vorstellungen, Diskussionen und Veranstaltungen fokussiert.

Zudem haben sich in der freien Szene ebenso Kunst- und Kulturinitiativen etabliert. So kann der Verein Lames in seinem Sonnenpark, welcher mit einer Mischung aus Kunst, Kultur und Natur aufwartet, als Vertreter genannt werden. Er möchte ein Arbeitsort für Künstler*innen und Kulturschaffende und ein Bildungsort sein (vgl. Sonnenpark o. A.).

Über das Jahr verteilt finden zahlreiche Veranstaltungen statt, das über die Stadtgrenzen hinaus bekannteste ist das Frequency Festival, welches jährlich mehrere zehntausend junge Menschen nach St. Pölten zieht (vgl. Universum Magazin 2019:40-41).

In der Auseinandersetzung mit der Kunst- und Kulturszene St. Pöltens fällt auf, dass die Stadt vielfältige Angebote besitzt und diese aufgrund ihrer Konzeption diverse Gruppen ansprechen können. Dennoch wirken diese auf viele Bewohner*innen und Außenstehende wenig sichtbar, was sich wiederum auf das Image von St. Pölten auswirkt. Diese Thematik wird noch im Abschnitt 5.1.6 näher beschrieben. Im Universum Magazin (2019) wird darauf konkreter eingegangen und bemängelt, dass „das Kulturleben von vielen einzelnen Aktivitäten geprägt sei, denen ein gemeinsames Ganzes fehle“ (edb.:90).

Natur

St. Pölten kennzeichnet sich durch viele grüne Flächen, die den Bewohner*innen zur Erholung dienen können. Als große Parkanlagen sollen der Stadtwald, der Hammerpark, der Viehofner See, der Ratzersdorfer See sowie das Heiratswald genannt werden (vgl. Stadtgemeinde St. Pölten 2016:36-37), welche alle mittels Fahrrads in zehn Minuten von der Altstadt aus erreichbar sind. Diese kurzen Strecken kennzeichnen St. Pölten. Als Erholungsgebiet für die St. Pöltner*innen dient auch die Traisen, die von vielen als die Lebensader St. Pölten bezeichnet wird. Da dieser Fluss in der Vergangenheit der Industrie diente und auch heute noch genutzt wird, ist er zum Großteil reguliert und durch Dämme und Wehren unterbrochen. Dennoch bieten sich Spaziergänge und Radtouren entlang des 78 km langen Flusses an (vgl. Universum Magazin 2019:60-63).

Wie bereits zuvor genannt, bietet auch der Sonnenpark einen Naherholungsort für die lokale Bevölkerung und möchte so zu mehr Lebensqualität verhelfen und Lebensraum für unterschiedlichste Tiere und Pflanzen sein (vgl. Sonnenpark o. A.). „Smart Pölten“ möchte mit seinem Konzept das Umweltbewusstsein und die soziale Verantwortung wecken und konzentriert sich dabei auf die Grünraumgestaltung unter Einbezug von ressourcenschonenden Mitteln. Dadurch sollen in Kooperation mit anderen Initiativen Stadtoasen entstehen, die zum Nichtstun, zu gemeinsamen Aktivitäten oder zum In-der-Natur-Sein einladen sollen (vgl. Stadt Oase 2018). Die Teilnehmer*innen der Zukunftswerkstatt teilten hierzu mit, dass es trotz der großen Flächen, zu wenige nutzbare Grünflächen gebe und sie sich eine Aktivierung der vorhandenen wünschen würden (vgl. D1:12). Darauf wird in Kapitel 5.3 noch näher Bezug genommen.

Sport

Das Sport.Zentrum Niederösterreich im Norden der Stadt bietet sowohl für Leistungssportler*innen wie auch für Hobbysportler*innen vielfältige Anlagen, auf welchen eine Vielzahl an Sportarten ausgeübt werden kann und auch die Ausbildung von Nachwuchstalenten forciert wird (vgl. Sport.Zentrum Niederösterreich 2020). Zudem gibt es das NÖ-Sport-Leistung-Zentrum, welches Kinder und Jugendliche in ihrem sportlichen Talent fördert, optimale Trainingsbedingungen zur Verfügung stellt und auch den schulischen Anforderungen durch ein eigenes Angebot gerecht wird (vgl. SLZ o.A.). Als Fußballclub kann der Bundesliga-Erst-Ligist SKN St. Pölten genannt werden, welcher auch eine Sektion Basketball führt (vgl. SKN 2020).

Neben dieser großen Institution werden in rund 85 weiteren Vereinen mit etwa 82 Sektionen fast alle Sportarten angeboten (vgl. St. Pölten 2020), auf welche hier nicht im Detail eingegangen werden soll. Genannt soll der älteste dieser werden: Der Schützenverein, welcher bereits 1541 erwähnt wurde (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten 2009:98).

Initiativen und soziale Angebote

Soziale Einrichtungen und Initiativen sind maßgeblich für eine gut ausgebaute Versorgungslandschaft in einer Stadt. An diesem Punkt darf aber auf das nachfolgende Kapitel 5.2 verwiesen werden, das wesentliche Stakeholder aufgreift und ihren Beitrag zur Versorgungssituation der Bürger*innen St. Pöltens klärt.

Versorgungslage aus Sicht definierter Zielgruppen

Kinder

In St. Pölten gibt es über die Stadt verteilt 26 städtische Kindergärten, vier privat geführte Kindergruppen, einen Kindergarten, welcher bei der Landesregierung angesiedelt ist und den Übungskindergarten der Bundesbildungsanstalt für Elementarpädagogik. Die Öffnungszeiten variieren, die Kernzeit, in der alle geöffnet haben, ist Montag bis Freitag von 07:00 bis 16:00 Uhr (vgl. St. Pölten 2020).

Für das Schuljahr 2020/21 verzeichnet St. Pölten einen Rekord von 1.595 angemeldeten Kindern. Zur Verfügung stehen laut dem Leiter der städtischen Schulverwaltung 1.610 Plätze. Zu nennen sei aber, dass es auf einzelne Kindergärten einen großen Ansturm geben werde, aus dem Wartelisten und Verweise in andere Kindergärten resultieren würden, die noch viele freie Plätze hätten (vgl. Mein Bezirk 2020). So gab es im Jahr 2018 eine Debatte darüber, dass in den Stadtvierteln Pottenbrunn und Ratzersdorf die

Hälfte aller angemeldeten Kinder abgelehnt oder an andere Standorte verwiesen werden musste (vgl. NÖN 2018a).

Aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadtgemeinde (2016:36-37) geht hervor, dass es in St. Pölten zwar eine hohe Zahl an Spielplätzen gibt, deren Lage aber nicht mit den Bedürfnissen der Bewohner*innen übereinstimmt und deren Ausstattungsgrad zu gering ist, was wiederum die Gesamtqualität der Spielplätze minimiert.

Das Kinderkreativhaus bietet im Löwenhof der Altstadt dienstags bis freitags von 14:00 bis 17:00 Uhr und samstags von 09:00 bis 17:00 Uhr eine Kletterhalle, verschiedene Stationen mit Sportgeräten, eine interaktive Spielwelt, einen Lese-Corner sowie eine Kreativstation an. Im integrierten „Teatro Fantasia“ können Kinder ab sechs Jahren Clowns, Zirkusartisten und Pantomimen kennenlernen sowie das Tanz- und Puppentheater ansehen. Zudem werden noch weitere Veranstaltungen und Theaterworkshops angeboten (vgl. St. Pölten 2020).

Der Verein „Young“ adressiert Kinder in Schulen und bietet für diese Schulsozialarbeit an.

Die „Möwe“ steht Kindern in schwierigen Lebenslagen zur Verfügung und behandelt Themen wie Trennung und Scheidung, gibt Krisenhilfe für Gewaltopfer und Prozessbegleitung und bietet Psychotherapie, Prävention und klinisch-psychologische Diagnostik an (vgl. ebd.).

Im Freizeitbereich gibt es neben den Pfadfinder*innen auch einige Sportvereine, wie Fußballclubs, einen Footballverein und Tanzstudios, die speziell Kinder ansprechen möchten.

Aus dieser Analyse der Möglichkeiten und Angebote für Kinder in St. Pölten zeichnet sich ab, dass es keinerlei Betreuung von unter 13-Jährigen im öffentlichen Raum gibt. Im Interview mit dem Vertreter von SMART Pölten Christian Groissmaier klammert dieser auf die Frage nach den Nutzer*innen seines Angebots Kinder explizit aus, indem er meint, dass diese kaum am Beteiligungsprozess mitwirken: „Man kann, glaub ich, sagen alle Altersgruppen, man kann sagen, junge Leute, ich würd vielleicht Schüler gänzlich ausnehmen.“ (ITV6: 00:05:51)

Zusätzliche Angebote für Kinder gibt es im Saal der Begegnung, auf welchen noch im Kapitel 5.2 näher eingegangen wird.

Jugendliche

Neben Ausbildungsstätten, auf welche nachfolgend noch eingegangen werden soll, besteht eine Auswahl an institutionell geschaffenen Freizeitangeboten, die Jugendliche im Raum St. Pölten ansprechen sollen. Das H2 Jugendzentrum und Schüler*innentreff

befindet sich am Rathausplatz in der Altstadt von St. Pölten und bietet kirchliche Jugendarbeit an. Dabei wendet es sich einerseits mit einem Beratungs- und Unterstützungsangebot an junge Menschen, andererseits werden Räume zur Verfügung gestellt, die man selbstbestimmt nutzen kann. Die Öffnungszeiten beschränken sich auf Schultage von 12:00 bis 17:00 Uhr. Lediglich am Freitag wird das Angebot bis 20:00 Uhr verlängert (vgl. H2 Jugendcenter).

Das Jugendzentrum Steppenwolf möchte Jugendlichen ab einem Mindestalter von 13 Jahren einen Raum zur Gestaltung ihrer Freizeit bieten. Dafür werden eine Skatehalle, ein Sportplatz und viele Indoormöglichkeiten, wie Billard und ein DJ-Pult, zur Verfügung gestellt. Die jungen Menschen können hier ihre Freizeit verbringen oder auch Gruppen- und Einzelgespräche annehmen. Das Jugendzentrum ist nördlich des Bahnhofes in der Herzogenburger Straße lokalisiert und öffnet jeweils mittwochs bis freitags von 14:00 bis 20:00 Uhr und samstags von 13:00 bis 19:00 Uhr seine Türen (vgl. St. Pölten 2020).

Als weitere Möglichkeit bietet der Jugendtreff Little Phönix Veranstaltungen und Aktivitäten speziell für Lehrlinge an. Organisiert werden diese von der Katholischen Arbeiterjugend und der Betriebsseelsorge. Öffnungszeiten werden individuell mit dem Verantwortlichen koordiniert (vgl. ebd.).

In der Nähe des Hauptbahnhofs befindet sich der sogenannte frei.raum. Dieser stellt eine Veranstaltungs- und Kulturhalle dar, die es sich seit 2005 zum Ziel macht, diverse Jugend- und Subkulturen zu fördern. Neben Musikveranstaltungen finden hier auch regelmäßig Podiumsdiskussionen, Workshops und Tagungen statt. Die Besonderheit des frei.raums ist laut der Stadt St. Pölten die Tatsache, dass dieser vom Jugendkoordinator der Stadt St. Pölten gemeinsam mit engagierten, freiwilligen Jugendlichen verwaltet wird (vgl. ebd.).

Neben diesen Freizeitangeboten bietet vor allem die Caritas einige Projekte für Jugendliche an, wie etwa Lerncafés, Jugendberatung, Jugendcoaching und Berufsausbildungsassistenz. Zudem gibt es die Möglichkeit für männliche junge Menschen an Workshops teilzunehmen, die aber im Rahmen der Schule stattfinden müssen (vgl. Caritas o. A.).

Auffallend ist, dass einige der eben genannten Angebote aus organisationaler Perspektive eher wenig auf die Bedürfnisse von Jugendlichen zugeschnitten sind. Ich persönlich definiere diese hinsichtlich der Freizeitgestaltung mit den Beschreibungen „Erlebnisorientiertheit“ und „Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit“. Kurze Öffnungszeiten und die Hemmschwelle einer Terminvereinbarung können sich meiner Meinung nach auf die Nutzung des Angebots auswirken. Angebote für Jugendliche sollen niederschwellig konzipiert werden, um sie erreichen zu können. Aus dem Interview mit einem Mitarbeiter eines Jugendzentrums geht hervor, dass Jugendliche

aus St. Pölten versuchen, die Lücken in ihrem Versorgungssystem selbstorganisiert zu schließen:

„Die Skateszene hat sich a stark selber organisiert, wo das Jugendzentrum a dran beteiligt war, also ein Kollege ist im Vorstand vom Skateverein drinnen. Wir haben auch eine Skatehalle, dabei, die was von den Skatern – nicht gegendert, weils eigentlich kane Mädels dann waren, die dann da mitgebaut haben, selber gebaut worden ist. [...] Die ist ins Jugendzentrum integriert, angehängt. Das war schon die dritte Halle, die von der Community selber gebaut worden ist.“ (ITV9: 00:07:49)

Auch weitere selbstorganisierte Projekte, wie die Gestaltung eines Platzes, an dem Street-Workout gemacht werden kann, diverse kleinere Graffiti-Aktionen und die Free-Running-Szene am See haben sich auf Initiative der Jugendlichen gebildet, die sich bei aufkommenden Hürden Unterstützung durch das Jugendzentrum sichern. Von diesem konnte auch die Aneignung von Raum durch die jungen Bewohner*innen der Stadt im Regierungsviertel bemerkt werden:

„Letzten Sommer hat das angefangen, a Kollege fährt da oft mit dem Rad in die Arbeit und von der Arbeit heim und hat öfters mal beobachtet, dass dort halt sehr viele Jugendliche im Jugendzentrums-Alter, drum is uns halt aufgefallen, das Regierungsviertel zum Mukehören, zusammensitzen, a bissl museumsquartierlike nutzen. Das Regierungsviertel nach 18 Uhr ist ziemlich ausgestorben und die nehmen sich den Raum anscheinend. [...] Coole Gschicht!“ (ITV9: 00:18:47)

Familien

Laut der Homepage der Stadt St. Pölten gibt es ein vielfältiges Angebot für Familien. So bietet der Verein Kids & Co. ein umfangreiches Kurs- und Weiterbildungsprogramm an, welches vom Geburtsvorbereitungskurs bis hin zur Ernährungsberatung reicht. Ein multiprofessionelles Team aus Hebammen und Entbindungshelfer, Pädagog*innen, Künstler*innen, Erziehungsberater*innen, Diätolog*innen und Sprachtrainer*innen kümmert sich um die Anliegen der Eltern und ihrer Kinder. Zudem steht die „Mutterberatung“ mit medizinischen und pflegerischen Hilfestellungen Familien beraterisch zur Verfügung. Die Begleitung der Organisation Pro Mami NÖ beginnt schon in der Schwangerschaft und unterstützt mittels diverser Kurse, Beratungsangeboten und Workshops (vgl. St. Pölten 2020).

Als Treffpunkt zum Austausch eignet sich das Java – Familiencafé in der Altstadt. Dieses Projekt gibt zudem jungen Menschen, die einen Behinderungsgrad von mindestens 30% aufweisen oder einen Sonderschulabschluss haben, die Möglichkeit einer Qualifizierung im gastronomischen Arbeitsfeld (vgl. Chance Plus o. A.).

Das Familien- und Beratungszentrum des Hilfswerks möchte durch seine Angebote der Kinderbetreuung, der Beratung, der Frühförderung und Psychotherapie ebenso als Anlaufstelle für Familien angesehen werden (vgl. Hilfswerk o. A.).

Aus den im Zuge dieser Forschungsarbeit geführten Interviews mit Vertreter*innen aus der Soziallandschaft St. Pölten wie auch innerhalb der Recherche konnten keine Initiativen oder aus Zusammenschlüssen von selbstorganisierten Familien entstandene Aktionen sowie Austauschmöglichkeiten gefunden werden. Lediglich bei der Initiative SMART Pönten, die bereits oben beschrieben wurde, meinte Groissmaier:

„Dann gibt's im Allgemeinen eine Schicht, die auch bei uns immer wieder ganz stark auf dem Radar auftaucht, das sind junge Familien, die sind so Mitte 20 bis Ende 30, die sich einfach mit dem Thema Lebensraum für die Familie, für die Kinder und hier die Möglichkeit gestaltend einzugreifen und Wünsche und Bedürfnisse zu äußern ganz groß schätzen und annehmen.“ (ITV6: 00:06:24)

Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund

Für Migrant*innen, die in St. Pölten wohnen, gibt es unterschiedliche Beratungsangebote, welche von verschiedenen Trägern übernommen werden. Um einige dieser aufzulisten, seien der Verein „Bildungs- und Kulturzentrum der Migranten in St. Pölten“, die „Beratungsstelle FAIR“, die „Flüchtlingsberatung“ der Caritas, das „Integrations- und Bildungszentrum St. Pölten“, welches sogar ohne Terminvereinbarung aufgesucht werden kann, sowie der „Diakonie Flüchtlingsdienst“, welcher Integrationsberatung für anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte anbietet, genannt (vgl. St. Pölten 2020).

In fast allen für diese Forschungsarbeit geführten Interviews wird in Bezug auf Migrant*innen das Angebot des Diversity Café im Saal der Begegnung genannt. Weiderbauer, Vertreterin der Plattform KulturhauptSTART, sieht das Diversity Café grundsätzlich als Angebot für Migrant*innen: „Es gibt das Diversity Café, die sehr gut marginalisierte Gruppen ansprechen und gewachsen sind, wo aber das Problem ist, dass die alteingesessenen St. Pöltner nicht hinkommen.“ (ITV7: 00:34:28)

Zum Elterntreff, der ebenfalls vom Büro für Diversität veranstaltet wird, meint dessen Leitung Martina Eigelsreiter:

„Nein es gibt nicht alle Menschen. Es fehlen uns gerade die Österreicherinnen und Österreicher. Die nehmen das nicht an. Das ist total spannend. Die nutzen dieses Angebot gar nicht. Es ist eigentlich ausschließlich neue St. Pöltnerinnen und St. Pöltner, die das nutzen. Auch Väter. Aber Österreicherinnen und Österreicher fehlen hier komplett.“ (ITV3: 00:24:52)

Auffallend bei diesen beiden Angeboten ist, dass diese eigentlich für zielgruppenübergreifende Gruppen konzipiert wären, sie aber ausschließlich von Migrant*innen genutzt werden.

Privat organisierte Veranstaltungen und Vereine lassen sich kaum durch digitale Recherche finden, was die Vermutung meinerseits aufwirft, dass die Informationsweitergabe vorwiegend innerhalb der Community passiert, wie auch die Kinderbetreuerin, welche für die Zukunftswerkstatt engagiert wurde, bestätigt.

Frauen

Neben dem Frauenhaus sorgen das Mutter-Kind-Wohnen und das Gewaltschutzzentrum für die Versorgung von Frauen in problembelasteten Lebenslagen (vgl. St. Pölten 2020).

Qualify for Hope bildet als Bildungsprojekt für Mädchen und junge Frauen mit geringen Deutschkenntnissen, eine Überschneidung zum gerade behandelten Versorgungsangebot für Migrant*innen. Das Projekt dient der Vorbereitung auf eine Ausbildung in Österreich und der Vorbereitung auf den Einstieg in den Arbeitsmarkt (vgl. Qualify for Hope o. A.) und wird im nachfolgenden Kapitel 5.2 noch näher beschrieben. Die Standortleitung dieses Projekts, Monika Wolf, nennt hinsichtlich der Bedürfnisse ihrer Klient*innen einen oftmals aufkommenden Wunsch: „Unsere Zielgruppe braucht, möchte, wünscht sich halt auch teilweise diese geschützten Räume, geschützt im Sinne von Frauen unter Frauen.“ (ITV10: 00:13:45) Diesem Wunsch kann der Frauensalon als Frauenbegegnungsraum des Büros für Diversität nachkommen. Hier treffen sich Frauen in einem Kaffeehaus und erhalten kostenlose Informationen zu frauenspezifischen Themen in einer entspannten Atmosphäre. Zudem soll Raum für Austausch zwischen den Frauen geschaffen werden (vgl. ITV3: 00:23:10).

Überdies wurde eine Frauenplattform installiert, welche im Kapitel 5.2 aufgegriffen wird.

Menschen mit Beeinträchtigung

Für Menschen mit Beeinträchtigung tritt der „Club 81“ ein. Behinderte und nichtbehinderte Bewohner*innen treffen sich wöchentlich zu einem Austausch sowie in unregelmäßigen Abständen zu organisierten Veranstaltungen und Aktivitäten. Das Ziel des Clubs ist die Integration und Schaffung von Barrierefreiheit. Dieser Zusammenschluss versucht selbstorganisiert Menschen mit und ohne Behinderung zu vereinen und gemeinsam am Abbau von Barrieren zu arbeiten (vgl. E1).

Die „Tagesstätte“ im Süden von St. Pölten versucht durch ihr Betreuungsangebot die Fähigkeiten der Menschen zu fördern und neue Fähigkeiten zu entdecken. Die „GW“

bietet als integrativer Betrieb in der Privatwirtschaft rund 420 Menschen einen Arbeitsplatz, wovon 70% auf Menschen mit Behinderung entfallen.

Auch der „Gehörlosenverband“ hat sich in St. Pölten etabliert. Neben diesem bietet „DomiZil“ 34 Menschen mit Beeinträchtigung und der „Verein Wohnen“ zehn Personen eine betreute Wohnmöglichkeit (vgl. St. Pölten 2020).

Das Büro für Diversität, welches oben schon beschrieben wurde, setzt sich ebenso für die Interessen von Menschen mit Behinderung ein und arbeitet an der Auflösung von Barrieren.

Auffallend bei der Analyse des Sozialraums ist, dass Menschen mit einer Beeinträchtigung und deren Lebenswelt kaum Platz in den Interviews und in diversen Projekten gefunden haben.

Senior*innen

Laut eigenen Angaben verfügt die Stadt St. Pölten über ein flächendeckendes Angebot an sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdiensten für ältere Menschen.

So werden vom NÖ Hilfswerk, der NÖ Volkshilfe, der Caritas und dem Roten Kreuz die Hauskrankenpflege, ein Notruftelefon und therapeutische Hilfen geleistet. Durch die städtische Sozialhilfe und das Engagement von Ehrenamtlichen wird das Angebot von Essen auf Rädern bereitgestellt (vgl. St. Pölten 2020). Für Senior*innen, die nicht mehr ohne Betreuung zuhause leben können oder wollen, gibt es in St. Pölten vier Einrichtungen mit unterschiedlichen Angeboten. Das Seniorenwohnheim Stadtwald stellt neben eigenen Apartments auch eine Pflegestation und eine Demenzstation mit 40 Plätzen zur Verfügung. Im NÖ Landespensionistenheim St. Pölten, welches am Ufer der Traisen liegt, wird im geriatrischen Tageszentrum auf den Erhalt der Eigenständigkeit und der Mobilität Wert gelegt. Zudem gibt es die Möglichkeit eines Hospizplatzes für besonders Schwerkranken. Das Pflegezentrum Pottenbrunn und das Haus St. Elisabeth runden das Angebot mit Lang- und Kurzzeitpflege ab (vgl. Magistrat der Stadt St. Pölten 2016:39-40).

Für Beratungstätigkeiten, aber auch zur Veranstaltung von Aktivitäten und Treffen stehen Senior*innen das Seniorenreferat der Diözese St. Pölten, der Seniorenbund und der Pensionistenverband zur Verfügung (vgl. St. Pölten 2020). Auch die Sportunion bietet regelmäßige Sportaktivitäten für ältere Menschen an (vgl. Sport Union St. Pölten o. A.). Eine zusätzliche Aktion findet sich an der Fachhochschule, die mit ihrem Projekt UNI aktivplus Senior*innen Workshops zu unterschiedlichsten Themengebieten, wie etwa Digitalisierung, Ernährung, Flucht, psychische Gesundheit und Fotografie, anbietet (vgl. Mittendrin im Leben o. A.).

Aus dem Interview mit Eigelsreiter lässt sich herauslesen, dass es immer wieder Ansätze von Intersektionalität mit dem Thema „Alter“ gibt, was eine Integrierung dieser Zielgruppe in den bisherigen Aufgabenbereich sinnvoll erscheinen lässt, aber aufgrund der geringen Personalressourcen nicht möglich sein wird:

„Das einzige, was da jetzt nicht dabei ist, ist das Alter, das wäre vom Land her noch eine Diskriminierungsgeschichte, und do haben wir gesagt, des bleibt jetzt Querschnittsmaterie. [...] Beim Alter gibt's auch gleiche Themen wie Gesundheit oder ähnliches und da gibts bereits eigene Veranstaltungen mit dem Bürgermeister für extra pensionierte Menschen. [...] Da ist eh was da, na sicher könnte es noch a bissl spezifischer sein und auch vom Diversitätsmerkmal her runder, aber das schaff ma einfach nicht.“ (ITV3: 00:05:00)

Groissmaier sieht selbstorganisierte Senior*innen in seiner Initiative neben jungen Familien als treibende Kraft. Seines Erachtens verhelfen diese somit ihrer Altersgruppe, aber auch anderen Zielgruppen zu mehr Bürger*innenbeteiligung:

„Dann gibt es noch, ich sag, eher das ältere Publikum, teilweise schon bis ins Großelternalter, was jetzt nichts heißt, weil man kann auch schon mit 55 Großeltern sein, aber ich sag jetzt mal die, einerseits hier sehr gute Kontakte haben [...], da gibt es einige sehr gut vernetzte Akteure, die a sehr wesentlich zum Gelingen dieser Initiative beigetragen haben und gute Kontakte zu Wirtschaft und Politik pflegen, das ist natürlich in jungen Jahren ungleich schwieriger.“ (ITV6: 00:07:01)

5.1.6 „Eh net schlecht“ versus „Niemandland für die Identifikation“ – Das Selbst- und Fremdbild St. Pöltns

Die Bewohner*innen scheinen sich laut Aussagen der interviewten Personen nur in einem geringen Maße mit der Stadt zu identifizieren, was sich auch auf das Fremdbild auswirkt. Das Selbstbild und das Fremdbild stimmen laut diesen in wesentlichen Teilen überein. So ergab die SWOT-Analyse der EU-Kulturhauptstadtbewerbung, dass sowohl mangelnder Stolz der St. Pöltner*innen aber auch fehlendes Selbstbewusstsein dazu führen, dass die Stadt trotz hoher kultureller Standards in der Selbst- und Fremdwahrnehmung negativ behaftet ist oder nicht wahrgenommen wird (vgl. St. Pölten 2024 2018:19).

An dieser Stelle soll nochmals an die oben angeführte Sozialraumbegehung erinnert werden, da sie als Grundlage für die Perspektive auf die Stadt St. Pölten dienen kann. Das Bild der historischen Altstadt ist durch den Rathausplatz und den Herrenplatz sowie den Dom als Symbol des kirchlichen Lebens konstituiert. In dieser findet geschäftiges Treiben statt, Schüler*innen suchen ihren Weg in die Ausbildungsstätten und der eine oder andere lässt sich am Markt oder in einem Lokal mit Köstlichkeiten verwöhnen. Um die Altstadt herum befinden mit den Seen, dem Traisenufer und dem Stadtwald naturbelassene Orte, die zum Verweilen oder Sporttreiben einladen, während der

Traisenpark oder das Gewerbegebiet Süd die Menschen anziehen, um dort einkaufen zu gehen. Dazwischen findet man immer wieder Baustellen, die neuen Wohnraum schaffen, während anbei Häuser und Lokale leer stehen. Das Landhausviertel bietet mit seinem Theater und seinem Museum ein kulturelles Angebot und ergänzt so jenes der Altstadt. Insgesamt ergibt sich hier aber ein Bild einer aufstrebenden österreichischen Mittelstadt mit durchaus großem Potential zu einer hohen Lebensqualität.

Dieses neue Image möchte St. Pölten durch seine Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt seinen Bewohner*innen und auch Außenstehenden vermitteln, um so ein neues Selbst- wie auch Fremdbild entstehen zu lassen (vgl. ebd.:19). Denn bislang werden St. Pölten eher traditionelle Eigenschaften zugeschrieben und es wird kaum als touristisches Ziel angesehen. Vor allem als „Stinkpölten“ war die Stadt jahrzehntelang bei den Niederösterreicher*innen bekannt. Aufgrund der Glanzstoff-Fabrik, welche durch chemische Verfahren Viskosestoffe herstellte, kam es immer wieder zu einer Geruchsbelästigung. Zudem bestand ein enormes Sicherheitsrisiko durch teilweise gefährliche Produktionsabläufe (vgl. Nasko / Rosner 2010:305). In einem der geführten Interviews wurde erwähnt, dass auch der*die eine oder andere St. Pöltner*in meint: „St. Pölten ist schon schiach, aber wir haben Herz!“ (ITV8: 00:10:28) oder der Ansicht ist, dass die Stadt „schon schöne Plätze und Orte (hat), aber wir haben jetzt nicht die charmante Stadt.“ (ITV8: 00:10:37). Hierzu passend fügt sich auch die Aussage von Kulhanek ein, der die fehlende Identifikation der Bewohner*innen mit ihrem Heimatort anspricht und meint, dass es die Aufgabe der Stadt sei, ein neues Symbol zu schaffen, worin sich die St. Pöltner*innen wiedererkennen könnten, denn es stelle sich oftmals die Frage:

„Wer bin ich als St. Pöltner? Das Gefühl „Ich bin ein Landeshauptstädter“ ist a bissl hmm. Da ist eher noch das Bild da ein Glanzstoffler zu sein. St. Pölten, das ist dort was stinkt. Ja genau, da komm ich her! Jetzt haben sie uns sogar den Geruch weggenommen, jetzt haben wir gar nichts mehr!“ (ITV8: 00:18:23)

Die fehlende Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt wird weiters problematisch beschrieben: „Wir sind gerade nicht Wien! Und das Land sima halt auch nicht. Niemandsländ für die Identifikation.“ (ITV8: 00:20:28) Das würden auch Nicht-St. Pöltner*innen so sehen, meinen die Interviewpartner*innen Kulhanek und Weiderbauer und verleihen der Landeshauptstadt den Titel:

„Das sind die Net-schlecht-Leid. Das höchste Lob eines St. Pöltners ist „eh net schlecht!“. Ein Kollege zog weg, weil er das Eh-Nicht-Schlecht nicht mehr wollte. Da St. Pöltner nicht hungrig sind, nicht neugierig, nichts passiert.“ (ITV8: 00:19:23)

Weiter meint der Interviewte zum Selbstbild der St. Pöltner Bevölkerung:

„Es ist alles klein, aber fein und alles da was man braucht. Das hätten wir ja schon, wenn wir nicht das „Net-schlecht-Syndrom“ hätten. Ich glaub ja, dass der St. Pöltner mehr raunzt als der Wiener. Die Wiener wissen, dass es ihnen gut geht und müssen halt einfach raunzen. Die St. Pöltner wissen nicht, dass es ihnen gut geht und glauben noch immer, dass es woanders gscheiter ist.“ (ITV8: 00:22:53)

Auch der Billa-Österreich-Report stellte in seiner Auswertung von Daten hinsichtlich der Stimmung im Land, den Freudenmomenten der Bevölkerung und deren Zukunftsmotivation fest, dass es ein starkes West-Ost-Gefälle gibt und die St. Pöltner*innen im Städtevergleich am meisten mit ihrer Umwelt hadern (vgl. Billa AG 2020). Beim allgemeinen Wohlfühlindex findet sich St. Pölten vor Eisenstadt und Wien auf dem drittletzten Platz im Österreichvergleich (vgl. ebd.:23).

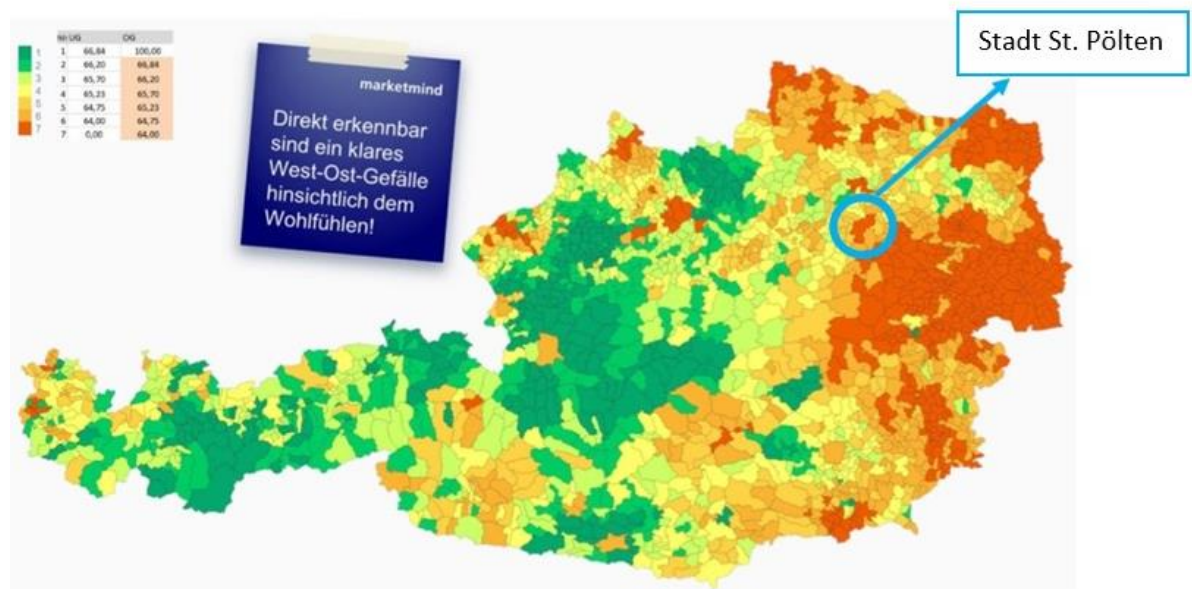


Abbildung 16 Wohlfühlen in Österreich (Quelle: Billa AG 2020:24)

Dieses Ergebnis kommt laut Billa-Report aufgrund der geographischen Lage, dem Anteil von Natur in der jeweiligen Ortschaft, der Schließungsrate von Unternehmen, der Arbeitslosenquote und der Dichte der Bevölkerung pro km² zustande (vgl. ebd.:23-26). Der Jugendarbeiter Kulhanek sieht aber eine beginnende Veränderung des Images der Stadt in den letzten Jahren, denn „die Jungen machen das nicht mehr so. Es hat sich eh viel getan. Es ist ein Wandel da.“ (ITV8: 00:20:41) Dies spiegelt sich auch im Bild eines Hamburger Studenten wider, der St. Pölten als lebenswerte Stadt empfindet, wie Kulhanek berichtet:

„Ich bin überall in 10 Minuten mit dem Fahrrad, die Wege sind kurz. Die Naherholung und die Lebensqualität sind definitiv eine der besten. Man ist schnell draußen, es ist gemütlich. In Hamburg hat man 25 Angebote und weiß nicht, wofür man sich entscheidet, in St. Pölten gibt es zwei bis drei, zwischen denen er wählen kann.“ (ITV8: 00:22:16)

Die Frage, die sich für St. Pölten in der Zukunft stellt, ist jene der Identitätsbildung. Wenn die Bewohner*innen ein Symbol erschaffen können, über welches sie sich mit ihrer Stadt oder ihrem Grätzl identifizieren können, wird sich das Bild einer „Eh-net-schlecht-Stadt“ hin zu einer belebten, die Bedürfnisse der Bevölkerung aufgreifenden und lebenswerten Stadt entwickeln können.

5.1.7 „Bring dich nicht zum Ausdruck!“ – Die Herausforderungen St. Pöltens

In diesem Unterkapitel sollen die Herausforderungen geklärt werden, die sich in St. Pölten aufgrund verschiedenster Gegebenheiten, wie der geschichtlichen Entwicklung, der Infrastruktur, aber auch bereits bestehenden Projekten und Organisationen, zeigen. Ein Ausspruch von Weiderbauer von der Plattform KulturhauptSTART fügt sich hier gut in die oben dargestellte, doch umfangreiche Versorgungslandschaft und die im anschließenden Kapitel 5.2 aufgezeigten Stakeholder ein, wenn sie meint: „In St. Pölten gibt's so vü, aber ma was nix!“ (ITV7: 00:19:50). Denn laut ihr würde es oftmals an der Kommunikation zwischen den Vereinen und Organisationen wie auch unter den Bürger*innen mangeln. Zudem merkt sie kritisch an, dass es keinen Punkt gibt, an welchen man sich wenden kann, wenn man Fragen zu einem speziellen Thema hat. Zumeist werde man dann herumgeschickt oder man bekomme Hinweise, auf welcher Homepage die Antwort zu finden sein könnte. Und dies sei eine große Herausforderung für schüchterne, schlecht organisierte oder auch nicht Deutsch sprechende Menschen. Diese würden dann oft an dieser Hemmschwelle scheitern und die großen Kraftakte nicht bewältigen können (vgl. ITV7: 00:19:50). Ein möglicher Punkt für diese Unklarheit könnte auch die Strukturierung der Büros der Stadt sein. Denn

„Wenn der Schwerpunkt einer Stadtregierung auf der Verwaltung liegt und weniger auf der Stadtentwicklung ist es einem lieber, wenn man eine Ruhe hat und keine Bestrebungen hinsichtlich Beteiligung und Projekten macht. Wenn Integration Thema ist, dann machen wir einen Integrationsreferenten, Diversitätsreferenten. Die staten wir aus mit einem Titel, aber keinem Geld. Dann sitzt er da, hat den Titel und kann nichts machen. Wenn dann Aufmüpfige kommen und sich beschweren, kann man als Stadt sagen, dass man eh einen Referenten hat. Das gleiche ist bei der Jugend, bei der Kultur.“ (ITV8: 00:24:12)

Hier stehen wir sogleich der nächsten Herausforderung, die sich in der Stadt St. Pölten erkennen lässt, gegenüber – jener der Bürger*innenbeteiligungsprozesse, welche vom

Jugendarbeiter Kulhanek als Kontrastprogramm zur klassischen Sozialisation angesehen werden (vgl. ITV8: 00:51:32).

„Die Botschaft die dahintersteht und das wird das Schwierigste sein, in den Köpfen hineinzugriegen, ist: „Bring dich zum Ausdruck!“ Weil die Botschaft von der Schule ist „Halt die Papp! Fall nicht auf! Bring dich nicht zum Ausdruck! Her zu, was die anderen sagen!“. Und damit ist diese Beteiligung nicht so entwickelt und man muss bei Kindern ansetzen.“ (ITV8: 00:15:39)

Diese Schwierigkeit sieht auch die Plattform KulturhauptSTART und meint, dass Partizipationsprozesse sehr aufwendig seien und es in St. Pölten dafür zu wenig Ressourcen gebe. Dies würde man in vielerlei Hinsicht ausmachen können. Sowohl zeitlich als auch personell gebe es zu wenig Möglichkeit sich mit Bürger*innenbeteiligung in Form von Forschung oder Aktivitäten auseinanderzusetzen (vgl. ITV7: 1:02:56). Auch würden zu diesen Prozessen immer wieder die „üblichen Verdächtigen“ kommen und man könne viele Menschen oftmals überhaupt nicht erreichen (vgl. ITV7: 00:14:45). Daraus resultierend sei es eine Herausforderung verantwortungsvoll mit den Informationen umzugehen, die die Bevölkerung liefert. Denn es sei keine Zeit da, transparent genug zu arbeiten und Informationen wieder zurückzuspielen. Dadurch entstehe Frustration bei den Menschen, was wiederum zu Desinteresse führt (vgl. ITV7: 00:15:29). Eine große Herausforderung würde eine Neukonzeption von Beteiligungsprozessen darstellen und es bräuchte ein Umdenken bei den Verantwortlichen der Stadt:

„Beteiligungsprozesse sind oft ein Marketingschmäh – man fordert die Bürger auf, alle kommen enthusiastisch, Einzelpersonen, Vereine, Gruppen. Und diese werden etwas entertaint, liefern ihre Ideen ab, diese kommen in eine Black Box und am Schluss kommt ein wichtiger Hochbezahlter und erklärt, was da jetzt rausgekommen ist. Wie und warum wird nicht erklärt. Die Menschen, die halbwegs schlau sind, die kommen ab dem zweiten Mal drauf, was da passiert und bleiben dann fern. Der Rest, der bis zum Schluss bleibt, ist dann aufgefickt.“ (ITV8: 00:00:00)

Und weiter:

„Das hats ja net zum ersten Mal gegeben in St. Pölten. Man will den Begriff Bürgerbeteiligung erfüllt wissen und macht halt eine Show. Im Zuge der Jugendkulturstudie 2005 wurden auch alle eingeladen, Input gegeben, geredet und dann war nichts. Es hat nicht einmal die Studie gegeben. Also es hat sie schon gegeben, aber der Stadt hat die nicht so gefallen und dann ist sie in einer Schublade verschwunden.“ (ITV8: 00:01:15)

Eine zusätzliche Herausforderung sei im ehrenamtlichen Engagement auszumachen, meint Weiderbauer, denn die Generation der Ehrenamtlichkeit ist laut ihr ausgestorben. Ein Fest zu organisieren oder bei einem Projekt mitzumachen, würde es nicht mehr

geben. Laut der Vertreterin von KulturhauptSTART gehe es stets darum, was man für seinen Einsatz bekommt. Unbezahltes zu leisten falle den Menschen nicht mehr so leicht (vgl. ITV7: 00:55:49). Auch Kulhanek pflichtet dem bei und sieht eine große Schwierigkeit darin, dass die Menschen ihre Arbeit, ihre Familie und vielleicht noch ein eigenes Projekt haben, in dem sie sich engagieren. Da dies Energie brauche, seien sie nicht mehr so motiviert, sich auch noch an weiteren Sachen zu beteiligen. Er ist der Ansicht, dass dem entgegengewirkt werden kann, wenn man diese Menschen einlädt, inspiriert und ihnen den Nutzen des Gemeinsamen für ihr eigenes Projekt aufzeigt (vgl. ITV8: 00:30:50). Zudem merkt er an, dass es für ihn schwierig sei mitanzusehen, dass die Akteur*innen der Vereinsszene durchwegs älter als 40 Jahre sind. Es kämen keine Jungen nach, die aber vor Ideen sprühen und neuen Wind bringen könnten (vgl. ITV8: 00:29:07). Diese fehlende Durchmischung wird auch von Wolf von QFH angemerkt (vgl. ITV10: 00:09:33). Diversität sei eine der größten Herausforderungen der Stadt, die in Angriff genommen werden sollte, denn die Expertin von KulturhauptSTART kann kein Projekt nennen, „wo es nicht doch wieder ein isoliertes System gibt“ (ITV7: 00:36:10), „aber hierfür würde es qualitative Forschung benötigen, die nicht finanziert wird“ (vgl. ITV7: 00:34:58). In diesem Zusammenhang steht mit Sicherheit auch der Fakt, dass es keine Gemeinwesenprojekte in St. Pölten gibt (vgl. ITV7: 00:54:26) und die Schaffung von Diversität und Bürger*innenbeteiligung laut des Jugendbetreuers Soziale Arbeit braucht, die moderiert und den Rahmen steckt, indem sich etwas entwickeln kann (vgl. ITV8: 00:08:07). Aber darauf soll in Kapitel 5.2 noch eingegangen werden.

Wie bereits im Unterkapitel „Selbst- und Fremdbild“ herauszulesen ist, stellt die fehlende Identität der St. Pöltner*innen eine weitere Herausforderung dar. Auch die Frage nach der Definition der Grätzler in St. Pölten erschwert ein Zugehörigkeitsgefühl (vgl. ITV7: 00:58:11). Die Herausforderung hierbei ergibt sich aus der vorangegangenen Analyse der Stadtstruktur. Rasch wachsende Gewerbe- und Wohngebiete, die eingemeindete Ortschaften und der Leerstand in der Innenstadt müssen sinnvoll ausgeglichen und zusammengebracht werden. Bei vielen Orten besteht zudem das Problem, dass man nach Veranstaltungen nicht verweilen kann und man zu einem Ortswechsel gezwungen ist, was zumeist die Auflösung der Gruppen zur Folge hat (vgl. ITV8: 00:43:56).

Diese genannten Herausforderungen auszugleichen könnte der Anspruch an einen zielgruppenübergreifenden Ansatz von Selbstorganisation und an die GWA sein. Wie dies aussehen könnte, wird in der Konzeption im Kapitel 5.5 geklärt.

5.1.8 Das kann St. Pölten! – Potentiale der Stadt

„Wie mühsam wird das Regieren, wenn genügend Menschen raunzen? Eine Herde Schafe sind leichter zu bändigen. Aber es wird spannender und die Stadt hätte das Potential. Von den Leuten her.“ (ITV8: 00:35:26)

Weiters ist der Interviewpartner Kulhanek der Ansicht, dass er vor allem bei den vielen jungen Menschen Potential sieht, da St. Pölten als Ausbildungs- und Schulstadt viele von ihnen beherbergt und diese viel Innovation mitbringen. Zudem machen die speziellen und tollen Einzelpersonen eine neue treibende Kraft aus (vgl. ITV8: 00:35:50). Potential erkennt der Jugendarbeiter auch in gelungenen Projekten, denn

„[...] erstens einmal hast du das Ergebnis, das Werk sozusagen, was am Schluss rauskommt und du hast eine Gruppierung, die miteinander etwas geschaffen hat. Und der Regelfall, so wie ich das verstanden habe, das schweißt zusammen und macht Guster auf noch mehr Projekte. Das heißt da kann durchaus passieren, dass da Folgedinge, net amal mehr finanzierte Geschichten, passieren, sondern Leute, die sich getroffen haben, so begeistert sind, dass sie weitermachen.“ (ITV8: 00:08:36)

Hier können der Bewerbungsprozess und jene Projekte, die bereits ins Leben gerufen wurden, durchaus als mögliches Potential angesehen werden. Die Plattform KulturhauptSTART sieht sich in diesem Zusammenhang als Arbeitskraft und möchte auf die bereits geleistete Beziehungsarbeit, die Analysen und Ideensammlungen zurückgreifen. Auch die im Prozess artikulierten Bedürfnisse und Problemstellungen der Bewohner*innen sieht Weiderbauer als Potential für eine weitere Arbeit (vgl. ITV7: 00:18:52). Weiterführend sieht sie auch die Kulturstrategie 2030 der Stadt als Möglichkeit Begonnenes weiterzuführen und Nachhaltigkeit zu gewährleisten (vgl. ITV7: 00:42:40). Ein weiteres Merkmal, das Potential birgt, so sind sich alle Interviewten einig, ist jenes des Ortes. Wenn ein Ort vorhanden ist, kann und wird auch etwas entstehen, so wie beim Sonnenpark, welcher im nachfolgenden Kapitel 5.2 noch näher beschrieben wird. Dieser hat einen Raum für eine diverse Gruppe geschaffen.

„Es braucht ein Biotop, wo sich Dinge entwickeln können, und es braucht aber mal a bissl a Erde und an Nährboden und dann brauchts halt a bissl a Wasser und a Sun. Und diese Rahmenbedingungen sollte es von oben geben. Und dann muss man die Wiese wachsen lassen.“ (ITV8: 00:05:17)

Platz gebe es, wie aus dem vorangegangenen Text hervorgeht, genügend. Auch die früher sehr belebten Volksheime, welche über das gesamte Stadtgebiet verteilt zu finden sind, können als Ort dienen (vgl. ITV7: 00:55:15). Das ausgearbeitete Projekt des „Grätzellabors“, auf welches auch im Kapitel 5.2 noch eingegangen wird, kann Raum für

eine Entwicklung darstellen, da es Menschen bei sich zuhause abholen und verbinden möchte und Anstöße für Neues liefern will (vgl. ITV7: 00:43:29).

Eine Leistungskraft sind laut Weiderbauer auch Synergien und eine Zusammenarbeit mit der FH, der New Design University und den Kunst- und Kulturschaffenden in St. Pölten (vgl. ITV7: 1:05:09). Ein Potential verortet Kulhanek auch bei der Stadt St. Pölten, die durch die Bewerbung zur Kulturhauptstadt das Interesse gefunden hat, Projekte umzusetzen und die Bürger*innenbeteiligung zu fördern und meint, dass diese weiterhin Interesse für Ideen zeigen soll, diese fördern muss, um einen Output generieren zu können (vgl. ITV8: 00:04:39). Ein besonderes Leistungsvermögen verorten wir bei den Bewohner*innen selbst. Wie durch die Zukunftswerkstatt, auf welche bereits zu Anfang dieses Kapitels eingegangen wurde, gezeigt werden konnte, bestehen ein großes Interesse an einer Mitgestaltung des eigenen Lebensraums und viele innovative Ideen, die das gemeinsame Miteinander und die Plätze St. Pöltens nachhaltig verändern könnten (vgl. D1). Die innerhalb der Zukunftswerkstatt erreichte hohe Diversität der Gruppe sehen wir als Kraft an, die Veränderungsprozesse anstoßen kann, wenn sie begleitet und regelmäßig initiiert wird.

5.1.9 Ein Blick in die Zukunft

– Visionen der Stadt St. Pölten

Um diese hier vorliegende Darstellung von St. Pölten abzuschließen, soll noch auf die Zukunftsvisionen der Stadt und deren Bewohner*innen eingegangen werden. Auf die Frage, wo sich St. Pölten in zehn Jahren befinden solle, wurde von Bürgermeister Stadler das Bild eines attraktiven Wirtschafts-, Wohn- und Lebensstandorts gezeichnet, in welchem man gut angebunden sei und sein Leben gut ausgestalten könne (vgl. Universum Magazin 2019:29). Die Kulturstrategie 2030 der Stadt soll hier wesentlich dazu beitragen. Der Schwerpunkt wird auf zwei Themen gelegt: St. Pölten als kulturelles Zentrum des Zusammenlebens und Etablierung von Strukturen einer Mittelstadt mit hoher Diversität (vgl. ebd.:89-94). Im Zuge dieser geplanten Maßnahmen möchte man eine eigene Identität für St. Pölten schaffen und nicht die „Suburb“ von Wien sein. Die Einbindung von marginalisierten Gruppen ist laut diesem Konzept ebenso ein großes Anliegen wie die Schaffung von Geschichte, Traditionen und Symbolen (ebd.). Eine Vision der Stadt ist es auch, sich als Ökosystem für Start-ups zu etablieren. Dafür wurden bereits Kooperationen und mit der FH, Auftraggeber*innen und Fördergeber*innen geschlossen (vgl. ebd.:87). Zudem möchte das St. Pölten der Zukunft für Familien und Kinder attraktiver sein. Dafür soll ein „KinderKunstLabor“

entstehen. Dieses soll noch eine weitere Funktion hinsichtlich der oft wahrgenommenen Ferne zwischen Land NÖ und der Stadt erfüllen:

„In dieses Thema muss mehr investiert werden, und die Kulturhauptstadt-Bewerbung ist dafür eine riesige Chance. Es gibt Konzepte, wie man öffentliche Räume, Plätze und Promenaden usw. attraktiver machen kann, um das Regierungsviertel und die Innenstadt näher zusammenzubringen, damit diese mehr zu einer Einheit werden. Eine Vision ist eine Kulturachse vom Domplatz über die Synagoge und das geplante KinderKunstLabor im Altoona-Park zum Kulturbezirk. Das KinderKunstLabor [...] soll unser Alleinstellungsmerkmal, unsere „Landmark“ werden [...]. Im Landhausviertel gibt es freilich eine Schwierigkeit: Man hat dort schon einiges mit Gastronomie probiert – das geht nicht von heute auf morgen. Man sieht bei diversen Festivitäten jedenfalls: Je mehr Möglichkeiten es dort zusätzlich gibt, umso mehr wird die Bevölkerung hingehen. Die Gäste werden eine Trennlinie zwischen Landhausviertel und Innenstadt nicht so wahrnehmen.“ (Universum Magazin 2019:32)

Eine Vision der Plattform KulturhauptSTART sind die Grätzellabore, welche als Anlaufstellen und Orte fungieren möchten, an denen die Bevölkerung ihre Ideen teilen kann, Teilhabe von möglichst diversen Menschen möglich gemacht wird, eine Struktur zum Ausprobieren vorhanden ist und so die Sichtbarmachung von dem, was in der Stadt vorhanden ist, von Menschen, Ideen und der Vielfalt möglich gemacht wird (vgl. ITV7: 00:25:10). Und auch hier ist die Schaffung der Identität eine wesentliche Vision:

„Ich selbst bestehe aus so vielen Identitäten und gleichzeitig möchte ich eine gemeinsame Identität mit vielen anderen teilen. Und das könnte zum Beispiel sein der gemeinsame Wohnort oder der gemeinsame Schaffungsort St. Pölten sein. [...] Und das Grätzellabor kann meiner Meinung nach eine Möglichkeit sein diese Identitätsfrage in Angriff zu gehen.“ (ITV7: 00:26:00)

Genauer zu den Grätzellaboren kann im folgenden Kapitel 5.2 nachgelesen werden. In der Bevölkerung können auch viele Visionen für ihr St. Pölten gefunden werden. So nennt Kulhanek die Idee einer Volksküche, die nicht ortsgebunden ist, sondern mit Ständen durch St. Pölten zieht. Jeder kann für sich oder für andere kochen, es soll ein gemeinschaftlicher Prozess entstehen, der nicht an einen Konsumzwang gebunden ist, sondern lebendiges, buntes Leben ohne Reglementierung darstellt (vgl. ITV8: 00:12:39). Der Zukunftswerkstatt entstammen ebenso viele Visionen zu Plätzen, dem Zusammenleben und Aktionen (vgl. D1:14-20), die hier nicht aufgelistet werden, da sie in Kapitel 5.5 ihren Platz finden.

Welche Rahmenbedingungen benötigt werden und wie die GWA und ein zielgruppenübergreifender Ansatz der Selbstorganisation in diese Umsetzung der Visionen integriert werden können, soll Thema der nachfolgenden Konzeption werden. Ein Interviewter gibt aber bereits einen Anhaltspunkt hierfür: „Am besten bringst eine Band zu einem guten Ergebnis, wenn sie einen Auftritt hat.“ (ITV8: 00:04:39)

5.1.10 Resümee

Die hier vorliegende Sozialraumanalyse ging neben der Beschreibung der Bevölkerungsstruktur auch auf die Geschichte der Stadt sowie auf die Versorgungslage genauer ein. Dabei wurde der Anspruch verfolgt, die verwendeten Unterscheidungen sozial relevant darzustellen sowie jene Merkmale hervorzuheben, welche nicht nur für Entscheidungsträger*innen relevant sind, sondern auch für die Bewohner*innen und im Sozialraum angesiedelten Institutionen (vgl. Michel-Schwartz 2009:264). Die nebenstehende Grafik soll eine Zusammenfassung der im Kapitel 5.1 dargestellten wichtigsten Erkenntnisse des Sozialraums St. Pölten auf einen Blick geben und gemeinsam mit den nachfolgenden Teilen dieser Masterarbeit als Grundlage für die Erstellung einer GWA-Konzeption für St. Pölten sowie für vergleichbare andere Mittelstädte sein.

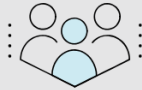
ST. PÖLTEN AUF EINEN BLICK



1

LANDESHAUPTSTADT

jüngste und drittkleinste Landeshauptstadt, ältestes Stadtrecht Österreichs, aufstrebende Mittelstadt, Ausbildungs- und Verwaltungsstadt, barocker Baustil, 57% Grünfläche, zwei Schutzzonen, keine Verbindung Altstadt und Regierungsviertel, kurze Wege, Eingemeindung



2

DIE ST. PÖLTNER*INNEN

rund 55 000 Einwohner*innen, Durchschnittsalter 44 Jahre, 15 Religionsgemeinschaften, geringe Kriminalitätsrate, viele Pendler*innen, 5,1% erwerbslos, 17,1% mit Migrationshintergrund, 25,5% mit Pflichtschulabschluss, Initiativen aus der Bevölkerung, Kunst- und Kulturschaffende



3

VERSORGUNGSLANDSCHAFT

großes Schul- und Studienangebot, vielfältiges Angebot der Kunst- und Kulturszene, großzügige Naturräume, zielgruppenspezifische Angebote, Universitätsklinikum - keine psychiatrische Abteilung, fehlender Kinderarzt



4

HERAUSFORDERUNGEN

wenig Diversität, fehlende Identifikation mit der Stadt, mangelhafter öffentlicher Verkehr, wenig Raum zum konsumfreien Verweilen, hochschwelliger Zugang zu Projekten, kaum 'echte' Bürger*innenbeteiligungsprozesse, fehlende GWA



5

POTENTIALE

viele junge Menschen mit Ideen und Innovation, Einzelpersonen als treibende Kraft, bestehende Projekte und Initiativen, Synergien mit den Hochschulen, Bewerbung zur EU-Kulturhauptstadt - Prozess initiiert Interesse der Stadt und motiviert Bewohner*innen



6

VISIONEN

Entwicklung zu einem kulturellen Zentrum des Zusammenlebens, Etablierung von Strukturen einer Mittelstadt mit hoher Diversität, attraktiver Wirtschafts-, Wohn- und Lebensstandort, Identitätsbildung, Ökosystem für Start-ups, Teilhabe der Bewohner*innen stärken

Abbildung 17 Überblick St. Pölten (eigene Darstellung)

Literatur

- Ambulatorium Sonnenschein (o. A.): Startseite. <https://www.ambulatorium-sonnenschein.at> [20.02.2020].
- Budde, Wolfgang / Cyprian, Gudrun / Früchtel, Frank (2007): Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken. 1. Auflage, Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Billa AG (Hg.) (2020): Billa Österreich Report 2020. o.A: Marketmind.
- Caritas (o. A.): Startseite. <https://www.caritas-stpoelten.at/hilfe-angebote/kinder-und-jugendliche> [12.03.2020].
- Chance Plus (o. A.): Java Familiencafe. <https://www.chanceplus.at/projekte/java-familiencafe> [16.02.2020].
- GESA (2020): Arbeitssuchende. <https://www.gesa-noe.at/> [16.02.2020].
- Falstaff (2019): Das sind die beliebtesten Märkte in Österreich. <https://www.falstaff.at/nd/das-sind-die-beliebtesten-maerkte-in-oesterreich/> [14.03.2020]
- FH St. Pölten (o. A.): Startseite. <https://www.fhstp.ac.at/> [14.03.2020].
- Hilfswerk (o. A.): Startseite <https://www.hilfswerk.at/niederoesterreich/> [22.02.2020].
- H2 Jugendcenter (2020): Wir sind das H2 Jugendcenter. <http://www.h2jugendcenter.at> [12.03.2020].
- Land Niederösterreich (2019): Bevölkerung. <http://www.noe.gv.at/noe/Zahlen-Fakten/Bevoelkerungsstruktur.html> [10.04.2020].
- Magistrat der Stadt St. Pölten / Fachbereich Kultur und Bildung / Stadtmuseum / Karl, Thomas / Pulle, Thomas (Hg.) (2009): Stadt im besten Alter – 850 Jahre Stadt St. Pölten. Festschrift. Melk: Gugler GmbH.
- Marketing St. Pölten GmbH (2018a): St. Pölten in der Tasche. Ihr persönlicher Stadtbegleiter. St. Pölten.
- Marketing St. Pölten GmbH (2018b): Stadt- und Hotelplan. St. Pölten.
- Mein Bezirk (2020): Jedes Kind bekommt einen Platz. https://www.meinbezirk.at/st-poelten/c-lokales/jedes-kind-bekommt-einen-platz_a3925902 [12.03.2020].
- Michel-Schwartze, Brigitta (Hg.In) (2009): Methodenbuch Soziale Arbeit. Basiswissen für die Praxis. 2.Auflage, Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Mittendrin im Leben (o. A.): Programm Uni Aktiv Plus 2020. <http://mittendrin-im-leben.at/> [15.02.2020].
- Nasko, Siegfried / Rosner, Willibald (Hg.) (2010): St. Pölten im 20. Jahrhundert. Geschichte einer Stadt. St. Pölten: Residenz Verlag.
- NÖN (2019a): Patient diagnostiziert Hausärzte-Mangel. <https://www.noen.at/st-poelten/st-poelten-patient-diagnostiziert-hausaerzte-mangel-st-poelten-hausaerzte-mangel-florian-fiedler-143056706> [13.03.2020].
- NÖN (2019b): Pop-up Stores St. Pölten. Bunt Leben statt freier Fläche. <https://www.noen.at/st-poelten/popup-stores-st-poelten-bunt-leben-statt-freier-flaeche-st-poelten-popup-stores-innenstadt-st-poelten-175786385> [22.02.2020].

NÖN (2019c): Kriminalitätstatistik. Weniger Anzeigen und höhere Aufklärungsrate in NÖ. <https://www.noen.at/niederoesterreich/wirtschaft/kriminalitaetstatistik-weniger-anzeigen-und-hoehere-aufklaerungsrate-in-noe-st-poelten-kriminalitaet-statistik-bilanz-145831776> [14.03.2020].

NÖN (2018a): Debatte in St. Pölten. Kindergärten voll! „Genug Plätze über Stadt verteilt“. <https://www.noen.at/st-poelten/debatte-in-st-poelten-kindergaerten-voll-genug-plaetze-ueber-stadt-verteilt-kindergarten-debatte-ueberfuellung-79945595> [12.03.2020].

NÖN (2018b): Weniger Shop-Wechsel in der Innenstadt. <https://www.noen.at/st-poelten/st-poelten-weniger-shop-wechsel-in-der-innenstadt-handelsstudie-kremser-gasse-roman-schwarzenecker-79438500> [22.02.2020].

NÖN (2015): Diversität. 40.000 St. Pöltner sind religiös. <https://www.noen.at/st-poelten/diversitaet-40-000-st-poeltner-sind-religioes-top-4488304> [14.03.2020].

ORF Niederösterreich (2019): Kinderarzt-Suche: St. Pölten besonders betroffen. <https://noe.orf.at/v2/news/stories/2962341/> [12.02.2020].

ORF Niederösterreich (2018): St. Pölten: Sparkassenpark wird Schutzzone. <https://noe.orf.at/v2/news/stories/2944677/> [12.02.2020].

Primärversorgungszentrum (o. A.): Startseite <https://www.pvzstpoelten.at/> [17.02.2020].

Qualify for Hope (o. A.) #QFH: Von Frauen für Frauen. <https://www.qualifyforhope.at/> [21.02.2020].

Schubert & Franzke GmbH (o. A.): Stadtplan St. Pölten. St. Pölten.

SKN (2020): Startseite. <https://www.skn-stpoelten.at/> [10.04.2020].

SLZ (o.A.): Startseite. <https://www.sportleistungszentrum.at/> [10.04.2020].

Sonnenpark (o. A.): Sonnenpark – Park der Vielfalt. <https://www.sonnenpark-stp.at/> [20.02.2020].

Sport Union St. Pölten (o. A.): Seniorensport. <https://www.union-stpoelten.at/de> [15.02.2020].

Sport.Zentrum Niederösterreich (2020): Startseite. <https://www.sportzentrum-noe.at/> [13.03.2020].

Stadt St. Pölten (2009): St. Pölten. Mitten in Europa. <https://www.youtube.com/watch?v=m5QLM3u8Igl>, Openblend.at KG Produktion, St. Pölten. [19.02.2020].

Stadtgemeinde St. Pölten (2016): Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2016 (ISEK). Grundlagenforschung, Analyse und Entwicklungskonzept. St. Pölten: Fair Print by Grasl.

Stadt Oase (2018): Stadtoase: Auf dem Weg nach Smart Pölten. <https://www.stadt-oase.at> [13.03.2020].

Statistik Austria (o. A.): Ein Blick auf die Gemeinde. <https://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=30201> [13.03.2020].

Statistik Austria (2017): Menschen und Gesellschaft. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/bildungsstand_der_bevoelkerung/index.html [10.02.2020].

St. Pölten (2020): Startseite. <https://www.st-poelten.at/>. [12.03.2020].

St. Pölten (2016): Selbsthilfe – gemeinsam stärker. https://www.st-poelten.at/images/Folder/Selbsthilfe-Folder-2016_4.pdf [13.03.2020].

- St. Pölten 2024 (2018): Bid Book. Melk: Gugler GmbH
- St. Pölten Tourismus (o. A.): Rundgänge. <https://www.stpoeltentourismus.at/rundgaenge> [15.02.2020].
- Universitätsklinikum St. Pölten (2020): Startseite. <https://stpoelten.lknoe.at/universitaetsklinikum-st-poelten/das-universitaetsklinikum-st-poelten> [13.03.2020].
- Universum Magazin (2019): Leben & Arbeiten im Zukunftsraum St. Pölten. Krems: LW Werbe- und Verlags GmbH.
- VOR (2019): LUP StadtBus St. Pölten. Fahrplan 2020. https://www.st-poelten.at/images/Verkehr/LUP_Fahrplanheft_A6_09_2019_I.pdf [02.03.2020].
- VOR (2018): LUP. <http://www.vvnb.at/service/aktuelles/detail/news/lup-ab-dezember-an-365-tagen-unterwegs/> [19.02.2020].

Daten

- D1, Dokumentation des Jour Fixe „GEMEINSAM GESTALTEN“ vom 19.09.2019, verfasst von Rosanna Drochter, Sophie Fichtinger, Michelle Trestl und Alexandra Winkler.
- E1, E-Mail 1 von einem Vertreter des „Club 81 St. Pölten – Club für Menschen mit und ohne Behinderung“ an Sophie Fichtinger in Reaktion auf die Einladung zum Jour Fixe (03.09.2019).
- ITV3, Interview, geführt von Alexandra Winkler mit Martina Eigelsreiter, Leiterin Büro für Diversität vom Magistrat St. Pölten, 14.05.2019.
- ITV6, Interview, geführt von Sophie Fichtinger mit DI Christian Groissmaier, Obmann des Vereins Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung in St. Pölten, 10.05.2019.
- ITV7, Interview, geführt von Michelle Trestl mit Lena Weiderbauer, Mitarbeiterin der Plattform KulturhauptSTART in St. Pölten, 07.05.2019.
- ITV8, Interview, geführt von Michelle Trestl mit Gernot Kulhanek, selbstständig mit einer Modulküche und als Jugendarbeiter und Lena Weiderbauer, Mitarbeiterin der Plattform KulturhauptSTART in St. Pölten, 07.05.2019
- ITV9, Interview, geführt von Rosanna Drochter mit einem Mitarbeiter des Jugendzentrums Steppenwolf in St. Pölten, 07.06.2019.
- ITV10, Interview, geführt von Rosanna Drochter mit Standortleiterin von Qualify for Hope St. Pölten, Monika Wolf in St. Pölten, 07.06.2019.

Abbildungen

Abbildung 13 Zeitleiste (eigene Darstellung)	272
Abbildung 14 Zeitleiste 2 (eigene Darstellung)	273
Abbildung 15 Darstellung des Fahrplans der LUP-Linie 1 (eigene Darstellung) (vgl. VOR 2019)	284
Abbildung 16 Wohlfühlen in Österreich (Quelle: Billa AG 2020:24)	303
Abbildung 17 Überblick St. Pölten (eigene Darstellung)	311

.....

5.2 Vorhandene Ressourcen und Ansätze von Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten

Winkler Alexandra

Im Kapitel 5.1 wurde im Zuge der Sozialraumanalyse dargestellt, wie sich St. Pölten als Landeshauptstadt auszeichnet, wie die Versorgungslandschaft aussieht und welche Herausforderungen und Visionen bestehen. Ziel dieses Kapitels ist es unter anderem, einen Überblick über wichtige Stakeholder zu schaffen, welche für eine gelingende Implementierung und Fortdauer von Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten wichtig erscheinen. Sie werden kurz beschrieben und in strukturierter Form in einer Netzwerkkarte sichtbar gemacht. Wie bereits im Kapitel 4.2 dargelegt, stellt nach Lüttringhaus (2007:277-279) Vernetzung, Kooperation und die damit in Verbindung stehende Vermittlungsarbeit ein bedeutendes Kernelement der Gemeinwesenarbeit dar. Daher ergibt sich die Wichtigkeit dieser Stakeholderanalyse, um bei diesen Aufgaben der GWA anzusetzen und hier diese systematische Vorarbeit zu leisten, auf die auch zurückgegriffen werden kann.

Außerdem beschäftigt sich dieses Kapitel mit der derzeitigen Situation von Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten. Wo können Ansätze davon beschrieben werden? Wo gibt es Anknüpfungspunkte und vorhandene Ressourcen, die für die spätere Implementierung von Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation genutzt werden können?

Zur Erhebung der Daten wurden Mitarbeiter*innen verschiedener Einrichtungen und Organisationen zu den oben genannten Fragen interviewt. Ziel war, ihr Verständnis von Gemeinwesenarbeit darzustellen und aufzuzeigen, wo sie Ansätze von Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten beschreiben würden. Es geht hier vorwiegend darum, eine Vorarbeit für GWA zu leisten, welche allgemein darauf abzielt, vorhandene Ressourcen aufzuzeigen, zu bündeln und zu stärken. Weiters wird versucht herauszuarbeiten, welche Chancen professionelle Gemeinwesenarbeit durch Schnittstellenarbeit und Ressourcenstärkung für bestehende Projekte eröffnen und wie sie hierbei unterstützen kann. Gründe für bisher fehlende GWA-Projekte in St. Pölten werden ebenso versucht darzustellen, um zu erkennen, welche Herausforderungen bestanden und bestehen.

Die Erkenntnisse fließen in das Konzept ein, welches in Kapitel 5.5 zu finden ist, und welches konkret darauf fokussiert, dass Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in St. Pölten implementiert werden.

5.2.1 Stakeholderanalyse

Als Stakeholder werden alle Personen, Gruppen, Einrichtungen und Organisationen bezeichnet, die einen beobachtbaren und nennenswerten Einfluss (vgl. Lambers 2015:62-63) auf die Implementierung, das Gelingen und die Fortdauer von Gemeinwesenarbeit in St. Pölten ausüben. Daher werden unterschiedliche Stakeholder in diesem Kapitel aufgelistet und kurz beschrieben. Die Auswahl erfolgte so, dass aus allen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit Einrichtungen und Projekte aufgeführt wurden. Außerdem wurde sich daran orientiert, mit welchen Stellen im Zuge der Masterarbeit Kontakt bzw. Zusammenarbeit bestand. Die Auflistung ist demnach nicht vollständig, zielt aber darauf ab, dass sie als Grundlage für erste Schnittstellenarbeit dient.

Für einen strukturierten Überblick werden die Stakeholder in vier Teilbereiche unterteilt und dann auch so in der Netzwerkkarte abgebildet:

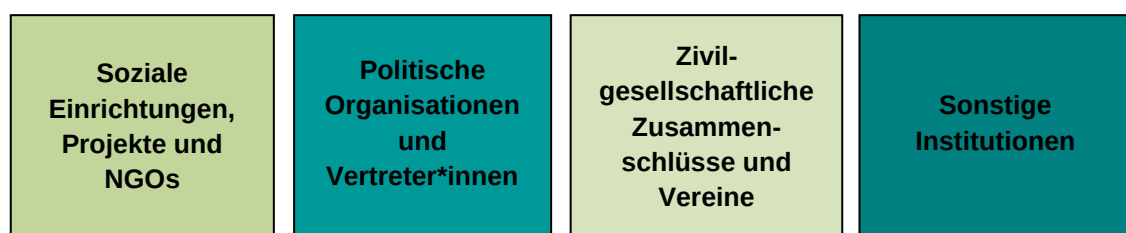


Abbildung 18 Vier Teilbereiche der Stakeholderanalyse (eigene Darstellung)

Im Folgenden wird zu jedem dieser vier Teilbereiche eine Auflistung und Beschreibung der jeweiligen Stakeholder erfolgen. Begonnen wird mit denjenigen, die sich dem sozialen Sektor zuordnen lassen, anschließend werden politische und danach zivilgesellschaftliche Vertreter*innen und Akteursgruppen beschrieben. Im letzten Teilbereich finden sich diejenigen Stakeholder wieder, die den anderen nicht zugeordnet werden konnten.

Soziale Einrichtungen, Projekte und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)

Für die Zukunftswerkstatt am 19.9.2019 mit dem Titel „Gemeinsam gestalten“ wurde großes Augenmerk auf die Partizipation von verschiedenen sozialen Einrichtungen gelegt, um diverse Bürger*innen gezielt zu erreichen. Einige dieser Einrichtungen begleiteten die jeweilige Zielgruppe zur Zukunftswerkstatt, andere schickten ausgearbeitete Ideen per Mail. Hier werden jedoch nicht nur diejenigen Stakeholder näher beschrieben, die bereits in der Zukunftswerkstatt eingebunden waren, sondern auch jene, die für eine spätere Implementierung von Gemeinwesenarbeit in St. Pölten

einen wesentlichen Stellenwert besitzen. Es wird nicht darauf abgezielt, alle sozialen Einrichtungen, Projekte und NGOs flächendeckend für St. Pölten aufzuzählen, sondern jene sichtbar zu machen, die für die erste Phase der Implementierung und die spätere Netzwerkarbeit von Bedeutung sind. Je nachdem wie der Auftrag des jeweiligen GWA-Projekts in St. Pölten lauten wird, richtet sich die Auswahl an weitere Stakeholder für passgenaue Schnittstellenarbeit.

■ Bildung hat Wert (BhW)

Das BhW steht für „...eine überparteiliche und überkonfessionelle, allgemeinbildende (Erwachsenen-)Bildungseinrichtung und wird von einer GmbH getragen, deren Gesellschafter die Kultur.Region.Niederösterreich und der Verein BhW NÖ sind.“ (BhW o.A.). Auf der Homepage findet man weiter, dass aktuelle, gesellschaftliche Themen aufgegriffen und Bildungsangebote umgesetzt werden (vgl. ebd.).

„Durch eine gut organisierte Ehrenamtsstruktur im Verein BhW NÖ, unterstützt durch ein professionelles Management in der BhW NÖ GmbH, erreicht das BhW NÖ eine breite Öffentlichkeit und ist in der Lage, in Niederösterreich ein flächendeckendes Angebot an allgemeinbildender (Erwachsenen-)Bildung zu stellen. Damit unterstützt das BhW NÖ Menschen in der Wahrnehmung ihres Rechts auf Bildung, unabhängig von ihrem Hintergrund und ihren Fähigkeiten.“ (BhW o.A.)

Die Ziele des Vereins sind u.a. „... die Stärkung von gemeinwesenorientierter (Erwachsenen)Bildung (Community-Bildung) und lebensbegleitendem Lernen“ (ebd.), Vermittlung von Bildungsnähe und „...Verknüpfung von Bildung und Kultur.“ (ebd.). Damit bietet sich das BhW hervorragend für weitere Anknüpfungspunkte und Kooperationen im Sinne der GWA an.

■ Caritas St. Pölten

2020 feiert die Caritas St. Pölten ihr 100-jähriges Bestehen und ist Dachorganisation von zahlreichen sozialen Projekten in St. Pölten wie der Arbeitsassistenten, dem Jobcoaching, dem mobilen Hospizdienst, der Nothilfe und mehr als 60 weiteren Einrichtungen (vgl. Caritas St. Pölten 2015). Die Bereiche, in denen die Caritas St. Pölten tätig ist, sind vielfältig und es werden alle Handlungsfelder der Sozialen Arbeit abgedeckt, wie sie nach dem OBDS (2017) definiert werden (vgl. OBDS 2017). Dies bedeutet, dass die Caritas St. Pölten eine sehr große Spannweite und Erreichbarkeit unterschiedlicher Nutzer*innen Sozialer Arbeit aufweist und als wichtiger Stakeholder genannt werden kann. Laut der Homepage der Caritas St. Pölten engagieren sich 4.800 Menschen in NÖ West (vgl. Caritas St. Pölten 2015).

Die Caritas ist zentrale Ausgabestelle für den Kulturpass in St. Pölten (vgl. ebd.). „Mit dem Kulturpass erhalten Menschen mit geringem Einkommen österreichweit freien Eintritt zu zahlreichen Kulturveranstaltungen. Er gilt bei allen Kultureinrichtungen, die Partner der Aktion Hunger auf Kunst und Kultur sind.“ (ebd.).

Für GWA-Mitarbeiter*innen ist die Zusammenarbeit mit einer so großen sozialen Einrichtung wie der Caritas von Bedeutung, auch der gegenseitige Wissenstransfer kann für beide Stellen nützlich sein.

■ Diakonie Flüchtlingsdienst GmbH – Integrations- und Bildungszentrum St. Pölten (IBZ)

Der Flüchtlingsdienst der Diakonie hat drei Einrichtungen in St. Pölten, wobei konkret das Integrations- und Bildungszentrum St. Pölten von einer Interviewperson als ein mögliches Beispiel für Ansätze von GWA genannt wurde. Laut Homepage beziehen sich die Angebote des IBZ auf ganzheitliche Integrationsberatung für subsidiär Schutzberechtigte und Asylberechtigte, die privat wohnhaft sind. Außerdem gibt es Integrationsstartwohnungen, Bildungsangebote für Arbeitsmarktintegration, „Unterstützung von Freiwilligen, die geflüchtete Menschen begleiten“ und „Vernetzung und Wissensvermittlung mit und für Behörden, Sozial- und Kultureinrichtungen auf regionaler Ebene“ (Flüchtlingsdienst o.A.). Der Homepage zufolge gibt es mit Stand März 2020 keine GWA im IBZ (vgl. ebd.). Zwei Mitarbeiter*innen des Integrations- und Bildungszentrums waren bei der Zukunftswerkstatt dabei und gaben in einem Gespräch an, dass sie über einen internen Newsletter die Veranstaltung für Klient*innen bewarben. Das IBZ kann demnach als Stakeholder angeführt werden, da es u.a. auf den Aufbau neuer Beziehungen abzielt durch die Unterstützung von Freiwilligen bei der Begleitung von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten. Auch in der GWA geht es um den Ausbau des sozialen Kapitals.

■ Beratungsstelle FAIR

„FAIR ist eine Beratungsstelle für MigrantInnen mit Sitz in St. Pölten und steht für die Abkürzung ‚Für Arbeit, Integration, Recht‘.“ (Volkshilfe Wien 2016). Seit 2002 ist FAIR Anlaufstelle für arbeitssuchende Migrant*innen, die Orientierung sowie Unterstützung bei der Arbeitssuche benötigen (vgl. ebd.). Die Angebote sind vielfältig: Beratung wird in verschiedenen Sprachen angeboten, es gibt Konversationsgruppen, Jobcoaching und Begleitung. Das AMS und die Stadt St. Pölten fungieren als Fördergeber*innen (vgl. ebd.).

FAIR wird als Stakeholder benannt, da FAIR eine zentrale Anlaufstelle für Menschen mit AMS-Vormerkung und Migrationshintergrund darstellt. Es bestand Interesse an der

Teilnahme und Mitgestaltung der Zukunftswerkstatt, an der Klient*innen und Mitarbeiter*innen teilnahmen.

■ Diversity Café

Das Diversity Café ist laut Folder ein Projekt vom Büro für Diversität, welches Menschen verbindet, „die sich für eine demokratische, menschenwürdige und inklusive Stadtgesellschaft engagieren.“ (Diversity Café o.A.). Seit seiner Gründung vor circa drei Jahren findet das Diversity Café, laut der Leiterin des Büros für Diversität, zwei Mal pro Woche im Saal der Begegnung statt (vgl. ITV3: 00:13:30). Menschen, die „da waren“, sollten „abgeholt werden“, Bedürfnisse der neuen St. Pöltner*innen aufgezeigt und Unterstützung angeboten werden (vgl. ITV3: 00:14:03). Damit waren Asylwerber*innen gemeint, mit denen sich Freiwillige 2015 und 2016 zum gegenseitigen Austausch getroffen haben, bevor das Diversity Café in den Saal der Begegnung umzog. Das Diversity Café startete mit wöchentlichen Treffen im Rathaus und erweiterte und erweitert noch immer laufend seine Angebote (vgl. ITV3: 00:13:54).

„Es hat eigentlich von Anfang an gut funktioniert und ist immer größer geworden und wurde dann a irgendwie zu einem Selbstläufer, dadurch, dass wir den Saal der Begegnung dazu gekriegt haum. Weil der zufällig frei geworden is. Und des scho so a Eigendynamik kriegt hat, dass sie uns keine Räumlichkeiten mehr wegnehmen hätten können, weil es dann den Aufschrei der Bevölkerung gegeben hätte, weils wirklich dermaßen gut angenommen worden ist, dass da der Verlust wirklich aufgefallen wär und es ist a nie hinterfragt worden, dass des aufgelöst werden sollte.“ (ITV3: 00:14:19)

Das Diversity Café zielt laut Folder auf Informationsweitergabe, Austausch, „Begegnung von Einheimischen und Neuzugezogenen, Informationen zu Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerbende, Deutschkurse, Asylverfahren und Veranstaltungen in St. Pölten“ (Diversity Café o.A.) ab. Weiters heißt es darin, dass sich die Besucher*innen zur Einhaltung der Menschenrechte bekennen (vgl. ebd.). Der Folder ist auf Deutsch und Englisch verfasst.

Bei der Zukunftswerkstatt nahmen einige Nutzer*innen des Diversity Cafés und ebenso haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen teil und haben mitgestaltet.

Das Diversity Café ist ein zentraler Anknüpfungspunkt für ein zu implementierendes GWA-Projekt in St. Pölten und wird nachfolgend noch weiter auf seine GWA-Ansätze beleuchtet.

■ Emmaus Gemeinschaft St. Pölten

Wie im Kapitel 5.1 unter „Aktuelle Versorgungssituation in St. Pölten“ bereits kurz erwähnt, ist der Verein zur Integration sozial benachteiligter Personen seit 1982 eine zentrale soziale Einrichtung in St. Pölten mit verschiedenen Zielgruppen Sozialer Arbeit (vgl. Emmaus 2020).

„Die Emmausgemeinschaft St. Pölten – Verein zur Integration sozial benachteiligter Personen betreibt an 7 Standorten in St. Pölten Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Obdachlose und Menschen in Krisensituationen. Dazu gehören Wohnheime, Tageszentren, Notschlafstellen sowie Arbeits- und Beschäftigungsplätze für Männer, Frauen und Jugendliche.“ (Emmaus 2020)

In vielen Bereichen können sich Ehrenamtliche engagieren. Der Dienstleistungssektor der Emmaus ist vielfältig: Entrümpelungen, Sanierungsarbeiten, Gartenpflege und kunsthandwerkliche Aufträge (vgl. ebd.). Möbel- und Elektrospenden können bei der Emmaus abgegeben werden oder die Abholung wird direkt vom Verein durchgeführt. Bei monatlich stattfindenden Flohmärkten können Gebrauchsgegenstände billig erworben werden (vgl. ebd.). Die Angebote und Zielgruppen der Emmaus sind genauso divers wie ihre Nutzer*innen und Möglichkeiten des freiwilligen Engagements.

Als langjährige und große NGO ist hier spätere Schnittstellenarbeit zentral, um die Nutzer*innen der Einrichtung zu erreichen und sie in verschiedene Beteiligungsprozesse und diverse Projekte einbinden zu können. Auch durch die verschiedenen Dienstleistungsangebote erscheint die Emmaus attraktiv für eine Kooperation. Hierauf wird auch in Kapitel 5.5.8 Bezug genommen.

■ GESA – Gemeinnützige Sanierungs und Beschäftigungs GmbH

Die GESA, die als sozialökonomischer Betrieb (SöB) geführt wird, ist eine Tochtergesellschaft von Verein Wohnen (vgl. GESA 2020). Angeboten werden befristete Arbeitsplätze, um auf den Anstieg von Arbeitslosigkeit zu reagieren und die Menschen bei der Entwicklung neuer Perspektiven zu unterstützen (vgl. ebd.). Zahlreiche Dienstleistungen wie Gartenpflege und Wohnraumsanierung werden angeboten, sowie Holzprodukte, Schmuck aus Elektroschrott und andere Produkte wie der „Social Computer“ (vgl. ebd.). Projekte wie „Fit im Handwerk 2.0“ und „Trendwende“ zielen auf Integration in den Arbeitsmarkt ab. Zusätzlich gibt es Angebote wie das „Repair Café“, das von Ehrenamtlichen betrieben wird und, „bei dem jede/r herzlich eingeladen ist, seine kaputten und lieb gewordenen Dinge mit Unterstützung zu reparieren.“ (ebd.). Damit wird nicht nur ein wichtiger Beitrag für Nachhaltigkeit gesetzt, sondern es werden Menschen ermutigt, neue Fähigkeiten zu erkunden und auszuprobieren.

Ein nachhaltiger Gesellschaftsblick und die Aktivierung von Menschen sind zentrale Prinzipien der GWA, daher stellt die GESA einen wichtigen Anknüpfungspunkt dar und wird nachfolgend unter 5.2.2 noch beleuchtet.

■ Verein Frauenzentrum St. Pölten

Das Frauenzentrum St. Pölten versteht sich als Clearingstelle für Frauen und Mädchen ab 10 Jahren (vgl. Frauenzentrum o.A.). Die Angebote sind laut Homepage kostenlos, anonym, parteiisch, überparteilich und überkonfessionell (vgl. ebd.). Empowerment, Unterstützung bei Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Mädchen in der Gesellschaft und die Stärkung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative zählen zu den Zielen und Grundsätzen des Vereins (vgl. ebd.). Gefördert wird das Frauenzentrum vom Bundesministerium für Frauen, Familien & Jugend, der Österreichischen Gesundheitskasse Niederösterreich, der Familienberatung⁶, der NÖ Landesregierung und der Stadt St. Pölten (vgl. ebd.). Das Frauenzentrum und deren Nutzerinnen wurden zur Zukunftswerkstatt eingeladen. Daraufhin wurde eine Liste mit Wünschen der Nutzerinnen mit der Begründung geschickt, dass eine Teilnahme an der Veranstaltung nicht gelingen würde (vgl. E2). Die Liste mit Wünschen wäre jedoch mit den Nutzerinnen des Frauenzentrums erarbeitet worden. Interessant ist, dass dennoch jemand vom Frauenzentrum gekommen ist und sich bei der Zukunftswerkstatt eingebracht hat. GWA kann einerseits an den Grundsätzen des Frauenzentrums andocken, andererseits die Angebote durch ressourcenorientierte Netzwerkarbeit sichtbarer und nutzbarer machen.

■ #Qualifyforhope

Das Projekt Qualify for Hope (QfH) ist ein Bildungsprojekt für

„Mädchen und junge Frauen nach Beendigung der Schulpflicht zwischen dem 15. und vollendeten 21. Lebensjahr, die vor dem Antritt einer Berufsausbildung bzw. einer weiterführenden schulischen Ausbildung einen Nachholbedarf hinsichtlich ihrer schulischen und/oder sozialen sowie persönlichen Kompetenzen aufweisen.“ (Qualify for Hope o.A.)

Abgezielt wird auf die Erlangung individueller Ausbildungsreife und den Einstieg ins Ausbildungs- bzw. Schulsystem oder in den Arbeitsmarkt (vgl. ebd.). Dabei reicht das Angebot von Basisbildungskursen bis hin zur Vorbereitung auf den Pflichtschulabschluss in Kombination mit Coaching, Persönlichkeitsbildung sowie Sport und Kultur. Im Besonderen möchte das Projekt einen Beitrag zur Gleichstellung von

⁶ Vom Bundesministerium für Arbeit, Familie, und Jugend

Jugendlichen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund leisten (vgl. ebd.). Die Teilnahme ist für die jungen Frauen kostenlos und dauert mindestens sechs bis maximal vierundzwanzig Monate. Während der Unterrichtszeit wird bei Bedarf Kinderbetreuung angeboten (vgl. Provita Bildungs GmbH o.A.).

Qualify for Hope wird als Stakeholder aufgelistet, da bereits von Anbeginn der Masterarbeit großes Interesse an einer Kooperation bestand. Außerdem gab es die Bereitschaft, mit einer Gruppe von Teilnehmer*innen zur Zukunftswerkstatt zu kommen und gemeinsam St. Pölten zu gestalten. Vor der Zukunftswerkstatt wurde, gemeinsam mit der Standortleitung und anderen Vertreter*innen sozialer und politischer Organisationen, am Konzept und der Niederschwelligkeit für die Maximierung der Teilnahme von diversen Bevölkerungsschichten, gearbeitet.

■ Nordrand – Mobile Jugendarbeit

Nordrand ist eine Einrichtung vom Verein Jugend und Lebenswelt, welche sich auf das „Erkennen und Aufgreifen jugendrelevanter Thematiken“ fokussiert und „maßgeschneiderte Angebote“ im Bereich der jugend- und gemeinwesensorientierten Arbeit bietet (Verein Jugend und Lebenswelt o.A.). Wie genau die gemeinwesenorientierte Arbeit definiert wird, findet sich nicht auf der Homepage. Die mobile Jugendarbeit baut auf verschiedenen Grundsätzen wie Niederschwelligkeit, Kostenlosigkeit, Freiwilligkeit, Anonymität, Verschwiegenheit, Akzeptanz, Bedürfnisorientierung und Parteilichkeit auf (vgl. ebd.). Es gibt bestimmte Öffnungszeiten für die Anlaufstelle, ansonsten sind die Sozialarbeiter*innen mobil unterwegs. Der Verein hat verschiedene Fördergeber*innen wie das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, das Land NÖ, die Fachstelle NÖ und verschiedene Marktgemeinden wie die Stadt St. Pölten (vgl. ebd.).

Die Leitung von Nordrand nahm an der Vorbesprechung zur Konzepterstellung für die Zukunftswerkstatt teil. Auch darüber hinaus besteht der Bedarf an Kooperationen zwischen einem GWA-Projekt und Nordrand – einerseits, um die Innenansicht der Expert*innen über den Sozialraum zu erhalten, da sie auch mobil unterwegs sind, andererseits, weil auch die Arbeitsgrundsätze denen von GWA ähneln und Austausch im Sinne der Netzwerkarbeit für beide Stellen wichtig erscheint.

■ Jugendzentrum Steppenwolf

Das Jugendzentrum Steppenwolf wird auch im vorigen Kapitel 5.1.5 kurz beschrieben. In der Herzogenburger Straße situiert und von der Stadt St. Pölten finanziert, richtet sich das offene Jugendzentrum an Jugendliche ab 13 Jahren. Es gibt eine Skateboard-Halle, Tischtennis, Tischfußball und verschiedene andere Angebote (vgl. Jugendzentrum

Steppenwolf o.A.). Auf dem Flyer des Jugendzentrums steht, dass man Freund*innen treffen oder neue Freund*innen dort finden kann (vgl. ebd.).

Das Jugendzentrum wird im Kapitel 5.2.2 einerseits selber auf Ansätze von GWA untersucht, und andererseits fließt die Expertise eines Mitarbeiters in die Analyse ein.

■ Soogut Sozialmarkt

„Im soogut St. Pölten finden Menschen mit geringem Einkommen, die nachhaltig einkaufen möchten, qualitativ einwandfreie Lebensmittel zu sehr günstigen Preisen.“ (Soogut 2020). Dabei wird ein ökologischer und sozialpolitischer Beitrag geleistet und ein Statement gegen die Wegwerfgesellschaft gesetzt (vgl. ebd.). In St. Pölten gibt es neben dem Lebensmittelverkauf auch ein Café und einen Second Hand Shop (vgl. ebd.).

Viele Menschen nutzen die Angebote des Soogut Markts, und hier können die zukünftigen GWA-Mitarbeiter*innen verschiedene Menschen erreichen und für diverse Projekte aktivieren.

■ Verein Wohnen

„Der Verein Wohnen wurde 1990 gegründet und hat zum Ziel, Menschen in Wohnungslosigkeit bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen zu unterstützen.“ (Verein Wohnen o.A.). Es gibt zahlreiche Projekte vom Verein Wohnen, wie die „NÖ Erstberatung“, das „Betreute Wohnen für AsylwerberInnen“ und die Wohnungssicherung (vgl. ebd.). Unter dem Punkt „Service rund um's Wohnen“ findet man Workshops, die man buchen kann, wie z.B. mit dem Titel „Damit zusammen Wohnen funktioniert“ (vgl. ebd.). Darin werden Inhalte wie Kommunikation bzw. Umgangsformen im nachbarschaftlichen Kontext und mit Gemeinden bzw. Versorgungsunternehmen vermittelt (vgl. ebd.). Diese Workshops sind kostenpflichtig und richten sich an Institutionen, die die Angebote für ihre Zielgruppe buchen, welche Unterstützung rund um das Thema Wohnen benötigt (vgl. ebd.).

Gerade das Thema Wohnen, heterogene Nachbarschaften und Wohnversorgung ist zentral im GWA-Kontext und so stellt der Verein Wohnen eine wichtige Ressource für Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in St. Pölten dar.

Politische Organisationen auf der Kommunalebene

Die Gemeinwesenarbeit vermittelt als intermediäre Instanz zwischen verschiedenen Personen, Institutionen und Akteur*innen (vgl. Fehren 2016:62-63 zit. n. Riede 2019:70). Dafür und für die Verbesserung von Lebensbedingungen sind Bündnispartner*innen auf allen Ebenen notwendig, auch in der Verwaltung und Politik (vgl. Lüttringhaus 2011:277-278 zit. n. Riede 2019:70). Nachfolgend werden die politischen Stakeholder

beschrieben, die als langfristige und nachhaltige Bündnispartner*innen für gelingende Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Niederösterreichs verstanden werden. Im Kapitel 5.5.9 werden einige davon für die Verbreitung des Konzepts genannt.

■ Büro 2024

Die Bewerbungsgesellschaft NÖ Kulturlandeshauptstadt (NÖKU) St. Pölten GmbH, auch genannt Büro St. Pölten 2024, ist zur Hälfte von der Stadt sowie vom Land NÖ finanziert und wurde für die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2024 gegründet. Die Gründung „dient der Bewältigung der Einreichphase und soll einen öffentlichen Diskurs anregen und steuern, um möglichst breite Bevölkerungsgruppen in den Prozess einzubinden.“ (St. Pölten 2024 2019). Da St. Pölten nicht Kulturhauptstadt 2024 wurde, im Zuge des Bewerbungsprozesses aber zahlreiche Projekte eingereicht wurden, wurde das Büro 2024 beauftragt, „bestehende Kerninhalte der Bewerbung in ein schlankeres Konzept zu gießen“ (ebd.). Im ersten Halbjahr 2020 wird dafür an der Strategie gearbeitet; dabei ist dem Büro wichtig, „dass auch der Nährboden für kleinere Initiativen bereitet wird.“ (ebd.). Das Büro 2024 kann daher als zentrale*r Bündnispartner*in für die Implementierung von GWA und den daraus entstehenden zielgruppenübergreifenden selbstorganisierten Projekten gesehen werden.

■ Der Magistrat St. Pölten

„Der Magistrat ist neben dem Gemeinderat, dem Stadtsenat und dem Bürgermeister Teil der St. Pöltner Stadtverwaltung.“ (St. Pölten 2020). Diese bilden eine zentrale Anlaufstelle für die Implementierung von GWA, da beim Magistrat um die Finanzierung angesucht wird (vgl. Kapitel 5.5). Das Konzept, das unter Kapitel 5.5 zu finden ist, wird an einem persönlichen Termin dem Bürgermeister und dem Gemeinderat übergeben. Das Büro für Diversität sowie zwei Stadträt*innen und der geplante Gestaltungsbeirat werden als Bündnispartner*innen benannt, wobei vor allem mit dem Büro für Diversität und beiden Stadträt*innen eng zusammengearbeitet werden soll für gelingende GWA.

■ Büro für Diversität

2012 kam es zur Gründung des Büros für Diversität, nachdem es zuvor eine Frauenbeauftragte und einen Integrationsbeauftragten gab. Aufgrund von personellem Wechsel wurde das Büro für Diversität gegründet und erhielt eine neue Zielgruppe, nämlich Menschen mit Behinderung (vgl. ITV3: 00:03:34). Davor gab es am Magistrat St. Pölten keine Zuständigkeit für Barrierefreiheit (vgl. ITV3: 00:04:28). Danach kamen die Weltreligionen und sexuelle Identität zu den bestehenden Themen- und

Aufgabengebieten hinzu (vgl. ITV3: 00:04:47). Das Büro für Diversität ist demnach zuständig für

„[...] Diversität im Auftrag der Chancengleichheit nach den Diskriminierungsmerkmalen: Frauen, Menschen mit Behinderung, Menschen anderer Herkunft, sexuelle Identität, Weltanschauung, Weltreligionen. Das einzige, was da jetzt nicht dabei ist, ist das Alter, das wäre vom Land her noch eine Diskriminierungsgeschichte, und do haben wir gesagt, des bleibt jetzt Querschnittsmaterie.“ (ITV3: 00:05:12)

Die Aufgaben beziehen sich laut Leiterin des Büros für Diversität auf Bewusstseinsbildung, Organisieren von Veranstaltungen und Aktionen, die Implementierung verschiedener Projekte und Angebote, sowie „Vernetzungsarbeit mit Behörden, Institutionen, Verbänden und engagierten BürgerInnen“. (Sozialinfo NÖ 2020).

„Wir san eigentlich die Drehscheibe, also durch des, dass wir mit allen gut in Kontakt stehen, kriegen wir einen relativ guten Überblick, was es gibt, können dann mit de Leute reden wenn ma glauben es gibt irgend a Doppelgleisigkeit, oder dass ma irgendwie was zamlegen kann, oder dass manche Angebote bissl neu aufgesetzt werden zugunsten von notwendigeren Maßnahmen, wenn sich irgendwas zum Beispiel abgelaufen hat, weil es afoch nimma funktioniert und des is eigentlich relativ... a gut funktionierendes System.“ (ITV3: 00:12:35)

Der Saal der Begegnung, der nachfolgend noch beschrieben wird, wird vom Büro der Diversität dahingehend verwaltet, als dass die Räume kostenlos für Veranstaltungen und Projekte zur Verfügung gestellt werden, sofern sie dem Gemeinwohl dienen (vgl. ITV3: 00:15:34). Für die Verwaltung von exklusiven Veranstaltungen ist die Kulturabteilung zuständig (vgl. ITV3: 00:15:20). Das Büro besteht aus drei Angestellten, Sozialarbeiter*innen werden nicht beschäftigt (vgl. ITV3: 00:20:45).

■ Gestaltungsbeirat für Baukultur

Der Gestaltungsbeirat, der erst kürzlich beschlossen wurde, soll „funktionalen Städtebau ermöglichen und die Stadtidentität wahren.“ (St. Pölten Konkret 2020:10). Laut Artikel im St. Pölten KONKRET geht es um „Auseinandersetzung mit den Themen Städtebau, Siedlungsplanung, Stadtgestaltung und der Begutachtung von Brauprojekten“ (ebd.:10). „Der Beirat hat eine beratende und unterstützende Funktion für die stadtplanerischen Amtssachverständigen, die zuständigen Behörden und die politischen Entscheidungsträger der Stadt St. Pölten.“ (ebd.:10). Voraussetzung, um im Gestaltungsbeirat, der viermal jährlich tagt, tätig zu werden, ist die Ausübung eines der Fachgebiete Architektur, Raum-, Stadt- oder Freiraumplanung (vgl. ebd.:10).

GWA kann hier ansetzen, bei Sozialraumanalysen oder Begehungen unterstützen und Wissen zur Verfügung stellen. Auch als Schnittstelle zu Bürger*innen und anderen Akteur*innen kann Gemeinwesenarbeit hier fungieren.

■ Stadtrat für Soziales, Gesundheit, Familie, Integration

Stadtrat Dieter Fenz von der SPÖ ist mit Stand März 2020 zuständig für die Agenden Soziales, Gesundheit, Familie und Integration, und bietet für Bürger*innen Sprechstunden an (vgl. St. Pölten 2019). Mehr wird hierzu auf der Homepage der Stadt nicht gefunden. Der Stadtrat ist ein wichtiger Stakeholder für die Implementierung und Fortdauer eines GWA-Projekts in St. Pölten, und Gemeinwesenarbeiter*innen können als Berater*innen, Vermittler*innen und Übersetzer*innen zwischen Bürger*innen und Politik verstanden werden.

■ Stadtrat für Bau- und Immobilienwesen

Da das Thema Wohnen in der GWA eine große Rolle spielt, wird an dieser Stelle auch die Stadträtin Mag.^a Renate Gamsjäger von der SPÖ genannt, welche für das Bau- und Immobilienwesen Ansprechperson ist (vgl. St. Pölten 2019). Obgleich man sonst keine Informationen findet, fungiert die Stadträtin als eine wichtige Ansprechperson für Gemeinwesenarbeiter*innen. Diese können der Stadträtin als professionelle Anlaufstelle bei Themen wie Nachbarschaft und Zusammenleben dienen und auch umgekehrt wird der Stadtrat für Bau- und Immobilienwesen als Ressource gesehen für GWA.

Zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, Vereine

Im Kapitel 4.3 „Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation – Frischer Wind für die Gemeinwesenarbeit?“ werden einerseits beispielhaft selbstorganisierte Bürger*inneninitiativen erwähnt und deren Hintergründe kurz dargestellt. Andererseits wird der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation mit seinen Chancen und Zugängen erläutert. Nachfolgend werden zivilgesellschaftliche Strukturen wie Vereine oder Initiativen in St. Pölten beschrieben. Ziel der GWA ist es, durch Ressourcenaktivierung „Menschen und Akteursgruppen im Sozialraum zur aktiven Mitgestaltung ihres Gemeinwesens anzuregen“ (Riede 2019:75). Dafür ist es notwendig, die Akteursgruppen zu kennen und zu wissen, welche Ziele sie verfolgen und wie sie organisiert sind.

■ Armutsnetzwerk

Das Armutsnetzwerk Niederösterreich ist 2011 als regionales Netzwerk entstanden, Gründungspersonen waren Privatpersonen (vgl. ITV4: 00:00:22). Es wird darauf abgezielt aufzuzeigen, was Armut bedeutet und wie man strukturelle Probleme beheben kann (vgl. ITV4: 00:01:13). Die Einbeziehung von Betroffenen ist ein Grundsatz des Armutsnetzwerkes (vgl. NÖ Armutsnetzwerk 2020).

„Das NÖ Armutsnetzwerk sieht es als seine Aufgabe [...] Problemlagen und deren zugrunde liegende Strukturen zu analysieren, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten, zielführende Forderungen konstruktiv einzubringen und mit Nachdruck zu vertreten.“ (ebd.)

Laut Homepage gibt es sechszwanzig Mitgliedsorganisationen und einige Privatpersonen, die sich größtenteils ehrenamtlich für das Netzwerk engagieren (vgl. ebd.). Das Armutsnetzwerk lässt sich nicht in St. Pölten verorten, wird hier aber trotzdem zu den wichtigen Stakeholdern gezählt, da darüber viele soziale Einrichtungen und engagierte Sozialarbeiter*innen erreicht werden können, und die Arbeit des Armutsnetzwerkes als nachhaltig sowie sozialpolitisch verstanden werden kann. GWA, welche ebenso politisch ist (vgl. Kapitel 4.1.2), kann hier andocken und Ressourcen nutzen bzw. stärken, damit Synergieeffekte freigesetzt werden können.

■ Club 81

Der Club 81 versteht sich als Club für „Behinderte und Nicht-Behinderte“ und zielt auf die Integration von Menschen mit Beeinträchtigung ab (vgl. Club 81 o.A.). Es findet Austausch bei regelmäßigen Clubabenden statt, außerdem gibt es Beratung, Besuch kultureller Veranstaltungen und gemeinsame Reisen, sowie diverse Unterstützungsangebote, wie bei Führerscheinausbildungen (vgl. ebd.). Das Motto lautet: „In der Gemeinschaft liegt die Stärke“ (ebd.). Auf der Homepage finden sich Informationen über die Mitgliedschaft, welche 15 Euro pro Person und Jahr ausmacht (vgl. ebd.). Dieser Club gibt auf der Homepage keine Informationen darüber, ob auch hauptamtliche Mitarbeiter*innen angestellt sind, oder ob der Club nur aus ehrenamtlichen Mitgliedern besteht.

Der Club 81 wurde zur Zukunftswerkstatt eingeladen und schickte davor ein Positionspapier. Dieses beinhaltet viele Forderungen für Menschen mit Beeinträchtigung (vgl. E1). Auch nahmen Mitglieder vom Club 81 bei der Zukunftswerkstatt teil. Für GWA und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation stellt der Club spannende Anknüpfungspunkte dar.

■ fuk – Freiluft und Kultur

Auf Facebook findet man aktuelle Informationen zum Verein fuk, welcher sich als „Förderer und Vermittler unterschiedlicher künstlerische[r] und kulturelle[r] Aktivitäten“ (freiluftundkultur o.A.) in St. Pölten sieht. Filmvorführungen und Interventionen im öffentlichen Raum gehören unter anderem zu den Aufgaben unter dem Motto: „Die Stadt St. Pölten in einem anderen Licht zeigen. Freiluft, konsumfrei und immer unterwegs.“ (ebd.). „Guerillakino“ oder „Kino im Kopf“ mit „Stattgarten – Urban Gardening St. Pölten“ als Kooperationspartner*in waren nur einige der Programmpunkte aus 2018 (vgl. fuk Jahresprogramm 2018). Durch Internetrecherche konnte nicht herausgefunden werden, ob bei fuk Haupt- oder Ehrenamtliche oder eine Mischform gegeben ist. Im Sinne der Nutzung von Ressourcen kann eine Kooperation mit fuk für die GWA, aber auch für den Kulturverein selbst als sinnvoll und gewinnbringend erachtet werden, da es auch hier um die Nutzung und Sichtbarmachung von Ressourcen und mögliche Stärkung von Strukturen geht.

■ Guarantee on Tomorrow

Guarantee on Tomorrow vermittelt eine Garantie auf Morgen für Flüchtlinge in verschiedenen Ländern und in Österreich für „Hilfe und Integration unserer neuen Mitbürger, Nachbarn und Freunde.“ (Guarantee on Tomorrow o.A.). Der Verein bietet Unterstützung bei Möbelsuche und anderen Gebrauchsgegenständen, bietet Deutschkurse für Asylwerber*innen rund um St. Pölten und ist immer wieder auf der Suche nach ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen (vgl. ebd.). Guarantee on Tomorrow zielt demnach auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in schwierigen Lebenssituationen ab und setzt einen Schritt für ein soziales Miteinander. Hier ist es für Gemeinwesenarbeiter*innen interessant anzusetzen, Schnittstellenarbeit zu betreiben und ebenso der Initiative bei Bedarf als Ansprechstelle zur Verfügung zu stehen.

■ KulturhauptSTART & Grätzellabor

Die Plattform KulturhauptSTART St. Pölten versteht sich als Bürger*inneninitiative, die aus der Verbindung von Bürger*innen und Kunschtchaffenden entstand und die Bewerbung der Stadt St. Pölten als europäische Kulturhauptstadt 2024 (mit)initiierte (vgl. KulturhauptSTART 2024 St. Pölten 2020). Für die Zukunftswerkstatt am 19.9.2019 erfolgte eine enge Kooperation mit KulturhauptSTART. Bereits bei der Konzepterstellung und auch im Nachhinein wurde großes Interesse an den Forschungsergebnissen und der Masterarbeit seitens KulturhauptSTART bekundet. Vor dem gemeinsamen Jour Fixe organisierte KulturhauptSTART bereits einige dieser Veranstaltungen an

unterschiedlichen Örtlichkeiten in St. Pölten mit spezifischen Themen. Diese Jour Fixe verstanden sich als offene Treffen, bei denen über den Bewerbungsprozess zur Kulturhauptstadt informiert und Anregungen der Bürger*innen eingearbeitet wurden (vgl. ebd.). Lena Weiderbauer, Mitglied der Plattform meinte dazu:

„Bei Partizipationsprozessen kommen immer wieder die ‚üblichen Verdächtigen‘. Das ist kein Geheimnis. Bestimmte Menschen erreicht man auch mit ausgetüftelten Methoden nicht. Da hätte man schon mehr investieren können und welche Orte und Methoden man noch verwenden hätte können. (ITV7: 00:14:45).

Um mehr Diversität bei den Treffen zu erlangen, erfolgte die Kooperation mit der Studierendengruppe und die Zukunftswerkstatt am 19.09.2019 zielte genau darauf ab (vgl. D1).

Das Grätzellabor ist ein Konzept von KulturhauptSTART, das im Zuge der Bewerbung zur Kulturhauptstadt entwickelt wurde und welches darauf abzielt, „eine Antwort auf aktive, kreative Beteiligung, Empowerment und Wiederaufleben von nachbarschaftlichen Netzwerken und Strukturen zu finden, um die Identifikation mit dem Grätzel, seiner Bewohner*innen und der Stadt gesamt zu stärken.“ (KulturhauptSTART 2024 St. Pölten 2020). Als Ziel wird eine nachhaltige, gemeinwesenorientierte Stadtentwicklung beschrieben, wo Bürger*innen partizipativ und aktiv das kulturelle Leben der Stadt mitgestalten (vgl. ebd.).

„Der gemeinsame Wohn- und Lebensraum gilt dabei als wichtiges verbindendes Element. Daran anknüpfend werden jene heterogenen/diversen nachbar*innenschaftlichen Strukturen gestärkt, wodurch deren Identifikation mit ihrem Grätzel und letztlich auch mit St. Pölten erhöht wird. Mit diesem neu etablierten „Wir-Gefühl“, sowie dem Verständnis, dass jede*r Einzelne als Teil der urbanen Kultur wahrgenommen wird und einen Beitrag zum kulturellen Profil der Stadt leistet, treten die Bewohner*innen der Grätzel in eine Laborsituation ein.“ (ebd.)

Das Grätzellabor widmet sich Themen wie Migration/Flucht, Klimawandel, Mobilität, Digitalisierung und anderen aktuellen Fragen (vgl. ebd.) durch Aufsuchen, Aktivieren, Experimentieren, Reflektieren und Präsentieren (vgl. Grätzellabor o.A.). Das Konzept des Grätzellabors ist mit Stand März 2020 noch nicht umgesetzt worden, kann aber als GWA-Projekt in St. Pölten betitelt werden. Es ist zielgruppenübergreifend, zielt auf die Stärkung und Aktivierung der Bevölkerung ab und bietet offene Austauschmöglichkeiten. Ob Sozialarbeiter*innen beschäftigt werden, kann aus dem Infoblatt nicht herausgelesen werden. Die Rolle des Grätzellabors bei der Implementierung von Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation wird im Konzept dargelegt (vgl. Kapitel 5.5).

■ Sonnenpark St. Pölten & Verein Lames & zahlreiche Gemeinschaftsgärten

Lames ist ein Non-Profit-Verein, der im Sonnenpark St. Pölten verortet ist und sich „...als Bindeglied zwischen Ästhetischem, Bildender Kunst, Musik, Bildung, Natur und Menschen“ versteht (Kulturvernetzung NÖ GmbH o.A.).

„La Musique et Sun (LAMES) ist über die Jahre von einer kleinen Gruppe jugendlicher Kunst- und Kulturbegisterter zu einem Verein gewachsen, der es sich zum Ziel gemacht hat, ein anspruchsvolles Kunst- und Kulturprogramm abseits vom Mainstream und üblichen kommerziellen Strukturen zu gestalten, einen Freiraum in St. Pölten im besten Sinne des Wortes zu etablieren und Raum für Neues zu schaffen.“ (LAMES Leitbildfolder o.A.)

Als Ziel wird beschrieben, das kulturelle und soziale Umfeld St. Pöltens mittels sozio-kultureller Aktivitäten zu erweitern (vgl. ebd.).

Der Sonnenpark hat circa 26 Mitglieder und bis zu 400 Freund*innen (vgl. ITV5: 00:05:32). Der Park ist für alle Menschen offen (vgl. ITV5: 00:09:11), wovon jede*r sich einbringen kann (ITV3: 00:30:15). „Wir wollens naturnahe gestalten, Rückzugsraum für Menschen, Pflanzen und Tiere. Das heißt diese Dreier-Kombination ist wichtig. Es ist kein reiner Menschenpark, wie vielleicht andere. Es sollen halt diese Wildräume auch bleiben.“ (ITV5: 00:04:57). Der Park wird demnach nicht nur als organisierter Natur- und Kulturpark beschrieben, sondern auch als Naherholungsort, virtueller Arbeitsort, Energieort, Lebensraum und Freiraum. Außerdem als Ort für Kommunikation und für die Stärkung von sozialem Zusammenhalt, als ein Bildungsort und sozio-kulturelles Bindeglied von Generationen und Kulturen (vgl. Sonnenpark St. Pölten o.A.). Es gibt keine gewisse Altersgruppe oder soziale Schicht, die den Park für sich alleine nutzt (vgl. ITV5: 00:07:04). „Und das ist das Schöne, dass die da wirklich zusammenkommen und auch spürbar wird: Erholungsraum ist auch etwas, das alle Menschen betrifft und auch allen zu Gute kommt.“ (ITV5: 00:07:39)

Im Sonnenpark gibt es die Gemeinschaftsgärten Süd und Nord. Neben dem Gemeinschaftsgarten Nord ist das interkulturelle Gartenprojekt GRUND verortet, das von zwei Sozialarbeiter*innen ehrenamtlich betrieben wird und als Bachelor-Projekt in Zusammenarbeit mit der FH St. Pölten entstanden ist. Die Nutzer*innen sind Menschen mit Fluchthintergrund, die gemeinsam mit den Gärtner*innen vom Gemeinschaftsgarten Nord gärtnern, sich austauschen und gemeinsam ihre Ernte feiern. Online wurden wenige Informationen zum Gartenprojekt GRUND gefunden. Man kann darüber mutmaßen, dass das Projekt ehrenamtlich betrieben wird und wenige Ressourcen für

die Gestaltung der Homepage vorhanden sind. Eine Bachelor-Arbeit⁷ von 2018 beschäftigt sich mit dem interkulturellen Gartenprojekt und den solidarökonomischen Gedanken dahinter. Auf Facebook findet man neben ein paar wenigen Einträgen auch Fotos und weitere Informationen über die Initiative:

„Frei nach dem Prinzip der Gemeinwesenarbeit geht es uns darum, Raum zu schaffen für die Steigerung der Lebensqualität aller Beteiligten. Sowohl Asylwerber*innen wie auch Anwohner*innen bietet sich dadurch die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung mitzuwirken und einander kennenzulernen. Unsere Ziele umfassen unter anderem die Schaffung sinnvoller Freizeitangebote in der Natur, finanzielle Entlastung der teilnehmenden Asylwerber*innen, Zugang zu hochwertigen und frischen Lebensmitteln, Förderung von Inklusion, sozialem Austausch und natürlich in erster Linie viel Freude.“ (GRUND o.A.)

Der Verein Lames, der Sonnenpark und die darin angesiedelten Gemeinschaftsgärten, bieten laut Recherchen einen Nährboden für sozio-kulturellen Austausch. Sie stellen Anknüpfungspunkte für zukünftige Gemeinwesenarbeiter*innen dar, da sie auf die Verbesserung von Lebensbedingungen von Menschen abzielen sowie auf nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen. Die Vereine bzw. Initiativen stellen eine Ressource für St. Pölten dar und GWA kann hier bei Bedarf unterstützend auftreten und vorhandene Strukturen stärken.

■ St. Pöltner Gutmenschen

Auf der Homepage der St. Pöltner Gutmenschen findet man Termine für die Teilnahme an den monatlich stattfindenden Treffen. Es geht darum, für Solidarität, Menschlichkeit, Nächstenliebe und Zivilcourage ein Zeichen zu setzen (vgl. St. Pöltner Gutmenschen o.A.). „Aufgabe der St. Pöltner Gutmenschen ist es laut Eigendefinition, Menschen miteinander zu vernetzen, die für ein solidarisches und weltoffenes St. Pölten stehen, für Toleranz und Menschlichkeit zu werben und ein Zeichen gegen den Rechtsruck zu setzen.“ (Tips Nachrichten 2018). Weiters finden sich wenig Informationen zu den Gutmenschen, außer, dass diese die Donnerstagsdemo in St Pölten 2018/2019 organisierten.

Es kann davon ausgegangen werden, dass „menschenrechtsorientierte Strukturen geschaffen und lokale Strategien“ (Bringt et al 2014:13 zit. n. Riede 2019:75-76) durch die Arbeit der Gutmenschen etabliert wurden und werden. Hier können GWA und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation mit ihrem professionellen Zugang, ihren langfristigen Ressourcen und niederschweligen Methoden für Beteiligung neue Bürger*innen ansprechen und einbinden.

⁷ Bandion / Krotky (2018)

■ Verein Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung und Stadtoase

Der Verein Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung besteht aus engagierten Bürger*innen, die sich für eine „nachhaltige, soziale und ökologische Innovation in der Stadtentwicklung St. Pöltens“ (Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung o.A.) einsetzen. Dem Verein ist es laut Homepage wichtig, dass die Bedürfnisse von Bürger*innen und deren Interessen ernstgenommen werden, und es zu einem konstruktiven Dialog zwischen Bürger*innen und Stadtverwaltung kommt (vgl. ebd.). Der Verein wurde 2017 gegründet, steht für Bürger*innenbeteiligung und ist dem Projekt Stadtoase zugehörig (vgl. ebd.).

Laut St. Pölten KONKRET vom März 2020 läuft das Projekt „Stadtoase“ seit 2018. „Ziel des Projektteams rund um die Stadt und die BürgerInnen-Beteiligungs-Initiative Smart Pölten: Gemeinsam mit der Bevölkerung grüne Inseln in der Stadt schaffen, die klimatisch ausgleichend und gemeinschaftsstiftend wirken.“ (St. Pölten KONKRET 2020:14). Projekte und Kooperationen wie mit der Emmaus, mit welcher mobile, begrünte Möbel gebaut werden, oder dem Sonnenpark, welcher Schauplatz für Workshops und das Kinderforschungslabor wird, sind nur einige der Interventionen von der Stadtoase (vgl. ebd.). Auf der Homepage der Stadtoase werden Bürger*innen zum Mitmachen und Mitreden aufgerufen, außerdem gibt es Onlinebefragungen und verschiedene Tools, wie das Wohlfühl- oder Oasenbarometer (vgl. Stadtoase 2018), welches online genutzt werden kann. Geht man auf der Homepage zu den Abstimmungsmöglichkeiten, sieht man, dass keine der Auswahlkategorien mehr als 75 Stimmen bekommen hat, viele sogar im einstelligen Bereich liegen. Es kann demnach davon ausgegangen werden, dass die Angebote der Stadtoase in St. Pölten noch wenig bekannt oder als hochschwierig zu deklarieren sind. Darüber kann jedoch nur gemutmaßt werden.

Eine Kooperation mit Smart Pölten und der Stadtoase ist ratsam, da Bürger*innenbeteiligung auch in der Gemeinwesenarbeit zu finden ist, der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation hierfür aber eine Weiterentwicklung darstellen kann.

■ Queeriosity

„2015 gründete eine Gruppe von St.Pöltner_innen den Verein Queeriosity (vormals Café Queer) für LSBTIQA*-Menschen: Also für Menschen, die sich keinen sexuellen und gesellschaftlichen Normen unterwerfen.“ (Queeriosity o.A.). Das „Netzwerk zur Stärkung kurioser Lebensstile“ (ebd.) zielt darauf ab, viele Menschen zu erreichen, zu informieren und zu stärken (vgl. ebd.). Es gibt regelmäßige, offene Treffen im Saal der Begegnung, Veranstaltungen, eine Radiosendung und Presseaussendungen (vgl. ebd.).

Es wird davon ausgegangen, dass nur ehrenamtlich Engagierte im Verein tätig und die Ressourcen sehr knapp sind. Im Zuge der Vorerhebungen war ein Interview mit Vertreter*innen von Queeriosity geplant, die Interviewanfrage blieb aber unbeantwortet. Nichtsdestotrotz und gerade deshalb, stellt GWA für den Verein einen Anknüpfungspunkt dar, damit bereits bestehende Strukturen gefestigt werden. Außerdem kann professionelle und langfristige GWA nachhaltig unterstützen und die Ansätze im Verein stärken.

■ Kulturvereine

Recherchiert man nach Kulturvereinen in St. Pölten, finden sich Beiträge zu Lames, dem Kulturverein Artig, der alevitischen Kulturgemeinschaft GmbH und der Osman Pascha Moschee mit dem Kultur-, Sport- und Hilfsverein. Durch die Interviews und die Teilnahme am Fest der Begegnung ist jedoch bekannt, dass es auch einen tschetschenischen, arabischen, iranischen, bosnischen und serbo-kroatischen Kulturverein gibt. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass es darüber hinaus noch andere gibt, die in St. Pölten und Umgebung aktiv sind und als Interessensvertretung fungieren. Zu den meisten findet man bei gezielter Suche dennoch keine Einträge. Hier wäre die GWA als Netzwerkerin eine professionelle Unterstützerin bei der Sichtbarmachung von Kulturvereinen in St. Pölten und bei der Stärkung ihrer Angebote. Damit hier Kulturvereine nicht ausgeschlossen werden, bedarf es nach Implementierung von GWA und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation weiterer Recherchen und Schnittstellenarbeit. Auch im Konzept unter Kapitel 5.5, wird auf die Rolle von GWA im Bezug auf die Unterstützung der Kulturvereine noch näher eingegangen.

■ Foodsharing St. Pölten

Auf Facebook gibt es Gruppen wie Foodsharing St. Pölten, welche regelmäßige Infoveranstaltungen bzw. Stammtische für Vernetzung und Austausch zum Thema Wertschätzung von Lebensmitteln anbieten (vgl. Foodsharing St. Pölten o.A.). Es ist eine geschlossene Gruppe, welcher man beitreten muss, um weitere Informationen zu bekommen.

Da auch GWA nachhaltige gesellschaftliche Änderung im Blick hat, und um virtuelle Austauschplattformen in St. Pölten kennenzulernen, bietet sich Foodsharing als Vernetzungspartner*in an.

Sonstige Stakeholder

Unter diesem Punkt finden sich die Stakeholder, die den drei oberen Kategorien nicht zuordenbar sind, aber dennoch für gelingende und nachhaltige Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in St. Pölten als wichtig erachtet werden.

■ Saal der Begegnung

Der Saal der Begegnung, der weder ein Verein noch eine Institution ist, wird unter sonstige Stakeholder beschrieben, obwohl er nach der oben angeführten Definition über Stakeholder nicht als solcher gelten würde. Durch die eigene Darstellung als Stakeholder werden all jene Projekte und Initiativen, die nicht vom Büro für Diversität ausgehen, mitgedacht und unter dem Punkt Saal der Begegnung abgebildet.

Gemeinsam mit der Kulturabteilung kann das Büro für Diversität entscheiden, wie der Saal der Begegnung verwaltet wird. Es gibt geschlossene Veranstaltungen, für die ein Geldbetrag zu entrichten ist, und Veranstaltungen, bei denen der Raum kostenfrei genutzt werden kann. Dafür muss die Veranstaltung dem Gemeinwohl zugutekommen (vgl. ITV3: 00:15:34), wie beispielsweise beim Tauschkreis, der Babycouch vom Roten Kreuz und dem kreativen Malen und Zeichnen. Recherchiert man nach den zahlreichen regelmäßigen und punktuellen Veranstaltungen im Saal der Begegnung, findet man keine offizielle Information; Facebook zeigt eine inoffizielle Seite mit 15 Likes an. Laut Martina Eigelsreiter vom Büro für Diversität sind die Informationen über die Veranstaltungen über das Büro für Diversität zugänglich, eine offizielle Liste gibt es dazu nicht (vgl. E3). Das Büro für Diversität schickt per Mail eine Übersicht über den Zeitplan an Kooperationspartner*innen aus. Darin finden sich von Montag bis Samstag Veranstaltungen (vgl. ebd.). Im nachfolgenden Kapitel 5.2.2 wird konkret darauf eingegangen, wo bereits Ansätze von Gemeinwesenarbeit oder Selbstorganisation im Saal der Begegnung vorhanden sind, und wie diese noch besser genutzt werden können. Auch im Konzept, welches sich unter Kapitel 5.5 findet, wird die Rolle des Saals der Begegnung im Bezug auf GWA für St. Pölten und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation beleuchtet.

■ Fachhochschule St. Pölten

Die Stadt St. Pölten hat an der Fachhochschule St. Pölten (FH) eine städtische Unternehmensbeteiligung (vgl. St. Pölten 2020). Nicht nur aus diesem Grund ist die FH zentral für die Etablierung von Gemeinwesenarbeit. Jährlich absolvieren in 25 Studiengängen Studierende ihren Abschluss an der Fachhochschule (vgl. FH St. Pölten o.A.). Sozialarbeiter*innen sind nur ein Teil davon, die in ihren Bachelor- und Masterprojekten zu St. Pölten forschen und geforscht haben und dabei vor Ort Projekte

entwickelten und weiterentwickelten. Auch durch dieses Masterprojekt und die daraus entstandene Masterarbeit stellt die FH einen Grundstein bzw. den benötigten Rahmen dar. Für nachfolgende Projekte ist daher unbedingt weiter an der FH anzudocken. Für die Verbreitung des Konzepts werden auch die Ressourcen der FH genutzt (vgl. Kapitel 5.5).

Im Campus Radio 94,4 findet einmal monatlich beim „Radio am Nachmittag“ ein „Vernetzungstreffen für all jene statt, die an kulturellem Austausch oder ganz einfach am Plaudern mit unterschiedlichsten Menschen interessiert sind.“ (vgl. E4). Dabei ist es möglich, dass man Einblicke ins Radio-Machen bekommt und selber on Air geht (vgl. ebd.).

Auch hier kann die GWA als Brückenbauerin zu verschiedenen Bürger*innen fungieren, damit dieses Angebot breiter genutzt wird.

Gemeinwesenarbeit als Ankerpunkt in der Netzwerkarbeit

Nachfolgend wird versucht, die oben vorgestellten Stakeholder miteinander in Beziehung zu setzen und anhand einer adaptierten Netzwerkkarte abzubilden. Dazu werden die Sektoren in der Netzwerkkarte nach Pantuček-Eisenbacher (2019) abgeändert in: NGO, Politik, Sonstige und Zivil.

Die Netzwerkkarte eignet sich, um die Komplexität und Fülle der unterschiedlichen oben genannten Stakeholder darzustellen, sowie einen strukturierten Überblick davon zu erhalten. Es wird an dieser Stelle daran erinnert, dass hier eine fundierte Auswahl an Stakeholdern abgebildet wird, aber nicht als vollständig erachtet werden kann. Die zu implementierende Gemeinwesenarbeit kann an dieser Analyse ansetzen, da es u.a. Aufgabe der GWA ist, Ressourcen und Potenziale sichtbar und nutzbar zu machen und Netzwerkarbeit zu betreiben.

„Da im Gemeinwesen verschiedene Gruppen nebeneinander existieren, die oft wenig Kontakt zueinander haben, erscheinen Möglichkeiten zum Austausch und Brückenbau zwischen den Gruppen interessant. Dies erfordert ein ressourcenorientiertes und vernetzendes Vorgehen der Gemeinwesenarbeiter*innen.“ (Riede 2019:75)

Die GWA ist als Drehscheibe oder Ankerpunkt für Menschen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen und Themen zu verstehen und kann die Anliegen entweder selber mit den Bürger*innen bearbeiten oder sie an Expter*innen jeglicher Art weitervermitteln. Dazu braucht sie Wissen über bestehende Projekte und Anlaufstellen.

Im Folgenden wird die Netzwerkkarte mit den Stakeholdern abgebildet. Als Ankerpunkt wird von einem GWA-Projekt mit Fokus auf zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten ausgegangen. Die Punkte, die nahe am Zentrum abgebildet sind, sollten seitens der Gemeinwesenarbeiter*innen rasch eingeladen werden, um Bündnis- und Kooperationspartner*innen zu bilden und eine gute Kommunikationsbasis für weitere Schnittstellenarbeit zu schaffen. Dennoch soll mit allen abgebildeten Punkten im Sinne der Netzwerkarbeit kooperiert und zusammengearbeitet werden. Einige der abgebildeten Punkte waren bereits während des Forschungsprozesses für die Masterarbeit Kooperationspartner*innen. Wo durch Recherchen oder Beobachtungen hervorgeht, dass zwischen den Stakeholdern Austausch bzw. Zusammenarbeit besteht, wird eine Verbindungslinie eingetragen. Dies weicht der klassischen Netzwerkkarte ab, wo Person-Person-Beziehungen eingetragen werden (vgl. Pantuček-Eisenbacher 2019:189). Auf die Verbindung zur GWA als Ankerpunkt und den unterschiedlichen Stakeholdern wird zwecks Übersichtlichkeit verzichtet. Ziel soll aber sein, dass die Gemeinwesenarbeiter*innen für eine ressourcenorientierte und nachhaltige Netzwerkarbeit zu allen Stakeholdern Kontakt aufbauen.

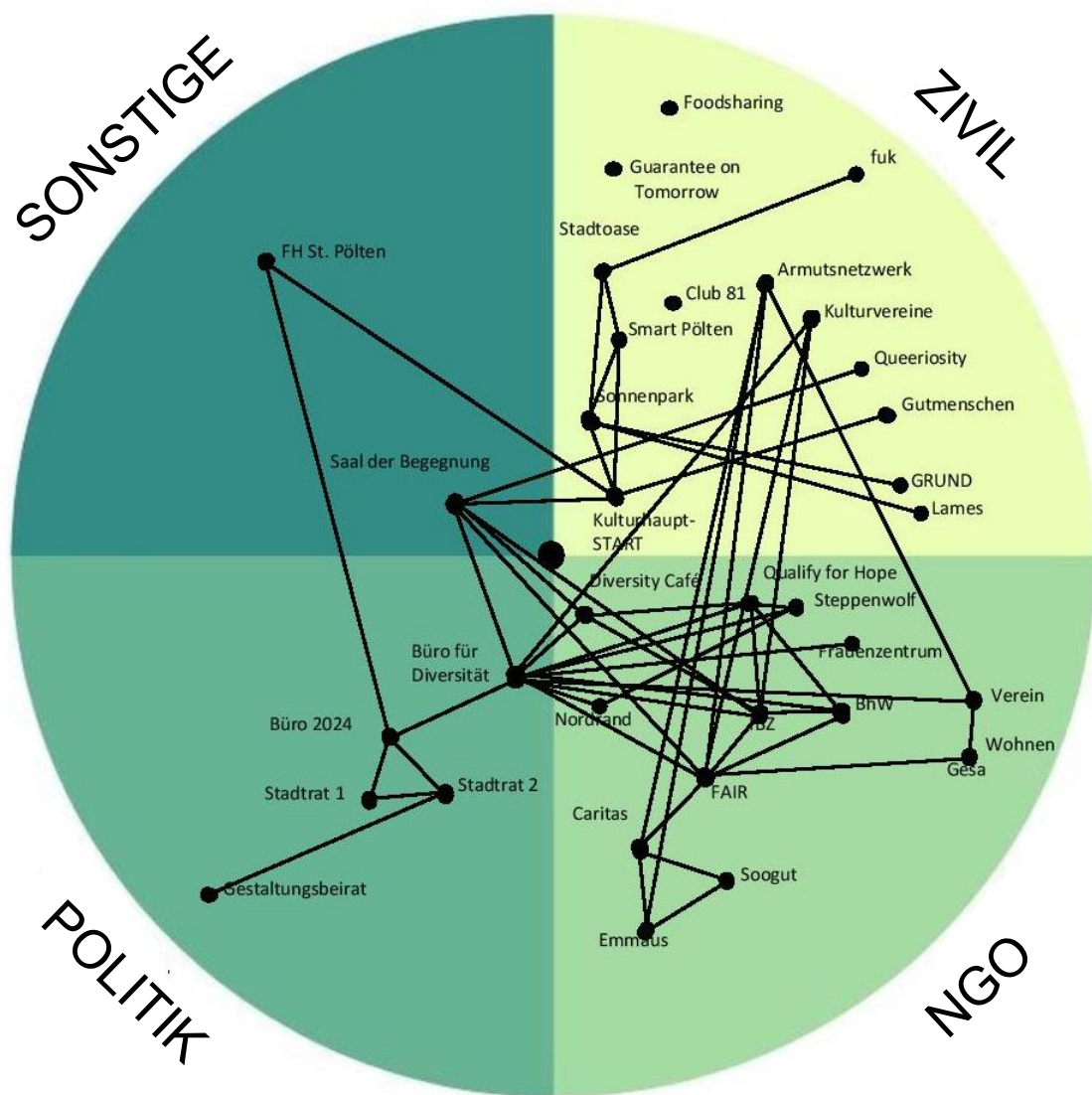


Abbildung 19 GWA als Ankerpunkt in der Netzwerkarbeit (eigene Darstellung)

Die Netzwerkkarte zeigt, dass vor allem im sozialen und zivilgesellschaftlichen Bereich einige Ressourcen vorhanden sind und die Netzwerkkarte dafür einen strukturierten und systematischen Überblick bieten kann. Es wird auch ersichtlich, dass das Büro für Diversität die meisten Verknüpfungen mit anderen Stakeholdern aufweist.

Gerade im sozialen Bereich scheint bereits Kontakt unter den jeweiligen Stellen gegeben zu sein. Im zivilgesellschaftlichen Sektor gibt es einige Stakeholder, die keine Verknüpfung aufweisen. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass auch hier Kontakt und Austausch mit anderen besteht.

Die Bündnis- und Kooperationspartner*innen werden sich nach Implementierung von GWA und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation erweitern und die Netzwerkkarte wird wachsen und sich verändern, sofern genügend Zeit für die

Schnittstellenarbeit verortet werden kann. Durch das Eingehen neuer Kooperationen entstehen Synergieeffekte, die für alle Beteiligten von Vorteil sind.

Zwischenresümee

Die Recherche zu den Stakeholdern, deren Beschreibung und die Netzwerkkarte haben gezeigt, dass es viele unterschiedliche soziale Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in St. Pölten gibt. Vorwiegend im zivilgesellschaftlichen Bereich gibt es Initiativen, die Ansätze der Gemeinwesenökonomie aufweisen. Notz (2012) führt dazu die Tausch-, Schenk-, und Umsonstökonomie sowie selbstverwaltete Gemeinschaftsgärten an (vgl. Notz 2012:124-125 zit. n. Riede 2019:78). Im Saal der Begegnung findet man Tauschkreise, das Foodsharing St. Pölten verschenkt Lebensmittel und der Sonnenpark beherbergt einige Gemeinschaftsgärten.

Weiderbauer von KulturhauptSTART führt folgendes aus: „In St. Pölten gibt's so vü, aber ma was nix.“ (ITV7: 00:19:50). Auch in Kapitel 5.1.7 wird auf die (Nicht)-Sichtbarkeit von Angeboten Bezug genommen und es wird deutlich, dass es an Transparenz über die verschiedenen vorhandenen Angebote mangelt. Das Wissen über die diversen bestehenden Angebote kann teilweise als informell betitelt werden und ist nirgends niederschwellig zugänglich. Grund könnten die engen oder nicht vorhandenen finanziellen Rahmenbedingungen sein. Für Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit bedarf es genügend zeitlicher Investition, über die Ehrenamtliche oft nicht verfügen.

Es hat sich ebenso dargestellt, dass es viele selbstorganisierte zivilgesellschaftliche Initiativen gibt, die sich mit der Verbesserung des Gemeinwohls, Inklusion und Teilhabe oder Nachhaltigkeit beschäftigen. Auch zielgruppenübergreifende Angebote zeichnen sich ab.

Schließlich zeigte sich auch, dass Einrichtungen bzw. Initiativen Gemeinwesenarbeit auf ihrer Homepage anführen, aber nicht weiter darlegen, wie diese praktiziert oder aus welchen Mitteln finanziert wird. Daher kann davon ausgegangen werden, dass es derzeit keine finanzierte, dezidierte Gemeinwesenarbeit in St. Pölten gibt.

Gemeinwesenarbeit zielt auf den Ausbau des sozialen Kapitals ab, indem sie ihren Fokus auf Netzwerke und vorhandene Ressourcen lenkt (vgl. Riede 2019:74-75). Festgehalten wird, dass im Zuge der Bewerbung zur Kulturhauptstadt einige Anstöße für Selbstorganisation, Austauschprozesse und Mitgestaltung gestartet wurden. Auch die Zukunftswerkstatt vom 19.09.2019 kann dazu gezählt werden. Bürger*innenbeteiligung wurde als Anspruch bei manchen Stakeholdern in Visionen oder Leitbildern festgeschrieben, hier stellt sich aber die Frage, wie diese praktisch gelebt wird, und wie die Entscheidungskompetenzen und Machtstrukturen verteilt sind.

Es stellte sich dar, dass soziale Einrichtungen bzw. Vereine im Zuge der Einladung zur Zukunftswerkstatt davon ausgingen, dass ihre Zielgruppe nicht an der Veranstaltung teilnehmen würde. Unterschiedliche Begründungen wurden dazu gemacht. Diese Skepsis ist aber keine Seltenheit und wird in Kapitel 3.2.3 in einem anderen Zusammenhang erläutert. Daraus zu schließen ist jedoch, dass es Bewusstseinsarbeit bei einigen Stakeholdern braucht, um darzustellen, dass es gilt, „das Interesse aller Bewohner*innen am öffentlichen-politischen Leben aufrechtzuerhalten, an einer Demokratisierung der Gesellschaft weiterzuarbeiten und gegen Politikverdrossenheit aktiv vorzugehen“ (Aschenbrenner-Wellmann / Ehrismann 2014:370). Immerhin stehen allen Bürger*innen Selbstwirksamkeitserfahrungen und Hilfe zur Selbsthilfe zu (vgl. Riede 2019:80).

5.2.2 Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten - Analyse des Status Quo

Da nun die wichtigsten Stakeholder beschrieben wurden, die zu gelingender Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten beitragen können, widmet sich dieses Kapitel weiterhin den vorhandenen Ressourcen. Die nachfolgende Auseinandersetzung zielt darauf ab, weitere Anknüpfungspunkte herauszuarbeiten und bereits bestehende Projekte sowie GWA-Ansätze in St. Pölten sichtbar zu machen. Die vorliegende Masterarbeit hat außerdem zum Ziel, die Bestrebungen und Ansprüche dieser Projekte, (selbstorganisierte) Initiativen und Organisationen darzustellen, und ihre Arbeit und ihr Engagement zu würdigen.

Zum Verständnis von Gemeinwesenarbeit in St. Pölten

Wie im Kapitel 3.1 „GWA Entstehung und State of the Art“ bereits erläutert, gibt es nicht eine Definition von Gemeinwesenarbeit, sondern diverse Zugänge, Ansätze und Verständnisse. Darum wurde als Grundlage für diese Masterarbeit ein gemeinsames Verständnis verschriftlicht, welches sich in Kapitel 3.1.8 nachlesen lässt.

Die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Dr. Milena Riede (2019) beschreibt GWA wie folgt: „Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit geht es um die Hilfe und Befähigung der Menschen zur Selbsthilfe, um Kooperation und Vernetzung sowie um die Nutzung und Ermöglichung neuer Beziehungen im Stadtteil, also um den Ausbau des sozialen Kapitals.“ (Riede 2019:79). Was verstehen die Interviewpartner*innen unter GWA?

Weidmann-Krieger, der Obmann des Sonnenparks, kennt den Ausdruck Gemeinwesenarbeit nicht, versteht darunter jedoch, dass man sich ohne Bezahlung für

eine öffentliche Sache und für eine Veränderung der Gesellschaft einsetzt (vgl. ITV5: 00:31:07). Groissmeier, der Obmann von Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung, gibt an, ebenso keine genaue Vorstellung von GWA zu haben, interpretiert es aber in Richtung öffentlicher Raum und Ehrenamtlichkeit sowie dass man etwas zum Wohl der Gesellschaft macht (vgl. ITV6: 01:01:54). Die Standortleitung von Qualify for Hope, Monika Wolf, meint, dass es bei GWA um ein gutes Zusammenleben geht, dass nicht nach Alter oder Herkunft differenziert wird, sondern dass für alle Menschen das da ist, was sie benötigen (vgl. ITV10: 00:01:09). Außerdem brauche es GWA, damit Aufklärungsarbeit stattfindet und Menschen für positive Erfahrungen zusammenkommen (vgl. ITV10: 00:27:31).

Festhalten lässt sich, dass bisher keine konkreten Vorerfahrungen mit GWA genannt und dadurch eher Mutmaßungen zum Verständnis artikuliert wurden. Nichtsdestotrotz scheinen einige Ansätze bekannt. Daran kann man in Aufklärungsgesprächen andocken und darüber informieren, was GWA leisten kann.

Zahlreiche Ansprüche, Bestrebungen und Ansätze vorhanden!

Eine Internetsuche nach Gemeinwesenarbeit in St. Pölten zeigt an erster Stelle einen Eintrag über dieses Masterprojekt. Recherchiert man weiter, erscheint ein Projekt der Caritas St. Pölten, in dem es um GWA im Ausland geht, und an dritter Stelle findet man die Homepage vom Verein Wohnen. Dieser führt GWA im Bereich Betreutes Wohnen für Asylwerber*innen als Angebot auf. Nähere Erläuterungen, was unter GWA verstanden wird oder wie die Aufgabenbeschreibung aussieht, fehlen (vgl. Verein Wohnen o.A.).

Im Zuge der Interviews nennt Wolf das Büro für Diversität als ein Beispiel für Gemeinwesenarbeit in St. Pölten (vgl. ITV10: 00:01:47), sowie die Initiative KulturhauptSTART (vgl. ITV10: 00:31:21). Mehrere Nennungen von Interviewpersonen hatte das Diversity Café, das im vorigen Punkt 5.2.2 als finanziertes Projekt der Stadt St. Pölten beschrieben wurde.

Auch bei Lames und der Plattform KulturhauptSTART werden Ansätze von GWA gesehen (vgl. ITV3: 39:49).

Weidmann-Krieger bezeichnet diesen als GWA-Projekt, da er durch einzelne Personen vor Ort entstanden ist (vgl. ITV5: 00:29:19).

Laut der Obfrau des Armutsnetzwerkes, Barbara Bühler, gibt es kein klassisches GWA-Projekt in St. Pölten (ITV4: 00:06:01), Ansätze werden jedoch bei Initiativen wie dem

interkulturellen Gartenprojekt GRUND, Diversity Café, Lames im künstlerischen Bereich und bei Mentoring Refugees⁸, gesehen (vgl. ITV4: 00:06:34).

Auch die Interviewpartnerin der Plattform KulturhauptSTART, Lena Weiderbauer, die sich viel mit dem Thema Gemeinwesenorientierung im Rahmen der Bewerbung von St. Pölten zur Kulturhauptstadt 2024 beschäftigt, meint hierzu, dass es kein GWA-Projekt in St. Pölten gibt, man aber Bestrebungen erkennen kann, wie beim Diversity Café und Elterntreff (ITV7: 00:54:26). Positiv streicht sie heraus, dass diese Angebote auch vom Magistrat St. Pölten finanziert werden (vgl. ITV7: 54:55).

Das Interview mit einem Mitarbeiter des Jugendzentrums Steppenwolf, das von der Stadt St. Pölten finanziert wird, ergab die gleichen Ergebnisse: es gibt kein klassisches GWA-Projekt in St. Pölten (vgl. ITV9: 00:03:11). Er führt dazu weiters an: „ich glaube es gibt doch etliche Organisationen, die den Anspruch haben Gemeinwesenarbeit mitzumachen, aber es gibt keine Organisation, die sich rein auf Gemeinwesenarbeit in bestimmten Grätzeln spezialisiert hat [...]“ (ITV7: 00:03:31).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass durch die Vorerhebungen im Zuge der Sozialraumanalyse, die Recherche zu den Stakeholdern und durch die Analyse der Interviews Folgendes dargestellt werden kann: bis dato gibt es kein finanziertes, dezidiertes GWA-Projekt in St. Pölten. Allerdings gibt es einige, vorwiegend zivilgesellschaftliche Projekte, die Ansätze und Ansprüche von GWA aufweisen und verschiedene Prinzipien der GWA zu verfolgen scheinen. Der Verein Lames, die Plattform KulturhauptSTART, der Verein Sonnenpark, das Büro für Diversität, das Diversity Café, das Gartenprojekt GRUND, der Verein Guarantee on Tomorrow und das Projekt Elterntreff wurden dezidiert dafür genannt. Diese stellen Anknüpfungspunkte für gelingende GWA und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation dar.

GWA-Prinzipien in St. Pölten...

Nachfolgend wird sich damit beschäftigt, wo es Ansätze und Prinzipien von Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten gibt. Wie bereits erwähnt, ist das Ziel, diese sichtbarer und nutzbarer zu machen sowie vorhandene Strukturen durch professionelle Gemeinwesenarbeit zu stärken. Die Erkenntnisse fließen in das abschließende Konzept ein und bilden neben denen aus Literatur und Lernbeispielen die Basis für die Empfehlungen (vgl. Kapitel 5.5).

⁸ Mentoring Refugees wurde von Seiten des AMS nicht weiter finanziert und gibt es daher in St. Pölten nicht mehr

In „Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin“ beschreibt Riede (2019) konzeptionelle Grundlagen und Prinzipien der GWA, welche hier als Basis für die Analyse und eine strukturierte Auseinandersetzung damit dienen sollen:

- „Gruppenübergreifendes Handeln – Vielfalt erlebbar machen
- Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen
- Kommunikative Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten
- Förderung von kollektivem Empowerment und Selbstorganisation
- Partizipative (Bildungs-)Möglichkeiten schaffen
- Nutzung der vorhandenen Ressourcen
- Ressortübergreifendes Handeln
- Vernetzung und Kooperation
- Komm- und Gehstruktur
- Nachhaltige Gesellschaftsentwicklung im Blick“ (Riede 2019:79-81)

Anhand dieser GWA-Prinzipien wird der aktuelle Stand von Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten diskutiert und beschrieben. Sie sind teilweise selbsterklärend bzw. gibt Riede praktische Beispiele zum Verständnis an, daher erscheinen sie hilfreich, um die bestehenden Angebote differenziert zu betrachten.

■ **... wie den zielgruppenübergreifenden Ansatz findet man bei diversen Angeboten und Projekten!**

Im Kapitel 3.1 wird beschrieben, dass GWA grundsätzlich zielgruppenübergreifend ist, da sich Aktivitäten an den Bedürfnissen mehrerer Zielgruppen orientieren und zumeist unterschiedliche Bewohner*innen eines Sozialraumes betreffen (vgl. Kapitel 3.1.4 nach Lüttringhaus 2011:278). Auch nach Riede (2019:79) heißt es: „Gemeinwesenarbeit hat alle Menschen im Sozialraum im Blick und bringt verschiedene Personen und Gruppen miteinander in Kontakt.“ Wie sehen nun die Angebote in St. Pölten aus? Welche können als zielgruppenübergreifend beschrieben werden?

Im Zuge der Bewerbung von St. Pölten zur Kulturhauptstadt gab es einige neue Bürger*innenbeteiligungsprozesse wie die, die von KulturhauptSTART durchgeführt wurden (vgl. ITV9: 00:05:51). Ein zielgruppenübergreifender Ansatz wurde hier verfolgt, da sich die Beteiligungsprozesse an alle Menschen in und um St. Pölten richteten. Kritisch angemerkt wurde von verschiedenen Interviewpersonen, unter anderem von Lena Weiderbauer, dass bei „solchen“ Partizipationsprozessen immer wieder „die üblichen Verdächtigen“ kommen würden (vgl. ITV7: 00:14:45).

Auch bei Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung gibt es einen „überschaubaren Kreis“ an „Stammklientel“, wobei angemerkt wird, dass Schüler*innen und Studierende bei den verschiedenen Beteiligungsprozessen bis dato nicht angesprochen werden konnten (vgl. ITV6: 00:12:14). Zu älteren Personen bestehen „sehr gute Kontakte“ laut Groissmeier, welche wiederum mit ihren Kontakten zu Wirtschaft und Politik auch zum Gelingen der Initiative beitragen würden (vgl. ITV6: 00:07:10). Smart Pölten als Bürger*inneninitiative zielt auf die Beteiligung aller Altersschichten ab. Hier kann festgehalten werden, dass Durchmischung dezidiert im Sinne von Alter angesprochen wurde, andere Diversitätsmerkmale allerdings unerwähnt blieben. Positiv wird dargestellt, dass ältere Bürger*innen mit ihrem sozialen Kapital (Bourdieu 1983) den Verein unterstützen.

Weiderbauer von KulturhauptSTART fallen zu zielgruppenübergreifenden Projekten die Pfadfinder ein, und „eventuell das Diversity Café“ (ITV7: 00:34:06). Ein ganzheitliches Projekt ohne Isolation gäbe es laut ihren Aussagen in St. Pölten nicht (vgl. ITV7: 00:36:10). Das bedeutet demnach, dass es gruppenspezifische Angebote gibt, aber dargelegt wird, dass offene und inkludierende Angebote fehlen.

Der Obmann vom Sonnenpark sieht den Sonnenpark gruppenübergreifend, da sehr viele Nutzer*innen unterschiedlichster Schichten verzeichnet werden können (vgl. ITV5: 00:07:24). Die Nutzung des Parks, der auch „Park der Vielfalt“ genannt wird, richtet sich demnach an alle Menschen, und kann deswegen als zielgruppenübergreifend verstanden werden.

„Da im Gemeinwesen verschiedene Gruppen nebeneinander existieren, die oft wenig Kontakt miteinander haben, erscheinen Möglichkeiten zum Austausch und Brückenbau zwischen den Gruppen interessant.“ (Riede 2019:75). Diese Möglichkeit bietet der Saal der Begegnung, der zielgruppenübergreifend genutzt wird. Die Leiterin des Büros für Diversität führt hierzu aus, dass durch die mehrfache Nutzung des Raums durch unterschiedliche Gruppen Austausch zwischen Menschen stattfindet, welcher sonst nicht passieren würde (vgl. ITV3: 00:16:25). Somit kann der Saal der Begegnung – zusätzlich zu den unterschiedlichen Angeboten an Begegnungsmöglichkeiten für Bürger*innen, die sonst weniger oder keine Berührungspunkte miteinander hätten – eine Austauschmöglichkeit schaffen.

Wolf von Qualify for Hope nennt das Büro für Diversität als Beispiel für zielgruppenübergreifende Angebote (vgl. ITV10: 00:01:47). Dies kann bekräftigt werden, wenn man auf den Auftrag des Büros für Diversität blickt, welcher im Kapitel 5.2.1 dargestellt wurde. Generell führt die Standortleitung der Bildungseinrichtung aus, dass es in St. Pölten an Durchmischung fehlt, wenn man verschiedene Veranstaltungen oder Plätze betrachtet (vgl. ITV10: 00:09:34).

Fasst man zusammen, wird deutlich, dass es verschiedene zielgruppenübergreifende Ansätze bei Projekten und Aktivitäten in St. Pölten gibt. Darunter fallen die Bürger*innenbeteiligungsprozesse während der Bewerbung St. Pöltens zur Kulturhauptstadt und jene von Smart Pölten. Außerdem zählen das Büro für Diversität und die Projekte, die im Saal der Begegnung stattfinden, dazu. Weiters können die Aktivitäten im Verein Sonnenpark genannt werden, oder das Repair Café der Gesa, das unter 4.2.1 beschrieben wurde. Auch die Gutmenschen oder das Foodsharing St. Pölten fallen darunter.

Es scheint jedoch eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf und tatsächlicher zielgruppenübergreifender Nutzung in der Praxis zu bestehen, wie diverse Interviewpersonen über verschiedene Stellen angeben:

„Meine Frau war mal bei einer Veranstaltung dort und sagt, mit Muttersprache Deutsch, bist du absolut in der Minderheit. Fast ausschließlich Leute mit Migrationshintergrund, die dann betreut werden und gewisse Dinge machen, [...] aber die Idee, dass dort Durchmischung und Kennenlernen stattfindet, die ist in der Realität bis jetzt nicht passiert [...]“ (ITV6: 01:07:17)

Hier geht es um eine Veranstaltung im Saal der Begegnung, aber auch andere Angebote und Aktivitäten kämpfen laut den Interviewpersonen mit zielgruppenübergreifender Nutzung. Das kann als strukturelles Problem verstanden werden. Die meisten angeführten Initiativen und Projekte geben fehlende Ressourcen an. „Beziehungsarbeit zur Ermutigung und Befähigung von Menschen benötigt Zuwendung und Zeit.“ (Riede 2019:75). Fachwissen über den Abbau von Hemmschwellen, verschiedener Zugangsbarrieren und anderer hindernder Faktoren für zielgruppenübergreifende Nutzung können durch hauptamtliche GWA zur Verfügung gestellt werden. Professionelle GWA verfügt außerdem über methodische Zugänge und kann als kontinuierliche Ansprechstelle „durch einen Beziehungs- und Vertrauensaufbau eine Beteiligung heterogener Bevölkerungsmilieus [...] ermöglichen.“ (ebd.:82)

Wie in Kapitel 4.3.2 genauer beleuchtet, betonen GWA-Expert*innen Sabine Stövesand und Christop Stoik, dass auch eine intersektionale Perspektive im Sinne einer kritischen Betrachtung von Geschlecht und der Verknüpfung mit anderen ungleichheitsgenerierenden Diskriminierungskategorien (ethnische Zugehörigkeit, Klasse, Alter usw.) in der Gemeinwesenarbeit notwendig ist (vgl. Kapitel 4.3.2 nach Stövesand / Stoik 2013:29). Auch dafür benötigt es hauptamtliche und professionelle GWA.

■ **... wie die Orientierung an Bedürfnissen und Themen von Bürger*innen sind vielerorts zu finden**

Ein weiteres Prinzip, auf das hier Bezug genommen werden soll, ist die Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Bürger*innen. Diese Orientierung ist nach Riede (vgl. 2019:80) der Grundstein für Veränderungen. Welche Projekte und Initiativen orientieren sich bereits an den Bedürfnissen und Themen der St. Pöltner*innen?

Im Sonnenpark werden Nutzer*innen aufgerufen und ermutigt, ihre Wünsche mitzuteilen, daher gibt es nicht nur die Haltung des Konsumierens, wie Weidmann-Krieger das beschreibt (vgl. ITV5: 00:36:18). Es gibt demnach Offenheit und Wertschätzung gegenüber Veränderungen bzw. Verbesserungen, und die Menschen werden aktiviert, sich einzubringen.

Ein Mitarbeiter von Steppenwolf spricht an, dass die Gemeinwesenarbeit Bedürfnisse aufzeigen und Lobbyarbeit betreiben soll (vgl. ITV9: 00:54:38.). Demnach sollen Bedürfnisse von Menschen nicht nur gesammelt, sondern auch weitergetragen bzw. bearbeitet werden.

Durch die Orientierung an Bedürfnissen der Nutzer*innen des Diversity Cafés entstanden laut Eigelsreiter bereits verschiedene andere Projekte, wie Malkurse, Nachhilfeangebote, Theatergruppen oder der Weltchor (vgl. ITV3: 00:22:28). Inhaltlich und ressourcentechnisch stieß man auf Herausforderungen, als der Wunsch nach medizinischer Beratung aufgegriffen wurde (vgl. ITV3: 00:19:29). Eigelsreiter gab an, dass im Zuge dessen das Thema Gewalt und Gewalterfahrungen zu Sprache kam und das Projekt eingestellt wurde, da zu dem Zeitpunkt keine professionelle Begleitung aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln garantiert werden konnte (vgl. ITV3: 00:19:59.). Mittlerweile gibt es jedoch das Angebot der „Frauengruppe“ im Diversity Café, die von einer Psychotherapeutin geführt wird (vgl. Frauengruppe „Wie geht’s?“ o.A.).

In der Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation geht es darum, dass am Willen, den Bedürfnissen und Interessen der Menschen vor Ort angesetzt wird (vgl. Riede 2019:80). Es zeigt sich, dass dafür eine offene Haltung für Veränderungen, die Aktivierung der jeweiligen Nutzer*innen sowie verschiedene Ressourcen wie finanzielle Mittel notwendig sind.

■ **...können anhand verschiedener Austauschmöglichkeiten für die
Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten festgemacht werden**

„Durch verschiedene Dialogsettings und die Ermöglichung einer offenen, lösungsorientierten Kommunikation fördert die Gemeinwesenarbeit Austauschprozesse im Sozialraum.“ (Riede 2019:80) Welche Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten finden sich demnach in St. Pölten wieder?

Das Fest der Begegnung wird von der Standortleitung von Qualify for Hope als wichtige interkulturelle Ressource in St. Pölten genannt. Auch zwei Studierende der Masterprojektgruppe nahmen 2019 daran teil und beobachteten das bunte Treiben am Rathausplatz. Verschiedene Kulturinitiativen sind dabei vertreten und präsentieren ihre Traditionen und Bräuche, musizieren miteinander und tauschen sich aus. Das Fest der Begegnung findet seit 27 Jahren in St. Pölten statt und wird auch von vielen Österreicher*innen besucht (vgl. Fest der Begegnung o.A.). Es kann demnach als zielgruppenübergreifend definiert werden, obwohl Wolf von Qualify for Hope betont, dass aus ihrer Sicht eher tolerante Österreicher*innen daran teilnehmen und hier mehr Durchmischung stattfinden könnte (vgl. ITV10: 00:11:07).

Des Weiteren wird im Diversity Café der Austausch zwischen diversen Menschen gefördert. Grundsätzlich gibt es unterschiedliche Angebote im Saal der Begegnung mit verschiedenen Themenschwerpunkten wie die Babycouch, das Ecstatic Dance, das Queeriosity Team, Zumba und den Tauschkreis (vgl. E3). Wie Eigelsreiter im Interview erwähnte, sind jedoch nicht alle Angebote gleich durchmischt. Bei der Babycouch vom Roten Kreuz sind fast nur Österreicher*innen bzw. Menschen mit Deutsch als Muttersprache zu finden (vgl. ITV3: 00:15:59).

Wolf von Qualify for Hope gibt an, dass Vorurteile auf verschiedenen Seiten abgebaut werden müssen und darum die Bildungseinrichtung mit ihren Teilnehmer*innen im öffentlichen Raum unterwegs ist und zu verschiedenen Freizeitaktivitäten begleitet um Hemmschwellen abzubauen (vgl. ITV10: 00:15:04). Im Bezug auf die Zielgruppe der Frauen und jungen Mädchen spricht sie vom Wunsch nach einem „geschützten Raum“ (vgl. ITV10: 00:13:45). Kritisch führt sie dabei an: „[W]as natürlich in einer Gemeinschaft auch nicht unbedingt das ist, das man sich wünscht, dass immer Frauen und Männer getrennt sind, das soll ja nicht Ziel sein.“ (ITV10: 00:13:58). Dies widerspricht deshalb dem GWA-Ansatz nicht, da auch immer wieder „mit verschiedenen Personengruppen gezielt gearbeitet [wird], um diese besonders zu befähigen und zu unterstützen, [wie] z.B. Familien, Frauen, Arbeitslose, geflüchtete Frauen, Senior*innen.“ (Riede 2019:79). In Kapitel 4.3.2 wird dargestellt, dass es sich bei der Zielgruppe von Frauen und Mädchen im Sinne einer feministischer GWA um eine „Zielgruppe um ihrer selbst“ Willen handelt, und es gilt, eigene lokale, psychologische und öffentliche Räume zu schaffen

(vgl. 4.3.2 nach Bitzan / Köck 1993:317). Darauf zielt die Bildungseinrichtung Qualify for Hope auch ab, wie dies bereits unter den Stakeholdern dargestellt wurde.

Auch Groissmeier von Smart Pölten spricht an, dass es um ein Kennenlernen verschiedener Lebenswelten geht, wenn sich Bürger*innen mit politischen Entscheidungen auseinandersetzen. Dazu meint er folgendes: „Seitens der Bürger braucht es die Übung und die Bereitschaft, sich den Standpunkt der Stadt anzuhören, sozusagen warum [Dinge so sind bzw. gemacht werden.] [...] Das hat ja oft einen sehr guten Grund, nur wird der selten breit kommuniziert.“ (ITV6: 00:23:20).

Die Gemeinschaftsgärten in St. Pölten und das interkulturelle Gartenprojekt GRUND können als mögliche Beispiele für die „[k]ommunikative Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten“ (Riede 2019:80) genannt werden. Dort findet Austausch während dem gemeinsamen Gärtnern statt sowie bei den verschiedenen gemeinsamen Festen.

Das IBZ St. Pölten bietet Unterstützung für Ehrenamtliche, die Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte begleiten. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass eine Austauschmöglichkeit unterschiedlicher Menschen geschaffen wird und auf „positive Erfahrungen im Umgang miteinander“ (ebd.) abgezielt wird.

Das BhW, das auch als Stakeholder beschrieben wurde, hat den Anspruch, Bildung und Kultur miteinander mittels unterschiedlicher Angebote und Aktionen zu vereinen. Auch hier wird davon ausgegangen, dass durch die Schaffung unterschiedlicher Dialogsettings offene Kommunikation in St. Pölten gefördert wird (vgl. ebd. 2019:80).

Bühler vom Armutsnetzwerk wünscht sich, dass es Ressourcen für die Bewerbung und Verbreitung der Angebote des Kulturpasses gibt, Kulturlots*innen ausgebildet, Menschen in Museen oder zu unterschiedlichen Veranstaltungen und Foren begleitet werden (vgl. ITV4: 00:20:32). Damit wird impliziert, dass es diese Art der kommunikativen Vermittlung zwischen Lebenswelten derzeit noch zu wenig gibt.

Das Konzept des Grätzellabors, auf welches ebenso in Kapitel 5.2.1 eingegangen wurde, ist noch nicht umgesetzt worden, zielt jedoch auf die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten ab. Nach Weiderbauer soll das Grätzellabor so verstanden werden, dass Menschen gerne dorthin gehen, diskutieren, sich engagieren, streiten, sich austauschen und verschiedene Projekte entstehen, wie zum Beispiel Gemeinschaftsgärten (vgl. ITV7: 00:31:35). Es soll demnach ein Raum zum Ausprobieren sein, wo es Strukturen wie Ansprechpersonen gibt (vgl. ITV7: 00:44:30). Für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation können dadurch, laut Weiderbauer, Anstöße gegeben werden (ITV7: 00:46:15).

Es zeigt sich demnach, dass in St. Pölten Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten vorhanden sind, wo zwischen unterschiedlichen Lebenswelten vermittelt wird. Darunter fallen der Saal der Begegnung, die Gemeinschaftsgärten im Sonnenpark und die Aufträge unterschiedlicher sozialer Einrichtungen wie der Bildungseinrichtung Qualify for Hope. Professionelle, nachhaltige und langfristige GWA kann hier anknüpfen und diese Ressourcen sichtbarer und für mehr Menschen zugänglicher machen.

■ **...finden sich bei der Ermutigung zu Selbstorganisation und setzen beim Bewusstsein an: Raus aus dem passiven Konsumieren!**

Kulhanek, der in verschiedenen Bürger*innenbeteiligungsprozessen aktiv ist und war, ruft zur Aktivierung von Menschen aus: „Auße aus dem passiven Konsumieren“ (ITV8: 00:33:40). Er setzt daran an, dass Bürger*innen ermutigt und befähigt werden müssen, sich selbst zu organisieren. Nach Riede (2019:80) führt die GWA „ähnliche Interessen und Menschen zusammen, unterstützt und ermutigt die Menschen zur Selbstorganisation, wodurch zivilgesellschaftliche Potenziale und Synergieeffekte erzeugt werden.“ Es ist demnach ein Grundprinzip der GWA, dass kollektives Empowerment und Selbstorganisation gefördert werden. Wo und wie kann Selbstorganisation in St. Pölten verortet werden?

In St. Pölten findet man Selbstorganisation an einigen Ecken und Enden wie im Sonnenpark, der ein Nährboden für kollektives Empowerment zu sein scheint und welcher auch selbstorganisiert entstanden ist (vgl. ITV5: 00:01:10). „Die Leute werden mehrmals im Jahr über alle Medien aufgerufen zum Mittun, bei speziellen Parkgestaltungswochen- oder Phasen, wo auch Ideen abgeschöpft werden [...]“ (ITV5: 00:30:07). Weidmann-Krieger erklärt, dass sich Menschen mit Gleichgesinnten zusammenschließen, um etwas für die Umgebung zu tun, wie die Organisation und Betreuung eines Bücherschranks, Lesetreffen, Flohmärkte, Qi Gong oder Pflanzenpatenschaften (vgl. ITV5: 01:01:50). Offen bleibt, inwiefern die Menschen Unterstützung bei diesen Selbstorganisationsprozessen erhalten, eine offene Grundhaltung besteht jedoch.

Interessierte sind aktiv an den Steppenwolf herantreten, um sich Unterstützung zu holen, als es um die Errichtung von Street-Workout in St. Pölten ging (vgl. ITV9: 00:06:45). Die Graffiti-Szene in St. Pölten, die von dem Mitarbeiter des Jugendzentrums als überschaubar beschrieben wird, erfreute sich durch die Unterstützung des Jugendzentrums an der Gestaltung einer Legal-Wall beim Freibad (vgl. ITV9: 00:09:45.). Auch die Skaterszene bzw. der selbstorganisierte Bau einer Skaterhalle gilt als gelungenes Beispiel für Selbstorganisation (vgl. ITV9: 00:07:45). Dabei unterstützte der Steppenwolf und stellte dafür Rahmenbedingungen zur Verfügung (vgl. ITV9: 00:07:58).

"Es ist unser Anspruch, dass es ihr Ding wird, net unsers. Aber wir begleiten sie. Auf jeden Fall, jo." (ITV9: 00:11:10). Jugendliche werden bei der Durchführung ihrer Ideen unterstützt, Kontakte zur Stadt St. Pölten hergestellt und mit Sponsor*innen vernetzt, sofern sie dabei Hilfe benötigen (ITV9: 00:10:47). Dies sind Aufgaben und Prinzipien, die auch in der GWA verfolgt werden.

Beispiele für Selbstorganisation werden auch im Kunst- und Kulturbereich mit fuk (Freiluft und Kultur), der KulturhauptSTART-Initiative und Bürger*innen-Initiative Smart Pölten genannt (ITV9: 00:04:34). Im sozialen Bereich wird von dem Mitarbeiter des Jugendzentrums die Emmausgemeinschaft genannt, als eine soziale Einrichtung, die selbstorganisiert entstanden ist (vgl. ITV9: 00:04:47). Mittlerweile ist sie ein fixer Bestandteil der sozialen Versorgungslandschaft in St. Pölten und bietet breite Angebote und Dienstleistungen (vgl. Kapitel 5.2.1).

Wolf von Qualify for Hope kann den Begriff Selbstorganisation nicht einordnen (vgl. ITV10: 00:04:42).

KulturhauptSTART versteht sich als selbstorganisiert und beschreibt Prozessbegleitung als wichtigen Faktor dabei (vgl. ITV7: 01:08:32). Daraus folgt, dass für den Selbstorganisationsprozess eine Begleitung von Vorteil ist. GWA kann diese Rolle einnehmen, weil sie kollektives Empowerment und Selbstorganisation fördern will (vgl. Riede 2019:80). Zentral ist, dass zuerst ein Bewusstsein geschaffen werden muss, dass sich Menschen selbstorganisieren können.

„Es braucht ein Biotop, wo sich Dinge entwickeln können, und es braucht aber mal a bissl a Erde und an Nährboden und dann brauchts halt a bissl a Wasser und a Sun. Und diese Rahmenbedingungen sollte es von oben geben. Und dann muss man die Wiese wachsen lassen.“ (ITV8: 00:05:17)

Kapitel 3.4 beschäftigt sich mit Selbstorganisation. Darin heißt es, dass Selbstorganisation konkrete Ziele wie eine Interessensvertretung verfolgt, auf die Stärkung der kollektiven Identität abzielt, gegen Machtungleichgewichte kämpft, sowie Freiheitsbestrebungen und Anerkennung fokussiert (vgl. Kapitel 3.4).

Kulhanek benennt die positiven Effekte, die Selbstorganisation mit sich bringt: „Man hat am Schluss eines gelungenen Projekts ein Werk, das geschaffen wurde und du hast eine Gruppierung, die miteinander etwas geschafft hat. Das schweißt zusammen und macht Gusto auf noch weitere Projekte.“ (ITV8: 00:08:36). Damit zeigt sich, dass Anerkennung sowie Selbstwirksamkeitserfahrungen und Wertschätzung Mitgestaltungs- und Selbstorganisationsprozesse bedingen können. Die positive Grundhaltung gegenüber Selbstorganisation ist wichtig für ihr Gelingen.

Durch die Internetrecherche zu den Stakeholdern zeigte sich auch, dass es einige Kulturvereine in St. Pölten gibt. Sie stärken einerseits kollektive Identität und vermitteln zwischen Lebenswelten. Im Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit, wie beispielsweise die Betreuung einer Homepage, konnte jedoch festgestellt werden, dass es Unterstützungsbedarf gibt. Über einige Kulturvereine finden sich keine öffentlich zugänglichen Informationen.

In Kapitel 4.1.2 wird deutlich, dass Gemeinwesenarbeiter*innen Bürger*innen unterstützen und aktivieren, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen (vgl. Kapitel 4.1.2 nach Lüttringhaus 2007:278-280). Es geht darum, Bürger*innen zu kollektiven, nicht individuellen Handlungen aufgrund gemeinsamer Interessen zu mobilisieren (vgl. Kapitel 4.1.2 nach Landhäußer 2013:154). Zusammenfassend kann dargestellt werden, dass bei einigen Vereinen, Initiativen und sozialen Einrichtungen, wie dem Jugendzentrum Steppenwolf, auf die Förderung des kollektiven Empowerments abgezielt wird. Das zeigt unter anderem, dass bei gelingenden Selbstorganisationsprozessen Machtstrukturen unterbrochen und neue Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Maßnahmen der Befähigung und Ermutigung können als Förderung von Selbstorganisation gesehen werden, schließen an Ressourcen an und stärken die Menschen (vgl. Riede 2019:76).

■ **...bauen auf partizipative Bildungsmöglichkeiten und wollen weiter gestärkt werden**

Nach Riede (2019:80) gehört die Schaffung von partizipativen (Bildungs-)Möglichkeiten zu den Prinzipien der GWA. „Durch Angebote für solidarische Aktionen und Begegnungen wird die Entwicklung von Respekt und gegenseitigem Verständnis zwischen verschiedenen Menschen und Gruppen gefördert.“ (ebd.:80) Wo finden sich solche solidarischen Aktionen in St. Pölten? Wer organisiert sie?

Die diversen Veranstaltungen und Aktionen des Büros für Diversität wie der Equal Pay Day, der Diversity Day, One Billion Rising oder der Weltfrauentag zählen zu den Bildungsmöglichkeiten, die auf die Förderung von gegenseitigem Verständnis abzielen (vgl. ebd.:80).

Auch der offene Nachmittag vom Campus Radio kann als Beispiel für einen Begegnungsraum, der auf Austausch und Ausprobieren abzielt, genannt werden. Hier fehlt eine transparente Öffentlichkeitsarbeit, um den Zugang für alle interessierten Menschen zu öffnen.

Partizipative Bildungsmöglichkeiten bietet auch der Sonnenpark, wo es um Raumerhaltung geht und darum, Verantwortung zu übernehmen (vgl. ITV5: 00:25:16).

Zusammenfassend kann dargelegt werden, dass partizipative Bildungs-(Möglichkeiten) in St. Pölten vorhanden sind, wie im Saal der Begegnung, bei Veranstaltungen und Aktionen des Büros für Diversität, im Sonnenpark oder beim Campus Radio Nachmittag an der FH St. Pölten. Professionelle GWA kann hier anknüpfen und diese Ressourcen nutzen.

■ ... docken bei räumlichen Ressourcen an

Die GWA greift „Ressourcen von Individuen und kollektiven Akteur*innen auf...“ (Riede 2019:80), bündelt diese und vernetzt sie für eine bestmögliche Nutzung miteinander. Wo werden bereits vorhandene Ressourcen in St. Pölten genutzt?

Volks- und Kulturheime, der Saal der Begegnung, der Frei.Raum und das Red Point sind Beispiele für Räume, die von Interviewpartner*innen als Ressource genannt werden. Dazu wird sich auch im Kapitel 5.3 noch näher beschäftigt.

Bei der Nutzung von Ressourcen geht es nicht nur um institutionelle Räume, sondern auch um öffentliche und private. Weiters wird auf individuelle Ressourcen, die in den Menschen stecken, abgezielt. Hierzu wurde wenig von den Interviewpersonen genannt.

Zusammenfassend kann dargestellt werden, dass St. Pölten über Raumressourcen verfügt, die noch weiter nutzbar gemacht werden können. Für die Bündelung von individuellen und kollektiven Ressourcen sowie für die bestmögliche gemeinschaftliche Nutzung verschiedener Ressourcen im Sozialraum wird professionelle GWA benötigt (vgl. Riede 2019:80).

■ ...wie der intermediäre Ansatz werden bereits verfolgt

„Zur Realisierung und Bewältigung der umfassenden Ziele der Gemeinwesenarbeit ist eine interdisziplinäre und fach- bzw. ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich. GWA agiert hier als intermediäre Mittlerin zwischen Anwohner*innen, Politik und Verwaltung.“ (Riede 2019:81). Gibt es in St. Pölten hierfür bereits Stellen, die diese Aufgabe übernehmen und wo professionelle GWA anknüpfen kann?

Das Armutsnetzwerk nimmt derzeit eine vermittelnde Rolle ein. Smart Pölten als Bürger*inneninitiative und KulturhauptSTART haben ebenso den Anspruch, zwischen den Anliegen von Bürger*innen und der Politik zu vermitteln (vgl. Kapitel 5.2.1).

Im Kapitel 4.1.4 „Aufgaben und Funktionen der GWA“ wird angeführt, dass Gemeinwesenarbeiter*innen neben der Vermittlung von unterschiedlichen Interessen und Konflikten auch „Übersetzungsarbeit“ zwischen verschiedenen Bürger*innengruppen oder zwischen Bürger*innen und der Bürokratie vornehmen (vgl. Kapitel 4.1.4 nach Lüttringshaus 2007:280; Oelschlägel 2013:115). Demnach wird

davon ausgegangen, dass auch das Büro für Diversität als Mittler*in zwischen unterschiedlichen Anliegen fungiert und Übersetzungsarbeit leistet. Zusammenfassend kann man davon ausgehen, dass das Armutsnetzwerk, Smart Pölsen, KulturhauptSTART und das Büro für Diversität den intermediären Ansatz verfolgen. GWA kann hier anknüpfen. Sie setzt zusätzlich bei den zivilgesellschaftlichen Initiativen an, arbeitet mit ihnen und allen Bürger*innen St. Pölten zusammen, und baut Brücken in Politik und Verwaltung (vgl. Riede 2019:84).

■ ... zeigen sich in unterschiedlich bestehenden Vernetzungs- und Kooperationssettings

Nach Riede (vgl. 2019:81) gilt es, verschiedene Bürger*innen und Akteur*innen miteinander zu vernetzen und projektbezogene Kooperationen umzusetzen. „Dadurch können im Sinne einer positiven Zukunftsentwicklung Doppelstrukturen abgebaut, Synergieeffekte erzeugt und eine effektive Zusammenarbeit erreicht werden.“ (ebd.:81). Wo gibt es in St. Pölsen solche Vernetzungsssettings und bestehende Kooperationen?

Die Leiterin des Büros für Diversität erwähnte das sogenannte „Koo-Team“ als wichtige Austauschplattform (vgl. ITV3: 00:07:21). Das Koo-Team kann als loser Zusammenschluss von Mitarbeiter*innen sozialer Einrichtungen in St. Pölsen und Umgebung beschrieben werden. Bei den monatlichen Treffen findet Austausch und Wissenstransfer statt. Im Zuge einer Internetrecherche konnten jedoch kaum Einträge und Informationen darüber gefunden werden. Aus Erfahrungsberichten einer Sozialarbeiterin, die unregelmäßig am Koo-Team teilnimmt, geht jedoch hervor, dass es vorwiegend als Austausch unter Sozialarbeiter*innen genutzt wird.

Im Interview mit Eigelsreiter vom Büro für Diversität wird über verschiedene andere Plattformen geredet, in denen soziale Einrichtungen zusammenarbeiten, Veranstaltungen planen und sich beispielsweise bei Budgetkürzungen gemeinsam dagegen einsetzen (vgl. ITV3: 00:49:02). Zu diesen Plattformen und wer wo tätig ist finden sich keine Informationen online.

Vernetzungstreffen, Zusammenarbeit in verschiedenen Plattformen und andere Kooperationen finden demnach in St. Pölsen statt. Fehlende öffentliche Zugänge zu Informationen darüber lassen aber fehlende Ressourcen vermuten. Nachhaltige Netzwerkarbeit kann im Zuge einer professionellen GWA hier andocken, um Synergieeffekte zu erzielen und transparente Strukturen zu schaffen.

■ ... bieten derzeit eine Kommstruktur

„Gemeinwesenarbeit zeichnet sich einerseits dadurch aus, dass es einen Ort der Begegnung gibt (Nachbarschaftstreffen, Stadtteilzentrum), zu dem die Menschen kommen können. Andererseits sind Gemeinwesenarbeiter*innen auch als Akteur*innen im Stadtteil unterwegs und sprechen mit Menschen, die nicht den Weg ins Stadtteilzentrum finden.“ (Riede 2019:81)

Wo findet sich in St. Pölten diese „Komm- und Gehstruktur“ (ebd.:81)?

Der Saal der Begegnung bietet eine Kommstruktur für seine Nutzer*innen.

Die mobile Jugendarbeit hingegen ist im Sozialraum unterwegs und hat ein Zentrum, das für Jugendliche nutzbar ist. Dieses Angebot ist zwar nicht als zielgruppenübergreifend beschreibbar, bedient sich aber dem Prinzip der Komm- und Gehstruktur nach Riede (2019:81).

Es scheint, als gäbe es sonst keine weiteren Angebote in St. Pölten, welche als niederschwellige Anlaufstelle fungieren und bei denen auch die Mobilität im Sozialraum gewährleistet wird. Auch der Verein Sonnenpark ist nach der Kommstruktur aufgebaut. Um eine Gehstruktur etablieren zu können, benötigt es eine langfristige und nachhaltige Finanzierung von Gemeinwesenarbeiter*innen, die sich unter anderem mit Gesprächsführung und Konfliktlösung auskennen.

■ ...zeigen sich dort, wo sich gegen ein „Gegeneinander“ ausgesprochen wird

„Im Rahmen der Arbeit im Gemeinwesen behalten die GWA-Mitarbeiter*innen den Stadtteil auch immer hinsichtlich seiner sozialen, ökologischen und ökonomischen Entwicklungen im Blick.“ (Riede 2019:81). Wo setzt St. Pölten auf soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung? Welche Angebote haben eine „[n]achhaltige Gesellschaftsentwicklung im Blick“ (ebd.:81)?

Der Sonnenpark spricht sich für Nachhaltigkeit aus und setzt mit dem Projekt Klimaforschungslabor darauf, Bewusstsein bei der jüngeren Gesellschaft für Klimaschutz zu schaffen (vgl. ITV5: 00:33:56). Auch Smart Pölten und die Stadtoase setzen sich für Nachhaltigkeit ein. Soziale Einrichtungen wie die Caritas mit den Second-Hand-Shops, der Soogut Markt, die Emmaus mit ihren Altwaren, die GESA, die Foodsharing-Gruppe oder das interkulturelle Gartenprojekt GRUND sind ebenso Beispiele dafür. Dabei geht es nicht immer nur um Upcycling oder Recycling, sondern auch um Übernahme von Verantwortung. Groissmeier von Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung spricht in dem Zusammenhang über die Notwendigkeit der Identifikation mit einer Sache: „Wenn einer sich mit dem Park identifiziert und da

mitgearbeitet hat, ist er viel eher bereit ein Mc-Donalds Sackerl, das da im Weg liegt, in den Mistkübel zu haun [...]“ (ITV6: 00:52:29).

Eigelsreiter beschäftigen soziale Entwicklungen und der Wunsch nach einer starken Zivilbevölkerung, welche es laut ihr braucht, damit es kein Gegeneinander gibt, was dennoch derzeit zu beobachten ist (vgl. ITV3: 00:47:32). Sie merkt an, dass derzeit Menschen im neuen Sozialhilfegesetz in eine totale Abhängigkeit fallen (vgl. ITV3: 00:42:04).

„Oba diese Mobilisierung ist echt schwierig derzeit, weil es wirklich gut gelungen ist zu sagen, des betrifft jo nur die Asylwebenden, des betrifft jo nur die Menschen mit Behinderungen und selbst fühlt man sich ja nie so betroffen. Und des is irgendwie, do echt irgendwie den Leuten klor zu machen, dass das wirklich uns alle angeht, und uns alle betrifft, und unser ganzer Sozialstaat wirklich leidet, dass das Konsequenzen auf unsere Diversität hat [...]!“ (ITV3: 00:42:29)

Damit spricht sie an, dass sich die ökonomischen Verhältnisse von Menschen, die ohnedies schon benachteiligt sind, weiter verschlechtern. Das Büro für Diversität hat Stellungnahmen geschrieben, aber es werden laut eigenen Angaben zu wenig Menschen erreicht, um sie aufzuklären und zu mobilisieren (vgl. E3). Viele Menschen wissen laut Eigelsreiter nicht, welche Auswirkungen das niederösterreichische Sozialhilfegesetz (NÖSAG) haben wird und die „Gruppen, die es betrifft, haben oft zu wenig Lobby, und wenig Kräfte um sich zu mobilisieren“ (ITV3: 00:45:00). Hier wird einerseits kritisiert, dass solche Gesetzesänderungen weiter für soziale Ungleichheit sorgen, und andererseits breite Aufklärung über die Auswirkungen fehlt.

Das Armutsnetzwerk mit seinen Mitgliederorganisationen informiert und klärt in den Medien sowie vor politischen Entscheidungsträger*innen darüber auf, welche Konsequenzen Gesetzesänderungen für die Betroffenen haben (vgl. Armutsnetzwerk o.A.).

Es zeigt sich demnach, dass an verschiedenen Stellen bereits auf nachhaltige Gesellschaftsentwicklung abgezielt wird, wie beim Armutsnetzwerk, dem Verein Sonnenpark, Smart Pölten, Foodsharing und im Büro für Diversität. Implementierte Gemeinwesenarbeit in St. Pölten kann durch „Maßnahmen und Projekte [...], die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eine langfristige, sozial gerechte Entwicklung im Sozialraum befördern [...]“ (Riede 2019:81) und so für ein sozialeres Miteinander sorgen, zumindest auf regionaler Ebene, einen Beitrag leisten.

5.2.3 Mögliche Gründe für bisher fehlende Gemeinwesenarbeit in St. Pölten

Im vorigen Kapitel wurde gezeigt, dass es Bestrebungen nach und Ansätze von GWA und Selbstorganisation in St. Pölten gibt. Dafür wurden einige zivilgesellschaftliche und soziale Initiativen, Projekte und Einrichtungen genannt. An manchen Stellen wurde bereits kurz erwähnt, mit welchen strukturellen Herausforderungen sich noch auseinandergesetzt werden muss. Nachfolgend werden mögliche Gründe dargelegt, die dafür mitverantwortlich sein können, warum es noch keine Nachbarschaftstreffen oder Stadtteilzentren in St. Pölten gibt. Dafür wird sich teilweise auch an den Inhalten aus Kapitel 4.1.4 orientiert.

Durch die Analysen zeigt sich, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass in Politik, Verwaltung und sozial- sowie zivilgesellschaftlichen Bereichen tatsächlich Klarheit über Aufgaben und Prinzipien von GWA herrscht. Dies könnte auch durch das generelle „Nischendasein“ der GWA begründet werden (vgl. Kapitel 4.1.4 nach Riede 2019:72). Außerdem geben Interviewpartner*innen an, dass eine Ressourcenknappheit in ihren Vereinen, Initiativen und Organisationen zu verorten ist. Prekäre Finanzierung bringt mit sich, dass man sich teilweise auf soziale und kulturelle Angebote beschränkt und dadurch strukturelle Veränderungen selten realisiert werden können (vgl. Riede 2019:73). Hinzu kommt, dass nach Riede (2019:73) Nachbarschaftsarbeit keine Pflichtaufgabe ist, aber auf andere Hilfen in der Sozialen Arbeit Rechtsansprüche bestehen (vgl. Kapitel 4.1.4). Die sozialen Einrichtungen, die unter den Stakeholdern beschrieben wurden, beziehen sich auf die Einzelfallhilfe. Hier wird demnach ein strukturelles Problem benannt, das sich nicht nur in St. Pölten wiederfindet.

Durch die Bewerbung zur Kulturhauptstadt und durch verschiedene Initiativen wie Smart Pölten gab und gibt es bereits verschiedene Bürger*innenbeteiligungsprozesse. Der Beitrag, den GWA leisten kann, damit solche Veranstaltungen nicht nur punktuell stattfinden, ist „eine langfristig angelegte Beteiligungs- und Ermutigungsarbeit [...]“ durch langfristigen Vertrauensaufbau (Riede 2019:71). Dadurch können Bürger*innen „gezielt angesprochen und eingebunden werden, die sich an herkömmlichen Beteiligungsverfahren nicht beteiligen würden.“ (ebd.:71). Die Herausforderung mit der beschriebenen fehlenden Diversität bei Partizipationsprozessen könnte somit ebenfalls versucht werden zu bekämpfen.

Die fehlende Durchmischung könnte sich auch damit erklären lassen, dass es zu wenige Ressourcen für die Eliminierung der Zugangsbarrieren gibt. Aber auch fehlende Beziehungsarbeit, Vertrauen, Ermutigung und Befähigung von Menschen könnten

Gründe dafür sein (vgl. Riede 2019:75). Wie auch im Kapitel 4.1.2 dargelegt, benötigt es Fachwissen und Expertise, um auf diese Herausforderungen reagieren zu können. Es benötigt Professionelle,

„[...] die sich mit Selbstorganisationsprozessen, Empowerment, Chancen und Tücken des sozialen Kapitals, Gesprächsführung, Konfliktlösung, zivilgesellschaftlichen Prozessen, Netzwerkarbeit, antidemokratischen Prozessen etc. auskennen [...] [und] die sowohl mit bürgerschaftlichen Engagierten zusammenarbeiten, als auch Brücken in Politik und Verwaltung bauen können.“ (Riede 2019:84)

Kritisch wird auch angemerkt, dass bei bisherigen Beteiligungsprozessen die Bürger*innen nicht immer erfahren haben, was mit ihren Ideen passiert ist. Dazu meint Groissmeier, dass bei der Transparenz oft ein Manko festzustellen ist und der Output im Nachhinein nicht sichtbar gemacht wurde (vgl. ITV6: 00:50:48). Der Machtverlust von Entscheidungsträger*innen oder das Abgeben von Entscheidungskompetenz wird ebenso als etwas, das nicht immer gewünscht ist, thematisiert (vgl. ITV7: 00:51:34). „Bürgerbeteiligung klingt modern, die Politik wünscht es, aber wenn man a bissl weiter in Verwaltung geht, auch in die Wirtschaft, sagen die: Puh, da reden wieder 200 Leute mit, die halt Wünsche deponieren wollen und mit dem Geld anderer gerne anschaffen täten.“ (ITV6: 00:17:46). Das heißt, dass sich die Bürger*innen alibihalber beteiligen können, Entscheidungen aber letztlich woanders getroffen werden.

Von einigen Interviewpartner*innen wird beschrieben, dass die Politik derzeit eher die Gesellschaft gefährdet, als das soziale Miteinander zu fördern (vgl. ITV3: 00:37:17). Es zeigt sich, dass die derzeitige Ausgrenzungspolitik und Verschärfung von Gesetzen nicht zu einem sozialen Miteinander führen und Macht ein zentrales Thema ist. Somit wird soziale, ökonomische, kulturelle und politische Teilhabe gefährdet. Je mehr es zum Aufklaffen der Ungleichheitsschere kommt, „desto höher ist das Misstrauen und die Unzufriedenheit in die Demokratie“ laut Sozialexperten Martin Schenk (vgl. Armutskonferenz 2015). Hier kann auch auf Kapitel 1.1 „Ausgangslage“ verwiesen werden, wo derzeitige sozialpolitische Herausforderungen dargelegt werden. Dennoch kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass Niederösterreich als Bundesland in den letzten Monaten und Jahren immer wieder Aufsehen erregte mit Aussagen und Aktionen politischer Entscheidungsträger*innen. Vor allem im Hinblick auf die Unterbringung und Versorgung jugendlicher Asylwerbender in abgesperrten Heimen (vgl. Kurier 13.03.2019) oder Liederbuchaffären von Politiker*innen (vgl. Standard 24.01.2018) zeigte sich dies zuletzt. Bühler vom Armutsnetzwerk gibt an, dass die GWA im Unterschied zur Einzelfallhilfe politisch ist (vgl. ITV4: 00:16:18) und von der Politik auch gewollt sein muss (vgl. ITV4: 00:16:37).

„Wenn ich jetzt an Gemeinwesenarbeit denk, dann ist so die Frage – ich unterstell jetzt so a bissl – will man das überhaupt haum? Da entwickeln Leut a politisches Bewusstsein, werden vielleicht kritisch und stellen vielleicht Forderungen und ähm und ich glaub, dass das vom Ansatz her schon kein Zufall ist, dass das in Niederösterreich net so gibt. Ah, wie gesagt, is a Unterstellung aber [...]“ (ITV4: 00:16:51)

In Kapitel 4.1.2 wird beschrieben, dass GWA Teil lokaler Politik ist und Demokratisierung im Vordergrund steht, da darauf abgezielt wird, Teilhabe für Alle zu sichern (vgl. Kapitel 4.1.2 nach Pillwein 2014:108). Nichtsdestotrotz benötigt es dafür eine offene Grundhaltung, damit diese Teilhabe auch funktionieren kann.

Eine Interviewpartner*in meint, dass man die Mehrheiten in NÖ betrachten müsse, und Macht sehr konzentriert sei (vgl. ITV4: 00:18:18). Damit spricht sie die parteipolitische Machtverteilung an und dass Niederösterreich vorwiegend durch ÖVP-Politiker*innen regiert wird.

Bei der Einladung zur Zukunftswerkstatt am 19.09.2019 wurden Absagen sozialer Einrichtungen mit der Begründung geschickt, dass sie ihre Zielgruppe für derlei Veranstaltungen nicht motivieren könnten (vgl. E2). Die sozialarbeiterische Skepsis gegenüber Selbstorganisation bzw. Förderung der Teilhabemöglichkeiten wird näher im Kapitel 3.4.6 „Selbstorganisation. Kritische Stimmen“ beschrieben. Positiv kann an dieser Stelle angemerkt werden, dass einige soziale Einrichtungen ihre Zielgruppe zur Zukunftswerkstatt begleitet oder darauf vorbereitet haben und somit ein wichtiger Schritt in Richtung Nutzung von Ressourcen und Förderung von Teilhabe gesetzt wurde. Nichtsdestotrotz bedarf es hier einer kritischen Reflexion der eigenen sozialarbeiterischen Haltung. „Angesichts der ethischen Grundlagen Sozialer Arbeit und ihres Bekenntnisses zu Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit gilt es, ökonomische und/oder sozial benachteiligte Menschen besonders einzubeziehen.“ (Riede 2019:70-71).

Kulhanek meint, dass der Schwerpunkt der Stadtregierung auf der Verwaltung anstelle der Stadtentwicklung liegt, und es dadurch weniger Ansinnen nach Bestrebungen über Beteiligung und anderen Projekten gibt (vgl. ITV8: 00:24:12). Dies zeigt sich auch beim neuen Gestaltungsbeirat, der vorwiegend Architekt*innen als Mitglieder bestimmt und der soziale Aspekte vermissen lässt.

Kleinteiligkeit, fehlende Transparenz und Sichtbarkeit über vorhandene Angebote können bemängelt werden. Dies ist zwar kein ausschlaggebender Grund für das Fehlen

von GWA, zeigt aber, dass sich derzeit mit unterschiedlichen Herausforderungen beschäftigt wird.

Im Bezug auf die Selbstorganisationsprozesse kritisiert Kulhanek (ITV8: 00:15:39) das Bildungssystem, wo bereits junge Menschen zu verstehen bekommen, dass sie nicht auffallen oder sich nicht zum Ausdruck bringen sollen, sondern zuhören müssen, was die anderen sagen. Das heißt, dass auch im Bildungssystem ein Umdenken stattfinden sollte, um Menschen zu ermutigen und zu befähigen. Das kann aber wiederum als österreichweites Problem definiert werden und ist nicht nur in St. Pölten zu verorten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es speziell in Niederösterreich im Bezug auf Machtverteilung einige neue Wege zu gehen gäbe, damit alte Strukturen und Hierarchien an Bedeutung verlieren und mehr Gleichberechtigung und Gerechtigkeit ermöglicht wird. Der Blick auf das Soziale darf in St. Pölten nicht vergessen werden, und die Implementierung zielgruppenübergreifender Anlaufstellen für die Probleme, Themen und Ideen der Bürger*innen kann dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

„Damit in heterogener werdenden Nachbarschaften ein gutes Miteinander entstehen kann und Teilhabemöglichkeiten für alle Bewohner*innen geschaffen werden können, werden Akteur*innen benötigt, die langfristig, nachhaltig und präventiv alle den Blick nehmen und den Stadtteil gemeinsam mit Bewohner*innen in Richtung einer positiven Zukunftsentwicklung begleiten.“ (Riede 2019:73)

5.2.4 Gemeinwesenarbeit ist zukunftssträftig

Weiderbauer von KulturhauptSTART beschreibt die GWA als „zukunftssträftig“ (vgl. ITV7: 39:30), und auch andere Interviewpartner*innen haben die vielfältigen Chancen von Gemeinwesenarbeit für St. Pölten angesprochen. Das Resümee dieses Kapitels schließt mit Erkenntnissen zur derzeitigen Situation von Gemeinwesenarbeit und (zielgruppenübergreifender) Selbstorganisation in St. Pölten.

Wie bereits deutlich wurde, gibt es in Niederösterreichs Landeshauptstadt kein Projekt oder keine Anlaufstelle, wo dezidiert Gemeinwesenarbeit verfolgt wird. Dass dies an einem strukturellen Problem liegt, wurde ebenso dargestellt. Dennoch finden sich zahlreiche Initiativen und Einrichtungen, die Bestrebungen und Ansätze von GWA erkennen lassen und konzeptionell oder unbewusst verfolgen. Sie sollen hier nochmal kurz dargestellt werden anhand der GWA-Prinzipien nach Riede (2019). Was langfristige und professionelle GWA für St. Pölten, seine Bürger*innen, soziale und politische

Organisationen, Initiativen und Vereine leisten kann, wird auch nochmal kurz zusammengefasst:

GWA-Prinzipien nach Riede (2019:79-81)	Ansätze und Anknüpfungspunkte in St. Pölten	Was GWA leisten kann
Gruppenübergreifendes Handeln – Vielfalt erlebbar machen	■ Beteiligungsprozesse durch KulturhauptSTART und Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung ■ Büro für Diversität, Diversity Café und die zahlreichen Angebote im Saal der Begegnung wie Tauschkreise, Zumba, Malkurse,... ■ Verein Sonnenpark ■ Repair Café von der Gesa ■ Gutmenschen, Foodsharing St. Pölten	■ Beziehungsaufbau ■ Intersektionale Perspektive für Abbau ungleichheits-generierender Diskriminierungskategorien beim Zugang und Nutzung von Angeboten ■ Fachwissen und Expertise über partizipative Methoden
Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen	■ Verein Sonnenpark ■ Diversity Café	■ Offene Haltung gegenüber Veränderungen ■ Aktivierung der Menschen, damit sie Bedürfnisse und Themen kommunizieren und dann gemeinsam bearbeiten
Kommunikative Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten	■ Fest der Begegnung ■ Diversity Café ■ Saal der Begegnung: Babycoach, Queeriosity Team,... ■ Qualify for Hope ■ Smart Pölten ■ Integrations- und Bildungszentrum ■ Gemeinschaftsgärten wie GRUND ■ Bildung hat Wert (BhW)	■ Vorhandene Ressourcen sichtbar und nutzbar machen ■ Doppelstrukturen abbauen und Synergieeffekte nutzen

	■ Armutsnetzwerk	
Förderung von kollektivem Empowerment und Selbstorganisation	■ Verein Sonnenpark (Bücherschränke, Qi Gong, Lesetreffe,...) ■ Jugendzentrum Steppenwolf ■ fuk ■ KulturhauptSTART ■ Smart Pölten ■ Kulturvereine	■ Wertschätzen, fördern, stärken und sichtbarmachen der vorhandenen Akteursgruppen bzw. Initiativen ■ Aktivierung der Bürger*innen, um Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen ■ Zur Verfügung stellen von Infrastruktur ■ Unterstützung bei der Entwicklung nachhaltiger Strukturen ■ Anlaufstelle sein bei Fragen
Partizipative (Bildungs-) Möglichkeiten schaffen	■ Büro für Diversität mit Aktionen zu Equal Pay day, One Billion Rising, Weltfrauentag, Diversity Day,... ■ Campus Radio 94,4 mit dem offenen Radionachmittag ■ Gutmenschen mit Donnerstagsdemos oder anderen Aktionen ■ Armutsnetzwerk mit der Organisation von Foren oder Straßenaktionen ■ Der Sonnenpark kann als Lernort beschrieben werden mit seinen unterschiedlichen Projekten, auch die Gemeinschaftsgärten zählen dazu ■ Der Saal der Begegnung schafft ebenso Bildungsmöglichkeiten	■ Vorhandene Ressourcen nutzen, daran anknüpfen und stärken ■ Neue partizipative Möglichkeiten erschließen ■ Anlaufstelle sein, wo Informationen zu Aktionen und Veranstaltungen zusammenlaufen und diese bewerben

Nutzung der vorhandenen Ressourcen	■ Saal der Begegnung: stärker als räumliche Ressource nutzen sowie die Nutzer*innen der Angebote mit ihren individuellen Stärken fördern ■ FH St. Pölten: Nutzung der Infrastruktur und vorhandenen Expertisen	■ Bündelung von individuellen und kollektiven Ressourcen der St. Pöltner*innen ■ Nutzung, Stärkung und Aktivierung der vorhandenen Strukturen
Ressortübergreifendes Handeln	■ Armutsnetzwerk ■ Smart Pölten ■ KulturhauptSTART ■ Büro für Diversität	■ Übersetzungsarbeit leisten ■ Vermittlung zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen
Vernetzung und Kooperation	■ Koo-Team ■ Plattformen und Arbeitskreise des Büros für Diversität ■ Treffen der Gutmenschen ■ Treffen von Foodsharing St. Pölten	■ Nachhaltige, transparente Netzwerkarbeit, um Doppelstrukturen abzubauen und Synergieeffekte freizusetzen
Komm- und Gehstruktur	■ Saal der Begegnung (Kommstruktur) ■ Verein Sonnenpark (Kommstruktur) ■ Mobile Jugendarbeit (Komm- und Gehstruktur)	■ Gesprächsführung, Konfliktvermittlung als Kompetenzen bei aufsuchender Arbeit (Gehstruktur) ■ Beziehungsaufbau und Aufbau von Vertrauen ■ Implementierung einer Gehstruktur
Nachhaltige Gesellschaftsentwicklung im Blick	■ Verein Sonnenpark ■ Smart Pölten ■ Stadtoase ■ Caritas ■ Soogut ■ Emmaus ■ Gesa ■ Foodsharing ■ GRUND	■ Entwicklung von Maßnahmen und Projekten für sozialeres, gerechteres und inklusiveres St. Pölten ■ Ansprechstelle sein für Bürger*innen, Politik, Verwaltung und NGOs sowie Vereine

	■ Büro für Diversität ■ Armutsnetzwerk ■ Zahlreiche weitere soziale Einrichtungen ■ Guarantee on Tomorrow	

Tabelle 3 GWA-Prinzipien in St. Pölten (eigene Darstellung)

Es zeigt sich demnach, dass Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation bei Implementierung im Sozialraum St. Pölten auf unterschiedliche Ressourcen zurückgreifen können. Dafür kann GWA mit ihrer ganzheitlichen Perspektive und durch ihre mannigfachen Kompetenzen auch einiges für St. Pölten, seine Bewohner*innen, die verschiedenen sozialen und politischen Organisationen sowie Initiativen bieten.

Das nachfolgende Kapitel beschäftigt sich mit Bedürfnissen und Herausforderungen der St. Pöltner*innen und zeigt die vielfältigen Gründe für die Implementierung von GWA und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten auf.

Literatur

- Aschenbrenner-Wellmann, Beate / Ehrismann, Regina (2014): Die Soziale Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen. Rahmenbedingungen und methodische Herausforderungen. In: Soziale Arbeit (DZI) 10-11, 366-373.
- Bandion, Elke / Krotky, Lena (2018): Solidarökonomisches, interkulturelles Gemeinschaftsgartenprojekt "GRUND". Entwicklung der Organisationsstruktur und Nutzung. Bachelor-Arbeit vom 23.04.2018
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, 183-198.
- Bringt, Friedemann / Klose, Bianca / Trube, Michael (2014): Gemeinwesenarbeit und Demokratie. Mobile Beratung und Gemeinwesenarbeit als sozialräumliche Praxis einer menschenrechtsorientierten Demokratieentwicklung. https://www.boell.de/sites/default/files/2016-02-gemeinwesenarbeit_und_demokratie.pdf [20.03.2020].
- Caritas St. Pölten (2015): 100 Jahre Caritas. <https://www.caritas-stpoelten.at/aktuell/100-jahre-caritas/> [25.2.2020].
- Club 81 1(o.A.): Index. <http://www.club81.at/index.php/club81> [01.02.2020].
- Diakonie Flüchtlingsdienst (o.A.): IBZ Niederösterreich. <https://fluechtlingsdienst.diakonie.at/ibz-niederoesterreich> [25.02.2020].

- Diversity Café (o.A.): Folder, 4. Auflage, Magistrat der Stadt St. Pölten.
- Fehren, Oliver (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer intermediären Perspektive. In: Drilling, Matthias / Oehler, Patrick (Hg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, 62-63.
- Fest der Begegnung (o.A.): Aktuelles. <http://festderbegegnung.dsp.at/> [30.03.2020].
- Frauenzentrum (o.A.): Über uns. http://www.frauen-zentrum.at/ueber_uns.html [01.02.2020].
- Gartenprojekt Grund (o.A.): Our Story. https://www.facebook.com/pg/derGRUND/about/?ref=page_internal [18.03.2020].
- Grätzellabor (o.A.): Infoblatt, o.A..
- KulturhauptSTART 2024 St. Pölten (2020): Startseite. <https://www.kulturhauptstart-stp.eu/> [25.02.2020]
- KulturhauptSTART St. Pölten (o.A.): Grätzellabor <https://www.kulturhauptstart-stp.eu/2019/08/02/konzept-graetzellabor/> [25.02.2020].
- Kulturvernetzung Niederösterreich GmbH (2020): Kulturverein Lames Sonnenpark <https://www.kulturvernetzung.at/de/kulturverein-lames-sonnenpark/> [01.02.2020].
- Kurier (13.03.2019): Drasenhofen: Weitere Ermittlungen gegen Waldhäusl. <https://kurier.at/chronik/oesterreich/drasenhofen-weitere-ermittlungen-gegen-waldhaeusl/400433668> [23.03.2020].
- Lambers, Helmut (2015): Management in der Sozialen Arbeit und in der Sozialwirtschaft. Ein systemtheoretisch reflektiertes Managementmodell. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 62-63.
- Lames (o.A.): Leitbildfolder. https://www.lames.at/site/assets/files/1037/lames_leitbildfolder.pdf [01.02.2020].
- Lüttringhaus, Maria (2007): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang / Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel, Dieter (Hg.Innen): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim, München: Juventa, 277-282.
- NÖ Armutsnetzwerk (2020): Über uns. <https://www.noe-armutsnetzwerk.at/ueber-uns/> [01.02.2020].
- Notz, Gisela (2012): Theorien alternativen Wirtschaftens. Stuttgart: Schmetterling Verlag, 124-125.
- OBDS, Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit (24.06.2017): Berufsbild der Sozialarbeit. <https://www.obds.at/wp/wp-content/uploads/2018/05/Berufsbild-Sozialarbeit-2017-06-beschlossen.pdf> [03.04.2020].
- ProVita Bildungs GmbH (o.A.): Qualify for Hope. <https://www.provitabildung.at/qualifyforhope/> [01.02.2020].
- Pantuček-Eisenbacher, Peter (2019): Soziale Diagnostik. Verfahren für die Praxis Sozialer Arbeit. Göttingen: Vadenhoeck & Ruprecht, 4. Auflage, 188-217.
- Pillwein, Marlene (2014): Herausforderungen an die Soziale Arbeit durch postdemokratische Entwicklungen. In: soziales_kapital - Wissenschaftliches journal österreichische fachhochschul-studiengänge soziale arbeit. Nr. 12, Wien, 104-116.
- Qualify for Hope (o.A.): Infoblatt, o.A..

- Qualify for Hope (o.A.): Qualify for hope. <https://www.qualifyforhope.at/qualifyforhope/> [01.02.2020].
- Queeriosity (o.A.): Geschichte und Idee. <https://queeriosity.at/ueber-uns/geschichte-idee/> [25.02.2020].
- Riede, Melina (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf / Drilling, Matthias / Niemann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer, 67-87.
- Smart Pölsen BürgerInnenbeteiligung (o.A.): über uns. <https://stp-buerger.at/ueber-uns/> [25.02.2020].
- Sonnenpark St. Pölsen (o.A.): https://www.sonnenpark-stp.at/?page_id=210 [25.02.2020].
- Standard (24.01.2018): Nazi-Lieder bei Burschenschaftler von FPÖ-Kandidat Landbauer. <https://www.derstandard.at/story/2000072861626/nazi-lieder-bei-burschenschaft-von-fpoe-kandidat-landbauer> [23.03.2020].
- Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, 14-36.
- St. Pölsen (23.09.2019): Bürgerservice. <https://www.st-poelten.at/gv-buergerservice/politik/gemeinderat/78-buergerservice/politik/9009-stadtrat-dietmar-fenz-spoel> [25.02.2020].
- St. Pölsen Konkret (03/2020): Gärtnern in Zeiten des Klimawandels, 10-14.
- St. Pölsen 2024 (2019): Ergänzung zur Strategie zur Kunst und Kultur des Landes NÖ. <https://www.st-poelten2024.eu/de/aktuelles/ergaenzung-zur-strategie-fur-kunst-und-kultur-des-landes-no.pdf> [25.02.2020].
- St. Pölsner Gutmenschen (o.A.): Februar Treffen der St. Pölsner Gutmenschen. <https://www.facebook.com/events/2549180635306695/> [1.02.2020].
- Tips Nachrichten St. Pölsen (22.08.2018): St. Pölsner Gutmenschen kämpfen für Solidarität und Weltoffenheit. <https://www.tips.at/nachrichten/st-poelten/land-leute/437150-st-poelsner-gutmenschen-kaempfen-fuer-solidaritaet-und-weltoffenheit> [25.02.2020].
- Verein Jugend und Lebenswelt (o.A.): <http://www.jugendundlebenswelt.at/> [01.02.2020].
- Verein Wohnen (o.A.): Geschäftsfelder. <https://www.vereinwohnen.at/geschaeftsfelder/service-rund-ums-wohnen/> [25.02.2020].
- Volkshilfe Wien (2016): Beratungsstelle für Arbeitssuchende. <https://www.volkshilfe-wien.at/beratungsstellen-fuer-arbeitssuchende/bbe-fair/> [01.02.2020].

Daten

- ITV3, Interview, geführt von Alexandra Winkler mit Martina Eigelsreiter, Leiterin Büro für Diversität vom Magistrat St. Pölsen, 14.05.2019, Audiodatei.
- ITV4, Interview, geführt von Alexandra Winkler mit Barbara Bühler, Obfrau des Armutsnetzwerks NÖ, 19.06.2019, Audiodatei.
- ITV5, Interview, geführt von Sophie Fichtinger mit Markus Weidmann-Krieger, Obmann des Vereins Sonnenpark in St. Pölsen, 10.05.2019, Audiodatei.

- ITV6, Interview, geführt von Sophie Fichtinger mit DI Christian Groissmaier, Obmann des Vereins Smart Pölsen BürgerInnenbeteiligung in St. Pölten, 10.05.2019, Audiodatei.
- E1, E-Mail 1 von einem Vertreter des „Club 81 St. Pölten – Club für Menschen mit und ohne Behinderung“ an Sophie Fichtinger in Reaktion auf die Einladung zum Jour Fixe (03.09.2019).
- E2, E-Mail 2 von einer Mitarbeiterin des Frauenzentrums St. Pölten an Sophie Fichtinger in Reaktion auf die Einladung zum Jour Fixe (16.09.2019).
- E3, E-Mail 3 von Martina Eigelsreiter als Leiterin des Büros für Diversität als Antwort auf die Frage nach der Raumnutzung des Saals der Begegnung an Alexandra Winkler (15.05.2019).
- E4, E-Mail 4 von Maggie Haslinger-Maierhofer vom Campus und City Radio 94,9 an Alexandra Winkler betreffend Vernetzungstreffen im Campus Radio (03.03.2020).

Abbildungen

Abbildung 18 Vier Teilbereiche der Stakeholderanalyse (eigene Darstellung)	316
Abbildung 19 GWA als Ankerpunkt in der Netzwerkarbeit (eigene Darstellung)	337
Tabelle 3 GWA-Prinzipien in St. Pölten (eigene Darstellung)	362

5.3 Bedürfnisse und Herausforderungen als Aufgabe sehen

Fichtinger Sophie

In den Kapiteln 5.1 und 5.2 wurde der Sozialraum St. Pölten inklusive der Stakeholder sowie der aktuellen Situation von Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation umfassend dargestellt. Daraus ging hervor, dass sich im Raum St. Pölten noch keine Gemeinwesenarbeit etabliert hat. Nun geht es darum, zu klären, zu welchem Zweck Gemeinwesenarbeit mit Fokus auf die Förderung zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten überhaupt implementiert werden sollte.

Der konkrete Auftrag an Gemeinwesenarbeit ergibt sich erst aus den spezifischen Gegebenheiten vor Ort: „Wichtigstes Prinzip ist die Forderung, von den Interessen der BewohnerInnen auszugehen (wie die Menschen selbst ihre Verhältnisse sehen...) und sich auf den Lebenszusammenhang und die ihn prägenden Strukturen zu beziehen“ (Bitzan 2013:111-112). Daher sollen mittels empirischer Daten aus der Zukunftswerkstatt (besonders aus der Kritikphase), der SWOT-Analyse (vgl. Kapitel 2.2), leitfadengestützten Interviews sowie dem ersten KulturFORUM sowohl die

Bürger*innen- als auch die Stakeholderperspektive miteinbezogen werden, um folgende Fragen zu klären: An welchen Mängeln und Bedürfnissen müsste Gemeinwesenarbeit in St. Pölten arbeiten? Zur Lösung bzw. Bearbeitung welcher Herausforderungen wird sie gebraucht? Wie geht sie unter Rücksichtnahme auf Ressourcen und Lebenswelten an die Themen heran? Wo bietet sich der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation besonders an?

Um diese Fragen zu beantworten, ist es hilfreich sich zunächst noch einmal die Ziele von Gemeinwesenarbeit in Erinnerung zu rufen:

„Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen.“ (Stövesand/Stoik 2013: 21)

Um dieses Ziel zu erreichen, bezieht sich sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit auf theoretische und empirische Erkenntnisse und liefert kreative Ideen, um Ressourcen zu aktivieren. Die größte Ressource sind dabei die Menschen selbst, also die Bürger*innen des Sozialraums St. Pölten. Wie sich zeigen wird, bieten zahlreiche Thematiken Potenzial für die Umsetzung unseres Ansatzes der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation.

Eine klare Abgrenzung zwischen materiellen, infrastrukturellen und immateriellen Bedingungen ist nicht immer möglich, da die unterschiedlichen Ebenen einander bedingen und beeinflussen. Dennoch orientiert sich das vorliegende Kapitel zu Übersichtszwecken an dieser groben Einteilung.

5.3.1 It's (not all) about the money

Die materiellen Bedingungen betreffend wurden Bedürfnisse in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Basisversorgung sowie der finanziellen Unterstützung von selbstorganisierten Projekten identifiziert:

Die Bedeutung von leistbarem und gleichzeitig qualitativem Wohnraumangebot für die Bürger*innen St. Pöltens wurde sowohl in der Kritik- als auch der Visionsphase der Zukunftswerkstatt deutlich (vgl. D1:12,15-16). Gemeinwesenarbeiter Rausch (2013:280) betont den Wohnort und -raum als bedeutsames Element des Mensch-Seins:

„Das Wohnen prägt die Grundlagen der Lebenswelt. [...] Im Wohnen spiegeln sich zugleich die materiellen und gesellschaftlichen Verhältnisse wie in kaum einem anderen Lebensbereich wider: Armut und Reichtum, Inklusion und Exklusion sowie Teilhabe und Ausgrenzungen werden in den Wohnverhältnissen sichtbar. [...] Dies gilt generell für die jungen und alten Menschen, besonders aber für Personen, die unter erschwerten Lebensbedingungen leiden, z.B. unter Krankheit, Behinderung, Flucht oder Armut.“

Wie in Kapitel 5.1 dargestellt, ist sozialer Wohnbau in St. Pölten grundsätzlich vorhanden. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt können jedoch dahin interpretiert werden, dass die Kapazitäten nicht ausreichend und/oder die Zugangsbedingungen zu hochschwellig sind. Gemeinwesenarbeit in St. Pölten steht folglich vor der Herausforderung den Zugang zu adäquatem Wohnraum für Menschen mit geringem finanziellen Kapital und besonderen Wohnbedürfnissen zu erleichtern, bedürfnisgerechte Angebote zu initiieren und durch Netzwerkarbeit zu koordinieren (vgl. Rausch 2013:281). Auch die Anregung und Begleitung von solidarischen und demokratisch-selbstbestimmten Wohnformen könnte Teil der Lösung sein (vgl. ebd.: 282-283). Gleichzeitig ist durch Gemeinwesenarbeit im Sinne einer integrierten Stadtteilentwicklung sozialräumlichen Segregationsprozessen, wie der in der Kritikphase angesprochenen Aufteilung St. Pöltens in „Norden vs Süden“ (D1:13), entgegenzuwirken und – im Sinne der intermediären Funktion von GWA - ein Dialog zwischen Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen des Bereiches Wohnbau herzustellen (vgl. Fehren 2013:273-276).

Fünf Bürger*innen äußerten bei der Zukunftswerkstatt, dass sie die Arbeitssuche in St. Pölten als äußerst schwierig ansehen und/oder von Erwerbslosigkeit betroffen sind (vgl. D1:12). Während der Anspruch an Gemeinwesenarbeit nicht sein kann, das strukturelle und globale Problem der Erwerbsarbeitslosigkeit zu lösen, so kommt Gemeinwesenarbeit dennoch unweigerlich in Berührung mit diesem Thema, denn

„[...] dauerhaft fehlende Beschäftigungschancen angesichts der Schlüsselstellung des Arbeitsmarktzugangs für die private Wohlfahrtsproduktion und Selbsthilfetätigkeit sowie der gleichzeitige Sozialleistungsabbau [führen] dazu [...], dass die Betroffenen in ihrer gesamten Lebenslage ins Abseits geraten.“ (Krummacher et al. 2003:115)

Dem Problemfeld Erwerbslosigkeit kann Gemeinwesenarbeit in St. Pölten daher mit der Förderung von selbstorganisierten und/oder partizipativen Gruppencoachings, Workshops o.ä. sowie der Vernetzung mit Selbsthilfeinitiativen, dem örtlichen AMS, lokalen Arbeitgeber*innen und Träger von Beschäftigungs-, Qualifizierungs-, und Ausbildungsprojekten begegnen.

Ein Thema, das auch über die Gemeinwesenarbeit hinaus von besonderem sozialarbeiterischem Interesse ist, ist die Basisversorgung. So mangelt es laut Bürger*innen an Notschlafplätzen und Essensausgaben wie z.B. einer „Tafel“ (vgl. D1:12). Während die Identifizierung dieser existenziellen Bedarfe sowie das dementsprechende (politische) Handeln (Fordern von Ressourcen und deren Vernetzung) Aufgabe von Gemeinwesenarbeit ist bzw. sein kann, erfordert auch die Betreuung dieser neu einzurichtenden Versorgungsstellen sozialarbeiterische Expertise und dementsprechend weitere Arbeitsplätze für ausgebildete Sozialarbeiter*innen. Doch auch Ansätze zur zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation lassen sich in diesem Bereich finden: In der Visionsphase wurde u.a. auch von offenen Kühlschränken „geträumt“ – eine Idee zur selbstorganisierten Weiterverteilung von Lebensmitteln also, für dessen Umsetzung Gemeinwesenarbeiter*innen Ansprechpartner*innen sein können (vgl. D1:16).

Zu den materiellen Bedingungen, an deren Verbesserung Gemeinwesenarbeit arbeiten soll, ist auch die finanzielle Unterstützung von selbstorganisierten Projekten zu zählen. Als Beispiel dient der St. Pöltner Verein Sonnenpark, der in Kapitel 5.2 als Stakeholder vorgestellt wurde. Tausende Stunden kümmern sich Mitglieder des Vereins pro Jahr ehrenamtlich um die Erhaltung, Pflege und Förderung des Parks (vgl. ITV5: 00:19:35), der letztlich dem Gemeinwohl zu Gute kommt und ein gutes Beispiel für bereits existierende Selbstorganisation in St. Pölten darstellt. Finanzielle Mittel zur Erhaltung müssen durch Feste und andere Veranstaltungen generiert werden, denn von Stadt und Land gibt es lediglich ein marginales Budget zur Erhaltung des fünf Hektar großen Parks (vgl. ITV5: 00:19:00; ITV5: 00:20:50). Ohne die unentgeltliche und selbstorganisierte Arbeit der Vereinsmitglieder und anderer ehrenamtlicher Helfer*innen gäbe es den Park nicht. Doch die Aktivierung und Organisation von Freiwilligen und partizipativen Projekten braucht Zeit und Energie, die mit einer fixen und entlohten Anstellung deutlich leichter aufzubringen wäre. Eine solche finanziert zu bekommen ließ sich leider (noch) nicht umsetzen (vgl. ITV5: 00:20:30; ITV5: 00:22:00).

Markus Weidmann-Krieger, Obmann des Vereins Sonnenpark, forderte eine Verbesserung der Rahmenbedingungen - besonders hinsichtlich der finanziellen Förderung - jedoch nicht nur für seinen eigenen Verein, sondern generell für Ideen von Bürger*innen, die kleine Projekte in ihrer Wohnumgebung umsetzen wollen:

„[...] diese Entwicklung gehört massiv unterstützt und [...] wenn da Ideen vorhanden sind, gehört auch Geld vergeben. An dem liegt's auch: am politischen Willen, dass sozusagen, wenn jemand Pläne hat gibt's halt einmal eine kleine Unterstützung. Und wem tut das weh bei der Stadt? Niemandem. Weil da werden ganz andere Summen für andere Dinge ausgegeben. [...] Und so könnte man das viel mehr beleben“ (ITV5: 00:43:14).

Dieses Zitat zeigt auch eindrucksvoll, dass die materielle Bedingung der fehlenden Finanzierung von selbstorganisierten Projekten eng verknüpft ist mit der immateriellen Bedingung des politischen Willens zur Förderung von zivilgesellschaftlicher Eigeninitiative. In weiterer Folge kann daraus geschlussfolgert werden, dass Selbstorganisation durch den Mangel an finanziellen Ressourcen ausgebremst oder gar verhindert wird – und umgekehrt durch möglichst unbürokratische Vergabe von Budgets gefördert werden könnte.

Ein interessanter Aspekt, der wiederum als Hindernis für die Akquirierung finanzieller Mittel für soziale und partizipative Projekte genannt wurde, ist das vorherrschende Kulturverständnis:

„[Wir] versuchen [...] zu verankern, dass Partizipation eine Form der Kultur ist und deshalb eine Berechtigung hätten [...] auch Kulturbudget sozusagen zu beziehen, weil die [Anm.: Fördergeber*innen] verstehen das halt rein klassisch. [...] Tanz, Musik, Theater. Das ist Kultur.“ (ITV5: 01:04:12)

Auch der Plattform KulturhauptSTART ist es ein großes Anliegen, den Kulturbegriff zu diskutieren: „Es wird zwar oft davon gesprochen, dass es, dass wir von einem breiten Kulturbegriff ausgehen, aber so richtig angekommen, dass Alltagskultur da a dazug'hört oder dass das miteinander Leben... dass es nicht nur dieses künstlerische ist... das ist schwierig.“ (ITV7: 00:08:20)

Die Herausforderung der Finanzierung, welche die Gemeinwesenarbeit als Profession in Niederösterreich selbst trifft (vgl. Kapitel 5.2.3), erstreckt sich also ebenso auf die Handlungsfähigkeit der Vereine und Selbstorganisation. Wie gezeigt wurde, hängt die Akquirierung materieller Ressourcen mit der immateriellen Bedingung der Wertigkeit sozialen Engagements und der Definition von Kultur zusammen. Deshalb muss Gemeinwesenarbeit im Sinne der Nachhaltigkeit an diesem Punkt ansetzen und das vorherrschende Kulturverständnis in Frage und zur Diskussion stellen. Parallel dazu besteht Handlungsbedarf im Lobbying, der Förderung von Empowerment und der Stärkung der Position der Vereine gegenüber Politik und Verwaltung auf Stadt- und Landes-Ebene. Andererseits können Vereine und Projekte (als Orte für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation) durch Aktivierung von und Vernetzung mit interessierten Freiwilligen u.ä. unterstützt werden. Auch das Einfordern von Budgets für bottom-up Projekte bzw. die Unterstützung der Bürger*innen, ein solches einzufordern,

kann als Auftrag für die neue St. Pöltner Gemeinwesenarbeit gelten, um selbstorganisiertes Handeln zu fördern.

In diesem Zusammenhang ist wichtig zu betonen, dass die Herstellung finanzieller Strukturen noch nicht einer nachhaltigen und ganzheitlichen Förderung von Selbstorganisationsprozessen in St. Pölten gerecht werden würde. Auch was dementsprechende räumliche und professionelle Strukturen betrifft, gibt es Handlungsbedarf. Auf diese Aspekte wird im Folgenden noch im Rahmen der infrastrukturellen und immateriellen Bedingungen eingegangen.

Materielle Bedingungen. Ein Zwischenfazit:

In der Zukunftswerkstatt hat sich gezeigt, dass in St. Pölten Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Deckung materieller Bedürfnisse wie Wohnraum und Erwerbsarbeitsplätzen sowie der Basisversorgung (Notschlafstellen, Essensausgaben) besteht. Während individuelle sozialarbeiterische Hilfe ein wichtiges Element zur Bekämpfung sozialer Notlagen darstellt, kann Gemeinwesenarbeit im Sinne der Nachhaltigkeit und des kollektiven Empowerments an Strukturen ansetzen, mithilfe von Vernetzungsarbeit eine Kommunikationsbasis zwischen Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen schaffen sowie kollektive und selbstorganisierte Projekte initiieren bzw. unterstützen. Letztlich soll damit eine Vermehrung und Verteilung des in der Bevölkerung bestehenden ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals (vgl. Bourdieu 1983) erzielt werden, wodurch die weiteren Partizipationschancen der jeweiligen Menschen sowohl individuell als auch kollektiv erhöht werden. Auf den Zusammenhang zwischen sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital und Partizipationschancen wurde bereits in Kapitel 3.3 näher eingegangen. Weiters wurde von Interviewpartner*innen der Mangel an finanzieller Förderungsbereitschaft von selbstorganisierten Projekten als hinderliches Element für die Entwicklung und nachhaltige Etablierung von Selbstorganisation in St. Pölten identifiziert. Dieses materielle Hindernis wiederum steht in Zusammenhang mit dem vorherrschenden Kulturverständnis bei Fördergeber*innen, wonach Kultur mit darstellender Kunst gleichgesetzt wird.

5.3.2 Infrastrukturen für soziale Gerechtigkeit und Kohäsion

Bedürfnisse und Handlungsbedarfe in Bezug auf die Infrastruktur in St. Pölten gibt es in den Themenbereichen Gesundheit, Barrierefreiheit, öffentliche Verkehrsanbindung und die Verkehrssituation auf Straßen und Radwegen, Begrünung sowie den öffentlichen und semi-öffentlichen Raum.

Gesundheit ist seit Anbeginn der Gemeinwesenarbeit als Querschnittsthema präsent (vgl. Hartmann 2013:307). Im konkreten Fall St. Pöltns liegen die Mängel im Gesundheitsbereich aus Bürger*innensicht darin, dass es in der Stadt zu wenig Kinderärzte gibt (vgl. dazu auch Kapitel 5.1.5) und Psychotherapeut*innen nicht über die nachgefragten bzw. benötigten Fremdsprachenkenntnisse in Sprachen wie Türkisch oder Arabisch verfügen (vgl. D1:12). Auch gegenüber dem Büro für Diversität äußerten Menschen, besonders Frauen, mit Fluchterfahrung bereits den Wunsch nach medizinischer und therapeutischer Beratung, insbesondere auch in Bezug auf Gewalterfahrungen. Allerdings habe es an finanziellen Mitteln gemangelt (vgl. ITV3: 00:19:29). Chancenungleichheit in Bezug auf den Zugang zu adäquaten gesundheitlichen Leistungen ist jedoch eine grundlegende Frage sozialer Gerechtigkeit (vgl. Hartmann 2013:308). Hier besteht demnach gemeinwesenarbeiterischer Interventionsbedarf, nämlich auch durch die Entwicklung alternativer und partizipativer Interventionskonzepte und präventiver Arbeit gegen (häusliche) Gewalt, inklusive der Förderung von entsprechenden Selbstorganisationsprozessen. Dabei muss die Intersektionalität verschiedener vertikaler (= Einkommen, Bildung, Beruf) und horizontaler (Geschlecht, Alter, Wohnort, Nationalität) benachteiligender Faktoren berücksichtigt werden (vgl. Hartmann 308-309). Näheres zur Bedeutung intersektionaler Ansätze für empowernde Gemeinwesenarbeit kann in Kapitel 4.3 nachgelesen werden.

Barrierefreiheit ist ein weiteres großes Anliegen der St. Pöltner*innen. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt machen deutlich, dass aktuelle Mängel in der Barrierefreiheit von einer breiten Bevölkerungsschicht wahrgenommen werden, nämlich auch von jenen, die selbst nicht unmittelbar betroffen sind. Mitglieder des Club 81 („Club für Behinderte und Nichtbehinderte“) sahen sich durch unsere Einladung zur Zukunftswerkstatt ermutigt, uns Studierenden einerseits ein Positionspapier mit Verweis auf das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und einer Liste an konkreten Forderungen (u.a. Absenkung der Gehsteigkanten, barrierefreie WC-Anlagen, Unterlagen in „leichter Sprache“ etc.) zukommen zu lassen und andererseits die Teilnahme an der Veranstaltung zu nutzen, um ihre Bedürfnisse zu äußern (vgl. Kapitel 5.2, E1). Beides in der Hoffnung, dass ihre Forderungen auf politischer Ebene gehört werden. Zur Bearbeitung dieses Themas ist der Empowerment- Ansatz sowie der Ansatz der Lebensweltorientierung (vgl. Kapitel 3.3) der Gemeinwesenarbeit gefragt: Die von (Mobilitäts-)Barrieren betroffenen Personen wissen am besten wo diese zu lokalisieren sind und wie diese am besten behoben werden könnten. Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz bzw. „demokratiefördernde Brückenbauerin“ (Riede 2019) kann daran ansetzen, eine respektvolle Beziehung zwischen den entsprechenden

Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen auf politischer Ebene zu schaffen, indem sie bei Aushandlungsprozessen als Moderator*in zur Seite steht.

Eines der großen Themen, welches auch mit Barrierefreiheit zu tun hat, war bei der Zukunftswerkstatt die öffentliche Verkehrsanbindung. Mängel werden von Bürger*innen einerseits hinsichtlich des Preises und des Fahrplans, andererseits auch in Bezug auf die Erreichbarkeit von Orten in der Innenstadt sowie der benachbarten Dörfer festgestellt (vgl. D1:12). Auch beim ersten KulturFORUM (einer der Hauptveranstaltungen des Kulturhauptstadt-Bewerbungsprozesses) wurde von teilnehmenden Bürger*innen die aktuelle Benachteiligung der umliegenden Regionen in der Verkehrsplanung (v.a. im Gegensatz zur inzwischen gut ausgebauten Verkehrsanbindung nach Wien) kritisiert (vgl. NÖKU 2018:3). Die diesbezüglichen Fakten wurden bereits in Kapitel 5.1.4 dargestellt.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis, das mit der Teilhabe am sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Leben in engem Zusammenhang steht (vgl. Die Armutskonferenz o.A.). Die „verringerte Möglichkeit zur Verwirklichung individueller Mobilitätsansprüche und -bedürfnisse, die zu einer Benachteiligung der Betroffenen in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führt“ (VCÖ 2018:11) kann auch als „Mobilitätsarmut“ (ebd.) bezeichnet werden. Von selbstbestimmter und eigenständiger Mobilität durch Mängel im öffentlichen Verkehrsnetz sind vor allem Menschen mit körperlichen Behinderungen, Senior*innen, Menschen, die sich kein Auto leisten können oder wollen sowie Kinder und Jugendliche ausgeschlossen (vgl. Knierim 2014:89). Durch die daraus resultierende fehlende Anbindung an (potenzielle) Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen sowie erschwelter Zugang zu Gesundheitsleistungen und Freizeitangeboten verstärkt und verfestigt sich gesellschaftliche Ausgrenzung (vgl. Die Armutskonferenz o.A.; VCÖ 2018:11-12). Politikwissenschaftler und Aktivist im Netzwerk Solidarische Mobilität, Bernhard Knierim (vgl. 2014), sieht hier ein grundlegendes Gerechtigkeitsproblem. Konzepte solidarischer oder sozialökologisch gerechter Mobilität, von denen letztlich auch die Wirtschaft profitieren könnte, würden u.a. eine „Verbesserung und Verdichtung des öffentlichen Verkehrs, [...] vollständige Barrierefreiheit und sozialverträgliche Preise“ (Knierim 2014:92) umfassen. Der VCÖ (Verkehrsclub Österreich, eine laut eigenen Aussagen „gemeinwohlorientierte Organisation“ (VCÖ o.A.)) sieht Gründe für eingeschränkte Mobilität auf unterschiedlichen Ebenen, nämlich der räumlichen, zeitlichen, finanziellen und persönlichen Ebene sowie in der mangelnden partizipativen Einbindung der Bürger*innen an Planung, Betrieb und Management des Verkehrs (vgl. VCÖ 2018:11).

Wenngleich das Themenfeld „öffentlicher Verkehr“ also auf den ersten Blick nichts mit dem Auftrag Sozialer Arbeit zu tun hat, zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass das dahinterliegende Bedürfnis nach Mobilität ein zentrales Thema sozialer Gerechtigkeit ist, zu dessen Verbesserung die partizipative Einbindung der Bürger*innen und somit sozialarbeiterische Expertise erforderlich ist. In Kapitel 5.5.8 findet sich ein konkreter Handlungsleitfaden, der aufzeigt, wie durch Gemeinwesenarbeit unterstützte zielgruppenübergreifende Selbstorganisation zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in St. Pölten beitragen kann.

Ein Problemfeld, das in Kombination mit dem Thema des öffentlichen Verkehrs partizipativ mit St. Pöltner*innen bearbeitet werden sollte, ist die aktuelle Verkehrssituation bezüglich Autos und Fahrrädern. Bürger*innen kritisierten in der Zukunftswerkstatt, dass es zu viele Autos und zu wenige (gratis) Parkplätze gäbe. Auch die Verkehrssituation vor Kindergärten und Schulen machte einer*m Bürger*in Sorgen. Radfahrer*innen nannten zu wenige und unfertige Radwege als Kritikpunkte (vgl. D1:13).

Das Thema Verkehr betreffend steht GWA also vor der Aufgabe, Bürger*innenbeteiligungsprozesse in der Stadt- und Verkehrsplanung (inklusive der Gestaltung der Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs) zu fordern und professionell zu begleiten, damit Partizipation ernst genommen wird und über die „Vorstufen“ wie Information oder Anhörung (vgl. Kapitel 3.3.2) hinausgeht. Wie gezeigt wurde, ist Mobilität außerdem ein zielgruppenübergreifendes Thema. Die breite Betroffenheit der Bevölkerung St. Pöltens und Umgebung kann auch als Chance für Gemeinwesenarbeit gesehen werden, partizipative und teilweise selbstorganisierte alternative Konzepte zur Mobilitätsförderung, wie z.B. Fahrgemeinschaften, car sharing, Errichtung von verkehrsberuhigten Schulstraßen, günstige Sammeltaxis, „Walking Bus“ für Schulkinder o.ä. zu entwickeln.

Das Thema Begrünung war in der Zukunftswerkstatt nicht nur zentraler Bestandteil der Kritikphase, sondern auch der Visions- und Planungsphase. Mehrfach wurde genannt, dass es in St. Pölten zu wenig Grün bzw. Bäume gibt, besonders innerhalb der Promenade. Zu viel Grünfläche würde verbaut werden, während zu wenig Hunde- und Grünzonen oder Gemeinschaftsgärten vorhanden sind (vgl. D1: 12, 16-19).

Laut WHO (vgl. o.A.) können mehr Grünzonen in Städten auf vielfache Weise zum Wohlbefinden von Jung und Alt beitragen, denn sie verbessern nicht nur die Luftqualität, sondern bieten auch Schutz vor Hitze sowie eine gesunde Umgebung um sich zu entspannen, zu bewegen und miteinander in Kontakt zu treten.

Markus Weidmann-Krieger, Obmann des Vereins Sonnenparks, misst bürgerschaftlichem Engagement durch Selbstorganisation im Bereich Umwelt eine maßgebliche Rolle bei: „Immer weniger wird in Grünraum teilweise gesteckt, außer der ganz tollen Naturparks oder so, da gibt's schon Kohle, aber jetzt so die Städte würden mehr oder weniger immer mehr an Grün verlieren, wenn sich nicht Leute dafür aktiv einsetzen.“ (ITV5: 00:31:47) Die Fridays for Future – Bewegung ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass Umwelt- und Klimathemen sich sehr gut dafür eignen, zielgruppenübergreifende Selbstorganisation anzustoßen.

In der Visionsphase wurde das Bedürfnis der Bürger*innen nach einer Gestaltung des Sozialraums mit Bäumen, Grünflächen und Blumen durch die vielfältigen kreativen Darstellungen nochmals bestätigt. Dementsprechend haben sich einige Gruppen auch in der Planungsphase dafür entschieden, ihre Ideen zum Thema Begrünung St. Pöltns weiter auszuarbeiten. Dabei entwickelten sich bereits Ansätze konkreter selbstorganisierter Handlungsschritte, die im Kapitel 5.5.8 inklusive der konkreten potenziellen Aufgaben der neuen St. Pöltner Gemeinwesenarbeit dargestellt werden.

Auch abgesehen von der mangelnden Begrünung wurden zum Thema „öffentlicher Raum“ von Bürger*innen und Stakeholdern Mängel festgestellt. In der Zukunftswerkstatt kritisierten die Teilnehmer*innen so u.a., dass es zu wenige Sitzmöglichkeiten ohne Konsumzwang, keine Fitnessgeräte im Freien oder Freiflächen für Street Art sowie nicht genügend öffentliche WC-Anlagen gebe. Auch eine öffentliche Grillmöglichkeit gibt es nicht (mehr). Außerdem wird eine mangelhafte Integration des Regierungsviertels wahrgenommen (vgl. dazu auch Kapitel 5.1.4). Generell werden St. Pölten zu wenige Orte der Begegnung „oder zum ‚Mitmachen‘“ attestiert. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen die Teilnehmer*innen des ersten KulturFORUMS: Es fehle an Erlebnissräumen, konsumfreien Räumen, Begegnungszonen, Zugänglichkeit und Bespielungskonzepten des öffentlichen Raums (vgl. NÖKU 2018:3). Kritikpunkt sind auch die vielen Leerstände und dass der Kulturbezirk „wenig belebt und als solcher nicht erfahrbar“ (NÖKU:3) ist. Ganz allgemein ausgedrückt: „Der öffentliche Raum wird unzureichend genutzt“ (ebd.). Die Interviewpartner*innen machten in diesem Zusammenhang auf folgenden Aspekt aufmerksam: Der Entwicklungsfokus liege aktuell zu sehr auf der Innenstadt, während außenliegende Stadtteile mit Angeboten für Kultur, Erholung und Begegnung unterversorgt seien (vgl. ITV5: 00:41:16). Die Nichteinbeziehung von Randbezirken sei auch bei den Veranstaltungen im Rahmen des Kulturhauptstadtbewerbungsprozesses auffallend gewesen (vgl. ITV9: 00:51:20). Es mangle sozusagen an Angeboten „vor der Haustür“:

„Ich kann nicht sagen ‚Jetzt ham ma eh die Viehofner-Seen und damit ist das Thema Erholung abgehakt für ganz St. Pölten‘, weil St. Pölten ist 15 Kilometer lang, also welche Mutter mit Kinderwagen fährt zum Viehofner-See, wenn sie im Süden wohnt, ja? Ich brauch‘ das um die Ecke. [...] Ich brauch Kultur überall sozusagen. Es is ned nur was, was es exklusiv irgendwo im Zentrum geben soll.“ (ITV5: 00:41:43)

Auf nutzbaren öffentlichen Raum im Wohnumfeld sind besonders jene Menschen angewiesen, die aus unterschiedlichen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, wie Kinder und Jugendliche, Jungfamilien, ältere Personen, Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligte Personengruppen (vgl. Ritt 2016:8). Ein Interviewpartner eines St. Pöltner Jugendzentrums meint, soziale Einrichtungen und deren Klient*innen seien gegenwärtig nicht wirklich vertreten, wenn es um die Planung des öffentlichen Raumes geht (vgl. ITV9: 00:34:40). Es sei jedoch erforderlich, „die Ideen hineinzubringen und die Bedürfnisse auch von Leuten, die was in der Regel mehr auf den öffentlichen Raum angewiesen san als... als Leute, die was Geld haben und sich anderwertig Raum nehmen können.“ (ITV9: 00:35:08) Genau hier liege daher ein Auftrag für GWA: „Das seh‘ ich, oder ist ja auch so a klassische Aufgabe, dass Gemeinwesenarbeit hald Bedürfnisse aufzeigt und a ganz stark Lobbying betreibt.“ (ITV9: 00:54:38) Auch Monika Wolf, Standortleitung der Bildungseinrichtung Qualify for Hope in St. Pölten, sieht noch Lücken in der Erforschung und partizipativen Erarbeitung der Bedürfnisse und Möglichkeiten der Nutzung des öffentlichen Raumes in Bezug auf ihre Zielgruppe der jungen Frauen (vgl. ITV10: 00:14:20).

Zurzeit wird die Chance, die Expertise Sozialer Arbeit für diesen Bereich einzuholen, noch nicht wahrgenommen. Die „Leitkonzeption öffentlicher Raum“ im Zusammenhang mit der Bewerbung St. Pöltens zur europäischen Kulturhauptstadt wurde von einem Raumplanungsbüro begleitet und durchgeführt (vgl. NÖKU 2019:1). Monika Alisch, Professorin für sozialraumbezogene Soziale Arbeit an der Hochschule Fulda, plädiert dafür, bei Stadt- und Raumplanungsprozessen die spezifischen Kompetenzen sowohl der Raumplaner*innen als auch der Sozialarbeiter*innen zu nutzen: Es müsse eine neue Ko-Produktion ausgehandelt werden, sodass Soziale Arbeit ihre Expertise in Methoden zur Erschließung von Lebenswelt und Sozialraum einbringen kann (vgl. Alisch 2007:312). Die Rolle von Gemeinwesenarbeiter*innen bzw. Community-Organizern bestehe konkret darin, die Akteur*innenkonstellationen im jeweiligen Sozialraum zu untersuchen, den Zugang und eine Vertrauensbasis zu diesen Akteur*innen herzustellen sowie alle Beteiligten miteinander ins Gespräch zu bringen und den Aushandlungsprozess zu koordinieren (vgl. ebd.:313). In diesem Prozess sind sie außerdem gefordert, unter besonderer Berücksichtigung von Machtverhältnissen, für möglichst gleichberechtigte Kommunikation und Zusammenarbeit zu sorgen (vgl. ebd.:312).

Darüber hinaus sollte seitens der Gemeinwesenarbeit ein besonderes Augenmerk auf die Verdrängung bestimmter Zielgruppen aus dem öffentlichen Raum gelegt werden. Wie bereits in Kapitel 5.2 angesprochen wurde, ist z.B. bei Jugendlichen ein starkes und produktives Bedürfnis nach Mitgestaltung des öffentlichen Raums vorhanden. Mitarbeiter*innen des Jugendzentrums Steppenwolf nehmen jedoch wahr, dass Jugendliche im öffentlichen Raum oft als störend erlebt werden und verdrängt werden (vgl. ITV9: 00:24:40):

„Ich glaub grundsätzlich nutzen die Jugendlichen den öffentlichen Raum und schreiben sich dort ein und so. Wo's möglich ist, machen sie sich diesen Raum zu eigen. Aber das ist hald - a was man eh auch aus der Literatur oft kennt – oftmals konfliktbehaftet, wo die Jugendlichen hald... also die verschiedenen Jugendgruppen doch öfters mal a den Kürzeren ziehen. Wobei ich's dann schon immer cool find, dass es kreative Lösungen gibt: siehe die Kids, die was jetzt das Regierungsviertel nutzen und dort Party machen. [...] Toter Platz – sie nützen ihn. [...] Aber dort wo's hald... wo hald verschiedene Nutzer*innen-Interessen [...] aufeinandercrashen, glaub ich sind... wird hald der schwarze Peter schnell den Jugendlichen zugeschoben [...] Sie sind störend“ (ITV9: 00:25:30).

Sozialpädagoge und Soziologe Lothar Böhnisch meint dazu, dass Jugendliche und junge Erwachsene - besonders jene, die sozial unter Druck sind - den (öffentlichen) Raum als Bewältigungsraum brauchen, „um sichtbar zu werden, auf sich aufmerksam zu machen und dadurch anerkannt und wirksam zu werden“ (Böhnisch 2013:125). Dieser Aneignungsprozess kann „den Charakter eines Kampfes um Räume“ (ebd.) annehmen. Gemeinwesenarbeit habe hier u.a. eine intergenerational vermittelnde Aufgabe (vgl. ebd.:126). Die Ermächtigung von Jugendlichen im öffentlichen Raum ist dabei nicht nur für diese Zielgruppe wichtig, sondern für das Zusammenleben verschiedenster Bevölkerungsgruppen förderlich:

„Die Erfahrung mit entsprechenden Projekten zeigt, dass, wenn gegenüber diesen Jugendlichen anerkannt wird, dass sie den Raum als Aneignungsraum brauchen, diese auch bereit sind, den Raum mit anderen Gruppen zu teilen, sich mit ihnen oder auch anderen BewohnerInnen des Viertels zu verständigen“ (Böhnisch 2013:126).

Derartige räumliche Aneignungsprozesse in der Öffentlichkeit können in Anlehnung an die Diskurstheorie des Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas (vgl. Habermas 1973) als „räumlich vermittelte Praxis des diskursiven Konflikts“ (Böhnisch/Schröer 2019:151) beschrieben werden (vgl. ebd.). Der Raum dient somit als Feld für politisches Handeln:

„Soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen und soziale Kampagnen als Motoren einer modernen sozialpolitischen Öffentlichkeit waren und sind an räumliche Aneignungsprozesse und räumlich aktiviertes politisches Handeln (Interessenartikulation und -durchsetzung) der Beteiligten gebunden.“ (Böhnisch/Schröer 2019:151)

Auch Ungleichheiten und Machtverhältnisse kommen in den jeweiligen Gestaltungs- und Nutzungsweisen im öffentlichen Raum zum Ausdruck (vgl. AG Sozialer Raum der OGSA 2016:3). Die Bedeutung der Aneignung und Mitgestaltung des öffentlichen Raumes ist also nicht auf die funktionale Nutzung per se zu begrenzen, sondern als sozialer und politischer Akt des gesellschaftlichen Diskurses, des Austausches und Sichtbarwerdens sozialer Gruppen und deren Anliegen und Interessen zu sehen.

Ein spezifisches Bedürfnis für die Zielgruppe der Kinder bzw. Familien in St. Pölten in Bezug auf den öffentlichen Raum liegt in einer Parkbetreuung oder ähnlichen Angebote für Kinder in der Natur und auf Spielplätzen (D1:12,17). Auch von Seiten des St. Pöltner Jugendzentrums Steppenwolf (vgl. ITV9: 00:27:15) wird diese Thematik angesprochen: Besonders Kinder, die sich aufgrund schwieriger Verhältnisse zu Hause lieber draußen kreativ selbst beschäftigen, würden oft anecken. Das Bedürfnis nach Betreuungsangeboten im öffentlichen Raum sei vorhanden und Angeboten wie Parkbetreuung könnten nach Einschätzung des Interviewpartners gut funktionieren. Da es sich um ein Bedürfnis handelt, das – wie die Zukunftswerkstatt gezeigt hat – mehrere Bürger*innen St. Pöltens teilen, besteht auch hier Potenzial zu Selbstorganisation. Nicht nur engagierte Eltern, sondern auch andere Bürger*innen wie z.B. Pensionist*innen, Student*innen o.a. könnten ein Betreuungsangebot auf die Beine stellen, von dem letztlich die unterschiedlichen Zielgruppen profitieren. Gemeinwesenarbeiter*innen können hier unterstützend und vernetzend als Ansprechpartner*in zur Seite stehen.

Nicht nur in Bezug auf den öffentlichen Raum im Sinne von Freiflächen wie Straßen, Plätzen, Parks u.ä. wurden bei der Zukunftswerkstatt Bedürfnisse geäußert. Auch in öffentlich oder semi-öffentlich zugänglichen geschlossenen Gebäuden und Räumen werden Gemeinschafts- und Begegnungsräume gewünscht, denn bisher mangle es an konsumfreien Räumen, Proberäumen, Indoorspielplätzen für Kinder, Cafés für Jugendliche, Räumen, die man günstig für Partys anmieten kann und Räumen zur Vernetzung allgemein (vgl. D1:13). Ebenfalls kritisiert wurde in der Zukunftswerkstatt, dass die Kulturhäuser bzw. Volksheime St. Pöltens unbelebt sind. Diesbezüglich wurde auch von dem Stakeholder Plattform KulturhauptSTART in Erfahrung gebracht, dass diese zwar vereinzelt Veranstaltungen anbieten, aber de facto nicht „belebt“ sind (vgl. ITV7: 00:55:16).

Es mangelt also an räumlichen Strukturen, wo sozialer Austausch, Vernetzung und die Entwicklung selbstorganisierter Projekte stattfinden könnte. Der Soziologe Eric Klienbergs beschreibt in seinem Buch „Palaces for the People. How to build a more equal

and united society“ (2018) die Bedeutung „sozialer Infrastruktur“: öffentliche Parks und Plätze, Grill- und Sportplätze, Büchereien, Cafés uvm. sind Orte, die alltäglichen sozialen Austausch zwischen verschiedensten Menschen ermöglichen. Durch diese physischen Gegebenheiten wird die Entstehung und Stabilisierung von sozialem Kapital gefördert und sozialer Segregation und Isolation entgegengewirkt (vgl. Klinenberg 2018:5). Die Bürger*innen St. Pöltns haben also ihr Bedürfnis nach mehr sozialer Infrastruktur erkannt und geäußert. Der Bedeutung sozialer Infrastruktur wird deshalb auch das im Kapitel 5.5 dargestellte Konzept für die neue St. Pöltner Gemeinwesenarbeit gerecht. Die Errichtung neuer Stadtteilzentren und die selbstorganisierte bzw. partizipative Förderung und Weiterentwicklung bereits bestehender Infrastrukturen als Orte zielgruppenübergreifenden sozialen Austausches nimmt dabei einen zentralen Stellenwert ein.

Infrastrukturelle Bedingungen. Ein Zwischenfazit:

Zur Förderung der infrastrukturellen Bedingungen für ein lebenswerteres St. Pölten ist die neu einzurichtende Gemeinwesenarbeit aufgefordert, zu einer inklusiven Gesundheitsversorgung und Mobilitätsstruktur beizutragen, sowie Bedürfnisse unterschiedlichster Bürger*innen(gruppen) in verschiedenen Stadtteilen den öffentlichen Raum betreffend zu erkennen. Weiters ist es ihre Aufgabe, einen zielgruppenübergreifenden Aushandlungsprozess zu begleiten, selbstorganisiertes Handeln zu fördern und vermittelnd tätig zu sein, damit der öffentliche und semi-öffentliche Raum in ganz St. Pölten durch „soziale Infrastruktur“ (vgl. Klinenberg 2018) zu einem attraktiven Begegnungs- und Vernetzungsraum für alle wird. Wie aufgezeigt wurde, kann und soll Soziale Arbeit im Rahmen von Gemeinwesenarbeit einen essenziellen Beitrag zur inklusiven, sozial verträglichen und nachhaltigen Gestaltung von städtischen Räumen und Infrastrukturen beitragen. Entscheidungsträger*innen in der Politik und Verwaltung St. Pöltns sind aufgefordert, dieses Potenzial der Gemeinwesenarbeit anzuerkennen und zu nutzen, um die soziale Kohäsion unter allen St. Pöltner*innen zu stärken.

5.3.3 „Soziales Miteinander stärken“: Kein leerer Wahlspruch für Gemeinwesenarbeit

Stövesand und Stoik (vgl. 2013:21) nennen als Beispiele für immaterielle Bedingungen, auf deren Verbesserung Gemeinwesenarbeit abzielt, die „Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur“ (ebd.). Dabei ist zu beachten, dass eine Wechselwirkung besteht zwischen materiellen, infrastrukturellen und immateriellen Gegebenheiten. So können zum Beispiel Räume zur Vernetzung (als infrastrukturelle Bedingung) das (immaterielle)

Bedürfnis nach mehr sozialem Kontakt und Austausch bedienen (vgl. „soziale Infrastruktur“ nach Klinenberg 2018). Ebenso wurde bereits dargestellt, dass sogar das Thema der Finanzierung mit dem Verständnis des Kulturbegriffs zusammenhängt. Eine Aufgabe der Gemeinwesenarbeit besteht folglich darin, die sozialen und emotionalen Bedürfnisse hinter materiellen und infrastrukturellen Forderungen und Wünschen zu identifizieren.

Doch welche immateriellen Bedürfnisse äußerten die Bürger*innen nun konkret? Im Rahmen der Zukunftswerkstatt kritisierten Bürger*innen den geringen Zusammenhalt und interkulturellen Austausch und nannten Schwierigkeiten, miteinander in Kontakt zu kommen und sich zu vernetzen (vgl. D1:12). Diese Punkte ergänzend wurden weiters gemeinsam mit Interviewpartner*innen folgende Mängel festgestellt, auf die in weiterer Folge näher eingegangen wird: geringes Ausmaß an gesellschaftlicher Durchmischung (im öffentlichen Raum, bei Projekten, Veranstaltungen usw.), fehlende zielgruppenübergreifende Projekte, unzureichende Vernetzung bestehender Institutionen und Projekte sowie Informationsweitergabe über aktuelle Angebote an die Bevölkerung, verbesserungswürdige Kommunikation zwischen Politik/Verwaltung und Bevölkerung, Widerstände seitens Politik und Verwaltung gegen Bürger*innenbeteiligung, mangelndes Know-How zur Erreichung marginalisierter und unterrepräsentierter Zielgruppen sowie über hemmende und fördernde Faktoren von Partizipationsprozessen.

Wenn seitens der Bevölkerung geringer Zusammenhalt und Austausch sowie Schwierigkeiten im Kontaktaufbau bzw. der Vernetzung mit Mitbürger*innen festgestellt werden (vgl. D1:12), bedeutet dies einen eindeutigen Arbeitsauftrag an Gemeinwesenarbeit: Das soziale Miteinander zu stärken verstehen wir im Rahmen unserer Masterarbeit als eines der zentralen Ziele von Gemeinwesenarbeit (vgl. Kapitel 3.1). Die Einbindung in soziale Netzwerke erfüllt nämlich aus vielfacher Hinsicht sowohl für Individuen als auch für Gruppen und Gesellschaften wichtige Funktionen: Beziehungsnetzwerke stellen Ressourcen im Sinne von Bourdieus' Kapitalsarten (vgl. Bourdieu 1983) bereit, verteilen diese unter den Netzwerkmitgliedern und können dadurch Ungleichheiten partiell kompensieren (vgl. Diewald/Lüdicke 2007, Diewald/Sattler 2010). Sie leisten wertvolle Unterstützung in verschiedensten Lebenssituationen, steigern die individuelle Lebenszufriedenheit, vermitteln Zugehörigkeit, Geborgenheit und Orientierung und üben (positive) soziale Kontrolle aus (vgl. Diewald/Lüdicke 2007, Diewald/Sattler 2010: 691-692). Dem Wunsch der St. Pöltner*innen nach mehr zwischenmenschlichem Kontakt und Austausch steht die gegenwärtig wahrgenommene Schwierigkeit gegenüber, sich mit anderen Bürger*innen

des Sozialraums St. Pölten zu vernetzen. Diese Herausforderung wurde von Teilnehmer*innen der Zukunftswerkstatt bereits mit der mangelnden entsprechenden Infrastruktur in Verbindung gebracht (vgl. D1:13), was auch mit der Theorie des Soziologen Klinenberg (vgl. 2018) über die bisher unterschätzte Funktion „sozialer Infrastrukturen“ übereinstimmt.

Ein spezifischer Kritikpunkt bezüglich des Sozialen Miteinanders in St. Pölten, der bei der Zukunftswerkstatt genannt wurde, war „zu wenig interkultureller Austausch“ (D1:12). Interessanterweise wurde dieser Aspekt beim ersten KulturFORUM St. Pöltens wiederum mit dem öffentlichen Raum in Verbindung gebracht: Es wurde angemerkt, dass die kulturelle Vielfalt St. Pöltens in der Innenstadt kaum zu finden sei und die Frage gestellt „Wo findet kulturelle Vielfalt statt?“ (NÖKU 2018:3). Diese Aussagen deuten also, neben dem Wunsch nach mehr Austausch mit Mitbürger*innen aus anderen Nationen, auch auf eine selektive Nutzung des öffentlichen Raumes durch verschiedene Bevölkerungsgruppen hin. Außerdem werfen sie Fragen nach entsprechenden Bedürfnissen und Aushandlungsprozessen auf, welche von Gemeinwesenarbeiter*innen zu betrachten bzw. zu begleiten sind.

Von Seiten der Stakeholder und Interviewpartner*innen werden in St. Pölten generell Schwierigkeiten bei der Durchmischung verschiedener Bevölkerungsgruppen wahrgenommen, sei es bezüglich der Nutzung öffentlicher Räume oder der Teilnahme an Veranstaltungen, Festen, Projekten und Initiativen (vgl. ITV6: 01:07:30, ITV9: 00:47:20, ITV10: 00:09:34). Die Veranstaltungen im Rahmen des Kulturhauptstadt-Bewerbungsprozesses seien davon nicht ausgenommen (vgl. ITV9: 00:47:20). Während bereits bestehende Initiativen wie das Diversity Cafe (vgl. Kapitel 5.2) oder das Fest der Begegnung zwar versuchen, die Vernetzung und Sichtbarkeit von migrantischen Gruppen in der Stadt zu erhöhen, ist es dem Diversity Cafe leider nicht gelungen, sogenannte „alteingesessene“ St. Pöltner*innen zur regelmäßigen Teilnahme zu motivieren (vgl. ITV6: 01:07:30, ITV7: 00:34:20). Folglich besteht für GWA hier ein Auftrag, der Separation verschiedener Bevölkerungsgruppen St. Pöltens entgegenzuwirken.

Laut KulturhauptSTART gibt es in St. Pölten derzeit noch kein Projekt, das sich wirklich zielgruppenübergreifend an alle Bürger*innen richtet (ITV7: 00:33:45). Indessen wäre es wünschenswert, die Bedürfnisse verschiedener Gruppen zu vereinen, „dass man nicht mehr ‚Ah, und jetzt für die marginalisierten Gruppen. Und jetzt für die Künstler und Künstler*innen‘ [Angebote macht], sondern einfach für die Menschen, die in St. Pölten leben“ (ITV7: 00:31:17). Die Zukunftswerkstatt hat gezeigt, dass es Themen gibt, die für viele Bürger*innen St. Pöltens unterschiedlicher Altersstufen, Geschlechter,

Professionen etc. gleichermaßen interessant sind. An diesen ist anzusetzen, um zielgruppenübergreifende Angebote zu entwickeln.

Veranstaltungen, gemeinsame Feste und Aktivitäten, Integrations- und Diversitätsprojekte gebe es in St. Pölten derzeit noch zu wenige (vgl. D1:13). Derartige Aktivitäten bieten jedoch eine Plattform für Austausch und Kontakt und können das soziale Miteinander und Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Außerdem handelt es sich um etwas, das gemeinsam organisiert werden müsste und dementsprechend ein großes Potential für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation aufweist.

„In St. Pölten gibt’s so vü, aber ma waß nix. Und keiner redt‘ miteinand“ (ITV7: 00:19:50) meint Interviewpartnerin von KulturhauptSTART. Diese Aussage fasst einen Kritikpunkt zusammen, der sowohl die Vernetzung von Institutionen, Initiativen und Angeboten untereinander, als auch die entsprechende Informationsweitergabe an die Bürger*innen betrifft. Im Rahmen des KulturFORUMS wurde in dieser Hinsicht u.a. kritisiert, dass die vorhandenen Vereine und Kulturinitiativen wenig miteinander verbunden sind, die Bevölkerung nicht über das bestehende kulturelle Angebot informiert ist und die Arbeit mit Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund nicht sichtbar ist (vgl. NÖKU 2018:3).

Lena Weiderbauer von der Plattform KulturhauptSTART fehlt eine Stelle, die alle Informationen über Institutionen, Projekte und Angebote bündelt und den Bürger*innen niederschwellig weitergibt. Besonders für Menschen, die sich im Internet nicht oder schwer zurechtfinden, nicht mobil sind oder vor sprachlichen Barrieren stehen, sei es ansonsten sehr aufwendig, Zugang zu Informationen zu erhalten (vgl. ITV7: 00:19:55). Wie in Kapitel 3.3 dargestellt, ist Information jedoch eine Grundvoraussetzung für Partizipation.

Im Grunde handelt es sich bei der geforderten Informationssammlung und -weitergabe über Institutionen und Angebote um eine sozialarbeiterische Kernkompetenz. Anhand des Beispiels St. Pölten zeigt sich, dass diese nicht nur fall-, zielgruppen- und anlassbezogen gedacht werden muss, sondern im Hinblick auf das gesamte Gemeinwesen eines Sozialraums. Gemeinwesenarbeit in St. Pölten ist folglich gefordert, sich umfassendstes Know-How zu Angeboten und Arbeitsweisen verschiedener Institutionen, Projekte und Einzelpersonen anzueignen und dieses der Bevölkerung auf niederschwelligem Weg zugänglich zu machen. Damit soll einerseits die Sichtbarkeit und Nutzbarkeit bereits bestehender Strukturen gefördert werden und andererseits eine Grundlage für neuen selbstorganisierten Austausch, Kommunikation und Kooperation

von Initiativen untereinander, sowie mit (potenziell) interessierten Einzelpersonen und Gruppen geschaffen werden.

Aussagen der Interviewpartner*innen lassen darüber hinaus darauf schließen, dass ein vorherrschender Mangel in der Kommunikation zwischen Politik bzw. Verwaltung und Bevölkerung ein zentrales Thema ist, dem sich die neue Gemeinwesenarbeit widmen müsste. So meint z.B. Herr Groissmaier, Obmann des Vereins „Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung“:

„Magistratsabteilungen - oder überhaupt Verwaltungsapparate - [sind es] wenig gewohnt, sich den Bürgern dann noch zu erklären, weil der muss sich eh der Politik erklären und [...] dem Finanzminister muss er sich erklären und dann gibt's vielleicht noch ein Haus, in dem Widerstände gegen das Projekt..., denen muss er sich a erklären. Und dann: ‚Um Gottes Willen, die Bürger!‘ [...] Ich versteh's, aber genau dort, genau dort gibt's das Manko. Und genau dort wollen wir auch ansetzen“ (ITV6: 00:50:23).

Andererseits brauche es seitens der Bürger*innen „die Übung und die Bereitschaft, sich den Standpunkt der Stadt anzuhören, sozusagen warum [Dinge so sind bzw. gemacht werden.] [...] Das hat ja oft einen sehr guten Grund, nur wird der selten breit kommuniziert.“ (ITV6: 00:23:20). Genau hier muss Gemeinwesenarbeit einschreiten, denn wie bereits im Kapitel 3.3 dargestellt wurde, ist fehlende Kommunikation und Transparenz eines der zentralsten Partizipationshindernisse und ein Faktor, der schnell zu Frustration in der Bevölkerung führt:

„GWA verbessert die Kommunikation zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik und dient zum Mittler zwischen ihnen. [...] Gemeinwesenarbeiter [...] verdeutlichen die Anliegen der Verwaltung, wenn diese sich auf die Sprache der Leute nicht einlassen will. So entsteht in benachteiligten Quartieren eine gleiche Augenhöhe von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung bei der Aushandlung der Probleme.“ (Oelschlägel 2012)

Nicht nur die Kommunikation mit Bürger*innen als Individualpersonen, sondern auch mit Vereinen ist verbesserungswürdig. So hat nämlich auch der Verein Sonnenpark Erfahrungen damit gemacht, in der Kommunikation übergangen worden zu sein: „Wir haben durchaus Erfahrungen, dass wir irgendwo vergessen werden. Zwar irgendwo erwähnt, unter Anführungszeichen ‚verkauft‘ werden, aber sozusagen mit uns gar niemand gesprochen hat so richtig.“ (ITV5: 00:18:12)

Auch vorherrschende Scheu und Widerstände in Politik und Verwaltung gegenüber Bürger*innenbeteiligungsprozessen müssen aktiv bearbeitet werden. Laut Obmann des Vereins „Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung“ wünsche sich die Politik zwar Bürger*innenbeteiligung - nicht zuletzt, weil es modern klingt - aber aufgrund des großen

Aufwandes sei in Verwaltung und Wirtschaft schnell Widerstand zu spüren (vgl. ITV6: 00:17:28). Doch nicht nur der Aufwand, sondern auch Fragen nach Macht und Legitimation sowie Unsicherheiten bezüglich des Verfahrensablaufes und -ergebnisses können Widerstand bei jenen hervorrufen, die es bisher gewohnt waren top-down-Entscheidungen zu treffen (vgl. ebd.). In Ambivalenz zu obiger Aussage, wonach seitens der Politiker*innen Partizipationsförderung gewünscht wird, sieht eine Vertreterin des Armutsnetzwerks Widerstände gegen Gemeinwesenarbeit seitens der (niederösterreichischen) Politik, worauf in Kapitel 5.2.3 schon eingegangen wurde. Laut Alcantara et al. (vgl. 2016: VII) hat sich eine Partizipationskultur, in welcher die partizipative Einbindung der Bevölkerung als produktives und gegenseitig wertschätzendes Miteinander und weniger als dekonstruktiver Kampf um Entscheidungsmacht wahrgenommen wird, in unserer Gesellschaft noch nicht zur Routine etabliert. Gemeinwesenarbeit darf ambivalente Aussagen und Verhaltensweisen, Bedenken und Widerstände von potenziellen „Partizipationsgewährer*innen“ nicht einfach ignorieren, sondern muss sie ernst nehmen und anbieten, Bürger*innenbeteiligungsprozesse professionell zu begleiten und als Ansprechpartner*in für deren Bedürfnisse zur Verfügung stehen. Wie in Kapitel 3.1 dargestellt wurde, ist die Vermittlungsarbeit zwischen Behörden, Politik und Verwaltung seit jeher integraler Bestandteil und zentrales Aufgabengebiet von Gemeinwesenarbeit. Sie muss in Diskurs mit Strukturen und Vertreter*innen der Politik und Verwaltung treten, um sie im Sinne des Gemeinwesens zu aktivieren: Gemeinwesenarbeit „befand sich immer schon in einem Diskursfeld von unterschiedlichsten Wurzeln und verschiedensten Hoffnungen, mit Kritik an wie auch Indienstnahmen der tragenden Politik“ (Bitzan 2013: 111).

Sozialarbeiterisches Know-How ist insbesondere bei der Erreichung bestimmter Zielgruppen und deren Einbeziehung in Entscheidungsprozesse, die deren Lebensraum betreffen, gefragt und gefordert.

Während es dem Verein Smart Pölsen laut Angaben des Obmanns Groissmaier leicht fällt, Menschen aus der Altersgruppe 25-35, junge Familien und ältere Menschen zur Teilnahme an partizipativen Prozessen zu bewegen, gebe es Schwierigkeiten, die Altersgruppe der unter 25-Jährigen, besonders Schüler*innen, zu erreichen (vgl. ITV6: 00:05:46). Groissmaier führt dies darauf zurück, dass das „Bewusstsein für Umgebung und dass man hier mitgestalten kann und auch eingeladen ist [...] noch nicht so ausgeprägt [ist]. Das ergibt sich eigentlich, glaub ich, weitgehend erst im Erwachsenwerden.“ (ITV6: 00:12:14) Gemeinwesenarbeit steht demnach vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits gehe es darum, das angesprochene

Bewusstsein bei den Jugendlichen zu wecken, andererseits sollte die Sichtweise der Entscheidungsträger*innen auf Jugendliche bearbeitet werden, damit die Meinungen und Ideen dieser Zielgruppe als wertvolle Ressourcen wahrgenommen werden.

Sozialarbeiterische Expertise wünscht sich der Vertreter von Smart Pölsen außerdem im Umgang mit wohnungslosen und suchtmittelabhängigen Personen, z.B. im St. Pöltner Besslerpark. Der Versuch, diese Menschen zu einem Projekt einzuladen, bei dem es um die Gestaltung ebenjenes Parkes ging, sei missglückt – ebenso wie Bemühungen, sozialarbeiterische Vertrauenspersonen ausfindig zu machen, über die der Kontakt erfolgreicher herzustellen wäre (vgl. ITV6: 00:56:09).

Die Herangehensweise, schwer erreichbare Zielgruppen über Vertrauenspersonen und Multiplikator*innen zu partizipativen Prozessen einzuladen, hält auch Barbara Bühler vom Armutsnetzwerk für sinnvoll: „Du brauchst Leut' aus Einrichtungen, die [...] schon einen Zugang haben zu den Personen [...] Die das eben im besten Fall a entweder sogar ein bissi vorbereiten oder den Leuten die Hemmschwelle nehmen hinzugehen.“ (ITV4: 00:12:53). Auch eine niederschwellige Gestaltung durch eine möglichst offene Struktur oder das Angebot von Essen, sowie das gemeinsame Besuchen der Veranstaltung als Gruppe könne den Zugang erleichtern (vgl. ITV4: 00:12:53).

Auch bei auf Bürger*innenbeteiligung ausgelegten Veranstaltungen im Rahmen des Kulturhauptstadtbewerbungsprozesses konnten wir Studierende beobachten, dass dort bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht oder kaum als Teilnehmende vertreten waren. Dazu zählen insbesondere Jugendliche / junge Menschen, Bürger*innen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch, Menschen mit Beeinträchtigungen und Menschen mit Armuts- oder anderen Ausgrenzungserfahrungen. Diesem Trend, dass partizipative Prozesse auf einem „elitären Level“ stattfinden und „nur die ‚gewünschten Personen‘“ gehört werden, haben wir schließlich versucht mit dem von uns gestalteten Jour Fixe der Plattform KulturhauptSTART gezielt entgegenzuwirken (vgl. D1:4, PTK5:3-4). Dass wir damit schließlich erfolgreich waren, schreiben wir der gezielten Kooperations- und Einladungspolitik von Multiplikator*innen der jeweiligen Zielgruppe sowie der Orientierung an deren Lebenswelt zu. Um Chancengleichheit für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation zu ermöglichen, steht Gemeinwesenarbeit in St. Pölsen folglich vor der Aufgabe, bisher weniger repräsentierte bzw. marginalisierte Gruppen gezielt anzusprechen.

Nicht nur in Bezug auf den Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen ist sozialarbeiterisches Know-How für die neu zu etablierende Gemeinwesenarbeit in St. Pölsen gefordert. Beim Vorbereitungstreffen für den Jour Fixe wurde mit den Kooperationspartner*innen eine SWOT-Analyse durchgeführt, in der Stärken

(Strengths), Schwächen (Weaknesses), Möglichkeiten (Opportunities) und Bedrohungen (Threats) in Bezug auf die Gestaltung und Durchführung einer partizipativen Veranstaltung wie den bisherigen Jour Fixes und KulturFOREN analysiert wurden. Dabei wurde identifiziert, dass es bisher an Expert*innen zu Partizipation und Diversität mangelte. Als Kritik wurde geäußert, dass bei Veranstaltungen nur bestimmte Personengruppen angesprochen bzw. gehört werden, was einerseits an mangelnder Moderationsfähigkeit und andererseits an hochschwelliger Sprache lag (vgl. PTK5:3-4). Expert*innen sprachen für „ihre“ Zielgruppe, doch Stimmen aus der Zielgruppe selbst waren nicht (oder nur in sehr geringem Ausmaß) zu vernehmen (vgl. ebd.). Bürger*innenbeteiligung verdient ihren Namen nicht, wenn sie nur auf elitärem Level stattfindet. Gemeinwesenarbeiter*innen müssen daher sozialarbeiterische Expertise mitbringen, um Niederschwelligkeit und Chancengleichheit im Zugang zu partizipativen Prozessen zu gewährleisten. Dazu müssen Partizipationshindernisse und -voraussetzungen, wie sie in Kapitel 3.3 dargestellt wurden, berücksichtigt werden.

Immaterielle Bedingungen. Ein Zwischenfazit:

Bürger*innen St. Pöltns äußerten den Wunsch nach mehr sozialem Miteinander. Während bereits Initiativen für Austausch bestehen, kann deren zielgruppenübergreifende Nutzung noch verbessert werden. Dazu ist die Vernetzung der Vereine und Initiativen untereinander sowie die Weitergabe von Informationen über bestehende Angebote an Bürger*innen zu optimieren. Darüber hinaus ist die Entwicklung neuer zielgruppenübergreifend nutzbarer Plattformen und Angebote eine Aufgabe für die neu zu etablierende Gemeinwesenarbeit. Durch diese soll zielgruppenübergreifende Selbstorganisation angeregt und unterstützt werden. Wie ersichtlich wurde, gestaltet sich zielgruppenübergreifende Arbeit ohne sozialarbeiterisches Know-How zur Erreichung verschiedener Zielgruppen als schwierig. Auch Wissen über Partizipationshemmnisse ist erforderlich, um Niederschwelligkeit und Chancengleichheit zu fördern.

Als zentrale Herausforderung für GWA wurde außerdem die Verbesserung der Beziehung zwischen Politik und Verwaltung auf der einen, sowie der Bevölkerung St. Pöltns auf der anderen Seite identifiziert. Gegenwärtig bestehen Mängel in der transparenten Kommunikation, sowie der Bereitschaft seitens Politik und Verwaltung, die Bevölkerung in Entscheidungsprozesse partizipativ einzubinden. Gemeinwesenarbeiter*innen sollen beiden Seiten als Ansprechpartner*innen und professionelle Begleiter*innen / Moderator*innen von Aushandlungsprozessen zur Seite stehen.

5.3.4 Gemeinwesenarbeit für und mit St. Pölten – **gemeinsam weiterarbeiten**

Städte werden von Bürger*innen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen und Interessen bewohnt, genutzt, gestaltet und verwaltet. St. Pölten ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Im vorliegenden Kapitel wurden die spezifischen Bedürfnisse und Kritikpunkte sowohl von Bürger*innen-, als auch von Stakeholder-Perspektive beleuchtet. Dabei kamen mannigfache Aufgaben und Herausforderungen für die neu zu etablierende Gemeinwesenarbeit zu Tage. Diese beziehen sich auf materielle, infrastrukturelle und immaterielle Rahmenbedingungen, die das Leben der Menschen in St. Pölten und deren Möglichkeiten zu Partizipation und Selbstorganisation beeinflussen. Weder der immaterielle noch der materielle und infrastrukturelle Bereich kann isoliert bearbeitet werden, denn Bedingungen in einem Bereich haben stets einen mehr oder wenigen direkten Einfluss auf einen anderen: Mängel im öffentlichen Verkehrsangebot können zu sozioökonomischer Ausgrenzung führen, fehlende Mitsprachemöglichkeiten in der Gestaltung des öffentlichen Raumes hat die Verdrängung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zur Folge und verhindert deren Austausch, unzureichende räumliche Infrastruktur erschwert Vernetzung und sozialen Austausch, hochschwellige Informationsstrukturen führen dazu, dass bestehende Angebote nicht genutzt werden usw.

Im Sinne von Governance (vgl. Kapitel 3.4) steht GWA vor der Herausforderung, einen chancengleichen kommunikativen Austausch zwischen Akteur*innen mit unterschiedlichen Artikulations- und Durchsetzungsmöglichkeiten auf Ebene der Bürger*innen, Vereine, Verwaltung und Politik zu fördern. Dafür sind sozialarbeiterische Kompetenzen wie Know-How zu Partizipationshemmnissen und Vernetzungsstrategien, Moderationsfähigkeit sowie eine Orientierung an zielgruppenspezifischen Lebenswelten und sozialräumlichen Ressourcen erforderlich.

Ziel unseres GWA-Ansatzes ist u.a. die nachhaltige Verbesserung von Strukturen und Rahmenbedingungen für Partizipation, zielgruppenübergreifendes und selbstorganisiertes Handeln sowie kollektives Empowerment. Es soll mit und für alle(n) Menschen des Sozialraums St. Pöltens an der Verbesserung der Lebensqualität gearbeitet werden. Soziale Netzwerke, die verschiedenste Bevölkerungsgruppen umfassen, sollen aufgebaut und gestärkt werden, um Segregationsprozesse aufzuhalten. Die physische Gestaltung des Sozialraums St. Pölten wirkt unmittelbar auf die Gestaltung sozialer Beziehungen und somit auf soziale Kohäsion ein, weshalb auch die Entwicklung „sozialer Infrastrukturen“ (vgl. Klinenberg 2018) Aufgabe und Ziel der neuen St. Pöltner Gemeinwesenarbeit ist. Wie das Konzept (Kapitel 5.5) konkret aufzeigen wird, kann auch die Entwicklung solcher sozialer Infrastrukturen

zielgruppenübergreifend, partizipativ und selbstorganisiert erfolgen. Gleichzeitig bieten die neu gestalteten Räume einen Rahmen für die nachhaltige Förderung von zielgruppenübergreifendem, partizipativem und selbstorganisiertem Austausch und Handeln.

Bis dato hat sich zielgruppenübergreifendes Handeln in St. Pölten noch nicht erfolgreich etabliert. Wie die empirischen Erhebungen – allen voran die Zukunftswerkstatt – gezeigt haben, gibt es jedoch zahlreiche Themen, die den verschiedensten Bürger*innen St. Pöltens ein Anliegen sind und daher ein Potenzial für neue kreative Lösungsansätze bieten. Ideen, Vorschläge und Ressourcen zu selbstorganisierten und zielgruppenübergreifenden Handlungsoptionen sind bereits in der Bevölkerung vorhanden. Beispiele hierfür werden im Kapitel 5.5.8 als Teil des Konzeptes dargestellt. Darüber hinaus wird das Konzept aufzeigen, welche strukturellen und professionellen Rahmenbedingungen nun konkret benötigt werden, um Gemeinwesenarbeit mit Fokus auf die Förderung zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten zu etablieren.

Literatur

- AG Sozialer Raum der OGSA (2016): Positionspapier. Soziale Arbeit und öffentlicher Raum in der Stadt. https://ogsa.at/wp-content/uploads/2017/09/OGSA-AGSozialerRaum_Positionspapier2016.pdf [13.01.2020].
- Alcántara, Sophia / Bach, Nicolas / Kuhn, Rainer / Ullrich, Peter (2016): Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren. Wiesbaden: Springer VS.
- Alisch, Monika (2007): Empowerment und Governance: Interdisziplinäre Gestaltung in der sozialen Stadtentwicklung. In: Baum, Detlef (Hg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 305-315.
- Bitzan, Maria (2013): „...damit die Menschen Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse bekommen“. Lebensweltorientierung und Gemeinwesenarbeit. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, 110-121.
- Böhnisch, Lothar (2013): Lebensbewältigung und Bewältigungslage als Kategorien der Gemeinwesenarbeit. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, 122-127.
- Böhnisch, Lothar / Schröer, Wolfgang (2019): Sozialpolitik. Eine disziplinäre Positionierung zum Sozialraum. In: Kessl, Fabian / Reutlinger Christian (Hg.): Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich. 2. Auflage, Wiesbaden: Springer VS, 147-159.

- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, 183–198.
- Die Armutskonferenz (o.A.): Mobilität. Gleichberechtigte Mobilität.
<http://www.armutskonferenz.at/themen/mobilitaet/gleichberechtigte-mobilitaet.html>
 [20.01.2020].
- Diewald, Martin / Lüdicke, Jörg (2007): Akzentuierung oder Kompensation? Zum Zusammenhang von sozialer Ungleichheit, Sozialkapital und subjektiver Lebensqualität. In: Lüdicke, Jörg / Diewald, Martin (Hg.): Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit. Zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: Springer VS, 11–52.
- Diewald, Martin / Sattler, Sebastian (2010): Soziale Unterstützungsnetzwerke. In: Stegbauer, Christian / Häußling, Roger (Hg.): Handbuch Netzwerkforschung. 1. Auflage, Wiesbaden: Springer VS, 689-699.
- Fehren, Oliver (2013): Gemeinwesenarbeit als Akteurin der integrierten Stadtteilentwicklung. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, 273-279.
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hartmann, Mirjam (2013): Gemeinwesenarbeit und Gesundheit. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, 307-313.
- Klinenberg, Eric (2018): Palaces for the People. How to build a more equal and united society. London: The Bodley Head.
- Knierim, Bernhard (2014): Mobilität und Gerechtigkeit. Mehr Verkehr macht nicht glücklicher. In: politische ökologie, Band 137, 02/2014, 88-93.
- Krummacker, Michael / Kulbach, Roderich / Waltz, Viktoria / Wohlfahrt, Norbert (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit. Opladen: Leske + Budrich.
- NÖKU (NÖ Kulturlandeshauptstadt St. Pölten GmbH) (2018): KulturJOURNAL#2
- NÖKU (NÖ Kulturlandeshauptstadt St. Pölten GmbH) (2019): KulturJOURNAL#3
- Oelschlägel, Dieter (2012): Gemeinwesenarbeit - Chancen, Möglichkeiten und Voraussetzungen.
<https://www.stadtteilarbeit.de/gemeinwesenarbeit/grundlagen/gemeinwesenarbeit-chancen-moeglichkeiten-und-voraussetzungen> [13.01.2020].
- Paul, Herbert / Wollny, Volrad (2014): Instrumente des strategischen Managements. Grundlagen und Anwendungen. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Oldenburg: De Gruyter.
- Rausch, Günther (2013): Wohnen und Gemeinwesenarbeit. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, 280-285.
- Riede, Milena (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf / Drilling, Matthias / Niemann, Oliver (Hg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS, 67-87.
- Ritt, Thomas (2016): Mehr Menschen, viele Interessen – wenig Platz. In: AK Stadt, 01/2016, 6-11.

- Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich, 14-36.
- VCÖ (Verkehrsclub Österreich) (2018): Mobilität als wichtiger Faktor für soziale Fairness. In: Mobilität mit Zukunft, 2018/01, 9-13.
- VCÖ (Verkehrsclub Österreich) (o.A.): Über VCÖ. <https://www.vcoe.at/ueber-vcoe/ueber-vcoe> [14.01.2020].
- WHO (o.A.): Health and sustainable development. Urban green spaces. <https://www.who.int/sustainable-development/cities/health-risks/urban-green-space/en/> [14.01.2020].

Daten

- D1, Dokumentation des Jour Fixe "GEMEINSAM GESTALTEN" vom 19.9.2019, verfasst von Rosanna Drochter / Sophie Fichtinger / Michelle Trestl / Alexandra Winkler.
- E1, E-Mail 1 von einem Vertreter des „Club 81 St. Pölten – Club für Menschen mit und ohne Behinderung“ an Sophie Fichtinger in Reaktion auf die Einladung zum Jour Fixe (3.9.2019).
- ITV3, Interview, geführt von Alexandra Winkler mit Martina Eigelsreiter, Leiterin Büro für Diversität vom Magistrat St. Pölten, 14.05.2019, Audiodatei.
- ITV4, Interview, geführt von Alexandra Winkler mit Barbara Bühler, Obfrau des Armutsnetzwerks NÖ, 19.06.2019, Audiodatei.
- ITV5, Interview, geführt von Sophie Fichtinger mit Markus Weidmann-Krieger, Obmann des Vereins Sonnenpark in St. Pölten, 10.05.2019, Audiodatei.
- ITV6, Interview, geführt von Sophie Fichtinger mit DI Christian Groissmaier, Obmann des Vereins Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung in St. Pölten, 10.05.2019, Audiodatei.
- ITV7, Interview, geführt von Michelle Trestl mit Lena Weiderbauer, Mitarbeiterin der Plattform KulturhauptSTART in St. Pölten, 07.05.2019, Audiodatei.
- ITV9, Interview, geführt von Rosanna Drochter mit einem Mitarbeiter des Jugendzentrums Steppenwolf in St. Pölten, 07.06.2019, Audiodatei.
- ITV10, Interview, geführt von Rosanna Drochter mit Monika Wolf, Standortleiterin von Qualify for Hope St. Pölten, 07.06.2019, Audiodatei.
- PTK5, Protokoll über das Vorbereitungstreffen für den KulturhauptSTART-Jour Fixe, verfasst von Rosanna Drochter / Sophie Fichtinger / Michelle Trestl / Alexandra Winkler, 15.07.2019.

.....

5.4 Übertragbare Erkenntnisse aus den Lernbeispielen

Minassians Melina

Im Rahmen unseres Forschungsprojektes „Gemeinwesenarbeit neu gedacht und selbstorganisiert“ sollen Erkenntnisse aus unterschiedlichen Lernbeispielen sowie einem Jour fixe, der in St. Pölten veranstaltet wurde, in einen Konzeptentwurf für Gemeinwesenarbeit in St. Pölten einfließen (vgl. Kapitel 5.5). Der Rahmen des Jour fixe wurde uns von der Plattform KulturhauptSTART zur Verfügung gestellt. Für den Jour fixe wurde die Methode „Zukunftswerkstatt“ (vgl. Kapitel 2.2.2) mit dem Motto „Gemeinsam Gestalten“ gewählt. In Hinblick auf die Forschungsfragen *„Was kann unter zielgruppenübergreifender Selbstorganisation verstanden werden? Inwieweit stellt diese eine Weiterentwicklung der GWA dar?“*, *„Wie kann die Rolle und Funktion der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit gestärkt und sichtbarer gemacht werden? Was ist der Beitrag Sozialer Arbeit im zu entwickelnden neuen Ansatz?“* und *„Wie kann im Sinne der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation eine partizipative und nachhaltige Gemeinwesenarbeit für den Sozialraum St. Pölten geschaffen werden?“*, wurden Erkenntnisse aus bereits bestehenden Lernbeispielen aus Linz mit SOS-Menschenrechte, Wien mit Mitten in Hernals und den Stadtteilzentren Innsbruck herangezogen. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Lernbeispiele kurz erläutert. Im Lernbeispiel Stadtteilzentren Innsbruck liegt der Fokus auf drei Stadtteilzentren. Der Leitgedanke ist hierbei *„vom Stadtteil ins Zentrum und vom Zentrum in den Stadtteil“*. Dieses Beispiel weist Expertisen von Fachkräften und eine gute Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteur*innen auf (vgl. Kapitel 4.2). SOS-Menschenrechte ist ein „überparteilicher, konfessionell ungebundener und nicht gewinnorientierter“ Verein. Die Kernaufgaben des Vereins sind die *„Arbeit mit geflüchteten Menschen, Menschenrechtsbildung, Freiwilligenarbeit und Bewusstseinsarbeit“* (vgl. Kapitel 4.2 nach SOS-Menschenrechte: o. A.). Vor allem in Bezug auf die Beforschung des Raums ist dieses Lernbeispiel geeignet, da hier untersucht wurde, welche Wirkung ein Raum beziehungsweise ein Haus auf Bewohner*innen hat, wenn dieser Raum/dieses Haus zur Verfügung gestellt wird. Anders als im Verein Mitten in Hernals sind in den Lernbeispielen SOS-Menschenrechte und Stadtteilzentren Innsbruck sowohl Sozialarbeiter*innen als auch Ehrenamtliche tätig. Mitten in Hernals ist ein „überparteilicher Verein für gute Nachbarschaft und sozialen Zusammenhalt, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist“ (vgl. Kapitel 4.2 nach Mitten in Hernals: o. A.), und bei dem die Stadtteilarbeit im Zentrum steht. Da er „ein gutes Beispiel für

ehrenamtliches Engagement“ darstellt (vgl. Kapitel 4.2), eignet sich dieser Verein gut zur Beforschung.

Nachfolgend werden die wesentlichen Ergebnisse der Lernbeispiele angeführt, diskutiert, erläutert und mit Theorien belegt.

Politische Tendenzen als Ausgangspunkt und gemeinsamer Wertekodex

Die Orientierung an einem gemeinsamen Wertekodex, ethischen Grundsätzen, allgemeinen Menschenrechten sowie eine politische Positionierung und ein Demokratieverständnis dienen als Ausgangspunkt, um die Stärkung des Gemeinwohls sowie den sozialen Zusammenhalt zu fördern (vgl. Kapitel 4.2.2).

„Soziale Arbeit versteht sich als Menschenrechtsprofession“ (Banks 2012:134 zit. n. Eckstein/ Gharwal 2016:16). Der Begriff Menschenrechte bezieht sich darauf, dass der Mensch allein durch seine Existenz und sein Menschsein Anspruch auf Rechte hat. Nach Brown beinhaltet die Menschenrechtsprofession der Sozialen Arbeit das Mitwirken am gesellschaftlichen Wandel sowie an den sozialen Veränderungen. Demnach hat Soziale Arbeit auch ein politisches Mandat, welches auf die „Beseitigung gesellschaftlicher Missstände und Ungleichheiten“ ausgelegt ist (Brown 2008:4ff zit. n. Eckstein/ Gharwal 2016:17). Der Umgang mit Menschenrechten sowie die kritische Reflexion in Bezug auf die Durchsetzbarkeit und Anwendbarkeit sollte in der Sozialen Arbeit verstärkt hinterfragt und auch überprüft werden. Auch die Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit Menschenrechte für alle Menschen erreichbar sind, sollte in den Fokus rücken (Eckstein/ Gharwal 2016:17). Daraus resultiert, dass auch die Gemeinwesenarbeit eine Auseinandersetzung, kritische Reflexion, Verständnis und den Umgang mit Menschenrechten stetig im Blick haben sollte. Eine offene Grundhaltung gegenüber jedem*r Bürger*in soll als Voraussetzung dienen, um sozialen Zusammenhalt und ein Gemeinschaftsgefühl sowie ein Zugehörigkeitsgefühl zu schaffen. Werte wie Diskriminierung und Intoleranz schaffen keinen sozialen Zusammenhalt und werden daher in der Arbeit im Gemeinwesen abgelehnt. In den Lernbeispielen hat sich gezeigt, dass hier der eigenen Motivation in Bezug auf politische Gegebenheiten eine wesentliche Bedeutung zukommt. Auch hier wird deutlich, dass die Gemeinwesenarbeit ein politisches Mandat hat. Der damalige Wahlkampf zwischen Van der Bellen und Hofer und der daraus resultierende Beweggrund, sozialen Zusammenhalt in einer gespaltenen Gesellschaft wieder herstellen zu wollen, war für das Beispiel Mitten in Hernals ausschlaggebend. Als ein Teil des Sozialstaates zu gelten, stellte sich als ein Motiv für die Stadtteilzentren Innsbruck dar. Weitere Begründungen für Gemeinwesenarbeit in Innsbruck waren die Demokratieschule, die Stadtentwicklung, die Einflussnahme auf Verhältnisse sowie das Voranbringen der Gemeinwesenarbeit. Auch im Beispiel SOS-

Menschenrechte ist die Motivation aus der politischen Situation heraus entstanden. Der Verein betreibt Lobbyarbeit gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und gibt gemeinsame Statements zur politischen Lage ab (vgl. Kapitel 4.2.2).

Menschenrechte werden in der heutigen Gesellschaft für in Österreich lebende Menschen oft als selbstverständlich erachtet. Sind sie das aber wirklich? Beispielsweise können durch politische Entscheidungen Menschenrechte verletzt werden. Jede*r Bürger*in sollte sich dem bewusst sein und sich damit kritisch auseinandersetzen. Die Menschenrechtsbildung ist ein wesentlicher Auftrag der Gemeinwesenarbeit und stellt auch einen wesentlichen Ausgangspunkt dar, wie sich in den Lernbeispielen gezeigt hat.

Der Sozialraum als ein Ort der Identität und Zugehörigkeit

Der Sozialraum spielt in allen drei Lernbeispielen eine wesentliche Rolle. Der Raum als „sozialgeografisch begrenzter Raum“ sowie als „sozial konstruierter Raum“ (vgl. Informationswebsite des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus: o. A. nach Kapitel 4.2.1) schafft Begegnungsmöglichkeiten, Kommunikationsräume, die Stärkung des sozialen Miteinanders, einen Ort der Identität sowie ein Zugehörigkeitsgefühl. Das Kapitel Sozialraum verweist darauf, dass Menschen, die im Sozialraum leben, den Raum (weiter-) entwickeln sowie beeinflussen, und sind daher auch für die Gestaltung des Raumes verantwortlich (vgl. Kapitel 3.2.1 nach Diakonie 2011:10). Durkheim (1903) ging von kausalen Zusammenhängen zwischen dem menschlichen Zusammenleben (Sozialstruktur) und der räumlichen Beschaffenheit (Raumstruktur) aus. Durch diese kausalen Zusammenhänge würde seinem Verständnis nach die Sozialstruktur erneut reproduziert werden (vgl. Konau 1977 zit. n. Becker 2014:56). Simmel (1903) setzte das Bestehen des geographisch bestimmten Raumes in Beziehung zu den sozialen Prozessen. Dadurch gewinnt der materielle sowie geographische Raum erst an Relevanz (vgl. Becker 2014:56 – 57). Im Kapitel 5.3 wird dargestellt, dass Räume sich auch „zur Vernetzung (als infrastrukturelle Bedingung) das (immaterielle) Bedürfnis nach mehr sozialem Kontakt und Austausch“ zu Nutze machen können (vgl. Kapitel 5.3.3 nach „soziale Infrastruktur“ nach Klinenberg 2018). Daraus resultiert, dass der Sozialraum nur in Zusammenhang mit sozialen Prozessen bestehen und existieren kann. Um Räume zu schaffen, muss einiges mitbedacht werden.

Wo werden die Räume geschaffen – zentral oder dezentral? Stadtteile mit einer hohen Fluktuation könnten hinderlich für eine bestehende und längerfristige Gruppenbildung sein (vgl. Runge 2013:403). Wer gestaltet die Räume? Wie werden die Räume gestaltet? Wer nutzt die Räume? Wer hat das Kapital, um sich diese Räume anzueignen? Wie viele Räume sollen geschaffen werden? Wie werden Räume gesehen und welche

Zuschreibungen könnten mit den Räumen in Verbindung gebracht werden? Sollen die Räume öffentlich oder privat zugänglich sein?

Um Räume zu schaffen, wird sowohl die Aktivierung von Bürger*innen als auch die professionelle Begleitung benötigt.

Im Folgenden werden unterschiedliche Zugänge von Raumnutzungen sowie -arten beschrieben.

Gemeinwesenzentrum als solidarischer Treffpunkt

Die gemeinsame Gestaltung der Räumlichkeiten spielt für die Zugehörigkeit, Partizipation der Bürger*innen und das Gemeinschaftsgefühl eine wesentliche Rolle (vgl. Kapitel 4.2.1). Der Raum wird nach dem Soziologen Henri Lefebvre von jeder Gesellschaft individuell und in spezifischer Weise erzeugt. Dies geschieht beispielsweise durch die Wahrnehmung des Raumes oder durch raumbezogene Verhaltensweisen. Die Konzeptualisierung eines Raumes verbindet Lefebvre mit Ideen von Künstler*innen, Architekt*innen oder Planer*innen, die diesem Raum eine kognitive Bedeutung zuordnen (vgl. Becker 2014:57). Daraus ergibt sich, dass zum einen die Überlegung wichtig ist, welchen Raum wir uns als Ort des Zusammenfindens und der Gemeinschaft aneignen, und zum anderen spielt hierbei die gemeinsame Gestaltung eine wesentliche Rolle. Diese Gestaltung ergibt sich aus unterschiedlichen und individuellen Ideen heraus, die verschiedene Menschen, die in dem Kontext auch die Rolle der Architekt*innen, Künstler*innen oder Planer*innen einnehmen, miteinander konstruieren und gemeinsam erschaffen.

Eine weitere Form eines Sozialraumes stellt der öffentliche Raum dar.

Der öffentliche Raum als ein Ort der Diversität

Auf der Webseite der österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit wird im Positionspapier der öffentliche Raum folgendermaßen definiert:

Der öffentlicher Raum ist:

„[...] ein sozialer Raum, in dem sich Wechselwirkungen von gesellschaftlichen Verhältnissen, sozialen Positionen und vielfältigen Lebenspraktiken von Menschen abbilden und sichtbar werden“ (AG Sozialer Raum der OGSA 2016:2)

Menschen haben im Gegensatz zu ihrem privaten Wohnraum die Möglichkeit, ihre Anliegen öffentlich zu machen, um so auch öffentlich in Beziehung treten zu können. Es bedarf einer Menge an öffentlichen Räumen, die Rückzug schaffen sowie gesellschaftliche Teilhabe unterstützen. Ein Auftrag der Sozialen Arbeit ist es, „Demokratisierungsprozesse bei der Planung und Umgestaltung von öffentlichen

Räumen“ zu begleiten, sowie Selbstorganisationsprozesse von Bürger*innen zu stärken und die gesellschaftliche Teilhabe zu sichern (AG Sozialer Raum der OGSA 2016:7).

Wie sich in den Lernbeispielen gezeigt hat, stellt der öffentliche Raum, wie beispielsweise Gemeinschaftsgärten, einen niederschweligen Zugang dar. Dabei ist es möglich, dass sich unterschiedliche Zielgruppen begegnen und sich austauschen können. Des Weiteren hat sich auch gezeigt, dass sich Bürger*innen gerne am öffentlichen Raum beteiligen (vgl. Kapitel 4.2.1). Durch Veranstaltungen im öffentlichen Raum wird im Lernbeispiel SOS-Menschenrechte auch die Sichtbarkeit des Vereines gestärkt (vgl. Kapitel 4.2.7).

Menschen ist es nicht nur möglich, sich in Gemeinwesenzentren oder an einem öffentlichen Ort zu begegnen, sondern auch der virtuelle Raum schafft eine moderne Form der Aktivierung und Kommunikation.

Virtuelle Räume gewinnen immer mehr an Bedeutung

Durch den virtuellen Raum wird eine Möglichkeit geschaffen, noch mehr Menschen zu erreichen. Im Beispiel Stadtteilzentren Innsbruck hat sich gezeigt, dass Menschen durch Smartphones schnell zugänglich sind und die Benutzung von digitalen Medien sowohl bei den Fachkräften als auch bei den Klient*innen zunehmend Anklang findet (vgl. Kapitel 4.2.1 nach Kitscher:41). Dieser innovative Gedanke scheint für die Zukunft der Gemeinwesenarbeit dienlich zu sein. Wie sich in allen drei Lernbeispielen gezeigt hat, ist es wichtig, sich mehreren sozialen Medien, wie beispielsweise Facebook oder Instagram, zu bedienen, um möglichst viele diverse Zielgruppen zu erreichen (vgl. Kapitel 4.2.1). Auf der Plattform Bürgergesellschaft wird darüber berichtet, dass vor allem in der Arbeit mit Menschen, die Fluchterfahrung gemacht haben, soziale Medien wie Facebook, WhatsApp und Telegram an besonderer Bedeutung gewinnen (vgl. Bürgergesellschaft: o. A.). Vor allem das Lernbeispiel Mitten in Hernals zeigt auf, dass der Wunsch nach mehr Diversität besteht (vgl. Kapitel 4.2.3 nach PTK3:2; TI5:8). Menschen mit Migrationshintergrund und Jugendliche hat der Verein bisher kaum erreichen können (vgl. ebd. nach TI5:8). Durch soziale Medien können auch diese Zielgruppen zugänglich gemacht werden, da auf diesen Onlineplattformen Informationen, aktuelle Entwicklungen und die nächsten Schritte rasend schnell kommuniziert werden. Als Herausforderung könnte sich hier jedoch für Gemeinwesenarbeiter*innen die persönliche Abgrenzung in Bezug auf den Umgang mit Onlinemedien herausstellen. Wenn ein*e Gemeinwesenarbeiter*in diese Form der Ressource einmal nicht benutzt oder pausiert, dann geht eine zentrale Informationsquelle verloren. Eine weitere Herausforderung könnten zeitliche und persönliche Ressourcen sein, da es viel Zeit beansprucht, das Wissen zu sammeln, sich

zu vernetzen sowie alles auf einer Plattform bereitzustellen. Dieser virtuelle Raum kann allerdings auch einen Solidarisierungsprozess und ein Gemeinschaftsgefühl unterstützen und fördern (vgl. Bürgergesellschaft: o. A.).

Doch die Nutzung von Räumen beinhaltet auch eine unsichtbare Machtstruktur, die nur durch Transparenz und Sichtbarkeit gebrochen werden kann.

Räume beinhalten unsichtbare Machtstrukturen

Räume werden von diversen Bevölkerungsteilen unterschiedlich erlebt. Die räumlichen Konstitutionen können mit Zugangschancen sowie Raumausschluss einhergehen. Das bedeutet, dass der Raum zum Gegenstand sozialer Konflikte, Aushandlungsprozesse oder sogar zur sozialen Benachteiligung führen kann (vgl. Becker 2014:59). Wie sich in den Lernbeispielen gezeigt hat, spielt eine Ungleichverteilung der Machtstruktur eine wesentliche Rolle, da häufig die Raumnutzung mit einer hohen Schwelle verbunden ist. Die Beispiele SOS-Menschenrechte und Mitten in Hernals zeigen auf, dass die Räumlichkeiten für Bewohner*innen und Mitglieder nicht frei zugänglich sind, sondern die Benutzung derer erst durch Einwilligung der Vereinsmitglieder oder Betreuer*innen erlaubt ist. Oftmals geht die Nutzung der Räumlichkeiten mit Verantwortung oder Haftung seitens der Vereinsmitglieder einher, sodass dies die frei zugängliche Nutzung der Räumlichkeiten erschwert. Die Nutzung von öffentlichen Räumen wie beispielsweise einem Gemeinschaftsgarten wurde als niederschwelliger und frei zugänglicher für Bewohner*innen erlebt (vgl. Kapitel 4.2.1). Im Verein Mitten in Hernals ist die Raumnutzung entweder mit einer Mitgliedschaft, einer freiwilligen Spende oder einem Mitglied, das die Verantwortung im Hinblick auf die Veranstaltung übernimmt, verbunden. Hierbei geht die Verantwortung auch auf rechtliches Belangen zurück (vgl. Kapitel 4.2.1 nach Zezula 2019 Protokoll 1:3). Da hier Machtstruktur und Ungleichverteilung eine große Rolle spielen, reicht es nicht aus, einfach nur einen Raum zur Verfügung zu stellen. Es muss also ein niederschwelliger Zugang nach dem Motto „Raum geben und sich Raum nehmen“ gegeben sein. Daher macht es auch einen Unterschied, ob der Raum von einer Privatperson oder öffentlich zur Verfügung gestellt wird, und demnach muss gut überlegt werden, wer die Verantwortung bezüglich Raumnutzung übernimmt. Muss nur eine Person die Verantwortung übernehmen oder können alle Menschen dafür verantwortlich sein? Ein weiterer spannender Aspekt zeigt nach Stövesand und Stoik auf, dass der Raum eine Geschlechterdimension aufweist (vgl. 2013:25). Bereits in der Produktion von sowie im Umgang mit Raum zeichnen sich Macht- und Herrschaftsverhältnisse ab. Stövesand und Stoik beziehen sich in ihrer Machtauffassung auf Bourdieu und beschreiben die Bedeutung von Macht wie folgt:

„Macht haben heißt in der Regel auch, über physischen Raum zu verfügen, Einfluss auf die eigene Platzierung und die von anderen, sowie auf die Regulation von (An)Ordnung und Symbolisierungen von und im Raum zu haben“ (Bourdieu 1977 zit. n. Stövesand/ Stoik 2013:25)

Bereits feministische Bewegungen haben in der Geschichte der Gemeinwesenarbeit vorübergehende Frauenräume erschaffen. Raum, Geschlecht und Macht sind miteinander verwobene Kategorien und müssen auch als diese betrachtet werden (vgl. Ruhne 2011 zit. n. ebd.:25). Daraus resultiert, dass die Kategorie Gender auch einen wesentlichen Punkt in der Raumaneignung aufweist und sich die Gemeinwesenarbeit hier auch kritisch damit auseinandersetzen sollte, um eine intersektionale Perspektive einzunehmen (vgl. Kapitel 3.1.7). In allen drei Lernbeispielen ist Transparenz und Sichtbarkeit in Hinblick auf die Raumnutzung notwendig. Räume benötigen nach den Stadtteilzentren Innsbruck Grundprinzipien, die für das allgemeine Gemeinwohl von Bedeutung sind. Ein Ergebnis war hier auch, dass das Konzept für alle Bürger*innen transparent einsehbar war und das „Grätzel“ definiert wurde (vgl. Kapitel 4.2.1). Wenn die Nutzungsbedingungen und Vereinsregeln gemeinsam entschieden und transparent gestaltet werden und sich alle Menschen die Verantwortungen teilen und Zugriff haben, kann den vorherrschenden Machtstrukturen entgegengewirkt werden. Dabei geht es auch um die Sichtbarmachung der Nutzungsvereinbarung.

Eine eindeutige Antwort für die Vereinbarung sowie Festlegung von Räumen gibt es daher nicht. Es hat sich gezeigt, dass es zum einen Sinn macht, Ansprechpersonen an einem fixen zentralen Ort zu haben, und sich zum anderen ein niederschwelliger Zugang mittels öffentlicher Räume bewährt hat. Der „virtuelle Raum“ gewinnt in der heutigen Zeit an Bedeutung, um gezielt mehr diverse Menschen schneller zu aktivieren und zu erreichen.

Sichtbarmachung von Netzwerken

Vernetzung spielt für alle drei Lernbeispiele eine wesentliche Rolle. Vernetzungen finden mit Bürger*innen, unterschiedlichen Institutionen, Behörden, lokalen Vereinen, Betrieben, Privatpersonen, politischen Entscheidungsträger*innen und auf einer akademischen Ebene statt (vgl. Kapitel 4.2.3). Nach dem Sozialwissenschaftler Herbert Schubert ist die Basis für eine funktionierende Netzwerkbildung ein gewisser Interessenskonsens zwischen den Akteur*innen (vgl. Schulz- Schaeffer 2000:187ff zit. n. Schubert 2008:27). Weyer (1993:2 zit. n. ebd.) betrachtet das Netzwerk als ein „emergentes Phänomen“ mit bestimmten eigenen Vorgaben, die die Akteur*innen nicht kontrollieren können. Damit ist gemeint, dass das Netzwerk eine strukturelle Eigendynamik entwickelt, wenn die einzelnen Eigeninteressen zurücktreten und die Erhaltung des Netzwerkes zu einer sachlichen Notwendigkeit wird (vgl. Weyer 2000a:1ff

zit. n. ebd.). Nach Weyer ist eine Voraussetzung für die Manifestation sozialer Strukturen, dass die Interessen der Akteur*innen mit ihren systembedingten Handlungen in Beziehung gebracht werden (vgl. ebd.). Der Sozialarbeiter Jan Zychlinski mit Schwerpunkt Stadtentwicklung und Sozialraum beschreibt Netzwerkarbeit als ein handlungsleitendes Konzept und nicht als Methode. Netzwerkarbeit meint auf der einen Seite eine deskriptiv-analytische Dimension, und andererseits Vernetzungsprozesse als ein aktives Handeln von Bürger*innen (vgl. Stimmer 2006 zit. n. Zychlinski 2013:433). „Die Kunst, vernetzt zu denken“ erhält dem Autor nach eine wesentliche Bedeutung (Vester 1999 zit. n. Zychlinski 2013:434). Damit ist gemeint, eine veränderte Wahrnehmung der gebauten, natürlichen und sozialen Umwelt als netzwerkartig organisiert zu erleben. Das Gemeinwesen wird mit seinen Beziehungskonstruktionen zu einem offeneren Gebilde, in dem alle Netzwerke in vertikal (Lebenswelt – System) als auch horizontal (lebensweltliche Ebene des Stadtteiles) wechselseitig durchdringenden Beziehungssystemen erscheinen. Somit rücken die Beziehungen zwischen den institutionellen, individuellen und kollektiven Akteur*innen in den Fokus (vgl. Zychlinski 2013:434-435). Daraus resultiert, dass Netzwerkarbeit ein sehr komplexes Thema ist. Zum einen muss ein Konsens bezüglich gemeinsamer Interessen gefunden werden, sowie eventuell auch ein eigener Nutzen seitens der Kooperationspartner*innen vorhanden sein. Zum anderen wird abverlangt, die Interessen zusammenzuführen und weg vom individuellen Interesse hin zu einem Kollektiv, und sie des Weiteren auf eine Sachebene zu bringen. Das bedeutet, dass auch hier ein Prozess des Zusammenfindens notwendig ist, um auf einen Konsens zu gelangen. Dafür ist es auch notwendig, die unterschiedlichen Akteur*innen sichtbar zu machen und miteinander zu vernetzen. Dabei stellt sich die Frage nach den Kommunikationsformen (z.B. Mehrsprachig, welche Medien etc.). Im Lernbeispiel SOS-Menschenrechte wird die Öffentlichkeitsarbeit, wie beispielsweise Veranstaltungen oder Vortragsreihen, als Teil der Vernetzungsarbeit gesehen (vgl. Kapitel 4.2.3 nach ITV15:00:19:35). Auch der politischen Einflussnahme kommt eine wesentliche Bedeutung zu, die durch Kontakte mit politischen Akteur*innen erfolgt (vgl. Kapitel 4.2.3). Im Kapitel Governance wird unter dem Begriff „Politiknetzwerk“ ein Netzwerk aus staatlichen sowie nichtstaatlichen Akteur*innen verstanden. Dabei wird der Staat als gleichberechtigter Netzwerkpartner gesehen, allerdings in einer höheren Position (vgl. Kapitel 3.5.3 nach Mayntz 2004:69). Um soziale Ressourcen sowie institutionelle Ressourcen nutzen zu können, sollte eine Vernetzung zwischen lokalen Institutionen und Bürger*innen eines Sozialraums gegeben sein. Hierbei sollten bereits vorhandene Ressourcen auch genutzt und mitbedacht werden (vgl. Kapitel 4.2.1). Vernetzung in der Gemeinwesenarbeit ist essenziell. Dafür ist es auch wichtig, sich mit ähnlichen Organisationen zu vernetzen und

gemeinsam an einem Strang zu ziehen, ohne dass dabei ein Konkurrenzgedanke entsteht (vgl. Kapitel 4.2.3). Um Bürger*innen zu motivieren, ist Vertrauen in der Netzwerkarbeit ein wichtiger Punkt, wie sich am Beispiel des Jour fixe gezeigt hat. Hier wurden diverse Menschen von sozialen Einrichtungen motiviert, aktiviert und begleitet, um an der „Zukunftswerkstatt“ teilzunehmen. Daraus resultiert, dass eine Zusammenarbeit mit Akteur*innen aus einem bereits bestehenden Pool angestrebt werden könnte, die als Netzwerke für die Gemeinwesenarbeit dienlich sein könnten. Für die Netzwerkarbeit werden Expert*innen benötigt, damit Bürger*innen eine Anlaufstelle zur Verfügung gestellt wird.

Sprache als Tor zur Welt

Ein Zitat des Philosophen Ludwig Wittgenstein (1889 – 1951) lautet: „die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“ (TLP 5.6 zit. n. Kellerwessel 2009:17). Die Sprache ist die wichtigste Form der Verständigung und ein wichtiges Element der Lebenswelt. Durch Sprache ist es Menschen möglich, sich mit anderen Menschen auszutauschen und in Beziehung zu treten. Sprache kann verbal, durch Gestik oder Mimik sowie durch Gebärdensprache erfolgen. Daher sollte die Kommunikationsform in der Gemeinwesenarbeit gut überlegt und kritisch reflektiert werden. Sprache ist ein wichtiges Mittel, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Ein Ergebnis in den Lernbeispielen hat gezeigt, dass Kommunikation in einfacher Sprache und mehrsprachig erfolgen sollte, um möglichst viele unterschiedliche Menschen zu erreichen. Niederschwellige Methoden wie beispielsweise Stadtteilstefen haben sich ebenfalls bewährt, da hier viele unterschiedliche Menschen zusammengekommen sind. Piktogramme stellten sich ebenfalls als eine hilfreiche Form der Unterstützung heraus. Informationen können sich sowohl über Mund-zu-Mund-Propaganda als auch über soziale Medien verbreiten. Multiplikator*innen haben sich ebenso als Unterstützung bewährt (vgl. Kapitel 4.2.3). Wie bereits erwähnt, sollte auch in Bezug auf die Kommunikation zwischen den Netzwerken die Kommunikationsform (z.B. mehrsprachig, Gebärdensprache, virtuell) mitbedacht werden. Die Art der Kommunikation ist wesentlich, um Gemeinwesenarbeit so vielen diversen Menschen wie möglich zugänglich zu machen.

Zielgruppenübergreifende Gemeinwesenarbeit

Bereits das Kapitel 3.1 verweist darauf, dass die Gemeinwesenarbeit prinzipiell zielgruppenübergreifend ist, da die Interessen sowie Aktivitäten zumeist unterschiedliche sowie mehrere Zielgruppen eines Sozialraumes betreffen (vgl. Kapitel 3.1.4 nach Lüttringhaus 2011:278). Um möglichst viele unterschiedliche Zielgruppen in

der Gemeinwesenarbeit zu erreichen, gibt es ein vielfältiges Methodenrepertoire. Bereits in den Kapiteln 3.1.6 und 3.2.4 werden einige Methoden angeführt, die die zielgruppenübergreifende Selbstorganisation fördern sollen. Eine Methode, die sich in den Lernbeispielen anfänglich sehr bewährt hat, ist die „Sozialraumanalyse“. Die „Sozialraumanalyse“ dient als eine Grundlage, um Gemeinwesenarbeit zu etablieren und zu bewerben (vgl. Kapitel 4.2.3). Diese Methode bietet die Möglichkeit, die Lebenswirklichkeit der Menschen auf einer territorialen als auch sozialen Ebene darzustellen (vgl. Kapitel 3.1.6 nach Stock 2013:370-371). Im Kapitel 3.2.4 wird die Methode „Sozialraumbegehung“ als sinnvoll beschrieben, um Barrieren, Treffpunkte und Ressourcen eines Sozialraumes zu erkennen (vgl. Kapitel 3.2.4 nach Bundesverband der Caritas Konferenzen Deutschland 2015:6). Eine Begehung im Sozialraum könnte auch zur Sichtbarkeit der Gemeinwesenarbeit beitragen.

In allen drei Beispielen ist ein angestrebtes Ziel, so viele unterschiedliche Zielgruppen wie nur möglich zu erreichen. Dabei sind sich alle Beispiele einig, dass diese Zielsetzung mit einigen Hürden oder auch Schwierigkeiten der praktischen Umsetzungen verbunden ist. Der zielgruppenübergreifende Ansatz soll nach dem Lernbeispiel SOS-Menschenrechte durch Begegnungen Vorurteile abbauen (vgl. Kapitel 4.2.3). Eine weitere Herausforderung stellt das Finden der Gemeinsamkeiten von Bürger*innen dar, wie sich am Beispiel des Jour fixe gezeigt hat. Dafür war die gewählte Methode „Zukunftswerkstatt“ (vgl. Kapitel 2.2.2) gut geeignet, um möglichst vielen diversen Menschen zu unterschiedlichen Themenfeldern einen Austausch zu ermöglichen und Gemeinsamkeiten zu finden. Die Schaffung beziehungsweise Gestaltung von Räumen kann zu einem zielgruppenübergreifenden Ansatz beitragen, wie beispielsweise die Erzeugung von Kommunikationsräumen, Sozialräumen, kreativen Räumen etc. (vgl. Kapitel 4.2.1) Am Beispiel der „Zukunftswerkstatt“ hat sich gezeigt, dass das Schaffen von gemeinsamen Ideen ein Zugehörigkeitsgefühl bewirkt. Gemeinsame Interessen stehen im Vordergrund und nicht die Differenzen zwischen den Menschen. Die Anwendung von partizipativen Methoden der Gemeinwesenarbeit verlangten im Lernbeispiel Mitten in Hernals Expertise und Fachwissen (vgl. Kapitel 4.2.3. nach TI5:3-4). Beim zielgruppenübergreifenden Ansatz stellt es eine Herausforderung dar, die gemeinsamen Interessen herauszufiltern. Um möglichst viele unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen, werden auch gezielt zielgruppenspezifische Methoden benötigt (vgl. Kapitel 3.1.4). In den Lernbeispielen wurden aufgrund der Niederschwelligkeit Stadtteilstefest besonders gut angenommen. Vor allem gemeinschaftliche Events stehen im Mittelpunkt (vgl. Kapitel 4.2.3). Daraus resultiert, dass Gemeinwesenarbeit beispielsweise auch mit entsprechenden Methoden arbeiten könnte, um so ein gewisses Image zu schaffen, um Gemeinwesenarbeit sichtbar zu

machen und auch zu bewerben. Je nachdem, wie Räume genutzt werden, haben sie die Möglichkeit, viele unterschiedliche Menschen zusammenzubringen und zu solidarisieren. Im Kapitel 4.2 (vgl. Stövesand/Stoik 2013:29) wird darauf verwiesen, dass sich auch die Gemeinwesenarbeit im Hinblick auf einen zielgruppenübergreifenden Ansatz mit einer intersektionalen Perspektive auseinandersetzen muss. Denn so können marginalisierte Gruppen, die von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden, mittels sozialarbeiterischer Interventionen unterstützt und ungleiche Teilhabemöglichkeiten aufgedeckt und thematisiert werden. Eine offene Haltung gegenüber Diversität ist wesentlich, um einen zielgruppenübergreifenden Ansatz zu unterstützen.

Gemeinwesenarbeit braucht ein einheitliches Verständnis von Selbstorganisation

Die Auswertungen haben ergeben, dass in allen drei Lernbeispielen kein einheitliches Verständnis vom Begriff Selbstorganisation vorhanden ist. Um Menschen dabei zu unterstützen, sich aktiv für ihre Anliegen und Interessen einzusetzen und sie in ihrem Prozess der Selbstermächtigung zu begleiten, ist ein einheitliches Verständnis sowie eine fachliche Auseinandersetzung der Expert*innen von Selbstorganisation notwendig (vgl. Kapitel 4.2.4). Expertise, Aufklärung und ein kritischer Umgang in Hinblick auf das Verständnis des Begriffes sind Voraussetzungen, um Bürger*innen in ihrem Prozess der Selbstorganisation zu begleiten, zu unterstützen und zu aktivieren. In dem Kapitel 3.4.3 wird Selbstorganisation nach Moser und Schenk (vgl. 2014:560) als ein Zusammenschluss von Menschen betrachtet, der sich durch seine gegenseitige Unterstützung und Stärkung auszeichnet und sich nicht gleich in einer politischen Aktion begegnet. Gemeinsame Interessen, Ziele und Motivationen basieren auf der Grundlage der Freiwilligkeit. Hierbei ist die Mitbestimmung, Gleichheit sowie die Verschiedenheit aller beteiligten Bürger*innen wesentlich (vgl. Kapitel 3.4.3 nach wip* 2006:5).

Um Bürger*innen für ein Projekt zu motivieren, ist es Aufgabe der professionellen Begleitung, unter anderem ausreichend Informationen bereitzustellen, sowie Menschen Mut zu machen. Menschen müssen immer wieder aufs Neue aktiviert werden (vgl. Kapitel 4.1.2 nach Oelschlägel 2012).

Auch Community Organizing (vgl. Kapitel 3.1.1) ist in allen drei Lernbeispielen kein Thema (vgl. Kapitel 4.2).

Für die Bewohner*innen im Verein SOS-Menschenrechte ist in Bezug auf Selbstorganisation wesentlich, dass sich Menschen mit „Respekt und Verständnis begegnen“ (vgl. Kapitel 4.2.4 nach PTK4:13). Das Verständnis von Selbstorganisation im Verein Mitten in Hernals bezieht sich darauf, dass alle Mitglieder aktiv werden und auch dazu beitragen, dass der Verein weiterhin existiert (vgl. Kapitel 4.2.4 nach TI5:5).

In den Lernbeispielen hat sich gezeigt, dass hemmende Faktoren für Selbstorganisation unter anderem hierarchische Vereinsstrukturen, fehlende Ressourcen und Zugangsbarrieren sind. Selbstorganisation benötigt zeitliche und ökonomische Ressourcen sowie niederschwellige Rahmenbedingungen (vgl. Kapitel 4.2.7). Daraus resultiert, dass im Sinne der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung Menschen zunächst bereit sein müssen, aus ihrer Freiwilligkeit und Motivation heraus für ihre Anliegen einzutreten. Selbstorganisation bezieht sich auf einen kollektiven Prozess, der sich durch gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Interessen sowie Motive in Selbstwirksamkeitskräfte umwandelt und Menschen aktiviert. Um diesen Prozess als Expert*in zu begleiten und zu unterstützen, wird dennoch Expertise sowie eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff Selbstorganisation benötigt, um hemmende Faktoren für Selbstorganisation zu verringern. Daraus resultiert, dass ehrenamtliche Mitarbeiter*innen nicht nur eine unterstützende und begleitende Funktion wahrnehmen, sondern sich möglicherweise in weiterer Folge zu selbstorganisierten Aktivist*innen entfalten. Demnach könnte in diesem Kontext ein Aufgabenbereich der Expert*innen sein, die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen immer wieder aufs Neue zu motivieren sowie dafür zu aktivieren, für dieses oben genannte Ziel und ihre eigenen Interessen einzustehen. Dafür benötigen Gemeinwesenarbeiter*innen Expertise und ein breites Spektrum an Methoden. Expert*innen sollten dafür auch ein Stück weit Kontrolle abgeben (vgl. Kapitel 4.2.4) und das Vertrauen in ehrenamtliche Mitarbeiter*innen haben, dass sie sich als Aktivist*innen selbst organisieren können. Daher wird eine kontinuierliche sowie längerfristige professionelle Begleitung vorausgesetzt, um in weiterer Folge ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen die Expertisen in Bezug auf Selbstorganisation näher zu bringen und weiterzugeben. Dadurch wird für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen die Möglichkeit geschaffen, ohne Begleitung zu selbstorganisierte Aktivist*innen zu werden.

Gemeinwesenarbeit braucht Zeit und keinen finanziellen Druck

Um institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, ist eine Klärung der Finanzierung von Gemeinwesenarbeit notwendig. Im Sozialrecht ist nach Sabine Stövesand und Christoph Stoik die Finanzierung für ganzheitliche und fallunspezifische Soziale Arbeit nicht vorgesehen. Daher wird Gemeinwesenarbeit als eine freiwillige Leistung aus unterschiedlichen Programmen gefördert, dazu zählen beispielsweise Stadtentwicklung, Jugendhilfe, Baugenossenschaft, Wohnungspolitik, Inklusionsförderung, Kulturbudgets, Altenarbeit und auch EU-Töpfe (vgl. Stövesand/Stoik 2013:29-30). Kaufmann differenziert zwischen ökonomischem, rechtlichem, pädagogischem und ökologischem Vorgehen zur Förderung sozialer Partizipation (vgl. 2002:87f zit. n. ebd.:30). Auf der Handlungsebene leistet demnach die Gemeinwesenarbeit Beiträge zur „inhaltlichen

Ausgestaltung der ökologischen Interventionsformen“ (ebd.:30). Diese strebt an, räumliche, sachliche und soziale Lebensbedingungen zu verbessern und für Menschen erreichbar zu machen. Darauf ausgerichtet sind Förderung der Kooperationsbereitschaft, sozialplanerische Aktivitäten, ökonomische Ausstattung der Bürger*innen und gesetzliche Zutrittsbedingungen zusätzliche Formen der Unterstützung (vgl. ebd.). Im Lernbeispiel Stadtteilzentren Innsbruck sind durch die Finanzierung von öffentlichen Mitteln ausreichend finanzielle Ressourcen vorhanden. Im Unterschied dazu zeigt das Lernbeispiel SOS-Menschenrechte eine Ressourcenknappheit von finanziellen Mitteln auf. Der Verein ist zum einen von Spendengeldern, Mitgliedsbeiträgen, Projektförderungen sowie Vereinsförderungen abhängig, und andererseits wird der Verein vom Land finanziert (vgl. Kapitel 4.2.6). Das Lernbeispiel Mitten in Hernals wird über Beitrittsgebühren, Spenden, private Gelder, oder Sammlungen finanziert, und erhält zwar auch öffentliche Förderungen, allerdings keine langfristigen. Daher muss sich der Verein selbst erhalten können (vgl. Kapitel 4.2.6 nach TI5:11), woraus resultiert, dass immer eine Balance zwischen staatlichen Förderungen und Spendengeldern vorhanden sein sollte. Mehrere öffentliche Gelder verschiedener Ministerien und von der Landesebene oder auch private Gelder sollten dem Verein zur Verfügung stehen. Gemeinwesenarbeit benötigt Zeit und keinen finanziellen Druck. Die Förderperiode sollte auf mehrere Jahre ausgeweitet werden und nicht nur auf ein Jahr beschränkt sein.

Für die Bevölkerung könnte es einen Unterschied machen, wie das Gemeinwesen organisiert ist. Ist die Einrichtung direkt von der Stadt oder ist es ein Verein, der von der Stadt Fördermittel bekommt? Der Unterschied liegt darin, ob man direkt weisungsgebunden oder unabhängig ist, wobei man als unabhängige Einrichtung zwar Auflagen erfüllen muss, aber nicht direkt bei der Stadt angestellt ist. Diese Punkte sollten bei der Entwicklung der Konzeptualisierung mitbedacht werden. In Bezug auf die Finanzierung sollten möglichst viele unterschiedliche Fördergeber wie öffentliche Gelder, Spendengelder, Sponsoren, bürgerliches Engagement wie Veranstaltungen, Verkaufsaktionen oder Events, etc. herangezogen werden.

Ehrenamt benötigt professionelle Begleitung

Im Lernbeispiel Stadtteilzentren Innsbruck hat sich gezeigt, dass das Ehrenamt zusätzlich zu den ausgebildeten Sozialarbeiter*innen als eine wichtige Ressource gesehen wird.

„Wir würden wirklich schlecht dastehen ohne das ganze Ehrenamt“ (vgl. Kapitel 4.2.7 nach ITV2:00:52:47). In dem Beispiel wird zwischen den Begriffen „Ehrenamt“ und „neues Ehrenamt“ unterschieden. Hierbei geht hervor, dass der Unterschied zwischen

„Ehrenamt“ und „neuem Ehrenamt“ in der Absicht der Beteiligung liegt. „Ehrenamt“ sieht die „Beteiligung an bereits bestehenden Projekten“ (vgl. Kapitel 4.2.7) vor und das „neue Ehrenamt“ setzt seine eigenen Ideen und Vorstellungen um. Auch das Lernbeispiel SOS-Menschenrechte bezieht sich darauf, dass sich Ehrenamt stark verändert hat. Durch digitale Medien können sich Menschen zeit- und ortsunabhängig engagieren (vgl. Kapitel 4.2.7).

Durch die Digitalisierung kann eine Möglichkeit geschaffen werden, sich auf einer anderen Ebene zu engagieren. Menschen engagieren sich heutzutage aus unterschiedlichen und individuellen Motiven heraus. Der digitale Wandel ermöglicht es Menschen, die beispielsweise durch die Vereinbarung mit Familie und Beruf weniger zeitliche Ressourcen für eine ehrenamtliche Tätigkeit zur Verfügung haben, sich durch ein flexibles Online- Engagement zu beteiligen (vgl. Bürgergesellschaft: o.A.). Daraus könnte resultieren, dass das Bedienen von sozialen Medien als ein neuer Aufgabenbereich für das Ehrenamt angesehen werden könnte. Im Beispiel Stadtteilzentren Innsbruck sind die Aufgabenbereiche der Sozialarbeiter*innen und der Ehrenamtlichen aufgeteilt. Die Soziale Arbeit übernimmt organisatorische Tätigkeiten, unterstützt und begleitet das Ehrenamt (vgl. Kapitel 4.2.7 nach ITV2:01:27:52). Sie nimmt eine unterstützende sowie entlastende Funktion ein und übernimmt Spiele und das Stadtteilst. So sind Expert*innen auf das Ehrenamt angewiesen und umgekehrt (vgl. Kapitel 4.2.7). Im Lernbeispiel SOS-Menschenrechte beteiligen sich Menschen, die ehrenamtlich aktiv sind, an Freiwilligenprojekten. Hier wird Ehrenamt genauso wie im Lernbeispiel Stadtteilzentren Innsbruck als unterstützende sowie vorantreibende Kraft gesehen. Eine Voraussetzung für freiwilliges Engagement ist hierbei „nämlich, dass jeder Mensch gleich viel wert ist“ (vgl. ebd. nach ITV15:00:41:52). Auch hier wird der Fokus auf Menschenrechte sowie einen gemeinsamen Wertekodex als Ausgangslage ersichtlich. Das Lernbeispiel Mitten in Hernals wird ausschließlich von Ehrenamtlichen betrieben. Dieses Beispiel zeigt auf, dass der Verein nur durch freiwilliges Engagement organisiert wird. Auch hier könnten Sozialarbeiter*innen bei gewissen Tätigkeiten wie beispielsweise Vernetzungsarbeit oder in der Bürger*innenaktivierung Ehrenamtliche entlasten sowie fachliche Expertise miteinbringen. Im Tätigkeitsfeld Ehrenamt können sich jedoch nur bestimmte Personengruppen engagieren, weil bestimmte Ressourcen wie zum Beispiel finanzielle oder technologische Ressourcen benötigt werden (vgl. Kapitel 4.2.6). Ein zentrales Thema der Gemeinwesenarbeit ist die Ressourcenorientierung, wie zum Beispiel Wissen, Zeit, Geld, Beziehungen. Wer verfügt über zusätzliche Ressourcen, auch außerhalb des Gemeinwesens? Hierbei können Gemeinwesenarbeiter*innen eine beratende und vernetzende Funktion einnehmen (vgl. a.a.O.:164 zit. n. Runge 2013:402).

Damit in der Gemeinwesenarbeit unterschiedliche Zielgruppen erreicht werden, wird eine professionelle Begleitung benötigt (vgl. Kapitel 4.2.7). Marginalisierte Personen können sich oft nicht im gleichen Ausmaß engagieren. Hierbei könnten Gemeinwesenarbeiter*innen es als Aufgabe betrachten, dass alle Menschen gleich viel Mitbestimmungsmöglichkeiten haben und sich nicht aufgrund von finanziellen Ressourcen weniger beteiligen können und daher nicht das gleiche Mitbestimmungsrecht haben. Begriffe wie freiwilliges Engagement, bürgerliches Engagement und Ehrenamt werden immer häufiger verwendet. Die Erhebungen vom „Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ zeigen auf, dass Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sich eher freiwillig engagieren als Menschen, die nicht in der Arbeitswelt eingebunden sind. (Picot 2001:57 zit. n. Busmann 2012:197). Die Autorin Gabriele Busmann verweist darauf, dass empirische Untersuchungen in Bezug auf Menschen aus einem schwächeren sozioökonomischen Umfeld ergeben haben, dass diese im Ehrenamt eher unterrepräsentiert sind, und dass viele Barrieren zur gesellschaftlichen Partizipation (vgl. Kapitel 3.3.6) existieren (vgl. Munsch 2011:48f zit. n. ebd.). Als möglicher Grund wird von der Autorin angegeben, dass diese Menschen nicht über die notwendigen eigenen Ressourcen verfügen (vgl. Munsch 2011:53 zit. n. ebd.). Das Ehrenamt hat sich im Laufe der Zeit stark verändert, nämlich dahingehend, wie Ehrenamt gesehen wird und in welchem Ausmaß sich jemand engagiert. Das Ehrenamt wird in der Gemeinwesenarbeit als wichtige Ressource gesehen. Wichtig dabei ist, dass Menschen, die sich freiwillig engagieren auch einen Nutzen darin sehen, ansonsten können Menschen nur schwer motiviert beziehungsweise aktiviert werden. Dabei ist es notwendig, die Fähigkeiten der einzelnen Personen herauszufinden. Das Ehrenamt benötigt jedoch professionelle Begleitung und Unterstützung. Gemeinwesenarbeiter*innen könnten die Aufgabe der Vernetzung und Unterstützung der Ehrenamtlichen übernehmen. Es werden viele Ressourcen benötigt, damit Gemeinwesenarbeiter*innen an der Basis sein können und nicht nur verwaltende Tätigkeiten ausüben, sondern auch mit Methoden arbeiten, um Menschen zu aktivieren. Auch der Aufgabenbereich im Hinblick auf soziale Medien hat sich für das Ehrenamt erweitert.

Gemeinwesenarbeit braucht Expert*innen

Wie bereits erwähnt, hat sich in den Lernbeispielen gezeigt, dass Gemeinwesenarbeit zum einen auf das Ehrenamt angewiesen ist und zum anderen Expert*innen wie Gemeinwesenarbeiter*innen benötigt werden. In den Lernbeispielen war die Erreichung von so vielen unterschiedlichen Zielgruppen wie nur möglich ein zentrales Anliegen der Gemeinwesenarbeit. Ein Ergebnis aus den Lernbeispielen ist, dass eine Aufgabe von

Expert*innen sein könnte, mittels ihrer Erfahrung, ihrem Methodenrepertoire und ausreichend fachlicher Expertise Zugang zu unterschiedlichen Zielgruppen zu ermöglichen (vgl. Kapitel 4.2.7).

Im Lernbeispiel Stadtteilzentren Innsbruck hat sich gezeigt, dass durch die politische Ebene und durch die hierarchische Struktur Gemeinwesenarbeiter*innen nicht autonom und selbstbestimmt arbeiten können (vgl. Kapitel 4.2.5).

Deshalb sollten keine hierarchischen Strukturen in Bezug auf die Machtverteilung gegeben sein. Im Lernbeispiel Mitten in Hernals wurde als eine Aufgabe der Sozialen Arbeit beschrieben, Menschen zu aktivieren, Lobbying für marginalisierte Gruppen zu erwirken sowie die Förderung eines niederschweligen Zugangs zu ermöglichen (vgl. Kapitel 4.2.7 nach TI5:8).

Des Weiteren könnten Sozialarbeiter*innen Zugangsbarrieren verringern und Zielgruppen aktivieren, die für den Verein kaum zu erreichen sind (vgl. ebd. nach TI5:4). Auch im Lernbeispiel SOS-Menschenrechte ist ein Aufgabenbereich der Sozialen Arbeit die Vermittlungsarbeit, um Menschen, die weniger mit dem Thema Flucht konfrontiert sind, die Wirklichkeit aufzuzeigen und sichtbar zu machen (vgl. Kapitel 4.2.7).

Gemeinwesenarbeiter*innen haben nach dem Autor Markus Runge eine beratende Funktion. Je nach Bedarf und anlassbezogen unterstützen sie Gruppen, begleiten Strategiediskussionen, teilen Erfahrungen von Veranstaltungen, vermitteln Kontakte, unterstützen Gruppen während des Reflexionsprozesses ihres Projektes oder vermitteln objektive und außenstehende Ansichten zum Projekt (vgl. a.a.O.:160 zit. n. Runge 2013:402). Gemeinwesenarbeiter*innen können in Bezug auf Gruppen unterschiedliche Rollen einnehmen. Gemeinwesenarbeiter*innen können die Rolle als Initiator*innen von Gruppen einnehmen. Mit ihren Kenntnissen von Problemlagen, Themen und Lebenswelten etc. ist es ihnen möglich, die Bildung von Gruppen anzustoßen. Sie können nach außen die Rolle als Promoter*in für die Angelegenheiten der Gruppe gegenüber Politik, Verwaltung, Nachbarschaft und des Weiteren für Vernetzung, Vermittlung und Information einnehmen. Nach innen können Gemeinwesenarbeiter*innen die Rolle als Trainer*innen, Fundraiser*innen, Moderator*innen, oder auch Dienstleister*innen einnehmen. Die Einbindung möglichst vieler diverser Menschen in die Gemeinwesenarbeit scheint sowohl notwendig als auch sinnvoll. Als genauso grundlegend scheint für die Gemeinwesenarbeit die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Lebensstilen, Lebenslagen, kulturellen Aspekten, Milieus und Geschlechterkonzepten (vgl. Runge 2013:402-403). Daraus resultiert, dass Gemeinwesenarbeiter*innen Ansprechpersonen sind und eine unterstützende und begleitende Funktion einnehmen.

Die Arbeit am Gemeinwesen ist durch den vielfältigen Aufgabenbereich mit viel Verantwortung verbunden. Daher ist eine Entlastung notwendig, um entsprechend engagiert in dem Feld tätig sein zu können. Gemeinwesenarbeiter*innen haben eine vermittelnde, vernetzende, unterstützende und begleitende Funktion. Sie bringen fachliche Expertise und ein breites methodisches Repertoire mit. Durch diesen vielfältigen Aufgabenbereich sollte daher eine geteilte Verantwortung zwischen Gemeinwesenarbeiter*innen und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen gegeben sein. Soziale Arbeit unterstützt mit einer aufsuchenden Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum Menschen, die sich in einer psychosozialen Notlage oder Armutssituationen befinden. Soziale Arbeit steht für eine unterstützende, akzeptanzorientierte und pädagogische Arbeitsweise, die niederschwellige Anerkennung sowie vielfältige Hilfeleistungen anbietet. Hierbei gilt, die Zugänglichkeit für alle zu öffentlichen Räumen zu gewähren und diversen Problemlagen, wie soziale Probleme oder Armut, aktiv zu begegnen. Die Soziale Arbeit sieht es auch als eine weitere Aufgabe an, marginalisierte Gruppen, die nicht gehört oder gesehen werden, zu befähigen und ihnen anhand diverser Methoden Mitwirkungs- sowie Mitentscheidungsrechte einzuräumen. Dadurch ist es der Sozialen Arbeit möglich, gesellschaftliche Ungleichheit und Diversität zu thematisieren, zu begleiten und demokratiepolitische Lernprozesse anzuregen (vgl. AG Sozialer Raum der OGSA 2016:7).

In den Lernbeispielen hat sich gezeigt, dass die Aufgaben der Gemeinwesenarbeiter*innen sehr vielfältig sein können, daher benötigt Gemeinwesenarbeit einen klaren Auftrag und klare Zuständigkeiten. Expert*innen benötigen ein Team, um über genügend Ressourcen zu verfügen. Das Team sollte aus Gemeinwesenarbeiter*innen sowie aus ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen bestehen. Hierbei könnten sich die Expert*innen die Aufgabenbereiche aufteilen und eventuell die Fallarbeit von der Netzwerkarbeit trennen. Expert*innen können des Weiteren die Vernetzung sowie finanzielle Ressourcen übernehmen und Ehrenamtliche begleiten und unterstützen.

Bei alldem ist es von Wichtigkeit, die Bedürfnisse der Nutzer*innen partizipativ in die Planung miteinzubeziehen und Mitspracherechte sowie Mitwirkungsrechte einzuräumen.

Zusammenfassung der Erkenntnisse

Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse nochmal kurz dargestellt.

- Die Orientierung an einem gemeinsamen Wertekodex, ethischen Grundsätzen und allgemeinen Menschenrechten, eine politische Positionierung und ein Demokratieverständnis sollen als Ausgangspunkte dienen.
- Um Räume zu schaffen, wird sowohl die Aktivierung von Bürger*innen als auch die professionelle Begleitung benötigt. Die gemeinsame Gestaltung der Räumlichkeiten ist für die Zugehörigkeit, Partizipation und das Gemeinschaftsgefühl der Bürger*innen wesentlich. Da die Raumnutzung mit einer hohen Schwelle verbunden sein könnte, sollte sich die Gemeinwesenarbeit auch mit der Ungleichverteilung der Machtstruktur kritisch auseinandersetzen. Hierbei ist Transparenz und Sichtbarkeit in Hinblick auf die Raumnutzung notwendig. Der öffentliche Raum stellt einen niederschweligen Zugang dar. Durch Veranstaltungen im öffentlichen Raum könnte die Sichtbarkeit des Vereines gestärkt werden. Des Weiteren gewinnen digitale Medien immer mehr an Bedeutung, da durch den virtuellen Raum viele Menschen schnell erreicht werden können.
- Vernetzung spielt eine wesentliche Rolle. Die Basis für eine funktionierende Netzwerkbildung ist ein gewisser Interessenskonsens zwischen den Akteur*innen. Vertrauen sowie die Form der Kommunikation sind wesentlich in der Netzwerkarbeit.
- „Sozialraumanalyse“ und „Sozialraumbegehung“ haben sich anfänglich als Methoden bewährt. Eine Begehung im Sozialraum könnte auch zur Sichtbarkeit der Gemeinwesenarbeit beitragen.
- Der zielgruppenübergreifende Ansatz könnte durch Begegnungen Vorurteile abbauen. Dafür ist eine offene Haltung gegenüber Diversität wesentlich.
- Gemeinwesenarbeit benötigt Zeit und keinen finanziellen Druck. Die Förderperiode sollte auf mehrere Jahre ausgeweitet werden und nicht nur auf ein Jahr begrenzt sein. Mehrere verschiedene Finanzierungsformen wie öffentliche Gelder oder private Gelder sollten dem Verein zur Verfügung stehen. Dabei ist zu bedenken, dass es einen Unterschied macht, ob die Einrichtung direkt von der Stadt ist oder ob der Verein von der Stadt Fördermittel bekommt.
- Das Ehrenamt stellt in der Gemeinwesenarbeit eine wichtige Ressource dar. Funktionen des Ehrenamtes könnten unterstützend sowie entlastend für Sozialarbeiter*innen sein. Menschen, die sich freiwillig engagieren, sollten auch

einen Nutzen darin sehen, um sich mit entsprechendem Engagement zu beteiligen.

- Ein einheitliches Verständnis vom Begriff Selbstorganisation sowie eine fachliche Auseinandersetzung der Expert*innen ist notwendig, um Bürger*innen in ihrem Prozess der Selbstorganisation zu begleiten und zu unterstützen.
- Hemmende Faktoren für Selbstorganisation können hierarchische Vereinsstrukturen, fehlende Ressourcen und Zugangsbarrieren sein. Selbstorganisation könnte zeitliche und ökonomische Ressourcen sowie niederschwellige Rahmenbedingungen benötigen.
- Ehrenamtliche Mitarbeiter*innen sollten zu selbstorganisierten Aktivist*innen werden.
- Aufgaben von Expert*innen:
- Methodenrepertoire, fachliche Expertise, Zugang zu unterschiedlichen Zielgruppen, Aktivierung von Menschen, Lobbying für marginalisierte Gruppen, Ermöglichung eines niederschweligen Zuganges, Reduzierung von Zugangsbarrieren, Vermittlungsarbeit, Beratungsfunktion, Unterstützungs- und Begleitungsfunktion, generelle Ansprechpersonen, Vernetzungsarbeit, Zuständigkeit für finanzielle Ressourcen, Begleitung und Unterstützung der Ehrenamtlichen
- Gemeinwesenarbeiter*innen benötigen einen klaren Auftrag und eine klare Zuständigkeit. Die Fallarbeit könnte von der Netzwerkarbeit getrennt werden. Keine hierarchischen Strukturen in Bezug auf die Machtverteilung.
- Die Bedürfnisse der Nutzer*innen sollten partizipativ in die Planung miteinbezogen werden.

Die Arbeit am und im Gemeinwesen stellt einen vielfältigen und herausfordernden Aufgabenbereich dar. Für ein weiterführendes Konzept in St. Pölten gibt es daher viele Punkte, die dabei zu bedenken und zu beachten sind. Im folgenden Kapitel 5.5 werden diese Ergebnisse aus den Lernbeispielen auf ein Konzept für St. Pölten übertragen.

.....

Literatur

AG Sozialer Raum der OGSA (2016): Positionspapier. Soziale Arbeit und öffentlicher Raum in der Stadt. https://ogsa.at/wp-content/uploads/2017/09/OGSA-AGSozialerRaum_Positionspapier2016.pdf [06.03.2020].

- Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Busmann, Gabriele (2012): Bürgerliches Engagement als Wirkungsfeld. In: Blandow; Rolf/ Knabe, Judith/ Ottersbach, Markus (Hg.Innen): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und Zurück? Wiesbaden: Springer VS, 197-216.
- Eckstein, Nina / Gharwal, Dunja (2016): Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession in der Praxis. Soziales Kapital, Fachhochschule St. Pölten.
- Kellerwessel, Wulf (2009): Wittgensteins Sprachphilosophie in den „Philosophischen Untersuchungen“. Eine kommentierende Ersteinführung. Heusenstamm: Ontos Verlag.
- Runge, Markus (2013): Arbeiten mit kleineren Gruppen in der Gemeinwesenarbeit. In: Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 398-404.
- Schubert, Herbert (2008): Netzwerkkooperation –Organisation und Koordination von professionellen Vernetzungen. In: Schubert, Herbert (Hg.Innen): Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen –Grundlagen und Beispiele. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-105.
- Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 14-36.
- Wegweiser Bürgergesellschaft (o.A.): Konkrete Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit. <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/gemeinwesenarbeit-und-migration/wie-veraendert-die-gegenwaertige-zuwanderung-die-gemeinwesenarbeit/konkrete-herausforderungen-fuer-die-gemeinwesenarbeit/> [06.03.2020].
- Wegweiser Bürgergesellschaft (o.A.): Digitalisierung. <https://www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/handlungsfelder-themen/digitalisierung/inhalt/digitalisierung-als-chance/> [07.03.2020].
- Zychlinski, Jan (2013): Netzwerkarbeit in der GWA. In: Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (Hg.Innen): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, Band 4, Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 431-438.

Daten

- ITV2, Gruppendiskussion, geführt von Alexander Kopp mit Expert*innen und Nutzer*innen der Gemeinwesenarbeit in Innsbruck, 23.10.2019.
- ITV15, Interview, geführt von Gahleitner Susanne mit Sarah Kotopulos der Geschäftsführerin von SOS-Menschenrechte in Linz, 13.05.2019, Audiodatei.
- TI5, Interview, geführt von Melina Minassians mit dem Vereinsvorstand von dem Verein Mitten in Hernals, Bodo Winkler in Wien, 07.05.2019.
- PTK3, Protokoll über ein Wisdom Council mit Mitgliedern des Vereins Mitten in Hernals, verfasst von Elena Kundrat/Melina Minassians/Hanna Vettori, 23.09.2019.
- PTK4, Protokoll einer Gruppendiskussion im Haus der Menschenrechte, verfasst von Susanne Gahleitner/Hanna Vettori, 01.10.2019.

5.5 Ein Konzept für St. Pölten: Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation_ready, steady, go!

Trestl Michelle, Winker Alexandra

Im Zuge der Masterarbeit „Gemeinwesenarbeit neu gedacht und selbstorganisiert“ haben wir es uns als neunköpfige Projektgruppe zum Ziel gemacht, ein Konzept für die Implementierung von Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten zu entwickeln. Mit dem vorliegenden Konzept zielen wir darauf ab, das soziale Miteinander in der Landeshauptstadt zu stärken und politische, soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe für alle Bürger*innen St. Pöltens zu fördern.

Dieses Konzept zielt einerseits darauf ab, bestehende Ressourcen zu nutzen und zu festigen und andererseits offene, geschützte, niederschwellige Begegnungsräume und Dialogsettings für alle St. Pöltner*innen zu schaffen.

Die Masterarbeit, in der das Konzept integriert ist, beschäftigte sich mit folgenden Forschungsfragen:

1. *Was kann unter zielgruppenübergreifender Selbstorganisation verstanden werden? Inwieweit stellt diese eine Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit dar?*
2. *Wie können die Rolle und die Funktion der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit gestärkt und sichtbarer gemacht werden? Was ist der Beitrag Sozialer Arbeit im zu entwickelnden Ansatz?*
3. *Wie kann im Sinne einer zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation eine partizipative und nachhaltige Gemeinwesenarbeit für den Sozialraum St. Pölten geschaffen werden?*

Die ersten beiden Forschungsfragen werden in Kapitel 4 eingängig bearbeitet, während sich Kapitel 5 mit dem Sozialraum St. Pöltens beschäftigt, vorhandene Ressourcen und Projekte beschreibt und die Bedürfnisse der St. Pöltner*innen aufzeigt. Außerdem fließen Erkenntnisse aus der Zukunftswerkstatt vom 19.9.2019 in St. Pölten, zahlreiche Expert*inneninterviews vor Ort, eine Sozialraumanalyse und Literaturrecherchen ein. Wie in der Netzwerkkarte in Kapitel 5.2 der Masterarbeit ersichtlich, gibt es einige Angebote in St. Pölten, die einen zielgruppenübergreifenden Ansatz verfolgen und/oder selbstorganisiert sind. Die Analysen zeigten, dass es aber wenig diverse Nutzer*innen gibt und die Angebote und Konzepte dahinter oft wenig bekannt sind.

Diese Konzeptskizze mit ausgearbeiteten Empfehlungen ergibt sich demnach aus den Ergebnissen, die durch Aktionsforschung und Expert*inneninterviews bei SOS-Menschenrechte in Linz, in Stadtteilzentren Innsbrucks und dem Grätzeltreff Mitten in Hernals in Wien generiert wurden.

Nach Abgabe der Masterarbeit wird dieses Konzept der Stadt St. Pölten und seinen politischen Verantwortlichen präsentiert und übergeben, es versteht sich daher als Gesamtprodukt aller Ergebnisse. Dadurch kann es auch aus der Masterarbeit herausgenommen werden. Für eine tiefere Auseinandersetzung empfiehlt sich, die gesamte Masterarbeit zu lesen. Bei einigen Punkten wird auch auf die jeweiligen Kapitel verwiesen. Da das Konzept als eigenständiges Produkt betrachtet werden kann, finden sich punktuell Doppelungen wieder.

Zur Entstehung dieses Konzepts haben folgende Studierende maßgeblich beitragen: Rosanna Drochter, Sophie Fichtinger, Susanne Gahleitner, Alexander Kopp, Elena Kundrat, Melina Minassians, Michelle Trestl, Hanna Vettori und Alexandra Winkler. Auf den nachfolgenden Seiten werden Ergebnisse und Empfehlungen für gelingende Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in St. Pölten dargestellt.

5.5.1 Zunahme sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Spaltung als Ausgangslage

Niederösterreich als größtes Bundesland Österreichs hat zugleich die jüngste Landeshauptstadt. Im Kapitel 5.1 wird auf das Selbst- und Fremdbild St. Pöltens eingegangen sowie auf Herausforderungen und Potenziale. Blickt man auf die sozialpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, zeigt sich, dass gerade im Bereich der finanziellen Grundsicherung immer wieder Änderungen beobachtbar sind. 2020 kommt es innerhalb von drei Jahren zum zweiten Mal zu einer massiven Verschärfung im Sozialhilfegesetz. Viele Menschen sind mit der Reduktion von Sozialleistungen konfrontiert. Auch österreichweit zeigt sich, dass es vermehrt zu Ausschließungstendenzen von Menschen, die bereits benachteiligt sind, kommt. Dies führt zur Spaltung der Gesellschaft und zu Separation. Ebenso die veränderten politischen Rahmenbedingungen, wie der Rechtsruck in Österreich und die damit einhergehende Entdemokratisierung der Gesellschaft, gefährden das soziale Miteinander.

Einerseits gibt es zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse und selbstorganisierte Bürger*innen, die sich für verschiedene gesellschaftliche Problemlagen einsetzen, andererseits kommt es zu großen soziokulturellen Spaltungslinien und Verhärtungen

von Zuschreibungen. Die Disziplin der Sozialen Arbeit befasst sich mit der Bewältigung dieser aktuellen Herausforderungen und reagiert mit ihrer Expertise auf Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, Mitspracherechten und Gestaltungsmöglichkeiten. In der folgenden Definition wird die Arbeitsweise Sozialer Arbeit deutlich:

„Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. Dabei stützt sie sich auf Theorien der Sozialen Arbeit, der Human- und Sozialwissenschaften und auf indigenes Wissen. Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein.“ (OBDS o.A.)

Trotz Globalisierung und Pluralisierung gilt es, auf entstandene Vielfalt professionell zu reagieren und kritisch auf derzeitige Herausforderungen und gesellschaftliche Machtverhältnisse zu blicken. Die Gemeinwesenarbeit und der neue Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation bieten für diese Problemlagen nachhaltige Lösungen, die es in St. Pölten zu etablieren gilt. Damit können nicht nur nachbarschaftliche und zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt, sondern auch vorhandene Ressourcen genutzt und sichtbar gemacht werden.

5.5.2 Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als Antwort

Gemeinwesenarbeit kann als Teil der Sozialen Arbeit gesehen werden, welche prozessorientiert, partizipativ und interdisziplinär arbeitet und darauf abzielt, gemeinsam mit den Bürger*innen eines Stadtteils nachhaltige Verbesserungen ihrer Lebenssituation zu erreichen.

Die Wurzeln der Gemeinwesenarbeit reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück und sind eng mit zivilgesellschaftlichen sozialen Bewegungen verknüpft. Als Vorreiter*in der heutigen GWA können die Settlement-Bewegung und das Community Organizing von Saul Alinsky genannt werden, deren Ziele es waren, die mannigfaltigen Probleme der Arbeiterschaft aufzugreifen und der tiefen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Diese Kernanliegen der damaligen Zeit bestehen bis heute. Die GWA hat zum Ziel, Bürger*innen zu stärken, zu ermutigen und sie am demokratischen Leben zu beteiligen. Das heute sehr variantenreiche Konzept der GWA zielt in weiterer Folge darauf ab, die Lebensbedingungen der Menschen in einem Sozialraum zu verbessern. Des Weiteren agiert die GWA gruppenübergreifend und fungiert als Brückenbauerin zwischen den

unterschiedlichsten Menschen und Gruppen. Abgezielt wird außerdem auf den Aufbau von sozialem Kapital der Bewohner*innen eines Stadtteils.

Wie im Kapitel 4.1.2 dargestellt, gibt es verschiedene Aufgaben und Funktionen in der GWA:

- Vernetzung, Kooperation und Vermittlung: GWA als intermediäre Instanz
- Reflektierte Parteilichkeit
- Demokratisierung: GWA als Teil lokaler Politik
- Niederschwelliger Zugang
- Beziehungsarbeit: GWA als Ansprechperson
- Aktivierung der Menschen
- Fachwissen und Expertise

Das vorliegende Konzept möchte die klassische GWA um einen neuen Ansatz, jenen der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation, erweitern. Darunter ist ein neuartiger Ansatz der GWA zu verstehen, in dem Bürger*innen über Zielgruppen hinweg gemeinsam neue selbstermächtigte Strukturen schaffen. Sie selbst sind die aktiven Akteur*innen des Sozialraums und schaffen durch zielgruppenübergreifendes Handeln kollektive und soziale Räume. Dieser neue Ansatz möchte, ähnlich jenen Zielen der GWA, die soziale Gemeinschaft im Sozialraum und die soziale Beteiligung von Bürger*innen stärken sowie sozialen Ungerechtigkeiten entgegenwirken. Um die zielgruppenübergreifende Komponente und eine möglichst hohe Diversität erreichen zu können, werden die Bürger*innen von sozialarbeiterischen Fachkräften begleitet. Zudem strebt die Soziale Arbeit hierbei danach, die Selbstermächtigung und Selbstorganisation anzuregen. Auch Prozesse entsprechend zu begleiten, um so an den Fähigkeiten-Ansatz von Nussbaum (2003) und die Theorie von Munsch (2007), nach der sozial in Nachteil stehende Menschen sich engagieren, anzuschließen und diese umzusetzen. Des Weiteren braucht der zielgruppenübergreifende Ansatz der Selbstorganisation Expertise zum Sozialraum und zu Methoden und Prinzipien der GWA, die durch die sozialarbeiterischen Fachkräfte geleistet werden kann. Durch diesen kurzen Überblick wird verständlich, dass die zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als neuer Ansatz der GWA als Antwort auf die bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen eingesetzt werden kann, da er

„[...] Strukturen und Ansätze der Selbstorganisation von Bürger*inneninitiativen mit Elementen der Gemeinwesenarbeit als zielgruppenübergreifende ‚demokratiefördernde Brückenbauerin‘ (Riede 2019) vereint. Somit reagiert die Soziale Arbeit auf soziale und politische Herausforderungen der Gegenwart und begleitet als Moderatorin, Vermittlerin und Mediatorin selbstorganisierte Bürger*inneninitiativen.“ (Kapitel 4.3.5)

Besonders in St. Pölten kann dieser neuartige Ansatz seine Anwendung finden, da es bereits viele selbstorganisierte Projekte und Initiativen gibt, welchen aber teilweise, wie die Forschung zeigt, die sozialarbeiterische Expertise sowie auch die notwendige Vernetzung aufgrund fehlender zeitlicher und personeller Ressourcen hierfür fehlt (vgl. ITV7: 01:02:56).

„In St. Pölten gibt’s so vü, aber ma was nix!“ (ITV7: 00:19:50). In St. Pölten zeigt sich, dass es viele Initiativen und Projekte gibt, diesen aber die Verknüpfung und Verbindung fehlt, um Ressourcen aktiv zu nutzen und niederschwellige Zugänge zu schaffen und so Hemmschwellen für marginalisierte Gruppen abzubauen. Auch Beteiligungsprozesse können aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht umfangreich gestaltet werden, was zu Frustration und aufkommendem Desinteresse seitens der Bürger*innen führt (vgl. ITV7: 00:15:29). Hinsichtlich des Ehrenamts lässt sich deswegen eine Tendenz erkennen, dass sich immer weniger Menschen aktiv beteiligen möchten. Hierfür braucht es jemanden, der diese Menschen einlädt, inspiriert, ihnen den Nutzen des Gemeinsamen für ihr eigenes Projekt aufzeigt (vgl. ITV8: 00:30:50) und die Schaffung von Diversität vorantreibt sowie jemanden, der moderiert und den Rahmen steckt, indem sich etwas entwickeln kann (vgl. ITV8: 00:08:07). Diese Herausforderungen können in St. Pölten von unterschiedlichen Expert*innen ausgemacht werden, aber nur wenig bis kaum bearbeitet werden, da es bislang keine Gemeinwesenprojekte gibt (vgl. ITV7: 00:54:26).

Dabei ist die Gemeinwesenarbeit und der entwickelte Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation die Antwort auf diese Problemstellungen. Deswegen richtet sich dieses hier vorliegende Konzept mit seinen Zielen, Methodenvorschlägen und Handlungsleitfäden an alle Bürger*innen, bestehende Institutionen, Fachkräfte und die politischen Verantwortlichen in St. Pölten und möchte zur Schaffung eines sozialen Miteinanders, einer Identitätsbildung der Stadt und ihren Bewohner*innen sowie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen.

5.5.3 Worauf dieses Konzept abzielt ...

Ziel	Zielerreichung
Demokratie fördern und erlebbar machen	■ durch Einbeziehung der St. Pöltner*innen mit ihren Ideen, Problemen und Themen mithilfe verschiedener Methoden ■ durch Unterstützung und Begleitung der Menschen bei Aushandlungs-, Lern- und Selbstorganisationsprozessen für die Stärkung politischer Teilhabe und Ermöglichung einer offenen Kommunikation zwischen Bürger*innen, Politik und Verwaltung
Ressourcen und Synergieeffekte nutzen und stärken	■ durch Sichtbarmachung und Stärkung diverser Angebote in der Versorgungslandschaft, bei Freizeit- und Kulturangeboten sowie Nutzung bzw. Revitalisierung von Räumen und Plätzen und Wahrnehmen der individuellen und kollektiven Ressourcen der Bürger*innen ■ durch Aktionen und Projekte, die auf die kulturelle und soziale Teilhabe abzielen ■ durch Schaffung von Settings des Experimentierens und Voneinander-Lernens um eigene Fähigkeiten und Möglichkeiten zu erkennen, sich aktiv einzubringen und etwas zu schaffen für sich und andere
Vorurteile abbauen und das soziale und gemeinschaftlichen Miteinander stärken in verschiedenen Stadtteilen und Nachbarschaften	■ durch Schaffung von Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten in der Nachbarschaft und in neuen Begegnungsorten und Dialogsettings ■ durch Heranziehen unterschiedlicher Methoden und Kompetenzen der Sozialen Arbeit, wie offene Kommunikation, Mediation, Konfliktvermittlung und Aktivierung
Soziale, ökologische und ökonomische Lebensverhältnisse der Bürger*innen verbessern	■ durch Sensibilisierung, Bewusstseinsbildung und Förderung von Projekten, Strukturen und Maßnahmen für die nachhaltige Entwicklung einer offenen und solidarischen Zivilgesellschaft
Menschenrechte, Teilhabe und Mitgestaltung im Alltag erfahrbar machen	■ durch die Schaffung partizipativer Beteiligungsmöglichkeiten und Aktivierung der Bürger*innen bei Planungs- und Entscheidungsprozessen und für die Förderung von Selbstermächtigung und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation

Zugehörigkeit stärken und Diversität fördern in nachbarschaftlichen Strukturen und Stadtteilen	■ durch die partizipative Schaffung von kreativen, geschützten und solidarischen Treffpunkten durch Beziehungsaufbau, Ermutigung und Aktivierung mittels vereinender gemeinschaftlicher Aktionen und Unternehmungen
Nachbarschaftliche und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken	■ durch Sichtbarmachung und Wertschätzung von vorhandenem sozialem Engagement ■ durch deren Stärkung und Unterstützung im Bedarfsfall
Neue Wege in der Stadtteilentwicklung gehen	■ durch die Implementierung von Gemeinwesenarbeit, um zielgruppenübergreifende Selbstorganisation zu ermöglichen, alle Bürger*innen in ihrer Vielfalt und mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen anzuerkennen und Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen zu nehmen für ein soziales und gerechteres St. Pölten für alle

Tabelle 4 Ziele des Konzepts (eigene Darstellung)

5.5.4 An wen sich die Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation richtet

Das vorliegende Konzept zielt primär auf alle Menschen in St. Pölten ab, egal wie lange sie bereits dort ansässig sind. Damit ist gemeint, dass alle Bürger*innen zur Zielgruppe zählen, ungeachtet von Alter, Geschlecht, körperlicher oder geistiger Verfassung, Sexualität, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit oder ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. „Angesichts der ethischen Grundlagen der Sozialen Arbeit und ihres Bekenntnisses zu Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit gilt es, ökonomisch und/oder sozialbenachteiligte Menschen besonders einzubeziehen“ (Riede 2019:70-71). Dabei wird sich dem intersektionalen Ansatz, der in Kapitel 3.1.7 dargestellt wird, bedient, um gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten reflexiv und kritisch zu begegnen und ihnen gezielt entgegenzuwirken.

Die Grundlage für die GWA bieten die Bedürfnisse, Problemlagen und Fähigkeiten der Menschen, an denen sich orientiert wird (vgl. Kapitel 5.3). Ziel ist es, die Lebensbedingungen der Bürger*innen und das soziale Miteinander durch verschiedene Projekte und mithilfe von unterschiedlichsten Methoden zu verbessern. Dabei bietet sich der zielgruppenübergreifende Ansatz an, der verschiedene Menschen und Gruppen zusammenbringt, die sonst wenig Kontakt miteinander hätten bzw. nebeneinander existieren.

Als sekundäre Zielgruppe können politische Entscheidungsträger*innen, die Stadtverwaltung, Wohnbauträger*innen, Vereine, Initiativen und Organisationen

genannt werden. Die GWA vermittelt zwischen den Bedürfnissen der Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen oder anderen Ansprechpartner*innen, fördert Dialoge und versucht somit Machtverhältnisse aufzubrechen.

Für einen differenzierteren Blick findet sich nachfolgend eine Abbildung, in der die Zielgruppen erneut dargestellt werden.

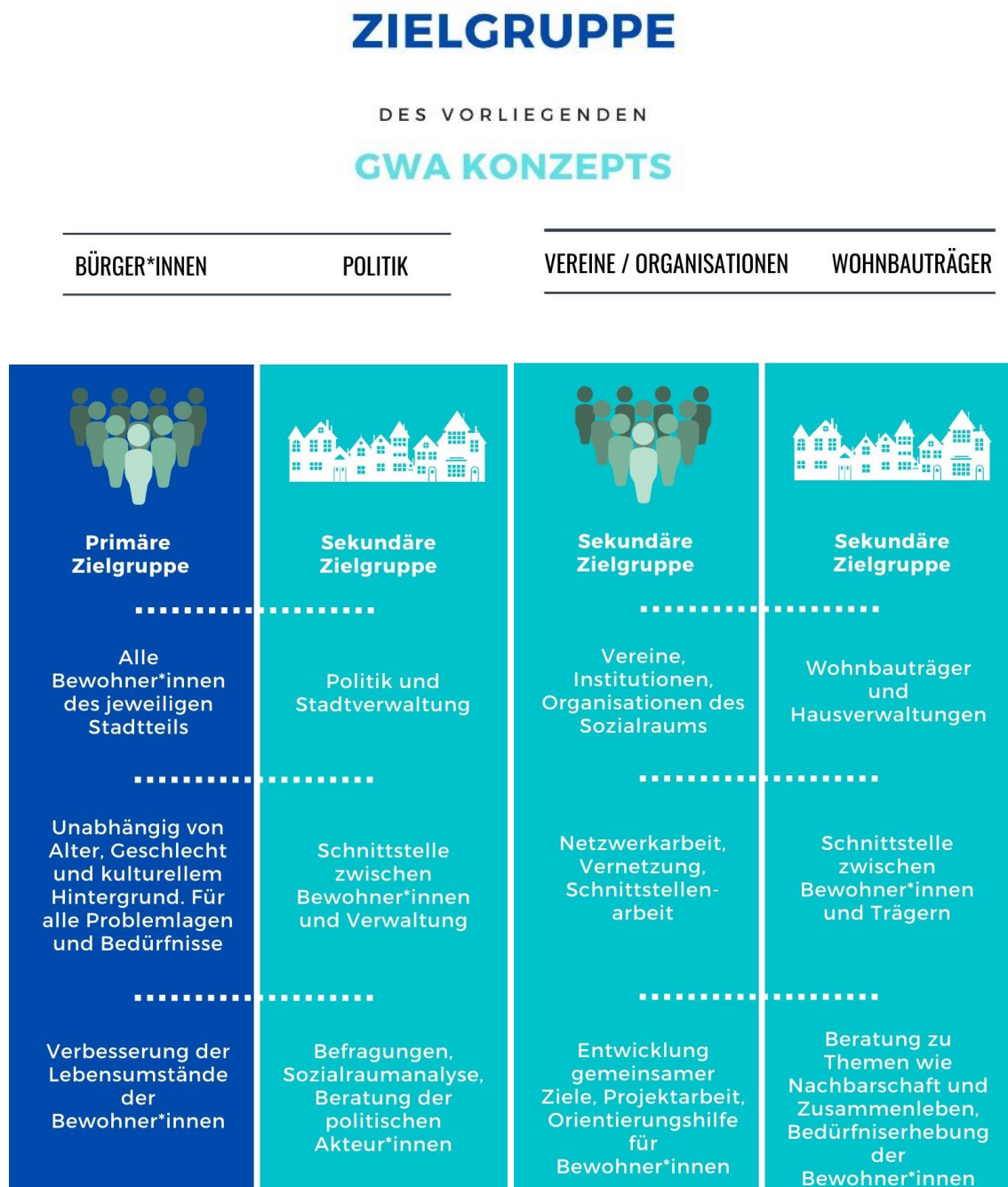


Abbildung 20 Zielgruppen (eigene Darstellung)

5.5.5 Methoden in der Gemeinwesenarbeit für Aktivierung und Teilhabe

Die GWA zielt auf eine zukunftsfähige lokale Entwicklung ab, bedient sich dabei vielfältiger zukunftsorientierter Methoden (vgl. Riede 2019:78) aus unterschiedlichen Bereichen und Disziplinen und setzt diese flexibel ein bzw. passt diese auch an die jeweilige Zielgruppe oder Örtlichkeit an.

Um einen Ausschnitt der möglichen Methoden zu geben, haben wir anschließend einen Methodenkoffer zusammengestellt. Dieser erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern beinhaltet oft verwendete Methoden der GWA. Weiters finden sich in Kapitel 2.2, Kapitel 3.1.6 und Kapitel 3.2.4 Erklärungen zu den hier dargestellten Methoden.

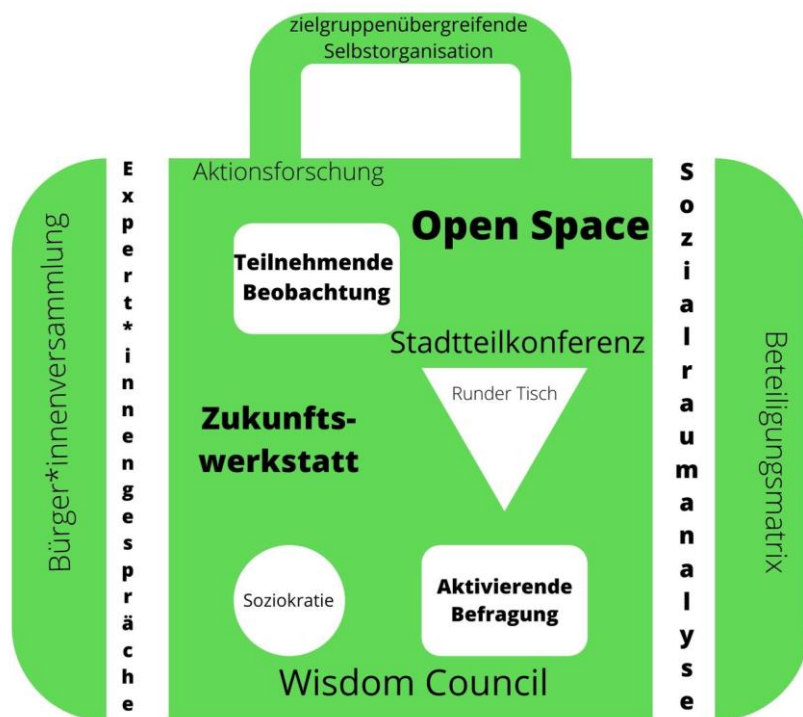


Abbildung 21 Methodenkoffer der GWA (eigene Darstellung)

5.5.6 Sozialarbeiterische Kompetenzen für angepasste Kommunikation und Orientierung an der Lebenswelt

„Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit werden die Menschen vor Ort als Expert*innen ihrer eigenen Lebenssituation betrachtet.“ (Riede 2019:70). Die Grafik zeigt die wichtigsten Kompetenzen von Sozialarbeiter*innen, die es für gelingende Gemeinwesenarbeit und Förderung von zielgruppenübergreifender Selbstorganisation benötigt.

Soziale Arbeit kann als praxisorientierte Menschenrechtsprofession beschrieben werden, welche Empowerment von Menschen, das soziale Miteinander und positive

gesellschaftliche Entwicklungen fördert. Ebenso ist sie eine wissenschaftliche Disziplin, welche sich auf Theorien der Human- und Sozialwissenschaften wie auch indigenem Wissen stützt. Wichtige Grundprinzipien sind die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte. In ihrem Handeln möchte die Soziale Arbeit Menschen befähigen und bestärken, um so die Herausforderungen des Lebens bewältigen und eine Verbesserung der Lebensumstände erreichen zu können (vgl. IFSW 2014). Nach Stövesand und Stoik (vgl. Bürgergesellschaft o.A.) sowie der Internationalen Definition des IFSW (vgl. IFSW 2014) sind die Ziele der Sozialen Arbeit und GWA deckungsgleich, weswegen davon ausgegangen werden kann, dass die GWA ein Teilgebiet der Sozialen Arbeit ist, woraus wiederum geschlossen werden kann, dass Sozialarbeiter*innen hinsichtlich ihres Wissens, ihrer Grundhaltungen und ihrer wissenschaftlichen Zugänge geeignete GWA-Mitarbeiter*innen darstellen (vgl. Kapitel 4.1).

Um die anfallenden Aufgaben bestmöglich bearbeiten zu können, benötigt es neben dem Arbeiten im Team auch die Orientierung an einem gemeinsamen Wertekodex, ethischen Grundsätzen und einer Vision. Auch das Auseinandersetzen über das Verständnis von Demokratie, Selbstorganisation und anderen Kernelementen ist von großer Bedeutung für professionelles Handeln und kann von Sozialarbeiter*innen bestmöglich geleistet werden.

5 GRÜNDE, WIESO ES SOZIALARBEITER*INNEN BRAUCHT



Kommunikation

Durch bewusst und gezielt eingesetzte Techniken der Gesprächsführung können diverse Bürger*innen erreicht und motiviert werden. Die Anpassung an die Sprache des Gegenübers und das Aufgreifen der Mehrsprachigkeit sind dabei zentrale Anliegen der Sozialen Arbeit.hinzufügen



Lebenswelt

Das Abholen des Menschen dort, wo er gerade steht und die Orientierung an seiner Lebenswelt sind zentrale Grundprinzipien der Sozialen Arbeit. Sie schafft einen niederschweligen Zugang zu Angeboten, kennt die Bedürfnisse und Herausforderungen der Bürger*innen und kann so soziale Problem- und Konfliktfelder bearbeiten.



Reflexion

Kritische Machtanalysen und die Etablierung von flachen Hierarchien können mit sozialarbeiterischen Methoden entsprechend bearbeitet werden. Auch die Evaluation des Projektverlaufs führt die Soziale Arbeit mittels professioneller Methoden durch.



Wissen

Sozialarbeiter*innen erlangen durch ihre Hochschulausbildung spezifisches Wissen in den Bereichen Gesprächsführung, Ethik, Netzwerkarbeit, Recht, sowie soz.arb. Methodenvielfalt in den unterschiedlichsten Feldern des Sozialwesens.



Vermittlung

Im Spannungsfeld zwischen Auftraggeber*innen, der politischen Landschaft und den Bürger*innen braucht es fachlich fundierte Vermittlung mit professionellen Methoden. Konfliktvermittlung und Mediation, sind ebenso wichtige Bereiche, die von ausgebildeten Fachkräften ausgeführt werden sollten. Die Vernetzung der in der Soziallandschaft angesiedelten Institutionen und der Kontaktaufbau zwischen Bürger*innen und spezifischen Anlaufstellen sollte aufgrund der Fachlichkeit ebenso bei Sozialarbeiter*innen angesiedelt sein.

Gemeinschaft und Menschen durch Gemeinwesensarbeit stärken!

... und St. Pölten ein Gesicht geben

Abbildung 22 Fünf Gründe, wieso es Sozialarbeiter*innen braucht (eigene Darstellung)

5.5.7 Gemeinwesenarbeit für St. Pölten

Die Forschung zeigte, dass St. Pölten einen großen Bedarf an Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation aufweist. Dazu wurde bereits in Kapitel 5.1 ausführlich dargestellt, dass ein großes Kunst- und Kulturangebot sowie viele Initiativen in der Stadt gibt, diese aber Herausforderungen, wie zu geringer Diversität, fehlender Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld und Hochschwelligkeit, gegenüberstehen. Die Potentiale der Stadt und ihrer Bewohner*innen, wie etwa entstandene Energien rund um den Bewerbungsprozess zur EU-Kulturhauptstadt, Synergien mit Hochschulen, aber auch junge Menschen und Einzelpersonen als treibende Kraft, könnten zur Bewältigung der genannten Herausforderungen genutzt werden, um die Vision St. Pölten zu einer Mittelstadt mit hoher Diversität und einem kulturellen Zentrum des Zusammenlebens zu machen.

Darauffolgend wurde in Kapitel 5.2 durch die Sichtbarmachung von verschiedenen Stakeholdern in der Netzwerkkarte gezeigt, dass es einige Angebote in St. Pölten gibt, aber eine zielgruppenübergreifende Nutzung noch nicht bestätigt werden kann. Durch die Analyse der Angebote in St. Pölten auf vorhandene GWA-Ansätze zeigte sich, dass an Ressourcen und Prinzipien angeknüpft werden kann. Auch ein Unterstützungsbedarf bei der nachhaltigen Netzwerkarbeit, dem Abbau von Zugangsbarrieren, der Sichtbarmachung und Nutzung von vorhandenen Angeboten bzw. informellem Wissen zeichneten sich ab (vgl. 5.2.4).

In Kapitel 5.3, das sich mit den Bedürfnissen der Bürger*innen beschäftigte, wurde dargelegt, dass die GWA für die nachhaltige Verbesserung von Strukturen und Rahmenbedingungen für Partizipation sowie kollektivem Empowerment sorgen soll. Dabei wurde analysiert, welche Themen und Probleme von St. Pöltner*innen bereits artikuliert wurden.

Kapitel 5.4 gibt die Ergebnisse wieder, die aus den drei oben genannten Lernbeispielen generiert werden konnten und welche Learnings dabei wichtig für die gelingende Implementierung von Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation für St. Pölten sind.

Aufgrund dessen werden nachfolgend drei Varianten für Gemeinwesenarbeit in St. Pölten vorgestellt. Vorteile und Grenzen der jeweiligen Variante werden nachfolgend ebenso dargelegt. Für alle Konzeptvorschläge gilt, dass die konkrete Arbeit im Gemeinwesen von unabhängigen Sozialeinrichtungen betrieben wird. Damit GWA als präventive, nachhaltige und langfristige Anlaufstelle fungieren kann, muss sie barrierefrei erreichbar, religions- und parteipolitisch neutral und ideologisch nicht belegt sein, um Menschen aus verschiedenen Milieus anzusprechen (vgl. Riede 2019:83).

Daher wird der Stadt St. Pölten als Fördergeberin empfohlen, eine Ausschreibung für die jeweilige Variante zu machen. Dabei ist es von großer Bedeutung, dass es zu einer langfristigen Finanzierung von mindestens fünf Jahren kommt, da der GWA genügend Zeit gegeben werden soll, sich zu etablieren und die Menschen zu erreichen. Außerdem brauchen zielgruppenübergreifende Selbstorganisationsprozesse und nachhaltige GWA-Prozesse Zeit und Zuwendung und sind schwer in Zahlen messbar. Es wird jedoch auf bottom-up-Prozesse abgezielt, weswegen die oben genannte Unabhängigkeit und Unparteilichkeit von großer Bedeutung sind. Aus unserer professionellen Sicht heraus, können die Konzeptvorschläge mit Hilfe von entsprechenden Ressourcen rasch in St. Pölten etabliert werden.

Version A:**Das Optimum für St. Pölten!****Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation für ALLE St. Pöltner Bürger*innen**

Primäre Zielgruppe	alle St. Pöltner*innen
Methoden	laut Methodenkoffer sowie weitere
Benötigte Mittel	13,5 GWA-Mitarbeiter*innen in 3 Stadtteilzentren
Output	Erreichung aller Ziele, die in Punkt 5.5.4 dargelegt wurden, möglich

Damit für alle St. Pöltner*innen Demokratie und Menschenrechte erlebbar werden, soziale, politische und kulturelle Teilhabe gefördert wird und vorhandene Ressourcen bestmöglich genutzt werden, werden drei Stadtteilzentren in St. Pölten empfohlen.

St. Pölten als mittelgroße, wachsende Stadt kann in folgende Teile gegliedert werden: Süd, Nord und St. Pölten Mitte. Durch die dort zu etablierenden GWA-Zentren kann sich jeder dieser Stadtteile bestmöglich unter Nutzung der Ressourcen der nachbarschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, Revitalisierung von Räumen und Aktivierung verschiedener Menschen, weiterentwickeln. Für neue und unkommerzielle Begegnungsräume schließt das Konzept bewegte und belebte Kulturräume ein. Damit ist gemeint, dass gemeinschaftlich an verschiedenen Orten, privaten, wie institutionellen und öffentlichen, Dialog- und Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diese werden in Kapitel 5.5.8 näher erläutert.

Mannigfache Potenziale und konkrete Vorteile der drei Stadtteilzentren

Durch die Etablierung von Stadtteilzentren wird nicht nur eine Anlaufstelle für Bürger*innen geschaffen, welche eine langfristige und nachhaltige Funktion ausübt. Durch die Schaffung von Freiräumen bzw. -flächen, wie empty risky spaces⁹ (Trenkwalder-Egger 2019), die den Bürger*innen zur Verfügung stehen, wird ein Nährboden für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation geschaffen. Diese sozialen, kollektiven und unkommerziellen Räume können sich von den Bürger*innen somit angeeignet werden. Mitbestimmung, Mitgestaltung, Ausprobieren und Experimentieren

⁹ vgl. Kapitel 4.3.2

sind dabei wichtige Grundsätze. Speziell für benachteiligte Menschen sollen die Zentren als geschützter Raum dienen, wo hierarchische Entscheidungskompetenzen und Machtverhältnisse durchbrochen werden und durch Wertschätzung, Vertrauen und Beziehungsaufbau ein Schritt für ein inklusives Miteinander geschaffen wird.

Bereits bei der Sozialraumanalyse bzw. Stadtteilbegehung, wie auch später bei der Auswahl und Gestaltung einer passenden Immobilie sollen Bürger*innen in den Prozess eingebunden sein. Partizipation ab Stunde null ist ein zentraler Aspekt bei der Implementierung von GWA-Zentren, um einen zentralen Ort der Vielfalt und Solidarität zu schaffen. Niederschwellige und offene Räume für Begegnung und Austausch sind ein weiterer wichtiger Punkt für die Zielerreichung (vgl. Kapitel 5.5.3).

Durch regelmäßige Veranstaltungen, nachhaltige Netzwerk- und Schnittstellenarbeit, sowie flächendeckende Bewerbung der Angebote im Zentrum, werden die Menschen im Sozialraum eingeladen sich zu beteiligen und selbst zu verwirklichen.

Fähigkeiten und Ressourcen können gebündelt werden durch zielgruppenübergreifende Angebote. Verschiedene Menschen kommen dabei ins Gespräch und können sich zusammenschließen. Sie erfahren Selbstwirksamkeit, Anerkennung und Respekt. Außerdem wird das Zugehörigkeitsgefühl gestärkt und Vorurteile abgebaut. Für die Implementierung von zielgruppenübergreifenden Angeboten braucht es Expertise und daher kann die GWA als aktivierende Begleiterin und langfristige Ansprechperson dienen.

Trotz des zielgruppenübergreifenden Ansatzes soll für Frauen und Mädchen ein eigener Raum geschaffen werden, der als Rückzugsort und zur Stärkung kollektiver Bedürfnisse dient. Dies kann als frauen- und geschlechterkompetente GWA bezeichnet werden, die auf den Abbau von Ungleichheiten und Diskriminierungen im Sozialraum abzielt.

Generell werden durch geschützte und niederschwellige Räume marginalisierte Gruppen eingeladen sich einzubringen.

Die Digitalisierung als großes Thema in der Gesellschaft soll auch bei der Erreichung diverser Bürger*innen helfen und virtuelle Räume eröffnen. Hierfür können soziale Medien dienlich sein, um auf Bürger*innen zuzugehen, die man ansonsten vielleicht nicht erreichen hätte können, sowie diese für Solidaritätsaktionen, zu Werbezwecken und zur Steigerung des Gemeinschaftsgefühls einzusetzen.

In den Stadtteilzentren ist die Begleitung von Ehrenamtlichen ein wichtiger Faktor. Ehrenamtliche Mitarbeiter*innen werden als große Ressource gesehen, die durch ihr zivilgesellschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Gesellschaft erbringen. Um Überforderung und anderen Herausforderungen entgegenzuwirken, ist die Begleitung ehrenamtlich tätiger Personen und die Schaffung

von bedingenden Strukturen ein großes Anliegen der GWA in den jeweiligen Stadtteilzentren.

Die Zentren können demnach als langfristige Anlaufstelle und Drehscheibe verstanden werden. Bürger*innen, die mit Fragen kommen, die nicht von GWA-Mitarbeiter*innen vor Ort beantwortet werden können, werden durch konkretes Netzwerkwissen ohne großen bürokratischen Aufwand an die richtigen Stellen weitervermittelt.

Damit sich auch die Menschen mitteilen können, die den Weg nicht in eines der Stadtteilzentren schaffen, soll auch regelmäßig aufsuchende mobile Stadtteilarbeit gemacht werden. Dabei werden diverse Bürger*innen angesprochen und ihre Bedürfnisse und Problemlagen gesammelt und versucht damit weiterzuarbeiten. Dadurch können mögliche Zugangsbarrieren zu den Stadtteilzentren abgebaut und neue Sichtweisen von Bürger*innen abgeholt werden.

Auch bei Evaluationen und der Etablierung von Qualitätsstandards sollen Bürger*innen partizipieren können. Eine gemeinsame Vision für die Stadtteilzentren kann gemeinschaftlich erarbeitet werden. So wird ein wichtiger Schritt für eine gestärkte Demokratie geschaffen.

Benötigte Infrastruktur der Stadtteilzentren für gelingende Gemeinwesenarbeit



Abbildung 23 Das GWA-Zentrum (eigene Darstellung)

Die richtige Wahl der Örtlichkeit, deren Erreichbarkeit und die darin vorzufindende Ausstattung stellen wichtige Merkmale des Gelingens für die GWA in St. Pölten dar. Wie bereits oben beschrieben, besteht auch hierbei das Prinzip der Bürger*innenbeteiligung

ab Stunde null. Die Menschen sollen aktiv in den Schaffungs- und Gestaltungsprozess mit einbezogen werden, damit hierarchiefreie Räume entstehen und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt wird.

Für dieses hier vorliegende Konzept soll ein Überblick geschaffen werden, wie die drei in St. Pölten zu etablierenden GWA-Zentren aus unserer Sicht ausgestattet sein sollten, um eine diverse Zielgruppe anzusprechen, welche die Zentren auf vielfältige Art und Weise nutzen und bespielen kann. Ein grundlegendes Merkmal der Zentren muss jedenfalls die Barrierefreiheit sein, um allen Bürger*innen uneingeschränkter Zugang zu gewährleisten. Zudem werden großzügige Freiflächen empfohlen, da Grün- und Gartenflächen viele Möglichkeiten schaffen, ein Miteinander aufzubauen, wie auch sich selbst zu entfalten. Ebenso wird eine Großküche benötigt, einerseits um bei Veranstaltungen entsprechend verköstigen zu können, andererseits um mittels Koch-Projekten zielgruppenübergreifend arbeiten zu können. Zudem braucht es einen großen Gruppen- und Seminarraum in den Zentren, in welchem bis zu 100 Personen Platz finden, um entsprechend größere Veranstaltungen abhalten zu können. Für kleinere Treffen von Bürger*innen oder auch für Vernetzungstreffen mit Institutionen muss ein Besprechungszimmer integriert sein oder der Veranstaltungsraum umfunktioniert werden können. Die GWA-Mitarbeiter*innen benötigen Einzelbüros um in Einzelgesprächen mit Bürger*innen die Privatsphäre zu schützen. Die Räumlichkeiten selbst müssen adäquat ausgestattet sein mit unterschiedlichen Materialien (wie Flip-Charts und Moderationswänden), Inventar, entsprechendem Mobiliar, sowie benötigtem EDV-Geräten.

Wie bereits weiter oben beschrieben teilen sich die Zentren auf die drei Stadtteile Nord, Süd und Mitte auf, um möglichst flächendeckend agieren zu können. Für die Wahl der Örtlichkeit müssen die Infrastruktur der umliegenden Gebiete sowie die öffentliche Anbindung mitbedacht werden.

Bewegte und belebte Kulturräume: Potenziale und Ressourcen nutzen

In der Zukunftswerkstatt am 19.09.2019 im Saal der Begegnung, wurde konkret an der Idee der bewegten Kulturräume gearbeitet. Dazu wurde auch unter Punkt 5.5.8 ein Handlungsleitfaden für deren konkrete Umsetzung dargestellt. Aufgegriffen wird diese Idee, da sie an mehrere Prinzipien der GWA nach Riede (2019) andockt: Erlebbar machen von Vielfalt durch zielgruppenübergreifendes Handeln, Orientierung an Bedürfnissen und Themen der Menschen, Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten, Förderung von kollektivem Empowerment und Selbstorganisation, Schaffung von partizipativen Bildungsmöglichkeiten, Nutzung der Ressourcen und

Förderung nachhaltiger Entwicklung im Sozialraum für ein soziales und umweltverträgliches Miteinander (vgl. Riede 2019:79-80).

Für die Initiierung der bewegten und belebten Kulturräume braucht es Wissen über kulturelle und soziale Angebote in St. Pölten und Umgebung. Dies kann partizipativ mit Interessierten erarbeitet werden bzw. kann auf vorhandenes Netzwerkwissen der Gemeinwesenarbeiter*innen und Bürger*innen zurückgegriffen werden, welche die Aktivierung der bewegten Kulturräume an verschiedenen Orten begleiten und anstoßen. Für die Nutzung von kulturellen Angeboten wie dem Museum, Theater oder anderen kommt der Kulturpass für Menschen mit geringen Einkommen zum Einsatz. Damit die Angebote hier erweitert werden, kann eine Projektgruppe gebildet werden. Darüber hinaus wird ein Budget empfohlen, welches für etwaige sonstige Eintritte verwendet werden kann, sofern keine Kooperation mit den Kultureinrichtungen erzielt werden kann. Dies führt dazu, dass Angebote sichtbar, erfahrbar und nutzbar gemacht werden. Die Idee der bewegten und belebten Kulturräume muss sich aber nicht ausschließlich auf Institutionen und kulturelle Einrichtungen beschränken, sondern kann auch im öffentlichen oder privaten Raum stattfinden.

Ziel ist es, dass die bewegten Kulturräume monatlich stattfinden und das Programm partizipativ entsteht.

Offen ist die Frage nach der Mobilität und Nachhaltigkeit. Hier wird empfohlen, einen Mobilitätspass einzuführen, der Menschen mit wenig finanziellen Ressourcen die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht.

Benötigte Ressourcen

Damit die oben beschriebenen Ziele erreicht werden können und alle St. Pöltner*innen als Zielgruppe der drei GWA-Zentren gesehen werden können, braucht es ausreichend Personalressourcen. Wir empfehlen einen Schlüssel von 100 Einwohner*innen auf ein Vollzeitäquivalent, damit die umfangreichen Agenden im Bezug auf die Bürger*innen und Aufgaben wie Schnittstellenarbeit und Begleitung der Ehrenamtlichen, die aufsuchende Stadtteilarbeit sowie Teamsitzungen und Supervisionen möglich sind. Immerhin gibt es auch viele organisatorische Aufgaben, die von den GWA-Mitarbeiter*innen geleistet werden müssen (Dokumentation, Vorbereitung auf Bürger*innenbeteiligungsprozessen, Bewerbung von diesen, Nachbearbeitung etc.). Daher und aus Erfahrungs- und Expert*innenwissen aus Tirol ergibt sich ein Personalschlüssel an 4,5 Sozialarbeiter*innen pro GWA-Zentrum (vgl. Kommunikation & Entwicklung Hall in Tirol 2016). Auch ein Budget für die Durchführung von Projekten, die Verpflegung bei Festen sowie finanzielle Möglichkeiten zur Veranstaltung der bewegten Kulturräume ist in den Budgetplan einzurechnen. Mitgedacht sollen auch

regelmäßige Anschaffungen für die GWA-Zentren hinsichtlich des Inventars und kleineren Ausstattungsgegenständen werden.

Zeitplan

Vorbereitend auf den links graphisch dargestellten Zeitplan muss bereits in einem ausreichenden zeitlichen Abstand eine öffentliche Ausschreibung erfolgt sein, um Vereinen und Institutionen die Möglichkeit zu geben, sich als Träger*in der Stadtteilzentren zu bewerben.

Zu Anfang der konkreten Um-setzung muss vor allem genügend Zeit für die Auseinandersetzung der Sozialarbeiter*innen mit der Konzeption und Vorbereitung von ersten Partizipationsprozessen eingerechnet werden. Zudem benötigt es ausreichend Zeit für die Etablierung von Kommunikationsstrukturen, sowie der Kontaktaufnahme zu und Beziehungsarbeit mit den Bürger*innen und Institutionen im Sozialraum. Jährliche Evaluation des Prozesses wird als sinnvoll angesehen. Der endgültige Förderbericht sollte jedoch erst nach fünf Jahren anberaumt sein, da GWA-Prozesse Zeit brauchen, um sich zu etablieren und die Bewohner*innen des Sozialraums anzusprechen.

GWA FÜR ALLE

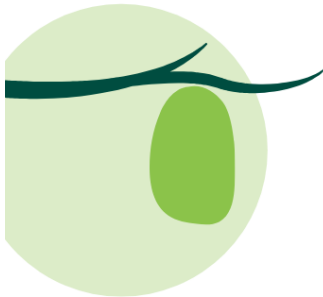
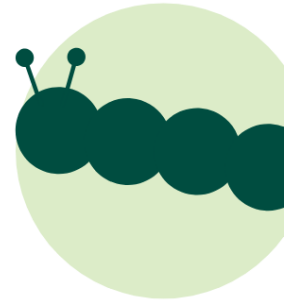


STAGE 1: PROJEKTSTART

Der konkrete Projektstart erfolgt mit der Anstellung des benötigten Fachpersonals, welches in den ersten drei Monaten das konkrete Konzept ausarbeitet, die Kontaktaufnahme zu den Bürger*innen und im Sozialraum befindlichen Institutionen initiiert und mittels Beteiligungsprozessen geeignete Räume findet und diese gestaltet.

STAGE 2: ERÖFFNUNG DER ZENTREN

Nach drei Monaten wird in jedem Zentrum ein Eröffnungsfest gefeiert, welches zuvor im Stadtteil aktiv beworben wurde. Bei diesem sollen bereits Bürger*innen und Institutionen aktiv eingebunden werden. Anschließend nehmen die Zentren ihre Arbeit in den Räumlichkeiten aktiv auf.



STAGE 3: BEWEGTE KULTURRÄUME

Nach der Etablierung der Zentren in den Stadtteilen wird nach sechs Monaten das Angebot der bewegten Kulturräume eingeführt.

STAGE 4: EVALUIERUNG

Nach einem Jahr wird eine erste Evaluierung aller drei Zentren vorgenommen. Diese sollen jährlich über einen Zeitraum von fünf Jahren durchgeführt werden. Nach fünf Jahren erfolgt die Berichterlegung.



Abbildung 24 Zeitplan (eigene Darstellung)

Grenzen und Herausforderungen der drei Stadtteilzentren

Dies ist die kostenintensivste Variante, die viele Personal- und Raumressourcen benötigt, da sie auf eine langfristige und nachhaltige Etablierung von GWA und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten abzielt.

Outcome: nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität für alle St. Pöltner*innen

Soziale Stadtteilentwicklung wird durch qualitatives Arbeiten an der Basis und Orientierung an den Bedürfnissen, Problemlagen und Fähigkeiten von Menschen im Sozialraum ermöglicht, wodurch ein rasches Reagieren auf soziale Konflikte und Spannungen geleistet werden kann. Durch eine umfassende Sozialraumbegehung sowie aufsuchende aktivierende Befragung werden Ressourcen von Räumen und Menschen sichtbar, die sonst eher verborgen geblieben wären. Auch die bewegten und belebten Kulturräume sprechen verschiedene Menschen an. Die Zielgruppe wird weiter ausgebaut und wächst stetig in ihrer Diversität an.

Bei Finanzierung dieser Variante kann auf ein sehr diverses Team im Sinne von unterschiedlichen Professionen, Sprachkompetenzen und GWA-Vorerfahrung zurückgegriffen werden. Bei 13,5 VZÄ kann davon ausgegangen werden, dass sich die Teammitglieder in ihren Kompetenzen gut ergänzen und für die unterschiedliche Menschen im Sozialraum einen niederschweligen Zugang bieten.

Ressourcen werden freigespielt und Netzwerke werden durch regelmäßige Vernetzungen sichtbar, nutzbar und gestärkt. Zusätzlich besteht aufgrund der personellen Ressourcen die Möglichkeit, dass Gemeinwesenarbeiter*innen in Bezug auf Gruppen die unterschiedlichsten, benötigten Rollen einnehmen und diese mit entsprechendem fachlichem Wissen und Methoden auskleiden. So können sie Initiator*innen von Akteursgruppen sein, als Mittler*innen für die Anliegen gegenüber Politik, Verwaltung und Nachbarschaft agieren oder als Vernetzer*innen und Berater*innen auftreten. Auch die langfristige Begleitung und nachhaltige Unterstützung von Ehrenamtlichen und die Weiterentwicklung von Projekten ist bei dieser Variante gegeben.

Die Etablierung der drei Stadtteilzentren trägt dazu bei, dass das Image von St. Pölten verbessert wird, eine Identifizierung der Bewohner*innen mit ihrer Stadt geschaffen, der Lebensraum noch lebenswerter und das soziale Miteinander gestärkt wird.

Version B:**Ein guter Kompromiss für die Stärkung des Gemeinwesens!****Ein Gemeinschaftszentrum für St. Pölten und bewegte Kulturräume**

Primäre Zielgruppe	erreichbare St. Pöltner*innen im Umfeld des Gemeinschaftszentrums
Methoden	differenzierte aber eingeschränkte Auswahl aus dem Methodenkoffer
Benötigte Mittel	4,5 GWA-Mitarbeiter*innen in einem Gemeinschaftszentrum
Output	Basisarbeit, beschränkte Vernetzungsarbeit und Umsetzung der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation

Da sich gezeigt hat, dass ein Stadtteilzentrum eine wichtige Grundlage für Gemeinwesenarbeit ist und damit zur Verbesserung von Lebensbedingungen vieler Menschen beiträgt, wird auch in dieser Konzeptvariante nicht davon Abstand genommen.

St. Pölten braucht zumindest ein GWA-Zentrum sowie bewegte Kulturräume, damit die Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten ermöglicht und partizipative Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Ziel ist ein soziales und inklusives Miteinander und durch gebündelte Ressourcen die Erreichung von sozialer, ökonomischer, politischer Teilhabe. Da für ein professionelles Arbeiten Vernetzung und Kooperation wichtig sind, wird trotzdem Schnittstellen- und Netzwerkarbeit geleistet, aber in kleinerem Rahmen und auf längere Sicht gesehen. Dennoch ist mit dieser Empfehlung eine professionelle Anlaufstelle gewährleistet, die durch die Schaffung von „empty risky spaces“¹⁰ (Trenkwalder-Egger 2016), die von den Bürger*innen genutzt werden können, zur Stärkung des Gemeinwohls in St. Pölten beiträgt.

Benötigte Ressourcen

Für diese Variante empfehlen wir einen Personalschlüssel von gesamt 4,5 Vollzeitäquivalenten für das GWA-Zentrum. Die Gemeinwesenarbeiter*innen können mit diesen personellen Ressourcen einen gut gelingenden Betrieb aufbauen und stadtteilbezogen GWA leisten. Zudem benötigt es ein Budget für die Durchführung von

¹⁰ Vgl. Kapitel 4.3.2

verschiedenen Projekten, die Verpflegung bei Festen, sowie zur Veranstaltung der bewegten Kulturräume. Eingeplant sollten auch regelmäßige Anschaffungen für das GWA-Zentrum hinsichtlich des Inventars und kleineren Ausstattungsgegenständen werden.

Grenzen und Herausforderungen des GWA-Zentrums

Die Sichtbarmachung diverser zivilgesellschaftlicher und sozialer Angebote, die es in St. Pölten bereits gibt, kann nicht prioritär behandelt werden. Auch die Partizipation ab Stunde null ist mit weniger Ressourcen nicht im selben Ausmaß möglich wie bei der ersten vorgestellten Variante. Ebenso müssen Abstriche bei der Bewerbung der Angebote, bei Erhebungen und Befragungen und der Begleitung von Ehrenamtlichen gemacht werden. Es muss mehr auf das persönliche Engagement von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen gebaut werden, während eine strukturierte Begleitung nicht gewährleistet werden kann, sondern eher punktuell passiert. Der virtuelle Raum kann weniger als Ressource genutzt werden, es wird auf vorhandene institutionelle und öffentliche Räume fokussiert. Das Angebot des Kulturpasses kann nicht primär weiterentwickelt werden und somit können nur bestimmte Kultureinrichtungen besucht werden. Zudem kann das Angebot der bewegten Kulturräume nur begrenzt stattfinden und sich nicht flächendeckend über St. Pölten verteilen. Dies bedeutet, dass die Förderung des kulturellen Kapitals nicht prioritär verfolgt werden kann.

Aufsuchende Stadtteilarbeit wird nur möglich sein, wenn genügend personelle Ressourcen in dem Stadtteilzentrum investiert werden. Veranstaltungen, die Austausch und positive Erfahrungen fördern sind Kernstück, können aber bei 4,5 Vollzeitäquivalenten nicht regelmäßig stattfinden. Bei nur einem Zentrum ist der Zugang limitiert und es werden Menschen exkludiert, da nicht das gleiche Augenmerk auf benachteiligte Menschen gelegt werden kann, wie beim zuvor beschriebenen Optimum. Zudem können Menschen, die nicht im unmittelbaren Umfeld des Stadtteilzentrums wohnen nur schwer bis gar nicht angesprochen werden. Auch die zielgruppenübergreifende Selbstorganisation als neue Methode der GWA wird nicht den gleichen Stellenwert erlangen wie bei drei Stadtteilzentren, die bei Fragen und Herausforderungen miteinander in Kontakt treten können. Wenn es nur ein Zentrum gibt, wird es als Gemeinschaftszentrum etabliert, das eventuell nur bestimmte Menschen und Netzwerkpartner*innen in dem Sozialraum anspricht.

Outcome

Bei dieser Variante können die Gemeinwesenarbeiter*innen ihre vermittelnde, vernetzende, unterstützende und begleitende Funktion erfüllen. Es bestehen genug zeitliche Ressourcen, um die fachliche Expertise und ein breites methodisches Repertoire einfließen zu lassen und dennoch an der Basis mit den Bürger*innen zu arbeiten, sie zu ermutigen und bei zielgruppenübergreifender Selbstorganisation zu unterstützen. Der Nutzen für die St. Pölter*innen ist dennoch vielfältig und ein GWA-Zentrum kann als Bereicherung und wichtige Anlaufstelle gesehen werden.

Version C:

Das Minimum an Gemeinwesenarbeit für die maximale Nutzung an Ressourcen!

Finanzierung von Sozialarbeiter*innen für bestimmte bestehende Angebote

Primäre Zielgruppe	kleiner Teil der St. Pöltner*innen
Methoden	einzelne, den Ansprüchen entsprechende Methoden aus dem Methodenkoffer
Benötigte Mittel	4 GWA-Mitarbeiter*innen, jeweils 2 im Saal der Begegnung und bei KulturhauptSTART (Projekt Grätzellabor)
Output	bestehende Projekte sichtbar machen, Anlaufstelle etablieren

Damit bestehende Ressourcen optimal genutzt werden können, bietet sich an, dass zwei Vollzeitstellen für Sozialarbeiter*innen im Saal der Begegnung von der Stadt St. Pölten geschaffen werden und ebenso zwei Vollzeitstellen für das geplante Grätzellabor von KulturhauptSTART. Dies führt einerseits zu mehr Ressourcen und durch die Expertise der Sozialarbeiter*innen kann der Zugang zu den Bürger*innen hergestellt werden, die bis dato noch nicht an den Angeboten angedockt sind.

Ressourcen

Um die beiden bestehenden Angebote zu stärken und das sozialarbeiterische Fachwissen maximal einsetzen zu können, wird für diese Projekte jeweils ein Team aus zwei Sozialarbeiter*innen auf Vollzeitbasis empfohlen. Das Arbeiten im Team ist von großer Bedeutung für professionelle Herangehensweise.

Grenzen und Herausforderungen

Mit dieser Variante kommt es zwar zur Nutzung von bestehenden Ressourcen, andere Prinzipien der GWA, wie der Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen, können aber nicht vollständig einfließen. Mit dieser Variante beschränkt sich die Zielgruppe nur auf einen kleinen Teil der St. Pöltner*innen.

Da die GWA den intermediären Ansatz pflegt, also als Vermittlerin zwischen Bürger*innen, Politik und Verwaltung fungiert, könnte es problematisch sein, wenn die Sozialarbeiter*innen der Stadt St. Pölten unterstellt sind.

Vernetzung und Kooperation, welche in beiden Projekten passiert, könnte vertieft werden, aber die wichtige Schnittstellenarbeit und Sichtbarmachung von diversen Angeboten kommt zu kurz. Somit verlieren sich Ressourcen und die Kleinteiligkeit besteht weiterhin. Bei weniger Sozialarbeiter*innen ist eine diverse Zusammensetzung des Teams mit unterschiedlichen, sich ergänzenden Fähigkeiten und Kompetenzen zudem verringert und ein Ausschluss von Menschen mit Sprachbarrieren ist vergrößert. Auch das Ziel des sozialen, inklusiven und nachhaltigen Miteinanders kann nur im kleinen Rahmen erreicht werden. Aufsuchende Arbeit wird nicht möglich sein und die Gefahr besteht, dass die GWA-Mitarbeiter*innen sehr auf organisatorischer Ebene beschäftigt sind und den Bezug zur Basisarbeit verlieren bzw. diese zu kurz kommt. Auf organisatorischer und professioneller Ebene bedeutet es für die Sozialarbeiter*innen auch Herausforderungen im Krankheitsfall oder bei Urlauben.

Outcome

Für jene Bürger*innen in St. Pölten, die ohnehin die Angebote des Saals der Begegnung nutzen, wird eine dezidierte Anlaufstelle etabliert, die bei Projektideen oder Anliegen aufgesucht werden kann. Auch andere Bürger*innen können im kleinen Rahmen diese Expertise nutzen. Dadurch werden die bestehenden Angebote sichtbarer, Strukturen und Rahmenbedingungen können geschaffen sowie neue Zielgruppen erreicht werden.

5.5.8 Handlungsleitfäden zur Umsetzung konkreter Projektideen

Drochter Rosanna, Fichtinger Sophie, Trestl Michelle, Winkler Alexandra

Die Zukunftswerkstatt, die im Rahmen des von uns mitgestalteten Jour Fixe der Plattform KulturhauptSTART am 19.09.2019 stattfand, gab den Teilnehmer*innen in den ersten zwei Phasen Gelegenheit zum Kritisieren von und Träumen über St. Pölten. Darauf aufbauend wurden die Bürger*innen in der Planungsphase gebeten, sich in Kleingruppen auf einzelne Projektideen zu einigen, die sie gerne in St. Pölten umsetzen würden. Dazu überlegten sich die Teilnehmer*innen dann gemeinsam konkrete Handlungsschritte, welche sie selbst zur Erreichung des jeweiligen Ziels durchführen könnten. Aus diesen, von den Bürger*innen entwickelten Projektvorschlägen, wurden anschließend fünf Ideen von uns ausgewählt, die sich mit unserem Schwerpunkt der zielübergreifenden Selbstorganisation verbinden lassen:

- St. Pölten gemeinsam begrünen
- Parks wie den Sparkassenpark aktivieren und nutzen
- Bewegte und belebte Kulturräume schaffen
- Ein Haus der Begegnung schaffen und Räume nutzen
- Öffentlichen Verkehr ausbauen

Neben der Projektbeschreibung und den von den Bürger*innen gemeinsam erarbeiteten Ideen zu selbstorganisierten und zielgruppenübergreifenden Handlungsschritten werden bestehende Projekte und Initiativen genannt, die aus unserer Sicht thematische Anknüpfungspunkte darstellen. In diesem Zusammenhang werden auch potenzielle Ansprechpersonen, Kooperationspartner*innen und Fördergeber*innen angeführt. Kompetenzen und mögliche Aufgaben der Gemeinwesenarbeit beziehen sich auf die Förderung und Begleitung der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation. Sie sind – ebenso wie die möglichen Aufgaben der Bürger*innen – nicht als Vorgaben, sondern als Vorschläge und Orientierung zu sehen. Besonders die Aufgaben der Bürger*innen sind bewusst nicht im Detail aufgeführt, da diese bei selbstorganisiertem Handeln erst im Laufe des Prozesses selbst erkannt und ausgehandelt werden. Auch die Liste an materiellen Ressourcen kann je nach konkretem Bedarfsfall abgewandelt oder ergänzt werden.

Ziel	St. Pölten gemeinsam begrünen
Beschreibung der Projektidee	Ein grüneres St. Pölten hat sich in der Zukunftswerkstatt als zielgruppenübergreifendes und -verbindendes Bedürfnis abgezeichnet. Konkret wurden folgende Ideen zur Begrünung der Stadt geäußert: mehr Obstbäume und Beerensträucher setzen, Kräuterbeete für alle anlegen, unbenützte Flächen bepflanzen und eine mobile Bepflanzung mittels Patenschaften starten (vgl. D1: 19).
Erste Ideen der Bürger*innen zu selbstorganisierten und zielgruppenübergreifenden Handlungsschritten	■ Mit der Stadtgärtnerei in Kontakt treten ■ Mit Naturfreunden in Kontakt treten ■ Selbst im Innenhof Bäume pflanzen ■ Karten schreiben mit „Pflück mich“ für die Obstbäume (vgl. D1:19)

Anknüpfungspunkte (bestehende Projekte und Initiativen), Ansprechpartner*innen und Fördergeber*innen	■ Verein Sonnenpark (vgl. Kapitel 5.2) als Kooperationspartner ■ Projekt Stadtoase / Verein Smart Pölsen BürgerInnenbeteiligung (vgl. Kapitel 5.2) als Kooperationspartner und Anknüpfungspunkt ■ SPÖ - Valentinstagsaktion (vgl. Handfinger 2020) als Anknüpfungspunkt ■ Verein Naturfreunde als Kooperationspartner ■ Stadtgärtnerei St. Pölten (Abteilung Gärtnereibetrieb, Parks, Spielplätze und sonstige öffentliche Grünanlagen, Fachbereich Bau) als Fördergeberin ■ Aufforstungsoffensive der Stadt St. Pölten (vgl. Landeshauptstadt St. Pölten 2020) als Anknüpfungspunkt
Kompetenzen und mögliche Aufgaben der GWA	■ Kontaktaufnahme zu interessierten Bürger*innen (Kontakt Daten sind teilweise aus der Zukunftswerkstatt bekannt) und Bewerben der Initiative ■ Erstes zielgruppenübergreifendes Vernetzungstreffen initiieren ■ Kontinuierliche Vernetzung der Bürger*innen ■ Vorhandene Ressourcen aufzeigen und nutzen ■ Laufend als Ansprechperson zur Verfügung stehen ■ Je nach Bedarf Unterstützung bei der Organisation eines Raumes für Vernetzungs- und Planungstreffen, dem Kontaktaufbau zu anderen Projekten und der Stadtgärtnerei, Öffentlichkeitsarbeit, Genehmigungen und Budgetanträgen, Initiierung einer Sozialraumbegehung (Wo gibt es Grünflächen, die genutzt werden könnten?) u. ä.

Mögliche Aufgaben der Bürger*innen	■ Weitere selbstorganisierte und zielgruppenübergreifende Vernetzungs- und Planungstreffen veranstalten und Mitbürger*innen zu diesen einladen ■ Demokratische oder soziokratische Entscheidungen treffen: „Welche Ideen wollen wir umsetzen?“, „Wie möchten wir die Ideen umsetzen?“ ■ Kontakt mit Kooperationspartner*innen und Fördergeber*innen aufnehmen ■ Geplante Veränderungen im öffentlichen Raum mit der Stadtgärtnerei absprechen bzw. Genehmigungen einholen und dabei klar vermitteln, dass der Erhaltungsaufwand für die neuen Grünanlagen von den Bürger*innen übernommen wird. Mindestens ein*e Bürger*in sollte sich dabei als verantwortliche Ansprechperson zur Verfügung stellen. ■ Aufgaben und Verantwortlichkeiten aufteilen ■ Ideen umsetzen und Verantwortung für den Prozess und das neu Entstandene übernehmen
Voraussichtlich benötigte materielle Ressourcen	■ Werkzeug (Schaufeln, Gießkannen, Töpfe etc.): Vermutlich bereits in Haushalten der Bürger*innen oder bei kooperierenden Vereinen vorhanden. Eventuell finanzielle Förderung / Sponsorschenschaft durch Stadtgärtnerei oder örtliche Gartencenter. ■ Saatgut, Pflanzenableger, Baumsetzlinge etc.: Eventuell ebenso in Bevölkerung vorhanden und durch Spendenaufruf zusammentragbar. Ansonsten bzw. zusätzlich Sponsorschenschaft durch Stadtgärtnerei oder örtliche Gartencenter. ■ Stauraum für Gartengeräte: Kisten oder kleine Gartenhäuser könnten gemeinsam gebaut oder von örtlichen Gartencentern gesponsort werden. ■ Begrünungsflächen: private Flächen können in Absprache mit den jeweiligen Eigentümer*innen genutzt werden, öffentliche Flächen in Absprache mit der Stadt.

Tabelle 5 St. Pölten gemeinsam begrünen (eigene Darstellung)

Ziel	Parks, wie den Sparkassenpark, aktivieren und nutzen
Beschreibung der Projektidee	In der Zukunftswerkstatt sprachen sich teilnehmende Bürger*innen für den Ausbau von mehr Freizeitmöglichkeiten und die Nutzung von vorhandenen Parkanlagen aus (vgl. D1:19-20). Dieser Handlungsleitfaden kombiniert beide Bedürfnisse und erarbeitet anhand der Ideen der Bürger*innen einen Plan für die Nutzung und Aktivierung des Sparkassenparks St. Pölten. Die beschriebenen Schritte und benötigten Kompetenzen können nach etwaigen Anpassungen für jede weitere Parkanlage übernommen werden. Durch die Aktivierung und Nutzung des Sparkassenparks können konsumfreie Räume etabliert werden, die es in der Form in St. Pölten noch nicht gibt.
Erste Ideen der Bürger*innen zu selbstorganisierten und zielgruppenübergreifenden Handlungsschritten	■ Parks wie Sparkassenpark beleben durch Hingehen ■ Aktion organisieren: Grillen oder Guerilla Grillen ■ Aktion organisieren: Guerilla Knitting auf Bäumen ■ Mobile Parkbetreuung anfordern ■ Legale Graffiti-Wände fordern ■ Offenen, mehrsprachigen Bücherschrank organisieren ■ Trinkwasserquelle anfordern ■ Damit der Sparkassenpark seine negativen Zuschreibungen verliert, soll positive Öffentlichkeitsarbeit forciert werden ■ Recherchieren über andere „good practise“ Beispiele ■ Konsumfreien Raum fordern ■ Öffentlichkeitsarbeit/Werbung für neue Angebote betreiben ■ Gemeinschaftsgarten/Naschgarten starten ■ Eventisierung ■ Vernetzungstreffen organisieren: „bring your own chair und nimm dir deinen Raum“; E-Mail Verteiler über verschiedene Initiativen anlegen; Raum nutzen und interkulturelle Interaktion fördern (vgl. ebd.:19-20).
Anknüpfungspunkte (bestehende Projekte und Initiativen), Ansprechpartner*innen und Fördergeber*innen	■ „Bewegte und belebte Kulturräume“ (geplant; siehe unten) als Anknüpfungspunkt ■ „St. Pölten begrünen“ (siehe oben) als Anknüpfungspunkt ■ Grätzellabor als Kooperationspartner*in

	■ Sonnenpark, Plattform Stadtoase, Smart Pölten BürgerInnenbeteiligung als Ansprech- und Kooperationspartner*in ■ Jugendzentren und Mobile Jugendarbeit als Kooperationspartner*innen ■ Die Sparkasse als Eigentümer bzw. als Kooperationspartnerin und mögliche Fördergeberin ■ Emmaus, GESA und andere soziale Einrichtungen, die verschiedene Dienstleistungen anbieten wie Gemüseanbau, Gartenpflege, Altwaren und Upcycling-Produkte als Kooperationspartner*innen
Kompetenzen und mögliche Aufgaben der GWA	■ Bewerbung und Ermutigung für die Gründung einer offenen, zielgruppenübergreifenden Projektgruppe für die Planung der weiteren Schritte ■ Begleitung der Projektgruppe sofern Unterstützungsbedarf besteht ■ Klärung der Rahmenbedingungen für die Revitalisierung und Belebung des Sparkassenparks ■ Durch ressortübergreifendes Handeln zwischen motivierten Bürger*innen, Anwohner*innen, Politik und Verwaltung vermitteln ■ Netzwerkwissen zur Verfügung stellen ■ Bewusstsein schaffen für nachhaltige Gesellschaftsentwicklung mit Aufwertung des Sparkassenparks
Mögliche Aufgaben der Bürger*innen	■ Mitgestaltung und Nutzung des Parks durch Planen und Durchführen verschiedener Aktionen und Projekte ■ Verhandlungen mit Entscheidungsträger*innen ■ Öffentlichkeitsarbeit für positive Berichterstattung und Erweiterung der Nutzer*innen
Voraussichtlich benötigte materielle Ressourcen	■ Bücherschrank und mehrsprachige Bücher ■ Wasserleitung und Trinkwasserquelle ■ Sitzmöglichkeiten ■ Stelle mit feuerfestem Untergrund, wo beispielsweise gegrillt werden kann und darf ■ Graffiti-Wände und andere Materialien dafür ■ Parkbetreuung ■ Beete mit Naschobst oder ähnlichem, Gartengeräte

	■ Finanzielle Ressourcen für die Anschaffung etwaiger Dinge, die nicht über ein Sponsoring abgedeckt werden können.

Tabelle 6 Parks wie den Sparkassenpark aktivieren und nutzen (eigene Darstellung)

Ziel	Bewegte und belebte Kulturräume schaffen
Beschreibung der Projektidee	In der Zukunftswerkstatt 2019 zeigte sich, dass viele teilnehmende Bürger*innen den Wunsch nach Austausch und gemeinsamen Aktivitäten haben (vgl. D1:20). Es wurden einige Beispiele dafür genannt: Gemeinsam Musik machen oder anhören, verschiedene Kulturen bzw. Kultureinrichtungen kennenlernen, gemeinsam Kochen und Essen. Darüber hinaus beschrieben viele, dass sie den Wunsch haben einen Nähkurs zu organisieren, genauso wie eine Kinderdisco oder gemeinsam Wandern zu gehen. Dabei gaben Einzelne an, dass es nicht nur um den Austausch in Institutionen geht, sondern auch private und öffentliche Räume mehr genutzt werden sollen.
Erste Ideen der Bürger*innen zu selbstorganisierten und zielgruppenübergreifenden Handlungsschritten	■ Frage nach nutzbaren Räumen ■ Interessierte finden ■ beim Organisieren Mithelfen bzw. beim Mitmachen animieren ■ Flyer machen ■ Sponsor*innen suchen und mit Entscheidungsträger*innen sprechen wegen Nutzung diverser Räume (vgl. ebd.:20).
Anknüpfungspunkte (bestehende Projekte und Initiativen), Ansprechpartner*innen und Fördergeber*innen	■ Grätzellabor (im Entstehen) als Anknüpfungspunkt ■ Saal der Begegnung als Anknüpfungspunkt ■ Landestheater, Bühne im Hof, Landesmuseum, Klangturm, Cinema Paradiso, Kinderforschungslabor, Kinderkunstlabor (im Entstehen) und andere Kultureinrichtungen als Kooperationspartner*innen ■ Inklusionsprojekt der FH St. Pölten als Anknüpfungspunkt für Begleitungen zu diversen Veranstaltungen und Kultureinrichtungen ■ Hunger auf Kunst und Kultur (Kulturpass) als Kooperationspartner*in für kostenlose Eintritte in

	Kultureinrichtungen und für die Ausweitung des Angebots
Kompetenzen und mögliche Aufgaben der GWA	■ Vermittlung zwischen Bedürfnissen und deren Sammlung, damit Bürger*innen mit ähnlichen Anliegen zusammengebracht werden und kollektives Empowerment ermöglicht wird. ■ Drehscheibe für Bürger*innen, wo sie angeben können, ob sie selbst etwas anbieten möchten oder ob sie Interesse an bestehenden bzw. neuen Projekten haben. ■ Unterstützung des interkulturellen Austausches ■ Anlaufstelle für organisatorische, strukturelle oder inhaltliche Fragen (z.B. für kostenlose Eintritte bei Kultureinrichtungen oder Organisation von Nähmaschinen oder ähnliches)
Mögliche Aufgaben der Bürger*innen	■ Partizipation und Selbstorganisation im Hinblick auf die Planung und Durchführung der bewegten und belebten Kulturräume. ■ Einbringen diverser Ideen, Fähigkeiten, Kompetenzen und Ressourcen. ■ Aktivierung verschiedener Menschen für die Teilhabe und Mitgestaltung bei den Austauschmöglichkeiten und geplanten Aktivitäten ■ Öffentlichkeitsarbeit: Berichte über die Teilnahme oder Organisation verschiedener Veranstaltungen und Besuche der Kulturräume veröffentlichen
Voraussichtlich benötigte materielle Ressourcen	Materielle und finanzielle Ressourcen sind je nach konkreter Veranstaltung oder Aktion und Bedürfnissen der Bürger*innen unterschiedlich.

Tabelle 7 Bewegte und belebte Kulturräume schaffen (eigene Darstellung)

Ziel	Ein Haus der Begegnung schaffen und Räume nutzen
Beschreibung der Projektidee	Ein Anliegen der Bewohner*innen innerhalb der Zukunftswerkstatt war es, einen Raum zu schaffen, in welchem Begegnung möglich sind und interkultureller Austausch gepflegt werden kann. Dabei kann jede*r seinen*ihren Beitrag auf vielfältige Art und Weise leisten. Zudem bestand das Bedürfnis, leere und ungenutzte Räume zu aktivieren und diese mit diversen Angeboten und einer Neugestaltung zu beleben (vgl. D1:19-20).
Erste Ideen der Bürger*innen zu selbstorganisierten und zielgruppenübergreifenden Handlungsschritten	■ Herausfinden, welche Räume zur Verfügung stehen ■ Eruiieren, wer für diese Räume verantwortlich ist ■ Einen fairen Zeitplan erstellen ■ Regeln für die Nutzung des Hauses aufstellen ■ Ein faires Miteinander etablieren ■ Eine Ansprechperson für den Betrieb im Haus vereinbaren ■ Gemütliche Sitzmöglichkeiten bieten (vgl. D1:19-20)
Anknüpfungspunkte (bestehende Projekte und Initiativen), Ansprechpartner*innen und Fördergeber*innen	■ Saal der Begegnung als bestehende zu nutzende und zu stärkende Ressource ■ Magistrat der Stadt St. Pölten (Vergabe Raum und Finanzierung) als Ansprechpartner ■ Diversity Café, Tauschkreis, Jugendzentren, QfH, Kunst- und Kulturschaffende und andere als Kooperationspartner*innen zur Steigerung der Diversität ■ Grätzellabor und Bewegte Kulturräume (siehe oben) als Kooperationspartner*innen
Kompetenzen und mögliche Aufgaben der GWA	■ Vorhandene Ressourcen aufzeigen und die Schaffung neuer begleiten ■ Sichtbarmachung des Angebots Diversity Café ■ Zielgruppenübergreifende Angebote setzen ■ Netzwerkarbeit für höhere Diversität, zur Verbindung von Angeboten, zur besseren Überschaubarkeit des Sozialraums, zum Ansprechen und Ermutigen von neuen Nutzer*innen ■ Vermittlung zwischen Bedürfnissen und Angeboten ■ Partizipationsprozesse anregen und begleiten

	■ Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen ■ Ansprechperson für Bürger*in sein ■ Öffentlichkeitsarbeit partizipativ betreiben
Mögliche Aufgaben der Bürger*innen	■ Aktivierung von Mitbürger*innen zur Nutzung des Hauses und Schaffung einer zielgruppenübergreifenden Gruppe ■ Einbringung und Durchführung von Gestaltungsideen ■ Öffentlichkeitsarbeit über soziale Medien ■ Partizipation im Hinblick auf die Planung bzw. Durchführung von Veranstaltungen
Voraussichtlich benötigte materielle Ressourcen	■ Bedingungen zur Anmietung des Saals der Begegnung ■ Mobiliar für das Haus ■ Budget für die unbürokratische Umsetzung von Projektideen

Tabelle 8 Ein Haus der Begegnung schaffen und Räume nutzen (eigene Darstellung)

Ziel	Öffentlichen Verkehr ausbauen
Beschreibung der Projektidee	Ein zentraler Wunsch der an der Zukunftswerkstatt teilnehmenden Bürger*innen war der Ausbau des öffentlichen Verkehrs (vgl. D1:12). Die öffentliche Verkehrsanbindung in St. Pölten und Umgebung wurde stark kritisiert. Das derzeitige öffentliche Verkehrsnetz ist laut den Bürger*innen ausbaufähig. Besonders der Mangel an Intervallen nach 20 Uhr und der Betrieb an Wochenenden sollte erweitert werden. Außerdem empfinden die Teilnehmer*innen der Zukunftswerkstatt den Preis der Fahrtickets für zu teuer und wünschen sich daher günstigere Ticketpreis. Viele der Teilnehmer*innen sind vom öffentlichen Transport abhängig und haben in der Zukunftswerkstatt ihren Unmut kundgetan (vgl. D1:11).
Erste Ideen der Bürger*innen zu selbstorganisierten und zielgruppenübergreifenden Handlungsschritten	■ Gespräche mit Bürgermeister, Landesregierung und Verkehrsunternehmen führen ■ Erhebungen durchführen: Umfragen und Statistiken zum derzeitigen Fahrplan erstellen

	■ Gemeinsames Beschwerdeschreiben der Bürger*innen erstellen ■ Sponsor*innen für Förderungen finden (vgl. D1:20)
Anknüpfungspunkte (bestehende Projekte und Initiativen), Ansprechpartner*innen und Fördergeber*innen	■ Verkehrsunternehmen in St. Pölten als Ansprechpartner und Fördergeber*innen ■ LUP (Der Stadtbuss) ■ VOR (Verkehrsverbund Ostregion) ■ ÖBB (Österreichische Bundesbahnen) ■ AST (Anruf-Sammeltaxi) ■ Wheeli (Das Dörfertaxi) ■ Bürgermeister und Gemeinderat bzw. Stadt St. Pölten als Fördergeber*innen ■ Mobilpass Wien als Anknüpfungspunkt für Vergünstigungen von ökonomisch benachteiligten Menschen ■ NÖ Armutsnetzwerk (vgl. Kapitel 5.2.) als Anknüpfungspunkt für den Mobilitätspass (vgl. Arbeiterkammer 2016) ■ Stadtplanungsbüro der Stadt St. Pölten als Ansprechpartner ■ Gestaltungsbeirat für Baukultur (vgl. Kapitel 5.2.) als Ansprechpartner
Kompetenzen und mögliche Aufgaben der GWA	■ Ansprechstelle für und Begleitung von Bürger*innen ■ Fachwissen zur Verfügung stellen, beispielsweise bezüglich Erhebungsmethoden für Umfragen und Statistiken ■ Unterstützung bei der Organisation von Beschwerdeschreiben, Versammlungen, Initiativen, Projekten etc. und dadurch partizipative Prozesse ermöglichen ■ Netzwerke von Anknüpfungspunkten, Ansprechpartner*innen und Fördergeber*innen erstellen und diese für Bürger*innen sichtbar und nutzbar machen ■ Gespräche und Aushandlungsprozesse aufrechterhalten ■ Kooperationen (z.B. mit NÖ Armutsnetzwerk) eingehen ■ Vermittlung zwischen den verschiedenen Ebenen (Politik, Verwaltung und Bürger*innen)

Mögliche Aufgaben der Bürger*innen	■ Aktive Beteiligung am Prozess: Erhebung wie Umfragen und Statistiken, Beschwerdeschreiben erstellen, Unterschriftenaktion ■ Forderungen stellen und vertreten ■ Mitgestaltung bei Aktionen ■ Konkrete Ansprechpersonen wählen

Tabelle 9 Öffentlichen Verkehr ausbauen (eigene Darstellung)

Die dargestellten Projektideen in Form der dargelegten fünf Handlungsleitfäden stammen von Bürger*innen aus St. Pölten selbst. Sie zielen auf die Verbesserung und Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen ab, wie es auch das Ziel von Gemeinwesenarbeit ist (vgl. Stövesand / Stoik 2013:21). Es werden durch die Projektideen sowohl infrastrukturelle als auch soziale Veränderungen von den Bürger*innen angesprochen. Die Ziele und Arbeitsweisen der Gemeinwesenarbeit eignen sich, um Bürger*innen bei der Umsetzung ihrer Projektideen zu unterstützen und zu begleiten.

Die erarbeiteten Handlungsleitfäden sind als Empfehlungen zur Umsetzung der Projektideen der Bürger*innen zu sehen. Daneben kann Gemeinwesenarbeit Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für zielgruppenübergreifende Selbstorganisationsprozesse schaffen. Gemeinwesenarbeit kann bei den Handlungsleitfäden vor allem motivierend und unterstützend tätig sein, die Ergebnisse bleiben jedoch offen. Menschen sind nach Heinz von Foerster (vgl. 1988) nicht-triviale Systeme. Die Wirkung der Umwelt wird von jedem Menschen anders wahrgenommen, das heißt die Ergebnisse der Handlungsleitfäden sind nicht vorhersehbar. Darüber hinaus ist nicht nur die Umsetzung der Projektidee das Ziel der Selbstorganisationsprozesse. Auch die Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, Mitgestaltung, Teilhabe und positive Erfahrungen sind Ziele. Die Handlungsansätze sollen eine demokratische Zivilbevölkerung und ein nachhaltiges und soziales Miteinander in St. Pölten fördern.

5.5.9 Verbreitung

Das vorliegende Konzept zielt auf die praktische Implementierung von Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation in St. Pölten ab. Daher werden die nötigen Schritte unternommen, damit dieses Konzept politischen Entscheidungsträger*innen vorgelegt wird, ein professioneller Austausch darüber stattfindet und es zu einer konkreten praktischen Umsetzung kommt. Im Zuge der

Projektvernissage Plus, die an der Fachhochschule St. Pölten stattfand, wurde bereits der erste Kontakt zur Stadtgemeinde St. Pölten hergestellt. Drei weitere Schritte zur Verbreitung und Anbahnung einer Umsetzung des Konzepts sind für die nächsten Wochen und Monate geplant. So soll einerseits ein Vernetzungstreffen mit den Kooperationspartner*innen dieser Masterarbeit stattfinden, um diese über die Ergebnisse zu informieren und mögliche Interessenten einer Umsetzung zu evaluieren. Andererseits werden im Zuge des Social Work Science Day der Fachhochschule St. Pölten am 07.05.2020 Ausschnitte der Masterarbeit und des Konzepts präsentiert. Zudem wird sobald als möglich ein Termin mit dem Bürgermeister, den Stadträt*innen und dem Gemeinderat vereinbart. Die Verfasser*innen des Konzepts stehen der Stadt St. Pölten mit ihrer Expertise zur Verfügung und unterstützen gerne bei den weiteren Schritten.

Darüber hinaus soll dieses Konzept auch anderen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, welche sich damit beschäftigen, Gemeinwesenarbeit zu implementieren. Es kann demnach als Leitfaden für andere interessierte Gemeinden verstanden werden. Ziel ist es, dass die Ergebnisse, die durch die Masterarbeit generiert wurden, verbreitet werden, um eine nachhaltige und inklusivere gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen.

5.5.10 Resümee

Abschließend möchten wir einen zusammenfassenden Überblick über dieses hier vorliegende Konzept geben und auf die wichtigsten Erkenntnisse eingehen.

„Gemeinwesenarbeiter*innen agieren präventiv, proaktiv und problemlösend durch die rechtzeitige Stärkung der Ressourcen Einzelner, von Beziehungen oder materiellen und infrastrukturellen Bedingungen.“ (Riede 2019:70)

Die dargestellten Handlungsleitfäden für die Projektideen der Bürger*innen zeigen, dass bereits mit wenigen Ressourcen konkret auf die Ideen der St. Pöltner*innen eingegangen werden kann. Dadurch erfahren die Bürger*innen Selbstwirksamkeit und können von sich aus einiges für ihr unmittelbares Lebensumfeld bewirken. Für die Förderung von Demokratie, Nutzung von Synergieeffekten, die Verbesserung der Lebensverhältnisse Aller, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Gehen neuer Wege in der Stadtentwicklung, benötigt es aber Gemeinwesenarbeit, wie in Variante A – dem Optimum für die Stadt St. Pölten, dargestellt wird.

Daraus abgeleitet empfiehlt sich für die Stadt St. Pölten die Implementierung von drei Stadtteilzentren. Damit werden vorhandene Ressourcen und Angebote sichtbarer und nutzbar. Bedürfnisse und Problemlagen der Bürger*innen werden partizipativ bearbeitet. In heterogenen Nachbarschaften entsteht dadurch ein soziales und inklusives Miteinander und Teilhabemöglichkeiten für alle Bürger*innen werden etabliert. Ein durch professionelle Fachkräfte begleitetes GWA-Projekt kann durch fachliche Expertise und die richtige Methodenwahl einen Großteil der Menschen eines Sozialraums ansprechen, erkennt Herausforderungen und schafft eine diverse Gruppe. Zudem erhöht die fachliche Begleitung durch entsprechende Kooperationen, Vernetzung und Evaluation die Nachhaltigkeit von neuen GWA-Projekten.

Dieses Konzept zeigt klar auf, welche positiven Auswirkungen eine gut etablierte GWA und der neue Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation haben wird und welche jetzt bestehenden Herausforderungen aufgegriffen und bearbeitet werden können, damit aus der Stadt, die als „Eh ned schlecht vs. Niemandland für die Identifikation¹¹“ bekannt ist, eine selbstbewusste, aufstrebende und zukunftsorientierte Mittelstadt wird, die für alle ihre Bewohner*innen ein gerechtes, soziales und diverses Lebensumfeld bietet.

Literatur

- Arbeiterkammer (2016): Sozialtarife im öffentlichen Verkehr. Ein Mobilitätspass für Niederösterreich. https://noe.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/arbeitundwirtschaft/Mobilitaetspass_NOe_2016.pdf [20.03.2020].
- Bürgergesellschaft (o. A.): Ziele der Gemeinwesenarbeit. <https://www.buergergesellschaft.de/> [31.03.2020].
- Foerster, Heinz von (1988): Aufbau und Abbau, In: Simon, Fritz B. (Hrsg.): Lebende Systeme: Wirklichkeitskonstruktionen in der systemischen Therapie. Heidelberg: Springer, 19-33.
- Handfinger, Tanja (2020): Liebeserklärung an St. Pölten. Bezirksblätter St. Pölten, 06.02.2020, o. A., https://www.meinbezirk.at/st-poelten/c-lokales/liebeserklaerung-an-st-poelten_a3911976 [09.03.2020].
- Kommunikation & Entwicklung Hall in Tirol (2016): Soziale Stadtteil- und Gemeindeentwicklung in Tirol. Leitfaden für Gemeinden. <http://entwicklung.komm-ent.at/wp-content/uploads/2017/09/Leitfaden-Gemeinwesenentwicklung-Tirol-lang.pdf> [28.03.2020].

¹¹ vgl. Kapitel 5.1

- Landeshauptstadt St. Pölten (2020): Aufforstungsoffensive in St. Pölten <https://www.st-poelten.at/news/14602-aufforstungsoffensive-in-st-poelten> [09.03.2020].
- Lüttringhaus, Maria (2007): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang / Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel, Dieter (Hg.Innen): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim, München: Juventa, 277-282.
- OBDS, Österreichischer Berufsverband für Soziale Arbeit (o.A.): Internationale Definition der Sozialer Arbeit. https://www.obds.at/wp/wp-content/uploads/2018/04/definition_soziale_arbeit_-_obds_final.pdf [09.03.2020]
- Riede, Melina (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf / Drilling, Matthias / Niermann, Oliver (Hg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer, 67-87.
- Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit - eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland - Schweiz - Österreich. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich, 14-36.
- Trenkwalder-Egger, Andrea (2016). Sharing&Caring. Das Phänomen der Gabe in der Sozialen Arbeit, Budrich UniPress Ltd: Opladen, Berlin, Toronto.
- Munsch, Chantal (Hg.) (2003). Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Juventa: Weinheim, München.
- Nussbaum, Martha C. (2003): Frauen und Arbeit – Der Fähigkeitenansatz, In: Social Schience Open Access Repository: 8-37.

Daten

- D1, Dokumentation des Jour Fixe "GEMEINSAM GESTALTEN" vom 19.9.2019, verfasst von Rosanna Drochter, Sophie Fichtinger, Michelle Trestl und Alexandra Winkler.
- ITV7, Interview, geführt von Michelle Trestl mit Lena Weiderbauer, Mitarbeiterin der Plattform KulturhauptSTART in St. Pölten, 07.05.2019.
- ITV8, Interview, geführt von Michelle Trestl mit Gernot Kulhanek, selbstständig mit einer Modulküche und als Jugendarbeiter in St. Pölten, 07.05.2019.

Abbildungen

Abbildung 21 Methodenkoffer der GWA (eigene Darstellung).....	418
Abbildung 22 Fünf Gründe, wieso es Sozialarbeiter*innen braucht (eigene Darstellung)	420
Abbildung 23 Das GWA-Zentrum (eigene Darstellung)	425
Abbildung 24 Zeitplan (eigene Darstellung)	429
 Tabelle 4 Ziele des Konzepts (eigene Darstellung)	 416
Tabelle 5 St. Pölten gemeinsam begrünen (eigene Darstellung)	438

Tabelle 6 Parks wie den Sparkassenpark aktivieren und nutzen (eigene Darstellung).....	441
Tabelle 7 Bewegte und belebte Kulturräume schaffen (eigene Darstellung).....	442
Tabelle 8 Ein Haus der Begegnung schaffen und Räume nutzen (eigene Darstellung)	444
Tabelle 9 Öffentlichen Verkehr ausbauen (eigene Darstellung)	446

.....

6 Resümee. Denke Gemeinwesenarbeit neu und baue auf Selbstorganisation der Bürger*innen!

Im Zuge der vorliegenden Masterarbeit haben wir Studierende der Sozialen Arbeit uns auf theoretischer und praktischer Forschungsebene mit dem Thema Gemeinwesenarbeit beschäftigt. Neben theoretischen Grundlagen zur GWA, Sozialraum, Governance, Partizipation, Selbstorganisation und einer Einführung in unser Forschungsprinzip der kollaborativen Aktionsforschung haben wir GWA-Lernbeispiele unter die Lupe genommen. Dank dieser Einblicke konnten wir den Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation entwickeln und Kenntnisse zur Rolle und Sichtbarkeit der Sozialen Arbeit in der GWA gewinnen. Dieses akkumulierte Wissen floss in die Konzeption für GWA-Projekte in St. Pölten ein, einem spärlich beschriebenen Blatt in puncto sozialarbeiterischer GWA.

Durch diese Masterarbeit konnten wir Wissen auf zweifache Weise generieren. Einerseits sammelten wir klassisches Wissen aus der Literatur und unseren Forschungserkenntnissen. Andererseits eröffnete der Forschungsprozess praktisches und reflexives Wissen dank Elementen aus der kollaborativen Aktionsforschung, Interaktionen mit Bürger*innen und GWA-Praktiker*innen. Auch soziokratische Entscheidungsstrukturen in einer Masterarbeitsgruppe, bestehend aus elf Individuen, neun Studierenden und zwei Lehrenden, führten zu neuen Erkenntnissen.

Im Sinne einer kritischen Sozialen Arbeit befassen wir uns in diesem letzten Abschnitt der Masterarbeit mit einer differenzierten Betrachtung der Forschungsergebnisse, Empfehlungen an die sozialarbeiterische Hochschulbildung und an die Etablierung von GWA in St. Pölten, offenen Fragen und Denkansätzen für weitere Forschungen und Praktiken zum Dreiergespann: Gemeinwesenarbeit, zielgruppenübergreifende Selbstorganisation und Sozialraum St. Pölten.

An dieser Stelle leiten wir zur Diskussion der Forschungsergebnisse über. Als Orientierung dienen uns dabei die drei Forschungsfragen dieser Masterarbeit: Die erste Forschungsfrage bezieht sich auf den von uns entwickelten Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation und inwiefern dieser eine Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit darstellt. Die zweite Forschungsfrage betrachtet die Rolle und Sichtbarkeit der Sozialen Arbeit in Prozessen der Gemeinwesenarbeit und wirft die Frage auf, wie die Position der Sozialen Arbeit in der GWA gestärkt werden könnte. Der dritte Forschungsschwerpunkt bezieht sich auf den

Sozialraum St. Pölten und wie anhand des Ansatzes der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation eine nachhaltige Gemeinwesenarbeit in St. Pölten konzeptioniert werden kann.

1. *Was kann unter zielgruppenübergreifender Selbstorganisation verstanden werden? Inwieweit stellt diese eine Weiterentwicklung der GWA dar?*

Bezugnehmend auf das Kapitel 4.3 „Zielgruppenübergreifende Selbstorganisation. Frischer Wind für die Gemeinwesenarbeit?“ handelt es sich bei dem Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation um einen politischen und sozialen Prozess, in dem diverse Bürger*innen eines Sozialraumes sich selbstorganisieren, selbstermächtigen und kreative Räume der Teilhabe schaffen. Im Gegensatz zu selbstorganisierten Initiativen, die sich auf eine bestimmte Zielgruppe beziehen (z. B. Menschen mit Armutserfahrungen Migrant*innen), adressiert der Prozess der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation zielgruppenübergreifend alle Menschen eines Sozialraumes. Hier könnte Soziale Arbeit als Moderatorin und Vermittlerin agieren, um durch ihre Expertise Diversität und sozialen Zusammenhalt im Prozess zu fördern. Das Kapitel hat aufgezeigt, dass es eine kritische Perspektive auf Machtstrukturen und Ungleichheiten im Sozialraum braucht. Gegebenenfalls muss die Soziale Arbeit als Unterstützerin von marginalisierten Gruppen auftreten. Soziale Arbeit kann selbstorganisierten Bürger*inneninitiativen als Moderatorin, Vermittlerin, Vernetzerin und „demokratiefördernde Brückenbauerin“ (Riede 2019) zur Verfügung stehen. Hier liegt der Knackpunkt versteckt: Soziale Arbeit muss ständig zwischen Empowerment und Bevormundung balancieren. Selbstkritik, Reflexion der Machtverhältnisse und konsequente Bürger*innenpartizipation könnten dabei als Präventionsmaßnahmen gegen einen sozialarbeiterischen Paternalismus dienen. Was die Weiterentwicklung der GWA betrifft, so geschieht diese durch das analytische Zusammenfügen zweier bereits bestehender Grundpfeiler der GWA: zielgruppenübergreifendes Arbeiten und Empowerment als Weg zur Selbstorganisation von Bürger*innen (vgl. Kapitel 4.3).

Nun zu unseren kritischen Einsichten und offenen Fragen, die uns in Bezug auf zielgruppenübergreifende Selbstorganisation begleiten:

Die Balance zwischen Unterstützung und Bevormundung zu halten, stellt einige Herausforderungen für die Soziale Arbeit in der Gemeinwesenarbeit dar. Ein ständiges Aushandeln und Selbstreflexion sind gefragt. Im Zuge der Hochschulbildung wären hierzu konkrete Balancebeispiele, eingebettet in einem theoretischen Rahmen, hilfreich. Darunter würden Beispiele aus der GWA-Praxis fallen, bei denen Sozialarbeiter*innen

schildern und reflektieren, wie sie unterstützend begleiten und sozialarbeiterische Bevormundung erfolgreich bremsen konnten oder es ihnen nicht geglückt ist.

Eine weitere reflexive Erkenntnis bezieht sich auf den sozialarbeiterischen Konjunktiv in selbstorganisierten Prozessen: Ausschlaggebend für diese Einsicht war die Tatsache, dass selbstorganisierte Initiativen meist ohne Soziale Arbeit existieren. Aufgrund dessen ist der Konjunktiv gefragt: Soziale Arbeit könnte als mögliche Unterstützerin Selbstorganisationen zur Seite stehen, das bedeutet, sie muss sich zurücknehmen bzw. ggf. im Laufe des Prozesses vollständig heraus lösen. In diesem Zusammenhang wäre eine wissenschaftliche Betrachtung der sozialarbeiterischen Skepsis gegenüber Selbstorganisation von Interesse, um den Konjunktiv der möglichen Unterstützung zu unterstreichen. In der Beschäftigung mit der Schaffung von kreativen Räumen ist das Thema des Scheiterns aufgetaucht. Auch hier ist eine zurückhaltende Position der Sozialen Arbeit gefragt, die in selbstorganisierten Kontexten Scheitern zulässt, ohne als Korrektiv einzuschreiten. Außerdem beschäftigte uns die Frage, wie Zurückhaltung und Unterstützung in einem ausgewogenen Verhältnis möglich sein kann. Auch diese Frage birgt Potenzial für weitere wissenschaftliche Untersuchungen.

In Bezug auf Diversitätsfragen und Zugängen für alle Bürger*innen erachten wir einen intersektionalen Ansatz, d.h. ein kritischer Blick auf das Ineinandewirken von verschiedenen Differenzkategorien (z.B. Gender, Alter, ethnische Zugehörigkeiten, Körperlichkeiten) zwischen Individuen in einer Gesellschaft, als fundamental. Durch einen intersektionalen Ansatz können soziale Ungleichheiten in einem Sozialraum aufgedeckt werden und sozialarbeiterische Interventionen für die Teilhabe von sozial benachteiligten Bürger*innen gesetzt werden. Unserer Meinung nach sollten intersektionale Ansätze und Selbstorganisation als Empowerment in der Gemeinwesenarbeit im Sinne von Grundsatzdebatten eingeführt werden. An dieser Stelle sei angemerkt, dass Partizipation bereits als theoretische Basis in der sozialarbeiterischen Lehre und Praxis Einzug gefunden hat. Ihr sollten nun die Selbstorganisation und Intersektionalität folgen. Anknüpfend daran beschäftigte uns die Frage: Wie kann GWA parteilich als Unterstützerin für marginalisierte Gruppen in einem Sozialraum auftreten und gleichzeitig ihre intermediäre Instanz wahren? Diese Frage bietet einen Nährboden für weitere Forschungen.

Für kommende Forschungen zu ähnlichen Themen möchten wir einen partizipativen Forschungsprozess ab Stunde null empfehlen. Dank der partizipativen Elemente in unserem Forschungsprozess aus der kollaborativen Aktionsforschung konnten wir

wertvolle Erkenntnisse eruieren, die durch Literaturrecherche oder herkömmliche qualitative Forschungsmethoden nicht erfassbar gewesen wären. Ein partizipativer Forschungsprozess würde im Falle der GWA bedeuten Bürger*innen von Beginn an zu involvieren. Dies könnte sich förderlich auf die Wissensgenerierung auswirken.

2. Wie kann die Rolle und Funktion der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesenarbeit gestärkt und sichtbar gemacht werden? Was ist der Beitrag Sozialer Arbeit im zu entwickelnden neuen Ansatz?

Wir erinnern die Leser*innen an dieser Stelle an die Forschungserkenntnisse des Kapitels 4.1 „Gemeinwesenarbeit und Soziale Arbeit: was sagt die Literatur dazu?“. In diesem Teil wurde erörtert, dass die Soziale Arbeit in der Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz in der Rolle der Vernetzerin, Übersetzerin, Vermittlerin und als Kooperationspartnerin fungiert. Zum Thema der Parteilichkeit der Sozialen Arbeiten nahmen wir im Sinne der sozialarbeiterischen Ethik die Position ein, dass Parteilichkeit zwar angebracht ist, aber reflektiert und kontextabhängig passieren muss. Dafür ist ein ganzheitlicher Blick gefragt. Im Sinne von Riedes (2019) Bezeichnung der GWA als „demokratiefördernde Brückenbauerin“ setzt sich die GWA als Teil der lokalen Politik für Teilhabemöglichkeiten aller Bürger*innen des Sozialraums ein. Dabei sind aus fachlicher Sicht ein niederschwelliger Zugang, Beziehungsarbeit im Sinne von GWA als Ansprechperson und Fachwissen zu Methoden und Hintergrundwissen aus der GWA und benachbarten Disziplinen gefragt. Des Weiteren ist es eine der Hauptaufgaben der sozialarbeiterischen GWA Selbsthilfe und Selbstorganisation durch Bürger*innenaktivierungen zu unterstützen. Darüber hinaus beschäftigten wir uns mit der Frage des Ehrenamts, das zwar eine große Ressource darstellt, aber professionelle Soziale Arbeit nicht ersetzen kann. Soziale Arbeit stellt einen wichtigen Bestandteil der GWA dar und kann laut unserer Position aufgrund ihres Auftrags gegenüber den Bürger*innen, der Gesellschaft und der eigenen Profession nicht fehlen. Die Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte ist ein Leitgrundsatz der GWA und wird durch die Aktivierung der Menschen unterstützt. Die GWA steht vor ständigen Herausforderungen, wie diversen abweichenden Ansätzen und Strömungen, prekären Finanzierungen und sozialarbeiterischer Interventionen auf drei Ebenen: Individuum, Gruppe und Gesellschaft. Durch ihre facettenreiche Expertise könnte die GWA als Unterstützerin in zielgruppenübergreifenden, selbstorganisierten Prozessen dienen (vgl. Kapitel 4.1).

Auch hier entstand eine Reihe an kritischen Überlegungen und offenen Fragen:

Erstens stellen die diversen Rollen wie Moderatorin, Vernetzerin, Vermittlerin und „demokratiefördernde Brückenbauerin“ sowie die drei Ebenen (Individuum, Gruppe, Gesellschaft) eine Herausforderung für die Soziale Arbeit in der GWA dar. Hinsichtlich der knappen zeitlichen und finanziellen Ressourcen im Berufsalltag einer*s GWA-Sozialarbeiter*in entpuppen sich partizipative und vor allem zeitaufwendige Methoden als ein schwieriges Unterfangen. Hier wäre ein Realitätscheck zwischen Ansprüchen aus der GWA-Theorie und praktischen Umsetzungsmöglichkeiten von wissenschaftlichem Interesse. Außerdem wären besonders für die GWA-Praxis mehr Inputs im Curriculum des Masterstudiums für Soziale Arbeit an der Fachhochschule St. Pölten wünschenswert, um diesen Sprung von „klassischer“ Einzelfallarbeit zu Sozialer Arbeit mit heterogenen Gruppen und Gesellschaft zu schaffen.

Überdies konnten wir einen weiteren Balanceakt ausfindig machen: GWA muss ein Mittelmaß zwischen einem zielgruppenübergreifenden Ansatz und zielgruppenspezifischen Angeboten finden. Zielgruppenspezifische Aktivitäten sind im Sinne eines intersektionalen Ansatzes und der Diversität eines Sozialraumes unverzichtbar.

Darüber hinaus stellte sich in diesem Kontext die Frage nach dem Ehrenamt bzw. Aktivismus als große Ressource für die Sozialen Arbeit. Eine Fülle an Überlegungen beschäftigte uns: Können wir weiterhin bei selbstorganisierten Bürger*inneninitiativen über Ehrenamt reden oder wäre Aktivismus geeigneter? Können wir beispielsweise bei Selbstorganisationen wie Fridays for Future, Nachbarschaftshilfen oder Willkommenskultur für geflüchtete Menschen noch von Ehrenamtlichen sprechen oder doch lieber von aktivistischen Bürger*innen? Wird hier ein Paradigmenwechsel von Ehrenamt zu Aktivismus in selbstorganisierten Kontexten sichtbar? Das Thema ist komplex: Die Zunahme von Ehrenamt/Aktivismus kann auf einen Abbau des Sozialstaates und die Auslagerungen von sozialstaatlichen Verantwortungen an Bürger*innen hinweisen. Ergreifen Bürger*innen das Wort und organisieren sich selbst, da sie das Gefühl haben, dass ihre Stimme nicht gehört wird? Oft schwingt beim Thema Ehrenamt/Aktivismus, in Abgrenzung zu professioneller Sozialer Arbeit, die Befürchtung der Sozialen Arbeit mit, überflüssig zu werden. Hier ist unserer Meinung nach ein Umdenken gefragt. Es handelt sich nicht um eine Entweder-oder-Frage von Ehrenamt/Aktivismus oder Soziale Arbeit, sondern um eine neue Rolle der Sozialen Arbeit als Moderatorin und Kollaborateurin von Aktivist*innen/Ehrenamtlichen. Außerdem sollte nicht verschleiert werden, dass Sozialarbeiter*innen selbst, wie alle anderen Beteiligten, Bürger*innen mit einem politischen Bewusstsein, diversen Fähigkeiten und Ressourcen sind. Im Sinne der internationalen Definition und des

politischen Auftrages der Sozialen Arbeit als Förderin von sozialer Gerechtigkeit, sozialen Entwicklungen und Selbstbestimmung von Menschen sollte die Soziale Arbeit aktivistische Prozesse der Selbstermächtigung bzw. Selbstorganisation von Bürger*innen unterstützen.¹² Das Zusammenspiel Selbstorganisation-Ehrenamt/Aktivismus-Soziale Arbeit ist äußerst vielschichtig und hätte den Rahmen unserer Masterarbeit gesprengt. Jedoch könnten diese Überlegungen Denkanstöße für weitere Forschungen bieten.

3. Wie kann im Sinne der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation eine partizipative und nachhaltige Gemeinwesenarbeit für den Sozialraum St. Pölten geschaffen werden?

Im Kapitel 5 wurde auf den Sozialraum St. Pölten, diverse Stakeholder, vorhandene Ressourcen, Bedürfnisse der Bürger*innen und Ansätze von Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten eingegangen. Abschließend wurde ein Konzept für GWA in St. Pölten präsentiert, welches auf theoretischen Grundlagen und Erkenntnissen aus den Forschungsbeispielen aufbaut.

Was Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in St. Pölten betrifft, so lässt sich festhalten, dass bisweilen kein explizites GWA-Projekt in der Landeshauptstadt auffindbar ist. Nichtsdestotrotz lassen sich einige Ansätze von Gemeinwesenarbeit erkennen. Obwohl es eine Bandbreite an spezifischen sozialarbeiterischen Angeboten gibt, fehlt es an zielgruppenübergreifenden und ganzheitlichen Initiativen. Neben Ansätzen von GWA und Selbstorganisationen kann in St. Pölten auf Bürger*innenbeteiligungsprozesse, räumlichen Ressourcen und partizipativen Bildungsprozessen aufgebaut werden. Es mangelt an Ressourcen für GWA, niederschwelligen Räumen und Möglichkeiten des Experimentierens und der Selbstermächtigung. St. Pölten braucht eine Anlaufstelle, die für zielgruppenübergreifende Bürger*innenaktivierung zuständig ist. Um eine zielgruppenübergreifende GWA für alle zu gewährleisten, benötigt es in St. Pölten sozialarbeiterische Kompetenzen wie Moderation, Vermittlung, Reflexion, Empowerment und Toleranz. Darüber hinaus müssen nachhaltige und transparente

¹² „Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. Dabei stützt sie sich auf Theorien der Sozialen Arbeit, der Human- und Sozialwissenschaften und auf indigenes Wissen. Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein. Diese Definition kann auf nationaler und/oder regionaler Ebene weiter ausgeführt werden.“ (DBHS 2016: o.A.)

Strukturen und Rahmenbedingungen für Vernetzung geschaffen werden. Im Sinne von Diversitätsförderung in GWA-Projekten kann der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation eine partizipative und nachhaltige Unterstützung bieten (vgl. Kapitel 5.2).

St. Pölten braucht Gemeinwesenarbeit: Anhand einer Zukunftswerkstatt mit Bürger*innen und Perspektiven von diversen Stakeholdern aus dem Sozialraum St. Pölten konnten wir den GWA-Bedarf untersuchen. Es kristallisierte sich durch die Forschung heraus, dass Bürger*innen in St. Pölten ausgeprägte Bedürfnisse und Interessen bezüglich ihrer Lebensbedingungen pflegen. Diese Bedürfnisse transformierten sie in zahlreichen Ideen und Lösungsansätzen, wie sie ihre Lebensbedingungen verbessern könnten. Die Bürger*innen formulierten ihre Ideen konkret und diese verfolgten überwiegend einen zielgruppenübergreifenden Mehrwert. Es wurden Inputs zur Verbesserung der materiellen und immateriellen Lebensbedingungen und der Infrastruktur eingebracht. Bei der Zukunftswerkstatt stellte sich heraus, dass auf kreative Ideen und Lösungen von den Bürger*innen aufgebaut werden kann und diese für die Umsetzung im Sinne der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation ein wenig sozialarbeiterische Unterstützung und Begleitung benötigen. Bezugnehmend auf die Ressourcen der Bürger*innen ist es das Ziel unseres GWA-Ansatzes, dass Strukturen und Rahmenbedingungen in St. Pölten nachhaltig verbessert werden, um partizipatives, zielgruppenübergreifendes und selbstorganisiertes Handeln sowie kollektives Empowerment zu fördern (vgl. Kapitel 5.3).

Im finalen Teil dieser Masterarbeit wurde ein Konzept für die Implementierung von GWA und zielgruppenübergreifender Selbstorganisation dargelegt. Dabei baut das Konzept auf bestehende Ressourcen und den erwähnten Bedürfnissen von Bürger*innen auf, um offene, geschützte, niederschwellige Begegnungsräume und Austausch für alle in St. Pölten lebenden Menschen zu schaffen. Die GWA-Projektideen verfolgen die angeführten Ziele: Demokratie und Stärkung des sozialen Miteinanders in Nachbarschaften, Nutzung von Ressourcen sowie die Verbesserung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Lebensverhältnisse von Bürger*innen. Zudem erfolgt eine Stärkung der sozialen Zugehörigkeit und Diversität in Nachbarschaften und Impulse für die Stadtentwicklung werden gegeben. Darüber hinaus liefert das Konzept auch Vorschläge zu den Rollen der diversen Stakeholder im Prozess der GWA-Etablierung in St. Pölten (vgl. Kapitel 5.5).

An dieser Stelle folgen einige kritische Gedanken und offenen Fragen in Bezug auf GWA in St. Pölten.

Da St. Pölten ein relativ unbeschriebenes Blatt im sozialarbeiterischen Handlungsfeld der Gemeinwesenarbeit darstellt, steht die GWA vor multiplen Herausforderungen: Etablierung der Gemeinwesenarbeit, Diversität in heterogenen Nachbarschaften zu fördern, als Vermittlerin zwischen diversen Ebenen der Bürger*innen, sozialen Organisationen, zivilgesellschaftlichen Vereinen, Verwaltung, Politik und Bildung zu agieren und einen Diskurs zu Gemeinwesen ins Rollen zu bringen. Zudem hat GWA in St. Pölten einen Vernetzungsauftrag inne, das bedeutet die Bandbreite an bereits bestehenden Initiativen, Gruppen und Vereinen in einen übergreifenden Dialog zusammen zu bringen. Wir stellten uns die kritische Frage, ob auch bei der Etablierung von drei Nachbarschaftszentren, die Gemeinwesenarbeit diesen Ansprüchen gerecht werden kann. Außerdem sind angesichts dieser Anfangsphase der GWA in St. Pölten besonders die Ansätze Bürger*innenaktivierung und Räume des Experimentierens und Scheiterns zu schaffen zentral. Dieses Scheitern könnte in Konflikt mit Leistungsnachweisen für staatliche Fördergeber*innen kommen. Laut unseren Forschungserkenntnissen sind übliche Messungskriterien zum Ergebnis von implementierten Projekten (z.B. Anzahl der erreichten Bürger*innen und von Bürger*innen umgesetzte Projekte) im GWA-Kontext nicht anwendbar. Viel mehr sind partizipative und qualitative Evaluierungsmethoden gefragt, in denen beispielsweise durch eine Fokusgruppendifkussion alle Stakeholder teilhaben.

Zudem kamen wir rückblickend zum Schluss, dass wir den klaren Fokus verfolgten, Bürger*innen zu involvieren und dabei der Einbindung von parteipolitischen Entscheidungsträger*innen, Verwaltungseinheiten und Behörden, wenig Beachtung schenkten. Als einzige Einrichtung der Stadt wurde das Büro für Diversität, eine Verwaltungseinheit für Diversitätsmanagement, von Beginn an miteinbezogen. Für weitere GWA-Projekte, sei es in der Forschung oder Praxis, wäre eine aktivere Einbindung der Politik von Beginn an für die Umsetzung der Vorhaben empfehlenswert. Das würde bedeuten politische Stakeholder in all ihren Facetten, von gewählten Vertreter*innen wie Stadträt*innen, Gremien, Gemeinderat, Parteipolitik über den*die Bürgermeister*in zu Verwaltungseinheiten und Behörden, besonders sozialpolitische Behörden, zu involvieren. Trotzdem sollten genau in diesem Fall Machtverhältnisse kritisch beäugt werden, um einem staatspolitischen Bias zu entgehen und den Fokus auf zivilgesellschaftliche Politik nicht zu verlieren. Von Seiten der Gemeinde bedeutet eine Einlassung auf die Etablierung von Gemeinwesenarbeit, Mut für Veränderungen und Flexibilität an den Tag zu legen. GWA-Prozesse könnten ein Überdenken von

eigenen politischen Strukturen und Aktivitäten und allem voran eine partizipativere Bürger*innenbeteiligung in der Gemeindepolitik anregen.

Neben diesen Herausforderungen stellt die Gestaltung von St. Pölten mit Gemeinwesenarbeit eine einzigartige Chance dar, um von Beginn an partizipativ vorzugehen und einen intersektionalen Ansatz zu verfolgen. Außerdem könnte somit der Ansatz der zielgruppenübergreifenden Selbstorganisation bewusst zum Einsatz kommen. Um jedoch eine nachhaltige, machtkritische, partizipative und innovative Gemeinwesenarbeit zu gewährleisten, ist ein ständiger Austausch und eine Auseinandersetzung mit aktuellen Diskursen zur Gemeinwesenarbeit gefragt. Die Fachhochschule in St. Pölten, speziell das Departement für Soziales, als Pendant in der Theorie und Forschung, könnte die junge Gemeinwesenarbeit im Sozialraum St. Pölten von ihrer Geburtsstunde an begleiten.

In dieser Masterarbeit begleitete uns ein Mantra, das wir an zukünftige sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit weitergeben möchten:

*Denke Gemeinwesenarbeit neu und baue auf Selbstorganisation der Bürger*innen!*

.....

Literatur

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) (2016): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbereichstag Soziale Arbeit und DBSH, Berlin-Karlshorst.

Riede, Melina (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf/ Drilling, Matthias/ Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer, 67-87.

.....

Abkürzungen

AMS	Arbeitsmarktservice
BFA	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl
BhW	Bildung hat Wert
BIFEB	Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
bzw	beziehungsweise
Ca.	circa
CARN	Collaborative Action Research Network
ebd.	ebenda
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
GWA	Gemeinwesenarbeit
HdMr	Haus der Menschenrechte
idR	in der Regel
IFSW	International Federation of Social Workers
ISD	Innsbrucker Soziale Dienste
MIT	Massachusetts Institute of Technology
NGO	Nichtregierungsorganisation
o.A.	ohne Angabe
o.ä.	oder ähnliche
OBDS	Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit)
PAR	Participatory Action Research
QfH	Qualify for Hope
SA	Soziale Arbeit
SO	Selbstorganisation
SöB.	sozialökonomischer Betrieb
u.a.	unter anderem
UMF	unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
usw.	und so weiter
uvm.	und viele mehr
v.a.	vor allem
z.B.	zum Beispiel
vgl.	vergleiche

Anhang

Anhang 1: Dokumentation des Jour Fixe Treffens „GEMEINSAM GESTALTEN“

Anhang 2: Auszug Matrix zur strukturgeleiteten Textanalyse

Anhang 3: Eidesstattliche Erklärungen (neun)

Anhang 1: Dokumentation des Jour Fixe Treffens „GEMEINSAM GESTALTEN“

St. Pölten University of Applied Sciences

/soziales



Dokumentation des Jour Fixe Treffens „GEMEINSAM GESTALTEN“ vom 19.9.2019

JOUR-FIXE SEPTEMBER 2019



**GEMEINSAM
GESTALTEN**

KULTURHAUPTSTART ST. PÖLTEN
www.kulturhauptstart.at | fb.com/khsstp

EINLADUNG ZUM MITGESTALTEN

Du lebst oder arbeitest in St. Pölten?
Dann hast du bestimmt eine Meinung über diese Stadt.

Was findest du gut oder schlecht in St. Pölten?
Was möchtest du verändern?
Welche Ideen hast du für ein besseres Zusammenleben in St. Pölten?

Wir wollen deine Meinung hören!
Wir wollen gemeinsam überlegen und auch gleich an den Ideen arbeiten.

St. Pölten sind wir alle!
Und alle sind herzlich eingeladen!
Einfach vorbeikommen und mitmachen.

Es freuen sich auf dein Kommen,
die Fachhochschule St. Pölten
und die Plattform KulturhauptSTART St. Pölten

Übrigens: Es gibt ein Buffet und Kinderbetreuung.

19.09. 2019 | 16:30

IM SAAL DER BEGEGNUNG
Gewerkschaftsplatz 2 (Beim Bahnhof)

**KOMMEN
UND ST.PÖLTEN MITGESTALTEN!**

Verpflegung | Kinderbetreuung

ST. PÖLTEN 2024

soziales

fh st. pölten

verfasst von:

Rosanna Drochter
Sophie Fichtinger
Michelle Trestl
Alexandra Winkler

Oktober 2019

Inhalt

1	Vorwort.....	3
2	Ausgangssituation.....	4
3	Ziele der Veranstaltung	4
4	Organisation der Veranstaltung	5
5	Einstieg und Ablauf	6
6	Zukunftswerkstatt	10
6.1	Beschreibung der Methode.....	10
6.2	Kritikphase	11
6.3	Visionsphase	14
6.4	Planungsphase	18
6.5	Resümee	21
7	Ausblick.....	22
8	Literaturverzeichnis	23
9	Abbildungsverzeichnis.....	23
10	Anhang	24

1 Vorwort

Die folgende Dokumentation beschäftigt sich mit der Zukunftswerkstatt „GEMEINSAM GESTALTEN“, die im Zuge des Masterprojekts „Gemeinwesenarbeit - neu gedacht und selbstorganisiert“ der FH St. Pölten in Kooperation mit KulturhauptSTART am 19.09.2019 im Saal der Begegnung in St. Pölten durchgeführt wurde. Das Masterprojekt besteht aus 9 Studierenden, die sich eine methodische Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit in Richtung zielgruppenübergreifender Selbstorganisation zum Ziel gesetzt haben. Geforscht wird demnach nicht nur in St. Pölten, sondern auch in Linz, Innsbruck und Hemals um Potenziale und Hindernisse für zielgruppenübergreifende Selbstorganisation in der Gemeinwesenarbeit zu evaluieren und zu konzeptionieren.

Gemeinsam mit drei Kooperationspartner*innen wurde ein neues Konzept für den Jour Fixe am 19.09.201 entwickelt. Die Methode, die für den Jour Fixe gewählt wurde, ist jene der Zukunftswerkstatt. Diese Ergebnisse fließen maßgeblich in die Master-Arbeit „Gemeinwesenarbeit neu gedacht und selbstorganisiert“ ein, woraus ein Konzeptentwurf für Gemeinwesenarbeit in St. Pölten entstehen wird. In den folgenden Seiten werden der Ablauf, sowie die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt dargestellt.

Zuvor wollen wir uns herzlich bei den Kooperationspartner*innen für die gute Zusammenarbeit, die intensive Bewerbung und Unterstützung bei der Planung im Vorfeld bedanken. Wir danken ebenso allen Initiativen, Einrichtungen und Vereinen, die für den Jour Fixe geworben haben wodurch eine diverse Gruppe entstanden ist. Auch an unsere beiden Professor*innen möchten wir einen Dank aussprechen. Der größte Dank gilt den Bürger*innen, die an der Veranstaltung teilgenommen haben und gemeinsam im Austausch waren um St. Pölten lebenswerter für ALLE zu machen.

Wir bedanken uns herzlich und freuen uns, die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt auf den folgenden Seiten präsentieren zu dürfen.



Vorne: Hanna, Rosi, Susi

Hinten: Melina, Michelle, Alex, Sophie, Alex

Im Bild fehlend: Elena

Abbildung 1 Masterprojektgruppe

2 Ausgangssituation

Als Ausgangssituation für den Jour Fixe wurden von vier Studierenden der Masterprojektgruppe Ersterhebungen in Form von Interviews mit sozialen Einrichtungen, Initiativen und Organisationen zum Thema Gemeinwesenarbeit und Selbstorganisation in St. Pölten geführt. Die Interviews ergaben, dass es keine professionelle Gemeinwesenarbeit in St. Pölten gibt, aber der Wunsch, Bedarf und Interesse dafür bestehen würde. Da zu diesem Zeitpunkt die Bewerbung der Stadt St. Pölten für die europäische Kulturhauptstadt 2024 in Vorbereitung war, ergab sich aufgrund von Interessensüberschneidungen eine Kooperation mit der Plattform KulturhauptSTART. KulturhauptSTART hat von Beginn an intensiv für die Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt gearbeitet und verfolgt das Ziel, Gemeinwesen Aspekte in die Bewerbung einfließen zu lassen. Dadurch bietet sie als Plattform eine Anlaufstelle für die Bevölkerung, um sich am Prozess der Bewerbung beteiligen zu können. Die Plattform organisierte bereits mehrere Jour Fixe an denen die Bevölkerung teilnehmen konnte. Jedoch konnte festgestellt werden, dass die Teilnehmer*innengruppe nicht als divers bezeichnet werden kann, weswegen es ein Ziel der Masterprojektgruppe und der Kooperationspartner*innen war das Jour Fixe so zu entwickeln, dass eine möglichst große Diversität erreicht werden kann. Diesem Ziel entsprechend wurden die Kooperationspartner*innen anhand der unterrepräsentierten Gruppen ausgewählt und dadurch versucht eine diverse Gruppe für den nächsten Jour Fixe zu erreichen. Als weitere Kooperationspartner*innen neben KulturhauptSTART konnten Nordrand, Qualify for Hope und das Büro für Diversität gewonnen werden.

3 Ziele der Veranstaltung

Die Planung der Zukunftswerkstatt erfolgte auf Basis zuvor festgelegter Ziele, deren Erreichung innerhalb des Jour Fixe angestrebt wurde.

- Erreichung einer möglichst diversen Teilnehmer*innengruppe:
 - Einladung an und Teilnahme von Bürger*innen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch, jungen Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen mit Armuts- oder anderen Ausgrenzungserfahrungen.
- Teilnahme von verschiedenen Initiativen und Vereinen
- Gehört werden:

- Bürger*innen sollen durch die Teilnahme am Mitgestaltungsprozess die Erfahrung machen, dass ihre Stimmen und Bedürfnisse gehört werden.
- Gestaltungsprozesse anregen:
 - Allen interessierten Bürger*innen soll ein relativ niederschwelliger Mitgestaltungsprozess angeboten werden.
 - Die Teilnehmer*innen sollen angeregt werden, selbst etwas zu verändern, sich zusammenzuschließen.
- Die Ergebnisse der Veranstaltung sollen in ein Konzept für Gemeinwesenarbeit in St. Pölten einfließen.

4 Organisation der Veranstaltung

In der Vorbereitung für den Jour Fixe haben wir vier Studierende in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartner*innen eine starke Einladungspolitik betrieben, um die erwünschte Diversität in der Teilnehmer*innengruppe zu ermöglichen. Zudem wurde mithilfe einer Zukunftswerkstatt mit den Kooperationspartner*innen ein Konzept für den 19.09.2019 gestaltet.

Beim Aufbau und den Vorbereitungen im Saal der Begegnung hat die gesamte Masterprojektgruppe bestehend aus neun Mitgliedern mitgeholfen. Der Saal wurde vom Büro für Diversität kostenlos zur Verfügung gestellt.



Abbildung 2 Sesselkreis



Abbildung 3 Kinderbetreuung



Abbildung 4 Getränke- und Snackbuffet

Während der Zukunftswerkstatt und den unterschiedlichen Phasen in dieser hat jede*r Studierende der Masterarbeitsgruppe einen Tisch geleitet und betreut.

Die Veranstaltung wurde finanziell von KulturhauptSTART unterstützt. Dadurch war es möglich ein Buffet mit Snacks und Getränken während, sowie einen Kürbiseintopf und Brötchen nach der Veranstaltung anzubieten. Außerdem gab es eine Kinderbetreuung im Vorraum des Veranstaltungsortes, um die Teilnahme von Personen mit Kindern zu ermöglichen.

5 Einstieg und Ablauf

Der Ablauf der Veranstaltung kurz bildlich dargestellt:



Abbildung 5 Ablaufplan

Nach einer kurzen **Begrüßung** unsererseits und von KulturhauptSTART gab es eine kleine **Aufwärmrunde** für die Teilnehmer*innen. Die Methode startete mit der **Kritikphase** und einem anschließenden **Austausch** unter den Teilnehmer*innen bezüglich der Ergebnisse. In der **Visionsphase** gab es die Möglichkeit einer kreativen Darstellung der Traumstadt St. Pölten mittels diverser Materialien. Danach bestand wieder die Möglichkeit zu einem

Austausch mit den anderen Teilnehmer*innen. Nach der letzten Phase, der **Planungsphase**, wurden die Beiträge präsentiert. Am Ende der Veranstaltung wurden die Ergebnisse in einer **Abschlussrunde** zusammengefasst und von den Moderatorinnen ein **Ausblick** gegeben. Anschließend wurde zu einem gemeinsamen **Ausklang** des Abends eingeladen.

Begrüßung und Aufwärmrunde

Die Hauptmoderation durch den Abend wurde von zwei Studierenden übernommen. Vor den Aufstellungen, die Antworten zu gestellten Fragen zeigen sollten, wurden die Gesprächsregeln und die Ziele der Veranstaltung im Sesselkreis erklärt.



Abbildung 6 Einstiegsrunde

Die Aufwärmrunde diente als eine Methode, um untereinander ins Gespräch zu kommen, sich auszutauschen und sich kennenzulernen. Es wurden vier Fragen zum Leben in St. Pölten und der heutigen Veranstaltung gestellt. Die Teilnehmer*innen wurden angehalten sich an einer imaginär gedachten Linie aufzustellen, um damit ihre Antworten zu signalisieren.

Frage 1: Wie lange wohnst du schon in St. Pölten?



Abbildung 7 Aufstellung nach Wohnzeit in St. Pölten

Die Teilnehmer*innen links am Bild gaben an, bereits seit sehr langer Zeit in St. Pölten zu wohnen oder zu arbeiten. Jene, die sich rechts positionierten sagten aus, erst kürzlich in St. Pölten zu sein. Die gegebenen Antworten waren vielfältig. So gab es Teilnehmer*innen, die seit einer Woche in St. Pölten leben (rechts im Bild), seit 25 Jahren hier arbeiten oder seit 63 Jahren in der Stadt leben und aufgewachsen sind (links im Bild).

Frage 2: Wie wohl fühlst du dich in St. Pölten?



Abbildung 8 Aufstellung nach Wohlbefinden in St. Pölten

Bei dieser Aufstellung sollten sich die Teilnehmer*innen abermals entlang einer Linie positionieren. Im Bildvordergrund standen jene, die angaben sich sehr wohl zu fühlen, im Hintergrund positionierten sich jene, die sich eher unwohl fühlten. Auf dem Bild ist zu sehen, dass sich der Großteil in St. Pölten wohl fühlt, einige sogar sehr wohl und einige wenige eher unwohl. Eine Person gab an, dass sie sich nicht wohl fühlt.

Frage 3: In welchem Grätzl wohnst du?



Abbildung 9 Aufstellung nach Wohnort 1



Abbildung 10 Aufstellung nach Wohnort 2

Für diese Form der Aufstellung wurden auf dem Boden verschiedene Gebäude oder Denkmäler aufgeklebt, um als Orientierungspunkte zu dienen. Folgende Plätze St. Pöltns wurden als Beispiele verwendet: Rathausplatz, Klangturm, VAZ (Veranstaltungszentrum), Hollywood Megaplex Kino, Sonnenpark. Diese Aufstellung sollte dazu dienen zu erkennen wo die Teilnehmer*innen wohnen. Es hat sich gezeigt, dass die Teilnehmer*innen aus den verschiedensten Stadtgebieten St. Pöltns und Umgebung kommen. Besonders auffallend war, dass viele Bürger*innen in der inneren Stadt leben, wohingegen auch eine größere Gruppe von Teilnehmer*innen aus den Randteilen der Stadt repräsentiert war.

Frage 4: Wie oft hast du schon an Veranstaltungen teilgenommen, bei denen es darum ging, etwas in St. Pöltn zu verändern?



Abbildung 11 Aufstellung nach Veranstaltungsbesuchen

Diese Aufstellung sollte wieder an einer imaginär gedachten Linie stattfinden. Im Bildvordergrund positionierten sich jene, die oft eine Veranstaltung besuchen, im Hintergrund jene, die bislang nie an Bürger*innenbeteiligungsveranstaltungen teilnahmen. Wie das Bild zeigt, hat die Mehrheit erst selten oder noch nie an Veranstaltungen teilgenommen, in denen

es um Mitgestaltung und Teilhabe geht. Laut den Angaben der sich mittig platzierenden Gruppe nehmen sie häufig an Veranstaltungen teil, jedoch eher aus beruflichen als aus privaten Gründen. Wie am Bild links ersichtlich ist, waren die Personen, die als Antwort "sehr oft" angaben, in der Unterzahl.

Nach den Aufstellungen wurden ein paar Worte zur Zukunftswerkstatt und deren Ablauf gesagt und diese kurz erklärt, bevor es in die erste Phase ging. Die Gruppenfindung zu den sechs Tischen erfolgte durch Farbkarten, die bereits auf den Sesseln im Sesselkreis am Beginn der Veranstaltung platziert wurden und eine zufällige Einteilung in die Gruppen gewährleistete.

6 Zukunftswerkstatt

Die Zukunftswerkstatt „gemeinsam gestalten“ hat am 19.09.2019 in der Zeit von 16:30 bis 19:00 im Saal der Begegnung in St. Pölten stattgefunden. Die Einladung zum Jour Fixe richtete sich an alle Personen, die in und rund um St. Pölten leben, wohnen oder arbeiten sowie an Interessierte. Die Teilnehmer*innenzahl während der Veranstaltung schwankte zwischen 60 und 70 Personen. Die erwünschte Diversität der Teilnehmer*innengruppe konnte durch die Teilnahme unterschiedlichster Menschen erreicht werden.

6.1 Beschreibung der Methode

Die Zukunftswerkstatt ist eine Methode der Bürger*innenbeteiligung, die darauf abzielt, Bürger*innen als Expert*innen ihrer eigenen Lebensumstände wahrzunehmen und mittels kreativer Prozesse Zukunftsentwürfe zu entwickeln. Beteiligte „sollen politisch aktiviert werden, sodass sie ihre Zukunftsvorstellungen auch offensiv vertreten“ (Dauscher 2006: 114).

Eine Zukunftswerkstatt gliedert sich in drei Phasen: eine Kritikphase, eine Visionsphase und eine Planungsphase.

In der Kritikphase geht es um eine „Bestandsaufnahme des gegenwärtigen [...] Zustandes, die sich auf die negativen Aspekte konzentriert. Die Gruppe bringt ihre Beschwerden vor [...] Aufgestauter Ärger kann entladen werden. Diese Katharsis schafft die Grundlage für späteres konstruktives und phantasievolles Arbeiten“ (Dauscher 2006: 122).

In der darauffolgenden Visionsphase geht es darum, Zielvorstellungen für eine bessere Zukunft zu entwerfen (vgl. Dauscher 2006: 153). Es geht hierbei nicht darum, was realistisch umsetzbar ist, sondern ums Phantasieren und Träumen sowie das Darstellen von idealen

Wunschvorstellungen unabhängig von tatsächlich verfügbaren Ressourcen wie Geld oder Macht (vgl. ebd.: 153f).

Die letzte Phase ist die Planungsphase. Dabei werden Projektideen aus der Visionsphase ausgewählt, näher präzisiert und Schritte erarbeitet, wie diese konkret umgesetzt werden können. Diese Projektskizzen werden anschließend im Plenum präsentiert (vgl. Holzinger 2018: 297).

6.2 Kritikphase

Dauer: 20 Minuten

Fragestellung: Was gefällt mir überhaupt nicht in St. Pölten?

Durchführung: Um die Fragestellung zu beantworten, wurde in Kleingruppen zu je ca. 11 Personen gearbeitet. Auf großen Flipcharts, die in der Mitte eines großen Tisches lagen, konnten die Teilnehmer*innen all das Negative, das ihnen zum Leben in St. Pölten einfiel, festhalten.



Abbildung 13 Kritikphase 2



Abbildung 12 Kritikphase 1

Ergebnisse der Kritikphase

Die folgende Tabelle enthält eine thematisch geordnete zusammengefasste Verschriftlichung der auf den Plakaten genannten Kritikpunkte. Forderungen wurden in Kritik umgewandelt (z.B. „billiger öffentlicher Verkehr“ → „[kein] billiger öffentlicher Verkehr“). Alle Nennungen mit Ausnahme von vereinzelt Aussagen, die weder als Kritik noch als Forderung erkennbar waren oder nicht in Bezug zu St. Pölten standen wurden übertragen. Mehrfachnennungen sind mit entsprechender Anzahl in Klammer markiert.

Arbeit - Keine Arbeit (2) - Wenig Arbeit - Es ist schwierig, Arbeit zu finden (2)	Ärztliche/therapeutische Versorgung - Keine Psychotherapeut*innen mit türkischen/arabischen/... Sprachkenntnissen - Nur ein Kinderarzt in St. Pölten	Barrierefreiheit [fehlende] Barrierefreiheit/ - Zu wenig behindertengerecht (3) - Kein Verständnis in Politik und Verwaltung für Barrierefreiheit in öffentlichen Raum. - Keine taktilen Boden-Informationen (außer am Bahnhof) - Grundrecht für Barrierefreiheit wird vernachlässigt (Buseinstiegsstelle f. Rollstuhlfahrer, Bordstühle, VVC, Verkehrsschilder zu niedrig)	Basisversorgung - Zu wenig Notschlafplätze [fehlende] Essensausgabe (1x warme Mahlzeit pro Tag) - Keine Tafel
Baustellen und Architektur - Zu viele Baustellen (4) - Bebauung des Altanaplatzes - Fehlende Baukultur - Gleicher Baudstil - Alte Gebäude - Kleine Stadt - Wenige Sehenswürdigkeiten	Begrünung - Zu wenig Grün in St. Pölten - Viel zu wenig Bäume - Wenig Grün im Zentrum - Zu wenig Grün in der Fußgängerzone [Zu wenig] Bäume in der Innenstadt: - Zu wenig Grün innerhalb der Promenade - Zu viel Grünfläche verbaut!!! - Zu wenige Hundezonen - Zu wenige betreute Grün- und Begegnungszonen - Fehlende Gemeinschaftsgärten	Einkaufen / Shoppen - Shopping ist schwer möglich - Es gibt bestimmte Geschäfte nicht - Wir haben keine verschiedenen Geschäfte z.B. Bäckerei - Markt nicht Samstag und Sonntag geöffnet - Zu hohe Standgebühr am Markt - Zu wenig Handarbeit, Blumen, Musik, Tanz am Markt	Gemeinschaft / Soziales Miteinander - Wenig Zusammenhalt → man kommt wenig miteinander in Kontakt - Zu wenig interkultureller Austausch (es ist schwer) Kontakt (zu) haben „Ich fühle mich noch nicht gut vernetzt“ → fehlende Räume zur Vernetzung
Wohnen - Zu wenige Wohnungen [zu wenig] leistbares, qualitativvolles Wohnen - Zu wenig günstige Wohnungen - Teure Wohnungen - Hohe Mietkosten - Kleine Wohnungen - Fehlende Generationenhäuser [es ist schwierig] eine Wohnung zu finden	Kinder & Jugendliche [zu wenig] Einrichtungen f. Kinderbetreuung ab 1 Jahr - Fehlende Arbeit mit Kindern unter 13 im öffentlichen Raum (Parkbetreuung) [zu wenig] Angebote für Kinder (Natur, Spielplätze, Indoor-Angebote) und Jugendliche (Begegnungsräume) und Erwachsene (Konzerte)	Öffentlicher Verkehr - Mangelhafter öffentlicher Verkehr - Schlechte Verkehrsanbindung - Busfahrplan - Öffentliche Verkehrsmittel - Uhrzeit - Schlecht ausgebauter Öffi (Bus bis 20:00 Uhr) - Nicht genug Busse am Wochenende (4) - Kein Bus in der Nacht (3) [Zu wenig] Züge in der Früh und am Abend - Keine Straßenbahnen (3) [kein] billiger öffentlicher Verkehr - LUP/Bus-Ticket zu teuer (3) - Teures Zugticket [zu teuer] Jugendticket - Keine Busse in die benachbarten Dörfer - Keine Fahrgemeinschaft in der Innenstadt (auch zu Ärzten)	

Dokumentation

Drochter, Fichtinger, Trestl, Winkler

Gemeinschaftsräume und -plätze - Zu wenig Sitzmöglichkeiten ohne Konsumzwang [keine] Treffpunkte ohne Konsumzwang - Konsumfreie Räume fehlen „Ich fühle mich noch nicht gut vernetzt“ → fehlende Räume zur Vernetzung - Wenig Orte der Begegnung (oder zum „Aufmachen“) - Cafés nur für Jugendliche fehlen - Unbelebte Kulturhäuser - Haus der Kulturen fehlt [zu wenig] Räume f. Basiskultur - Keine Proberäume - Wenig (indoor) Spielplätze für Kinder (3) - Keine Sportplätze für Frauen ohne Vereinszugehörigkeit - Fitnessgeräte im Freien fehlen - Fehlende Coworking spaces [zu wenig] große Plätze für alle - Räume zum Einmieten für Parties in der Clubszene zu teuer - Zu wenig Freiflächen für Street Art - Keine Grillmöglichkeiten (→deutsch/nicht nicht Englisch) „Grillen verboten“)	Veranstaltungen - Langweilig - Zu wenig (os (Veranstaltungen) (2) - Zu wenig gemeinsame Feste [zu wenige] Veranstaltungen und Aktivitäten in der Schulzeit - Zu wenig Auftritte am Rathausplatz (in der Mitte) - Noch kein Umbrella-March und andere Integrations- und Diversitätsprojekte	Verkehr (Auto & Rad) - Verkehr (zu viele PKWs) - Enge Straßen (2) [zu wenig] Parkplätze - Keine gratis Parkplätze → auch am See - Ampelschaltung Euro-park bis Ländeleiche - Verkehrssituation vor Kindergärten und Schulen - Zu wenig Radwege (2) - Unfertige Radwege	Sonstiges - Lärm - Gefühlte Gentrifizierung (Herzogenburgerstraße – FH) - Norden vs Süden [zu wenige] Bänke am Herrenplatz - Mangelhafte Integration des Regierungsviertels [zu wenig] Buchereien/Bildtheiken (2) [zu wenig] Restaurants - Zu viele Kicks Plakate - Müllproblematik im Norden St. Pöltens - Zu wenig innenstadtdiscos [mangelnde] Vernetzung Kulturszene - Nicht genügend VVC-Anlagen - Schlechtes Image - Wiener schimpfen über St. Pölten obwohl sie nie herkommen

An den Arbeitsprozess der Kritikphase anknüpfend wurden im Plenum einzelne Statements von Personen, die gerne etwas zu ihren Punkten oder dem gemeinsamen Arbeiten sagen wollten, eingeholt. Im Anschluss an die Kritikphase gab es 15 Minuten Zeit, in der die Teilnehmer*innen die Plakate der anderen Kleingruppen anschauen, ins Gespräch kommen und/oder sich am Getränke- und Snackbuffet stärken konnten.



Abbildung 14 Austausch nach der Kritikphase

6.3 Visionsphase

Dauer: 20 Minuten

Fragestellung: Was braucht St. Pölten, um die schönste und großartigste Stadt zu sein, in der ich mich persönlich wohlfühle? Was gibt es in St. Pölten oder was kann man hier tun?

Durchführung: Zu Beginn dieser Phase wurde den Teilnehmer*innen die Wunderfrage gestellt: "Stell dir vor du gehst heute schlafen und wachst morgen in der Traumstadt St. Pölten auf. Was muss sich verändert haben, damit du das Gefühl hast, in der perfektesten Stadt zu leben?" Die Teilnehmer*innen konnten sich eines der unterschiedlichen, angebotenen Materialien für die Durchführung dieser Aufgabe aussuchen. Zur Wahl standen PlayMaiz, Öl-/Wachskreisen, Lego, Kappla-Steine und Stifte. Durch die Wahl des Materials teilten sich die Teilnehmer*innen selbst in neue Gruppen ein.



Abbildung 16 PlayMaiz Tisch



Abbildung 15 Lego Tisch



Abbildung 17 Stifte Tisch



Abbildung 18 Kappla-Steine Tisch

Gruppe „Kappla-Steine“

Gruppengröße: 7-8 Personen

Altersverteilung: circa 14-40 Jahre

Geschlechterverteilung: ca. 50:50

In einem perfekten St. Pölten gibt es keinen Rassismus. Alle Menschen leben friedlich zusammen und haben genügend Zeit für sich. Es gibt eine große Universität und gute Ausbildungsmöglichkeiten. In einer einfach zugänglichen Sporthalle kann auch im Winter Fußball gespielt werden. Weiters bietet ein großes Haus Platz für das Zusammenleben vieler Generationen.

Gruppe „Lego“

Gruppengröße: 8 Personen

Altersverteilung: circa 17-40 Jahre

Geschlechterverteilung: circa 50:50

Das ideale St. Pölten ist sehr grün mit einem guten Radwegenetz. Es stehen überall Trinkwasserbrunnen. Das Flussbett der Traisen wird als Strand und als Bewegungsraum genutzt. Es stehen Kühlschränke für Foodsharing in der Stadt. Es gibt einen Ort, der als Gemeinschaftszentrum dient. Dort können kulturelle Veranstaltungen und Feste organisiert werden. Das Zentrum ist für alle – Jung und Alt – zugänglich. Am Abend kann es für Partys genutzt werden. Der Ort ist barrierefrei und gleich daneben ist ein Sportplatz. Nach dem Sport kann man somit die Angebote dieses Gemeinschaftszentrums nutzen. Zudem gibt es einen hohen Leuchtturm der auch zum Bungee-Jumping verwendet werden kann. Es lässt sich auch ein Lastenfahrrad erkennen, das von Allen verwendet werden kann. Das perfekte St. Pölten ist grün und sozial – dabei waren sich alle einig!

Gruppe „Öl-/Wachskreiden“

Gruppengröße: 10-12 Personen

Altersverteilung: circa 12-35 Jahre

Geschlechterverteilung: circa 75 % Frauen, 25% Männer

Im perfekten St. Pölten gibt es leistbares Wohnen für alle, Häuser mit Gärten, ein Café für junge Leute und eine Diskothek, in der unter 18-Jährige Spaß haben und ihre Freunde treffen können, sowie eine niveauvolle Disko auch für über 18-Jährige. Zudem gibt es ein vielfältiges Angebot an "coolen" Vereinen für Jung und Alt. Auch Hundezonen, Proberäume, große Sport- und Fußballplätze und ein Shoppingcenter sind Orte, an denen man aktiv sein und sich miteinander vernetzen kann. Die Radwege sind entsprechend ausgebaut und von den Gehwegen getrennt. Außerdem halten sich alle Radfahrer an die Stopptafeln. An den Seen gibt es auch Rutschen, die direkt ins Wasser führen, sowie Grillmöglichkeiten für alle Menschen. Es gibt genug passende Arbeitsplätze für alle. Des Weiteren fahren die Busse bis spätabends und auch sonntags. In der perfekten Stadt St. Pölten sind zudem die Tickets für öffentliche Verkehrsmittel günstig. Generell zeigt sich die Traumstadt St. Pölten als bunte Stadt mit vielen Bäumen, Blumen und Grünflächen, die mit Bänken zum gemütlichen Verweilen einladen. Außerdem gibt keine Unterscheidung in Nord und Süd-St. Pölten, sondern eine vereinte Stadt, die alle willkommen heißt.

Gruppe „Playmaiz“

Gruppengröße: circa 10 Personen

Altersverteilung: circa 12-60 Jahre

Geschlechterverteilung: circa 50:50

In St. Pölten gibt es einen konsumfreien Ort an dem alle Menschen aufeinandertreffen und sich miteinander austauschen können - egal welches Alter, Herkunft etc...

St. Pölten ist zu einer grünen Stadt geworden mit mehr Natur und mehr Spielplätzen für Kinder. In Gemeinschaftsgärten kommen diverse Leute zusammen und pflegen gemeinsam ihr Kräuter- und Gemüsebeet, das allen Menschen zur Verfügung gestellt wird. Menschen pflanzen gemeinsam Bäume an, die Menschen miteinander verbinden sollen.

Gruppe „Stifte I“

Gruppengröße: 10 Personen

Altersverteilung: circa 15-17 und 40-50 Jahre

Geschlechterverteilung: 100% Frauen

In der Traumstadt St. Pölten gibt es viel zu sehen und zu erleben. Familien können einen Tag in einem Freizeitpark oder Zoo verbringen, Kinder tummeln sich auf neuen Spielplätzen und Jugendliche haben die Möglichkeit in ein Lerntreff zu gehen. Die Geschäfte in der Stadt haben längere Öffnungszeiten, der öffentlich Verkehr ist ausgebaut und die Straßenbeleuchtung ist heller. Der Umgang zwischen den Bürger*innen ist freundlich, respektvoll, höflich und wertschätzend. Es gibt Live-Musik-Events, eine Universität und einen gemeinschaftlichen Ort in dem gebastelt, gelehrt, getanzt, genäht, gespielt, etc. werden kann und der für jeden zugänglich ist. Zwischen den Bürger*innen findet ein Austausch und Vernetzung statt.

Gruppe „Stifte II“

Gruppengröße: ca. 6 Personen

Altersverteilung: ca. 14-70 Jahre

Geschlechterverteilung: ca. 50:50

Geträumt wurde in dieser Gruppe von einem Raum, wo sich Menschen begegnen können. Es wurde beispielsweise von einer Frau ein "Haus der Begegnung und Toleranz" gemalt. In diesem Haus finden viele verschiedene Workshops statt. Für zwei junge Schwestern (ca. 14-

15) gehört zu einem perfekten St. Pölten eine Gruppe für Jugendliche, die beispielsweise krebserkrankte Kinder besuchen oder mit Jugendlichen ohne Eltern Ausflüge veranstalten.

Nach der Visionsphase gab es wieder Zeit zum Austauschen bei den anderen Tischen und ein paar Visionen wurden auch im Plenum vorgestellt.

6.4 Planungsphase

Dauer: 20 Minuten

Fragestellung: Wie können wir unsere Ideen nun verwirklichen? Was kann ich selbst zur Umsetzung beitragen? Von wem bräuchte ich Unterstützung? Wie könnten die nächsten Schritte konkret aussehen, um dem Ziel näher zu kommen?

Durchführung: Für diese letzte Phase fanden sich die Teilnehmer*innen wieder in der Gruppe der Kritikphase ein. Hier wurde gemeinsam überlegt an welchen Ideen konkret weitergearbeitet werden soll. Dafür musste man sich auf ein bis zwei Ideen einigen. Nach der Einigung auf zwei Projekte wurden die Fragestellungen bearbeitet und anschließend die nächsten Schritte auf Moderationskarten festgehalten. Zum Schluss wurden die Ergebnisse im Plenum präsentiert und es wurde versucht, bereits Personen zu nennen, die an einer Idee weiterarbeiten wollen. Dadurch sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich andere Interessierte anschließen oder sich Ansprechpersonen für einzelne Projekte finden.



Abbildung 20 Vorstellung der Ergebnisse 1



Abbildung 19 Vorstellung der Ergebnisse 2



Abbildung 21 Vorstellung der Ergebnisse 3

In der folgenden Tabelle wurden die Ergebnisse der Planungsphase verschriftlicht:

Idee	Genauere Beschreibung und Ziele	Erste Überlegungen zu möglichen nächsten Schritten
St. Pölten begrünen	• Mehr Obstbäume und Beerensträucher setzen. • Kräuterbeete für alle anlegen. • Unbenutzte Flächen bepflanzen. • Mobile Bepflanzung starten mit Patenschaften.	→ Mit der Stadtgärtnerei in Kontakt treten. → Mit Naturfreunden in Kontakt treten. → Selber im Innenhof Bäume pflanzen. → Karten schreiben mit "Plück mich" für die Obstbäume.
Umwelt schützen	• Mehr Mistkübel. • Verwendung der Mistkübel.	→ Aufmerksamkeit dafür schaffen, dass Müll in den Mistkübel gehört mit wertschätzenden Schildern und dass alle auf die Natur aufpassen. → Aufräumaktionen organisieren.
Ein Baum für jede*n Bürger*in	Für oder mit jede*m Bürger*in wird ein Baum gepflanzt.	→ Informationen einholen, bewerben (Stadtmarketingclub oder St. Pölten Konkret und Facebook).
Mehr Freizeitangebote für alle		→ Parks wie Sparkassenpark beleben durchs Hingehen und Weitersagen, dass man dorthin kommen soll. → Aktion organisieren: Grillen/ Guerilla Grillen. → Aktion organisieren: Guerilla Nitting auf Bäumen. → Mobile Parkbetreuung anfordern. → Legale Graffitiwände fordern. → Offenen Bücherschrank in verschiedenen Sprachen starten. → Trinkwasserquelle anfordern. → Sich umhören, wo es "Good Practice" Beispiele gibt für andere Ideen. → Konsumfreien Raum fordern. → Öffentlichkeitsarbeit/ Werbung für neue Angebote betreiben. → Gemeinschaftsgarten/ Naschgarten starten. → Bewusstsein schaffen. → Eventsierung. → Vernetzungstreffen organisieren (Bring your chair, nimm dir deinen Raum) und E-Mail Verteiler anlegen und Raum nützen und interkulturelle Interaktion fördern.
Haus der Begegnung	"Diversity" Cafe und Saal der Begegnung ausbauen.	→ Begegnung zwischen allen Bürger*innen fördern (Jung und Alt) und interkultureller Austausch. → Jede*r kann einen Beitrag leisten.
Schwimmen für Muslimas		→ Mit dem Bürgermeister in Kontakt treten. → Mit der Landesregierung in Kontakt treten. → Umfragen organisieren.

Öffentlichen Verkehr ausbauen		→ Beschwerdebrief schreiben. → Mit Bürgermeister reden. → Mit der Landesregierung reden. → Mit Busunternehmen reden. → Sponsor*innen finden. → Beschwerdebrief schreiben. → Statistik/ Umfrage machen.
(bewegter) Kulturraum	• Nähkurse. • Bücher in verschiedenen Sprachen. • (Gemeinsam) Kochen & Essen. • Musik: gemeinsam musizieren, Musik lehren. • Schwimmkurs für Frauen.	→ Welche Räume gibt es? Und welche Räume kann man nutzen? → Offenheit und Respekt. → Miteinander in Kontakt treten. → Mithelfen beim Organisieren. → Animieren mitzumachen.
Bevölkerung zusammenbringen	• Traditionstag organisieren. • Alle sollen kommen. • Unterschiedliche Musik.	→ Flyer machen. → Herumfragen/ Netzwerken. → Freiwillige finden. → Mit dem Magistrat sprechen wegen einem passenden Platz/ Ort. → Sponsor*innen suchen. → Umfrage machen. → Programm machen/ Fest veranstalten/ Musik und Essen. → Verein gründen.
Räume nützen		→ Herausfinden wer für welchen Raum verantwortlich ist (Kulturheime, Schulen, ...). → Fairen Zeitplan erstellen. → Regeln aufstellen. → Beratung in diesem Raum anbieten/ Ansprechperson. → Gemütliche Sitzmöglichkeiten bieten. → Fairer Miteinander schaffen (neuen Personen die Chance geben mitzumachen).

6.5 Resümee

Im Rahmen der Zukunftswerkstatt konnten sich Menschen, die in St. Pölten leben und/oder arbeiten, auf unterschiedlichen Ebenen Gedanken zum Zusammenleben in der Stadt machen: Einerseits konnte Kritik ohne Zensur geäußert werden, andererseits wurde von einem „perfekten St. Pölten“ geträumt. Dabei kamen Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft, beruflichem Hintergrunds etc. sowie auch mit ganz verschiedenen Interessen, Fähigkeiten und Ideen, zusammen und tauschten sich zu verschiedensten Themenbereichen aus wie z.B. über Arbeit, Barrierefreiheit, Begrünung, Gemeinschaftsräume/-plätze, Wohnen, Verkehr und vielem mehr. Einerseits wurde erkannt, dass viele Bedürfnisse von den unterschiedlichsten Teilnehmer*innen geteilt werden, während andere Kritikpunkte und Wünsche von bestimmten Gruppen vorgebracht wurden. In der Planungsphase wurde die Diskussion auf bestimmte Projekte fokussiert, die den jeweiligen Kleingruppen als besonders spannend und wichtig erschienen. Konkrete Schritte wurden auf Basis der Frage „Was können wir tun, um dieses Ziel zu erreichen?“ erarbeitet und dem Plenum präsentiert.

Die erfolgreiche Durchführung der Zukunftswerkstatt wurde dadurch ermöglicht, dass alle Teilnehmer*innen motiviert, interessiert und konzentriert zusammengearbeitet und sich auf den Prozess eingelassen haben. Spannend ist hier anzumerken, dass sehr viele Teilnehmer*innen eher selten an Mitgestaltungsprozessen oder Bürgerbeteiligungen teilgenommen haben und für viele diese Austauschform unbekannt war.

Wir danken allen Teilnehmer*innen für ihren Input, Geduld und wertvollen Ideen und Beiträge.

Ziel der Veranstaltung ist und war es, dass zumindest einige der Teilnehmer*innen nun für die Initiierung und Durchführung bestimmter Schritte und/oder ganzer Projekte Verantwortung übernehmen und in Kooperation mit anderen einen Beitrag dazu leisten, dass St. Pölten Schritt für Schritt so wird, wie die Bürger*innen selbst es sich erträumen. Natürlich ist und war es auch ein Ziel, den Menschen eine Stimme zu geben, die sonst bei Beteiligungsprozessen seltener gefragt werden. Auch hier hoffen wir, dass die Teilnahme an der Veranstaltung die Lust geweckt hat, weiter an ähnlichen Veranstaltungen teilzunehmen und mitzugestalten. Denn das Potential, etwas zu verändern, steckt in jeder*m Einzelnen.

7 Ausblick

Diese Dokumentation der Zukunftswerkstatt "GEMEINSAM GESTALTEN" wird an alle interessierten Teilnehmer*innen, sowie an Institutionen und Vereine der Stadt St. Pölten per E-Mail versandt. Des Weiteren werden die Ergebnisse auf der Homepage der Plattform KulturhauptSTART präsentiert, um sie möglichst vielen Menschen zur Verfügung zu stellen und weitere Interessierte zu erreichen. Auch auf der Homepage der FH St. Pölten werden die Ergebnisse zu finden sein.

In weiterer Folge werden die durch das Jour Fixe erhobenen Daten von der Masterprojektgruppe der FH St. Pölten analysiert und bearbeitet, um sie als Grundlagen für eine Konzeption von Gemeinwesenarbeit für die Stadt St. Pölten heranzuziehen. Innerhalb dieser Konzeption sollen Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden, die in der Stadt St. Pölten umgesetzt werden und zu einer Etablierung von Gemeinwesenarbeit beitragen sollen. Zudem soll durch die Masterarbeit "Gemeinwesenarbeit - neu gedacht und selbstorganisiert" eine neue Sichtweise der Sozialen Arbeit im Kontext von Gemeinwesenarbeit geschaffen werden, die dazu beitragen soll, die Rolle von Sozialarbeiter*innen neu zu bewerten und die Wichtigkeit von Gemeinwesenarbeit darzustellen.

Im Mai 2020 wird im Zuge des Social Science Days an der FH St. Pölten die fertiggestellte Masterarbeit präsentiert. Das Konzept für Gemeinwesenarbeit in St. Pölten soll ebenso vorgestellt werden.

Neben den weiteren Schritten zur Verfassung dieser Masterarbeit wäre es erfreulich, wenn bereits einige der ausgearbeiteten und vorgeschlagenen Projektideen des Jour Fixe von den Teilnehmer*innen und Bürger*innen der Stadt St. Pölten selbstorganisiert geplant und realisiert werden würden.

8 Literaturverzeichnis

Dauscher, Ulrich (2006): Moderationsmethode und Zukunftswerkstatt. 3. Auflage, Augsburg: ZIEL.

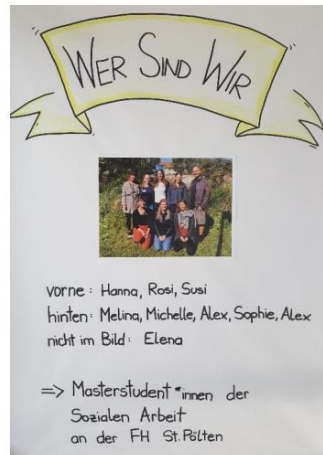
Holzinger, Hans (2018): Zukunftswerkstatt: Betroffene zu Beteiligten machen. In: Stiftung Mitarbeit – ÖGUT (Hrsg.) (2018): Bürgerbeteiligung in der Praxis. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S.294-301.

9 Abbildungsverzeichnis

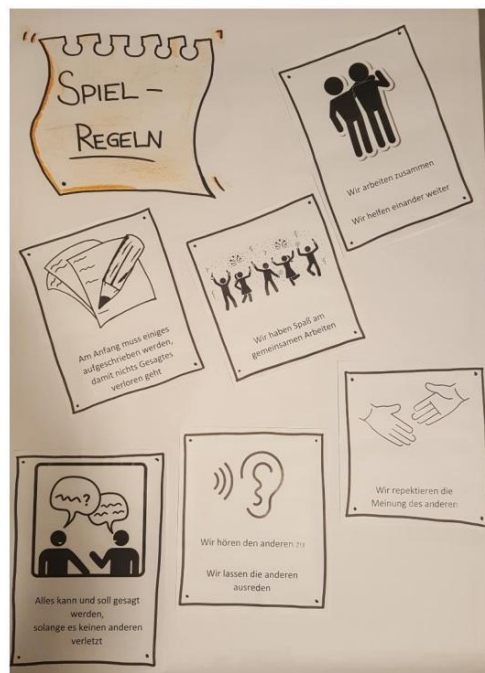
Abbildung 1 Masterprojektgruppe	3
Abbildung 2 Sesselkreis	5
Abbildung 3 Kinderbetreuung	5
Abbildung 4 Getränke- und Snackbuffet.....	6
Abbildung 5 Ablaufplan	6
Abbildung 6 Einstiegsrunde	7
Abbildung 7 Aufstellung nach Wohnzeit in St. Pölten	7
Abbildung 8 Aufstellung nach Wohlbefinden in St. Pölten	8
Abbildung 9 Aufstellung nach Wohnort 1.....	8
Abbildung 10 Aufstellung nach Wohnort 2	9
Abbildung 11 Aufstellung nach Veranstaltungsbesuchen	9
Abbildung 12 Kritikphase 1	11
Abbildung 13 Kritikphase 2	11
Abbildung 14 Austausch nach der Kritikphase	14
Abbildung 15 Lego Tisch.....	15
Abbildung 16 PlayMaiz Tisch	15
Abbildung 17 Stifte Tisch	15
Abbildung 18 Kappla-Steine Tisch.....	15
Abbildung 19 Vorstellung der Ergebnisse 2	18
Abbildung 20 Vorstellung der Ergebnisse 1	18
Abbildung 21 Vorstellung der Ergebnisse 3	18

10 Anhang

Die Masterprojektgruppe:



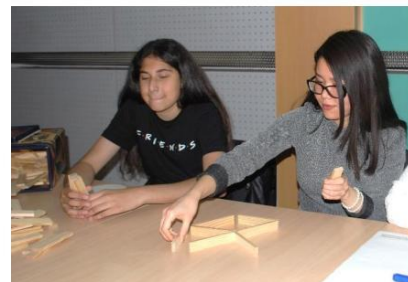
Die Spielregeln des Jour Fixe als Plakat:



Dokumentation

Drochter, Fichtinger, Trestl, Winkler

Weitere Eindrücke der Zukunftswerkstatt:



Dokumentation

Drochter, Fichtinger, Trestl, Winkler



Anhang 2: Auszug Matrix zur strukturgeleiteten Textanalyse

Thema	Ute Palmethofer, SOS	O-Tone/ Zitat	Sarah Kotopoulos Erstgespräch, SOS	O-Tone/ Zitat	Dieter Turk, SOS	O-Tone/ Zitat
SO: wie ist sie Thema in den Lernbeispielen	Nicht im Konzept vorhanden (weil Grundversorgungseinrichtung - Vorgabe vom Land). Versuch Bewohner*innen in bestehende Projekte einzubinden besteht (Partizipation)			Zitat1: Also wir versuchen da über Hausversammlungen dass sie miteinander zu tun haben oder eben über Veranstaltungen jeglicher Art (...) Und sonst ist es eigentlich tatsächlich das Projekt Stand Up wo wir eben genau durch Begleitung versuchen Vorurteile abzulegen. Das ist generell unsere Strategie und bei Stand Up ist das eben wichtig, was sie als Fachexperten oder -koppeln ihre eigene Sichtweise mit der Organisation und diese Frau aus dem Kebab nehmen die dort ihre Geschichte erzählt und am Abend sitzen die noch zusammen und tratschen dann in einem Wirtschaftsunternehmer*innen, Wirtschaftstreibenden-Kreis, das verändert auch etwas. Wir versuchen da ja immer wieder Leute zusammen zu bringen. Im Haus selbst ist es glaube ich nicht ungesund, dass die WG für Minderjährige und die Erwachsenen nicht ständig immer Überschneidungspunkte haben, das ist eigentlich gewollt, dass das geteilt wird.	Zitat1: Strukturen, kleinerer Rahmen Zitat2: Evaluation ob erwünscht im Verein. Partizipation und SO bis zu einem gewissen Grad vorhanden, Ziel Partizipation zu fördern.	Zitat1: Weil bei uns geht es aufgrund der Strukturen viel um Partizipation. Selbstst Zitat2: Das könnte eine Projektidee sein zu den bestehenden Projekten. Ich weiß nicht beantworten, ob es realistisch ist. Man müsste sich anschauen um w ist ja nicht nur ein Prozess, sondern er wird mit Inhalten befüllt. Es gibt sich Betreuung anbelangt z.B. und den Auftrag den wir haben von der Bundeserz Obersteierreich. Die Betreuung von Asylwerber*innen. Das ist alles vorgege
Inwieweit wird Zielgruppenbergreifend gearbeitet bzw. der Wunsch danach?		Weil wir grundsätzlich im Verständnis unserer Arbeit ganz klar drinnen ist, dass wir die Menschen ja zu einem selbständigen Leben verhelfen wollen. Sobald wir merken, dass man uns nicht mehr braucht, ist das der schönste Moment in unserer Arbeit. Ich glaube nur dass es die Rahmenbedingungen derzeitig	Zitat1: Hausversammlungen bzw. Veranstaltungen jeglicher Art. Durch Begleitung sollen Vorteile abgeleitet werden. Begleitungen werden geschaffen. Bewohner*innen miteinander zusammenbringen	Zitat1: Also wir versuchen da über Hausversammlungen dass sie miteinander zu tun haben oder eben über Veranstaltungen jeglicher Art (...) Und sonst ist es eigentlich tatsächlich das Projekt Stand Up wo wir eben genau durch Begleitung versuchen Vorurteile abzulegen. Das ist generell unsere Strategie und bei Stand Up ist das eben wichtig, was sie als Fachexperten oder -koppeln ihre eigene Sichtweise mit der Organisation und diese Frau aus dem Kebab nehmen die dort ihre Geschichte erzählt und am Abend sitzen die noch zusammen und tratschen dann in einem Wirtschaftsunternehmer*innen, Wirtschaftstreibenden-Kreis, das verändert auch etwas. Wir versuchen da ja immer wieder Leute zusammen zu bringen. Im Haus selbst ist es glaube ich nicht ungesund, dass die WG für Minderjährige und die Erwachsenen nicht ständig immer Überschneidungspunkte haben, das ist eigentlich gewollt, dass das geteilt wird.	Zitat: Bedarfserhebung, nicht explizit probiert	Ja, man müsste eine Bedarfserhebung machen um wirklich eine rechtliche / Ich kann nur aus meiner (Wahrnehmung) heraus sprechen, weil es nicht eine selbstzuorganisieren und sich zu ermöglichen und irgendwie sich einzubinden jetzt noch nicht möglich waren.

Anhang 3: Eidesstattliche Erklärungen (neun)

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Rosanna Drochter**, geboren am **19.07.1993** in **Mödling**, erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Himberg, 27.03.2020



Unterschrift

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Sophie Fichtinger**, geboren am **2.6.1996** in **Krems an der Donau**,
erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Wien, 20.04.2020

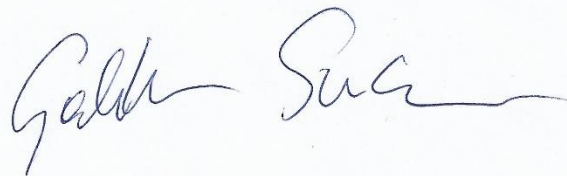
Sophie Fichtinger

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Susanne Gahleitner**, geboren am **18.04.1991** in **Rohrbach im Mühlkreis**, erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Linz, 20.04.2020

A handwritten signature in blue ink, consisting of the first name 'Susanne' and the last name 'Gahleitner' written in a cursive, flowing style.

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Alexander Kopp**, geboren am **06.12.1986** in **Manneim**, erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Innsbruck, 04.04.20

A handwritten signature in black ink that reads "Alexander Kopp". The signature is written in a cursive, slightly stylized font. The first name "Alexander" is written in a more formal, connected script, while the last name "Kopp" is written in a more relaxed, cursive style with a large, looping 'P'.

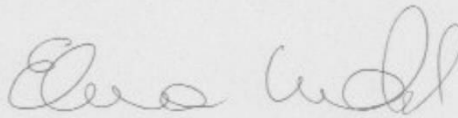
Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Elena Kundrat**, geboren am **30.12.1993** in **Wien**, erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Wien, 27.03.2020

Elena Kundrat

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Elena Kundrat', written in a cursive style.

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Melina Minassians**, geboren am **04.12.1985** in **Wien**, erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Wien, 27.03.2020

Unterschrift



Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Michelle TRESTL**, geboren am **19.02.1991** in **Lilienfeld**, erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Ort, Datum

Eschenau, 20.04.2020

Unterschrift

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Michelle Trestl', written in a cursive style.

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Hanna Vettori**, geboren am **28.11.1991** in **Bozen (IT)**, erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Ort, Datum

Wien, 22.04.2020

Unterschrift

Hanna Vettori

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Alexandra Winkler**, geboren am **28.04.1988** in **St. Pölten**, erkläre,

1. dass ich diese Masterthese bzw. die in meiner Verantwortung stehenden Abschnitte der Masterthese selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Masterthese bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

St. Pölten, 20.4.2020



Unterschrift